

Buchreihe der Stadt Heidelberg • Band XVI

Im Auftrag
der Stadt Heidelberg herausgegeben
von Peter Blum

ALICE HABERSACK

**Fremdarbeiter in Heidelberg
während des Zweiten Weltkriegs**

2013
Edition Guderjahn
verlag regionalkultur

Zur Autorin:

Alice Habersack, geb. 1980 in Frankreich, studierte Geschichte in Octeville-Cherbourg, Paris und Heidelberg. 2008 wurde sie mit ihrer Arbeit über die Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkriegs an der Universität Paris IV-Sorbonne promoviert. Alice Habersack lebt mit ihrer Familie in Aschaffenburg.

Buchreihe der Stadt Heidelberg, XVI

Im Auftrag der Stadt Heidelberg

herausgegeben von Peter Blum

ISBN 978-3-89735-774-7

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Titelbild:

Collage: Porträts, entnommen den für die Zwangsarbeiter ausgestellten Arbeitsbüchern, Postkarte „Heidelberg unterm Hakenkreuz“ (STAHD).

Umschlagrückseite:

Personalausweis eines Zivildeportierten aus Raon l’Etape (STAHD).



Alle Rechte vorbehalten • Vervielfältigungen jeder Art nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags • Printed in Germany

© 2013 **verlag regionalkultur**

Heidelberg – Ubstadt-Weiher – Neustadt a.d. W. – Basel

Korrespondenzadresse:

Bahnhofstr. 2 • 76698 Ubstadt-Weiher • *Telefon* (07251) 36703-0 • *Fax* 36703-29

E-Mail kontakt@verlag-regionalkultur.de • *Internet* www.verlag-regionalkultur.de

Geleitwort

Nach dem Zeugnis der in den Heidelberger Archiven verwahrten Unterlagen arbeiteten und lebten zwischen 12.000 und 15.000 ausländische Kriegsgefangene und Zivilisten während des Zweiten Weltkriegs in Heidelberg. Ihr Einsatz erfolgte i.d.R. weder freiwillig noch unter humanen Bedingungen. Eingesetzt wurden die Fremdarbeiter in durchweg allen Wirtschaftsbereichen: In öffentlichen Einrichtungen – zuvorderst in der Stadtverwaltung und den städtischen Versorgungsbetrieben, an der Universität sowie in Krankenhäusern und Schulen –, in Gewerbe und Industrie, bei der Reichsbahn, im Handwerk, in Handel und Verkehr, bei Landwirten, in Hotels oder in der Gastronomie, nicht zu vergessen als Haushaltshilfe bei Privatleuten. Also keinesfalls allein in unmittelbar kriegswichtigen Bereichen. Zudem wurden in den klinischen Einrichtungen der Universität zahlreiche Fremdarbeiter medizinisch versorgt. Und das nicht nur aus Heidelberg, sondern aus der ganzen Region ... Das mag verdeutlichen, dass eine Aufarbeitung der Geschichte der Stadt Heidelberg im Dritten Reich auch und gerade die nationalsozialistische Kriegswirtschaft und die Praxis des Ausländereinsatzes zu fokussieren hat.

Stadt und Universität haben sich bereits vor Jahren zu ihrer Verantwortung bekannt und gemeinsam durch ihre Archive die verfügbaren Geschichtsquellen in einer Datenbank aufbereiten lassen. Damit sollte eine Vielzahl unterschiedlichster Zeugnisse gesichert und besser zugänglich werden, um nicht zuletzt deren wissenschaftliche Erforschung anzuregen und zu erleichtern. Eine französische Studentin hat nunmehr diese Chance ergriffen, und ein wichtiges Kapitel unserer Stadtgeschichte auf einem breiten Datenfundus aufbauend grundlegend aufgearbeitet. Positiv im Sinne von objektiv mag auf das Urteil der Autorin die französische, d.h. externe Sicht auf das Heidelberger Geschehen gewirkt haben. Dass die Arbeit der Autorin an einer der renommiertesten französischen Universitäten als Dissertation angenommen wurde, freut mich umso mehr. Zuversichtlich für unsere gemeinsame Zukunft in Europa stimmt mich überdies das enge Zusammenwirken der Universitäten Sorbonne und Heidelberg. Denn mit Prof. Dr. Volker Sellin war nicht allein ein ausgewiesener Historiker, sondern der langjährige Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät sowie ehemalige Rektor der Heidelberger Universität als Mitbetreuer und Zweitgutachter im Promotionsverfahren aktiv.

Ich danke allen Beteiligten herzlich dafür, dass die vorliegende Untersuchung nun auch für eine weitere deutsche Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte. Die Lektüre des Buches macht aufgrund der dargestellten Zwangsarbeiter-schicksale oft betroffen, stimmt nachdenklich und mahnt uns alle, Begriffe wie Menschenwürde und Selbstbestimmung, Offenheit und Toleranz täglich mutig und bestimmt mit Leben zu füllen! Darum wünsche ich dem Buch viele interessierte Leserinnen und Leser.

A handwritten signature in black ink, reading "Eckart Würzner". The script is cursive and elegant, with the first letters of the first and last names being capitalized and prominent.

DR. ECKART WÜRZNER
Oberbürgermeister

Vorwort des Herausgebers

Seit den 1990er Jahren findet das Thema Zwangsarbeit in Heidelberg stärkere Beachtung. Zu nennen sind hier u.a. die Arbeiten von F.-U. Betz, H. Gilbert und Schülerarbeitsgruppen der IGMH unter Anleitung von P. Koppenhöfer. Auch die IG Metall, Verwaltungsstelle Heidelberg, engagiert sich früh, um die Hintergründe der Hinrichtung russischer Zwangsarbeiter auf dem damaligen Betriebsgelände der Fuchs Waggon-Fabrik aufzuklären. Etwa zur gleichen Zeit übernimmt das Stadtarchiv 35 Regalmeter Akten, ca. 31.000 Karteikarten und Dokumentationen betreffend mehr als 27.000 Personen („Ostarbeiter“, „Fremdarbeiter“, „Ausländer“). Es handelt sich um personenbezogenes Schriftgut, das nach 1945 auf Anordnung der Amerikaner für alle betroffenen Beschäftigten der Stadt, Universität und in der Region ansässigen Firmen usw. zusammengezogen wurde. Zunächst wird dieses Schriftgut in digitaler Form dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes zur Erleichterung der Abwicklung von Zwangsarbeiterentschädigungen zugänglich gemacht. Obschon vergleichbare Quellen im hiesigen Universitätsarchiv fehlen, verfügt dieses doch über wichtige ergänzende Bestände älterer Patientenakten aus den Universitätskliniken. Auf dieser umfangreichen Basis startet – gemeinsam von Universität und Stadt finanziert und durch Drittmittel gefördert – 2001 ein Kooperationsprojekt. Dabei geht es um die detaillierte Erfassung und Aufbereitung aller in beiden Archiven verwahrten Quellen und Informationen in einer Datenbank, um so bislang disparate, schwer zugängliche Daten nutzbar zu machen für die wissenschaftliche Erforschung des Themas Zwangsarbeit in der Stadt und Region Heidelberg.

Später ist dem von den Leitern beider Archive verfassten Abschlussbericht zu entnehmen: „Zum 9.6.2006 wurden die Datenerfassung und der Abgleich der erfassten Datensätze zur Tilgung von Mehrfacherfassungen ... abgeschlossen ... [Die Datenbank] steht nun ... der Forschung zur Verfügung ... Eine systematische Aufarbeitung der Lager und Unterkünfte der ‚Ost- und Fremdarbeiter/innen‘ in und um Heidelberg liegt bisher nicht vor. Gleiches gilt für die Erfassung der Unternehmen, bei denen die Arbeiter beschäftigt waren ... – Das mit der Datenbank bereitgestellte Quellenmaterial konnte zudem bereits einer ersten wissenschaftlichen Auswertung zugeführt werden ...“ Damit ist explizit die hier vorliegende Untersuchung angesprochen und erfüllen sich nun

die mit der aufwändigen Aufbereitung der Quellen verbundenen Hoffnungen. Zweifellos bieten sich die aufbereiteten Quellen noch für vielfältige weitere Forschungsvorhaben an. Die als Ergebnis dieser Arbeit greifbaren Erkenntnisse verdeutlichen einmal mehr, wie sehr wissenschaftliche Auswertung von vorheriger archivischer Aufbereitung, und damit zugleich von entsprechenden Ressourcen in den Archiven profitiert.

Wir freuen uns, Frau Habersacks Dissertation in deutscher Sprache zugänglich zu machen. Keine Selbstverständlichkeit, da die Doktorarbeit auf Französisch an der Universität Paris VI-Sorbonne eingereicht und das Promotionsverfahren dort abgeschlossen wurde. Womit die Autorin frei war von Druck- oder Veröffentlichungsverpflichtungen in deutscher Sprache. Frau Habersack hat dessen ungeachtet die Übersetzung sowie Umarbeitungen und Kürzungen selbst besorgt, wofür wir ihr wie auch für die angenehme Kooperation während der Drucklegung herzlich danken! Zu danken habe ich ebenso meinen MitarbeiterInnen Günther Berger, Beate Ellbrück, Knut Gattner und Diana Weber. Sie erledigten die aufwändigen Bildrecherchen und die Auswahl sowie digitale Aufbereitung des umfangreichen Bildmaterials unter besonderem Hochdruck. Denn längst erforderten zusätzliche verantwortungsvolle Vorarbeiten im Blick auf den bevorstehenden Umzug des Stadtarchivs in die IGH volle Aufmerksamkeit!

Dank gebührt zudem dem Verlag, der sich spontan von einer Idee überzeugen ließ, ohne deren Umsetzung in vollem Maß rechnungswirksam werden zu lassen. Unsere Idee bestand darin, den Menschen, die im Zeichen des Nationalsozialismus nicht allein oft rigoros und rücksichtslos ausgebeutet, sondern von der nationalsozialistischen Propaganda zudem bewusst als „Untermenschen“ dargestellt und verunglimpft wurden, „ein Gesicht zu geben“. Während die Autorin im Text die Situation der ZwangsarbeiterInnen lebendig vor Augen stellt, finden sich annähernd 150 Porträts aus diesem Personenkreis an herausgehobener Stelle der Buchseiten. Die Fotos zeigen keine „rohen oder einfältigen Untermenschen“. Es sind normale Menschen, teils ausgesprochen adrett gekleidet, teils bereits vom Lagerleben gezeichnet. Teils stehen den Fotografierten Angst und Unsicherheit im Gesicht geschrieben ... Vor allem aber sind erschreckend viele junge Menschen zu erkennen, oft nicht älter als 15 oder 16 Jahre. Die Fotos mögen aufrütteln, das Unrecht und dessen Folgen errahnen lassen. Gefangenen, gepeinigten, ausgebeuteten und gedemütigten Menschen mag so ein menschenwürdiges Gesicht gegeben und – wenn auch spät – Gerechtigkeit widerfahren gegenüber nationalsozialistischer Verleumdung.

DR. PETER BLUM
Stadtarchivdirektor

Vorwort der Autorin

Es war ein – meist unfreiwilliger – Weg in ein fremdes Land im Krieg, den Millionen von Fremdarbeitern 1939 bis 1945 antraten. Für viele von ihnen war es ein leidvoller Weg und für viele ein Weg ohne Rückkehr in die Heimat.

Ganz anders, aber auch nicht ohne Hindernisse, war mein Weg bis zu dieser Publikation über ihr Leben in Heidelberg. Als ich vor nun zehn Jahren nach Deutschland kam, hatte ich nur sehr wenige Deutschkenntnisse „im Gepäck“ und musste ich mich zuerst in den Begrifflichkeiten des nationalsozialistischen Deutschland zurechtfinden, bis ich schließlich im Mai 2008 die Ergebnisse meiner Forschungsarbeiten an der Universität Paris IV-Sorbonne verteidigen konnte (Disputation). Die vorliegende Arbeit ist die gekürzte deutsche Fassung meiner französischen Dissertation „Les travailleurs étrangers à Heidelberg pendant la Seconde Guerre mondiale“. Dass diese Arbeit überhaupt erscheinen konnte, verdanke ich der Unterstützung und Hilfe vieler Menschen.

Zunächst möchte ich meinem Doktorvater an der Sorbonne, Prof. Dr. Jean-Paul Bled, danken. Er hat meine Arbeit durch interessante Anregungen und konstruktive Kritik trotz der räumlichen Distanz stets unterstützt und mir jedoch gleichzeitig die nötige Freiheit gelassen. Mein herzlicher Dank gilt daneben vor allem Herrn Professor Dr. Volker Sellin, der das Zweitgutachten erstellt und für den Disputationstermin die Mühe einer Arbeitsreise nach Paris auf sich genommen hat. Ohne seine Unterstützung wäre die deutsche Veröffentlichung meiner Arbeit nicht möglich gewesen; dafür danke ich ihm sehr.

Für die konstruktiven Gespräche, die rasche Versorgung mit den von mir benötigten Akten und manche wertvolle Hinweise danke ich insbesondere Herrn Günther Berger und Frau Diana Weber vom Stadtarchiv Heidelberg. Herzlich danke ich auch Herrn Dr. Peter Koppenhöfer, der mir seine Interviews mit ehemaligen französischen Zivildeportierten zur Verfügung stellte, sodass ich manche Aspekte des Fremdarbeiterlebens mit Zeitzeugenaussagen beleuchten konnte. Mein Dank gilt ebenso Herrn Dr. Werner Moritz, der es mir auch von seiner Seite ermöglichte, die gemeinsame Datenbank des Heidelberger Stadt- und des Heidelberger Universitätsarchivs unter idealen Arbeitsbedingungen zu benutzen. Zudem danke ich den Mitarbeitern der Archive, deren Quellen ich auswerten durfte, neben jenen in Heidelberg, insbesondere des Generallandesarchivs Karls-

ruhe, des Erzbischöflichen Archivs in Freiburg, des Bundesarchiv-Militärarchivs Freiburg und des Stadtarchivs Mannheim.

Für die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe der Stadt Heidelberg sowie das genaue Lektorat und die fruchtbare Zusammenarbeit bin ich Herrn Dr. Peter Blum zutiefst dankbar. Seine energische Vorgehensweise und sein Vertrauen machten vieles möglich. Dank schulde ich auch der Stadt-Heidelberg-Stiftung, die die Veröffentlichung mit einem Druckkostenzuschuss gefördert hat.

Viele Freunde haben auf ihre Weise diese Arbeit und ihre Veröffentlichung unterstützt. Für Anregungen und konstruktive Gespräche danke ich insbesondere Sabine Breihofer, die trotz knapper Zeit einen Teil der von mir selbst übersetzten Arbeit aufmerksam Korrektur gelesen hat. Cornelia Knab und ihrer sehr netten Familie möchte ich für ihren warmherzigen Empfang während meiner Forschungsreise nach Karlsruhe danken. Mein „tapferer“ Lektor Willibald Schleiff hat sich für seine sorgfältigen Korrekturen und seine Ausdauer beim Lesen ebenfalls einen herzlichen Dank verdient.

Eine Dissertation erfolgreich abzuschließen und zu veröffentlichen, ist mit zwei kleinen Kindern keine Kleinigkeit. Für die sehr liebevolle und notwendige Hilfe bei der Kinderbetreuung sowie einen Teil der Korrekturen möchte ich meinen Schwiegereltern Ernst und Marita Habersack herzlich danken. Je remercie aussi vivement mes parents pour leur confiance, pour les nombreuses discussions et le soutien continu dont mon travail a fort profité. Mein wärmster, innigster Dank gilt jedoch meiner Familie: meinem Mann Michael für seinen Rückhalt, seine liebevolle Unterstützung und sein Vertrauen, dass ich dieses Projekt erfolgreich abschließen werde, und meinen Söhnen Philipp und Etienne für die vielen willkommenen Ablenkungen, die mich immer wieder – aus einer durchaus nicht selten deprimiert stimmenden Thematik – in die Gegenwart „zurückgeholt“ haben.

DR. ALICE HABERSACK

Inhalt

Abkürzungen	16
1 Einleitung	17
1.1 Die Heidelberger Wirtschaft in der NS-Zeit	17
1.2 Forschungsstand und Quellenlage	20
1.3 Fragestellung	25
2 Der „Ausländereinsatz“	27
2.1 Statistiken über die „Heidelberger“ Fremdarbeiter	27
2.1.1 Zahl	27
2.1.2 Staatsangehörigkeit	29
2.1.3 Die wichtigsten Fremdarbeitergruppen	29
2.2 Ankunft in der Stadt	37
2.2.1 Bürokratie des „Anforderns“	37
2.2.2 Charakter der Einsätze	39
2.3 Der Arbeitseinsatz	42
2.3.1 Die Stadtwerke	42
2.3.1.1 Die ersten Kriegsjahre	42
2.3.1.2 Das Forstamt	44
2.3.1.3 Luftangriffe und Luftschutzbauten	48
2.3.2 Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe	52
2.3.2.1 Die Landwirtschaft	52
2.3.2.2 Die Industrie	54
2.3.2.3 Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie	60
2.3.3 Fremdarbeiter im Bildungs- und Kulturbereich	63
2.3.3.1 Die Universitätseinrichtungen	63
2.3.3.2 Schuldienst	63
2.3.3.3 Im Kulturbereich	65
2.3.4 Frauen- und Kinderarbeit	65
2.3.4.1 Spezifische Frauenarbeit	66
2.3.4.2 Beschäftigung von Jugendlichen und Kindern	70
2.4 Die Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter	74
2.4.1 Löhne und Arbeitszeit	74
2.4.1.1 Zivilarbeiter	74
2.4.1.2 Kriegsgefangene	78
2.4.2 Vorschriften hinsichtlich Urlaub und Feiertagen	81
2.4.2.1 Westliche Zivilarbeiter	81
2.4.2.2 Ostarbeiter und polnische Fremdarbeiter	82
3 Die Unterkunft	85
3.1 Die Lager	85

3.1.1	Bürokratie der Lagererrichtung	85
3.1.1.1	Auswahlkriterien	85
3.1.1.2	Die ersten erwähnten Unterkunftsmöglichkeiten ...	90
3.1.2	Geschichte der Lagerbauten	92
3.1.2.1	Das Jahr 1940	92
3.1.2.2	Das Jahr 1941	93
3.1.2.3	Das Jahr 1942	94
	Das Lager Bierhelderhof	94
	Das Barackenlager Epidemiebaracke	96
	Das Lager Baggerloch	98
3.1.2.4	Das Jahr 1943: Die Erweiterung der Barackenbauten	102
3.1.2.5	Das Jahr 1944: Notentscheidungen	103
	Die Kirchheimer Turnhalle	103
	Lager Pestalozzischule	104
3.2	Einrichtung und gesundheitliche Zuträglichkeit der Fremdarbeiterlager	105
3.2.1	Die Inneneinrichtung	105
3.2.1.1	Räume	105
3.2.1.2	Bequemlichkeit?	111
3.2.2	Gesundheitliche Zuträglichkeit	117
3.2.2.1	(Über-)Belegung der Lager	117
3.2.2.2	Hygiene	120
3.2.2.3	Körperpflege	122
3.2.2.4	Ungeziefer	126
3.3	Fremdarbeiter ohne Lager	128
3.3.1	Unterkunft beim Arbeitgeber	128
3.3.1.1	Die landwirtschaftlichen Arbeiter	128
3.3.1.2	Die Haushaltshilfen	129
3.3.1.3	Das Personal in der Touristikbranche	130
3.3.2	Private Unterkünfte	130
3.3.2.1	Ostarbeiter	130
3.3.2.2	Westarbeiter	131
4	Die Lebensbedingungen	133
4.1	Die Ernährung	133
4.1.1	Kriegsbedingte Lebensmittelknappheit	133
4.1.1.1	Die Einführung von Lebensmittelkarten	133
4.1.1.2	... und die Fremdarbeiter?	135
4.1.2	Die Verpflegung der Westarbeiter	137
4.1.2.1	Theoretische Verteilung	137
4.1.2.2	Die Verpflegung in den Gaststätten im Jahr 1942 ...	138
4.1.2.3	Die Verpflegung in den Barackenlagern im Jahr 1944	142
4.1.3	Die Verpflegung der Ostarbeiter	146

4.1.3.1	Richtlinien	146
4.1.3.2	Hefe	148
4.1.4	Die Ernährung sowjetischer Kriegsgefangener	151
4.1.4.1	Die Entwicklung der Rationen in den Jahren 1941 bis 1944	152
4.1.4.2	Die Versorgung am Beispiel der ‚Friedensglocke‘	154
4.1.4.3	Anzeichen für Unterernährung	160
4.2	Bekleidung	162
4.2.1	Eine kriegsbedingt schwierige Lage	162
4.2.1.1	Reichskleiderkarte	162
4.2.1.2	Konsequenzen des Bekleidungsmangels	164
4.2.2	Zur Situation der Zwangsarbeiter infolge mangelhafter Bekleidung	165
4.2.2.1	Fehlende und unzureichende Bekleidung	166
4.2.2.2	Schuhwerk	168
4.2.3	Ausnahmen	171
5	Die medizinische Versorgung	174
5.1	Das Gesundheitssystem im Nationalsozialismus	174
5.1.1	„Leistungsideologie“	174
5.1.1.1	Intentionen der medizinischen Versorgung im Dritten Reich	174
5.1.1.2	Der Status der Fremdarbeiter	175
5.1.2	Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Fremdarbeitern in Heidelberg	178
5.1.2.1	Die für ausländische Arbeitskräfte zuständigen Ärzte	178
5.1.2.2	Die Heidelberger Krankenhäuser	180
5.2	Die häufigsten Erkrankungen der Fremdarbeiter	184
5.2.1	Arbeitsunfälle	184
5.2.1.1	In der Landwirtschaft	184
5.2.1.2	Betriebsunfälle	185
5.2.2	Lungenerkrankungen	188
5.2.2.1	Pneumonien	188
5.2.2.2	Pleuritis und Bronchitis	189
5.2.3	Geschlechtskrankheiten	190
5.2.3.1	Maßnahmen gegen Geschlechtskrankheiten	190
5.2.3.2	Syphilis	191
5.2.3.3	Gonorrhoe	193
5.3	Ursächlicher Zusammenhang von „Ausländereinsatz“ und Krankheit	194
5.3.1	Die Schmutzkrankheiten	195
5.3.1.1	Fleckfieber	195
5.3.1.2	Die Hauterkrankungen	197

5.3.2	Tuberkulose	198
5.3.2.1	Fremdarbeit und Tuberkulose	198
5.3.2.2	Ärztliche Versorgung in Heidelberg	199
5.3.2.3	Beispielhafte Krankheitsverläufe	201
5.3.3	Gewalt gegenüber Fremdarbeitern	203
5.3.3.1	Erschöpfungszustände	203
5.3.3.2	Psychische Gewalt bis hin zum Selbstmord	204
5.3.3.3	Mord	206
5.4	Medizinische Verbrechen an Fremdarbeitern	209
5.4.1	Die „unheilbar“ kranken Fremdarbeiter	209
5.4.2	Zwangsabtreibungen	215
6	Alltag, Kultur und Religion	220
6.1	Das Leben im Lager	220
6.1.1	Die Organisation des Alltags	220
6.1.1.1	Probleme des Lagerlebens	220
6.1.1.2	Kriminalität	225
6.1.2	Die Gestaltung der Freizeit	227
6.1.2.1	Information und Kommunikation	227
6.1.2.2	Unterhaltung	230
6.2	Die Religion	233
6.2.1	Zivilarbeiter und Kriegsgefangene aus dem Westen	234
6.2.1.1	Kriegsgefangene	234
6.2.1.2	Zivilarbeiter	238
6.2.1.3	NSV, Rotes Kreuz, Innere Mission und Caritasverbände	239
6.2.2	Richtlinien für polnische Zivilarbeiter	241
6.2.2.1	Sonntagsgottesdienste und andere religiöse Feiern	241
6.2.2.2	Sakramente	247
6.2.3	Möglichkeiten der Religionsausübung von Ostarbeitern	248
6.2.3.1	Richtlinien	248
6.2.3.2	St. Vitus	249
7	Sozialleben	252
7.1	Sexual- und Liebesleben	252
7.1.1	Geschlechtsbeziehungen	252
7.1.1.1	Ungezwungene Beziehungen mit Deutschen	252
7.1.1.2	Das Mannheimer Bordell	256
7.1.2	Eheschließungen	259
7.1.2.1	... zwischen Fremdarbeitern	259
7.1.2.2	Trauungen mit deutschen Ehepartnern	259
7.1.3	Mutter und Kind	261
7.1.3.1	Schwangerschaft und Geburt	261
7.1.3.2	Neugeborene	263

7.2 Sozialbeziehungen	266
7.2.1 Freundschaften und Feindschaften zwischen Fremdarbeitern	266
7.2.1.1 Arbeitskollegen	266
7.2.1.2 Schlägereien	267
7.2.2 Kontakt zu Deutschen	269
7.2.2.1 Bei der Arbeit	269
7.2.2.2 Außerhalb der Arbeit	271
7.2.3 Einstellung der Fremdarbeiter gegenüber der eigenen Situation	272
7.2.3.1 Kollaboration	272
7.2.3.2 Vorsichtige Formen der Arbeitsverweigerung	273
7.2.3.3 Flucht und Vertragsbruch	274
7.2.3.4 Widerstand	280
8 Kriegsende und Befreiung	285
8.1 Die letzten sechs Kriegsmomente	285
8.1.1 Der Zusammenbruch	285
8.1.2 Das Gefahrenpotential steigt	287
8.1.2.1 Luftangriffe	287
8.1.2.2 Evakuierungsmärsche	288
8.1.2.3 Vor der Befreiung	291
8.2 Befreit und doch (noch) nicht frei	292
8.2.1 Die Befreiung Heidelbergs	292
8.2.1.1 Karsamstag 1945	292
8.2.1.2 Befreiung der Fremdarbeiter	293
8.2.2 Exkurs: Nach dem Krieg	294
8.2.2.1 Mai 1945	295
8.2.2.2 Rückkehr	298
8.2.2.3 Entschädigung	300
9 Resümee: Der „Ausländereinsatz“ in Heidelberg	304
10 Anhang	309
10.1 Arbeitgeberliste	309
10.2 Liste der nachweisbaren Lager	339
10.3 Karten	354
11 Quellen und Literatur	355
11.1 Archivalien	355
11.2 Gedruckte Quellen und Literatur	358
11.2.1 Gedruckte Quellen	358
11.2.1.1 Gedruckte erinnerungsgeschichtliche Zeugnisse ...	359
11.2.2 Literatur	360

Abkürzungen

AA	Arbeitsamt
AEL	Arbeitserziehungslager
AfW	Amt für Wirtschaftsförderung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BA MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
BDM	Bund Deutscher Mädel
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DIN	Deutsche Industrienorm
DP	Displaced Person(s)
Dulag	Durchgangslager
EBA	Erzbischöfliches Archiv (Freiburg/Breisgau)
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
HJ	Hitlerjugend
HStAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
IMI	Italienische Militärinternierte
IMT	International Military Tribunal
Kripo	Kriminalpolizei
KVD	Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LS	Luftschutz
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSG.KdF	Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“
Oflag	(Kriegsgefangenen-)Offizierslager
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OT	Organisation Todt
Pg.	Parteigenosse
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAM	Reichsarbeitsministerium
REM	Reichsernährungsministerium
RGbl	Reichsgesetzblatt
Rm	Reichsmark
RMdJ	Reichsminister der Justiz
RNZ	Rhein-Neckar-Zeitung
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SD	Sicherheitsdienst
Stalag	Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager
Stapo	(geheime) Staatspolizei
STAHD	Stadtarchiv Heidelberg
STO	Service du Travail Obligatoire
UAH	Universitätsarchiv Heidelberg

1 Einleitung



Wasył K. *1918

1.1 Die Heidelberger Wirtschaft in der NS-Zeit

Im Sommer 1944 befanden sich um die sieben Millionen Fremdarbeiter in Deutschland. Dabei handelte es sich zum Teil um Kriegsgefangene (ca. 1,9 Millionen), zum weit größeren Teil waren es jedoch Zivilisten (ca. 5,7 Millionen),¹ die entweder freiwillig oder gezwungen in Deutschland arbeiteten. Sie stammten aus vielen europäischen Ländern sowie aus den ausländischen Kolonien oder Nordamerika. Es waren hauptsächlich junge Menschen, sowohl Männer als auch Frauen und sogar Kinder, die in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches beschäftigt wurden. Für die deutsche Bevölkerung war die Anwesenheit der Fremdarbeiter im Lauf der Zeit eine Selbstverständlichkeit geworden, und sie wurde nach dem Krieg nicht mit den NS-Verbrechen in Verbindung gebracht,² obwohl Fremdarbeiter in jeder deutschen Stadt eingesetzt worden waren.

Durch die Einberufungen zur Wehrmacht fehlten schon Ende 1940 Arbeiter in allen Berufen – zu dieser Zeit insbesondere in der Landwirtschaft –, deren Arbeitskraft nur durch die Beschäftigung von Fremdarbeitern ausgeglichen werden konnte. Schnell wurden die Fremdarbeiter aber nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Rüstungsindustrie, die Lebensmittelproduktion sowie in diversen anderen Wirtschaftsbranchen unverzichtbar.³ Nach Heidelberg, das im Jahr 1936 84.641 Einwohner zählte⁴ – und somit eine mittelgroße Stadt war –, kamen im Lauf des Krieges deutlich mehr als 10.000 Fremdarbeiter. Dabei spielte die Stadt, obwohl Heidelberg für den Nationalsozialismus ein wichtiger Ort war,⁵ für die Kriegswirtschaft – vor allem im Vergleich mit dem

1 Spoerer (2001a) sowie Herbert (1999).

2 Herbert (1999), S. 12; Hoffmann (1999), S. 51.

3 Herbert (1999), S. 11; laut Herbert war die Kriegswirtschaft Deutschlands schon seit Herbst 1941 vollständig auf die Beschäftigung von Fremdarbeitern angewiesen.

4 Adressbuch Heidelberg (1938), p. XXVII.

5 Ihre Symbolik hatte die Stadt für den Nationalsozialismus durch ihre Geschichte. Mit der Zerstörung der Stadt und des Schlosses im Winter 1688/89 durch die Truppen Ludwigs XIV. und die Entscheidung, das Schloss nicht wieder aufzubauen – als „Denkmal französischen Übermuts“ – „bediente“ Heidelberg die Sicht auf einen von Ausländern zerstörten deutschen Kulturort. Außerdem hatte der Nationalsozialismus in Heidelberg schon früh starken Zulauf.

benachbarten Mannheim – keine wirklich bedeutende Rolle. Heidelberg hatte mit seinen 600 Landwirten im Jahr 1938 als Stadt die stärkste Landbevölkerung Nordbadens.⁶ Manche Stadtteile wie Handschuhsheim galten als „bäuerlich“. Es wurden im Freiland und in Gewächshäusern vor allem Obst und Gemüse angebaut sowie Tabak. 1933 waren 7,11% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt.⁷

Der mit 41,26% größte Teil der arbeitenden Bevölkerung war 1933 in der Industrie beschäftigt.⁸ Die Altstadt bis zum Bismarckplatz sowie Kirchheim, Rohrbach und Wieblingen waren vor allem Arbeiterstadtteile. Einen starken

Bereits 1918 gab es eine Organisation, die antisemitische Veröffentlichungen herausgab und Kontakte mit dem Schutz- und Trutzbund unterhielt. Während des Deutschvölkischen Pressetags vom Februar 1921 wurde zum ersten Mal eine Fahne mit dem Hakenkreuz gehisst. Der dafür verantwortliche Privatdozent Dr. Arnold Runge besetzte später mit frühen Gesinnungsgenossen wichtige Stellen in der Heidelberger NS-Bewegung. Josef Goebbels hielt 1926 eine Rede in der ‚Harmonie‘ – einer Wirtschaft, die später Fremdarbeiter beherbergte. Am 6. Aug. 1927 kam Adolf Hitler nach Heidelberg und hielt eine Rede in der Stadthalle vor ca. 3.500 Zuschauern. Vor 1933 blieb jedoch die Zahl der NS-Mitglieder niedrig. Die NSDAP erhielt 4,27% der Stimmen bei der Reichstagswahl von 1928. Durch die Wirtschaftskrise änderte sich diese Situation. Bei der Wahl am 27. Okt. 1929 erhielten die Rechtsradikalen 14,5%. Bei der Reichstagswahl vom 14. Sept. 1930 gewann die NSDAP in Heidelberg 30,16% der Stimmen und wurde somit zur stärksten Partei der Stadt. Der Nationalsozialismus fand eine gute Resonanz innerhalb der Universität, vor allem unter den Studenten, die nazistische Aktionen durchführten. Am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – am 30. Jan. 1933 – fand ab 19:00 Uhr in der Stadthalle eine große Versammlung von SA, SS und HJ statt. Nicht lange danach wurden alle anderen Parteien verboten. Es folgte eine Reihe von Durchsuchungen und Verhaftungen von KPD-Mitgliedern, so am 18. März 1933, als Mitglieder des Heidelberger Stadtrats verhaftet wurden. Die „Säuberungsmaßnahmen“ betrafen ebenfalls das Personal der Stadtwerke, die im Sept. entlassen wurden. Bis zum 15. März 1933 bewahrte der Stadtrat eine gewisse Neutralität, die er nach seiner neuen Zusammensetzung gänzlich verlor. Am 12. April 1933 stimmte er dem Vorschlag der NSDAP zu, die „jüdische Literatur“ der Stadtbücherei zu entfernen. Einen Monat später, am 17. Mai 1933, fand die Bücherverbrennung statt, bei der sowohl die Heidelberger Bevölkerung als auch die Studenten Tausende von Büchern verbrannten. Hitler wurde im Jahr 1933 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Die Universität Heidelberg propagierte nazistische Ideen und war wohl eine der radikalsten Lehranstalten Deutschlands. Fächer wie „Rassenpolitik“ oder auch „Erbgesundheit“ wurden an der medizinischen Fakultät unterrichtet. Die Vorlesung vom Sommersemester 1934 des Privatdozenten im philosophischen Fachbereich (Dr. Reinhold Roth) – der auch Mannheimer Kreisleiter war – lief unter dem Titel „Der Nationalsozialismus als Grundlage unserer Lebensanschauung“. In der gleichen Zeit musste der Philosoph Karl Jaspers in Frührente gehen, weil er mit einer Jüdin verheiratet war und dem Nationalsozialismus nicht nahestand (s. Wagner (1983), S. 15– 32; Schadt/Caroli (1985)).

6 Vgl. Neundörfer (1938), S. 12.

7 Sommer (1985), hier S. 12.

8 Ebd.

Anteil der Arbeiterbevölkerung beschäftigten mit 8,92% im Jahr 1933 Unternehmen der Lebensmittelindustrie sowie Baufirmen mit 8,11%. Es folgten diverse Industrien der Bekleidungsbranche (6,39%), der Maschinen- und Apparateindustrie und des Fahrzeugbaus (5,15%).⁹ Die Zigarrenfabrik¹⁰ gehörte zu den wichtigen Lebensmittelindustriebetrieben und beschäftigte vor allem Frauen.¹¹ Insgesamt hatte die Heidelberger Industrie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit allerlei Schwierigkeiten zurechtkommen müssen und zwischen 1925 und 1933 viele Arbeitnehmer verloren.¹²

Die wichtigsten Industriebetriebe Heidelbergs waren die Firma Fuchs Waggonfabrik,¹³ die Heidelberger Schnellpressenfabrik¹⁴ sowie Teroson.¹⁵ Darüber hinaus hatten große Unternehmen wie die Portland-Cementwerke ihren Hauptsitz in Heidelberg, beschäftigten aber nur wenige Arbeiter aus der Stadt. Insgesamt pendelten ca. 1.000 in Heidelberg wohnende Personen zur Arbeit nach Mannheim.¹⁶

Ebenfalls wichtig war in Heidelberg die Zahl der in Handel und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmer; sie machten 1933 26,29% der arbeitenden Bevölkerung aus, wobei die Reichsbahn der größte Arbeitgeber in diesem Sektor war. Schließlich hatte die Gastronomie mit 4,92% noch einen relativ starken Anteil.¹⁷ Letzteres ist auf den Tourismus zurückzuführen, der einen wichtigen Wirtschaftszweig darstellte. Im Krieg verlor er seine Bedeutung nicht völlig, vor allem wegen der Universitätskliniken. Heidelberg galt als „Lazarett-Stadt“,



Pierre J. *1917

9 Ebd., S. 12; ohne Rohrbach.

10 Ebd., S. 14.

11 Neundörfer (1938), S. 14.

12 Sommer (1985), S. 13. Von 42,89% im Jahr 1925 schrumpfte die Zahl auf 41,26% im Jahr 1933.

13 Die Fuchs Waggonfabrik AG existiert seit 1957 in Heidelberg nicht mehr. Diese Firma wurde am 2. April 1862 von Heinrich Fuchs gegründet. Es wurden Eisenbahn-Waggons gebaut sowie Autos (Spezialfahrzeuge, u.a. Schwerlastkraftwagen), die beim Bau von Brücken und Bahngleisen eingesetzt werden konnten. Das Firmengelände befand sich in der Häusserstraße 8, in der Nähe des Baggerlochs – und in der Nähe von Heidelbergs größtem Fremdarbeiterlager. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Firma in die Kriegswirtschaft einbezogen. Sie wurde im Jahr 1940 von der Dillinger Hüttenwerke AG gekauft. Im Krieg wurde dort Munition hergestellt. Güterwaggons, die für den Transport von Baumaterial für den Wiederaufbau von zerbombten Bahnhöfen genutzt wurden, wurden dort ebenfalls gebaut (s. Lessing (2000), S. 27–36).

14 Die Schnellpressenfabrik AG war in den 1930er Jahren ein führendes Unternehmen im Druckbereich. Sie wurde 1840 gegründet. Von 1926–72 wurde sie von Hubert Sternberg geleitet (Krauß (2000a), S. 141–55 und Krauß (2000b)).

15 Zu Theodor und Erich Ross s. Müller (2000).

16 Adressbuch Heidelberg (1938), S. 14.

17 Sommer (1985), S. 13.

sodass viele Fremde in die Stadt kamen, um Verwundete zu besuchen. Diese Besucher nahmen sich unter Umständen ein Hotelzimmer und aßen in den Heidelberger Gaststätten.¹⁸

Heute erinnert sehr wenig an die Tausenden von Fremdarbeitern, die in Heidelberg gewohnt, gearbeitet, gelebt haben und zum Teil auch hier starben. Die Ausländerbaracken des Baggerlochs wurden spätestens beim Umbau des Hauptbahnhofs in den 1950er Jahren abgerissen. Die jüngsten Aktionen der „Stolpersteine“ und die erfolglosen Versuche, Zeitzeugen in der Bevölkerung zu finden, die bereit gewesen wären, über die Fremdarbeiter zu erzählen, zeigen wie wenig dieses Thema bis in die heutige Zeit „verarbeitet“ wurde. Die Fremdarbeiterbeschäftigung ist aber dennoch ein wichtiges Stück der Stadtgeschichte, das eine gründliche Untersuchung verdient, und es ist ein wesentlicher Aspekt des Alltagslebens im Zweiten Weltkrieg. Durch die Untersuchung auf einem regional eng begrenzten Raum kann exemplarisch und konkret gezeigt werden, welche Auswirkungen die Anwesenheit von Tausenden von Fremdarbeitern in der Stadt hatte.

1.2 Forschungsstand und Quellenlage

Die Zahl der Studien über Fremdarbeiter ist seit der Dissertation von Ulrich Herbert im Jahr 1985 regelrecht explodiert. Vor seiner Arbeit war jedoch das Thema weitgehend unerforscht¹⁹ geblieben. Nach dem Krieg erschien eine Reihe von Erzählungen von ehemaligen KZ-Insassen, wie „L'espèce humaine“ (Robert

18 HStAD, Abt. 21 O21, Bergstraesser, Nr. 3/1-19, Blatt 580 R., S. 16: s. den Eintrag vom 1. Nov. 1944 über das Lokal „Molkenkur“: „Das Lokal war voll, es ist jeden Tag offen. Das ist bezeichnend, es gehört zu den Reklamelokalen, da immer noch viele Fremde nach Heidelberg kommen, auch sehr viel Leute, die hier Verwundete besuchen.“ Ludwig Bergsträsser war bis 1928 Darmstädter und Reichstagsabgeordneter der SPD. Er floh in den Odenwald – Ernsttal – nach dem Luftangriff über Darmstadt vom 11./12. Sept. 1944. Von da aus ging er regelmäßig nach Heidelberg, um dort Lebensmittel und anderes zu kaufen. Als „Ausgebombter“ hatte er während des Luftangriffs alles verloren. Er registrierte dabei die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Stadt. Nach der Befreiung Darmstadts am 26. März 1945 wurde Bergsträsser zum offiziellen Verbindungsoffizier der Amerikaner.

19 Der Nationalsozialismus selbst liefert uns eine gewisse Literatur, denn es gab zwischen 1939 und 1944 14 Dissertationen über dieses Thema. Diese Arbeiten sind für eine objektive Analyse wenig hilfreich, weil sie sich laut Herbert mit sekundären Aspekten des Ausländereinsatzes beschäftigen und ein idyllisches Bild der Zwangsarbeit wiedergeben. Die Dokumente des Nürnberger Prozesses, insbesondere die Verfahren gegen die IG Farben und die Krupp AG brachten den Einsatz von „Sklavenarbeitern“ zur Geltung. Laut Herbert werden diese Akten im Staatsarchiv Nürnberg, Ifz München, WWA Dortmund verwahrt oder befinden sich in englischer Sprache in den Trials of War Criminals before the Nuremberg Military

Antelme, 1947), „Se questo è un uomo“ (Primo Levi, 1947) oder auch „La nuit“ (Elie Wiesel, 1954). In der Bundesrepublik Deutschland wurde das Thema in den 1950er und 1960er Jahren von der Geschichtswissenschaft ignoriert. In dieser Zeit erschienen lediglich juristische Arbeiten über diese Frage, die eher „technische“ Aspekte wie Staatsangehörigkeiten, Arbeitszeiten, Gehälter und dergleichen thematisierten.

Pionierarbeiten über die Fremdarbeit waren die Studien von Hans Pfahlmann und Martin Broszat; Broszats Arbeiten über die NS-Polenpolitik waren die ersten Studien dieser Art überhaupt.²⁰ Pfahlmann benutzte für seine Arbeit über Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1968 zum ersten Mal unveröffentlichtes Archivmaterial. Nach der Studie Pfahlmanns und vor Herbert forschte im Westen nur noch der amerikanische Historiker Edward L. Homze über dieses Thema.

Aufmerksamer wurde die Thematik des Fremdarbeitereinsatzes in der DDR von der Geschichtswissenschaft behandelt. Schon Ende der 1950er Jahren erschien wichtige Literatur, die die NS-Wirtschaftspolitik verurteilte. Fälle von Zwangsverschleppung, unzureichender Ernährung sowie die zahlreichen Verbrechen, die an Fremdarbeitern im Krieg begangen wurden, sind in diesen Studien behandelt – wobei das Augenmerk sich auf Russen und Polen konzentriert.²¹

In den 1970er Jahren erschien die Arbeit von Christian Streit über das Schicksal der russischen Kriegsgefangenen.²² Das Interesse an der Zwangsarbeiter-Thematik wuchs deutlich in den 1980er Jahren. Es erschienen lokale Studien – etwa für Hamburg²³ oder Bremen²⁴ – oder spezialisierte Arbeiten – z.B. die über Frauen und über Zwangssterilisationen von Gisela Bock.²⁵ In den 25 Jahren nach dem Erscheinen der Monographie von Ulrich Herbert über den Ausländereinsatz im Zweiten Weltkrieg erschienen zahlreiche Monographien über dieses Thema, ortsgeschichtliche Studien, Forschungen über die Arbeitsverhältnisse in einzelnen Betrieben, Abhandlungen über Ostarbeiterinnen und ihre Kinder, über die Behandlung der verschiedenen Nationalgruppen usw.



Tribunals under Control Council Law No. 10. Nuremberg Oct. 1946–April 1949. 14 Bd.e. Washington DC 1949–54.

20 Broszat (1958a), S. 389–91; Broszat (1958b), S. 387–89; Broszat (1961).

21 Über die verschiedenen Abhandlungen dieses Themas in der BRD und DDR vgl. Herbert (1999), S. 12ff. Zur Literatur über Fremdarbeiter in der DDR s. auch Elsner/Lehmann (1979).

22 Streit (1978).

23 Ebbinghaus (1984).

24 Schminck-Gustavus (1984).

25 Bock (1986).

In Baden-Württemberg erschienen die ersten Studien über die Beschäftigung von Fremdarbeitern erst Mitte der 1970er Jahre. Die Arbeit von Julius Schätzle „Stationen zur Hölle. KZ in Baden und Württemberg 1933–1945“ war 1974 die erste relevante Studie über das Thema. Das Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen betreute ein Projekt über Fremdarbeiter, das 1985 erschien.²⁶ Die Veröffentlichung des „Heimatlichen Wegweisers zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945“ über den Raum Karlsruhe und Stuttgart im Jahr 1991 gehört ebenfalls zu den ersten wichtigen Publikationen. Daneben wurden auch die Aufsätze von Bernd Boll über die Zwangsarbeiter in Baden Anfang der 1990er Jahre veröffentlicht.²⁷ Die Arbeiten von Annette Schäfer – über die polnischen und russischen Deportierten in Württemberg und über die Zwangsarbeiter in der Reformierten Kirche²⁸ – sind exemplarisch für die regionale Forschung in Baden-Württemberg. Der Rhein-Neckar-Raum wurde 1976 von Angelika Schmidt mit ihrer Arbeit über das KZ Mannheim-Sandhofen und von Stefan Stepien behandelt, der sich in seiner Dissertation mit ehemaligen polnischen Fremdarbeitern beschäftigte, die sich nach dem Krieg in Mannheim niederließen. Ebenfalls wichtig für die Region ist die Studie von Frank-Uwe Betz²⁹ über Schwetzingen. Von zentraler Bedeutung für die Fremdarbeiterforschung im Rhein-Neckar-Raum sind daneben die Arbeiten, die die Schüler der IGMH unter Leitung von Peter Koppenhöfer³⁰ geleistet haben. Diese Arbeitsgruppe fand ehemalige Zivildeportierte aus Frankreich wieder und führte mit ihnen zahlreiche Zeitzeugen-Gespräche. Die einzige Studie, die es bislang über die Beschäftigung von Fremdarbeitern in Heidelberg gab, war die Arbeit von Harald Gilbert.³¹

Die Überlieferungslage in Bezug auf die Fremdarbeiter ist in Heidelberg sehr gut. Eine erste Quellenart, die ausgewertet wurde, sind die administrativen Akten – die nur wenig Persönliches über die Fremdarbeiter vermitteln. Die Stadt wurde – im Gegensatz zu vielen anderen Städten wie Frankfurt am Main – praktisch nicht zerbombt. Es gingen auch nur relativ wenige Dokumente am Ende des Kriegs verloren. Von zentraler Bedeutung für diese Arbeit sind die Quellen der Stadtverwaltung, die im Stadtarchiv aufbewahrt werden. Die Akten des Bestands AA wie z.B. 212 und 199 enthalten viele Aktenvermerke der Stadtverwaltung hin-

26 Inst. f. Empir. Kulturwiss. (1985).

27 Boll (1992a), S. 179–203; s. auch Boll (1992b), S. 523–37.

28 Schäfer (2000); Schäfer (2001), S. 53–75; Schäfer (2005), S. 7–55.

29 Betz (1998); s. auch Betz (2000), S. 101–15.

30 Högner u.a. (2002), S. 101–26; IGMH: Zwangsarbeit im Rhein-Neckar-Raum: <http://zwangsarbeit.igmh.de> (5. Juli 2012).

31 Gilbert (1996), S. 214–16.

sichtlich der Fremdarbeiter sowie Schreiben von Betrieben oder Lagerverwaltungen. Die Themen, mit denen sich die Stadtverwaltung beschäftigte, reichen von den Arbeitsverhältnissen der Fremdarbeiter über ihre Ankunft, ihre Verpflegung und Unterkunft bis zu ihren Krankheiten und der damit verbundenen Ansteckungsgefahr. Die Akten enthielten manchmal auch Lohnlisten oder Sterbe-, Trauungs- und Geburtenregister, anhand denen es möglich wurde, Statistiken zu erstellen. Ebenfalls enthalten sind Erlasse der zuständigen Ministerien, die einen Überblick über die fremdarbeiterbezogene Bürokratie des Reichs ermöglichten.

Das Universitätsarchiv Heidelberg verfügt ebenfalls über bedeutende Akten für die vorliegende Studie. Es sind vor allem Akten über die Errichtung von Krankenbaracken auf dem Gelände der Universitätskliniken sowie Informationen über die in der Universität beschäftigten Fremdarbeiter. Von großer Bedeutung war weiterhin das Material des Generallandesarchivs Karlsruhe, wo zahlreiche Akten über die Kriminalität, den verbotenen Umgang mit Fremdarbeitern sowie die Akten der Staatsanwaltschaft und des Gesundheitsamts Heidelberg³² aufbewahrt werden. Für die Rekonstruktion der religiösen Betreuung der Fremdarbeiter war schließlich der Bestand des Erzbischöflichen Archivs Freiburg unabdingbar. Die wenigen, im Krieg nicht vernichteten relevanten Quellen der Heeresverwaltung, die im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau aufbewahrt werden, enthalten vor allem allgemeine Dokumente über den Einsatz der Fremdarbeiter. Dort werden jedoch auch einige Listen kriegswichtiger Firmen aufbewahrt, die in Heidelberg Fremdarbeiter beschäftigten.

Eine zweite Quellenart, die für die vorliegende Arbeit ausgewertet wurde, sind die so genannten Einzelfallakten. Nach dem Krieg, in den Jahren 1945 bis 1947, forderte die amerikanische Administration von jedem, der im Krieg mit Fremdarbeitern zu tun hatte – Firma, Privatperson, Amt, Krankenkasse, Arzt usw. –, ihr die betreffenden Dokumente auszuhändigen. Diese Maßnahme fand im Rahmen des „Suchverfahrens über Ausländer“ statt. Es wurde dabei zuerst versucht, die Zahl der im Krieg³³ anwesenden Fremden zu ermitteln. Später versuchte man außerdem,



32 Die Gesundheitsämter waren in der NS-Zeit auch für die so genannte „Rassenhygiene“ verantwortlich. Das Gesundheitsamt verfügte über mindestens zwei Ärzte in Vollzeit – die Amtsärzte –, Hilfsärzte, Krankenschwestern, Hebammen usw. ... Dort wurde z.B. Hilfe gegen Tuberkulose angeboten. Die Eheberatung fand statt, um manche Trauungen zu vermeiden – zur Wahrung der „Reinheit der Rasse“. Die Schwangerenberatung für die werdenden Mütter prüfte, ob eine Abtreibung unerwünscht war – bei Paaren, die als „wertvoll“ galten – oder erwünscht – bei Ostarbeiterinnen, wenn der Vater kein Deutscher war (Czarnowski (1981), S. 149–50).

33 Hier handelt es sich um das so genannte „Suchverfahren über Ausländer“. Eine erste Liste wurde Ende des Jahres 1945 erstellt. Vgl. STAHD, Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Na-

ihren Aufenthaltsort zu ermitteln oder z.B. die genauen Umstände von Todesfällen aufzuklären.³⁴ Es handelt sich dabei i. d. R. um ein bis 20 Dokumente pro Fremdarbeiter. Sie sind nach Staatsangehörigkeit und alphabetisch geordnet. Die Dokumente dieses Bestands sind sehr gemischt: Enthalten sind etwa Arbeitsbücher, polizeiliche Anmeldungen, Krankenakten, private oder offizielle Briefe, Lebensmittelkarten vom Ernährungsamt, Abbildungen, Gehaltslisten. Sie bilden eine sehr wichtige Quelle, weil es anhand ihrer Auswertung möglich wurde, viele Einzelschicksale zu rekonstruieren. Und sie offenbaren viele Details, die in den Akten der Stadtverwaltung nicht enthalten sind. Durch ihre – im April 2004 genehmigte – Auswertung ergab sich ein lebendigeres Bild des Fremdarbeitereinsatzes. Aufgrund der sehr großen Quellenmenge wurden nach Absprache mit meinem Doktorvater Jean-Paul Bled ca. 10% stichprobenartig ausgewertet.

Eine dritte für die vorliegende Arbeit wichtige sekundäre Quellenart sind die vorhandenen Datenbanken. In der Datenbank,³⁵ die im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts vom Universitäts- und vom Stadtarchiv erstellt wurde, wurden die Einzelfallakten, die Karteikarten sowie die Krankenakten der Universitätskliniken erfasst. Die Informationen dieser Datenbank erwiesen sich als eine wertvolle Ergänzung zu der stichprobenartigen Auswertung der Einzelfallakten. Durch die Datenbank konnten auch manche sehr spezielle Fälle – z.B. eine Überweisung ins KZ oder in die Psychiatrie, geborene Kinder, vorgenommene Zwangsabtreibungen usw. – gezielt gesucht und gefunden werden. Diese Datenbank ermöglichte auch die Erstellung von Statistiken, die einen Überblick über das Phänomen des Fremdarbeitereinsatzes in Heidelberg geben.

Die zweite ausgewertete Datenbank ist die des Generallandesarchivs Karlsruhe. Sie enthält Informationen über ca. 58.000 Fremdarbeiter. Erstellt wurde sie, um eine Entschädigung der Fremdarbeiter zu ermöglichen. Durch ihre Auswertung im Sommer 2005 konnten manche Fremdarbeiter, die ein bis dahin ungeklärtes Schicksal erlitten hatten, wiedergefunden werden.

Die vierte ausgewertete Quellenart sind die Erzählungen der ehemaligen Zivildeportierten aus Raon l'Etape. Diese Erzählungen bilden durch ihre Einzigartigkeit eine wichtige Quelle, mit der es möglich wurde, bestimmte Alltags-

mensänderungen (Suchverfahren nach Ausländern), 1946–55 (Mappe: Termin II, Schreiben der Stadtverwaltung vom 8. Juni 1946. Die Firmen konnten bis zum 30. Okt. 1946 ihre Unterlagen an den UNRRA abgeben; s. ebd.: Bekanntmachung! Ausländersuchaktion. Letzte Meldefrist.

34 Ebd.: Schreiben des Präsidenten des Landesbezirks Baden Nr. 1.589 vom 16. Jan. 1947: Suchverfahren über Ausländer.

35 Diese vom Stadt- und vom Universitätsarchiv Heidelberg erstellte Datenbank wird folgend zitiert als „Datenbank“.

ereignisse oder Stimmungen darzustellen. Aber so wichtig diese Quelle auch ist, bleibt sie doch problematisch. Die Erzählungen der ehemaligen Zivildeportierten beziehen sich nur auf die letzten sechs Kriegsmonate. Sie begrenzten sich auf die Ereignisse aus der Sicht der Franzosen, und es können daraus meist keine Aussagen über die Behandlung anderer nationaler oder ethnischer Gruppen gemacht werden. Dieser Nachteil wurde 1989 von Primo Levi elegant mit den Worten umschrieben, „la mémoire humaine est un instrument merveilleux mais trompeur“.³⁶ Häufig verschwimmen die Erinnerungen von Zeitzeugen mit der Zeit und werden von späteren Erkenntnissen oder anderen Berichten beeinflusst. Häufig sind sie für die exakte Rekonstruktion der damaligen Lebensverhältnisse und für das Herausarbeiten präziser Fakten ungeeignet. Deshalb werden Zeitzeugenerzählungen von vielen Historikern zwar als nützlich angesehen, aber mit dem Vorbehalt, dass sie „keine [verlässliche] Methode [abgeben,] um die Erfahrungen der Subjekte in ihrem damaligen Alltag einzufangen.“³⁷



Georges Eugène M.

*1919

1.3 Fragestellung

Die Fremdarbeiter – also die Menschen – stehen im Mittelpunkt dieser Studie. Die lokale Untersuchung sowie die ausgezeichnete Quellenlage ermöglichten es, die vielen Themen, die in Verbindung mit der Beschäftigung und Anwesenheit der Fremdarbeiter auftauchten, zu bearbeiten. Hierbei richtet sich der Blick nicht nur auf die ökonomische Bedeutung der Fremdarbeiter für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Heidelberger Wirtschaft. Ihre Lebensverhältnisse sollen ebenfalls eine zentrale Rolle in dieser Untersuchung einnehmen.

Zuerst soll eine Antwort auf die Frage „wer und warum?“ gegeben werden. Die Herkunft und die Zahl der in Heidelberg beschäftigten Fremden sowie ihre Beschäftigung und Arbeitsbedingungen werden dargestellt.

Die Ankunft und die Anwesenheit von Tausenden von Fremdarbeitern verursachte verschiedene Probleme, die die Heidelberger Stadtverwaltung während des Kriegs immer wieder lösen musste. Die Frage der Unterbringung der Fremdarbeiter gehörte zu diesen Aufgaben. Die Geschichte des Lagerbaus sowie – soweit die vorhandenen Quellen eine Antwort auf diese Fragen ermöglichen – die innere Einrichtung, die Hygiene und die Sanitäranlagen der Lager sind von zentralem Interesse für diese Arbeit.

³⁶ Levi (1989), S. 23.

³⁷ Hoffmann (1999), S. 510–13.



Die Hauptstraße im „Fahnnenschmuck“ (STAHN).

Der dritte Teil soll einen Überblick über die Lebensverhältnisse der Fremdarbeiter liefern. Insbesondere die Frage nach der täglichen Ernährung – sowohl die theoretisch vom Reich vorgeschriebenen Verpflegungssätze als auch die von den Fremdarbeitern tatsächlich erhaltenen Nahrungsmengen und -qualitäten – soll hier im Mittelpunkt stehen. Eine ebenso wichtige Rolle für die Lebensverhältnisse der Fremdarbeiter spielte die Zuteilung von Kleidung.

Weiterhin soll es um die medizinische Versorgung der Fremdarbeiter gehen, für die der – auch für die Stadt selbst eminent wichtige – Status Heidelbergs als „Lazarett-Stadt“ von zentraler Bedeutung war. Dieser Abschnitt behandelt die häufigsten Leiden, Krankheiten und Unfallursachen der Fremdarbeiter.

Manche Krankheiten entstanden aber auch infolge der bloßen Lebensbedingungen, denen die Fremdarbeiter ausgesetzt waren. Um diese „Pathologie des Fremdarbeiterdaseins“ wird es daher ebenso gehen wie ebenso um die auch hier an manchen Fremdarbeitern praktizierten medizinischen Verbrechen.

Ein wichtiger Bestandteil des Alltags, der über das bloße Dasein und seine materiellen Konsequenzen hinausging, war auch das Leben außerhalb des Arbeitsinsatzes. Die Gestaltung der Freizeit, der Alltag in den Lagern und die moralische Unterstützung durch die Seelsorge werden daher in den Blick genommen.

Der Alltag der Fremdarbeiter war sowohl von der täglichen Arbeit wie von den zahlreichen Kontakten gekennzeichnet, die bei dieser Gelegenheit geknüpft wurden. Deutsche und Fremdarbeiter sahen sich tagtäglich, und in den Lagern fand das Zusammenleben von verschiedenen nationalen Gruppen andauernd statt. Die Beziehungen, die dadurch entstanden, waren sehr verschiedenartig. Sie gingen von Freundschaften und Feindseligkeiten bis hin zu Liebesbeziehungen. Die Gefühle, die die Fremdarbeiter ihrer Lage entgegenbrachten, waren ebenfalls sehr unterschiedlich. Es wurden sowohl Anzeichen von Widerstand als auch von Passivität oder auch Kollaboration sichtbar. Auch um diese Themen soll es hier gehen, bevor sich ein letzter, wegen der wenigen Quellen kurzer Teil dem Ende des Kriegs, der Befreiung der Fremdarbeiter sowie – mit einem Exkurs über die Displaced Persons – ihrer Rückkehr in die Heimat widmen wird.

2 Der „Ausländereinsatz“



2.1 Statistiken über die „Heidelberger“ Fremdarbeiter

2.1.1 Zahl

Die Frage, wie viele Fremdarbeiter während des Kriegs in Heidelberg beschäftigt wurden, war schwieriger zu beantworten als man annehmen könnte.³⁸ Eine realistische Größenordnung der in Heidelberg beschäftigten Fremdarbeiter ließ sich durch Auswertung der in einem gemeinsamen Projekt von Stadtarchiv und Universitätsarchiv Heidelberg erstellten Datenbank unter Abzug von Dubletten, Gefangenen und displaced persons (DP)³⁹ ermitteln. Dazu wurde die Datenbank nach den Kriterien „Wohnort“ und „Arbeitsort“ – in beiden Fällen Heidelberg – durchsucht. Auf dieser Grundlage ist anzunehmen, dass die Zahl der Heidelberger Fremdarbeiter zwischen 12.254 (nach dem Kriterium Arbeitsort) und 15.169 Personen (nach dem Kriterium Wohnort) liegt. Die niedrigere

38 Die Datenbank ist die einzige Quelle, die statistische Aufstellungen ermöglicht. Viele der dort erfassten 36.000 Personen fremder Staatsangehörigkeit haben nicht zu den Heidelberger Fremdarbeitern gehört, wie z.B. Kranke, die sich in den Heidelberger Kliniken medizinisch behandeln ließen, oder die im Oberen Faulen Pelz verorteten Gefangenen. Viele Fremdarbeiter, die in Heidelberg wohnten, arbeiteten beispielsweise in Mannheim, sodass das „Wohnortkriterium“ für die Ermittlung der Zahl der in Heidelberg arbeitenden Fremdarbeiter kein verlässlicher Indikator ist. Das „Arbeitsortkriterium“ ist grundsätzlich zuverlässiger, wenn man zwei Vorbehalte berücksichtigt. Zuerst muss die genaue Beschäftigungsperiode betrachtet werden, weil Fremde, die vor oder – in viel mehr Fällen – nach dem Krieg in Heidelberg arbeiteten, ebenfalls in der Datenbank erfasst sind. Zweitens haben viele Fremdarbeiter die Arbeitsstelle in Heidelberg während des Kriegs mehrmals gewechselt – in Einzelfällen ließen sich für eine Person Vermerke zu mehr als 20 verschiedenen Arbeitsstellen finden –, sodass die Suche mit diesem Kriterium eine unrealistische Ergebnisliste mit ca. 30.000 Anträgen ergab. Dazu tauchen viele Fremdarbeiter mehrmals auf, weil ihre Namen damals von den deutschen Behörden unterschiedlich geschrieben wurden. So befinden sich die Akten einer polnischen Familie alternativ unter „Zi“, „Ci“, „Si“ usw., obwohl es sich eindeutig um eine Familie mit den gleichen Vornamen handelte.

39 Mit displaced persons sind diejenigen Personen ausländischer Herkunft gemeint, die sich nach dem Krieg in Deutschland aufhielten. Es handelte sich um ehemalige Fremdarbeiter und KZ-Insassen. Bis zur Rückkehr in ihre Heimatländer vergingen vielfach Monate oder Jahre nach Kriegsende. Manche blieben auch auf Dauer in Deutschland und gründeten hier eine neue Existenz.



Heidelberg unterm Hakenkreuz (Postkarte; STAHD).

Zahl dürfte dabei näher an den tatsächlichen Verhältnissen liegen als die höhere, weil erstens auch stationär in den Heidelberger Krankenhäusern aufgenommene Fremdarbeiter aus anderen Orten erfasst wurden und weil zweitens displaced persons nur selten als solche zu identifizieren sind, wenn der angegebene Aufenthaltsort nicht eindeutig ein DP-Lager gewesen ist, wie z.B. die Grenadierkaserne. Zugleich können die mit den Krankenhäusern in Verbindung zu bringenden Ausländer aber auch nicht aus der Fremdarbeiterstatistik für Heidelberg einfach abgezogen werden, denn die Krankenhäuser waren wichtige Arbeitgeber für Fremdarbeiter.

Wie viele Fremdarbeiter sich gleichzeitig in Heidelberg befanden, ist noch weit schwieriger zu beantworten. Während viele unter ihnen Monate oder sogar Jahre an der gleichen Arbeitsstelle blieben, hatten viele auch Arbeitsverhältnisse, die nach ein paar Tagen oder Wochen bereits wieder endeten bzw. wechselten. Die ständigen Ankünfte von neuen „Transporten“ und die häufigen Arbeitsplatzwechsel von einzelnen Fremdarbeitern machen es unmöglich, die Fremdarbeiterbevölkerung mittels der Datenbank zu einem bestimmten Zeitpunkt ganz konkret zahlenmäßig zu bestimmen. Einen Anhaltspunkt können hier die Statistiken des Reichs geben. Aber auch diese Informationen sind nicht unproblematisch. Mark Spoerer erwähnt die Schwierigkeit der Fremdenbevölkerungszählung in kleineren Städten während des Kriegs. Die Quellen dazu sind rar; viele Akten wurden während des Kriegs oder später vernichtet. Die Statistiken der Arbeits-

amtsbezirke sind nicht zuverlässig, weil sie erst ab dem 15. Februar 1943 erstellt wurden. Laut Erfassung vom 30. September 1944 gab es in Baden und im Elsass 123.670 Fremdarbeiter. Darunter waren 81.495 Männer und 42.175 Frauen. 43.032 der 123.670 Erfassten waren Ostarbeiter. Bei einer Erhebung vom 30. September 1944 wurden für Heidelberg 9.024 Fremdarbeiter gezählt, darunter 3.118 Ostarbeiter. Unter den insgesamt Erfassten befanden sich 5.263 Männer und 3.761 Frauen.⁴⁰



2.1.2 Staatsangehörigkeit

Die Frage nach der Herkunft der Fremdarbeiter konnte mit den Informationen, die durch die Datenbank bereitgestellt wurden, relativ leicht beantwortet werden. Die folgende Graphik wurde nach zwei ausgewählten Kriterien erstellt: Die Staatsangehörigkeiten der in Heidelberg beherbergten und der dort arbeitenden Fremdarbeiter.

Die Franzosen bildeten mit knapp über 34% die mit Abstand stärkste Gruppe unter den Fremdarbeitern, gefolgt von den russischen Staatsangehörigen (mit fast 24%) und den Arbeitern polnischer Herkunft (11,5%). Jeweils unter 10% lag der Anteil der Niederländer (6,2%), Italiener (4,7%), Belgier (2,5%) und Jugoslawen (2,4%) – deren Herkunftsländer allerdings auch keine so große Bevölkerung hatten wie Frankreich oder Russland. Unter zwei Prozent lag der Anteil der Fremden aus der ganzen Welt in Heidelberg; sie können aber z. T. nicht zu den Fremdarbeitern gerechnet werden. Die Europäer aus den Südländern oder vom Balkan – wie die Spanier, Portugiesen, Rumänen, Bulgaren oder Ungarn – hatten zum Teil Arbeitsverträge mit dem verbündeten Deutschen Reich. Die Nordeuropäer – Dänen, Norweger oder Finnen – waren ebenfalls infolge der Besetzung ihres Landes von Deutschland rekrutiert worden. Menschen „exotischerer“ Herkunft wie aus Nordafrika, Nahost, Mittel- und Südamerika, Nordamerika und Asien gehörten – soweit sie sich während des Kriegs in Heidelberg aufhielten – nicht zu den Fremdarbeitern. Die Auswertung der Einzelfallakten zeigt deutlich, dass sie sich häufig schon lange vor dem Krieg in Heidelberg aufhielten und dass sie während des Kriegs die Rechtsstellung und die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung teilten.

2.1.3 Die wichtigsten Fremdarbeitergruppen

Die französischen Fremdarbeiter waren teilweise Kriegsgefangene, teilweise Zivilarbeiter. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen glichen denen der Belgier, weshalb

⁴⁰ Spoerer (2001a).

beide Gruppen hier gemeinsam betrachtet werden. Die Franzosen besaßen nach dem Waffenstillstand einen ambivalenten Status. Sie waren gefangene Soldaten, gleichzeitig aber auch Angehörige eines Staats, der inzwischen mit Deutschland kollaborierte. So wurden sie zum Tauschobjekt im Handel zwischen dem Vichy-Regime und der NS-Diktatur.⁴¹ Es wurde ein eigener „Service diplomatique des prisonniers de guerre“ eingerichtet, zu dessen Chef der im Ersten Weltkrieg erblindete Georges Scapini ernannt wurde. Scapini versuchte die französischen Kriegsgefangenen gegen freiwillige Arbeiter auszutauschen („La Relève“). Er argumentierte, dass freiwillige Arbeiter eine höhere Arbeitskraft aufbrächten als die zur Arbeit verpflichteten Kriegsgefangenen.⁴² Im März 1941 wurde den französischen Kriegsgefangenen angeboten, den Status von „freiwilligen Arbeitern“ anzunehmen. Am 14. März 1942 ließ Scapini sogar zu, dass die Kriegsgefangenen in der Kriegswirtschaft beschäftigt wurden – allerdings nicht in Waffenfabriken.⁴³ Im Januar 1943 verhandelte Fritz Sauckel mit dem Vichy-Regime und erreichte dabei die „Transformation“ der Kriegsgefangenen. Formal sollte nun für jeden Zivilarbeiter, der im Rahmen des STO („Service du Travail Obligatoire“) nach Deutschland kam, ein französischer Kriegsgefangener beurlaubt werden. Faktisch blieben und arbeiteten die so genannten transformierten Kriegsgefangenen in Deutschland weiter, erhielten aber manche Vorteile, die Zivilarbeiter genossen, wie z.B. ein Gehalt oder Heimaturlaub. Zugleich standen sie nicht mehr unter den Schutz der Genfer Konvention und konnten unbegrenzt in der Kriegswirtschaft eingesetzt werden. Die Gefahr, dadurch als Kollaborateur angesehen zu werden, erklärt vielleicht den relativ geringen Erfolg dieser Maßnahme: Mitte 1944 hatten gerade einmal 220.000 der ca. 800.000 französischen Kriegsgefangenen die „Transformation“ vollzogen.⁴⁴

Manche „Heidelberger“ Kriegsgefangenen wurden auf diese Weise in ein ziviles Arbeitsvertragsverhältnis übernommen; so Lucien C., der bei der Stotz-Kontakt als Kriegsgefangener arbeitete und dann als Zivilarbeiter weiterbeschäftigt wurde. Als Kriegsgefangener schrieb er selbst an die Firma Stotz-Kontakt, um die notwendige

41 Durand (1990), S. 491–50. Zu Vichy und den französischen Kriegsgefangenen s. Durand (1991), S. 184–99. Vgl. auch Herbert (1990), S. 509–31.

42 Diese Argumente werden z. T. von anderen Quellen widerlegt. Anfangs arbeiteten wohl die französische Kriegsgefangenen mit Zurückhaltung, aber im Lauf der Zeit erzielte diese Fremdarbeitergruppe die höchste Arbeitsleistung. Ihre Lebensbedingungen waren auch deutlich besser als die der Ostarbeiter und ermöglichten ihnen, diese Leistung zu erbringen.

43 Durand (1990).

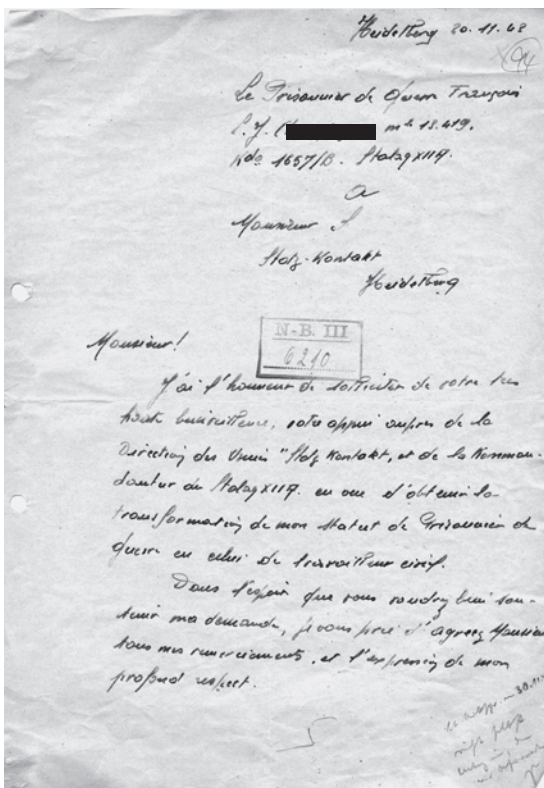
44 Ebd., S. 64–65.

Gesuch eines französischen Kriegsgefangenen der Firma Stotz-Kontakt vom November 1943, um den Zivilarbeiter-Status zu erlangen (STAHD).

Unterstützung für die Er-
langung des neuen Status als
Zivilarbeiter zu erhalten.⁴⁵
Nach seinem neuen Anstel-
lungsvertrag hatte er eine
„Arbeitszeit von vormittags
7:05 bis nachmittags 16 Uhr,
an Samstagen bis nachmittags
13 Uhr“ einzuhalten und
erhielt dafür „ein monatliches
Gehalt von RM 220,00.“⁴⁶

Nach der französischen
Kapitulation im Juni 1940
hatte man zunächst versucht,
französische Zivilarbeiter nach
Deutschland anzuwerben:

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Frankreich blieben diese Maßnahmen aber
weitgehend erfolglos. Daraufhin übte Sauckel Druck auf das Vichy-Regime aus,
um zu erreichen, dass sich Männer zwischen 21 und 50 und Frauen zwischen 21
und 35 Jahren zur Arbeit in Deutschland verpflichteten. Im Februar 1943 wurde
der STO eingeführt, wodurch zunächst die Jahrgänge 1920 bis 1922 und später
auch der Jahrgang 1919 zu einer zweijährigen Arbeit in Deutschland verpflich-
tet wurden. Die belgischen Zivilarbeiter wurden auf eine ähnliche Art zuerst
freiwillig, dann zwangsweise zum Arbeitsdienst in Deutschland verpflichtet.⁴⁷

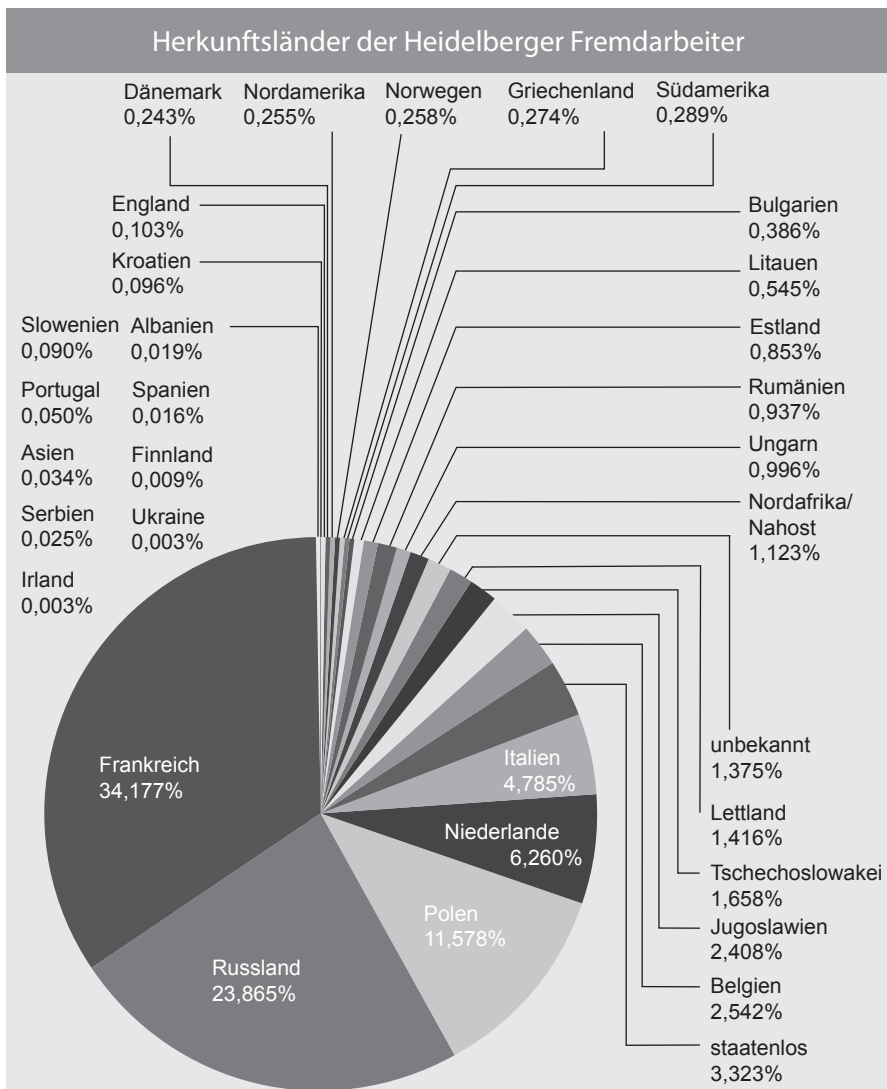


Gaston G. *1914

45 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten), Karton 12, Mappe 36, Dok. 94: „Monsieur! J'ai l'honneur de solliciter de votre très haute bienveillance, votre appui auprès de la Direction de „Stotz Kontakt“, et de la Kommandantur du Stalag XII A en vue d'obtenir la transformation de mon statut de Prisonnier de Guerre en celui de travailleur civil. Dans l'espoir que vous voudrez bien soutenir ma demande, je vous prie d'agréer, Monsieur, tous mes remerciements, et l'expression de mon profond respect ...“

46 Ebd., Dok. 85.

47 In Belgien wurde nach der Kapitulation von Ende Mai 1940 eine Militärregierung eingesetzt. Es wurde zuerst versucht, freiwillige Arbeiter nach Deutschland zu bringen mit dem Versprechen,



Zusammen mit den französischen Zivilarbeitern wurden sie häufig einfach als „Westarbeiter“ bezeichnet.

dass die Arbeiter dort gute Gehälter und Arbeitsbedingungen erhalten würden. Außerdem wurde versprochen, dass sie nicht in der Kriegswirtschaft eingesetzt würden. Mangels Erfolg wurde Druck auf Arbeitslose ausgeübt, in Form von Kürzungen von Sozialleistung. Schließlich wurde im März 1942 eine Arbeitspflicht eingeführt. Im Sept. 1943 wurde ein Pflichtsystem eingeführt; die Jahrgänge 1920 und 1921 mussten in Deutschland arbeiten und im März 1944 mussten die Jahrgänge 1922 bis 1924 gehen (Spoerer (2001a), S. 91–92).



Personalausweis eines Zivildeportierten aus Raon l'Etape. Die Ausweise wurden häufig vom Arbeitgeber aufbewahrt – auch als „Pfand“ gegen Fluchtversuche (STAHD).

Zu den französischen Zivilarbeitern kamen in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Gebiet die Zivildeportierten aus Raon l'Etape hinzu, die im September 1944 von Soldaten der Wehrmacht zwangsverpflichtet wurden. Nachdem die Hitlerjungen im September 1944 zunächst nach Raon l'Etape gebracht worden waren, um die Stadt gegen die Alliierten zu befestigen, zwang die OT alle Männer von 15 bis 45 Jahren, Barrikaden und Stellungen für die Panzer-Abwehr zu bauen. Am 8. November 1944 fand dann eine Massenverhaftung in Raon l'Etape und in den benachbarten Dörfern statt. 400 Männer zwischen 16 und 46 Jahren wurden nach Deutschland verschleppt. Die Raoner mussten sogar bis Hemmingen laufen, wurden dort in einen Zug verfrachtet und kamen am 11. November 1944 in Heidelberg an.⁴⁸

Unter den russischen Fremdarbeitern befanden sich wie bei den Franzosen sowohl Kriegsgefangene als auch Zivilarbeiter. Die russischen Kriegsgefangenen

48 Es handelte sich um die Operation „Waldfest“, bei der ca. 8.000 Männer, die zwischen Lunéville und Belfort wohnten, massenverhaftet und nach Deutschland zur Arbeit verpflichtet wurden (Högner u.a. (2002), S. 102–5).

wurden erst nach 1942 als Arbeitskräfte eingesetzt. Die anfängliche Hoffnung des Regimes, dass durch den Einsatz der westlichen Kriegsgefangenen der Arbeitskräftemangel behoben würde, erklärt, warum die Russen erst so spät eingesetzt wurden. Denn gegen sie und ihren Arbeitseinsatz bestanden sehr viel stärkere ideologische Vorbehalte, wie in Hitlers „Mein Kampf“ reichlich belegt. Hitler bezeichnet Russland in seinem Hauptwerk als ein von den „jüdischen“ Ideen des Karl Marx und von Juden dominiertes Land.⁴⁹ Die Überzeugung, dass die Russen selbst in Gefangenschaft mit Sabotage oder Mord weiterhin gegen Deutschland kämpfen würden, wurzelte letztlich in dieser Unterstellung und erklärt neben den rassistischen Überzeugungen die besonders schlechte Behandlung dieser Gruppe. Christian Streit vermutet, dass die russischen Kriegsgefangenen in der Summe diejenigen waren, die, von den Juden abgesehen, am meisten leiden mussten.⁵⁰

Die russischen Zivilarbeiter verschwanden häufig hinter der Bezeichnung „Ostarbeiter“. Die genaue Definition dieser Bezeichnung stand 1942 im Reichsgesetzblatt.⁵¹ Es handelte sich gleichzeitig um eine rassistische und territoriale

49 In „Mein Kampf“ wird die These der jüdischen Verschwörung immer wieder erwähnt. Das Judentum würde laut Hitler Russland beherrschen und würde sich jetzt Deutschland zuwenden: „Man vergesse nicht, daß der internationale Jude, der Rußland heute restlos beherrscht, in Deutschland nicht einen Verbündeten, sondern einen zum gleichen Schicksal bestimmten Staat sieht“ (Hitler (1939), S. 657–58). Im Zweiten Band taucht dieses Thema wieder auf, Russland sei von jüdischen Ideen geprägt und beherrscht (ebd., S. 372–73).

50 Streit (1999). Demnach lebten zwischen dem 22. Juni 1941 und dem Kriegsende ca. 5,7 Millionen russische Kriegsgefangene in deutschen Lagern. Davon kamen ca. 3,3 Millionen ums Leben. Zum Vergleich kamen „nur“ 8.348 englische und amerikanische Soldaten in deutscher Gefangenschaft ums Leben, d.h. ca. 3,5% der Gefangenen. Die hohe Sterblichkeit bei den russischen Gefangenen wurde durch Hunger, schlechte Unterkunft, Misshandlung und durch die systematische Ermordung mancher Gefangenengruppen herbeigeführt. Allein im Okt. 1941 kamen fast 4.600 Russen ums Leben. Bereits im Febr. 1942 waren von den ursprünglich 3,5 Millionen Gefangenen 2 Millionen gestorben. Die Situation der sowjetischen Gefangenen verbesserte sich mit dem zunehmenden Arbeitskräftemangel Deutschlands. Selbst Hitler kam zu der Überzeugung, dass der Einsatz der russischen Gefangenen notwendig sei. In der Folge wuchsen die Essensrationen geringfügig. Der offizielle Grund für die schlechte Behandlung war, dass Russland die Genfer Konvention nicht ratifiziert hatte (vgl. Streit (1978), S. 10 und Herbert (1991b), S. 106–30). Zu den sowjetischen Fremdarbeitern s. Müller (1991), S. 234–50.

51 Definiert wurden die Ostarbeiter als „diejenigen Arbeitskräfte nicht deutscher Volkzugehörigkeit, welche im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in den Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfasst und nach der Besetzung durch das Deutsche Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren gebracht werden. Nicht zu den Ost[arbeitern] gehören demnach die Arbeitskräfte, welche in den Gebieten des Generalgouvernements, der General-Kommissariate Litauen, Lettland und Estland, im Bezirk Bialystok oder in den in

Definition: Jede in Deutschland arbeitende Person, die aus dem Gebiet östlich von Byalistok, Estland, Lettland und Litauen stammte, galt als Ostarbeiter, auch wenn es sich um einen Polen handelte. Die Polen, die im Generalgouvernement ihren Wohnsitz hatten, galten automatisch als „Polen“, auch dann, wenn sie ethnisch zu einer der Gruppen gehörten, die im Übrigen als Ostarbeiter bezeichnet wurden. Ethnische Polen, Ukrainer und Weißrussen sowie Kriegsgefangene und KZ-Internierte wurden grundsätzlich nicht zur Gruppe der Ostarbeiter gezählt, obwohl man sich die Frage stellen kann, inwieweit der einzelne NS-Beamte sich die Mühe machte, die genaue Herkunft dieser Fremdarbeiter überhaupt nachzuprüfen. Die Ostarbeiter mussten ein blaues rechteckiges Abzeichen mit der weißen Aufschrift „Ost“ tragen. Ihre Rechte ähnelten denen der polnischen Fremdarbeiter, obwohl sie faktisch oft härter behandelt wurden.⁵²

Die Polen⁵³ waren die drittstärkste Fremdarbeitergruppe in Heidelberg. Obwohl die polnischen Kriegsgefangenen sehr früh in Deutschland arbeiteten – viele wurden hier schon ab September 1939 zur Feldarbeit eingesetzt –, traten sie in Heidelberg kaum in Erscheinung. Lediglich 20 polnische Gefangene wurden 1941 mit dem Ausladen von Kohle beschäftigt.⁵⁴ Da ihnen der Kriegsgefangenenstatus häufig verweigert wurde, ist anzunehmen, dass sie unter dem allgemeinen Begriff „polnische Zivilarbeiter“ verschwanden.⁵⁵ Diese polnischen Zivilarbeiter waren sehr wichtig für die Heidelberger Wirtschaft: Im Juli 1941 befanden sich schon 245 polnische Fremdarbeiter in der Stadt (97 Männer und 148 Frauen).⁵⁶ Die

das Generalgouvernement eingegliederten Gebieten (Distrikt Galizien) erfasst werden. Nicht zu den Ost[arbeitern] zählen weiter sowjetische Kriegsgefangene sowie Emigranten aus den neubesetzten Gebieten des Ostens, die bereits vor dem 21. Juni 1941 ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Sowjetunion hatten“ (STAHD AA 199d/12: Rundschreiben der Industrie- und Handelskammer Mannheim, Wehrwirtschaftliche Abteilung, 8/43 nach RGBl. 1942 I vom 11. Febr. 1943, S. 419). Vgl. Spoerer (2001a), S. 94.

52 Ebd., S. 94–95.

53 Zu den polnischen Fremdarbeitern s. Luczak (1991), S. 91–105.

54 STAHD AA, 199p/9: Schreiben des Arbeitsamts an den Oberbürgermeister vom 20. Okt. 1941. Die 20 Gefangenen kamen aus Krakau.

55 Bis 1943 genossen die Offiziere nichtsdestoweniger einen durch die Genfer Konvention geschützten Status. Himmler entschied – gegen die Empfehlung des OKW, das Vergeltungsmaßnahmen an deutschen Soldaten befürchtete – nach diesem Datum, dass diese Männer in KZ überführt und dort in der Kriegswirtschaft eingesetzt werden sollten (Broszat (1958a), S. 389–91).

56 STAHD AA, 199p/9: Vermerk vom 15. Juli 1941. Die polnischen Arbeiter wurden wie folgt aufgeteilt: 14 Männer und 36 Frauen in der Innenstadt; ein Mann und eine Frau in Schlierbach; 34 Männer und 41 Frauen in Kirchheim; acht Männer und sechs Frauen in Rohrbach; 17 Männer und 37 Frauen in Handschuhsheim; zwölf Männer und 17 Frauen in Wieblingen; elf Männer und zehn Frauen in Grenzhof. Zu diesem Zeitpunkt waren 12.000 der 20.000 in Nordbaden eingesetzten Fremdarbeiter polnischer Herkunft.



Lino P. *1906

meisten – außer einer Minderheit, die als rassisch „rein“ galt und eingedeutscht wurde, – litten unter schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ihre Löhne waren sehr niedrig und hatten eher einen symbolischen Wert; ihre Rechte und ihre Freizeit waren eng begrenzt. Beziehungen mit deutschen, insbesondere mit deutschen Frauen, wurden mit dem Tod bestraft.⁵⁷ Außerdem mussten sie das „P“- oder „Ost“-Abzeichen tragen.⁵⁸ Das „P“-Abzeichen war ein gelbes Dreieck und das P war violett eingefärbt. Mit der Einführung des Generalgouvernements im Oktober 1939 wurde versucht, polnische Arbeiter freiwillig nach Deutschland zu locken. Ab Mitte Mai 1942 wurde diese Politik von Fritz Sauckel drastisch geändert. Viele Arbeiter kamen nun infolge von Massenverhaftungen oder Dienstverpflichtungen nach Deutschland – jede Person zwischen 14 und 60 Jahren musste sich beim Arbeitsamt melden ...⁵⁹

Unter den Ausländergruppen, die unter 10% lagen, befanden sich die Holländer. Es handelte sich ausschließlich um Zivilisten. In den Niederlanden wurde, ähnlich wie in Frankreich und Belgien, auch eine Arbeitsdienstverpflichtung eingeführt. Vor allem die Arbeitslosen mussten ab März 1942 in Deutschland „dienen“. ⁶⁰ Die in Heidelberg beschäftigten niederländischen Arbeiter passten dagegen überhaupt nicht in das Bild, das sich von ihnen aufgrund früherer Arbeitslosigkeit oder durch Dienstverpflichtung beschäftigten Landsleuten zeichnen lässt. Sie hatten vielmehr sehr gute Lebens- und Arbeitsbedingungen, erhielten hohe Löhne, waren freiwillig nach Deutschland gekommen, und manche waren sogar NSDAP-Mitglieder.

Die letzte Gruppe, die hier erwähnt werden soll, sind die Italiener. Viele Italiener kamen schon seit Mitte April 1937 nach Deutschland. Auf diese Weise wurde in Italien die besonders in Bergbau, Bauwirtschaft und chemischer Industrie hohe Arbeitslosigkeit bekämpft. Die gut qualifizierten italienischen Arbeiter waren sehr wertvoll für die deutsche Wirtschaft, und sie festigten zugleich die deutschen Beziehungen zwischen den Verbündeten. 1941 waren die Italiener insbesondere im Industriebereich sehr stark beschäftigt; sie stellten 21,5% der ausländischen Arbeitskräfte. Vor allem der Bausektor und die Industrie brauchten die italienischen Arbeiter. Bis 1943 wurden sie gut behandelt, auch wenn mancher Deutsche ihnen mit einem gewissen Rassismus oder Neid begeg-

57 Spoerer (2001a), S. 91–93.

58 Ebd., S. 94.

59 Buchheim (1958), S. 385–86, hier S. 44–49.

60 Hirschfeld (1991), S. 172–83, hier S. 176–79.

nete; Mussolini empörte sich darüber und schickte über seinen Außenminister Protest-Telegramme.⁶¹

Nach Mussolinis Sturz am 25. Juli 1943 und dem Waffenstillstand vom 8. September war Italien kein Verbündeter Deutschlands mehr.⁶² Zu diesem Zeitpunkt wurden Arbeitskräfte in Deutschland aber mehr denn je benötigt. Insofern waren die Demobilisierung und der Waffenstillstand der Italiener sogar günstig für das Reich, das die italienischen Arbeiter nun unbegrenzt verwenden konnte; insbesondere die „IMI“, die italienischen Militär-Internierten, wurden auch in der Kriegswirtschaft rücksichtslos eingesetzt. Den Kriegsgefangenenstatus und die Rechte nach der Genfer Konvention verweigerte man ihnen. Ihre Behandlung glich der der russischen Kriegsgefangenen. Die Arbeitsleistung dieser Männer war in der Folge allerdings auch extrem niedrig – was wohl mit ihrer äußerst schlechten Ernährung in unmittelbarem Zusammenhang steht.⁶³



Léon B. *1921

2.2 Ankunft in der Stadt

Als die Kriegsgefangenen in Heidelberg ankamen, hatten sie schon mehrere Stationen in verschiedenen Lagern hinter sich gebracht. Gleich nach der Gefangennahme wurden sie in die dem OKW unterstellten so genannten Front-Stammlager (Frontlag) gebracht und dort erfasst.⁶⁴ Dann wurden sie in Durchgangslager (Dulag) überstellt, die durch das Allgemeine Wehrmachtsamt verwaltet wurden; von dort wurden sie wiederum in ein Stalag (Stammlager) oder ein Oflag (Offizierslager) überstellt. Die Kriegsgefangenen, die in Heidelberg beschäftigt wurden, kamen i. d. R. aus dem Stalag XII A Limburg; manche kamen aus dem Stalag XII B Frankenthal.

2.2.1 Bürokratie des „Anforderns“

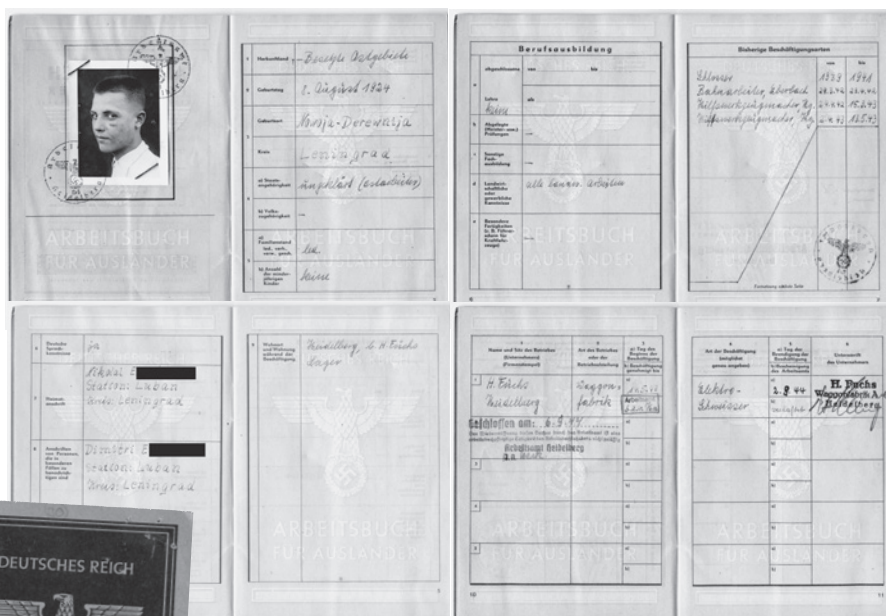
Der wichtigste Ansprechpartner der Firmen, die Fremdarbeiter beschäftigen wollten, war das Arbeitsamt. Die Kriegsgefangenen wurden durch die Kooperation von Arbeitsamt und Stalag nach Bedarf eingesetzt. Die Stadtverwaltung erkundigte sich bei ihren Ämtern, ob sie zusätzliche Arbeiter benötigten. Für den Einsatz von Kriegsgefangenen wurde zwischen dem Arbeitgeber und dem

61 Mantelli (1997), S. 253–392, hier S. 307f.; Bermanni (1997), S. 37–252, hier S. 129.

62 Mussolini wurde von König Vittorio-Emmanuel III. „abgedankt“. Die nächste Regierung ergab sich den Alliierten und wandte sich gegen den Krieg.

63 Mantelli (1995), S. 124–48.

64 Ebd., S. 101.



Die für die Zwangsarbeiter ausgestellten Arbeitsbücher enthalten persönliche Angaben sowie die Lager- und Einsatzorte in Heidelberg (STAHD).

Stalag ein Arbeitsvertrag abgeschlossen,⁶⁵ Anträge für Zivilarbeiter wurden hingegen den Gauarbeitsämtern zugeleitet. Die Mitwirkung der Stadtverwaltungen bei der Beschäftigung von Kriegsgefangenen nahm eine Entwicklung aus dem Ersten Weltkrieg auf: Nachdem die Unternehmen ihre Anträge auf Arbeitskräfte direkt bei den Stalag gestellt hatten, beantragten Stadtverwaltungen insbesondere in der zweiten Kriegshälfte Arbeitskräfte, die sie an örtliche Firmen weitervermittelten. Die Bezeichnungen der Verwaltung für die Fremdarbeiter sprechen für sich. Neben der geographischen oder ethnischen Zuordnung zeigen Kommentare über die „Qualität“ der Fremdarbeiter zuweilen, wie die ankommende Gruppe zusammengesetzt war: So hieß es in einem Schreiben vom 11. Juli 1944, bei den gerade angekommenen Ostarbeitern handle es sich „zum Teil um keine vollwertigen Arbeitskräfte.“⁶⁶

65 RAB, Reichsarbeitsblatt I 384/1940 vom Juli 1940, §V: Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen.

66 STAHD AA, 212/c6: Auszug aus der Niederschrift über die Verwaltungsbesprechung vom 11. Juli 1944.

Die Antragsformulare des Reichs auf Gestellung von Fremdarbeitern nannten sich „Auftrag auf Vermittlung gewerblicher Arbeitskräfte“; waren diese Arbeitskräfte angekommen, so hieß es seitens der Antragsteller, dass man sie „erhalten“ habe, und auch sonst unterstreicht der Wortschatz, der bei der Beantragung und Beförderung ausländischer Arbeiter benutzt wurde, den entmenslichten Charakter, der mit ihrem Einsatz und ihrer Präsenz im Dritten Reich verbunden war.



Franik K. *1907

2.2.2 Charakter der Einsätze

Wie durch den erhaltenen Teil der Arbeitsbücher ersichtlich wird, wechselten die Fremdarbeiter häufig entweder den Arbeitsort oder den Arbeitgeber oder beides. In manchen Bereichen wurden Fremdarbeiter zwar für einen Zeitraum von mehreren Jahren beschäftigt – wie z.B. Haushaltshilfen in privaten Haushalten oder Kriegsgefangene bei Bauern. Die Norm war aber eher eine Arbeitseinsatzdauer von einigen Monaten. Die Fremdarbeiter wurden stets dort eingesetzt, wo sie am dringendsten gebraucht wurden.

Die allerersten Fremdarbeiter, die in Heidelberg ankamen, waren Polen. Sie erreichten die Stadt ab Februar, März oder Mai 1940.⁶⁷ Es handelte sich um junge Leute, insbesondere um Frauen, die ausnahmslos in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Die ersten Kriegsgefangenen, die in der Stadt beschäftigt wurden, waren französische Kriegsgefangene aus dem Stalag XII A Limburg. Von dort aus waren sie auf verschiedene Arbeitskommandos verteilt worden.⁶⁸ Wenn sie ihren Einsatzort erreicht hatten, fand ein „Sklavenmarkt“ statt – wie ehemalige Kriegsgefangene selbst⁶⁹ dies bezeichnet haben: Die Männer wurden in ein großes Gebäude gebracht und von ihren zukünftigen Arbeitgebern ausgewählt. Wie eine solche Ankunft ablief, wird aus den Zeitzeugengesprächen der später aus Raon l'Étape eintreffenden Männer deutlich. So erzählt René Rebout: „Als wir in Heidelberg ankommen, verlassen wir den Bahnhof zu Fuß. Gruppen von deutschen Jugendlichen beschimpfen uns und werfen mit Steinen nach uns. Wir

67 S. z.B. STAHD, Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 37, Dok. 108: Ankunft am 14. Febr. 1940; Karton 21, Mappe 81, Dok. 87 oder Karton 9, Mappe 35, Dok. 14 oder Karton 14, Mappe 56, Dok. 107: Ankunft im März 1940; Karton 9, Mappe 35, Dok. 21 oder Karton 21, Mappe 82, Dok. 118: Ankunft im Mai 1940.

68 Spoerer (2001a), S. 102.

69 Hoop, Jean-Marie d': Les prisonniers français et la communauté rurale allemande (1940–1945). In: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 147 (1987), S. 5–30.

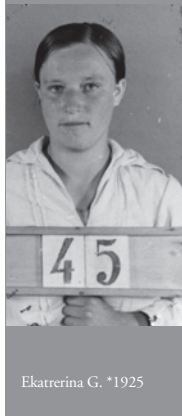
[illegible]

40

werden in einer Sporthalle, die zur Universität gehört, eingesperrt.“⁷⁰ Während der folgenden Tage kamen sowohl Privatleute wie z.B. Landwirte als auch Unternehmensvertreter, die einen oder mehrere Fremdarbeiter auswählten.

Zu Kriegsbeginn waren die Qualifikationen der Kriegsgefangenen ein wichtiges Auswahlkriterium, wie es im Juli 1940 durch den Reichsarbeitsminister auch vorgegeben worden war. Die Kriegsgefangenen sollten „nach Möglichkeit innerhalb der von ihnen erlernten Berufe eingestellt werden. Insbesondere wurden Bergarbeiter, Forstarbeiter, Baufacharbeiter und Bauhilfsarbeiter besonders erfasst. Die Angehörigen dieser Berufe sollten grundsätzlich nur in ihrem Beruf, also im Bergbau, in der Forstwirtschaft und im Baugewerbe eingesetzt werden.“⁷¹

Im Lauf des Krieges wurde allerdings vor allem bei den Ostarbeitern nicht mehr darauf geachtet, ob sie für ihren Einsatz die notwendigen Fachkenntnisse hatten oder ob sie in einer anderen Branche besser hätten eingesetzt werden können. Problematisch waren auch die Angaben, die die Kriegsgefangenen selbst machten. Die Franzosen der landwirtschaftlichen Arbeitskommandos „waren zahlreich, weil viele falsch angaben, Landwirte zu sein, in der Hoffnung, dass das Leben dort weniger hart sei.“⁷² Die Anfragen der Heidelberger Firmen und Handwerker zeigen, dass sie großen Wert auf qualifizierte Arbeitskräfte legten. Vor allem die Zivilarbeiter aus den besetzten Ländern wurden in ihrem erlernten Beruf gern weiterbeschäftigt. So wurden mehrere französische U-Bahn-Arbeiter bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn eingesetzt, und auch Maurer, Bäcker, Schlosser, Friseure, Sekretärinnen wurden in ihrem erlernten Metier beschäftigt.⁷³ Louis Chapelier erzählte im Jahr 2000 wie er bei der Firma Stotz-Kontakt angeworben wurde: „Ich weiß noch, dass wir hintereinander vor kleinen Tischen vorbeiging, wo Frauen saßen, Studentinnen, und Männer, die uns über unsere Schulbildung befragten, über unseren Beruf. Ich hatte den Fehltritt zu sagen, dass ich ‚étudiant‘ sei. Da sagte man zu mir: ‚Sind Sie an der Universität?‘ Ich habe gesagt: ‚Nein, ich bin an einem Lycée.‘ ‚Aber dann sind sie kein étudiant, mein Herr, sie sind élève!‘ Das hat ein charmantes Fräulein zu mir gesagt. – Und dann befand ich mich zusammen mit zwei anderen Raonnais. Wir sind weggebracht



Ekaterina G. *1925

70 Högner (2002), S. 106. Demgemäß handelte es sich um das Marstallgebäude. Dort befindet sich heutzutage die Mensa. Es gibt keine schriftliche Quelle über diese Benutzung während des Kriegs.

71 RAB I 384/1940: Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen, § 5.

72 Die Franzosen „étaient nombreux car beaucoup se déclarèrent agriculteurs sans l’être, pensant que la vie serait moins dure là“ (Hoop (1987)).

73 STAHD, Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten).

worden, da waren Personen von einem Unternehmen, die uns abgeholt haben in einem kleinen LKW. Sie haben uns in die Fabrik Stotz-Kontakt gebracht. Das war immer eindrucksvoll für mich, weil mein Vater beim Bau seines Hauses einen Sicherheitsschalter benutzt hat, auf dem stand: Stotz-Kontakt. Ich besitze ihn immer noch unter meinen Antiquitäten.“⁷⁴

Für die Fremdarbeiter war das Auswahlverfahren der erste richtige Kontakt mit der deutschen Bevölkerung.

2.3 Der Arbeitseinsatz

2.3.1 Die Stadtwerke

Der größte Arbeitgeber von Fremdarbeitern war die Stadt Heidelberg selbst; bei ihr waren 36,3% der Fremdarbeiter beschäftigt. Grund dafür war der chronische Arbeitskräftemangel in den Stadtwerken, denen daher stets der Kollaps drohte. Die Stadtwerke, insbesondere die Gaswerke und die Stromversorgung, waren jedoch äußerst wichtig für die Unternehmen und für die Bevölkerung. Besonders häufige Einsatzbereiche waren daneben das Forstamt, die Friedhofsverwaltung, der Schlacht- und Viehhof und das Tiefbauamt.

2.3.1.1 *Die ersten Kriegsjahre*

Die Friedhofsverwaltung, das Forstamt und das Technische Dezernat waren die ersten, die 1940 Fremdarbeiter beschäftigten. Die allererste Anforderung nach Kriegsgefangenen wurde im November 1940⁷⁵ von der Friedhofsverwaltung gestellt. Sie bat um 20 Männer, ohne genauere Angaben über die Art der Arbeit, die sie zu erledigen hätten. Mit Blick auf die später gestellten Anträge dürfte es sich um die Vergrößerung des Friedhofs, einschließlich des dahin führenden Wegs und des Ehrenfriedhofs gehandelt haben.⁷⁶ 1941 stellte die Friedhofsverwaltung erneut einen Antrag auf 20 Kriegsgefangene. Sie waren insbesondere für die Erweiterung des Wegs und des „Feldes V“ vorgesehen. Daneben mussten auch der Rohrbacher Friedhof und der Ehrenfriedhof vergrößert und die Kriegsgräber in Stand gehalten werden.⁷⁷ Dass die Friedhofsverwaltung bereits 1940 und 1941 diese Arbeiten veranlasste, unterstreicht die pathetische Verklärung

⁷⁴ Högner (2002), S. 106.

⁷⁵ STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Stadtamts VII an den Oberbürgermeister vom 6. Nov. 1940.

⁷⁶ Ebd.: Schreiben der Friedhofsverwaltung an das Personalamt vom 9. Juli 1941.

⁷⁷ Ebd.

des Nationalsozialismus für die Kriegsoffer und zeigt den lokalen Effekt der hohen Gefallenenzahlen.

Das Technische Dezernat meldete im November 1940 ebenfalls den Bedarf von 30 bis 40 Männern an, ohne genaue Angabe der Arbeit, die zu verrichten war.⁷⁸ Im Juli 1941 brauchte der Schlacht- und Viehhof sieben Kriegsgefangene, drei Gehilfen, einen Schlosser und drei Hilfsarbeiter.⁷⁹ Im gleichen Monat suchten die Stadtwerke zwei Fremdarbeiter für ihre Müllabfuhr; die Anforderung wurde im Dezember wiederholt.⁸⁰ Im gleichen Monat informierte das Tiefbauamt das Personalamt, dass es nur noch 59% seines Personals zur Verfügung hätte. Normalerweise waren 110 Männer für die Straßenreinigung zuständig, aber die Mobilmachung hatte dazu geführt, dass nur noch 40 Männer für diese Arbeit da waren. Die Kanalreinigung konnte ebenfalls nicht mehr wie üblich durchgeführt werden. Deshalb forderte das Tiefbauamt 60 Kriegsgefangene an.⁸¹ Die Gaswerke meldeten sich erst im Juli 1941. Sie benötigten zehn Männer, um Kohlelieferungen sowie um diverse Heizzätigkeiten zu erledigen. Außerdem wurden vier Schlosser und zwei Mechaniker gebraucht,⁸² weitere zehn Männer wurden im Dezember 1941 angefordert.⁸³ In diesem Monat forderte auch das Gartenamt 20 Kriegsgefangene an, die bei der Pflege des Kurpfälzischen Tiergartens eingesetzt werden sollten. Begründet wurde die Anforderung mit der aufschlussreichen Bemerkung, dass die derzeitigen Beschäftigten alle älter als 55 Jahre seien und die Arbeit nicht mehr bewältigen konnten.⁸⁴ Tatsächlich bekam das Gartenamt nur sechs Kriegsgefangene, die die anstehende Arbeit schnell verrichteten, so „dass es für diese Männer keine Arbeit mehr dort zu erledigen“ gab und sie daher schon im Januar 1942 dem Forstamt zugeteilt wurden.⁸⁵

Die – zumindest theoretisch zu erschließenden – Arbeitsbedingungen der Kriegsgefangenen können anhand eines „Auftrags auf Vermittlung gewerblicher Arbeitskräfte“ der Stadt rekonstruiert werden. Demnach arbeiteten die ausländischen Gaswerksangestellten „48 Stunden pro Woche“ und bekamen dafür „84 Rpf. pro Stunde“ sowie „8 Rpf. Leistungszulage“. Die Müllarbeiter hatten ebenfalls eine Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche und erhielten dafür



Wasili C. *1929

78 Ebd.: Schreiben an das AfW vom 22. Nov. 1940.

79 Ebd.: Schreiben der Leitung des Schlacht- und Viehhofs Heidelberg vom 11. Juli 1941.

80 Ebd.: Auftrag auf Vermittlung gewerblicher Arbeitskräfte vom 11. Dez. 1941.

81 Ebd.: Schreiben des Tiefbauamts an das Personalamt vom 9. Juli 1941.

82 Ebd.: Schreiben der Stadtwerke an das Arbeitsamt Heidelberg vom 10. Juli 1941.

83 Ebd.: Schreiben an das AfW vom 11. Dez. 1941.

84 Ebd.: Schreiben des Gartenamts Heidelberg vom 10. Juli 1941.

85 Ebd.: Antwortschreiben des AfW vom 20. Jan. 1942 auf das Schreiben der Tiergartenverwaltung vom 9. Jan. 1942.

„76 Rpf. pro Stunde und 9 Rpf. Leistungszulage.“⁸⁶ Theoretisch hieß das, dass die Kriegsgefangenen von Montag bis Samstag acht Stunden arbeiteten und dass der Sonntag frei war; es war üblich, dass die Kriegsgefangenen einen freien Tag zur Verfügung hatten. Das Gehalt war eher symbolisch, weil es häufig dem Lager überwiesen wurde, das die Verpflegungs- und Wohnkosten direkt abzog. Der Rest wurde vielfach in Lagergeld ausbezahlt.

Ein gestellter Antrag⁸⁷ auf Zuweisung von 122 Kriegsgefangenen wurde aber abgelehnt, weil keine Kriegsgefangenen verfügbar waren. Das war der Anfang einer ganzen Reihe von Absagen. Da im Oktober 1941 der Antrag immer noch nicht erfüllt worden war,⁸⁸ sah sich die Stadt gezwungen, Ostarbeiter zu beschäftigen, obwohl sie lieber französische Kriegsgefangene gehabt hätte. Die erste massive Ankunft der Ostarbeiter in Heidelberg kann deshalb relativ genau datiert werden. Ein Schreiben vom 29. Oktober 1941 informierte den Bürgermeister, dass bald 300 Ostarbeiter in Heidelberg eintreffen würden. Diese Fremdarbeiter sollten nicht nur bei den Stadtwerken eingesetzt werden, sondern im gesamten Landkreis.⁸⁹ Dazu kamen erst am 3. Dezember 1941 weitere 21 Kriegsgefangene an.⁹⁰ Interessanterweise lehnten nun sowohl der Schlacht- und Viehhof⁹¹ als auch das Gartenamt⁹² die ihnen zugeteilten Ostarbeiter, für die sie plötzlich „keinen Bedarf“ mehr hatten, ab, obwohl sie zuvor die Zuteilung von kriegsgefangenen Arbeitskräften ausdrücklich gewünscht hatten.

2.3.1.2 Das Forstamt

Das Forstamt brauchte während der gesamten Kriegsdauer ständig Arbeiter, weil von ihm der Brennholzbedarf der Bevölkerung gedeckt wurde. Als das Forstamt Anfang Juli 1940 nach zusätzlichem Arbeitskräftebedarf gefragt wurde, meldete es Fehlanzeige,⁹³ obwohl es vorhersehbar war, dass es in der Brennholzversorgung

86 Ebd.: Auftrag auf Vermittlung gewerblicher Arbeitskräfte vom 11. Dez. 1941.

87 Angefordert wurden 60 Männer für das Tiefbauamt sowie 37 Hilfsarbeiter, drei Schlosser, zwei Müllerarbeiter und 20 Gartenarbeiter (STAHD AA, 212c/5, Antrag vom 31. Juli 1941).

88 Ebd.: Schreiben an den Präsidenten des Landesarbeitsamts Saarbrücken vom 17. Okt. 1941. Die Ablehnung von Arbeitskrafttransfers war keine Seltenheit, wenn es um Fremdarbeiter ging.

89 Ebd.: Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland vom 29. Okt. 1941.

90 Ebd.: Schreiben des Arbeitsamts an das AfW und den Oberbürgermeister vom 26. Nov. 1941.

91 Ebd.: Schreiben vom 28. Nov. 1941.

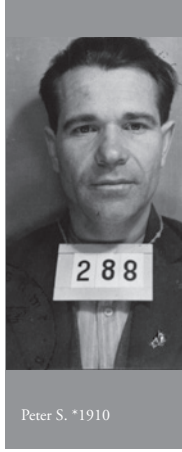
92 Ebd.: Schreiben vom 1. Dez. 1941.

93 Ebd.: Schreiben des Landwirtschaftsamts vom 3. Juli 1940.

der Stadt im Winter 1940/1941 zu einem Engpass kommen konnte. Erst im November 1940 beantragte es die Zuteilung von 20 bis 25 Kriegsgefangenen für das Fällen von Brennholz.⁹⁴ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadtverwaltung bereits die Ablehnung ihres Fremdarbeiterantrags vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland erhalten. Deshalb zog sie 20 Kriegsgefangene der landwirtschaftlichen Kommandos der Stadtteile Rohrbach und Wieblingen ab, um sie dem Forstamt zuzuteilen.⁹⁵

Angespannt war die Situation auch im folgenden Winter 1941/1942. Am 29. November 1941 erreichten 20 Kriegsgefangene des Stalags XII B Frankenthal die Stadt Heidelberg. Zuerst wurden nur acht Männer dem Forstamt zugeteilt, dann kamen zwölf weitere Gefangene dazu.⁹⁶ Die Bewältigung der Arbeit blieb trotz dieser zusätzlichen Arbeitskräfte schwierig. Deshalb mussten ab Mitte Dezember erneut 13 französische Kriegsgefangene aus landwirtschaftlichen Kommandos beim Forstamt arbeiten.⁹⁷ Die Wetterlage war zu dieser Zeit sehr hart; die Stadt kämpfte mit starken Schneefällen, die auch das Holzfällen behinderten. Die Kriegsgefangenen wurden deshalb erneut einem anderen Arbeitgeber zugeteilt, bis die Wetterverhältnisse die Holzbewirtschaftung wieder ermöglichten. So wurden die Franzosen vom 26. Januar bis zum 7. Februar 1942 dem Tiefbauamt zur Verfügung gestellt.⁹⁸ Das Forstamt bekam ab dem 12. Januar 1942 die sechs Kriegsgefangenen des Tiergartens.⁹⁹ Somit erreichte am 27. Januar 1942 die Anzahl der bei der Holzhauerei beschäftigten Franzosen 42 Männer.¹⁰⁰ Am 30. April 1942 kam die Nachricht, dass das Forstamt bald 20 russische Kriegsgefangene aus dem Durchgangslager Bietigheim bekommen würde.¹⁰¹

Um Engpässe in der Brennholzversorgung im Winter 1942/1943 zu vermeiden, entschied das Forstamt im Juli 1942, im Voraus zu planen. Am 9. Juli 1942 stellte es einen Antrag auf 40 Fremdarbeiter; die Absage kam schon zwei Tage später.¹⁰² Das Forstamt stellte daraufhin am 20. August 1942 erneut einen Antrag beim Arbeitsamt, der ebenso negativ beschieden wurde. Erstmals wurde nun



Peter S. *1910

94 Ebd.: Schreiben des Stadtamts VIII an den Oberbürgermeister vom 6. Nov. 1940.

95 Ebd.: Amtlicher Bericht vom 4. Dez. 1940.

96 Ebd.: Schreiben des Arbeitsamts Heidelberg vom 21. Nov. 1941. Die Staatsangehörigkeit dieser Männer konnte leider nicht geklärt werden.

97 Ebd.: Schreiben des Ostbauernführers vom 1. Dez. 1941.

98 Ebd.: Schreiben des AfW vom 26. Jan. 1942.

99 Ebd.: Schreiben des AfW vom 20. Jan. 1942.

100 Ebd.: Schreiben des AfW vom 27. Jan. 1942.

101 Ebd.: Schreiben des AfW an das Personalamt vom 30. April 1942.

102 Ebd.: Schreiben des Forstamts an das Arbeitsamt vom 9. Juli 1940.

die Möglichkeit erwogen, Fremdarbeiter aus den Heidelberger Industrien abzu- ziehen, um sie dem Forstamt zur Verfügung zu stellen,¹⁰³ und tatsächlich stellte die Bremsenfabrik August Grau ihre Fremdarbeiter Ende Dezember 1942 der Stadt für zwei Tage zur Verfügung.¹⁰⁴ Am 15. November 1942 wurde die Forstarbeitergruppe um 30 französische Kriegsgefangene verstärkt. Dennoch beklagte sich das Forstamt über die ungenügende Zahl an Arbeitskräften, weil es durch Krankheit allein fünf bis zehn Männer hatte, die arbeitsunfähig waren.¹⁰⁵

Um den ständigen Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, wurde beschlossen, dass die französischen Kriegsgefangenen der landwirtschaftlichen Kommandos sowie erstmalig auch Ostarbeiter beim Forstamt für die Dauer des Winters eingesetzt werden sollten.¹⁰⁶ Diese ständigen Notlösungen kennzeichnen die prekäre Lage der Stadtverwaltung und ihre massive Abhängigkeit von den Fremdarbeitern recht deutlich.

Die sehr angespannte Situation machte die Planung des Fremdarbeitereinsatzes für den Winter 1943/1944 lebensnotwendig. Es wurde deshalb schon im Mai 1943 die Möglichkeit erwogen, „farbige Kriegsgefangene“ für die Brennholzversorgung zu beschäftigen. Gemeint waren damit „Neger, Marokkaner“,¹⁰⁷ also Kriegsgefangene aus den französischen Kolonien. Der Forstrat stimmte am 22. Mai 1943 der Beschäftigung dieser Fremdarbeiter bei der Holzhauerei zu, wohlwissend, dass sie nur bis zum Winteranfang bleiben würden.¹⁰⁸

Fremdarbeiter aus den Kolonien wurden grundsätzlich selten beschäftigt. Die ca. 90.000 farbigen Kriegsgefangenen, die sich im Herbst 1940 in deutschem Gewahrsam befanden, wurden in Frankreich belassen – sowie ca. 100.000 weiße Kriegsgefangene.¹⁰⁹ Arbeiter mit dunkler Hautfarbe waren aufgrund rassistischer Vorurteile unbeliebt, wie in verschiedenen Schreiben des Oberrechtsrats Amberger und des Oberbürgermeisters sowie des Arbeitsamtsleiters deutlich wird, in denen erfolglos nach einer anderen Lösung gesucht wurde.¹¹⁰ Die Entscheidung, diese Arbeitskräfte dennoch zu beschäftigen, wurde getroffen, als der Minister

103 Ebd.: Schreiben des Forstamts an das Arbeitsamt vom 20. Aug. 1942 und Rückantwort vom 4. Sept. 1942.

104 Die Bremsenfabrik August Grau stellte vom 29.–31. Dez. 1942 den Stadtwerken und dem Tiefbauamt 60 Fremdarbeiter zur Verfügung (STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Arbeitsamts an das AfW vom 29. Dez. 1942).

105 Ebd.: Schreiben des Forstamts an Amberger vom 6. Dez. 1942.

106 Ebd.: Schreiben des AfW an das Forstamt vom 10. Nov. 1942.

107 Ebd.: Vermerk des AfW vom 21. Mai 1943.

108 Ebd.: Bericht vom 21. und 22. Mai 1943.

109 Herbert (1999), S. 111.

110 STAHD AA: 212c/5, Schreiben vom 22. Mai 1943.

des Innern mitteilte, dass die Stadt sonst „nur“ sowjetische Kriegsgefangene für die Be- und Entladung der Güterzüge erhalten würde.¹¹¹ Unter diesem Aspekt wurde nach einem geeigneten Unterkunftsort für die „farbigen Kriegsgefangenen“ gesucht. Dieser sollte sich außerhalb der Stadt befinden, um Kontakte mit der Bevölkerung zu vermeiden.¹¹² Die Fremdarbeiter sollten vor allem im Sägewerk beschäftigt werden.¹¹³ Es wurde noch geplant, 20 von ihnen der Reichsbahn zuzuteilen als Unterstützung für die sowjetischen Kriegsgefangenen, die beim Be- und Entladen der Güterwaggons arbeiteten.¹¹⁴ Trotz dringendem Arbeitskräftebedarf wehrte sich die Reichsbahn gegen diese Lösung¹¹⁵ und favorisierte der Einsatz von russischen Kriegsgefangenen. Ursprünglich sollten 20 farbige Kriegsgefangene nach Heidelberg kommen. Letzten Endes wurden 500 Männer¹¹⁶ Ende Mai 1943 für den Bahnbau angefordert, die diversen Unternehmen im Landkreis Heidelberg zugewiesen wurden.¹¹⁷ Details über die Beschäftigung und die Lebensbedingungen dieser Männer sind nicht aktenkundig. Es ist bekannt, dass sie sich nur kurz in Heidelberg aufhielten, da sie im März ankamen und Anfang des Winters weitergeschickt werden mussten.¹¹⁸

Die Situation der Holzversorgung im Winter 1944/45 sah auf den ersten Blick nicht mehr so dramatisch aus wie in den Wintern zuvor. Dieser Gesamteindruck entsteht aus der Überlieferung jedoch auch aufgrund der Tatsache, dass die Stadtverwaltung zu dieser Zeit so viele Probleme zu bewältigen hatte, dass selbst die Frage der Brennstoffversorgung in den Hintergrund rückte. Im Lauf des Jahres 1944 machte sich die Stadt zum ersten Mal ernsthafte Sorgen wegen möglicher Luftangriffe, auch weil das benachbarte Mannheim sehr schwer und mehrfach getroffen worden war. Damit verbunden tauchte die Frage nach geeigneten Luftschutzgebäuden nun verstärkt auf, während die Holzfragen hinter diesen Problemen zurücktraten. Dennoch waren die Probleme des Forstamts akut. Im September 1944 kamen 32 Zivildeportierte aus Raon l'Etape zur Verstärkung. Gilbert Hellé war einer davon und er beschrieb seine Tätigkeit: „Bei der Arbeit hatten wir einen alten Forstgehilfen, der schon fast 70 Jahre alt war,



111 Ebd.: Beschluss Nr. 38.005 des Ministers des Innern an die Landräte und Oberbürgermeister der Stadtkreise, weitergegeben durch das AfW am 3. Juni 1943.

112 Ebd.: Antwortschreiben vom 22. Mai 1943 auf den Vermerk des AfW vom 21. Mai 1943.

113 Ebd.

114 Ebd.: Beschluss vom 22. Mai 1943.

115 Ebd.: Schreiben vom 24. Mai 1943.

116 Ebd.: Schreiben des Oberbürgermeisters vom 25. Mai 1943.

117 Ebd.

118 Ebd.: Vermerk des AfW vom 21. Mai 1943.

aber noch in voller Gesundheit stand. Aber wenn er uns kommandierte, tat er es nicht auf böse Weise. Wir haben immer im Wald gearbeitet, vom November bis zum April. Wir haben nie Kleider bekommen, nichts. Keine Handschuhe. Wir hatten immer eiskalte Hände. Aber wir arbeiteten nicht viel.¹¹⁹

Weitere Details über die zu erledigende Arbeit der Fremdarbeiter berichtete der ehemalige Zivildeportierte André Ledoux: „Manche arbeiteten mit der Axt (...) Es gab keine Motorsägen (...). Sie fingen an, [die Bäume] anzuritzen und andere sägten mit der Trummsäge. Manche ästeten auch mit der Axt ab. Und die Tannen mussten entrindet werden. Ich habe die Tannenbäume entrindet. (...) Ich habe versucht zu fällen, aber das war ich nicht gewohnt.“¹²⁰

Der Mangel an geeigneter Kleidung und geeigneten Werkzeugen verdeutlicht die alltäglichen Schwierigkeiten der Arbeitsverhältnisse zu Kriegsende. Auch durch die Überstellung 15 neuer russischer Kriegsgefangener im Dezember 1944¹²¹ änderte sich daran kaum noch etwas. Es gab bereits kaum noch Möglichkeiten, das Holz zu transportieren,¹²² zu lagern oder abzuliefern,¹²³ weil nur noch zwei Lastwagen in der ganzen Stadt vorhanden waren. Und einer davon wurde zum Transport von per Schiff ankommender Kohle benötigt. Nach den wenigen für das Jahr 1945 überlieferten Quellen ist anzunehmen, dass die Situation sich rasch verschlechterte. Die Brennholzvorräte waren ungenügend und ein Teil der Heidelberger Bevölkerung ging selbst in den Wald, um sich Holz zu besorgen.¹²⁴

2.3.1.3 *Luftangriffe und Luftschutzbauten*

Obwohl Heidelberg insgesamt nur wenige Kriegsschäden erlitt, gab es insbesondere gegen Kriegsende fast täglich Fliegeralarm.¹²⁵ Die Heidelberger schienen

119 Högner (2002), S. 113–14.

120 „Il y en avait qui faisaient avec la hâche, qui commençaient. On n'avait pas de tronçonneuses (...). Ils commençaient à entailler là et il y avait d'autres qui sciaient avec le passe-partout. Il y en avait qui ébranchaient avec la hâche aussi. Et puis les sapins, il fallait les écorcer. Moi j'ai écorcé les sapins (...). J'ai essayé d'abattre, mais je n'avais pas l'habitude“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit André Ledoux vom 4. Okt. 2002).

121 STAHD AA: 212c/5: Schreiben des AA Heidelberg an das Forstamt vom 21. Nov. 1944. Die Kriegsgefangenen stammten aus dem Stalag V c Offenburg und erreichten Heidelberg am 3. Dez. 1944.

122 Ebd.: Schreiben des Hochbauamts an das Rechtsamt vom 1. Dez. 1944.

123 Ebd.: Vermerk des Rechtsamts vom 11. Dez. 1944.

124 HStAD Abt. 21 O21, Bergstraesser, Nr. 3/1–19, Kriegstagebuch 14, Antrag vom 14. März 1945, BL 640, RS. 43: „Viele Leute gehen in den Wald holzlesen, da sie nicht genug Holz haben ...“

125 Siehe Drescher (1975), S. 38.

sich wenig um einen möglichen Luftangriff auf ihre Stadt zu sorgen, wie Ludwig Bergsträsser es in seinen Tagebüchern skizzierte. Erst im Herbst 1944, nachdem Bonn und Wiesbaden schwer getroffen worden waren, wuchs die Angst eines zerstörerischen Angriffs bei der Bevölkerung¹²⁶ sowie bei der Stadtverwaltung, die für die Luftschutzbauten verantwortlich war. In Heidelberg wurden nur sehr spät Vorkehrungen getroffen, um die Stadt vor den Auswirkungen der Luftangriffe zu schützen. Eine Tatsache, die sehr schwere Konsequenzen hätte haben können: „Am Mittwoch Abend wurde ich in einem Restaurant von einem Vollalarm überrascht. Die Gäste eilten. Die Angst ist hier berechtigter als irgendwo. Wenn hier ein Angriff käme wie auf Darmstadt, so könnte sich in der inneren Stadt mit ihren engen Gassen, Hinterhäusern, Querbauten kein Mensch retten, sie wären alle verloren, denn die Straßen wären sofort unpassierbar und die Leute würden in den Kellern ersticken oder verbrennen. Es ist ganz unglaublich, wie wenig hier vorgesorgt ist. Es gibt ein paar kleine Bunker, bei der Kreisleitung und einigen Behörden und diese sind mehr dazu bestimmt die Akten zu retten als die Menschen. Dabei wäre es in Heidelberg sehr leicht, Stollen in den Berg zu treiben und es bedürfte nur der Anordnung, dass bei Vollalarm die großen Tunnels von Zügen frei zu halten wären, dann hätte man die schönsten natürlichsten Schutzräume. Der Oberbürgermeister soll schon mehrmals dahingehende Anträge gestellt, die Bahn sie aber stets abgelehnt haben. Bis es zu spät ist.“¹²⁷

Dennoch versuchte die Stadtverwaltung seit Mitte August 1944 Luftschutzbauten zu errichten. Es kamen dafür – sowie um andere diverse dringende Bauarbeiten auszuführen – 167 Ostarbeiter in Heidelberg an.¹²⁸ Ursprünglich war die Zuweisung von 300 Personen beantragt worden; aufgrund des großen Arbeitskräftebedarfs anderer Städte konnte diese Zahl jedoch nicht erreicht werden. Es wurde erneut ein Antrag gestellt, diesmal um die Zahl von 180 Personen zu erreichen.¹²⁹ Unter den Deportierten befanden sich auch Kinder, deren Zahl je nach Unterlagen zwischen 23 und 26 lag.¹³⁰ Offiziell mussten die unter zehn-

126 HStAD Abt. 21 O21, Bergstraesser, Nr. 3/1–19, Kriegstagebuch 13, S. 13, Blatt 576 R.: „Die Heidelberger sind seit einiger Zeit nicht mehr so unbekümmert wie bisher. Nachdem Bonn so hart mitgenommen, Wiesbaden im Heeresbericht genannt wurde, habe ich das Gefühl sie könnten auch dran kommen, während sie bisher meinten, Wiesbaden sei Lazarettstadt, Bonn sei als zukünftiges Hauptquartier ausersehen und für sie in Heidelberg gelte beides.“

127 Ebd.

128 Sie kamen in Heidelberg am 15. Aug. 1944 an (STAHD AA, 212c/6: Vermerk der Stadtverwaltung vom 18. Juli 1944).

129 Ebd.: Beschluss an das Arbeitsamt vom 27. Juli 1944.

130 Ebd.: Im Vermerk vom 18. Juli 1944 wurden „23 Kinder“ erwähnt. Dagegen ist im Beschluss vom 27. Juli 1944 eine Gruppe von 25 Kindern genannt, die unter zehn Jahre sind und



Christiane Louise M.

*1924

jährigen Kinder nicht arbeiten. Welche Tätigkeiten diese Kinder während der Zeit, in der die Erwachsenen arbeiteten, erledigten, bleibt unklar. Es befanden sich in dieser Gruppe auch mindestens eine schwangere Frau, eine stillende Mutter und mehrere Greise.

Jede Person, die älter als zehn Jahre war, musste arbeiten. Die Fremdarbeiter wurden in zwei Belegungsstandorten untergebracht. Eine erste Gruppe von 60 Personen war in der städtischen Baracke des Lagers Baggerloch untergebracht, während eine zweite Gruppe von 107 Personen in der Turnhalle Kirchheim unterkam.¹³¹ Die Turnhalle wurde für diesen Zweck speziell eingerichtet. Problematisch war allerdings der Transport der Fremdarbeiter von Kirchheim zu ihrem Arbeitsort, weil sie die Straßenbahn nicht benutzen durften.¹³² Nach Absprache mit der Reichsbahn wurde entschieden, dass die Fremdarbeiter mit einem Sonderzug zur Arbeit fahren könnten, der morgens um 6:20 Uhr vom Kirchheimer Bahnhof abfuhr und abends um 17:39 Uhr zurückfuhr.¹³³ Wenn diese Lösung für die Stadt auch sehr bequem war, so bedeutete sie für die betroffenen Fremdarbeiter eine sehr unangenehme Fahrt, weil die Reichsbahn für den Transport von diesen ca. 80 Personen nur einen einzigen Waggon zur Verfügung stellte.¹³⁴ Diese Gruppe hielt sich in Heidelberg vom 15. Juli bis zum 4. August 1944 auf. Nach diesem Datum wurde sie in Mannheim in einem ähnlichen Baubereich eingesetzt.¹³⁵ Ursprünglich war eine Aufenthaltsdauer von zwei Monaten geplant;¹³⁶ durch die Verkürzung des Einsatzes konnten aber nicht alle notwendigen Bauarbeiten erledigt werden.

Erst im Jahr 1944 wurden Luftschutzbauten für die Innenstadt geplant. Im Dezember 1944 wurden dafür 28 Elsässer beschäftigt.¹³⁷ Dieses Team wurde ab dem 20. Dezember durch 80 französische Fremdarbeiter verstärkt, die auf

nicht arbeiten können. Im „Auszug aus der Niederschrift über die Verwaltungsbesprechung“ vom 18. Juli 1944 werden 26 unter zehnjährige Kinder angegeben. Ein Schreiben des AfW an das Ernährungsamt Heidelberg vom 20. Juli 1944 erwähnt, dass das Lager Kirchheim „24 Kinder“ beherbergt.

131 Ebd.: Schreiben des AfW an das Ernährungsamt Heidelberg vom 20. Juli 1944.

132 Ebd.: „Auszug aus der Niederschrift über die Verwaltungsbesprechung“ vom 18. Juli 1944.

133 Ebd.: Vermerk vom 18. Juni 1944.

134 Ebd.: Schreiben der Reichsbahn an den Oberbürgermeister vom 24. Juli 1944.

135 Ebd.: Vermerk des AfW vom 4. Aug. 1944. Die 180 Ostarbeiter, die in Kirchheim und am Baggerloch untergebracht wurden, waren am Vortag um 15:00 Uhr nach Mannheim abgefahren.

136 Ebd.: Beschluss vom 26. Juli 1944; s. auch ebd.: Schreiben des Präsidenten des Gauarbeitsamts Baden und Elsass an den Oberbürgermeister vom 13. Juli 1944.

137 Ebd.: AA, 212/7: Vermerk nach telefonischer Besprechung betr. „Beschäftigung els. Arbeiter bei Luftschutzbaumaßnahmen usw.“ vom 14. Dez. 1944.

Hochbauamt und Tiefbauamt aufgeteilt wurden. Das Hochbauamt beschäftigte 15 Franzosen, die das Tunnelsystem unter dem „Oberen Faulen Pelz“ fertiggraben sollten. Das Tiefbauamt beschäftigte seinerseits 65 Männer; 25 von ihnen waren nur für die „LS-Baumaßnahmen“ vorgesehen.¹³⁸ Die Zahl der dafür beschäftigten Fremdarbeiter erhöhte sich nun sehr rasch, vor allem mit dem Einsatz von 112 zusätzlichen französischen und belgischen Zivilarbeitern seit dem 6. Januar 1945¹³⁹ – ein Zeichen dafür, dass in dieser Zeit knapper Arbeitskräfte die Gefahr durch Luftangriffe inzwischen höher eingeschätzt wurde als die von Versorgungsengpässen. Über die Arbeitsbedingungen dieser Fremdarbeiter bieten die vorhandenen Quellen nur spärliche Informationen; dass sie eine „Schwerstarbeiterzulage“ erhielten, spricht jedenfalls für eine hohe körperliche Belastung.¹⁴⁰ Bestätigt wird das durch den Zeitzeugenbericht von Jean Clarté, der im Rahmen des STO nach Heidelberg kam: „Ich habe in dem Bunker gearbeitet, der im Heidelberger Berg gebaut wurde. Wir haben einen Tunnel gegraben, der als Bunker benutzt wurde. Dann wurde ich krank. (...) Wir hatten einen Presslufthammer. Es handelte sich um einen kleinen Hammer, der waagrecht funktionierte. Wir arbeiteten waagrecht und das war sehr erschöpfend (...) Es war aber eine sehr harte Arbeit. Ich hatte einen Presslufthammer und ich ging ..., ich weiß nicht mehr wie viele Stunden am Tag. Es war immer in diesem Tunnel und die Luftfeuchtigkeit war sehr hoch. Im Übrigen war es diese Luftfeuchtigkeit, die mich krank machte (...) Ich hatte einen deutschen Vorarbeiter und auch derjenige, der uns angestellt hatte, war ein Deutscher. Er hat uns empfangen und ließ uns arbeiten. Es war nicht freiwillig, aber als freier Arbeiter war eine normale Arbeit keine Strafe. Wir haben wie die Deutschen gearbeitet.“¹⁴¹



Nikolaus S. *1922

138 Ebd.: Vermerk betr. den Arbeitseinsatz bei LS-Baumaßnahmen vom 21. Dez. 1944. Die 65 Fremdarbeiter wurden wie folgt eingesetzt: 20 Männer zum Holzfällen, 20 zum Bau von Krankenwagen; 25 Fremdarbeiter waren zunächst beim Ausheben von Löschwasserteichen und dann beim Stollenbau im Einsatz.

139 Ebd.: Schreiben an die DAF Heidelberg vom 6. Jan. 1945.

140 Ebd.: Schreiben an das Gewerbeaufsichtsamt Außenstelle Karlsruhe vom 6. Jan. 1945.

141 „J’ai travaillé dans le bunker qu’on a fait à Heidelberg dans la montagne. On creusait un tunnel qui servait de bunker. Puis je suis tombé malade. (...) On avait un marteau pneumatique, c’était un petit marteau qui fonctionnait à l’horizontale. On travaillait à l’horizontale, et cela c’était brisant ... (...) Mais c’était un travail très dur. J’avais un marteau pneumatique avec de l’air comprimé et je marchais ..., je ne sais pas combien d’heures par jour. C’était toujours dans ce tunnel et c’était dans une humidité énorme. Et c’est d’ailleurs cette humidité qui m’a rendu malade. (...) J’avais un contremaître allemand, et celui qui nous a embauchés c’était un Allemand. Il nous a reçu, il nous a fait travailler. Ce n’était pas «freiwilling» mais comme travailleur libre, un travail normal, ce n’était pas une punition. On

Die Beschäftigung von Fremdarbeitern war für eine Stadt wie Heidelberg eine absolute Lebensnotwendigkeit. Ohne sie hätten die Stadtwerke während des Kriegs nicht normal funktionieren können. Die wichtigsten Bereiche waren vollkommen von diesen zusätzlichen Arbeitskräften abhängig, wie es durch den ständigen Arbeitskräftemangel beim Forstamt deutlich wird. Während die Stadt selbst der größte Arbeitgeber von Fremdarbeitern war, war deren Beschäftigung auch in anderen Bereichen wie der Landwirtschaft und in zahlreichen Betrieben unverzichtbar.

2.3.2 Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe

2.3.2.1 Die Landwirtschaft

Der Agrarbereich beschäftigte ca. 8% der in Heidelberg eingesetzten Fremdarbeiter.¹⁴² Die Landwirte waren die ersten, die im Juli 1940 französische Kriegsgefangene „erhielten“.¹⁴³ Damit war Heidelberg kein Einzelfall; die ersten Fremdarbeiter wurden überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt, auch aufgrund des ausdrücklichen Wunsches des Reichsarbeitsministers.¹⁴⁴ Der Einsatz von Fremdarbeitern war zu diesem Zeitpunkt vor allem für die Ernte notwendig: So wurden 35 Männer in Wieblingen gebraucht, 30 in Rohrbach, 41 in Handschuhsheim und 50 in Kirchheim. Die Wochenarbeitszeit betrug 72 Stunden, so dass die Männer pro Tag 12 Stunden arbeiten mussten, wenn sie, was üblich war, sonntags frei hatten.¹⁴⁵

In Kirchheim wurden die Kriegsgefangenen bei der Obsternte von etwa 6.000 Obstbäumen beschäftigt. Andere Kriegsgefangene halfen bei der Einlagerung der Kartoffelernte¹⁴⁶ sowie bei der Ausbesserung der Feldwege.¹⁴⁷ Inwieweit

travaillait comme les Allemands“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jean Clarté vom 2. März 2002).

142 Diese Statistiken wurden mit Hilfe der gemeinsam vom Stadt- und Universitätsarchiv Heidelberg erstellten Datenbank erstellt. Die Angaben spiegeln nicht immer die tatsächlichen Verhältnisse wider.

143 Wie die ersten Zahlungen der Ostbauernführer an das Stalag XII A Limburg vom 5. Sept. 1940 es bestätigen; das Geld wurde für den Zeitraum vom 1. bis 31. Juli 1940 bezahlt (STAHD AA, 212c/1: Schreiben des Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos an das Stalag XII A Limburg vom 5. Sept. 1940).

144 RAB, Reichsarbeitsblatt I 384/1940: Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen, Juli 1940.

145 STAHD AA: 199p/9, Anträge vom 20. Juli 1940.

146 Wie die zwölf Kriegsgefangenen, die im Nov. 1941 in Rohrbach beschäftigt waren (STAHD AA, 212/c5, Schreiben des AfW vom 25. Nov. 1941).

147 Ebd.: undatiertes Schreiben, mit zugeordneten Akten aus 1940.

die Fremdarbeiter für diese Arbeit qualifiziert waren, lässt sich anhand eines Erlasses vom 7. Oktober 1940 erahnen. Dort wurde bemerkt, dass der Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft so hoch sei, dass jeder verfügbare Kriegsgefangene dort zu beschäftigen sei. Die Landwirtschaft beschäftigte im Jahr 1940 um die 150 Kriegsgefangene. Diese Zahl blieb während des Kriegs insgesamt stabil, nur im Winter lag sie niedriger, weil in der Kälteperiode viele Kriegsgefangene in die Forstwirtschaft transferiert wurden. So wurden im Februar 1942 nur noch 90 französische Kriegsgefangene auf dem Land beschäftigt; 13 Männer waren vorübergehend dem Forstamt zugeteilt worden.¹⁴⁸ Daneben wurden aber auch Fremdarbeiter in eine andere Stadt überstellt. Solche Transfers waren bei den Bauern sehr unbeliebt, weil sie auf ihre Arbeiter verzichten mussten und nicht wussten, wann sie wieder Fremdarbeiter bekommen würden. Als 1940 eine solche Überführung stattfand, mussten die Stadtteile Rohrbach, Wieblingen und Handschuhsheim sich die übriggebliebenen Kriegsgefangenen teilen. Die Landwirte des Stadtteils Rohrbach verloren dadurch acht von 30 dort beschäftigten Kriegsgefangenen, Wieblingen musste 12 von 28 Arbeitern abgeben und Handschuhsheim behielt nur noch 14 Kriegsgefangene.

Die französischen Kriegsgefangenen stellten indessen nur einen relativ kleinen Teil der in der Heidelberger Landwirtschaft beschäftigten Fremdarbeiter dar; Ostarbeiter und Polen waren in diesem Sektor deutlich präsenter als die Franzosen.¹⁴⁹ Laut den Statistiken, die auf diesen Informationen basieren, waren 44,1% der landwirtschaftlichen Arbeiter sowjetische Ostarbeiter, 38,11% waren Polen und 10,41% Franzosen. Andere Staatsangehörige wie z.B. Dänen oder Norweger lassen sich dagegen in diesem Sektor überhaupt nicht nachweisen. Eine ehemalige Ostarbeiterin, die im Kreis Heidelberg arbeitete, erinnerte sich an die Arbeit in der Landwirtschaft: „Ich, Grischajewa Ninel (Nina) Alexejewna, wurde im Alter von 15 Jahren am 10. Mai 1942 aus dem Gebiet Pskow zur Arbeit nach Deutschland verschleppt. In Deutschland habe ich in dem Dorf Wilhelmsfeld, Kreis Heidelberg, auf einer Hühnerfarm gearbeitet. Der Bauer war Eduard B., die Bäuerin Emma, die Kinder Wolfgang und Jürgen. (...) Auf dem Bauernhof haben drei russische Mädchen gearbeitet. Eine von ihnen liegt auf dem Friedhof von Wilhelmsfeld begraben; es war ein Unfall. (...) Den ganzen Krieg ruhte die Bauernwirtschaft auf Kinderschultern. Der Bauernhof war nicht mechanisiert, die Arbeit war schwer. Während der Arbeit habe ich mir eine Beinerkrankung



Nikolai E. *1924

148 Ebd.: Schreiben des Ostbauernführers vom 1. Dez. 1941.

149 Anhand allein der Quellen des Stadtarchivs könnte der trügerische Eindruck entstehen, dass vor allem französische Kriegsgefangene in der Landwirtschaft arbeiteten. Die Auswertung der Datenbank erweist, dass das Gegenteil der Fall war.

zugezogen, eine Venenerkrankung und Gastritis. Mitte Mai 1945 wurden wir (...) in ein Lager nach Heidelberg gebracht.¹⁵⁰

Die harten Bedingungen sowie die alltäglichen Gefahren waren untrennbare Facetten der Arbeit in der Landwirtschaft.

2.3.2.2 Die Industrie

Wie überall im Reich waren auch in Heidelberg viele Fremdarbeiter in der Industrie beschäftigt. Kleine und mittelständische Firmen waren ebenso auf diese Arbeitskraft angewiesen wie große Unternehmen. Exemplarisch sollen für diesen Befund hier Firmen betrachtet werden, die wegen ihrer Größe oder ihres Tätigkeitsfelds für die Stadt besonders prägend waren.¹⁵¹

Die Firma Fuchs Waggonfabrik war mit 8,03% der zweitgrößte Fremdarbeiter-Arbeitgeber nach der Stadt. Mit 6% folgte die Reichsbahn. Wichtige Arbeitgeber waren daneben die Bremsenfabrik August Grau (2,5%), Stotz-Kontakt (1,72%) und die Schnellpressenfabrik (1,62%). Viele Firmen oder Handwerkerbetriebe beschäftigten einen oder zwei Fremdarbeiter über die gesamte Kriegsdauer.

Im Jahr 1940 wurde zunächst kein großer zusätzlicher Arbeitskräftebedarf gemeldet. Lediglich die Firma Hebborn & Co. – die im Krieg statt Füllfederhaltern Material für die Luftwaffe herstellte – brauchte drei Personen.¹⁵² Die Firma Köhler & Co., die Industrie und Privatverbraucher mit Kohle belieferte, meldete einen Bedarf von vier Arbeitern.¹⁵³ Die Sanitätswagen- und Krankengeräte-Fabrik brauchte vier bis sechs Schreiner und einen Schlosser.¹⁵⁴ In einem Vermerk vom 9. August 1940 tauchen bereits Firmennamen auf, die später bei der Beschäftigung von Fremdarbeitern eine zentrale Rolle spielten. So reklamierte die Firma Überle und Ritzhaupt schon zu dieser Zeit drei Kriegsgefangene, die Firma Maßholder fünf und die Kohlenhändlervereinigung 15. Zusammengefasst lag der vermehrte Arbeitskräftebedarf im August 1940 in der Industrie bei 67 Männern.¹⁵⁵

150 Kraatz (1995), S. 53.

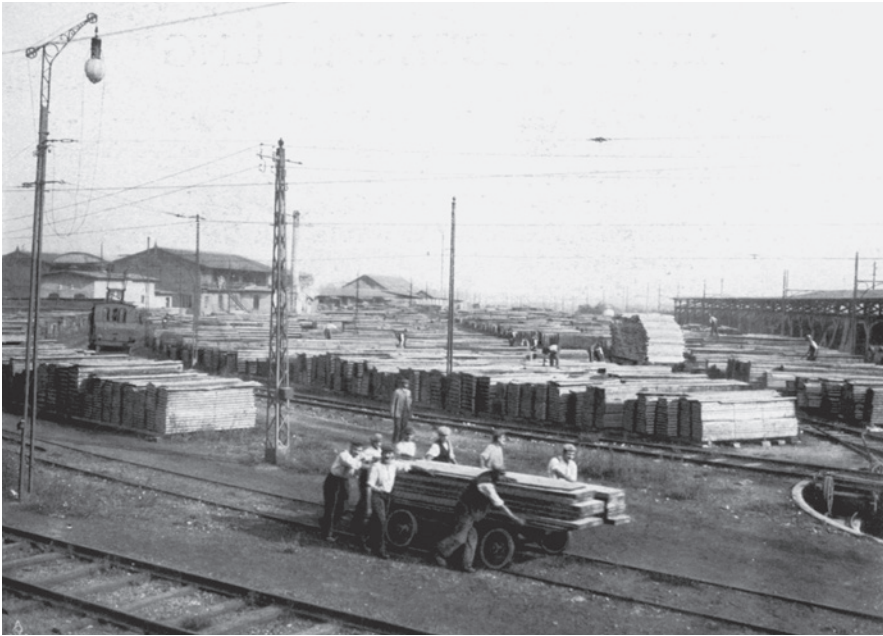
151 Diese Informationen werden ergänzt im Anhang durch die Liste der Firmen, die Fremdarbeiter beschäftigten.

152 STAHD AA, 199p/9: Schreiben der Firma Hebborn & Co. an den Oberbürgermeister vom 7. Aug. 1940.

153 Die genaue Zahl der beantragten Kriegsgefangenen erscheint nicht in diesem Schreiben, sondern im Vermerk vom 9. Aug. 1940, in dem die Zahl von vier Männern für diese Firma angegeben wird (STAHD AA, 199p/9: Vermerk vom 9. Aug. 1940).

154 Ebd.: Schreiben der Firmen Köhler & Co. Heidelberg und Sanitätswagen- und Krankengeräte-Fabrik an den Oberbürgermeister vom 8. Aug. 1940.

155 Ebd.: Vermerk des Oberbürgermeisters vom 9. Aug. 1940.



Die bei der Fuchs Waggon-Fabrik eingesetzten Zwangsarbeiter hatten im Freien wie auch in den Montagehallen schwere körperliche Arbeit zu verrichten (STAHD).

Etwa ein Jahr später, am 8. Oktober 1941, arbeiteten 124 Kriegsgefangene in der Industrie. Die Namen der Firmen Fuchs Waggonfabrik, Schnellpressenfabrik, Hansa, Helmreich, Bremsenfabrik August Grau und Krämer tauchen an diesem Datum zum ersten Mal unter den Fremdarbeiter beschäftigenden Betrieben auf;¹⁵⁶ bei der Fuchs Waggonfabrik waren es 30 Kriegsgefangene. Angaben über die Zahl der bei den Firmen eingesetzten polnischen Arbeiter oder Ostarbeiter fehlen zu diesem Zeitpunkt vollkommen.¹⁵⁷ Ende Dezember 1942 zählte die Stadtverwaltung die in der Heidelberger Industrie angestellten Fremdarbeiter: Ihre Zahl lag bei 1.048 Personen.¹⁵⁸ Im Jahr 1943 kamen die ersten IMI hinzu; diese billigen Arbeitskräfte wurden vor allem bei der Reichsbahn (120 Männer) und bei der Bremsenfabrik August Grau (30 Arbeiter) eingesetzt.¹⁵⁹

Die Art der Arbeiten, die von den Fremdarbeitern erledigt wurden, waren neben der Branche der beschäftigenden Firma von der Herkunft der Fremdarbeiter abhängig, denn einige Firmen wollten lieber französische Kriegsgefangene als

156 Ebd.: Vermerk vom 8. Okt. 1941.

157 Ebd.

158 Ebd.: Liste vom 30. Dez. 1942.

159 Ebd., 199p/2: Beschluss des AfW vom 29. Sept. 1943.

Ostarbeiter beschäftigen. Darüber hinaus gab es neben der allgemeinen Forderung nach „Hilfsarbeitern“ spezielle Wünsche nach „Schlossern“, „Autofahrern“ usw. Einen tieferen Einblick in die tatsächlichen Tätigkeiten geben für einige Fälle die Zeitzeugenberichte der Zivildeportierten aus Raon l'Etape. Marcel Clément war bei der Fuchs Waggonfabrik und berichtete über seinen Arbeitsalltag: „Also bin ich in Kirchheim in der Waggonfabrik gelandet. Und zu dieser Zeit bestand meine Arbeit darin: Die Deutschen bauten große Geschütztürme aus Beton, auf deren Mitte ein vierfaches Maschinengewehr angebracht wurde. Dann brachten sie das Maschinengewehr herbei ... und ich verbolzte den Fuß des Maschinengewehrs.“¹⁶⁰

Die Tätigkeit von Marcel Clément hatte also wenig mit Waggonbau zu tun. Jacques Delvincourt arbeitete für die Firma Maßholder, die im Krieg Anhänger für das Heer herstellte: „Man hat nach meinen Arbeitsqualifikationen gefragt: Ich habe gesagt, dass ich Student der HEC sei. Und mein Kamerad Jacques Nilsa, der gerne redete und die Sachen darstellte, sagte: ‚Handelshochschule von Paris!‘ Darauf sagte der Fabrikchef: ‚Ach so! Auskehren!‘ Und ich musste die Fabrik sauber halten. Ich konnte gut kehren!“¹⁶¹

Diese Geschichte illustriert einen Aspekt der Tätigkeit der Fremdarbeiter, die nicht unbedingt nach ihren Qualifikationen eingestellt wurden. Schikanen und dergleichen spielten manchmal auch eine wichtige Rolle bei dieser Entscheidung. Aber Jacques Delvincourt durfte nicht nur kehren, er war auch für die Leerung der Mülltonnen zuständig. Er sagte über diese Arbeit, dass sie vor allem unangenehm war, weil seine Arbeitsschuhe viel zu groß für ihn waren und dass er am Ende des Tags kniehoch im Abfall stand. Delvincourt durfte später Bretter hobeln. Sein Kommilitone Jacques Nilsa wurde ebenfalls bei der Firma Maßholder eingesetzt: Zuerst erledigte er Dachreparaturen, dann arbeitete er mit einem Bohrhammer. Er musste ca. zehn Stunden pro Tag arbeiten: von 7:30 Uhr bis Mittag und vom Ende der Mittagspause bis 18:00 Uhr. Ein anderer Zeitzeuge, der bei Maßholder beschäftigt war, war Robert Dubois. Er arbeitete in der Schmiede, wo er Eisenträger für Anhänger produzierte. Dubois erzählte, wie kalt der Winter 1944/45 war und wie er und seine Kameraden die Stadt vom Schnee befreien mussten: „Sie haben uns ausgewählt, wir sind aufgebrochen, circa 15 Personen, zu einer Anhängerfabrik in Heidelberg, die Firma Maßholder. Ich glaube, dass es Anhänger für die V1 waren. (...) Ich arbeitete in der Schmiede, ich stellte Geschirre für die Anhänger her. (...) Es war Winter

160 Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Marcel Clément vom 8. April 2000.

161 Högner (2002), S. 111.

44/45, es lag viel Schnee, wir wurden sonntags fortgebracht, um den Schnee in den Straßen zu kehren.“¹⁶²

Louis Chapelier, ebenfalls ein ehemaliger Deportierter aus Raon l'Etape, wurde von der Firma Stotz-Kontakt beschäftigt: „Und wir blieben in der Fabrik 12 Stunden pro Tag mit einer Stunde Mittagspause. (...) Im Winter – es war Winter – bestand meine Arbeit im Zurückbringen und Ordnen des Materials aus der Tochterfirma in Saarbrücken. Deshalb haben wir LKW entladen, die mit Blech, Geräten, Werkzeugen beladen waren. Ich arbeitete mit Russen zusammen ... Im Frühjahr, als sie entladen wurden, es müsste im März gewesen sein, wurde ich an einer Maschine eingesetzt, einer Art Fräsmaschine. Neben mir gab es einen hohen Turm, ein riesiger Turm, wo ein alter Deutscher arbeitete. Er (...) hatte eine ca. 12 bis 13 cm Durchmesser große Aluminiumstange beigetrieben und vergnügte sich mit der Herstellung einer Schüssel oder eines Bechers; sobald der Chef ankam, legte er ungerührt ein Tuch auf den Turmkreisel, um sein Tun zu verstecken. Sicher ist, dass er an der Größe des deutschen Reiches nicht viel arbeitete. Und wir, wir taten überhaupt nichts. Ich habe mit der Fräsmaschine ein Messer hergestellt. (...) Und vorher arbeiteten wir im Freien (...). Uns war nicht warm. Nur wenn wir arbeiteten, mussten wir mehrere Tonnen transportieren. So wurde Energie verbraucht, es wurde uns dabei etwas wärmer. Aber ich muss Ihnen sagen, ich habe viel Zeit in den Toiletten verbracht. Wir hatten Toiletten, die beheizt waren. Wenn ich konnte, schlüpfte ich in die Toilette und versteckte mich. Ich verbrachte dort mehrere Stunden. Wir konnten offen [untereinander] sein, [denn] wir hatten in der Fabrik keinen, der wirklich unser Vorarbeiter war und uns kontrollierte. Manche Chefs sagten uns: ‚Fräse dies ab, fräse das ab‘ und zeigten uns, was zu tun war; aber sie waren nicht ständig hinter uns her, nicht ständig. Und was mich betrifft, sich in den Toiletten zu verstecken, hat gut funktioniert ...“¹⁶³

162 „Ils nous ont sélectionnés, on est parti, une quinzaine pour une fabrique de remorques à Heidelberg, chez l'entreprise Maßholder. C'étaient des remorques pour le V1, je crois. (...) J'étais à la forge, je faisais des harnais pour les remorques. (...) C'était l'hiver 44/45, il y avait beaucoup de neige, les dimanches ils nous ont emmenés balayer les rues. Dans la ville. On nettoyait les rues, on balayait la neige dont il y avait tellement“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Robert Dubois vom 10. Aug. 2001).

163 „Et après quand c'était déchargé, au printemps, disons au mois de mars, on m'a collé sur une machine, une sorte de fraiseuse. Il y avait à côté de moi une grande tour, une immense tour où travaillait un vieil Allemand. Il (...) avait récupéré une barre d'aluminium d'à peu près 12 à 13cm de diamètre et il s'amusait à faire un bol ou un gobelet d'aluminium et dès qu'arrivait un chef, négligemment il mettait un chiffon sous la toupie de la tour pour cacher ce qu'il faisait. Il ne travaillait pas beaucoup à la grandeur du Reich, c'est sûr. Et nous on ne faisait rien du tout. Moi, j'ai fait un couteau sur la fraiseuse. (...) Et avant on travaillait



Michal B. *1918

Die Zeitzeugenberichte geben Einblicke in den Arbeitsalltag der Fremdarbeiter, die aus der schriftlichen Überlieferung nicht zu gewinnen sind. In allen wird die Härte der Arbeit in den Vordergrund gestellt. Grundsätzlich verrichteten die Westarbeiter im Verhältnis zu den Ostarbeitern eher leichte Arbeiten. Viele französische Zivilarbeiter oder Kriegsgefangene wurden als Lokführer, Schaffner oder LKW-Fahrer eingesetzt. Polnische Fremdarbeiter oder Ostarbeiter wurden dagegen im Schienenbau eingesetzt,¹⁶⁴ russische Kriegsgefangene etwa bei Ladearbeiten an den Güterzügen.¹⁶⁵ Die Hierarchie zwischen den Fremdarbeitern wird durch die ihnen zugewiesene Arbeit sehr deutlich.

1942 wurden Güterwaggons dringend gebraucht,¹⁶⁶ weil das von Deutschland kontrollierte Territorium infolge des Kriegs deutlich größer geworden war. Die Zahl der verfügbaren Waggons reichte daher für viele Warenlieferungen nicht mehr aus. Das Problem sollte durch eine Verkürzung der Be- und Entladezeiten durch den Einsatz von russischen Kriegsgefangenen gelöst werden. Die eingesetzten Kriegsgefangenen hatten deshalb von Beginn an einen hohen Arbeitstakt; sie mussten auch an Sonn- und Feiertagen und nachts arbeiten.¹⁶⁷

Die Entscheidung, sowjetische Kriegsgefangene in diesem Bereich zu beschäftigen, fiel für Baden am 17. Juni 1942,¹⁶⁸ für die Fragen ihrer Unterbringung und Ernährung war der Bevollmächtigte für den Nahverkehr zuständig, die Bewachung übernahm die Wehrmacht. Noch am gleichen Tag teilte der

en plein air, à la récupération de wagons: les voies entraient sur le terrain de l'usine et puis après sur des rouleaux on déchargeait, on amenait les machines à leurs emplacements, qu'on nous indiquait. (...). On n'a pas eu chaud. Mais quand on travaillait, on était obligés de transporter plusieurs tonnes, cela faisait consommer de l'énergie, ça réchauffait un peu. Mais je veux dire, j'ai passé de longs moments dans les toilettes. On avait des WC alors qui étaient chauffés. Quand je me pouvais me glisser et me planquer dans les WC, j'y ai passé des heures et des heures. On pouvait être franc, on n'avait pas à l'usine quelqu'un qui était vraiment notre chef d'équipe qui nous contrôlait. Il y avait des chefs qui nous disaient: ‚Fraises ceci, fraises cela‘ ils nous montraient qu'on avait à faire mais ils n'étaient pas constamment sur notre dos à nous surveiller, pas constamment. Quant à moi, se dérober dans les toilettes, ça a marché ...“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Louis Chapelier vom 8. April 2000).

164 Schwarze (2005), S. 211ff.

165 STAHD AA, 212c/4: Schreiben an den Bevollmächtigten für den Nahverkehr in Wiesbaden vom 29. Okt. 1942.

166 Ebd.: Abschrift „Bereitstellung von Belade- und Entladekolonnen zur Erreichung eines beschleunigten Transportmittel-Umlaufs, Runderlaß d. RMDJ. vom 4. Juni 1942 – I Ra 6451/42-447“.

167 Ebd.

168 STAHD AA, 199p/4: Schnellbrief des badischen Ministers des Innern Nr. 49.449 vom 17. Juni 1942; Bereitstellung von Belade- und Entladekolonnen zur Erreichung eines beschleunigten Transportmittel-Umlaufs.

zuständige Gruppenfahrbereitschaftsleiter die Beantragung von 20 russischen Kriegsgefangenen für Ladearbeiten in Heidelberg mit;¹⁶⁹ einen guten Monat später, zwischen dem 20. und 27. Juli,¹⁷⁰ wurden die Männer schließlich aus dem Stalag XII A Limburg nach Heidelberg überstellt.¹⁷¹

Die Zahl der Beschäftigten der „Be- und Entladekolonne“ wuchs während des Kriegs. Im Februar 1943 war mit 56 Männern deren höchste Zahl erreicht. Die russischen Kriegsgefangenen der „Be- und Entladekolonne“ arbeiteten bis zum 24. März 1945. In der Nacht vom 24. zum 25. März wurden sie von der Wehrmacht „evakuiert“.¹⁷² Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Die Reichsbahn beschäftigte auch zahlreiche Zivilarbeiter und auch manche Zivildeportierten aus Raon l'Etape. René Rebout, ein ausgebildeter Schlosser, arbeitete bei der Reichsbahn. Er musste immer 13 Tage in Folge arbeiten und hatte dann einen Ruhetag. Seine Arbeitszeit betrug 10,5 Stunden pro Tag.¹⁷³

Wie wichtig die Arbeit der Fremdarbeiter nicht nur für die deutsche Wirtschaft insgesamt, sondern auch für die einzelnen Firmen im weiter bestehenden wirtschaftlichen Konkurrenzkampf war, verdeutlicht ein Schreiben der Firma Hebborn & Co. an den Heidelberger Oberbürgermeister von 1941, mit dem sich die Firma über die ausgebliebene Zuweisung von Kriegsgefangenen beklagt: „Bekanntlich haben Ihre Bemühungen seinerzeit zu keinem Erfolg geführt. Es überrascht uns daher zu erfahren, dass in der Gemeinde Dossenheim französische Kriegsgefangene als gewerbliche Arbeiter in der Industrie, darunter auch in der Füllhalterindustrie, eingesetzt sind. Dem Benehmen nach sind bei zwei unserer Konkurrenz-Firmen in Dossenheim französische Mechaniker beschäftigt. Unter diesen Umständen bitten wir ergebenst zu prüfen, ob nicht in der gleichen Weise der Einsatz von Kriegsgefangenen auch in Heidelberg durchgeführt werden kann und wir in einem bestimmten Umfange Kriegsgefangene auch für unseren Betrieb erhalten können.“¹⁷⁴



Anastasia M. *1928

169 Ebd.: Schreiben des Gruppenfahrbereitschaftsleiters in Mannheim vom 17. Juni 1942.

170 Ebd.: Während aus einem Vermerk von Oberrechtsrat Amberger hervorgeht, dass die erwarteten Männer am 20. Juli 1942 noch nicht angekommen waren, lässt sich einem Schreiben des Oberbürgermeisters an die Stadtwerke vom 27. Juli 1942 entnehmen, dass die Kriegsgefangenen inzwischen eingetroffen waren, eingesetzt und im Lager der Baufirma Kramer untergebracht wurden.

171 Ebd.: Vermerk vom 13. Juli 1942 nach telefonischer Besprechung mit dem AA Hessen.

172 STAHD AA, 212c/4: Vermerk vom 5. Mai 1945.

173 Koppenhöfer, Peter: Schreiben von René Rebout vom 7. Nov. 2004.

174 STAHD AA, 199p/9: Schreiben der Firma Hebborn & Co. an den Oberbürgermeister vom 17. Nov. 1941.

Wichtig war für die Firmen angesichts des trotz des Kriegs weiter bestehenden Konkurrenzkampfs nicht nur die absolute Zahl, sondern auch die Effizienz ihrer Arbeitskräfte. Die Zeitzeugen aus Raon l'Etape bestätigten alle, dass die Fremdarbeiter immer wieder zur Arbeit angespornt wurden. Gilbert Hellé, ein ehemaliger Forstamtsarbeiter, berichtete, „es musste immer gearbeitet werden, ständig, niemals durften wir die Hände in die Manteltaschen stecken.“ Der Leitsatz sei gewesen: Es „muss immer gearbeitet werden“ – er habe aber nicht viel gearbeitet.¹⁷⁵ Diese letzte Bemerkung Hellés illustriert genau das Problem der Firmen, die Fremdarbeiter beschäftigten: Trotz der zusätzlichen Arbeitskräfte wurden sie kaum konkurrenzfähiger oder effizienter. Die eingesetzten Arbeiter befanden sich meistens unfreiwillig, wo sie waren; sie hatten eine unzureichende Ernährung – die manchmal eher einer Unterernährung gleichkam – und hatten oftmals nicht die richtige Ausbildung. Um ihre Fremdarbeiter effizienter zu machen, waren manche Firmen daher sogar bereit, ihnen eine Ausbildung zu bezahlen. So finanzierte die Heidelberger Straßen- und Bergbahn einem niederländischen Arbeiter eine Ausbildung zum Straßenbahnfahrer. Die Ausbildung dauerte etwas mehr als drei Wochen und er durfte danach die Straßenbahnlinien 1, 2, 5, 6, 10 und 11 fahren.¹⁷⁶

2.3.2.3 Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie

Eine große Zahl der Fremdarbeiter wurde bei Handwerkern, in Geschäften oder bei Kleinunternehmen beschäftigt. Es handelte sich meistens um Betriebe, die während der gesamten Kriegsdauer höchstens fünf Fremdarbeiter beschäftigten. Durch den Kriegseinsatz fehlten im Jahr 1940 viele Handwerker in Heidelberg. Insbesondere Bäcker, Friseure, Maler, Schlosser, Schreiner, Schuhmacher¹⁷⁷ sowie Fleischer und Müllarbeiter¹⁷⁸ wurden in den Heidelberger Stadtteilen gebraucht.

175 Högner (2002), S. 113–14.

176 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 6, Mappe 21, Dok. 46: Ausbildungsschein.

177 STAHD AA, 199p/9: Schreiben der Kreishandwerkerschaft Heidelberg an den Oberbürgermeister vom 2. Aug. 1940. Insgesamt wurde die Zuweisung von 48 Fremdarbeitern beantragt; bevorzugt wurden französische Kriegsgefangene. Es wurden 34 Bäcker beantragt – drei für die Altstadt, fünf für die Mittelstadt, sechs für die Weststadt, sieben für Neuenheim, drei für Eppelheim, drei für Kirchheim, fünf für Rohrbach und zwei für Wieblingen –, sowie elf Friseure – fünf für die Stadt, drei für die Weststadt, zwei in Rohrbach und einer in Kirchheim – und zwölf Maler – acht für die Altstadt, zwei in Rohrbach und zwei in Wieblingen. Zwölf Schlosser wurden in Rohrbach gebraucht sowie ein Schreiner. Außerdem wurden 18 Schuhmacher in der Stadt benötigt.

178 Ebd.: Schreiben der Kreishandwerkerschaft Heidelberg an den Oberbürgermeister vom 7. Aug. 1940. Es wurden zehn Metzger gebraucht – vier in Riesenstein, einer in Bergheim,



Georges F. *1913

Französische Kriegsgefangene, die in diesen Berufen ausgebildet waren, wurden angeworben. Viele blieben an diesen Stellen bis zum Kriegsende. Wie dringend der Bedarf an zusätzlichen Arbeitern im Handwerk war, wird durch die Bemühungen der Schuhmacherinnung deutlich. So versuchte man 1942, eine „Schuhmacherzentralwerkstätte“ einzurichten, um die Reparatur von Schuhen regional zu zentralisieren und die Arbeit mit wenig Personal so effizient wie möglich zu gestalten. Diese Bemühungen blieben zuerst¹⁷⁹ erfolglos, weil sie zu „eine[r] katastrophale[n] Rückwirkung auf die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen zu Beginn des Herbstes“¹⁸⁰ geführt hätte. Die Schuhmacher hatten Ende Juli 1942 sehr große Ausbesserungsrückstände, sodass die Kunden ca. vier Wochen auf ihre Schuhe warten mussten.¹⁸¹ Deshalb bat der Obermeister der Schuhmacherinnung am 30. Juli 1942 um die schnelle Zuweisung von zehn Fremdarbeitern „gleichgültig, ob es sich um Kriegsgefangene oder sonstige ausländische Arbeitskräfte handelt, Voraussetzung ist lediglich, dass es Fachkräfte des Schuhmacherhandwerks“ waren. Trotz des frühen Antrags bekamen die Schuhmacher ihre Fachkräfte erst im November 1942. Grund dafür war der erhöhte Arbeiterbedarf der Rüstungsindustrie, die alle Fremdarbeiter anwarb, um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Selbst Ausländer, die in Berufen ausgebildet waren, in denen dringend Arbeiter gebraucht wurden, wurden den Rüstungs- oder kriegswichtigen Unternehmen nicht abgezogen.¹⁸² So beklagte die Schuhmacherinnung beispielsweise, dass zwei Ostarbeiter, „tüchtige Schuhmacher“, die ihren Beruf gern ausgeübt hätten, bei der Reichsbahn beschäftigt wurden.¹⁸³ Am 23. November 1942 bekam die Innung endlich – statt der beantragten zehn – immerhin vier Ostarbeiter, die in der neu eröffneten Zentralwerkstätte beschäftigt wurden.¹⁸⁴

zwei in Neuenheim, einer in Wieblingen und zwei in Rohrbach. Zwei Müllarbeiter wurden für Kirchheim und Wieblingen benötigt. Außerdem brauchte Neuenheim einen Fassbinder. Insgesamt wurden 13 Kriegsgefangene gebraucht. Zusammen mit dem früheren Antrag wurden 101 Kriegsgefangene für das Handwerk beantragt.

179 Die Zentralwerkstätte der Schuhmacherinnung öffnete letzten Endes im Nov. 1942. Sie wurde eingerichtet, um die Schuhversorgung der Bevölkerung zu verbessern (STAHD AA, 199w/2m: Beschluss der AfW an die Deutsche Arbeitsfront Heidelberg vom 27. Nov. 1942).

180 Ebd.: Schreiben vom 30. Juli 1942 „betr. Einrichtung einer Schuhmacherzentralwerkstätte“.

181 Ebd.: Schreiben der Schuhmacherinnung an das Wirtschaftsamt vom 31. Juli 1942.

182 Ebd.: Schreiben des AfW vom 10. Aug. 1942.

183 Ebd.: Schreiben der Schuhmacherinnung an das Arbeitsamt Heidelberg vom 10. Nov. 1942.

184 Ebd.: Vermerk vom 23. Nov. 1942.

Manche Gewerbe wurden im Lauf des Kriegs dringender gebraucht als etwa Stuckateure¹⁸⁵ und Gipsgeschäfte wie Heinrich L.¹⁸⁶ oder Philipp K., der im Juli 1944 einen Fremdarbeiter für gerade einmal zwei Wochen beschäftigen konnte.¹⁸⁷ Häufig wurden Fremdarbeiter, insbesondere Zivilarbeiter, dagegen in Hotels oder Restaurants beschäftigt, denn Heidelberg war und ist eine touristische Stadt mit zahlreichen Hotels und Gaststätten. Das Schlosshotel beschäftigte z.B. zwei Fremdarbeiter im August 1942, die Kleinlein Brauerei errichtete sogar ein eigenes Kleinstlager für ihre Fremdarbeiter.

Überall, wo sich eine große Küche befand, wurden ausländische Hausgehilfinnen eingesetzt. Insbesondere Französinen wurden in Hotels und Restaurants häufig beschäftigt. Von den in den ausgewerteten Einzelfallakten vorkommenden französischen Haushälterinnen waren fast 79% als Zimmermädchen,¹⁸⁸ Küchenmädchen,¹⁸⁹ Küchenhilfe, Servierfräulein oder Buffetfräulein in Hotels oder Restaurants beschäftigt. Die restlichen 21% der Französinen wurden als Arbeiterinnen, landwirtschaftliche Arbeiterinnen oder als Gartenarbeiterin eingesetzt. Franzosen wurden in diesem Bereich auch gern beschäftigt. Ein französischer Kellner wurde sogar für das Hotel Europäischer Hof angeworben, obwohl er gar keine Deutschkenntnisse hatte. Ihm wurde mitgeteilt, „dass er im Hotel Europäischen Hof ohne deutsche Sprachkenntnisse als Kellner tätig sein kann und dort dringend Kräfte benötigt wurden.“ In Heidelberg angekommen wurde jedoch festgestellt, dass er aufgrund seiner fehlenden Sprachkenntnisse doch nicht beschäftigt werden konnte, woraufhin er nach Frankreich zurückgeführt wurde.¹⁹⁰

Hotel- und Gastronomiepersonal war zumeist nur für kurze Perioden beschäftigt. So arbeitete eine Französin innerhalb von 14 Monaten in sechs verschiedenen Hotels und Restaurants, zuerst bei der Brauerei Ziegler, dann beim Gasthaus ‚Zur Schwarzen Traube‘, im Hotel ‚Bayerischer Hof‘, im Hotel ‚Alt Heidelberg‘,

185 STAHD AA, 212c/6: Gehaltsabrechnung, aufgestellt von Karl-Vester, Gipser- u. Stuckateurgeschäft, vom 18. bis 28. Juli 1944. Dieses Gewerbe beschäftigte drei Ostarbeiter, die gemeinsam mit der Gruppe der 180 Ostarbeiter bei den LS-Schutzbauten eingesetzt waren.

186 Ebd.: Vermerk vom 2. Aug. 1944 von Heinrich Linse, der in diesem Zeitraum zwei Ostarbeiter beschäftigte.

187 Ebd.: Vermerk vom 2. Aug. 1944 von Philipp Kamuf, Gipsergeschäft Heidelberg-Handschuhsheim: „Josef P. Lager Kirchheim (Lager) Nr. 586 war bei mir beschäftigt v. 19.7.1944–2.8.1944“.

188 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 121, Dok. 78.

189 Ebd., Dok. 29.

190 Ebd., Karton 15, Mappe 45, Dok. 86.

im ‚Cafasö-Stübli‘ und beim Hotel ‚Haarlass‘.¹⁹¹ Die Krankenhäuser dagegen beschäftigten eher junge Ostarbeiterinnen, die ähnliche Tätigkeiten erledigen mussten. Nur die Orthopädische Klinik verlangte andere Arbeiten von ihrer polnischen Angestellten: „Als Arbeit kommt die Besorgung des Schweine- und Hühnerstalles sowie Gartenarbeiten in Frage. Es wäre uns lieb, wenn sie uns keinen zu alten Jahrgang schicken würden.“¹⁹²



Derk Jan D. *1920

2.3.3 Fremdarbeiter im Bildungs- und Kulturbereich

2.3.3.1 Die Universitätseinrichtungen

Die Heidelberger Universität als eine der ältesten und bedeutendsten deutschen Universitäten war auch während des Kriegs mit ihren Fachbereichen, dem Studentenwerk und den Kliniken ein wichtiger Arbeitgeber. Insbesondere Zivilarbeiter aus Südamerika, Spanien oder Portugal wurden in verschiedenen Fachbereichen beschäftigt; auch viele Assistenten, Professoren und Laboranten kamen aus Frankreich, Jugoslawien und Holland. Ihre Anwesenheit in Heidelberg war allerdings nicht das Ergebnis der vom Dritten Reich bestimmten Fremdarbeiterpolitik. Es handelte sich um Studenten oder um Auswärtige, die sich schon vor dem Krieg in Deutschland befanden. Die wenigsten von ihnen waren Zivilarbeiter, die in ihrer Heimat rekrutiert worden waren. Das Studentenwerk beschäftigte dagegen „richtige“ Fremdarbeiter, insbesondere Polinnen und russische Ostarbeiterinnen, die als Putzfrauen oder Küchenhilfen¹⁹³ eingesetzt wurden.

Die Universitätskliniken beschäftigten ebenfalls Fremdarbeiter, vor allem Pflege- und medizinisches Personal aus verbündeten Ländern oder Zivilarbeiter. Mihail F., ein junger Ungar, kam nach Deutschland und erhielt sogar ein Stipendium der Humboldt-Stiftung, um sein Studium fortsetzen zu können. Er war Gastassistent in der Universitätsklinik, blieb sechs Monate dort und kehrte nach Ungarn zurück.¹⁹⁴

2.3.3.2 Schuldienst

Es gab kaum Bereiche, in denen keine Fremdarbeiter beschäftigt wurden. Selbst als Lehrer setzte man sie ein, wobei allerdings darauf geachtet wurde, dass die hier Beschäftigten die nationalsozialistische Ideologie vertraten. Nachweisen lassen sich für die Kriegsdauer insgesamt 29 in Heidelberger Schulen beschäftigte

191 Ebd., Karton 39, Mappe 121, Dok. 99.

192 Ebd., Karton 14, Mappe 58, Dok. 149.

193 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 45, Dok. 116.

194 Ebd., (Einzelfallakten, Ungarn), Karton 1, Mappe 3, Dok. 76.

Fremdarbeiter.¹⁹⁵ Zum größten Teil handelte es sich um Franzosen (26), einer war Niederländer, einer Rumäne, und es gab eine Russin. Die Unterlagen über diese Frau, die vermutlich als Putzkraft beschäftigt wurde, fehlen jedoch; eine Französin war als „Hausangestellte“ beim Schulamt beschäftigt.¹⁹⁶ Die übrigen 27 Fremdarbeiter unterrichteten in den Heidelberger Schulen; sie wurden entweder als Praktikanten beschäftigt oder als „ordentliche“ Lehrer eingestellt.¹⁹⁷ So beschäftigte die Albert-Holzberg-Schule ab Ende 1943 bis zu ihrer Schließung im September 1944¹⁹⁸ den Niederländer Paulus C. Dieser hatte eine solide akademische Bildung u.a. in Germanistik, Geschichte und Sprachwissenschaften. Aus seinem Bewerbungsschreiben geht hervor, dass er seit 1942 im Landkreis Fulda-Hünfeld in der Herrmann Lietz Schule in Buchenau unterrichtete.¹⁹⁹ Er verließ diese Schule „auf Grund persönlicher Differenzen“ und bewarb sich mit Erfolg bei der Albert-Holzberg-Schule, wobei es ihm in der Bewerbung besonders wichtig war, seine Nähe zum Nationalsozialismus zu unterstreichen: „In Hinsicht auf meine politische Haltung möchte ich betonen, dass schon meine freiwillige Arbeit in Deutschland auf meine positive Einstellung hinweist. Ich bin übrigens Mitglied der Niederländischen Nationalsozialistischen Partei; meine Mitgliedskarte 1941 lege ich bei. (Nachher bekommen wir ein Mitgliedsbuch, das ich nicht gern aus Händen geben möchte.) Ich gehöre auch der Gemeinschaft Nat.-Soz. Lehrer in den Niederlanden („Erzieherhilfe“) an. In der Zeitschrift dieser Organisation veröffentliche ich einen Aufsatz über den biozentrischen Gedanken in der Erziehung (Klages, Nietzsche).“²⁰⁰

C. erhielt ein Gehalt von 300 RM pro Monat, eine Summe, die dem Lohn eines deutschen Lehrers entsprach. Nach Schließung der Holzberg-Schule unterrichtete er in Heidelberg weiter an der Deutschen Heimschule bis zum 31. Januar 1945.²⁰¹

195 Datenbank: ID 9.071, 12.438, 12.742, 12.804, 13.093, 13.394, 14.005, 14.018, 14.401, 14.542, 16.726, 16.804, 17.286, 17.667, 17.792, 17.977, 19.747, 20.105, 20.134, 20.286, 20.382, 20.842, 20.865, 20.956, 21.119, 22.252, 23.067, 25.554, 27.195.

196 Ebd.: ID 20.134, Hausangestellte.

197 Ebd.: ID 19.747 (eine „Studienreferendarin“), 12.804 („Berufsschullehrer“), 23.067 („Lehrer“).

198 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 3, Mappe 11, Dok. 151.

199 Ebd., Dok. 152.

200 Ebd.

201 Ebd., Dok. 147.



Ekaterina S. * 1922

2.3.3.3 Im Kulturbereich

Das kulturelle Leben ging in Heidelberg trotz des Kriegs weiter. In den Jahren 1942–43 wurden acht Symphonie-Konzerte gespielt, die von ca. 15.000 Personen besucht wurden. Ebenfalls sehr erfolgreich waren die acht Kammermusik-Konzerte²⁰² und die Theater-Ausführungen. Das Heidelberger Theater veranstaltete nicht nur städtische Aufführungen, sondern besuchte die verwundeten Soldaten im Lazarett und ging ins Elsass auf Tournee.²⁰³ Beide – das städtische Orchester sowie das Theater – beschäftigten Fremdarbeiter, um die eingezogenen Männer zu ersetzen. So wurde 1942 eine Norwegerin im Städtischen Orchester beschäftigt.²⁰⁴ In ihrem Arbeitsvertrag wurde jedoch klargestellt, dass die Beschäftigung vorübergehend zur Vertretung von Dienstkräften erfolge, „die zur Wehrmacht eingezogen, zu zeitlich begrenzter Dienstpflicht oder zu langfristigen Norddienst herangezogen worden sind, bzw. zur Erfüllung zusätzlicher Kriegsaufgaben.“²⁰⁵

Die in diesem Sektor beschäftigten Fremdarbeiter kamen ausschließlich aus Nordeuropa oder aus den Niederlanden.²⁰⁶ Sie erhielten ähnliche Arbeitsbedingungen und Gehälter wie die deutschen Beschäftigten. So erhielt die junge Geigerin 276,67 RM pro Monat sowie diverse Zuschläge.²⁰⁷ Außerdem durften die Fremdarbeiter des Kulturbetriebs auch in die Heimat fahren und Urlaub nehmen.²⁰⁸

Das UFA-Theater/Kino Capitol beschäftigte seinerseits einen italienischen Fremdarbeiter. Der Mann arbeitete ab 1941 als „Kapellmeister“ bis 1943; angeblich ging er sogar ab Dezember 1943 „auf Tournee“.²⁰⁹

2.3.4 Frauen- und Kinderarbeit

Die Auswertung der Einzelfallakten und der Datenbank enthüllt das Ausmaß des Fraueneinsatzes²¹⁰ und der Kinderarbeit, wobei der Anteil von Männern und Frauen unter den Fremdarbeitern wegen der erwähnten Unzuverlässigkeit der Statistiken nicht genau zu ermitteln ist und von Staatsangehörigkeit zu

202 Adressbuch Heidelberg (1942), S. 7–8.

203 Ebd., S. 9–12, hier S. 10.

204 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Norwegen), Karton 1, Mappe 1, Dok. 43.

205 Ebd.

206 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 3, Mappe 11, Dok. 112–23.

207 Ebd., (Einzelfallakten, Norwegen), Karton 1, Mappe 1, Dok. 43.

208 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 3, Mappe 11, Dok. 112.

209 Ebd., (Einzelfallakten, Italien), Karton 3, Mappe 11, Dok. 68.

210 Zur Frauenarbeit s. insbes. Hauch (2001), S. 355–448, hier S. 361–66.

Staatsangehörigkeit verschieden war. So kam statistisch auf drei Franzosen eine Französin,²¹¹ während der Frauenanteil unter den russischen Staatsangehörigen in Heidelberg bei 43% lag; gleichstark waren beide Geschlechter bei den Polen vertreten. Bei den aus nationalsozialistischer Sicht „rassisch-minderwertigen“ Arbeitern wurde allerdings i. d. R. kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht.²¹² Es geht daher an dieser Stelle um spezifische Beschäftigungsorte von Frauen, aber nicht um die Beschäftigung von Frauen in der Industrie, sondern vielmehr um Arbeiten, die nur Frauen erledigten – und zwar hauptsächlich um die Hausgehilfinnen bei Privatleuten.

2.3.4.1 Spezifische Frauenarbeit

Viele Zeitzeuginnen berichteten über ihre Zwangsverschleppung und die folgende Beschäftigung bei deutschen Familien als Haushaltshilfe, Kindermädchen usw. Im September 1942 wurde diese Art des Fremdarbeitereinsatzes streng geregelt:²¹³ Danach sollten die Haushelferinnen zwischen 15 und 35 Jahren alt sein, einen robusten Körperbau sowie ein germanisches Aussehen haben. Zu eng sollte der Kontakt mit der Familie trotzdem nicht sein: „Aus volkspolitischen Gründen sollen die ausländischen Kräfte besonders aus den besetzten Ostgebieten bevorzugt an Stellen eingesetzt werden, in denen sie praktische hauswirtschaftliche Arbeiten zu erledigen haben, ohne in näherer Berührung mit der Familie zu stehen und in die Betreuung und Erziehung der Kinder eingeschaltet zu werden.“²¹⁴

Die Hausgehilfinnen hatten praktisch keine Freizeit:²¹⁵ Sie durften nur drei Stunden pro Woche frei haben – allerdings nicht nach 20:00 Uhr –, sie durften weder Besuch haben noch durften sie ins Kino, Theater oder in die Kirche gehen.²¹⁶ Allein 1943 kamen 80 Ostarbeiterinnen an,²¹⁷ die in Heidelberger Familien kochten, putzten und sich um die Kinder kümmerten. Im Gegensatz zu ihren Schicksalsgenossinnen in der Industrie wechselten die Haushaltshilfen nur selten ihre Arbeitsstelle. Viele blieben sogar sehr lange bei ihren deutschen

211 In den Statistiken, die als Grundlage auf den Informationen der Arbeitsbücher oder der Fragebögen zur Herstellung der Arbeitsbücher aufbauen, zählt man 15 Frauen auf 28 Männer – d.h. ca. 28% der Fremdarbeiter.

212 Hachtmann (1993), S. 332–66, hier: S. 348ff.

213 Ebd., S. 109.

214 Zitiert nach Moczarski/Post/Weiß (2002), Dok. 89, S. 184–86: Einsatz von Zwangsarbeiterinnen als Haushaltshilfen. Erlaß des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (15. Okt. 1942).

215 Schwarze (1997), S. 110.

216 Moczarski (2002), Dok. 89, S. 184–86: Einsatz von Zwangsarbeiterinnen als Haushaltshilfen. Erlaß des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (15. Okt. 1942).

217 STAHD AA, 199d/12: Vermerk des Arbeitsamts Heidelberg vom 24. Febr. 1943.

Familien. So blieb eine junge Russin fast zwei Jahre, November 1942 bis September 1944, bei der Familie O.²¹⁸ Die Russin Tamara E. blieb bei der Familie J. mit acht Kindern²¹⁹ – mit einer kurzen Unterbrechung – ebenfalls fast zwei Jahre, von August 1943 bis zum Ende des Krieges 1945.²²⁰

Die deutschen Familien, die Interesse an einer Haushaltshilfe hatten, mussten sich beim Arbeitsamt melden und an einem Informationsabend teilnehmen.²²¹ Die ehemalige Arbeitgeberin einer Hausgehilfin berichtete über diesen Abend und den ersten Kontakt mit ihrer Ostarbeiterin: „Ich weiß nicht mehr genau, ob August aus dem Krieg ans Arbeitsamt in S. geschrieben und um sofortige Abhilfe gebeten hatte, jedenfalls bekam ich plötzlich einen Anruf, dass ich sofort zum Arbeitsamt kommen sollte, um mir von zehn Russenmädchen, die erwartet wurden, eine auszusuchen. (...) Ich wurde also ins Dienstzimmer hineingerufen, jede von den Frauen einzeln, und wir wurden belehrt, wie wir mit den Mädchen umzugehen hätten: Als erstes sollten sie gleich an der Haustür ihre dicken Stiefel abstellen, dann ihre Jacken und Tücher, und dann sollte ich sie, das 18jährige Mädchen, in die Badewanne kriegen und eigenhändig gründlich baden, inklusive Haare waschen, denn sie würden ja wahrscheinlich Läuse haben, wenn sie aus dem finsternen Russland kämen. Essen dürften sie nicht mit uns am Tisch, und in allem sollte man strenge Distanz halten.“²²²

Die Arbeitsbedingungen dieser Frauen waren sehr unterschiedlich, je nach dem, wie ihre Arbeitgeber sie behandelten. Die Studie von Annetkatrin Mendel²²³ gibt einen sehr guten Einblick in den Alltag der Ostarbeiterinnen, die eine Beschäftigung als Hausgehilfin hatten. Manche Frauen wurden als Familienmitglied behandelt und so gut aufgenommen, dass manche deutsche Kinder Russisch konnten, während andere Frauen ständig von ihrem Arbeitgeber misshandelt und überwacht wurden.

In Heidelberg wurden Hausgehilfinnen bei Familien und in Geschäften eingesetzt; so beschäftigten die Fleischerei Otto²²⁴ und die Metzgerei Koch²²⁵



Aleksei S. *1912

218 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 3, Mappe 9, Dok. 14.

219 Ebd., Karton 12, Mappe 36, Dok. 161.

220 Ihr Verbleib wird einmal eher unbestimmt bis 1945 angegeben (vgl. ebd., Dok. 159). Aus einem Vermerk vom April 1945 geht genauer hervor, dass die junge Frau und ihre Tochter sich seit „einigen Wochen in Meckesheim ...“ aufhielten (ebd., Dok. 163).

221 Mendel (1994), S. 165f.

222 Ebd., S. 165–66.

223 Ebd.

224 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 3, Mappe 9, Dok. 14.

225 Ebd., Karton 15, Mappe 45, Dok. 168.

Ka angel./Wa

V

2055/Dr. M8/Wa

9. VII.

3

Amtsärztliches Zeugnis

Die Polin Gertrud N , geb. am 6. V. 1923 in Gnesen, wohnh. z. Zt. in Heidelberg, Hauptstr. 67(Goldner Engel) befindet sich wegen unspezifischer Adnexitis und Cystitis in der Ludolf-Krehl-Klinik in Heidelberg. Sie wird angeblich in etwa 8 Tagen entlassen.

Ihr Aussehen ist gesund, der Ernährungs- u. Kräftezustand mittel. Ausser einer leichten unspezifischen Adnexitis und Cystitis besteht kein krankhafter Befund. Rasse vorwiegend nordisch. Erbkrankheiten seien nicht in der Familie.

11. NB 111
12691

- 2 -

Gegen die vorgesehene Wiedereindeutschung sind in gesundheitlicher Hinsicht keine Bedenken zu erheben.

Gezeichnet
Medizinische
Me

I. V.
H. Hinkel
Medizinalrätin

Bei ärztlichen Untersuchungen erfolgte eine Überprüfung der „Rasse“ der „wiedereindeutschungsfähigen“ Polinnen (STAHD).

beispielsweise je eine Hausgehilfin z.B. zum Putzen, wobei der Einsatzort im Geschäft oder bei der Familie unklar ist. Andere Ostarbeiterinnen wurden bei Personen eingesetzt, die aufgrund ihrer Arbeit oder ihres Sozialrangs nicht selber putzten. Viele Akademiker und Professoren hatten eine russische Hausgehilfin wie z.B. Alla E., die zwei Jahre bei einem Doktor arbeitete,²²⁶ oder Stefanie E., die von Februar 1943 bis Dezember 1945 bei einem Zahnarzt beschäftigt war.²²⁷ Dass das nationalsozialistische System es erlaubte, dass russische Frauen in deutschen Haushalten trotz ihrer angeblichen „Minderwertigkeit“ putzten und sich sogar um die Kinder kümmerten, scheint im Widerspruch zu der rassistischen Ideologie des Regimes zu stehen.

Die so genannte „Wiedereindeutschung“ illustriert den Versuch, Kompromisse mit diesem Widerspruch zu machen: Wer aus Polen oder der Ukraine stammte und „deutsches Blut“ nachwies, sollte durch die „Wiedereindeutschung“ zur „deutschen Rasse“ gehören.²²⁸ Das Regime versuchte dadurch auch zu legitimieren, was praktisch nicht zu verhindern war. So kamen Männer von der Ostfront in Begleitung einer Ukrainerin oder Polin, die sie als Hausangestellte beschäftigten. Um daraus keinen Konflikt mit der Rassenideologie entstehen zu lassen, benutzte man die Eindeutschung bzw. Wiedereindeutschung in vielen Fällen als probate Lösung.²²⁹ Sie wurde durch einen Reichserlass vom 13. März 1941 offiziell geregelt. Da, wo früher einmal Deutsche gesiedelt hatten, ging man einfach davon aus, dass in der Bevölkerung noch „arisches Blut“ flösse. Durch ein „arisches“ Aussehen sollten entsprechende Personen gut zu erkennen sein: Blaue Augen, blonde Haare und das Fehlen von typischen Merkmalen der „slawischen Rasse“ sollten entscheidend sein. Die Kandidaten für die Wiedereindeutschung mussten sich deshalb einer Rassenuntersuchung unterziehen. I. d. R. handelte es sich um Kandidatinnen und seltener um Kandidaten, obwohl es auch vorkam, dass polnische Männer eingedeutscht wurden. Die Wiedereindeutschung fand auch ohne das Einverständnis der Betroffenen statt, wie ein Darmstädter Gestapobericht zeigt. Der Bericht weist auf einen Polen hin,²³⁰ der gegen seinen Willen eingedeutscht wurde. Der Mann schrieb dem Ausländeramt des Polizeipräsidiums Darmstadt, um mitzuteilen, dass er seine polnische Staatsbürgerschaft behalten wolle. Durch seine Eindeutschung müsse er am Westwall dienen, was er wegen seiner polnischen Wurzeln ablehne.



Denise K. *1921

226 Ebd., Karton 12, Mappe 36, Dok. 142.

227 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 14, Mappe 59, Dok. 1.

228 Broszat (1961), S. 119.

229 Herbert (1999), S. 204.

230 Hamman (1986), S. 143–81, hier S. 164.

Das Siedlungs- und Rassenhauptamt empfahl in diesem Fall, den Mann ins KZ einzuliefern, um seinen Willen zu brechen.²³¹

Der Erlass vom 13. März 1941 lag auch dem für rassische und sanitäre Fragen zuständigen Heidelberger Staatlichen Gesundheitsamt vor. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Wiedereindeutschung einiger Fremdarbeiter. War ein Fremdarbeiter wieder eingedeutscht worden, so wurde er wie ein Deutscher behandelt, durfte sich frei bewegen und erhielt genauso viele Essensmarken und Gehalt wie die deutsche Bevölkerung.

Die Rassenuntersuchung bestand zunächst aus einer ärztlichen Untersuchung, durch die festgestellt werden sollte, ob der Kandidat samt Familie erblich gesund war.²³² Gefragt wurde vor allem nach vorhandenen Geschlechtskrankheiten, Erbkrankheiten, psychischen oder Geisteskrankheiten. Ein typischer Kommentar über wiedereingedeutschte Fremdarbeiter lautete: „Ist gesund. Rasse vorw[iegend] nordisch.“²³³

Haushaltsarbeit war keine besonders kriegswichtige Aufgabe. Deshalb ist die hohe Zahl der Hausgehilfinnen ebenso erstaunlich wie die Tatsache, dass in privaten Haushalten in großer Zahl Frauen eingesetzt wurden, die wegen ihrer „Rasse“ gerade wenig Kontakt mit der Bevölkerung haben sollten und deren Landsleute daher häufig in der Industrie eingesetzt und ausgebeutet wurden.

2.3.4.2 Beschäftigung von Jugendlichen und Kindern

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter den Fremdarbeitern war in Heidelberg, das in diesem Fall keine Ausnahme bildete, relativ hoch. Dabei werden hier als „Kinder“ die Fremdarbeiter bezeichnet, die während ihrer Beschäftigung jünger als 15 Jahre waren. Als „Jugendliche“ bezeichnet werden Personen, die zwischen 15 und 18 Jahre alt waren. Die ungefähre Zahl der Kinder und Jugendlichen konnte durch die Auswertung der Datenbank ermittelt werden. Es handelte sich demnach um 218 Personen, d.h. um 1,37% bis 1,69% der in Heidelberg eingesetzten Fremdarbeiter.

Die Fremdarbeiterkinder, die sich in Heidelberg während des Kriegs aufhielten, gehörten alle zu den Völkern, die von den Nazis stigmatisiert waren.

231 Ebd.

232 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 82, Dok. 56; Reichserlass vom 13. März 1941 (IV 5 362/41 1075), eingegangen beim Staatlichen Gesundheitsamt Heidelberg am 29. Juni 1943.

233 Ebd., Karton 21, Mappe 82, Dok. 18 (junge Polin aus Meckesheim). S. auch z.B. ebd., Dok. 53 und 55 (junge polnische Haushaltshilfe, beim ‚Goldenen Engel‘ beschäftigt) oder ebd., Karton 9, Mappe 36, Dok. 12 (ein junger Mann).

Außer einigen Kindern, die in Heidelberg geboren wurden, gab es kein einziges Westarbeiterkind. Das lag daran, dass in Osteuropa nach 1943 teilweise ganze Dörfer und Familien deportiert wurden, sodass sich bis zu drei Generationen von polnischen oder Ostarbeiter-Familien in Deutschland zur Arbeit befanden. Die Familien wurden nicht immer am gleichen Ort eingesetzt: Ehepaare sowie Kinder und ihre Eltern wurden manchmal rücksichtslos getrennt. So flohen viele Ostarbeiter in der Hoffnung, ihre Familie wiederzufinden. Im Mai 1944 befahl der GBA den Gauarbeitsleitern daher die Wiederzusammenführung von Familien, um solche Fluchten zu vermeiden. Zahllose Frauen waren allein mit ihren Kindern, weil ihre Ehemänner in der Roten Armee dienten oder Kriegsgefangene waren.²³⁴ Außerdem wurden in Russland auch gezielt Razzien gegen Kinder und Jugendliche durchgeführt, wie die so genannte Heu-Aktion oder die SS- und Flakhelferaktion, bei der ca. 28.000 Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 18 Jahren eingesammelt wurden, um in der Armee oder in der Kriegsindustrie eingesetzt zu werden.²³⁵ Aleksandra B., eine bei ihrer Ankunft in Darmstadt dreizehnjährige Ostarbeiterin, gibt ihre Erfahrung wieder: „Die Männer kamen nach Hause, ich schlief noch. Wie hießen die bloß? Also SS hießen die. Sie fragten, ‚Bist du Aleksandra?‘ Ich sagte: ‚Nein, ich heiße Sascha.‘ – ‚Gut, du bist Sascha, du kommst mit.‘ Mama begann zu weinen, sie wusste vielleicht schon, dass die russischen Kinder eingesammelt werden. (...) Uns andere hat man doch zusammengepfercht und weggebracht. (...) Uns hat man in ein kleines Städtchen in die Nähe von Minsk gebracht, und schon am zweiten Tag hat man uns Kindern Blut abgenommen für die deutschen Verwundeten. Und dann schloss man uns hermetisch ein in Bahnwaggons, und irgendwo in Polen hat man die Waggons wieder aufgemacht. Da haben wir ein bisschen was zu Essen bekommen. (...) Und wieder wurden wir in Waggons gepfercht und weitergefahren bis nach Darmstadt.“²³⁶

Die Arbeit von unter Zwölfjährigen wurde im Januar 1944 von Fritz Saukel verboten. Zwölf- bis dreizehnjährige Kinder durften dagegen bis zu vier Stunden pro Tag leichte Arbeiten verrichten.²³⁷ Der tatsächliche Einsatz der Kinder in Heidelberg zeigt, wie wenig die Firmen sich von solchen Vorgaben beeindrucken ließen. Der jüngste Arbeiter war der im März 1944 zehnjährige Peter K.,²³⁸ der mit seiner Familie bei der Reichsbahn arbeitete. Ein anderer



Semen W. *1886

234 Schwarze (1997), S. 119.

235 Spoerer (2001), S. 79.

236 Mendel (1994), S. 53.

237 Ebd., S. 149.

238 Datenbank: ID 8.251.

Peter K.²³⁹ wurde ebenfalls als Zehnjähriger im März 1944 dort eingesetzt. Viele Kinder waren während ihres Einsatzes elf oder zwölf Jahre alt: Eleonora Z.²⁴⁰ und Willi B.²⁴¹ wurden im März 1944 als „Bahnunterhaltungsarbeiter“ eingesetzt. Als „Bahnunterhaltungsarbeiterin“ arbeitete auch die zwölfjährige Tatiana B.;²⁴² Wladimir B.²⁴³ war bei der Schnellpressenfabrik beschäftigt. Michail S.²⁴⁴ arbeitete als Landarbeiter usw. Es fehlen für Heidelberg Zeitzeugenberichte über die genaue Tätigkeit dieser Fremdarbeiterkinder. Dagegen gibt es von ehemaligen Fremdarbeitern anderer Städte aufschlussreiche Informationen über dieses Phänomen, wie beispielsweise von einem Mann, der mit seiner Familie bei der Reichsbahn in Münster arbeitete: „Wir waren bei der Reichsbahn. Die Eltern arbeiteten bis zu zwölf Stunden, und wir Kinder ab sieben Jahren schmierten mit Schmieröl die Kupplungen und verrichteten verschiedene Arbeiten. Und dafür bekamen wir einmal pro Tag einen Teller Suppe unter der Bedingung, dass wir unsere Arbeitsnorm erfüllt hatten. Ein paar Mal wurde uns Blut abgenommen.“²⁴⁵

Die meisten Kinder, die in Heidelberg arbeiteten, waren zusammen mit ihrer Familie dort. Es gab aber auch Kinder ohne Eltern oder Verwandte. Bei ihnen handelte es sich in allen Fällen um sowjetische Kinder. Wie, wann und warum diese Kinder von ihren Familien getrennt worden waren, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. So mussten der erwähnte zehnjährige Peter K.²⁴⁶ und der elfjährige Peter B.²⁴⁷ ohne erwachsene Verwandte bei der Reichsbahn arbeiten. Der elfjährige Emil C.²⁴⁸ arbeitete bei einer Stahlbetonfirma. Die Schwestern Tatiana und Karline B.,²⁴⁹ 12 und 14 Jahre alt, waren „Bahnunterhaltungsarbeiterinnen“. Bronja W.²⁵⁰ und Matja B.²⁵¹ waren beide 13 Jahre alt und wurden beim Ehrenfriedhof beschäftigt. I. d. R. mussten die ganz kleinen Kinder nicht arbeiten. Die Geschichte einer estnischen Familie bestätigt dies: Die Familie kam erst im März 1944 in Heidelberg an. Die Mutter war verheiratet und hatte vier

239 Ebd.: ID 7.955. Es handelt sich hier tatsächlich um zwei verschiedene Jungen mit dem Vornamen Peter; der bei beiden mit K beginnende Nachname weicht voneinander ab.

240 Ebd.: ID 33.887.

241 Ebd.: ID 5.624.

242 Ebd.: ID 5.711.

243 Ebd.: ID 5.966.

244 Ebd.: ID 10.170.

245 Zitiert nach Schwarze (2005), S. 219.

246 Datenbank: ID 7.955.

247 Ebd.: ID 5.667.

248 Ebd.: ID 6.248.

249 Ebd.: ID 5.711, 5.710.

250 Ebd.: ID 11.182.

251 Ebd.: ID 6.022.

Kinder. Drei befanden sich mit ihr in Deutschland. Die Mutter wurde bei der Reichsbahn als „Bahnunterhaltungsarbeiterin“ beschäftigt. Ihre 1930, 1933 und 1936 geborenen Kinder²⁵² waren 14, elf und acht Jahre alt. Die beiden älteren Kinder mussten mit ihrer Mutter arbeiten und erledigten die gleichen Aufgaben wie sie;²⁵³ eine Beschäftigung des jüngsten Kindes ist dagegen nicht belegt.

Die Auswertung der Einzelfallakten zeigt, dass fast 9% der sowjetischen Fremdarbeiter Kinder waren.²⁵⁴ Viele Kinder wurden nach dem 20. März 1944 eingesetzt; an diesem Tag war ein großer Transport in Heidelberg angekommen. Vier weitere Kinder kamen mit dem am 15. August 1944 eintreffenden Ostarbeiter-Transport in Heidelberg an, der die Arbeiter des Luftschutzbaus verstärken sollte. Die Kinder dieser Gruppe wurden bei der Baufirma Emil Zwick beschäftigt. Eines war 1932 geboren, ein Mädchen 1931 und zwei Mädchen 1930. Sie waren also 14, 13 und 12 Jahre alt. Ihre genaue Arbeit wurde zwar nicht beschrieben, da es sich aber um eine Baufirma handelte, könnte es sich um körperlich schwere Arbeit gehandelt haben. Die angegebene Arbeitszeit gleicht der der Erwachsenen, nämlich acht Stunden am Tag.²⁵⁵

Einen anderen Status als die Kinder einerseits und als die Erwachsenen andererseits hatten in der Fremdarbeiterpolitik des Dritten Reiches die Jugendlichen. Ab Oktober 1941 wurden auch 14- bis 18-jährigen Polen nach Deutschland verschleppt. Sie wurden bei vielen Firmen gern eingesetzt, weil das Arbeitsgesetz, das den Einsatz der Erwachsenen reglementierte, sich nicht auf Jugendliche bezog, während das Jugendschutzgesetz sie nur teilweise schützte. Sie mussten genauso lange arbeiten wie die Erwachsenen.²⁵⁶ Auch jugendliche Westarbeiter wurden in Heidelberg eingesetzt, wie u. a. vier französische Arbeiter der Jahrgänge 1925, 1926 und 1927. Der 1925 geborene junge Mann arbeitete bei einem Maurer; er war damals 17.²⁵⁷ Eine andere Jugendliche war 16 Jahre alt und arbeitete in einem Restaurant als Kellnerin.²⁵⁸ Bei den beiden übrigen Jugendlichen ist es



Amalie F. *1891

252 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Estland), Karton 2, Mappe 7, Dok. 125.

253 Ebd., Dok. 126, 127.

254 Diese Zahl basiert auf den für die Zwangsarbeiter auszufüllenden Arbeitsbüchern und auf den Fragebögen.

255 STAHD AA, 212c/7: Gehaltsliste von Emil H[einri]ch Zwick, Bauunternehmer vom 18. bis 22. Juli 1944.

256 RAB, Reichsarbeitsblatt (1941), I 384: Anordnung über Arbeitszeitschriften für jugendliche Polen, Nr. 26 vom 15. Sept. 1941; sie trat am 1. Okt. 1941 in Kraft (vgl. Spoerer (2001), S. 149).

257 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 15, Mappe 47, Dok. 79.

258 Ebd., Karton 16, Mappe 46, Dok. 93.

eindeutig, dass sie zur Arbeit in Deutschland gezwungen worden waren. Es handelte sich um zwei junge Männer aus Raon l'Etape: Der eine, Jahrgang 1926, war 18 Jahre alt, als er verschleppt wurde, und arbeitete als Automechaniker;²⁵⁹ der zweite, 17 Jahre alt, arbeitete bei Stotz-Kontakt.²⁶⁰

Auch unter den italienischen²⁶¹ und den polnischen Fremdarbeitern befanden sich Jugendliche, so z.B. ein fünfzehnjähriges Mädchen, das in einem Handschuhsheimer Bauernhof 1942 als Landarbeiterin eingesetzt wurde.²⁶² Jugendliche befanden sich ebenfalls unter den russischen Fremdarbeitern, so etwa ein 14-jähriger, der zwei Jahre als angelernter Fräser²⁶³ bei der Schnellpressenfabrik beschäftigt wurde oder ein Landarbeiter,²⁶⁴ der mit 15 bei einem Heidelberger Landwirt arbeitete. Besonders bemerkenswert ist das Schicksal des 1929 in Russland geborenen fünfzehnjährigen Alexander K., der 1944 bereits an 17 verschiedenen Arbeitsstellen eingesetzt worden war und der als russischer Kriegsgefangener eingetragen wurde²⁶⁵ – was die Frage aufwirft, ob und in welchem Ausmaß die Rote Armee Jugendliche einsetzte.

2.4 Die Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter

2.4.1 Löhne und Arbeitszeit

Die Höhe der ausbezahlten (oder nicht ausbezahlten) Löhne und die Dauer der Arbeitszeit spiegelten den Status der Fremdarbeiter in der nationalsozialistischen Rassenpolitik wider – wobei die seit 1938 stark veränderten Arbeitszeiten und Gehälter der deutschen Arbeiter als Referenzwerte im Blick sein müssen.

2.4.1.1 *Zivilarbeiter*

Zahlreiche freiwillige Zivilarbeiter wurden mit der Perspektive nach Deutschland gelockt, hier höhere Gehälter zu bekommen als in ihrer Heimat. In Heidelberg waren die bestbezahlten Fremdarbeiter ausnahmslos Nordeuropäer aus Norwegen, Schweden oder Holland sowie Fremdarbeiter aus verbündeten Ländern Deutschlands wie Bulgaren oder Ungarn. Die Westarbeiterinnen wurden

259 Ebd., Dok. 88.

260 Ebd., Karton 12, Mappe 36, Dok. 136 (Louis Chapelier).

261 Ebd., (Einzelfallakten, Italien), Karton 3, Mappe 10, Dok. 57.

262 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 14, Mappe 59, Dok. 107.

263 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 6, Mappe 17, Dok. 108; im 1943 beschäftigt.

264 Ebd., Karton 3, Mappe 8, Dok. 122.

265 Datenbank: ID 8.737.

i.d.R. schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, deren Arbeitsstellen (z.B. als Ärzte, Lehrer oder Lektoren) häufig gesellschaftlich angesehener und besser bezahlt waren als die der Frauen (Haushaltsgehilfinnen, Verkäuferinnen). Allerdings wurden auch die deutschen Frauen meist schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.

Der Vergleich zwischen den Gehältern von Däninnen und Französinen zeigt, dass die Unterschiede in der Bezahlung unter Westarbeitern minimal waren. Eine Dänin verdiente als Verkäuferin 160 RM brutto pro Monat, wobei ihre Abzüge unbekannt sind.²⁶⁶ Eine dänische Hausgehilfin verdiente 25 RM pro Monat, inklusive Kost und Logis.²⁶⁷ Eine Französin verdiente 1942 zwischen 43 und 69,50 RM pro Monat und musste von ihrem Gehalt noch die Unterkunft und das Essen selbst bezahlen.²⁶⁸ Eine französische Angestellte des Bergbahnrestaurants verdiente 1942 49,50 RM pro Monat und musste davon für sich selbst sorgen.²⁶⁹ Eine dritte Französin, die ab 1941²⁷⁰ bei der Stiftsmühle²⁷¹ arbeitete, verdiente 43 RM pro Monat inklusive Verpflegung und Unterkunft.²⁷² Wenn man die Wochenarbeitszeit genauer unter die Lupe nimmt, ist festzustellen, dass der in der Stiftsmühle beschäftigten Französin 18 Rpf. pro Stunde bezahlt wurden,²⁷³ während bei der ersterwähnten Französin vertragsgemäß eine Vergütung von 22 bis 25 Rpf. vorgesehen war.²⁷⁴ Die Wochenarbeitszeit lag in der Stiftsmühle bei 60 Stunden pro Woche, während das Bergbahnrestaurant eine Arbeitszeit von 48 bis 60 Stunden pro Woche angab.

Die Gehälter der Männer waren höher. So verdiente z.B. ein bei der Universität eingesetzter Lektor 200 RM pro Monat.²⁷⁵ Der bereits erwähnte Niederländer, der als Grundschullehrer 1944 in Heidelberg eingestellt wurde, verdiente 300 RM pro Monat und bekam außerdem seine Heimatfahrten bezahlt.²⁷⁶ Da das Gehalt bar ausbezahlt wurde, dürfte es sich hier um das Nettogehalt gehandelt haben; Abzüge wurden normalerweise direkt einbehalten.



Maria D. *1905

266 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Dänemark), Karton 1, Mappe 1, Dok. 107.

267 Ebd., Dok. 62.

268 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 121, Dok. 107.

269 Ebd., Karton 51, Mappe 164, Dok. 28.

270 Ebd., Karton 42, Mappe 128, Dok. 63.

271 Ebd., Dok. 23.

272 Ebd., Dok. 65.

273 Ebd., Dok. 6.

274 Ebd., Karton 39, Mappe 121, Dok. 107.

275 Ebd., (Einzelfallakten, Portugal), Karton 1, Mappe 1, Dok. 43.

276 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 3, Mappe 11, Dok. 152.

Ein bulgarischer Assistenzarzt bekam als Einstiegsgehalt im August 1943²⁷⁷ 250 RM pro Monat²⁷⁸ und sein Gehalt wurde regelmäßig erhöht, sodass er im Mai 1944 schließlich 493,58 RM pro Monat verdiente.²⁷⁹ Diese Summen entsprachen den Gehältern deutscher Assistenzärzte; sie machen die gute Arbeits- und Lebenssituation mancher Fremdarbeiter besonders deutlich. Die französischen und belgischen Arbeiter der Heidelberger Straßen- und Bergbahn erhielten 76 bis 83 Rpf. pro Stunde, je nach Qualifikation, und sie hatten die Möglichkeit, eine Prämie von 5 Rpf. zu erhalten. Die Tagesarbeitszeit betrug zehn Stunden; bei einer sechstägigen Arbeitswoche wurde ein Gehalt von 182,44 RM bis 199 RM pro Monat ausbezahlt. Die Arbeiter mussten von ihrem Gehalt ihre Unterkunft bezahlen, nämlich 10 RM pro Monat (abgezogen wurden dafür 9,20 RM) und ihre Verpflegung, nämlich 11,20 RM pro Monat für das Mittagessen (40 Rpf. pro Essen) und eventuell 2,80 RM pro Monat für Kaffee und Brühe. Auch Abendessen und Kleidung mussten von den Fremdarbeitern selbst bezahlt werden.²⁸⁰ Diese Einkommen entsprachen dem Lohn eines Arbeiters der Lohngruppe III im Jahr 1939,²⁸¹ wobei die zehnstündige Arbeitszeit auch für deutsche Arbeiter üblich war.

Transformierte französische Kriegsgefangene erhielten nach ihrem Statuswechsel Löhne, die denen der Zivilarbeiter ähnelten. So verdiente ein ehemaliger Kriegsgefangener bei Stotz-Kontakt 220 RM pro Monat bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 51 Stunden.²⁸² Die wöchentliche Arbeitszeit variierte stark je nach Beruf und Firma, wobei bei großen Unternehmen nicht zwangsläufig eine höhere Arbeitszeit herrschte. Eine Fleischerei in der Eppelheimer Straße ließ ihre Fremdarbeiter 12 bis 14 Stunden pro Tag arbeiten, auch sonntags.²⁸³

Freiwillige Zivilarbeiter hatten die Möglichkeit, ihrer Familie Geld zukommen zu lassen. Die Höhe der Geldtransfers wurde vom Reichsarbeitsministerium festgelegt. Niederländer²⁸⁴ durften eine Summe von bis zu 5.000 RM, und

277 Ebd., (Einzelfallakten, Bulgarien), Karton I, Mappe 2, Dok. 131.

278 Ebd., Dok. 174.

279 Ebd., (Einzelfallakten, Portugal), Karton I, Mappe 1, Dok. 180.

280 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 42, Mappe 128, Dok. 119: „Lagerordnung“ des Lagers der Heidelberger Straßen- und Bergbahn Gesellschaft vom 18. März 1943.

281 Die Gehaltsgruppe III von 1939 lag bei 184,10 RM bis 263,30 RM pro Monat. Die niedrigste Stufe war die Gehaltsgruppe I mit einem Gehalt von 142,40 RM.

282 STAHD, Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 12, Mappe 36, Dok. 85.

283 STAHD AA, 212c/7: Schreiben des Fleischers EVG Heidelberg an den Oberbürgermeister vom 1. Febr. 1945.

284 RAB, Reichsarbeitsblatt 1941/I 46 vom 16. Dez. 1940 – V a 5760.20/302, § 1, „Erleichterung im Zahlungsverkehr mit den Niederlanden“: „Niederländische Arbeiter und Angestellte

damit im Vergleich die höchsten Geldbeträge transferieren. Dänische²⁸⁵ und norwegische²⁸⁶ Arbeiter durften je nach Familienstand nur zwischen 125 und 250 RM in ihre Heimat schicken. Französischen und belgischen Arbeitern waren Geldtransfers in einer Höhe von 120 bis 160 RM²⁸⁷ gestattet, während Bulgaren²⁸⁸ und Jugoslawen²⁸⁹ nur bis zu 70 RM transferieren durften.

Die Ostarbeiterlöhne waren im Prinzip gleich hoch wie die der deutschen Arbeiter. Dennoch waren die Lohnunterschiede gewaltig, weil die Ostarbeiter andere Abzüge hatten. So verdiente ein deutscher Arbeiter in der Woche 9,80 RM und ein Ostarbeiter 11,20 RM. Der Ostarbeiter musste seinem Arbeitgeber von diesem Gehalt 10,50 RM²⁹⁰ für seine Unterkunft bezahlen. Dazu mussten die Ostarbeiter eine Sondersteuer, die so genannte „Ostarbeiterabgabe“ bezahlen, die so hoch war, dass der ausbezahlte Lohn symbolisch blieb; auf jeden Fall lag er unter 17 RM wöchentlich.²⁹¹

Die Ostarbeiter, die bei der Friedensglocke untergebracht waren, mussten ebenfalls 10,50 RM für ihre Unterkunft bezahlen. Aus den Gehaltsabrechnungen der im Juli 1944 bei den Luftschutzbauten beschäftigten Ostarbeitern lassen sich Informationen über die Arbeitszeiten dieser Gruppe herauslesen: Die 21 Ostarbeiter, die bei der Firma Zwick vom 18. bis zum 22. Juli 1944 beschäftigt waren, hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von 39 Stunden – d.h. ca. acht Stunden pro Tag.²⁹²

(im folgenden kurz ‚Arbeiter‘ genannt) dürfen ohne Genehmigung der Devisenstelle bis zur 5.000. Rm je Person und Monat für Zahlungszwecke jeder Art nach den Niederlanden überweisen. Die Überweisung erfolgt unmittelbar im Berechnungswege. Dies gilt für alle niederländischen Arbeiter ohne Ausnahme.“

285 Ebd., 1941/I 45 vom 29. Nov. 1940 – V Dev. 2/35799/40, § 2: „Lohntransfer dänischer Arbeiter und Angestellter“.

286 Ebd., 1941/I 58 du 2. Jan. 1941 – V Dev. 2/42081/40, § 2: „Lohntransfer norwegischer Arbeiter und Angestellter“.

287 Ebd., 1941/I 145 vom 4. März 1941 – V. Dev. 2/41/41: „Lohnüberweisung der Arbeiter und Angestellten aus Belgien“ (Reichswirtschaftsminister) sowie ebd., 1941/I 146 vom 5. März 1941 – V Dev. 2/4380/41: „Lohnüberweisung der Arbeiter aus Frankreich“.

288 Ebd., 1941/I 146 vom 5. März 1941 – V Dev. 2/5570/41: „Betr.: Lohnüberweisung bulgarischer Arbeitskräfte“ (Reichswirtschaftsminister).

289 Ebd., 1941/I 129 vom 17. Febr. 1941, § 1 & 2: „Lohnüberweisung jugoslawischer Arbeiter“ (Reichswirtschaftsminister).

290 STAHD AA, 199p/4, Schreiben des Inhabers der Wirtschaft ‚Zur Friedensglocke‘ an Karl A. vom 10. Sept. 1942.

291 Scherer (1984), Dok. 176: Merkblatt des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Behandlung von Ostarbeitern vom 27. Juli 1942, S. 519–25, hier S. 523f. Vgl. mit Herbert (1999), 199–201.

292 STAHD AA, 212c/7: Lohnliste der Firma Emil Heinrich Zwick, Bauunternehmer vom 18.–22. Juli 1944.



Die Löhne der polnischen Arbeiter wurden durch einen Erlass des RAM vom 2. März 1941 bestimmt. Viele Arbeitsbefreiungen an Feiertagen und finanzielle Zulagen wurden ihnen verweigert, wie z.B. zum 1. Mai oder die Prämien in Geburts-, Todes- oder Heiratsfällen.²⁹³ Ab diesem Zeitpunkt durften sich die polnischen Arbeiter auch nicht mehr über ihre Arbeitsbedingungen beschweren, wie der Erlass festsetzte: „Ein Beschwerderecht steht den Landarbeitern polnischen Volkstums grundsätzlich nicht mehr zu und [es] dürfen solche auch von keiner Dienststelle entgegengenommen werden.“²⁹⁴

Den Polen war außerdem der Wechsel der Arbeitsstelle verboten. Ein Wechsel kam nur in Frage, wenn es im Interesse der beschäftigenden Firma lag. Der Arbeitgeber besaß ohnehin viele Rechte über seine polnischen Arbeiter; so stand „das Züchtigungsrecht (...) jedem Betriebsführer für die Landarbeiter polnischen Volkstums zu, sofern gutes Zureden und Belehrungen ohne Erfolg waren. Der Betriebsführer darf von keiner Dienststelle deswegen zur Rechenschaft gezogen werden.“²⁹⁵

Es wurde sogar vor zu viel Menschlichkeit gewarnt; die Distanz zwischen den deutschen und den polnischen Arbeitern sollte unbedingt gewahrt werden. Kontakte mit polnischen Frauen waren strikt untersagt. Falls ein Unternehmer den bei ihm beschäftigten Polen mehr bezahlte als angeordnet war, konnte er bestraft werden. Schließlich durften die Polen von diesen Vorschriften nicht in Kenntnis gesetzt werden.

2.4.1.2 Kriegsgefangene

Die Arbeit der Kriegsgefangenen wurde ebenfalls vergütet. Dabei wurde die Höhe der zu zahlenden Löhne von der Wehrmacht bestimmt. So betrachtet lagen die Arbeitszeit und die Gehälter nah an denen der französischen Zivilarbeiter. Ein französischer Kriegsgefangener erhielt zwischen 40,32 RM und 44,16 RM pro Woche²⁹⁶ – was einem Monatsgehalt von 161,28 RM bis 176,64 RM ent-

293 RAB, Reichsarbeitsblatt 1941/I 171: Anordnung über die arbeitsrechtliche Behandlung der Polen, vom 2. März 1941, S. insbes. die § 1 u. 3.

294 Trials of War Criminals (1949), T. XXXVI, S.132ff.: Erlass vom 6. März 1941 der Landesbauernschaft Baden an alle Kreisbauernschaften, betr. die Behandlung polnischer Landarbeiter.

295 Ebd.

296 STAHD AA, 212c/5: Antrag auf Vermittlung gewerblicher Arbeitskräfte vom 11. Dez. 1941. Aus diesem Antrag geht hervor, dass die vom Gaswerk angeforderten Kriegsgefangenen eine Vergütung von 84 Rpf. pro Stunde sowie eine Leistungsprämie von 8 Rpf. erhielten. Die bei der Müllabfuhr eingesetzten Kriegsgefangenen erhielten 76 Rpf. pro Stunde und eine Leistungszulage von 9 Rpf.

sprach – während die Zivilarbeiter der Bergbahn ein monatliches Gehalt von ca. 182,40 RM bis 199 RM bekamen.²⁹⁷ Die Arbeitszeit war in beiden Fällen ähnlich. Von ihrem Einkommen mussten die Kriegsgefangenen jedoch i. d. R. noch dem Stalag ihre Unterkunft, ihre Ernährung und Steuern bezahlen und diese Beträge wurden direkt vom Gehalt abgezogen. Wie hoch die Abzüge waren, ist in diesem Fall nicht exakt zu ermitteln. Einen Anhaltspunkt bieten aber die Abzüge, die den russischen Kriegsgefangenen gemacht wurden. Diese mussten dem Stalag für ihre Arbeitsvermittlung 37,70 RM bezahlen sowie 28,10 RM für ihre Unterkunft und Ernährung.²⁹⁸ Falls die französischen Kriegsgefangenen ähnliche Abzüge hatten, dürften ihnen noch ca. 80 RM pro Monat geblieben sein. In welcher Form die Kriegsgefangenen den Restbetrag erhielten, ist ungewiss. In Reichsmark dürfte er nicht ausbezahlt worden sein, weil die Gefangenen das Geld dann für den Kauf von unauffälligen Kleidern und Essensvorräten hätten benutzen und damit fliehen können. Üblicherweise wurde der Restlohn in solchen Fällen wie schon im Ersten Weltkrieg in „Lagergeld“ ausbezahlt. In den Lagern, die solche Zahlungsmittel einführten – und zwar sowohl in KZ wie in Kriegsgefangenenlagern –, konnte nur mit diesem Geld bezahlt werden. Die Lagerinsassen konnten damit die Waren kaufen, die im Wirtschaftskreislauf des Lagers zur Verfügung standen. Die großen Lager verwendeten alle diese Art des Geldverkehrs. Daneben hatten die Kriegsgefangenen auch die Möglichkeit, ihr Ersparnis in Franc zu wechseln – vermutlich zu einem nicht sehr günstigen Kurs – und ihrer Familie zukommen zu lassen.²⁹⁹ Einen indirekten Hinweis auf die Schrankenfunktion des Lagergelds liefert ein Schreiben an den Heidelberger Oberbürgermeister vom 31. August 1944. Darin wird gerügt, dass russische Kriegsgefangene von der Bevölkerung „deutsches Geld“ als Trinkgeld erhalten hätten,³⁰⁰ was nicht zulässig war. Andere Hinweise auf die Benutzung von Lagergeld liefern die Gehaltslisten der russischen Gefangenen.

Wie erwähnt wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen ebenfalls bezahlt, jedoch war die Höhe ihrer Löhne nicht vergleichbar mit denen der westlichen Kriegsgefangenen. Die russischen Gefangenen erhielten die Hälfte der Vergütung der anderen Kriegsgefangenen: 0,50 RM statt 1 RM pro Tag; die Leistungszulage



Boris T. *1916

297 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 42, Mappe 128, Dok. 119: Lagerordnung vom 18. März 1943 des Lagers der Heidelberger Straßen- und Bergbahn Gesellschaft.

298 STAHD AA, 212c/4: Lohnliste der Kommandantur des Stalag XII A in Limburg/Lahn Nr. 2 vom 1.–31. Aug. 1942.

299 Durand (1987), S. 84.

300 STAHD AA, 199p/4: Schreiben des 1./Ld/Schtz.785 an den Oberbürgermeister vom 31. Aug. 1944.

lag bei 0,25 RM für eine Arbeitszeit von 72 Stunden pro Woche.³⁰¹ Dank dieser Lohnpolitik waren die sowjetischen Kriegsgefangenen sehr billige Arbeitskräfte. Die geringe Höhe dieser Hungerlöhne verteidigte der Kreisobmann des Kreises Heidelberg während eines Treffens von Betriebsführern des Kreises. Er appellierte an die Firmenchefs, keine zu hohen Löhne an russische Kriegsgefangene zu bezahlen. Die vorgeschriebenen Löhne seien ausreichend. Außerdem hätte er durch Gespräche mit russischen Gefangenen aus Eberbach erfahren, dass die in Russland ausbezahlten Löhne niedriger seien als die deutschen Vergütungen, und schließlich konnte es für den Kreisobmann nicht angehen, dass die Russen in Deutschland einen besseren Lebensunterhalt verdienten als in Russland.³⁰²

Aufschlussreich sind für die Arbeitsbedingungen und die ausbezahlten Vergütungen die im Jahr 1942 aufgestellten Lohnlisten der sowjetischen Kriegsgefangenen der Ladekolonne,³⁰³ die die Kriegsgefangenen vor der Auszahlung des Geldes zu unterschreiben hatten. So arbeitete der sowjetische Kriegsgefangene Alexei A. im August 1942 29 Tage und verdiente 2,30 RM pro Tag, d.h. 66,70 RM im gesamten Monat. Auf den ersten Blick scheint diese Summe beinahe großzügig, verdiente doch im selben Jahr 1942 eine französische Zivilarbeiterin des Bergbahnrestaurants 49,50 RM pro Monat ohne Kost und Logis.³⁰⁴ Aber der Kriegsgefangene musste von seinem Lohn noch die erwähnten 37,70 RM für seine „Vermittlung“ an das Stalag abgeben. Abgezogen wurden außerdem noch 5,80 RM für seine Verpflegung sowie 23,20 RM für die Unterkunft.³⁰⁵ In der Summe hatte Alexei A. damit Abzüge in Höhe von 66,70 RM, also genau in der Höhe seines Lohns! Aus der Lohnliste geht zwar auch hervor, dass der Kriegsgefangene 5,80 RM in bar erhielt. Aber diese Summe ist nicht zufällig mit den Verpflegungskosten identisch – alle Kriegsgefangenen erhielten zuerst das Geld für ihre Verpflegung, das ihnen dann sofort wieder abgezogen wurde. Außerdem wurde ihr „Lohn“ – besser gesagt, ihr Verpflegungsgeld – „in Lagergeld ausgezahlt“.

Die Kriegsgefangenen bezahlten ihre Unterkunft und ihre Verpflegung nur für die Tage, an denen sie arbeiteten. So war der bei der Entladekolonne

301 Ebd., 212/c5: Artikel vom 30. Aug. 1941 der Württembergischen Wirtschafts-Zeitung.

302 Ebd., 199p/2: Niederschrift über die Besprechung mit den Betriebsführern von Rüstungsindustrien bei der DAF am 1. Juli 1942.

303 Ebd., 212c/4: Lohnliste der Kommandantur des Stalag XII A in Limburg/Lahn Nr. 2 vom 1.–31. Aug. 1942.

304 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 51, Mappe 164, Dok. 28.

305 STAHD AA, 212c/4, Lohnliste der Kommandantur des Stalag XII A in Limburg/Lahn Nr. 2 vom 1.–31. Aug. 1942.

beschäftigte Jakow. K. im August 1942 20 Tage krank. Seine Unterkunft und seine Verpflegung bezahlte er nur für die elf Tage, an denen er arbeitete.³⁰⁶ Damit übereinstimmend, bestätigte die Kriegsgefangenen-Abrechnungsstelle in einem Schreiben vom 1. Oktober 1942, dass in Krankheitsfällen die Verpflegungs- und Unterkunftskosten vom Arbeitgeber zu tragen waren.³⁰⁷

Die Lohnlisten enthalten auch die Arbeitszeiten der russischen Kriegsgefangenen der Entladekolonne. In der Zeit vom 1. bis zum 31. August 1942 gab es in der Summe viele Arbeitstage, an denen wegen Krankheit nicht gearbeitet wurde – aber es gab keinen einzigen freien Sonntag. Die Erklärung dafür liefert ein Erlass des RMdI vom 4. Juni 1942,³⁰⁸ nach dem die sowjetischen Kriegsgefangenen zur Tag-, Nacht- und Feiertagsarbeit eingesetzt werden konnten. Im August 1942 hatten die Männer der Entladekolonne nur wenige freie Tage: Acht von ihnen kamen im ganzen Monat auf zwei freie Tage, fünf hatten immerhin drei freie Tage, vier Männer hatten nur einen einzigen freien Tag und ein Gefangener hatte gar keinen freien Tag. Allerdings war einer der Arbeiter mit nur einem freien Tag 20 Tage krank gewesen; der Gefangene ohne freien Tag war 22 Tage krank gewesen.³⁰⁹

2.4.2 Vorschriften hinsichtlich Urlaub und Feiertagen

2.4.2.1 Westliche Zivilarbeiter

Nach dem Gesetz vom 15. Juli 1940 hatten die Fremdarbeiter, „soweit ihre Arbeitsverhältnisse durch Staatsverträge geregelt waren“, ³¹⁰ Anspruch auf die gleiche Urlaubsregelung wie die deutschen Arbeiter. Diese Vorschrift galt für die Zivilarbeiter aus Böhmen und Mähren, Bulgarien, aus Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien und der Slowakei.³¹¹ Die Beurlaubung der französischen und belgischen Zivilarbeiter wurde von anderen Regelungen bestimmt. Am 11. November 1942 appellierte der GBA an diese Arbeiter: „Die gewaltigen Aufgaben,



306 Ebd.

307 Ebd., 212c/3: Schreiben der Kriegsgefangenen-Abrechnungsstelle an alle Firmen, die Kriegsgefangenen beschäftigen, vom 1. Okt. 1942.

308 Ebd., 199p/4: Erlass des Reichsministers vom 4. Juni 1942 (RMdJ. V–I Ra 6451/ 42–447: Bereitstellung von Belade- und Entladekolonnen zur Erreichung eines beschleunigten Transportmittel-Umlaufs).

309 Ebd., 212c/4: Lohnliste der Kommandantur des Stalag XII A in Limburg/Lahn Nr. 2 vom 1.–31. Aug. 1942.

310 RAB, Reichsarbeitsblatt 1940/I 357 („betr. Ausländische Arbeiter, deren Arbeitsbedingungen durch Staatsverträge geregelt sind“).

311 Ebd.

die die Deutsche Reichsbahn während des Krieges zu erfüllen hat, erfordern, dass die Urlaubsreisen der im Reich eingesetzten Arbeiter gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden. Daher können im Monat Dezember nicht mehr Urlaubersonderzüge eingelegt werden als in den übrigen Monaten.“³¹²

Die Zivilarbeiter mussten sich melden und einen Zeitraum für ihre Heimfahrten nennen.

2.4.2.2 Ostarbeiter und polnische Fremdarbeiter

Die polnischen Fremdarbeiter durften nur wenige Urlaubstage nehmen.³¹³ Wie schwierig es für sie war, Urlaub zu bekommen, lässt sich am Beispiel der polnischen Familie O. zeigen. Die Os. arbeiteten seit 1937 in Deutschland auf einem Bauernhof.³¹⁴ Sie beantragten 1943 vier Wochen Heimaturlaub, weil sie seit vier Jahren ununterbrochen gearbeitet hätten, was vor allem für die kranke und schwangere Frau des Paares besonders erschöpfend gewesen sei. Zwar durfte sie in die Heimat zurückfahren, aber der Mann bekam keinen Urlaub, um seine Ehefrau zu begleiten. Ein erstes Gesuch war umgehend abgelehnt worden,³¹⁵ woraufhin der Ehemann einen zweiten Versuch beim Generalgouvernement startete.³¹⁶ „Seit 4 Jahren ist meine Frau bei mir, und seit 3 Jahren sind wir [an der hiesigen Arbeitsstelle beschäftigt]. Wir waren noch nie in Urlaub gefahren. Nun ist meine Frau seit längerer Zeit schon kränklich und zwar hat der Arzt seit [sic] 3 Monaten auch noch neben einem Magen- noch ein Herzleiden festgestellt. Der Unternehmensarzt hat deshalb meine Frau nur für leichte Arbeit verantwortlich geschrieben. Da[mit] war aber unsere Arbeitgeberin nicht (...) einverstanden und wollte meine Frau entlassen, nun sollte meine Frau allein in die Heimat zurückfahren. Nun wend[et]e ich mich an die Arbeitsfront in Heidelberg, da wurde mir der Bescheid [gegeben], wenn der Arbeitgeber mir Urlaub gibt, dann könne ich meine Frau nach meiner Heimat bringen. Jetzt ist meine Frau noch im 3. Monat schwanger und leidet sehr [unter] Leibschmerzen und häufigen Schwindelanfällen, und da sie vor einem Jahr schon 3 mal einen Abgang [eine Fehlgeburt hatte], und muss [sic] dann von der Hausfrau

312 STAHD AA, 199p/2: Aufruf an die ausländischen gewerblichen Arbeitskräfte von Sauckel vom 12. Nov. 1942.

313 RAB, Reichsarbeitsblatt 1941/I 171 vom 2. März 1941, § 1: „Anordnung über die arbeitsrechtliche Behandlung der Polen“.

314 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 20.

315 Ebd., Dok. 32: Schreiben vom 27. Dez. 1943.

316 Mit dem Begriff Generalgouvernement (GG) war das 1941 von Deutschland und Russland annektierte, einst polnische Territorium gemeint.



nicht gut behandelt [werden], wenn sie nicht arbeiten kann, sie bekommt zum Beispiel kein Essen ans Bett gebracht, und dgl., [somit] ist meine Frau sehr geschwächt. Sie kann deshalb unmöglich eine so weitere Fahrt allein machen. Dann hat mir unser Arbeitgeber meinen Urlaub schriftlich bewilligt, und als ich das in [sic] Arbeitsfront Heidelberg brachte, wurde er mir strikt abgelehnt. (...) Ich verpflichte mich, nach Ablauf dieses Urlaubs wieder an meine Arbeitsstelle zurückzukehren. Mir ist [es] lediglich nur darum zu tun, meine kranke Frau unbeschädigt zu meinen Eltern zu bringen.“

Das Schreiben des Mannes einschließlich des expliziten Versprechens seiner Rückkehr nach Deutschland verdeutlicht seine Verzweiflung, denn der Heimaturlaub war für viele Fremdarbeiter eine beliebte Gelegenheit, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Dass die geschilderten Beschwerden von Frau O. keineswegs vorgeschoben waren, bestätigen auch mehrere ärztliche Atteste und die damit verbundene Urlaubserlaubnis des Arbeitgebers.³¹⁷ Sie war im Oktober 1943 einen Monat lang zur Bettruhe gezwungen und nahm in dieser Zeit acht Kilo ab.³¹⁸ Im September musste sie wegen Blutungen in der Klinik operiert werden.³¹⁹ Der Betriebsarzt der Fuchs Waggonfabrik diagnostizierte bei ihr einen „ziemlich schweren Myocardschaden“³²⁰ aufgrund dessen sie zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht in der Lage sei und nur leichte Arbeiten erledigen könne.³²¹ Ihre Schwangerschaft und ihr Unwohlsein wurden von einem zweiten Arzt bestätigt.³²² Die Tochter des Paares kam im Juli 1944 in Heidelberg zur Welt.³²³ Trotz dieser guten Gründe und der diversen eingereichten Anträge erhielt das Ehepaar keine Erlaubnis zur gemeinsamen Heimfahrt. Auch das Gesuch des Schwiegervaters und die Intervention des Generalgouvernements vom 17. Oktober 1943 beim Arbeitsamt Heidelberg erzielten kein positiveres Ergebnis.³²⁴ Die Gründe für die systematische Ablehnung des Urlaubsantrags lagen dabei in einem letztlich rassistisch begründeten Misstrauen seitens des Arbeitsamts. Denn obwohl die medizinischen Akten die Krankheit und die Schwangerschaft der Frau klar belegen, behauptete man seitens des Arbeitsamts:

317 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 36.

318 Ebd., Dok. 41 (Krankenakte).

319 Ebd., Dok. 44.

320 Ebd., Dok. 55.

321 Ebd.

322 Ebd., Dok. 33: „... mit häufig auftretende Schwindelfällen.“

323 Ebd., Dok. 51.

324 Ebd., Dok. 39: „... Die Beurlaubung des Ehepaars O. wird befürwortet. Ich bitte um ihren entsprechenden Bescheid.“

„Wegen Feststellung, ob die Ehefrau des Polen tatsächlich krank ist, habe ich mich mit dem oben erwähnten Arzt fernmündlich in Verbindung gesetzt. Dieser teilt mit, dass die Polin nach seiner wiederholten Feststellung sowie auch Feststellung einiger anderer Ärzte und der medizinischen Poliklinik, hier, vollständig gesund und arbeitsfähig ist. Sie versucht nur durch Vortäuschung irgendeiner Krankheit mit ihrem Ehemann in die Heimat zurückgeführt und beurlaubt zu werden. Diese Feststellungen wurden mir auch von dem Betriebsführer, bei dem die Genannten z.Zt. beschäftigt sind, bestätigt. Da es sich in vorstehendem Falle um zwei Polen handelt, die nach erfolgter Beurlaubung in das Reichsgebiet nicht mehr zurückkehren, sehe ich mich aus arbeitseinsatzmäßigen Gründen veranlasst, meine Zustimmung zur Beurlaubung des Genannten abzulehnen.“³²⁵

Das Beispiel zeigt, mit welchen Schikanen und Vorurteilen viele polnische Fremdarbeiter während ihres Arbeitseinsatzes in Deutschland leben mussten.

325 Ebd., Dok. 38: „... Gleichzeitig fügen Sie Ihren Schreiben ein angeblich ärztliches Attest des Dr. Kurt H. (...) mit dem Bemerken, daß die Polin krank sei.“

3 Die Unterkunft



3.1 Die Lager

Mit der Ankunft der ersten Kriegsgefangenen im Juli 1940 stellte sich zum ersten Mal die Frage nach einer geeigneten Unterbringung der Fremdarbeiter. Diese Frage wurde grundsätzlich immer von dem jeweiligen Arbeitgeber gelöst – d.h. von den Firmen selbst oder von der Stadtverwaltung.³²⁶ Die Heidelberger Lager können in zwei Kategorien unterschieden werden: erstens die Lager, die in schon vorhandenen Gebäuden eingerichtet wurden (in Gastwirtschaften, Hotels oder Schulen); zweitens die Lager, die eigens für die Fremdarbeiter gebaut wurden nach den dafür entworfenen DIN-Normen (Barackenlager). Die erste Kategorie der Lager wurde vor allem zu Kriegsbeginn bevorzugt, als die Fremdarbeiter zahlenmäßig noch nicht so zahlreich waren. Erst nach 1942 wurden Gemeinschaftslager verstärkt neu errichtet. Neben diesen zwei Formen der Unterkunft existierte eine dritte Variante, bei der die Fremdarbeiter bei ihrem Arbeitgeber selbst untergebracht wurden.

3.1.1 Bürokratie der Lagererrichtung

3.1.1.1 Auswahlkriterien

Ein Lager zu bauen oder zu errichten war das Ergebnis eines bürokratischen Prozesses, dessen Kriterien hier kurz skizziert werden. Im Jahr 1940 wurde versucht, die Fremdarbeiter möglichst in privaten Einzelquartieren unterzubringen. Die wachsende Zahl der Fremden ließ jedoch schnell ahnen, dass diese Lösung nicht dauerhaft sein konnte. Im Reichsarbeitsblatt von 1940 wurde die gesetzliche Grundlage (Gesetz über die Gesellschaftsmitglieder) der Unterkunftsösungen für Fremdarbeiter erwähnt.³²⁷ Die Unterkunft in schon bestehenden Gebäuden wurde als günstige Lösung empfohlen, solange die Ar-

326 STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Oberbürgermeisters an das Technische Dezernat vom 1. Juli 1940.

327 Das Gesetz bezog sich auf das für deutsche Arbeiter verabschiedete Gesetz vom 13. Dez. 1934 (RBL, Reichsarbeitsblatt III 195/1940: „Die Unterbringung von Gefolgschaftsmitgliedern in Gemeinschaftslagern“).

9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Heidelberg Zwangsarbeiter Lager, Römerstrasse 106
9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Heidelberg bei Heim. Fuchs Ob. G. Waggonfabrik im Lager
9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Heidelberg bei Heim. Fuchs Ob. G. Waggonfabrik im Lager
9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Heidelberg, Römerstr. Speidemiebaracken
9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Lager der Fräner P. M. Fandföhl Heidelberg
9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Heidelberg Römerstr. 106 Zwangsarbeiterlager
9	Wohnort und Wohnung während der Beschäftigung	Heidelberg-Bahnverkehrs- werk. Lager - Wasserdamm

Die nach Heidelberg transportierten Zwangsarbeiter wurden in über das ganze Stadtgebiet ver-
teilten Lagern untergebracht (STAHD).

beiter in der Nähe ihres Arbeitsplatzes bleiben konnten. Bis zu 300 Personen durften auf diese Weise untergebracht werden. Die dafür empfohlenen Gebäude waren Hotels, Kurzentren, Restaurants sowie verlassene Betriebsgebäude. Die Kosten lagen bei 10.000,- RM für den Umbau und 15.000,- bis 20.000,- RM für die Einrichtung – als Maß wurde ein Lager mit 100 Betten angesetzt. Auf dem Papier sollten solche Lager eine Wirtschaftsbaracke besitzen (mit einem Gemeinschafts- und Essraum), eine Küche (mit einem Vorratsraum und einem Personalzimmer), einen Schlafrum, eine Waschbaracke (mit Bad, Duschen und Waschraum). Die großen Lager sollten noch ein Krankenrevier und eine Werkstatt besitzen. Das Lager musste auch bestimmte Sicherheitskriterien erfüllen: So musste es etwa vergitterte Fenster aufweisen und mindestens einen Wachmann je 20 Arbeiter aufbieten. Die Wachleute wurden vom Arbeitgeber gepflegt und untergebracht.³²⁸ Die Materialbestellungen für die neu gebauten Lager enthalten aufschlussreiche Informationen über diese Bauten, die uns auch eine Idee der Ausstattung vermitteln. Bestellt wurden vor allem große Zementmengen³²⁹ (für die Fundamente), Holz³³⁰ (für die Wände) und diverse Metalle.³³¹ Die Baustoffe wurden in Heidelberg bei der Eschelbronner Firma Philipp Ernst oder bei der Marxzeller Firma Bruno Schneider³³² bestellt. Die notwendigen Formulare für das „Antrags- und Zuweisungsverfahren“ gab es beim Hochbauamt. Das Amt für Wirtschaftsförderung³³³ war wiederum für die Zuweisung der beantragten Kriegsgefangenen- und Fremdarbeiter-Baracken zuständig. Alle Lager benötigten eine Lagerverwaltung mit einem Lagerführer sowie Wach- und Küchenpersonal. Letzteres waren häufig Lagerinsassen. Die Lager wurden kurz vor Inbetriebnahme durch einen Kontrolloffizier überprüft.³³⁴

Die Unternehmen waren verpflichtet, ihre ausländischen Arbeitskräfte selbst unterzubringen, und zwar am besten auf ihrem Fabrikgelände: Die Fuchs Wag-



Jannina G. *1923

328 STAHD AA, 212c/5: Schreiben vom 1. Juli 1940.

329 Ebd., 199p/2: Beschluss des AfW an die Abteilung Rüstungsbau des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Außenstelle Frankfurt vom 29. Sept. 1942. Im Lauf des Monats Oktober wurden 5,5 Tonnen Zement geliefert.

330 STAHD AA, 199p/2: Vermerk vom 17. Okt. 1942 nach der Besprechung vom 14. Okt. mit der Firma Philipp Ernst; das Holz wurde bei der Firma Benno Schneider aus Marxzell bestellt und war noch nicht angekommen, als es gebraucht wurde.

331 Ebd.: Metallbestellung beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition vom 29. Aug. 1942; für die vier Baracken wurden Zink, Aluminium und Messing gebraucht.

332 Ebd.: Vermerk vom 17. Okt. 1942.

333 Ebd.: Vermerk vom 29. Mai 1942 nach der Besprechung mit Oberbaurat B. über eine Bürobaracke.

334 Ebd., 212c/5: Vermerk des AfW vom 21. Mai 1943; in diesem Dokument ging es um die Inspektion des Lagers für dunkelhäutige Kriegsgefangene.



Die Fuchs Waggon-Fabrik in Heidelberg-Rohrbach hatte bis März 1945 zur Aufrechterhaltung der Produktion mindestens 300 Zwangsarbeiter beim Heidelberger Arbeitsamt angefordert (STAHD).

gonfabrik besaß auf ihrem Gelände zwei Lager (Fuchsstraße 73 und 92); die Tiefbauunternehmung Krämer, die Firma Kleinlein und die Reichsbahn hatten auf ihren Grundstücken Lager. Die Reichsbahn hatte sogar so viel Platz, dass sie der Stadt Heidelberg einen Teil ihres Geländes vermietete. Im Lauf des Kriegs wurde es für die Unternehmen aber zunehmend schwerer eine Unterkunft zu finden. In einem Schreiben vom 8. Juni 1942 beklagte sich das AfW, dass manche Firmen sich bei der Suche nach einer Unterkunft zu wenig Mühe gäben. Im Herbst 1941 musste die Stadt eine Unterkunft für der Schnellpressenfabrik zugewiesene Franzosen besorgen; die Männer kamen zunächst im ‚Schwarzen Schiff‘ unter, ehe die Firma das Problem selbst löste. Die Bremsenfabrik August Grau versuchte³³⁵ ihre 60 russischen Kriegsgefangenen im Lager Bierhelderhof³³⁶ unterzubringen, obwohl die Stadt das Lager für ihre Forstarbeiter nutzen wollte.³³⁷ Das Problem wuchs mit steigender Anzahl der in Heidelberg eingesetzten Fremdarbeiter. Es wurde so akut, dass die Stadt bei jeder Ankunft von neuen Fremdarbeitern systematisch bei den Unternehmen nach der Bereitstellung der Unterkunft fragte. Weil es daran mangelte, vermietete die Stadt

335 Als das Schreiben entworfen wurde, d.h. nach dem 8. Juni 1942.

336 Was am Zustand des Lagers scheiterte (STAHD AA, 212c/5: Schreiben des AfW an das Forstamt vom 26. Juni 1942).

337 Ebd.: Schreiben des AfW an die Kreisleitung der NSDAP – Wirtschaftsberatung – in Heidelberg vom 8. Juni 1942.

der Schnellpressenfabrik und der Firma Hebborn & Co. zwei Gaststätten, als für beide Firmen eine große Zahl neuer Fremdarbeiter eintraf – das ‚Schwarze Schiff‘ der Schnellpressenfabrik und den ‚Grünen Hof‘ der Hebborn & Co. Ein Teil des Problems wurde vom Kriegszustand selbst bzw. den Luftangriffen hervorgerufen, die eine Änderungen der für die Unterkunft der Fremdarbeiter geltenden Regeln verlangten. Aus einem Schreiben der Firma Stotz-Kontakt vom 31. Juli 1942 geht hervor, dass die Fremdarbeiterlager sich mindestens 500m von den Firmengebäuden entfernt befinden mussten.³³⁸ Diese Regelung diente dem Schutz der ausländischen Arbeitskräfte. Ob diese vorgeschriebenen 500m bei einem Luftangriff einen genügenden Sicherheitsabstand darstellten, ist fraglich, zumal die Bombardierungen zu dieser Zeit noch sehr unpräzise waren. Nichtsdestoweniger bedeutete diese Regel für Firmen wie die Stotz-Kontakt eine zusätzliche Schwierigkeit, weil ihr Gelände zu klein war, um diese Entfernung einhalten zu können.

Ein letztes Kriterium, das beim Bau eines Fremdarbeiterlagers berücksichtigt werden sollte, war rassistischer Natur. Am 4. September 1940 veröffentlichte Göring³³⁹ einen Erlass über die Behandlung und Unterkunft der an der Ruhr eingesetzten Fremdarbeiter. Die französischen oder belgischen Fremdarbeiter



338 Ebd., 199p/2: Schreiben der Firma Stotz-Kontakt G.M.B.H. an das Rechtsamt vom 31. Juli 1942.

339 Hermann Göring (1893–1946) hatte sich während des Ersten Weltkrieges als Pilot hervorgetan. Er erhielt für seine besonderen Leistungen das Eiserne Kreuz 1. Klasse und das Verdienstkreuz. Durch seinen Ruf und seine exzellenten Beziehungen war er ein idealer Kandidat für die NSDAP. Er nahm 1923 am Hitlerputsch teil und ging anschließend für vier Jahre ins Exil. Er kam 1927 zurück, um erneut in die NSDAP und SA einzutreten. Nach der Machtergreifung 1933 wurde Göring Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für das preußische Innenministerium und Reichskommissar für Luftfahrt (preußischer Innenminister, Chef der Polizei, Reichskommissar für Luftfahrt). Er veranlasste die Gründung der Gestapo und des RSHA und initiierte mit Himmler und Heydrich die ersten KZ. Göring veranlasste die Ermordung der SA-Führung u.a. von Ernst Röhm. Am 1. Mai 1935 wurde er Oberbefehlshaber der Luftwaffe. Als Beauftragter für den Vierjahresplan kontrollierte Göring die wirtschaftliche Macht Deutschlands. Er wurde am 1. September 1939 zum offiziellen Nachfolger Hitlers ernannt. Er leitete den Angriff gegen Polen, stieg am 19. Juni 1940 zum Reichsmarschall auf, ein eigens für ihn erfundener Titel. Seine Niederlage im Luftkrieg gegen Großbritannien führte bei ihm zu einem beinahe lethargischen Zustand und zur Missbilligung durch Hitler, der Bormann, Himmler, Goebbels oder auch Speer ihm vorzog. Nachdem Hitler sich im April 1945 in seinem Berliner Bunker zurückgezogen hatte, versuchte sich Göring in Berchtesgaden zum Nachfolger Hitlers mit allen Vollmachten aufzuschwingen. Hitler betrachtete das als Hochverrat und Göring wurde in Obersalzberg verhaftet. Er ergab sich den Amerikanern am 7. Mai 1945. Bei den Nürnberger Prozessen war er als höchster Funktionsträger der Dritten Reichs anwesend. Er wurde zum Tode verurteilt, entzog sich seiner Strafe zwei Stunden vor seiner Hinrichtung durch Einnahme einer Blausäurekapsel (Fest (1988a)).

durften in geschlossenen Lagern untergebracht werden und sollten von der DAF überwacht werden.³⁴⁰ Diese Empfehlungen fanden sich in Heidelberg wieder. Ein Schreiben des AfW vom April 1943³⁴¹ spiegelt die Vor- und Nachteile (aus Sicht des Auftraggebers) der Beschäftigung von Ost- oder Westarbeitern wider. Die Stadtwerke konnten zu dieser Zeit belgische Fremdarbeiter oder Ostarbeiter bekommen. Für ihre Unterbringung benötigte man, so der Autor des Schreibens, bei Ostarbeitern nur eine Baracke – und in der Epidemiebaracke sei noch genügend Platz. Die Belgier dagegen seien weit schwieriger unterzubringen, weil „die Vorschriften vorsehen, dass diese nicht in Baracken, sondern in festen Quartieren Unterkunft finden müssen“.³⁴² Damit wurde vermutlich eine Unterkunft in einer Wirtschaft oder Ähnliches gemeint. Auch aus anderen Dokumenten gehen diese Unterschiede bei der Unterbringung hervor.³⁴³ In diesem Fall bekamen holländische und belgische Fremdarbeiter in Industrie und Handwerk eine private Unterkunft (vermutlich in einem Hotelzimmer oder im Haus des Arbeitgebers), während die Ostarbeiter in Baracken untergebracht wurden. Grundsätzlich mussten sie von den Zivilarbeitern getrennt werden, sodass die Kontakte zwischen den beiden Gruppen möglichst gering gehalten wurden.³⁴⁴ Russische und dunkelhäutige Kriegsgefangene mussten soweit wie möglich von der deutschen Bevölkerung entfernt untergebracht werden, um Kontakte tunlichst auszuschließen.

3.1.1.2 Die ersten erwähnten Unterkunftsmöglichkeiten

Anfang Juli 1940 erstellte das technische Dezernat eine Liste von möglichen Unterkunftsmöglichkeiten für Fremdarbeiter. Sportplätze und Turnhallen wurden häufig erwähnt, wie z.B. der Kirchheimer oder der Rohrbacher Sportplatz (Sickingenstraße 89), die jedoch beide als „zu klein“ befunden wurden. Außerdem galten sie wegen ihrer zentralen Lage als ungeeignet, weil sich dort Kontakte mit der Bevölkerung nicht vermeiden ließen. Die Epidemiebaracke (Römerstraße) wurde aus diesem Grund ebenfalls als ungeeignet eingestuft,

340 Herbert (1999), S. 115.

341 STAHD AA, 212c/5: Beschluss des AfW an die Leitung der Stadtwerke vom 20. April 1943.

342 „Schwieriger wird die Unterbringung von Westarbeitern sein, da die Vorschriften vorsehen, dass diese nicht in Baracken, sondern in festen Quartieren Unterkunft finden müssen“ (ebd.).

343 Ebd.: Beschluss vom 17. Mai 1943: „Zugeteilt worden wären nur belgische und holländische Arbeiter, die aber nur bei der Industrie und im Handwerk vorkämen und auch privat untergebracht werden müssten.“

344 Ebd., 199p/2: Niederschrift vom 24. Nov. 1942.



zumal sie regelmäßig von der HJ und dem BDM benutzt wurde. Das Lager Bierhelderhof wurde ebenfalls regelmäßig von der HJ genutzt und erwies sich als baulich ungeeignet, weil es keinen Kamin hatte und die Mauerverkleidung undicht war.³⁴⁵ Als die Fremdarbeiter immer zahlreicher wurden, wurden drei von diesen vier erwähnten und als ungeeignet eingestuften Bauten dennoch sehr wohl als Fremdarbeiterunterkunft benutzt: der Sportplatz Kirchheim, die Epidemiebaracke und das Lager Bierhelderhof. Während des Kriegs wurde weiter nach verschiedenen Unterkunftsmöglichkeiten gesucht. Im April 1941 gab es das Projekt, ein Stalag im Kreis Heidelberg zu errichten. Es wurde deshalb überlegt, welches Gebäude für die Unterbringung von 400 Kriegsgefangenen am ehesten geeignet wäre. Das Jägerhaus, die Stiftsmühle sowie das Lager Baggerloch wurden dafür in Betracht gezogen. Das Lager Baggerloch bestand zu dieser Zeit schon aus 15 Baracken und wäre somit vermutlich am geeignetsten gewesen. Das Stalag-Projekt wurde schließlich nicht zu Ende geführt; es bleibt trotzdem unklar, ob die zwei ersterwähnten Gebäude als Unterkunft für Fremdarbeiter dienen konnten.³⁴⁶ Die badische Landesbauernschaft schrieb im Juni 1941 u.a. über die Unterkunft polnischer Arbeiter: „Die Landarbeiter polnischen Volkstums sollen nach Möglichkeit aus der Hausgemeinschaft entfernt werden und können in Stallungen usw. untergebracht werden. Irgendwelche Hemmungen dürfen dabei nicht hindernd im Wege stehen.“³⁴⁷

Uns fehlen leider Hinweise darüber, wie die polnischen Landarbeiter im Einzelnen wirklich untergebracht waren. Die Unterkunft in Ställen wurde dennoch im Juni 1942 in Betracht gezogen, als 130 Kriegsgefangene Heidelberg erreichten, obwohl ihre Baracken noch nicht fertig waren. Es wurde zu dieser Zeit überlegt, ob man die Kriegsgefangenen in der Pferdestallbaracke unterbringen konnte. Diese Unterkunft wurde letztendlich als „ungeeignet“ eingestuft³⁴⁸ und nicht genutzt.

Die zu Anfang des Kriegs in Betracht gezogenen Unterkunftsmöglichkeiten illustrieren das Problem, das während des Kriegs immer akuter wurde: Die Unterkunft sollte nach technischen sowie nach rassistischen Kriterien erfolgen und

345 Ebd., 212c/5: Bericht des Technischen Dezernats über die Unterbringung der Gefangenen vom 10. Juli 1940.

346 Ebd., 212c/6: Vermerk des Rechtsamts nach einer telefonischen Besprechung mit dem Kreisleiter vom 22. April 1941.

347 Trials of War Criminals (1949), T. XXXVI, S. 132ff.: Erlass der Landesbauernschaft Baden an die Kreisbauernschaften „betreffend die Behandlung polnischer Landarbeiter“ vom 6. März 1941.

348 STAHD AA, 199p/2: Schreiben der Heeresstandortverwaltung Heidelberg an den Oberbürgermeister vom 30. Juni 1942.

eben die Kombination dieser beiden Faktoren erwies sich in der Praxis mitunter als sehr schwierig.

3.1.2 Geschichte der Lagerbauten

Die Stadtverwaltungen deutscher Städte hatten 1940 nicht mit einer so hohen Fremdarbeiterzahl gerechnet. Deshalb erkennt man während des Kriegs auch sehr deutlich die Veränderung in der Unterkunftssituation der Fremdarbeiter. In Heidelberg war die Mehrzahl der ersten Lager in Restaurants oder Wirtschaften eingerichtet worden. Die Stadt lockte in den 1930er Jahren viele ausländische Touristen an – 44.763 Fremde kamen 1936 als Touristen nach Heidelberg³⁴⁹ – und hatte ausreichend Gaststätten zur Verfügung, die vermutlich seit der kriegsbedingten Abwesenheit der auswärtigen Gäste nicht mehr so gut liefen. Die Wirte, die Fremdarbeiter in ihren Lokalen unterbrachten, erhielten von der Stadt oder vom Arbeitgeber eine Miete für die Unterkunft. Nicht selten kam es vor, dass die Wirte für die Verpflegung der Fremdarbeiter zuständig waren und sie bekochten. Die häufige Unterbringung in Restaurants oder Wirtschaften scheint etwas Spezifisches an der Situation in Heidelberg gewesen zu sein. In Mannheim waren die Fremdarbeiter z.B. häufiger in Schulgebäuden untergebracht – exakt auf 16 Schulen verteilt. Viele Städte bevorzugten auch die Benutzung stillgelegter Fabriken oder leerstehender Gebäude.³⁵⁰ Eine Liste der Heidelberger Lager sowie eine Karte befinden sich im Anhang.

3.1.2.1 Das Jahr 1940

Im Jahr 1940 waren die Fremdarbeiter zwar bereits gesucht, aber zahlenmäßig noch nicht sehr stark. Jedoch bereitete die Unterkunft der Fremdarbeiter bei einzelnen Landwirten der Stadtverwaltung Probleme.³⁵¹ Die Ankunft französischer Kriegsgefangener im Juli 1940 brachte die ersten Lager hervor. Ende Juni 1940 wurde in Rohrbach entschieden, dass die in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen ihre Unterkunft in der Sporthalle der benachbarten Schule finden sollten. Während diese Lösung während der Sommerferien unproblematisch blieb, so änderte sich das am 2. September 1940 – dem Tag des Schulanfangs. Bis zu diesem Datum war nämlich noch keine andere Lösung gefunden worden und die Kriegsgefangenen hatten immer noch ihr Lager in der Turnhalle, was deutlich

349 Adressbuch Heidelberg (1938), S. 14: 20% der Besucher waren Amerikaner, 32% Engländer, 17% Holländer, 3% Schweizer, 7% Belgier, 8% Luxemburger, 3% Schweden, 2% Franzosen und andere. Diese Zahlen lassen die deutschen Touristen außer Acht.

350 Boll (1992a), S. 179–203, hier S. 191.

351 STAHD AA, 199p/2: Schreiben des AfW vom 13. Jan. 1943.

gegen das Prinzip von Kontaktvermeidung mit der Bevölkerung verstieß.³⁵² Ein anderes Lager wurde in Rohrbach, Rathausstraße 45 eingerichtet. Dabei handelte es sich um den Gemeinschaftsraum des ‚Goldenen Hirschen‘. Dort wurden 20 Forstarbeiter untergebracht, die mit Holzfällen beschäftigt waren. Im August 1940 wurde eine andere Unterkunftsmöglichkeit in der Eppelheimerstraße (Nummer 11) erwähnt. Es handelte sich um eine leerstehende Gastwirtschaft,³⁵³ auf die das Quartieramt wegen der Größe des Wirtschaftszimmers und des benachbarten Raums (18m²) aufmerksam geworden war. Die Wache konnte problemlos in diesem Raum untergebracht und die Küche möglicherweise auch als Badezimmer zweckentfremdet werden.³⁵⁴ Die Wirtschaft wurde auch tatsächlich im September 1940 als Lager für Kriegsgefangene benutzt; dafür wurde eigens noch mit 18 dreistöckigen Betten möbliert.³⁵⁵ Das größte Kriegsgefangenenlager war zu dieser Zeit in der Wirtschaft ‚Zur Pfalz‘ – in der Rahmengasse – eingerichtet worden: Dort wurden 112 Kriegsgefangene untergebracht, die seit Kriegsbeginn bei kleinen Unternehmen beschäftigt wurden.³⁵⁶



Pierre M. *1910

3.1.2.2 Das Jahr 1941

An der Unterkunftsproblematik änderte sich im Jahr 1941 nur wenig. Die Fremdarbeiterzahl war noch nicht dramatisch gestiegen und die Praxis der Zweckentfremdung von Gaststätten und Restaurants oder Schulen hatte weiterhin Erfolg.

Die Wirtschaft ‚Zur Linde‘ wurde ab Januar 1941 als Lager für die Kriegsgefangenen benutzt, die beim Forstamt beschäftigt waren. In den Akten des Heidelberger Stadtarchivs (212c/5) findet man auch manchmal die ungenaue Bezeichnung „Rohrbacher Lager“, sodass es nicht durchweg sicher ist, ob es sich um diese Wirtschaft handelt. Das Lager bekam Betten und eine gewisse Einrichtung, um die Männer unterzubringen. Diese kamen aus Gaiberg und wurden mittels eines städtischen Transportmittels geholt. Die Kriegsgefangenen wurden in dem Hotelsaal auch verpflegt. Die Kosten dafür lagen bei 2,20 RM pro Tag und Arbeiter.³⁵⁷

352 Ebd., 199p/9: Schreiben des Schulamts an den Oberbürgermeister vom 30. Juni 1940.

353 Es handelte sich vermutlich um die Gastwirtschaft ‚Zum Deutschen Hof‘, die 1936 unter dieser Adresse noch nachweisbar ist, aber 1937 nicht mehr existierte (Adressbuch Heidelberg (1936), <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/AdressbuchHD1936> (4. Juni 2012)).

354 STAHD AA, 199p/9: Schreiben des Quartieramts an Genthe vom 13. Aug. 1940.

355 Ebd.: Schreiben des Städt. Technischen Amts Abt. Hochbauamt an den Oberbürgermeister vom 20. Sept. 1940.

356 Ebd.: Vermerk des Oberbürgermeisters vom 9. Aug. 1940.

357 Ebd., 212c/5: Schreiben vom 21. Jan. 1941.

Die Wirtschaft ‚Zum roten Ochsen‘ in Rohrbach beherbergte 60 Kriegsgefangene, konnte aber nur 20 verpflegen. Die Gefangenen waren ebenfalls beim Forstamt beschäftigt. Das Forstamt zahlte dem Wirt für die Unterkunft seiner Fremdarbeiter 0,10 RM pro Mann und Nacht.³⁵⁸

Die Wirtschaft ‚Zum schwarzen Schiff‘, Schlierbacher Landstraße 11, wurde auch im Jahr 1941 für französische Kriegsgefangene des Forstamts in ein Lager verwandelt. Im Gemeinschaftsraum vom ‚Schwarzen Schiff‘ wurden 30 Männer untergebracht und verpflegt. Die Wirtschaft war zuvor mit Gitterfenstern gesichert und mit für diesen Zweck zusätzlicher Ausstattung versehen worden: 32 Strohbetten und 64 Decken wurden dorthin geliefert.³⁵⁹ Anfang Oktober 1941 entschied sich das Forstamt für eine andere Aufteilung seiner Fremdarbeiter und brachte 20 Männer in Rohrbach und 30 in Schlierbach unter.³⁶⁰ Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch die Kriegsgefangenen weder vorhanden, ja noch nicht einmal angefordert worden. Der Antrag wurde erst am 4. Oktober 1941 gestellt. Der Arbeitsbeginn war für den 1. November geplant. Die Kriegsgefangenen kamen erst am 3. Dezember in ihrem Lager an. Der Transport der Kriegsgefangenen von Schlierbach nach Rohrbach bereitete dem Forstamt eine zusätzliche Schwierigkeit, weil er nicht mit dem Nahverkehr stattfinden konnte. Deshalb mussten die Kriegsgefangenen einen Fußmarsch durch den Wald absolvieren, um ihre Arbeitsstelle zu erreichen.

3.1.2.3 Das Jahr 1942

Im Gegensatz zum Jahr 1941 brachte das Jahr 1942 viele Änderungen. Ab diesem Jahr wurden zum ersten Mal in Heidelberg Barackenlager gebaut, die der Anstieg der Fremdarbeiterzahl notwendig gemacht hatte. Die Politik der Zweckentfremdung schon existierender Gebäude³⁶¹ wurde zwar weiter verfolgt, aber die ersten großen Lager wurden erst ab diesem Zeitpunkt errichtet.

Das Lager Bierhelderhof

Das Lager Bierhelderhof wurde als mögliche Unterkunft für Fremdarbeiter erst im April 1942 ernsthaft in Betracht gezogen. Das HJ-Lager war zuerst zur

358 Ebd.: Schreiben des Oberbürgermeisters vom 24. Jan. 1941.

359 Ebd.: Schreiben an das AfW vom 23. Sept. 1941.

360 Ebd.: Schreiben des Forstamts vom 2. Okt. 1941.

361 Wie z.B. das Hotel Haarlaß, das ab Jan. 1942 Fremdarbeiter beherbergte. Es handelte sich um Männer, die beim Forstamt beschäftigt waren. Sie wurden dort auch verpflegt. Die Quellen des Stadtarchivs verraten indes nicht, ob das Hotel vor Jan. 1942 schon als Unterkunft für Fremdarbeiter diente.

Beherbergung von Zivilarbeitern gedacht.³⁶² Jedoch waren die ersten Bewohner des Lagers russische Kriegsgefangene, die Ende Juli 1942 das Lager bezogen. Ein Schreiben des AfW vom 28. Juli informiert uns darüber, dass die vom Forstamt, Tiefbauamt und der Friedhofsverwaltung beantragten russischen Kriegsgefangenen im Anmarsch waren und im „Jugendlager Bierhelderhof“ untergebracht werden sollten.³⁶³ Die Zahl der dort untergebrachten Kriegsgefangenen stieg regelmäßig im Lauf des Kriegs: Ab September 1942 sind 100 Personen dort nachgewiesen. Das Lager Bierhelderhof beherbergte zu dieser Zeit 20 zusätzliche russische Kriegsgefangene der Reichsbahn, die für das Be- und Entladen der Güterwaggons zuständig waren und keine andere Unterkunft gefunden hatten. Diese zusätzliche Kriegsgefangenenzahl gefiel der Lagerführung nicht besonders, weil Unterkunft und Verpflegung für diese Zahl nicht ausreichten.³⁶⁴ Die Lagerführung hätte es vorgezogen, dass die 20–25 französischen Kriegsgefangenen des Forstamts im Bierhelderhof untergebracht werden, während die russischen Kriegsgefangenen anderswo einquartiert werden sollten.³⁶⁵ Dieser Wunsch wurde auch Ende Oktober 1942 erfüllt.³⁶⁶ Die Franzosen bezogen am 23. November 1942 das Lager und blieben dort bis zum 31. März 1943.³⁶⁷ Zu den schon erwähnten 20–25 Männern kamen sechs französische Kriegsgefangene der Friedhofsverwaltung hinzu.³⁶⁸ Sie waren dort zwei Monate beschäftigt und kamen am 10. Dezember 1942 aus Bammental anmarschiert. Diese Kriegsgefangenen sollten jedoch weiter beschäftigt werden und blieben bis zum 31. März 1945 in Heidelberg.³⁶⁹ Zu den Franzosen müssen noch russische Kriegsgefangene gezählt werden. Anhand der Quellen kann vermutet werden, dass es sich um ca. zehn Männer handelte. Diese Kriegsgefangenen wurden von der Stadtverwaltung bei verschiedenen dringenden Arbeiten beschäftigt, wie z.B. bei der Vergrößerung des Friedhofs oder der Müllabfuhr. Sie



Peter W. *1927

362 STAHD AA, 212c/5: Schreiben an die Stadtwerke – Abteilung Wasserwerk vom 30. April 1942.

363 Ebd.: Schreiben des AfW an das Kämmereramt vom 28. Juli 1942.

364 Es ist nicht absolut sicher, dass diese Männer im Bierhelderhof untergebracht wurden. In einer Notiz des Oberbürgermeisters vom Nov. 1942 ist erwähnt, dass das Lager seit kurzem von Franzosen bezogen wurde (STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Oberbürgermeisters vom 25. Nov. 1942).

365 Ebd.: Schreiben des Jugendlagers Bierhelderhof an das städt. Hochbauamt vom 21. Sept. 1942.

366 Ebd.: Auszug der Niederschrift über die Besprechung mit Herrn Reg. Oberinsp. Schneider beim Arbeitsamt am 27. Okt. 1942.

367 Ebd.: Schreiben des Arbeitsamts Heidelberg an Oberbürgermeister und Abt. Wirtschaftsamt vom 20. Nov. 1942.

368 Ebd.: Vermerk vom 26. Nov. 1942.

369 Ebd.: Schreiben des Arbeitsamts Heidelberg an den Oberbürgermeister vom 7. Dez. 1942.

wurden zusammen mit den Franzosen im Lager Bierhelderhof untergebracht.³⁷⁰ Das Lager Bierhelderhof war aus Sicht der Stadtverwaltung geradezu ideal, um darin Fremdarbeiter unterzubringen. Es lag abseits der Stadt und erfüllte somit die Forderung nach Kontaktvermeidung mit der deutschen Bevölkerung. Der Bierhelderhof wurde deshalb als Unterkunft für die Franzosen aus den Kolonien bevorzugt.³⁷¹ Später – im November 1944 – wurden dort die 15 russischen Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos 1.449 untergebracht.³⁷²

Das Barackenlager Epidemiebaracke

Die Epidemiebaracke befand sich in der Römerstraße 106–108 und wurde schon 1940 als mögliche Unterkunft für Fremdarbeiter in Erwägung gezogen. Diese Unterkunftswahl erscheint logisch, wenn man bedenkt, dass diese Gebäude schon im Ersten Weltkrieg als Gefangenenlager genutzt worden waren.³⁷³ Das Lager Epidemiebaracke umfasste Baracken und Lager von verschiedenen Firmen. Daraus ergibt sich für diesen Lagerkomplex ein etwas chaotisches Bild, das die genaue Zählung der Baracken und der Lager innerhalb des Lagers nicht gerade einfach macht. So befand sich ein so genanntes „Ostarbeiterlager Römerstraße“ im Lager der Epidemiebaracke. Die Firma Stotz-Kontakt wollte im Juli 1942 die bei ihrer Filiale – im Pfaffengrund – beschäftigten russischen Zivilarbeiter in einer gemeinsamen Baracke der Epidemiebaracke unterbringen. Die Firma durfte aus Sicherheitsgründen – zum Schutz bei Luftangriffen – diese Fremdarbeiter nicht auf ihrem Gelände unterbringen.³⁷⁴ Deshalb bat sie die Stadtverwaltung um den Bau einer Baracke mit einer Kapazität von bis zu 150 Personen.³⁷⁵ Durch ein Schreiben vom 8. August 1942 erfahren wir von der Erlaubnis der Berliner Abteilung Rüstungsbau, eine Baracke mit einer Kapazität von bis zu 250 Personen bauen zu dürfen. Die Baracke wurde deshalb so groß dimensioniert, weil andere Firmen auch ihre Fremdarbeiter dort unterbringen wollten. Der Bau wurde im November 1942 fertig und sofort in Betrieb genommen.³⁷⁶ Andere Baracken

370 Ebd.

371 Zum allerersten Mal im Mai 1943 (ebd.: Vermerk des AfW vom 21. Mai 1943).

372 Ebd.: Schreiben des AA Heidelberg an das Städt. Forstamt vom 12. Nov. 1944. Die russischen Kriegsgefangenen kamen aus dem Stalag V C Offenburg.

373 Gleichzeitig wurden sie noch für Quarantäne-Zwecke weiter benutzt (STAHD AA, 89/16: Schreiben vom 6. Mai 1916; Vermerk vom 24. April 1917).

374 Ebd., 199p/2: Schreiben der Firma Stotz-Kontakt G.M.B.H. an das Rechtsamt vom 31. Juli 1942.

375 Ebd.

376 Ebd.: Schreiben an die Firma Stotz-Kontakt G.M.B.H. Mannheim-Neckarau, nach Besprechung mit der Abteilung Rüstungsbau in Berlin vom 8. Aug. 1942.



Louise D. *1912

Die schon als Kriegsgefangenenlager im Ersten Weltkrieg genutzten Epidemiebaracken in Handschuhsheim dienten nun zur Unterbringung von Zwangsarbeitern (STAHD).

wurden im Lauf des Kriegs hinzu gebaut, aber dieses Lager innerhalb des Lagers wurde allgemein als „Ostarbeiterlager Römerstraße“ bezeichnet.

Im September 1942 kaufte die Stadt Heidelberg vier Baracken für ihre Fremdarbeiter. Drei befanden sich in der Epidemiebaracke, die vierte war im anderen großen Barackenlager Heidelbergs, nämlich im Baggerloch. Für diese vier Bauten gab die Stadt 42.000,- RM³⁷⁷ aus. Diesen Kauf motivierte die massenhafte Ankunft der Ostarbeiter. Die Baracken wurden von einer Firma aus Eschelbronn gebaut, die diesen Auftrag vom OKH erhalten hatte. Im Januar 1943 ließ die Stadtverwaltung eine andere Holzbaracke im Ostarbeiterlager der Epidemiebaracke bauen (Römerstraße 106).³⁷⁸ Die Epidemiebaracke umfasste auch eine Frauenbaracke, die Ende November 1942 eigens für Ostarbeiterinnen realisiert wurde.³⁷⁹

377 Ebd.: Vermerk des Oberbürgermeisters vom 11. Sept. 1942.

378 Ebd.: Schreiben der Bremsenfabrik August Grau an das Städt. Hochbauamt vom 14. Dez. 1942 nebst Rückantwort vom 27. Jan. 1943.

379 Ebd.: Schreiben des Oberbürgermeisters an die Firmen Teroson und Schnellpressenfabrik A.G. vom 19. Nov. 1942.



Luftaufnahme um 1930: Im Vordergrund die Czernybrücke, im Hintergrund der Hauptbahnhof und die Altstadt. Rechts unten erstreckt sich das Baggerloch mit den dort für Zwangsarbeiter errichteten Barackenunterkünften (STAHD).

Das Lager Baggerloch

Der Heidelberger Zeitzeuge Karl Weber, der damals erst fünf oder sechs Jahre alt war, konnte sich an zwei Baracken für Fremdarbeiter im Baggerloch erinnern. Diese wurden rechts und links der Ringbrücke gebaut; die rechte beherbergte Russen und die linke Italiener.³⁸⁰ Die Akten des Stadtarchivs weisen jedoch viel mehr Baracken nach. Das Lager Baggerloch war das größte Fremdarbeiterlager Heidelbergs. Etwa 1.000 Fremdarbeiter³⁸¹ waren dort während des Kriegs kaserniert. Dieses Lager war auch das einzige Lager Heidelbergs, das in die Kategorie der „großen Lager“ passte, wie sie im Gesetz von 1940 beschrieben wurden. Das Lager Baggerloch befand sich genau an der Stelle des heutigen Hauptbahnhofs – der Bahnhof befand sich damals noch nahe des Bismarckplatzes. Das Gelände des Baggerlochs gehörte der Reichsbahn und muss ca.

380 Buselmeier (2003), S. 198–207, hier S. 202: „Während des Krieges waren dort zwei Gefangenennlager; rechts von der Ringbrücke waren die Russen, links die Italiener.“

381 Datenbank Universitätsarchiv Heidelberg, Bericht Seite 1.

200 Hektar groß gewesen sein.³⁸² Die verschiedenen Bezeichnungen machen es mitunter schwierig, das Lager als „Lager Baggerloch“ zu identifizieren. So wurde es z.B. im gleichen Dokument alternativ „Baggerloch“ und „Wehrmachtslager“ genannt. Das Lager Baggerloch umfasste – so wie die Epidemiebaracke – auch die Barackenlager verschiedener Firmen, sodass das Wuchern von Bezeichnungen für dieses Lager ein komplexes Bild abliefern.

Das „Ostarbeiterinnenlager Baggerloch“ diente als Unterkunft für die Ostarbeiterinnen der Firmen Wilhelm Brand, Bremsenfabrik August Grau, Heidelberger Kofferfabrik Timmermann & Wollet, Heidelberger Papiersackfabrik Luh & Gaster, Gustav Hoffmann GmbH., A. Zwintscher und der Federnfabrik Hansa. Das genaue Datum der Lagererrichtung ist problematisch zu bestimmen. Der Antrag für den Barackenbau³⁸³ sowie diverse Beschaffungslisten stammen vom Sommer 1942.³⁸⁴ Ein Schreiben der Firma Gustav Hoffman³⁸⁵ weist jedoch die Existenz des Lagers bereits im Februar 1942 nach. Man kann vermuten, dass das Lager der Firma Gustav Hoffman schon vor dem Ostarbeiterinnenlager existierte und dass es später aufgelöst wurde, als das gemeinsame Lager errichtet wurde. Die Firmen, die ihre Ostarbeiterinnen dort unterbrachten, teilten sich zusammen die Lagerführung und trafen alle Entscheidungen gemeinsam.³⁸⁶

Das französische Kriegsgefangenenlager findet sich zum ersten Mal im Dezember 1942 in den Unterlagen des Stadtarchivs erwähnt. Die Kriegsgefangenen dieses Lagers waren alle in handwerklichen Betrieben beschäftigt – bei Metzgern, Bäckern usw. ... Die errichtete Baracke sollte auch französische sowie belgische Zivilarbeiter beherbergen³⁸⁷ – eine Tatsache, die zeigt, dass Zivilarbeiter nicht zwangsläufig besser als Kriegsgefangene untergebracht wurden. Die Baracke wurde Ende Februar 1942 fertig und sogleich belegt.³⁸⁸

382 Das Baggerloch – d.h. das gebaggerte Loch – entstand 1910 zwischen der Czernybrücke und der Römerbrücke bei dem Versuch, den Hauptbahnhof nach Westen zu verlegen. Dieses Projekt wurde wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs unterbrochen. Es wurde in den Dreißiger Jahren erneut geplant und wurde abermals vom Ausbruch des Kriegs unterbrochen. Die Verlegung des Hauptbahnhofs fand letztlich erst in den 50er Jahren statt (Buselmeier (2003), S. 202).

383 STAHD AA, 199p/2: Schreiben vom 13. Juli 1942.

384 Ebd.: Vermerk des Hochbauamts Heidelberg vom 16. Juli 1942.

385 Ebd.: Undatiertes Schreiben der Firma Gustav Hoffmann GMBH (Erstlings- und Baby-laufschuhe) vom Febr. 1942.

386 Ebd.: Durchschrift des Beschlusses der Firmen der Arbeitsgemeinschaft Ostarbeiterinnen-lager „Baggerloch“ vom 8. Dez. 1942.

387 Ebd.: Schreiben vom 31. Dez. 1942.

388 Ebd.: Beschluss des AfW Heidelberg an die Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion Oberrhein – Abt. Barackeninspektion Karlsruhe vom 27. Febr. 1943.



Janina D. *1925



Heidelberg aus der Luft im Jahr 1929: Das Baggerloch umschließt Bergheim und die Weststadt (STAHD).

Das so genannte. „sowjetische Kriegsgefangenenlager“ diente erst ab April 1943 als Unterkunft für die sowjetischen Kriegsgefangenen der Arbeitskommandos 1.649 und 1.405, die im Güterbahnhof beschäftigt waren. Die Stadt und das Betriebsamt der Reichsbahn verfassten und unterschrieben am 1. September 1943 bei dieser Gelegenheit einen Mietvertrag, der uns wertvolle Informationen über die Zahl und Größe der Baracken liefert: „Mietvertrag: §1 Die DR überlässt der Stadt im sogen[annten] Baggerloch in Heidelberg einen 2.155m² großen Platz zur Aufstellung von Baracken für die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte. Von der Stadt erstellt wurden:

1 Kriegsgefangenenbaracke, 190m² groß, für die Unterbringung der als Ladehilfe beschäftigten Kriegsgefangenen, Wirtschaftsbaracke hierzu = 162m²;

1 Kriegsgefangenenbaracke, kombiniert: 162m², für die Unterbringung der sonst bei der Stadt beschäftigten Kriegsgefangenen.

Mit Baracken überbaut sind demnach insgesamt 514m² Fläche.“³⁸⁹

Zwar vermietete die Reichsbahn einen Teil ihres Geländes der Stadt, jedoch mietete sie diese eine der drei errichteten Baracken für ihre sowjetischen Kriegsgefangenen. Die Reichsbahn mietete eine (andere) Baracke auf dem Gelände Baggerloch ab dem 30. März 1943. Die Miete betrug 47,25 RM pro Jahr. Die

389 Ebd., 199p/4: Mietvertrag zwischen Stadt (Oberbürgermeister) und Reichsbahn-Betriebsamt, am 1. Sept. 1943 unterschrieben.



Johann ter H. *1911

Baracke war für Ostarbeiterinnen vorgesehen,³⁹⁰ aber es scheint, dass vor allem männliche Ostarbeiter dort ihre Unterkunft hatten.³⁹¹ Es befanden sich dort auch Fremdarbeiter, die bei der RAW Schwetzingen arbeiteten. Die Reichsbahn besaß auch ein so genanntes „Ostarbeiterfamilienlager“, in dem nur Ostarbeiter und ihre Familien untergebracht wurden. Dieses Lager wurde zum ersten Mal in einem Vermerk vom 24. Mai 1944 erwähnt.³⁹²

Die so genannte „Reservebaracke Baggerloch“ war auch Teil dieses Lagerkomplexes. Dieses Lager wurde erstmalig im September 1944 als Unterkunft erwähnt. Zu diesem Zeitpunkt waren dort 45 Ostarbeiter der Firma Emil Zwick untergebracht. Diese Männer waren mit dem Bau eines Stabquartiers in der Stiftsmühle beschäftigt.³⁹³ Die Baracke wurde erneut Ende November 1944 als Unterkunft für sowjetische Kriegsgefangene in Betracht gezogen.³⁹⁴ Jedoch musste die Baracke für diesen Zweck gesichert werden.³⁹⁵ Die Sicherung mit Gitterfenstern u.a. wurde am 8. Dezember 1944 fertig und die 33 Kriegsgefangenen aus dem Stalag Offenburg konnten nach Heidelberg überstellt werden.³⁹⁶ Sie wurden am 10. Dezember 1944 in Offenburg mit einem Lkw abgeholt;³⁹⁷ es handelte sich vermutlich um das Arbeitskommando 1.805.³⁹⁸

Das russische Zivilarbeiterlager wurde ab Mai 1943 gebaut. Es umfasste vier Baracken Typ IV/3. Die Baracken wurden von einer Eschelbronner Firma gebaut; die Baukosten lagen bei 29.457,60 RM.³⁹⁹ Die hohen Baukosten wurden wohl durch den Einbau elektrischer Installationen, einer Wasser- und Kanalinstallation sowie diverse Maler- und Schlosserarbeiten verursacht. Das Lager war für russische Ostarbeiter bestimmt, die für kriegswichtige Heidelberger Firmen arbeiteten.⁴⁰⁰ Ein weiteres Dokument weist sogar nicht nur vier, sondern fünf Baracken für sowjetische Zivilarbeiter nach.⁴⁰¹

Die russischen Kriegsgefangenen der Ladekolonne wurden ebenfalls im Lager Baggerloch untergebracht, nachdem sie zuvor in verschiedenen Lagern

390 Ebd., 199p/2: Beschluss des AfW vom 30. März 1943.

391 Datenbank.

392 STAHD AA, 199p/2: Beschluss vom 24. Mai 1944.

393 Ebd.: Beschluss vom 28. Sept. 1944.

394 Ebd.: 212c/5: Schreiben des Rechtsamts vom 28. Nov. 1944.

395 Ebd.: Schreiben des Rechtsamts an den Oberbürgermeister vom 2. Dez. 1944.

396 Ebd.: Schreiben des Rechtsamts vom 8. Dez. 1944.

397 Ebd.: Schreiben des Rechtsamts vom 11. Dez. 1944.

398 Ebd.: Schreiben vom 19. Dez. 1944.

399 Ebd., 199p/2: Beschluss des AfW an die Firma Rüstungskontor GmbH vom 10. Mai 1943.

400 Ebd.: Schreiben vom 10. Mai 1943 betr. „Einsatz russ. Zivilarbeiter“.

401 Ebd.: Schreiben vom 17. Mai 1943.

beherbergt worden waren. Sie hatten ihre eigene Baracke, die sie ab dem 1. April 1943 bezogen.⁴⁰²

Die Baufirma Theodor Krämer besaß ebenfalls eine Baracke im Lager Baggerloch. Dort wurden russische Kriegsgefangene der Reichsbahn untergebracht, die am Güterbahnhof beschäftigt wurden. Es handelte sich um 20 Männer, die ab Ende Juli 1942 die Baracke bezogen. Die Firma Krämer vermietete diese Baracke der Stadt und verpflegte auch die Kriegsgefangenen für 2 RM pro Tag und Person.⁴⁰³

3.1.2.4 Das Jahr 1943: Die Erweiterung der Barackenbauten

Die Lager Bierhelderhof, Epidemiebaracke und Baggerloch, die ihren Ursprung im Jahr 1942 hatten, wuchsen im nächsten Jahr noch weiter. Die Gaststätten und Turnhallen, die zu Kriegsbeginn gern als Lager benutzt worden waren, waren währenddessen fast alle voll belegt. Die Entwicklung im Jahr 1943 bestand darin, dass die Heidelberger Firmen, die eine hohe Zahl an Fremdarbeitern beschäftigten, ihre Baracken unabhängig von der Stadt zu bauen begannen. Diese wurden teilweise auf den Firmengeländen errichtet.

So baute die Firma Stotz-Kontakt in Handschuhsheim zwei Baracken für ihre Ostarbeiterinnen. Der genaue Ort sowie das Datum der Errichtung sind leider unbekannt. Die 200 Ostarbeiterinnen wurden in einer Baracke untergebracht, während die zweite für die französischen Kriegsgefangenen vorgesehen war, die bei Metzgern, Bäckern usw. ... beschäftigt waren.⁴⁰⁴ Es ist anzunehmen, dass die Firma eine Miete für die Unterkunft der Kriegsgefangenen erhielt.

Die Kleinleinbrauerei beschäftigte ebenfalls Ostarbeiter, für deren Unterkunft sie eine Baracke bauen ließ. Die Entscheidung zur Errichtung einer Baracke wurde im November 1943 getroffen. Sie wurde hinter der Epidemiebaracke⁴⁰⁵ errichtet.

Die Mannheimer BBC hatte während des Kriegs eine Produktionshalle in Heidelberg. Sie beschäftigte dort vor allem französische und holländische Zivilarbeiter von hoher Qualifikation. Für diese Arbeiter baute sie ein Barackenlager in Eppelheim, Blumenstraße 33.⁴⁰⁶ Dieser Bau unterschied sich nicht

402 Ebd.: Beschluss des AfW an den Vorstand des Reichsbahn-Betriebsamts Heidelberg vom 19. April 1943.

403 Ebd., 212c/5: Schreiben des AfW an das Kämmerereiamt vom 28. Juli 1942.

404 Ebd., 199p/2: Vermerk vom 14. Jan. 1943.

405 Ebd.: Bericht vom 3. Nov. 1943.

406 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 120, Dok. 152 vom 2. Nov. 1943.

von den Ostarbeiterbaracken. Soweit sich das nachvollziehen lässt, waren die einzigen Vorteile gegenüber anderen Arbeitern, dass die Bewohner der Baracke etwas mehr Platz hatten – weil die Baracke nicht überbelegt war – und dass sie keinerlei Kontakt zu anderen Arbeitern hatten. Sie wurden auch nicht bewacht und durften sich frei bewegen.

3.1.2.5 Das Jahr 1944: Notentscheidungen

Die Unterkuftsfrage wurde ab dem Jahr 1944 geradezu prekär. Die Fremdarbeiterzahl stieg weiter an, während die Kapazitäten der Stadt langsam ausgeschöpft waren. Der Frontverlauf im Westen verursachte eine Evakuierung der Fremdarbeiter aus dem Elsass, die Heidelberg durchquerten und dort eine Notunterkunft brauchten.

Die Kirchheimer Turnhalle

Sie wurde im Juli 1944 als Unterkunft für jene Ostarbeiter vorgesehen, die für die „LS-Baumaßnahmen“ – d.h. die Luftschutzbaumaßnahmen – eingesetzt wurden. Zu Anfang des Kriegs wurde die Turnhalle als „zu klein“ betrachtet, um Fremdarbeiter unterzubringen. Jedoch wurde sie als Unterkunft für 107 Ostarbeiter benutzt, unter denen sich 23 Kinder befanden. Ein adäquates Quartier für diese Ostarbeitergruppe zu finden erwies sich als sehr schwierig, u.a. weil die angekündigte Zahl von 300 Fremdarbeitern sich schließlich auf 167 Personen⁴⁰⁷ reduzierte. Die Stadtverwaltung traf sich regelmäßig, um dieses Problem zu lösen – am 28. Juni, 4., 7., 12. und 18. Juli 1944. Es wurde letztendlich am 7. Juli 1944 entschieden, einen Teil der Gruppe in Kirchheim und die restlichen Arbeiter in einer Baracke am Baggerloch einzuquartieren.⁴⁰⁸ Die Gruppe kam schon vier Tage später an – ein Zeichen dafür, dass die Stadtverwaltung unter Zeitdruck handelte und nicht mehr wie 1940, als Monate vor der Ankunft von Fremdarbeitern diverse Unterkunftsmöglichkeiten besprochen wurden. Als die Ostarbeiter am 11. Juli ankamen, wurden sie in der Tat so geteilt, dass 107 in Kirchheim wohnten und 60 Männer im Lager Baggerloch untergebracht wurden.⁴⁰⁹



Tamara G. *1923

407 STAHD AA, 212c/6: Schreiben des Präsidenten des Gauarbeitsamts Baden und Elsass an den Oberbürgermeister vom 13. Juli 1944.

408 Ebd.: Niederschrift über die Verwaltungsbesprechung vom 6. Juli 1944 betr. Unterbringung von Ostarbeitern.

409 Ebd.: Vermerk des Sektretärs Amberger vom 18. Juli 1944.

Lager Pestalozzischule

Das Lager Pestalozzischule ist ein weiteres Beispiel für die Notlage der Stadt bezüglich der Unterkünfte der Fremdarbeiter. Es wurde im Dezember 1944 ein Lager in der Pestalozzischule (Landhausstraße) eingerichtet.⁴¹⁰ Die Quellen,⁴¹¹ die über dieses Lager Auskunft geben, werfen ein zwiespältiges Licht auf den Zustand der Schule. Der Umbau der Schule zu einem Fremdarbeiterlager ist auf Anfang Dezember, vermutlich um den 4. Dezember 1944 zu datieren. Die Schule beherbergte ab diesem Datum evakuierte Fremdarbeiter aus den „Westmarken“. Es handelte sich vor allem um Elsässer, deren Zahl nach dem Bericht vom 14. Dezember 1944 zwischen 500 und 700 Personen variierte!⁴¹² Die Evakuierten blieben i.d.R. nicht lange in diesen Notquartieren, weil sie dort nur auf eine neue Zuweisung warteten. In diesem Fall wurde die Pestalozzischule nur zehn Tage als Notunterkunft für Evakuierte genutzt. Nach dem Abmarsch dieser Fremdarbeiter blieben dort noch zwischen 50 und 80 IMI.⁴¹³ Ab dem 20. Dezember 1944 wurden weiterhin Westarbeiter in der Schule einquartiert. Diese Fremdarbeiter waren keine Evakuierten. Es waren Zivilarbeiter, die an den LS-Bauten arbeiteten. Aus einem Vermerk vom 21. Dezember 1944 geht hervor, dass die 80 Arbeiter „in der Pestalozzischule untergebracht [wurden] und heute mit der Einrichtung ihrer Unterkunftsräume beschäftigt“⁴¹⁴ waren. Der zweite Teil des Satzes lässt erraten, dass die Lager Räume nicht bezugsfertig waren. Die Lagerinsassen waren nach dem 20. Dezember 1944 ausnahmslos Westarbeiter aus Frankreich und Belgien. Die Notlage bezüglich der Fremdarbeiterunterkünfte verursachte eine Lockerung der Rassenpolitik, denn die Pestalozzischule wurde nach wie vor als Schule genutzt. Die Fremdarbeiter hatten ihr Lager im Südflügel, während der Nordflügel für den Schulbetrieb weiter benötigt wurde.⁴¹⁵ Dieses Arrangement war auch nur deshalb möglich, weil es sich hier um Westarbeiter handelte. Im März 1945 wurden Ostarbeiter vom Arbeitsamt „zurückgewiesen“, weil „sie in der Pestalozzischule nicht

410 Das Gebäude, das sich heutzutage in der Landhausstraße 20 befindet, wird weiterhin als Schule benutzt (Landhausschule), aber nicht mehr als Pestalozzischule bezeichnet. Diese zog 1965 in die Rohrbacher Straße um (Krauß/Hinz (1996), S. 17–18).

411 Es wurden die Mappen STAHD AA, 212c/7 und 212c/8 ausgewertet.

412 Ebd., 212c/8: Bericht über das Ergebnis der Untersuchung vom 14. Dez. 1944.

413 Ebd., S. 1.

414 Ebd., 212c/7: Vermerk des Sekretärs Amberger betr. den Arbeitseinsatz bei LS-Baumaßnahmen vom 21. Dez. 1944.

415 Ebd.: Beschluss des Oberbürgermeisters an das Stadtschulamt Heidelberg vom 12. Febr. 1945 nebst Vermerk vom 12. Febr. 1945 betr. das Lager für ausländische Arbeiter in der Pestalozzischule.

untergebracht werden“ könnten.⁴¹⁶ Die Stadt lehnte ebenfalls Ende Februar 1945 die Zuweisung von Ostarbeitern ab, weil sie diese Arbeiter ebenfalls nicht unterbringen konnte.⁴¹⁷

Der Rückblick auf die Errichtung der Fremdarbeiterunterkünfte in Heidelberg illustriert die Entwicklung dieser wichtigen Frage. Der massive Zufluss von Ostarbeitern bewirkte eine wichtige Änderung in der Politik der Zweckentfremdung von bereits existierenden Gebäuden. Die Barackenlager entwickelten sich danach zwar sehr rasch, doch bis Ende 1944, Anfang 1945 hatte die Stadt buchstäblich keinen einzigen Platz mehr zur Verfügung, um zusätzliche Arbeiter unterbringen zu können.



Marcel D. *1915

3.2 Einrichtung und gesundheitliche Zutrüglichkeit der Fremdarbeiterlager

Der Gesetzgeber reglementierte jeden Aspekt der Einrichtung der Fremdarbeiterlager, wie z.B. die Zahl der Räume, die Möbel oder auch die Art der Heizung oder der elektrischen Installation.

3.2.1 Die Inneneinrichtung

3.2.1.1 Räume

Bestimmte Funktionsräume befanden sich immer wieder in den Fremdarbeiterlagern und gehörten aus diesem Grund zu einer Art „Standardeinrichtung“: ein Gemeinschaftsraum – der häufig sowohl als Schlaf- wie Essplatz diente –, eine Küche und ein Waschraum mit Waschbecken und Abort. Die folgenden Beispiele zeigen ein spartanisches Bild der Lagereinrichtungen.⁴¹⁸

416 Ebd.: Vermerk des Rechtsamts Abt. Wirtschaftsförderung vom 21. März 1945.

417 Ebd.: Vermerk des Rechtsamts Abt. Wirtschaftsförderung betr. den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte bei den Luftschutzbauten vom 24. Febr. 1945.

418 Die Mietverträge zwischen der Stadtverwaltung und den Firmen, die an den Baracken der Epidemiebaracke Interesse hatten, ermöglichen diese Art der Lagereinrichtung. Die Höhe der Miete gibt auch Auskunft über die Qualität der Einrichtung. Sie lag bei 0,40 RM pro Person und Tag. Die Stadtverwaltung bezahlte selbst der Reichsbahn 0,32 RM pro Person und Tag als Miete für die Baracke für ihre russischen Kriegsgefangenen. Die Höhe der Miete wurde vom Finanz- und Wirtschaftsminister fixiert, je nach Lage des Lagers und Wert seiner Ausstattung. In den Landgemeinden sollte die Miete für einen möblierten Gemeinschaftsraum zwischen 30 und 60 Rpf. pro m² betragen; in einer Stadtgemeinde etwa 40 Rpf. pro m² für eine einfache Einrichtung. Ein Raum mit mittlerer Ausstattung kostete zwischen 40 und 60 Rpf. pro m² und mit vergleichsweise umfangreicherer Ausstattung zwischen 60 und 100 Rpf. pro m².

Die Lager wurden manchmal inspiziert, um den Zustand der Einrichtung und der Räume zu begutachten. Diese Inspektionen kamen den Vermietern auch gelegen, weil sie auf diese Weise den Zustand ihres Eigentums kontrollieren konnten. Das Wieblinger Kriegsgefangenenlager ‚Zum Adler‘ wurde im Mai 1941 kontrolliert. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Wirtschaft über drei Zimmer im Erdgeschoss verfügte. Ein Zimmer wurde als Lagerraum, ein anderes als Wachstube und das letzte als Badezimmer benutzt. Im Obergeschoss befand sich ein großes Zimmer, das gleichzeitig als Gemeinschafts- und Schlafraum von den Franzosen benutzt wurde.⁴¹⁹ Ein zweiter Bericht protokollierte, dass die Franzosen ihren Gemeinschaftsraum im Tanzsaal eingerichtet hatten. Die Wache verfügte über kein eigenes Zimmer und war nur durch ein paar Bretter von den Insassen getrennt.⁴²⁰ Ein weiteres Beispiel über die klassische Raumaufteilung eines Barackenlagers wurde von Zeitzeugen geliefert. André Ledoux, der aus Raon l’Etape nach Heidelberg zwangsdeportiert wurde, arbeitete für das Forstamt und war im Lager Lärchengarten im Ziegelhäuser Wald untergebracht. Das Lager bestand aus einer einzigen Baracke, die zehn Meter lang und fünf Meter breit war. Die Baracke war ebenfalls sehr schlecht isoliert:⁴²¹ „Es war ein Winter mit sehr viel Schnee. Die Baracke bestand aus Brettern, aber es gab Abstände zwischen den Brettern. Es war sehr kalt, wir schliefen (...) auf Betten aus Brettern. Es gab Strohmatten, die vollkommen plattgedrückt waren. Russen hatten zuletzt dort geschlafen. Das Stroh bestand nur noch aus Staub. Dann haben sie uns Decken gegeben, eine dünne graue Decke für jeden. Die Hose – wir hatten kein Kopfkissen – legte ich unter meinen Kopf. Ich legte alle anderen Kleider auf meine Decke, alles, was ich besaß. Der Ofen befand sich nicht in dem Schlafraum. Die Baracke war in zwei Teile getrennt. Wir waren zu zehnt in dem Schlafzimmer. Fünf unten und fünf oben. Diejenigen, die oben lagen, waren ganz nah unter der Decke. Ich lag unten, unter dem Staub von denen, die oben schliefen.“⁴²²

419 STAHD AA, 212c/6: Gutachten über den Zustand der Räume des Gefangenen-Lagers in Wieblingen im Gasthaus ‚Zum Adler‘ vom 24. Mai 1941.

420 Ebd., 199p/9: Schreiben des Städt. Technischen Amts Abt. Hochbauamt an Oberbürgermeister und AfW vom 4. Febr. 1942.

421 Högner (2002), S. 110–15.

422 „C’était un hiver qui a eu beaucoup de neige. La baraque était en planches, mais (...) entre les planches il y avait des intervalles. C’était froid, on couchait sur des planches, des lits en planches. Il y avait des paillasses qui étaient aplaties complètement. C’était des Russes qui avaient couché là avant. La paille était complètement de la poussière. Alors ils ont amené une couverture (...) pour chacun, une couverture grise et mince. Le pantalon (...) – on n’avait pas d’oreiller –, je mettais le pantalon sous la tête. Tous les autres vêtements je mettais au dessus de la couverture, tout ce que j’avais. Le poêle n’était pas dans la chambre à coucher,

Es wurde bei der Einrichtung eines Fremdarbeiterlagers auch an mögliche Fluchtversuche gedacht, die eine Sicherung des Lagers erforderlich machten. Deshalb wurden die meisten Fremdarbeiterlager mit Stacheldraht umzäunt und die Fenster vergittert. Das französische Kriegsgefangenenlager ‚Zum Adler‘ hatte Gitterfenster im Lagerraum und Bad, d.h. im Erdgeschoss.⁴²³ Gitterfenster und Stacheldraht fanden sich auch im Lager Bierhelderhof. Ein Vermerk der Stadtverwaltung vom 8. Mai 1943 berichtet über den Zustand des Lagers vor Ankunft der farbigen Kriegsgefangenen. So erfahren wir, dass der Kucheneingang, der Aufenthaltsraum sowie die Ostbaracken von einem „Stachelzaundraht“ umgeben waren. Die Verzäunung befand sich teilweise in einem schlechten Zustand und wurde dort durch Holzbretter ersetzt.⁴²⁴ Die Reservebaracke Baggerloch wurde später als Kriegsgefangenenlager genutzt und erst am 2. Dezember 1944 von der Wehrmacht inspiziert. Der Wehrmachtinspekteur Oberleutnant K.⁴²⁵ wollte, dass Türen, Fenster und Haupteingang zur Sicherung des Lagers von einem doppelten Stacheldrahtzaun umgeben wurden.⁴²⁶ Diese Umbauarbeiten wurden auch innerhalb der folgenden Woche erledigt, sodass die russischen Kriegsgefangenen ihr Lager am 8. Dezember 1944 beziehen konnten.⁴²⁷ Als letztes Beispiel für diese Praxis kann das Ostarbeiterlager der Epidemiebaracke genannt werden, das ebenfalls von einem Stacheldrahtzaun umgeben war.⁴²⁸ Die Ostarbeiter wurden genauso wie die Kriegsgefangenen stark bewacht, weil sie besonders häufig flohen. Um diese Gefahr auszuschließen, stellten die Firmen Wachmänner ein. Louis Chapelier wurde mit den Männern aus Raon l'Etape zwangsverschleppt und bei der Firma Stotz-Kontakt beschäftigt. Er wurde zusammen mit anderen Deportierten in der Turnhalle Eppelheim untergebracht. Er erinnerte sich an den Lagerwachmann: „Man hat uns in diese Turnhalle in Eppelheim gebracht, zwei Kilometer von der Stotz-Fabrik entfernt. (...) Es war eine alte Turnhalle, und an der einen Seite gab es eine Art Treppe und Toiletten.



Elisaweta S. *1894

la baraque était divisée en deux parties. Dans notre chambre à coucher on était dix. Cinq en bas et cinq au-dessus. Ceux qui étaient en haut, ils étaient près du plafond. Moi j'étais en bas, sous la poussière de ceux qui étaient au-dessus ...“ (Koppenhöfer, Peter: Gespräch mit André Ledoux vom 4. Okt. 2002).

423 STAHD AA, 212c/6, Bericht vom 13. Juni 1941, d.h. nach erfolgter Inspektion des Kriegsgefangenenlagers ‚Zum Adler‘ vom 24. Mai 1941.

424 Ebd., 212c/5: Vermerk vom 8. Mai 1943, d.h. nach erfolgter Inspektion des Lagers Bierhelderhof.

425 1. Kmp. Ldscht. 785.

426 STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Rechtsamts an den Oberbürgermeister vom 2. Dez. 1944.

427 Ebd.: Schreiben des Rechtsamts an die 1. Komp. Landeschützen 785 vom 8. Dez. 1944.

428 Ebd., 199p/2, Beschluss des AfW an das Hochbauamt vom 7. April 1943.

Auf der anderen Seite wohnte ein Wachmann, der schon sehr alt war. Die Turnhalle also war gut bewacht und sogar beherrscht von diesem Mann mit seiner Frau, die einen Rohrstock mit sich führten. Sie verabreichten (uns) Schläge mit dem Stock, – Stockschläge, wie es ihnen beliebte. Ich muss aber sagen, dass man trotzdem hinausgehen durfte ...⁴²⁹

Bei Zivilarbeitern schien es wirklich vom Arbeitgeber abzuhängen, wie gut sie bewacht wurden. Manche Zivildeportierte aus Raon l'Etape durften sich sogar frei bewegen. Laut René Clarté gab es im Lager Pestalozzischule „keine bewaffneten Wachmänner: Wir waren frei, vollkommen frei.“⁴³⁰ Robert Fréard wurde von der Bremsenfabrik August Grau beschäftigt und im Pleikartsförsterhof untergebracht. Dort wurde die Überwachung auch eher vernachlässigt: „Ich wohnte auf dem Pleikartsförsterhof, einem kleinen Weiler. Wir waren in einem Privathaus untergebracht, welches einer Frau Krone gehörte, ihr Sohn war Arzt, glaube ich. (...). Aber wir waren sehr wenig bewacht. Wir waren in diesem Privathaus allein, aber wir waren ein wenig abhängig von einem Kommando von Kriegsgefangenen, die sich in einer Kneipe auf dem Pleikartsförsterhof befanden. Da war so ein Gasthaus auf dem Dorfplatz da im Weiler. Und der Besitzer des Gasthauses war gleichzeitig ein wenig verantwortlich für das Kommando von Kriegsgefangenen, welche in einer Baracke lebten, die im Hof des Gasthauses stand. Von diesen Gefangenen arbeiteten viele mit uns in der Fabrik.“⁴³¹

Die Kriegsgefangenenlager wurden systematisch von Wehrmachtssoldaten bewacht. Die Kriegsgefangenenlager Bierhelderhof,⁴³² ‚Zum roten Ochsen‘,⁴³³ ‚Zum Adler‘⁴³⁴ wurden alle mit einem Wachraum versehen. Das Lager der Entladekolonne wurde ausdrücklich von vier bis fünf Wehrmachtssoldaten bewacht.⁴³⁵ Das letzte Kriterium, um die Sicherheit des Lagers zu gewährleisten, waren Luftschutzmaßnahmen, die die Fremdarbeiter vor Luftangriffen schützen sollten. Die Luftschutzmaßnahmen wurden erst im Lauf des Kriegs gebaut und waren für die Fremdarbeiter, die nicht mit der deutschen Bevölkerung in die

429 Högner (2002), S. 107f.

430 „... il n'y avait pas de gardes armés, on était libres, on était entièrement libres“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jean Clarté vom 2. März 2002).

431 Högner (2002), S. 109f.

432 STAHD AA, 212c/5: Vermerk vom 8. Mai 1943, d.h. nach Besichtigung des Lagers Bierhelderhof.

433 Ebd., 199p/9: Schreiben des Hochbauamts an den Oberbürgermeister vom 7. Febr. 1941.

434 Ebd., 212c/6: Gutachten über den Zustand der Räume des Gefangenen-Lagers in Wieblingen im Gasthaus ‚Zum Adler‘ vom 24. Mai 1941; ebd., 199p/9: Schreiben des Hochbauamts an das AfW vom 4. Febr. 1942.

435 Ebd., 199p/2: Beschluss vom 28. Sept. 1944.

Bunker durften, eher notdürftig. Die Bewohner der Reservebaracke mussten auch vor Luftangriffen geschützt werden, sonst durften sie ihre Baracke nicht beziehen. Der für das Gefangenenkommando zuständige Hauptmann (1 Ld. Schtz. Komp. 785) erlaubte erst den Bezug der Baracke, wenn das Gelände durchwegs mit Splittergräben gesichert wäre.⁴³⁶ Die Splittergräben waren einfache, in die Erde gebuddelte Löcher, in die sich die Fremdarbeiter während eines Luftangriffs ducken konnten. Der dadurch erreichte Schutz war relativ gering. In diesem Fall wurden die Löcher noch durch das Anbringen von Hölzern gestützt.⁴³⁷ Durch den Zeitzeugenbericht Karl Webers erfahren wir, dass ein russisches Kriegsgefangenenlager „im Baggerloch“ einen Löschteich besaß. Auf diese Weise erfahren wir auch, dass die im Lager Baggerloch untergebrachten Italiener Luftschutzbauten hatten. Ob es sich dabei um Splittergräben oder um „richtige“ Luftschutzbauten handelte, bleibt leider unklar.⁴³⁸

Der Arbeitgeber musste seinen Fremdarbeitern eine Ausstattung zur Verfügung stellen wie Möbelstücke, Geschirr, Besteck, Strohmatten, Decken usw. ... Diese Ausstattung war zweckbezogen und sollte nicht der Bequemlichkeit dienen. Die Stadtverwaltung stellte z.B. den französischen Kriegsgefangenen des Forstamts folgende Einrichtungsgegenstände zu Verfügung: „10 Doppelbettstellen, 3 Schöpflöffel, 20 Strohsäcke, 1 Tranchiermesser, 20 Kopfkeile, 2 Emaille Schüsseln, 20 Wolldecken, 1 Kochlöffel, 30 tiefe Teller, 30 flache Teller, 3 Kochtöpfe.“⁴³⁹

Tische, Hocker, Schränke, Spiegel sowie diverse Messer und Löffel waren vorher schon bestellt worden.⁴⁴⁰ Manche Zivilarbeiter wie z.B. Westarbeiter oder transformierte Kriegsgefangene besaßen ihre eigenen Sachen. Listen von Gegenständen, die den transformierten Kriegsgefangenen selbst gehörten, sind noch in den Einzelfallakten vorhanden. Es handelt sich meistens um Bekleidungsstücke – Arbeitskleidung, Hemden, Hosen oder auch Schuhe,⁴⁴¹ manchmal um Decken.⁴⁴² Die Stockbetten gehörten fast immer zu dieser Ausstattung, weil sie die maximale Ausnutzung eines Raums als Schlafplatz ermöglichten. Diese



Käthe G. *1925

436 Ebd., 212c/5: Vermerk des Rechtsamts vom 28. Nov. 1944.

437 Ebd.

438 Buselmeier (2003), S. 203.

439 STAHD AA, 212c/5: Schreiben des AfW an das Wohlfahrts- und Jugendamt vom 4. Mai 1942; Schreiben vom des AfW an die Stadthallen-Verwaltung vom 4. Mai 1942.

440 Ebd.

441 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 51, Mappe 162, Dok. 112; ebd.: Karton 10, Mappe 30, Dok. 49.

442 „sac de couchage“ (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 121, Dok. 3).

Betten beeindruckten nachträglich die ehemaligen Zwangsverschleppten aus Raon l'Etape. Louis Chapelier, der in der Blumenstraße wohnte, berichtete über die Ausstattung seines Lagers⁴⁴³ und insbesondere über die Betten und die Strohmatten: „Ich lag im zweiten Stock, ich konnte nicht höher hinauf, da war schon einer, und ich kann euch sagen: Man hustete von dem Staub, wenn der sich herumdrehte!“⁴⁴⁴

Die Ausstattunglisten der Lager geben uns verlässliche Auskunft über ihre Ausstattung. Dadurch erfahren wir, dass 160 Stockbetten, zehn große Tische, 160 Hocker, vier kleine Tische und vier Stühle für eine Baracke des Lagers Baggerloch bestellt wurden.⁴⁴⁵ Die Ostarbeiterinnenbaracke besaß 32 Stockbetten aus Holz und fünf aus Metall; letztere waren vermutlich für die Wache vorgesehen.⁴⁴⁶ Die notwendigen Gegenstände für die Ausstattung der Lager waren bis 1945 immer schwieriger zu beschaffen. Die Lager, die sozusagen aus der Not heraus errichtet worden, entsprachen deshalb nicht unbedingt der vorher erwähnten Standardeinrichtung vieler Lager. Das Lager Pestalozzischule ist ein gutes Beispiel für ein in der Not errichtetes Lager. Dort befanden sich auch keine Stockbetten, sondern einfache Feldbetten, wie René Clarté 2002 berichtete: „Das Lager befand sich in der Pestalozzischule in Heidelberg (...) Die Schule war voll. (...) Wir bewohnten die ganze Schule, es gab Bettstellen in Klassenzimmern, die ganze Schule war von Fremden bewohnt, von ‚Ausländern‘.“⁴⁴⁷ Und da traf ich hier wieder vogesische Kameraden, die Raonnais. Wir befanden uns alle im gleichen Gebäude. Die Klassenzimmer waren mit Betten vollgestellt. Sonst gab es keinen anderen Einrichtungsgegenstand (...). Es waren nur Schlafräume.“⁴⁴⁸

443 Die Firma Stotz-Kontakt besaß fast kein Gelände. Deswegen konnte sie ihr Fremdarbeiterlager nicht auf ihrem Grundstück errichten. Sie musste dafür einen anderen Ort finden. Deshalb waren ihre Arbeiter z. T. im Lager der Firma Maßholder (Eppelheimerstraße 39) und ein anderer Teil in der Turnhalle Eppelheim (Blumenstraße) – wie Louis Chapelier – untergebracht.

444 Högner (2002), S. 107.

445 Es handelt sich dabei vermutlich um die Ostarbeiterinnenbaracke. Die Baracke wird hier nur als „eine fertig gelieferte Mannschaftsbaracke und eine Wirtschaftsbaracke mit Aborten auf dem Bahngelände (Baggerloch)“ bezeichnet, während ein vorheriges Dokument darauf hinweist, dass es sich dabei um die Ostarbeiterinnenbaracke handelt (STAHD AA, 199p/2: Schreiben an die Außenstelle Frankfurt des Reichsministers für Bewaffnung und Munition – Abt. Rüstungsbau vom 13. Juli 1942).

446 STAHD, AA, 199p/2: undatierte Ausstattungliste der Ostarbeiterinnenbaracke des Lagers Baggerloch.

447 Im Deutschen im Text.

448 „Le camp était dans la Pestalozzischule à Heidelberg. (...) L'école était remplie. (...) On occupait toute l'école, il y avait des châlits dans des salles de classes, toute l'école était occupée par les étrangers, des Ausländer. Et là j'ai retrouvé les camarades vosgiens, les Raonnais. On



Helene K. *1899

Die vorhandene Ausstattung war für die Zahl der Lagerbewohner mitunter unzureichend. Die Gründe dafür lagen z. T. in einer Fehlschätzung der erwarteten Arbeiter und häufig auch in der wachsenden Schwierigkeit begründet, Möbel überhaupt zu finden und beschaffen zu können. Als die französischen Kriegsgefangenen des Forstamts das Lager Bierhelderhof verließen, gab es für die nachfolgenden Bewohner nicht genug Betten, Tische und Bänke, sodass die Stadtverwaltung dorthin fünf Bänke und Klappische sowie Lagerbetten von einem anderen Lager verbrachte.⁴⁴⁹ Die Küchenausstattung war dort ebenfalls sehr primitiv, weil der Ofen funktionsuntüchtig war. Die 35 französischen Kriegsgefangenen mussten auf zwei primitiven Holzöfen kochen, die das Forstamt ihnen angeblich nur ungern überlassen hatte. Um die unzureichende Küchenausstattung notdürftig zu ersetzen, wurde sogar der Waschkessel für die Essensvorbereitung in Betracht gezogen. Das Forstamt schlug ansonsten die Verpflegung der Kriegsgefangenen durch die städtische Gemeinschaftsküche vor. Diese Lösung hätte trotzdem nicht das Problem des Geschirrs behoben, das quasi nicht vorhanden war.⁴⁵⁰ Durch diese Beispiele wird auch sichtbar, dass es wenige Unterschiede hinsichtlich der Einrichtung der verschiedenen Gemeinschaftslager gab.

3.2.1.2 *Bequemlichkeit?*

Manche Sachen hätten den Komfort der Gemeinschaftslager durchaus erhöhen können. So gehören normalerweise Licht, Wärme, Matratzen und Decken zu den Bestandteilen, die zu einem Wohlgefühl hätten beitragen können.

Die Beleuchtung war selbstverständlich kein Bestandteil des Überlebens, jedoch war sie ein wichtiger Faktor für das Sozialleben. Die Fremdarbeiter mussten tagsüber arbeiten, häufig so lang es hell war. Sie befanden sich im Lager normalerweise nur früh morgens und abends. Abends war für viele Fremdarbeiter die Zeit, die sie für sich selbst hatten, um mit Kameraden zu sprechen oder zu spielen. Ob und wie die Gemeinschaftslager ausreichend oder überhaupt beleuchtet waren, ist eine Frage, die sich anhand der schriftlichen Quellen kaum beantworten lässt. Jedoch gibt es ein paar Hinweise, die uns über die Beleuchtung der Lager informieren. Es handelte sich meistens um elektrisches Licht und seine Benutzung war streng reglementiert. Die Lagerbewohner

était tous dans le même bâtiment. Les salles de classe étaient remplies de lits. Il n'y avait pas d'autre ameublement, je ne crois pas. C'étaient simplement des dortoirs" (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit René Clarté vom 2. März 2002).

449 STAHD AA, 212c/5: Vermerk vom 8. Mai 1943.

450 Ebd.: Vermerk vom 8. Mai 1943, d.h. nach Besichtigung des Lagers Bierhelderhof.

waren für die Einhaltung der Beleuchtungszeiten selbst zuständig. Das Licht durfte zwischen Morgengrauen und Sonnenuntergang nicht brennen.⁴⁵¹ Ende des Kriegs kam es immer häufiger zu Stromunterbrechungen und die häufigen Luftangriffe verursachten eine immer strengere Sperrstunde. Zahl und Qualität der Glühbirnen waren wegen der Kriegsbedingungen eher gering, wenn man die Berichte der ehemaligen Zwangsdeportierten liest. Auguste Thirion, ehemaliger Fremdarbeiter der Fuchs Waggon Fabrik und einquartiert in der Alten Schule Kirchheim, berichtete, dass es nur „eine einzige Glühbirne im Zimmer ...“⁴⁵² gab. Die Lager, die in zweckentfremdeten Gebäuden eingerichtet waren, müssten besser beleuchtet gewesen sein als die Barackenlager. Diese Gebäude hatten von vornherein eine andere Ausstattung, was aber noch keine Aussage über die Zahl der verwendeten Glühbirnen zulässt. So wissen wir, dass das Lager ‚Zum Roten Ochsen‘ vier Deckenlampen besaß,⁴⁵³ das Lager ‚Zum Adler‘ hatte zwei Lampen,⁴⁵⁴ das Lager ‚Zur Traube‘ verfügte ebenfalls über elektrisches Licht.⁴⁵⁵ Die Gemeinschaftslager waren in dieser Hinsicht nicht sehr im Vorteil. Die Berichte der Inspektionen des Lagers Bierhelderhof⁴⁵⁶ sowie der Reservebaracke⁴⁵⁷ geben keine andere Lichtquelle als die Fenster an. In der Ausstattungsliste der Ostarbeiterinnenlager Baggerloch befinden sich fünf Notlampen,⁴⁵⁸ vermutlich handelte es sich um Öllampen, die bei Stromunterbrechungen benutzt wurden. Der Begriff „Notlampe“ lässt zumindest den Schluss zu, dass die Frauen eine andere Beleuchtungsmöglichkeit hatten.

Die Winter der Jahre 1942–45 sind besonders kalt gewesen. Unter diesem Aspekt scheint das Thema der Heizung nicht unwichtig zu sein, zumal Kälte und Feuchte auf Dauer die Gesundheit der Fremdarbeiter beeinträchtigen konnten. Das Beheizen der Räume wurde durch einen Kohle- oder einen Holzofen besorgt.

451 Ebd., 199p/2: undatierte Lagerordnung, mit den Dokumenten von 1942 beigeordnet. Zuständig für das Licht waren die so genannten Baracken- sowie die Stubenordner.

452 „Et il n'y avait qu'une lumière, une seule ampoule dans la chambre“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Auguste Thirion vom 29. März 2000).

453 Zwei unten und zwei oben (vgl. STAHD AA, 199p/9: Schreiben des Städt. Technischen Amts Abt. Hochbauamt an den Oberbürgermeister vom 7. Febr. 1941).

454 Eine im Waschraum und eine im Gemeinschaftsraum (vgl. ebd., 212c/6: Gutachten über den Zustand der Räume des Gefangenen-Lagers in Wieblingen im Gasthaus ‚Zum Adler‘ vom 24. Mai 1941).

455 In der Waschstube und im Gemeinschaftsraum (vgl. ebd., 212c/6: Gutachten den Zustand des Lagers der Gefangenen im Gasthaus ‚Zur Traube‘ in Handschuhsheim (Obergeschoß) betr. vom 24. Mai 1941).

456 STAHD AA, 212c/5: Vermerk vom 8. Mai 1943, d.h. nach erfolgter Besichtigung des Lagers Bierhelderhof.

457 Ebd.: Schreiben des Rechtsamts an den Oberbürgermeister vom 2. Dez. 1944.

458 Ebd., 199p/2: undatierte Ausstattungsliste der Ostarbeiterinnen-Baracke Baggerloch.

Das französische Kriegsgefangenenlager ‚Zum roten Ochsen‘ war vermutlich ein kalter und feuchter Ort. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus der Inspektion vom Februar 1941. Es wurde dabei festgestellt, dass der Putz neben dem Ofen und an den Fensternischen sehr feucht war. Die Fensterscheiben hatten auch beide einen Sprung, was das Heizen so schwierig wie ineffizient machte. Der Unterschied zwischen den Räumen der Kriegsgefangenen und der Wachmannschaft war dagegen sehr deutlich. Dort war der Putz seit kurzem frisch gestrichen und der Raum von einem guten Esch-Ofen beheizt.⁴⁵⁹ Das Kriegsgefangenenlager ‚Zum Adler‘ liefert uns ein ähnliches Bild. Bei der Inspektion waren die Fenster nicht mehr dicht: Ein Fensterflügel war gebrochen und zwei Fensterscheiben waren kaputt. Das Zimmer wurde von einem Ofen beheizt, dessen Leistung zur Temperierung nicht ausreichte.⁴⁶⁰ Als die Kriegsgefangenen fast ein Jahr später das Lager verließen, wurde die Wirtschaft erneut inspiziert. Der Besitzer bat darum, weil er nach zwei Jahren Nutzung als Kriegsgefangenenlager fürchtete, dass der Raum sich in einem schlechten Zustand befand.⁴⁶¹ Im Zuge dieser Inspektion wurde der Zustand des Lagers als „sehr schlecht“ bezeichnet. Der feuchte Putz war teilweise auf den Boden gefallen, die Farbe in einem erbärmlichen Zustand. Es fehlte eine Isolierung, die die Feuchtigkeit hätte abschirmen können. Die Feuchtigkeit selbst wurde angeblich von den Kriegsgefangenen mitverursacht, weil sie keinen Außen-Wasserhahn besaßen und sie sich und ihre Wäsche in den Innenräumen wuschen. Der Boden wurde somit ständig nass. Der Holzboden war von der hohen Feuchtigkeit, vom Ofen und vom häufigen Feuchtwischen stark beeinträchtigt. Die einzigen positiven Aspekte des Lagers waren laut dem Bericht das funktionstüchtige Licht und die Fenster, deren Scheiben unversehrt waren.⁴⁶² Diese Bemerkung lässt den Schluss zu, dass sie seit der Inspektion im Jahr davor gewechselt worden waren. Nach diesem Bericht wurden kaum Verbesserungen unternommen; es wurde lediglich vorgeschlagen, einen großen Kessel unter den Wasserhahn zu stellen, sodass das Wasser das Parkett nicht weiter beschädigen könne.⁴⁶³ Es ist anzunehmen, dass dieses Lager höchst ungesund war, da Feuchtigkeit die Schimmelbildung besonders intensiv



Jean Marie L. *1916

459 Ebd., 199p/9: Schreiben des Städt. Technischen Amts Abt. Hochbauamt an den Oberbürgermeister vom 7. Febr. 1941.

460 Ebd., 212c/6: Gutachten betr. den Zustand der Räume des Gefangenen-Lagers in Wieblingen im Gasthaus ‚Zum Adler‘ vom 13. Juni 1941, d.h. nach erfolgter Besichtigung am 24. Mai 1941.

461 Ebd., 199p/9: Vermerk des Oberbürgermeisters vom 17. Jan. 1942.

462 Ebd.: Schreiben des Städt. Technischen Amts Abt. Hochbauamt an Oberbürgermeister und AfW vom 4. Febr. 1942.

463 Ebd.

fördert. Das Kriegsgefangenenlager ‚Zur Traube‘ scheint etwas wohnlicher gewesen zu sein als die beiden anderen Gaststätten. Der Schlafrum und der Gemeinschaftsraum (ursprünglich als Tanzsaal genutzt) waren mit zwei Öfen ausgestattet. Sowohl Fenster als auch Fugen galten als dicht.⁴⁶⁴ Die Baracke der russischen Kriegsgefangenen, die beim Be- und Entladen von Güterwaggons beschäftigt waren, war ab dem 1. April 1943 bewohnt. Ein Schreiben vom Februar 1944 gibt Aufschluss darüber, dass sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertig war. Da das Lager nicht komplett mit Stacheldraht umzäunt war und keine Gitterfenster besaß, waren zudem die Sicherheitskriterien nicht erfüllt. Die elektrische Installation war ebenfalls noch unfertig; die Fenster hatten z. T. seit dem Beginn der Bauarbeiten – d.h. seit über zehn Monaten – immer noch keine Scheiben!⁴⁶⁵ Es ist leider nicht bekannt, ob die Fenster mit Pappe oder Ölpapier zugeklebt wurden, um die schlimmste Kälte und den Luftzug abzuhalten. Das Schlimmste war aber wohl der Zustand des Dachs der Mannschafts- und der Wirtschaftsbaracke. Beide waren im September 1943 während eines Fliegerangriffs gegen den Schlacht- und Viehhof von einer Bombe getroffen worden. Sechs Monate später war das Dach immer noch nicht repariert, obwohl es bei Regenwetter in die Baracke regnete.⁴⁶⁶ Die Lebensbedingungen in dieser Baracke müssen wahrhaft schlimm gewesen sein. Ob es überhaupt möglich gewesen war, diese Baracke mit 60 Männern einigermaßen zu heizen, ist ungewiss, zumal wenn man die Kälte des Winters 1944/45 bedenkt. Die Brennholzvorräte waren außerdem sehr knapp, denn es fehlten in Heidelberg im Dezember 1944 etwa 100 Ster Holz.⁴⁶⁷

Die Zivilarbeiterlager der Zwangsdeportierten waren ebenso kalt und feucht. Die erschwerten Kriegsbedingungen verstärkten vermutlich die schon vorhandenen Probleme. Als Louis Chapelier das Lager der Firma Stotz-Kontakt beschrieb (Turnhalle Eppelheim), betonte er, wie der Mantel, den er bekam, für ihn sehr wertvoll wurde: „Für den Weg in die Schule hatte ich einen großen Mantel bekommen. Dieser Mantel war mein Retter. Ich sage euch: Auf dem Bett ersetzt das die Decke, denn es war kalt. Der Winter war kalt, und diese Turnhalle war

464 Ebd., 212c/6: Gutachten betr. den Zustand des Lagers der Gefangenen im Gasthaus ‚Zur Traube‘ in Handschuhsheim (Obergeschoss) vom 13. Juni 1941, d.h. nach erfolgter Besichtigung vom 24. Mai 1941.

465 Ebd., 199p/2: Beschluss des Oberbürgermeisters nach Besprechung mit dem AA vom 1. Febr. 1944.

466 Ebd., 199p/4: Schreiben des Rechtsamts an das Städt. Hochbauamt vom 15. Nov. 1944.

467 Ebd.: Schreiben des Oberbürgermeisters an AfW vom 13. Dez. 1944. Es fehlte der Baggerlochküche an Brennholz zum Kochen und Heizen. 155 Ster Holz waren vorhanden, bei einem Bedarf von 255 Ster.

praktisch nicht geheizt, denn ein Teil der Fensterscheiben war zerbrochen ... Und dann gab es in der Halle eine Feuerstelle, eine Art alter Ofen, wo man Feuer anmachen konnte.“⁴⁶⁸

Die Heizbedingungen der Barackenlager waren zwar besonders schlecht, aber die Zeitzeugenberichte von zwei anderen ehemaligen Zwangsdeportierten zeigen, dass auch die anderen Lager karg ausgestattet waren. So z.B. das Hotel ‚Haarlaß‘, das den Fremdarbeitern eine sehr spartanische Unterkunft bot: „Wir waren in einem Stall untergebracht, einem Pferdestall. Uns war also sehr kalt, keine Heizung. Und der Winter war hart, dieser Winter damals war sehr hart. Keine Heizung! Und wir hatten den Neckar daneben, die Straße und dann kam der Neckar. Uns war also sehr kalt, oh ja.“⁴⁶⁹

Die Erzählung Robert Fréards über das Lager der Bremsenfabrik August Grau in einem Haus des Pleikartsförsterhofs weicht nicht viel von den Berichten seiner Kameraden ab. Zum Heizen hatten sie einen kleinen Holzofen zur Verfügung, aber kein Brennholz: „Ich kann Ihnen sagen, dass wir alle Holzpflocke des Zauns herausgerissen haben, die es entlang der Bahngleise gab, zum Heizen. Und wir haben auch den gesamten Zaun des Turnplatzes Kirchheims niedergemacht.“⁴⁷⁰

Die Fremdarbeiter erhielten von ihrem Arbeitgeber das Bettzeug: Wolldecken, Handtücher, Besteck, für die sie verantwortlich waren, obwohl sie ihnen nicht gehörten. Juristisch gesprochen war der Arbeitgeber der Eigentümer dieser Sachen und der Fremdarbeiter der Besitzer. Es kam natürlich vor, dass die Fremdarbeiter die Feinheiten zwischen Besitz und Eigentum nicht verstanden. So nahm ein französischer Zivilarbeiter sein Kopfkissen und seine Decken mit, nachdem er die Arbeit bei seiner Heidelberger Firma beendet hatte. Das Delikt verursachte einen Briefwechsel zwischen dem alten und dem neuen Arbeitgeber, bis der Fremdar-



Fedor S. *1919

468 Högner (2002), S. 107.

469 „Il y a quinze jours que j'étais là la première fois pour le visiter, et je ne l'ai pas trouvé. J'étais à Ziegelhausen. (...) Il existe encore, je n'en ai pas trouvé la route. (...) On était logés dans une écurie, une écurie de chevaux. Alors là on avait froid, pas de chauffage. Et c'était un hiver rigoureux, l'hiver là, très rigoureux. Pas de chauffage! Et puis on avait le Neckar à côté, la route et le Neckar. Alors là on a eu froid, oh la la“ (Koppenhöfer, Peter: undatiertes Zeitzeugengespräch mit Gilbert Hellé).

470 „Dans la petite maison on avait un petit fourneau à un trou et puis un petit peu de gaz dans la cuisine au rez-de-chaussée (...) Et pour chauffer, je vous le dit, on a arraché tous les piquets de clôture qu'on trouvait le long du chemin de fer. Et puis on a démolé toute la clôture du stade de Kirchheim“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Robert Fréard vom 9. Okt. 2001).

beiter das mitgenommene Bettzeug zurückbrachte.⁴⁷¹ Matratzen sowie Kopfkissen waren i. d. R. einfache Matten, die mit Stroh oder mit Sägemehl gefüllt worden waren. Nach einer Weile wurde die Füllung vom Kopf des Schläfers flachgedrückt: „Anfangs gingen die Strohsäcke noch einigermaßen, aber am Schluss war da nur noch Staub. Nachts hätte man glauben können, dass wilde Tiere im Raum seien, da schnarchte es aus allen Ecken ... es war die Hölle!“⁴⁷²

Die Lagerausstattungslisten bestätigen, dass diese Strohmatten standardmäßig gestellt wurden. In dieser Hinsicht konnten keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Staatsangehörigkeiten gemacht werden. Jedoch hatten manche Lagerinsassen eine noch schlechtere Ruhestätte als die anderen. Es fehlten den Insassen der Pestalozzischule diverse Sachen, wie das Stroh für ihre Matten. Am 17. Januar 1945 – obwohl die Bewohnerzahl des Lagers seit fast einem Monat ständig wuchs – fehlte noch das notwendige Stroh für 50 Personen.⁴⁷³ Die Ausstattungslisten enthalten auch viele Informationen über die Alltagsgegenstände, die den Fremdarbeitern zur Verfügung standen. Die Frauen des Ostarbeiterinnenlagers Baggerloch hatten für ihre Wäsche und zum Kochen zwei Wasch- und zwei Kochkessel.⁴⁷⁴ Es wurden für sie 131 Decken bestellt, sodass jede Frau im Winter zwei Decken hatte. Elf Fächer waren für das Eigentum von 22 Ostarbeiterinnen vorhanden; nach welchen Regeln die Benutzung der Fächer erlaubt war, bleibt unklar. Die Küchenbaracke wurde noch mit zwei Öfen versehen, dazu kamen sechs Eiseneimer, fünf Krüge, drei Kaffeekannen, 70 Kaffeebecher und 20 Schüsseln. Der Waschraum wurde mit zwei Wäschetrocknern, fünf Notfalllampen und zwei Tischen – einmal 2,00 x 0,90m und einmal 2,20 x 0,70m – eingerichtet.⁴⁷⁵ Diese Einrichtungsgegenstände entsprachen genau den Richtlinien des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition von

471 STAHD AA, 212c/7: Schreiben von Wilhelm Geiger, Weinbergbesitzer und Weingroßhandlung, an die Stadtverwaltung, vom 21. Dez. 1944; vgl. auch: ebd.: Vermerk vom 27. Dez. 1944).

472 Högner (2002), S. 109.

473 STAHD AA, 199p/2: Vermerk des AfW an das Städt. Wirtschaftsamt Heidelberg vom 17. Jan. 1945: „Unterbringung der für die Luftschutzbauten eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte (...) Für die etwa 50 Arbeitskräfte fehlen zur Zeit noch die Strohsäcke, während mit etwa 50 bis 60 Mann Zuzug noch zu rechnen ist (...)“.

474 Ebd.: Vermerk des Hochbauamts vom 16. Juli 1942.

475 Ebd.: undatierte Ausstattungsliste der Ostarbeiterinnen-Baracke Baggerloch (mit beigeordneten Dokumenten vom Dez. 1942).

Mai 1942, die auch für RAD-Arbeiter⁴⁷⁶ wie für russischen Kriegsgefangenen⁴⁷⁷ oder Frauenbaracken⁴⁷⁸ galten.

Die Fremdarbeiterlager waren dunkel, kalt und feucht. Die Einrichtungsgegenstände, insbesondere das Bettzeug, waren sehr primitiv und vermutlich gesundheitlich bedenklich. Die Lebensbedingungen innerhalb des Lagers verstärken diesen Eindruck zusätzlich.

3.2.2 Gesundheitliche Zuträglichkeit

Die gesundheitliche Zuträglichkeit der Lager hing von verschiedenen Faktoren ab, wie der Anzahl der Bewohner, derjenigen der Sanitäreinrichtungen, der Möglichkeit, die Wäsche, sich selbst und/oder die Baracke sauber zu halten bzw. zu desinfizieren.

3.2.2.1 (Über-)Belegung der Lager

Die Fremdarbeiterlager waren vorgesehen für eine bestimmte Fremdarbeiterzahl, die jedoch im Lauf des Kriegs häufig überschritten wurde. Grund dafür war der anhaltende Zustrom von Fremdarbeitern im Jahr 1944. Die Fremdarbeiterzählung des Arbeitsamtsbezirks vom 30. September 1944 ergab

476 Die Einrichtung der Lager war sehr stark reglementiert. Die RAD-Baracken Typ IV für 18 Zivilarbeiter mussten beispielsweise ausgestattet sein mit neun Doppelbetten, neun doppelten Fächern, zwei Tischen à 200cm Länge, 18 Hockern, 18 Näpfen, 18 Tellern, 18 Bestecksets, zwei Stiefelausziehern, neun Schüsseln, einer Kohlenkiste, einer Kohlenschaufel, einem Mülleimer, einer Müllschaufel, zwei Wasserkannen, einem Wassereimer, einem Ofen, einem Feuerlöcher, 18 Strohmatten, 18 gefüllten Säcken für den Kopf, 36 Decken, 36 Handtüchern ... (vgl. STAHD AA, 199p/2: Richtlinien des Reichsministers für Bewaffnung u. Munition vom 28. Mai 1942).

477 Baracke RAD-Typ IV für 36 russische Kriegsgefangene sollte beinhalten: Doppelstockbetten, drei Tische à 200cm, sechs Bänke à 200 cm, 36 Näpfe, 36 Löffel, zwei Stiefelknechte, eine Kohlenkiste, eine Kohlenschaufel, zwei Wasserkannen, einen Wassereimer, einen Ofen, 36 Strohmatten, 36 gefüllte Säcke für den Kopf, 72 grobe Decken, 72 Handtücher. Wie man sieht, waren die Hocker für die Ostarbeiterinnen bestimmt und für die Kriegsgefangenen von niedrigerem Status waren Bänke vorgesehen. Die Ostarbeiterinnen durften Bestecke haben, während die sowjetischen Gefangenen nur Löffel hatten. Die Statusunterschiede machen sich auch in der Auswahl der Decken bemerkbar oder an die Abwesenheit von Einstellfächern (ebd.).

478 Die Ausstattung der RJM-Mannschaftsbaracke Typ 501/34 unterscheidet sich noch mehr von der anderer Baracken. Für zwölf Frauen waren sechs Doppelbetten, sechs Ablagefächer, ein Tisch à 200cm, zwölf Stühle, zwölf Näpfe, zwölf Teller, zwölf Becher, zwölf Bestecksets, sechs Schüsseln, eine Kohlenkiste, eine Kohlenschaufel, ein Mülleimer, zwei Wasserkannen, ein Ofen, ein Feuerlöcher, zwölf Strohmatten, zwölf Kopfkissen, 18 Betttücher, 24 Decken, 24 Handtücher vorgesehen. Die wohl größten Unterschiede im Vergleich zu anderen Fremdarbeiterbaracken betrafen Stühle und Kopfkissen (ebd.).



Gilbert M. *1923

eine Zahl von 9.024 Arbeitern in Heidelberg. In der Praxis waren die meisten Lager zu dieser Zeit schon überfüllt.⁴⁷⁹ Insbesondere waren die Barackenlager von der Überbelegung stark betroffen. Die Reichsbahn beschäftigte Ende September 1943 120 IMI, die in zwei Baracken untergebracht wurden. Diese zwei Baracken waren ursprünglich für insgesamt 100 Bewohner gebaut worden, wie die Reichsbahn selbst mitteilte.⁴⁸⁰ Anfang Februar 1944 wurden zusätzlich zehn italienische Arbeiter des Tiefbauamts dort einquartiert. Das Tiefbauamt war nicht in der Lage, ihnen eine anderweitige Unterkunft zu beschaffen. Die Reichsbahn bewilligte ihnen den Aufenthalt in ihrer Baracke für eine Dauer von zehn Tagen.⁴⁸¹ Die zeitliche Beschränkung ist auf die Überfüllung der Reichsbahnbaracke zurückzuführen. Die zwei Baracken, die für 100 Fremdarbeiter errichtet worden waren, beherbergten regelmäßig 20 Personen zuviel – und hin und wieder sogar 30. Wo und wie diese Männer dort schliefen, bleibt leider im Dunkeln. Die Reichsbahn besaß noch ein weiteres Lager, das ebenfalls überfüllt war. Ihr Ostarbeiterfamilienlager sollte ursprünglich 120 Personen beherbergen können. Am 24. Mai 1944 wohnten dort 130 Personen; die Reichsbahn gab zu dieser Zeit selbst zu, dass das Lager seine höchste Belegungskapazität ausgeschöpft hatte.⁴⁸² Manche Fragen bleiben in diesem Fall auch unbeantwortet, vor allem die der Hygiene. Diese aufgezwungene Beengtheit dürfte in jedem Fall sehr unangenehm gewesen sein, vor allem in einer Baracke, in der Familien mit Kindern einquartiert waren. Nicht nur die Barackenlager, sondern auch die Lager, die in zweckentfremdeten Gebäuden errichtet wurden, hatten Ende des Kriegs mit diesem Problem zu kämpfen. Marcel Clément, ein ehemaliger Bewohner der Alten Schule Kirchheim – Lager der Fuchs Waggonfabrik – erzählte im Jahr 2000, dass sie „ungefähr 40 in einem Raum [waren], 40–45, die sich Dreier-Stockbetten teilten. Ich habe durch diese Beengtheit gelitten. Ich habe die Krätze und Läuse gekriegt, und um uns zu waschen, hatten wir einen Wasserhahn für 40! Nur einen Wasserhahn.“⁴⁸³

Es hat den Anschein, dass die Arbeitgeber bisweilen den Überblick verloren über die genaue Zahl der in ihren Lagern untergebrachten Fremdarbeiter. Dieser

479 Spoerer (2001b), S. 665–84.

480 STAHD AA, 199p/2: Beschluss des AfW vom 29. Sept. 1943.

481 Ebd.: Schreiben der Deutschen Reichsbahn an den Oberbürgermeister vom 9. Febr. 1944.

482 Ebd.: Beschluss vom 24. Mai 1944.

483 „On était dans une pièce à peu près 40, 40–45 dans des châlits à trois lits. Moi j’ai souffert de la promiscuité. J’ai attrapé la gale et des poux. Et il y avait un robinet pour se laver pour 40. Un robinet!“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Marcel Clément vom 8. April 2000).



Willem H. *1916

Eindruck wird durch die Auswertung der verfügbaren Quellen über das Lager der Pestalozzischule bestätigt. Die Zahl der Bewohner der Pestalozzischule war sehr regelmäßig nach dem 20. Dezember 1944 angewachsen. Eine Woche nach der Ankunft der 80⁴⁸⁴ ersten Bewohner bezogen 100 französische und belgische Zivilarbeiter das Lager.⁴⁸⁵ Ein paar Tage später, am 2. Januar 1945, wurden 200 Franzosen⁴⁸⁶ dort einquartiert. Die Fremdarbeiterzahl dürfte zu diesem Zeitpunkt 380 Personen erreicht haben. Anfang 1945 kamen viele Fremdarbeiter einzeln oder in kleinen Gruppen von 4–5 Personen an. Auf den Unterlagen, die wir über diese Personen haben, befindet sich häufig der Vermerk „in der Pestalozzischule untergebracht.“⁴⁸⁷ Trotz dieser wiederholten Arbeitskräftezuweisungen schätzte am 25. Januar 1945 die Stadtverwaltung, dass „z. Zt. ca. 300 Ausländer (...) im Lager in der Pestalozzischule untergebracht“ waren.⁴⁸⁸ Die gleiche Fremdarbeiterzahl wurde am 12. Februar erneut erwähnt, obwohl die Zahl der Einweisungen dort beständig wuchs.⁴⁸⁹ Die Fremdarbeiterzahl wurde am 23. Februar auf etwa 270 Männer geschätzt.⁴⁹⁰ Wenn man die Zahl der Einweisungen in der Pestalozzischule genauer untersucht, stellt man fest, dass am 15. Januar 1945 nicht weniger als 386 Personen dort gewohnt haben dürften. Ende März dürfte das Lager sogar eine Belegung von 442 Personen erreicht haben. Allerdings standen bei dieser Kalkulation keine Angaben über jene Fremdarbeiter zur Verfügung, die das Lager bereits wieder verlassen haben dürften. Die Zahl der wirklich in der Pestalozzischule untergebrachten Fremdarbeiter mag dennoch deutlich höher sein, als es die Schätzungen der Stadtverwaltung nahelegen. Selbst ein Schätzfehler von 20 Personen hätte desaströse Auswirkungen auf die hygienischen Verhältnisse des Lagers gehabt. Durch das vermehrt einzelne Eintreffen zusätzlicher Fremdarbeiter dürfte es auch zunehmend schwieriger geworden sein, den Überblick über die exakte Zahl der Lagerbewohner zu behalten.

484 STAHD AA, 212c/7: Vermerk des Rechtsamts betr. Arbeitseinsatz bei LS-Baumaßnahmen vom 21. Dez. 1944.

485 Ebd.: Vermerk des Rechtsamts – Abt. AfW vom 28. Dez. 1944.

486 Ebd.: Vermerk des Rechtsamts – Abt. AfW nach einer Besprechung mit Oberrechtsrat Amberger vom 9. Jan. 1945.

487 Ebd.

488 Ebd.: Vermerk vom 25. Jan. 1945 betr. das Lager für ausländische Arbeiter (L.S. Arbeiten) in der Pestalozzischule.

489 Ebd.: Vermerk vom 12. Febr. 1945 betr. das Lager für ausländische Arbeiter in der Pestalozzischule (nach Besprechung in der Pestalozzischule).

490 Ebd.: Bericht über die Besprechung am 17. Febr. 1945 in der Pestalozzischule vom 23. Febr. 1945.

3.2.2.2 *Hygiene*

Die schriftlichen Informationen, die wir über die Sanitäreinrichtungen der Lager haben, sind eher rar. Die Wasserinstallationen der Barackenlager waren häufig problematisch, weil diese Lager in Eile errichtet wurden. Die Lager, die sich in Wirtshäusern oder Schulgebäuden befanden, hatten den Vorteil, dass ihre Wasserinstallation nicht in dieser Not und in einer Zeit des Sparens gebaut worden waren. Trotzdem waren sie nicht für diese Art der Nutzung ausgestattet, sodass die Zahl der Aborte und der Wasserhähne häufig unzureichend war. Aus einem Dokument vom Februar 1942 gehen Informationen über die nicht vorhandene Wasserinstallation des Ostarbeiterinnenlagers der Firma Gustav Hoffmann (Baggerloch) hervor. Die Firma hätte Klagen der DAF und der Polizeibehörde erhalten, weil die Baracke keine eigene Wasserinstallation besaß. Das benötigte Wasser wurde bei der Nachbarbaracke der Reichsbahn gezapft. Herr S., der neue Aufseher der Reichsbahnbaracke, gestattete das Wasserzapfen nicht mehr. Deshalb bat die Firma die Stadtverwaltung darum, eine Wasserinstallation für das Hoffmann'sche Lager zu bauen. Da es in der Baracke keine Möglichkeiten gab, das Wasser zu erwärmen, wurde zugleich um die Zuweisung von Wasserkesseln gebeten, um die Sauberkeit der Baracke gewährleisten zu können.⁴⁹¹ Ohne Wasser waren die hygienischen Verhältnisse der Baracke und seiner Bewohnerinnen zweifellos katastrophal. Anscheinend machten die Wasserinstallationen des Lagers Baggerloch häufig Probleme. Aus einem Vermerk vom 11. August 1944 geht hervor, dass die Wasserhähne der Baracke der Entladekolonne seit langem nicht mehr funktionsfähig waren. Sie wurden erst im Oktober 1944 repariert.⁴⁹² Manchmal waren die Probleme dadurch verursacht, dass die Wasserrohre nur oberflächlich eingegraben worden und insofern frostanfällig waren. Das Lager Bierhelderhof wurde vor seiner Benutzung als Fremdarbeiterlager inspiziert. Aus dieser Inspektion ging hervor, dass die Wasserrohre sehr oberflächlich verlegt worden waren, sodass bei Frost weder die Küche noch die Aborte Wasser hatten. Unter der Küche lagen die Rohre wohl nur 25–30cm und am Brunnen nur 1–1,10m tief. Eine Auflösung des Lagers wurde trotzdem nicht in Betracht gezogen, sondern das Wasserwerk beauftragt, dieses Problem zu lösen.⁴⁹³ Ob es tatsächlich beseitigt wurde, bleibt leider unklar. Die vorigen Beispiele illustrieren die Schwierigkeit, zumutbare hygienische Verhältnisse herzustellen. Wie der

491 Ebd., 199p/2: Schreiben der Gustav Hoffmann GMBH (Erstlings- und Babylaufschuhe) vom Febr. 1942 (nicht genauer datiert).

492 Ebd., 199p/4: Beschluss des AfW vom 11. Aug. 1944; Vermerk vom 30. Okt. 1944.

493 Ebd., 212c/5: Vermerk des Oberbürgermeisters vom 25. Nov. 1942.

Zustand der Pestalozzischule Anfang Dezember 1944 darlegt, konnten solche Nachlässigkeiten schwerwiegende Folgen nach sich ziehen.

Gerüchte über desolate hygienische Verhältnisse an der Pestalozzischule führten zu einer Inspektion der Schule durch das Gesundheitsamt am 14. Dezember 1944. Zu dieser Zeit wurde die Schule seit zehn Tagen von Evakuierten aus dem Elsass bewohnt. Die Inspektion wurde von einem Arzt durchgeführt, der anschließend einen Bericht schrieb. Er sei zuerst von dem Urin- und Fäkaliengeruch frappiert gewesen, der in der Luft des Schulhofs lag. Die Treppen, Gänge und Klassenzimmer beschrieb er als „starrend vor Schmutz“. Der Boden der Klassenzimmer sei mit Stroh bedeckt worden, das nachts als Matratze und tagsüber als Fußabtreter benutzt wurde, da die Männer tagsüber Schmutz und Fäkalien des Hofes und der Flure unter ihren Schuhsohlen mit in die Räume schleppten. Dieser Zustand sei von den Männern verschärft worden, weil sie Essensreste und Abfälle in das Stroh würfen. Das Schlimmste sei aber der Zustand der Aborte gewesen. Auf jeder Etage gab es neun Toiletten und ein Urinal. Im Erdgeschoss wurde ihre Benutzung zwischen den IMI und den Zivilarbeitern aufgeteilt. Der Arzt erwiderte, dass man diese Toiletten mit normalen Straßenschuhen wohl kaum betreten könne, „da verschiedene Aborte bis zu mehreren Zentimetern Höhe unter Urin stehen, und die Kothaufen den Abort und auch den Vorraum derartig ausfüllen, dass zur näheren Inspektion bereits Spezialschuhe (Gummi oder Holz) notwendig wären.“⁴⁹⁴

Diese „Kothaufen“ befanden sich wohl überall, auf den Klobrillen, auf dem Boden, am Eingang. Der Urin laufe die Gänge hinunter und es entstünden Urin-Bäche im Hof. Die Toiletten der höheren Stockwerke befanden sich kaum in einem besseren Zustand; der Zugang zu den Aborten der letzten Etage wurde sogar durch Schulbänke versperrt „wegen der vorhandenen Urinüberschwemmungsgefahr der ganzen Schule (hier haben sich auch bereits Urin-Seen auf dem Gang gebildet) ...“ Viele Wasserspülungen waren kaputt; die Lagerinsassen hatten kein Toilettenpapier und halfen sich mit Stroh, das die Toiletten endgültig verstopfte. Der ungenügende Wasserdruck hätte diese Verstopfung noch begünstigt sowie die Ignoranz der Bewohner, die laut dem Arzt die Nutzung einer Wasserspülung nicht kannten – „Landbevölkerung“.⁴⁹⁵ Die Waschbecken waren ebenfalls verstopft, weil die Fremdarbeiter jede Art von Abfall dort hineingeworfen haben. Es gab auf jedem Stockwerk zwei Wasserhähne, die ständig benutzt wurden und Wasserbäche in den Gängen verursachten, die bis in die



Oscar B. *1918

494 Ebd., 212c/8: Bericht vom 14. Dez. 1944, S. 3.

495 Ebd., S. 4.

Klassenräume flossen. Es wurde eine Latrine im Hof ausgehoben, die hauptsächlich tagsüber benutzt wurde. Nachts wurde diese Latrine kaum benutzt, weil die Männer „ihre Notdurft entlang des ganzen Schulgebäudes, natürlich am meisten in der Nähe der Hauseingänge, ja sogar innerhalb der Haustüren (im Vestibül) verrichtet [haben] ...“⁴⁹⁶ Der Urin lief sogar die Treppen herunter bis in den Luftschutzraum, der sich in dem Südflügel der Schule befand. Dort stand er in übelriechenden Pfützen. Der Zustand der Turnhalle, die von den IMI bewohnt war, war kaum besser. Der Geruch und das Bild von Fäkalien und Abfällen würden sich dort wiederfinden. Der Hof wurde nicht nur als öffentliche Toilette benutzt, sondern auch als Müll- und Autodeponie. Der Boden sei von Glasscherben übersät gewesen, viele Fenster waren bei einem Luftangriff herausgeflogen. Nach diesem Bericht verlangte der Leiter des Gesundheitsamts, dass die Schule und die Wasserspülungen repariert würden. Der Stroh, der Müll sowie die Alttaxis sollten entsorgt werden. Er schlug vor, dass Reinigungsdienste eingesetzt sowie Besen und Putzeimer gekauft werden.⁴⁹⁷ Nur vier Tage nach diesem Bericht zogen für eine längere Zeit 80 Fremdarbeiter in die Pestalozzischule ein. Die Dokumente der Mappe 212c/8 geben leider keine Auskunft über den Zustand, in dem die Zivilarbeiter das Lager vorfanden. Es scheint schier unmöglich, dass dieser widerliche Zustand innerhalb von vier Tagen vollkommen beseitigt werden konnte. Diese Vermutung wird durch ein Schreiben vom 3. Januar 1945 bestätigt, aus dem hervorgeht, dass die Pestalozzischule sehr schmutzig und mit Ungeziefer verseucht sei.⁴⁹⁸

3.2.2.3 Körperpflege

Möglichkeiten auf die Körperpflege zu achten, gab es für die Fremdarbeiter kaum. Die französischen Kriegsgefangenen des Lagers ‚Zum Adler‘ hatten laut dem Bericht vom Mai 1941 lediglich ein Waschbecken für 60 Gefangene zur Verfügung. Der Waschraum wurde auch nicht beheizt und hatte eine einzige Glühbirne als Beleuchtung.⁴⁹⁹ Deshalb wuschen sich die Männer selten mehr als einmal pro Woche,⁵⁰⁰ was bei der körperlichen Tätigkeit der Kriegsgefan-

496 Ebd.

497 Ebd.: Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamts an den Oberbürgermeister vom 16. Dez. 1944 betr. Schulhygiene.

498 Ebd., 212c/7: Schreiben des Polizeidirektors – als örtlicher Luftschutzleiter – an den Direktor der Rettungsstelle 2 betr. Rettungsstelle 2 (Pestalozzischule) vom 3. Jan. 1945.

499 Ebd., 212c/6: Gutachten über den Zustand der Räume des Gefangenen-Lagers in Wieblingen im Gasthaus ‚Zum Adler‘ vom 13. Juni 1941, d.h. nach erfolgter Besichtigung am 24. Mai 1941.

500 Ebd.: Vermerk des AfW vom 23. April 1941.

genen von dem Wachmann als unzureichend bezeichnet wurde. Durch den Ortsbauernführer beantragte er für die Kriegsgefangenen die Erlaubnis, die Wieblinger Dusch- und Wannenbäder zu benutzen.⁵⁰¹ Das Grundbedürfnis der Kriegsgefangenen nach Körperpflege wurde zwar anerkannt – vor allem um Krankheiten und ihre Ausbreitung zu vermeiden – der Zugang zu Badeanstalten war aber untersagt. Die Argumente der Stadtverwaltung beruhten auf einem Erlass des Badischen Innenministers vom 13. November 1940, in dem der Besuch von öffentlichen Bädern – Schulduschen, Duschen von Turnhallen usw. ... – den Kriegsgefangenen untersagt wurde.⁵⁰² Um dieses Problem zu lösen, erwog die Stadtverwaltung die Möglichkeit, spezielle Bäder für Kriegsgefangene zu bauen. Dennoch weigerte sie sich, die Kosten dafür zu übernehmen und schlug vor, einen Antrag beim Stalag zu stellen.⁵⁰³ Die Realisierung dieses Projekts fand höchstwahrscheinlich nicht statt; jedenfalls ist sie nicht aktenkundig. Diese Benutzungseinschränkung von Badeanlagen betraf nicht nur die Kriegsgefangenen, sondern auch die Ostarbeiter. Am 29. Juli 1942 erkundigte sich die Firma Hebborn & Co. bei der Stadtverwaltung nach einer Waschgelegenheit für ihre Ostarbeiterinnen, da dies in ihrer Unterkunft – vermutlich das Ostarbeiterinnenlager der Epidemiebaracke – nicht möglich wäre. Die Firma Hebborn hätte gern die Erlaubnis, die öffentlichen Handschuhsheimer Bäder außerhalb der Öffnungszeiten zu benutzen. Sie wäre dafür bereit, nur zwei Duschen zu benutzen, die Räume in einem sauberen Zustand zu hinterlassen und die Kosten zu tragen.⁵⁰⁴ Die negative Antwort der Stadtverwaltung kam am 3. August 1942. Sie stützte sich ebenfalls auf den Erlass vom November 1940. Außerdem geht aus diesem Schreiben hervor, dass zu dieser Zeit der Bau einer „große(n) Badeanlage“ für die gesamten Lagerbewohner geplant war.⁵⁰⁵ Eigentlich sollte die Badeanlage zu diesem Zeitpunkt schon betriebsbereit sein. Aus einem Schreiben der DAF Baden vom 27. Juli 1942 geht hervor, dass in der Epidemiebaracke zwei Baracken mit jeweils neun Duschen gebaut worden



Tamara D. *1927

501 Ebd.

502 Der Lagerchef des Kriegsgefangenen-Krankenreviers des Stalag V A Ludwigsburg beantragte am 28. Okt. 1940 für die Männer der Arbeitskommandos das Recht, die Schulduschen benutzen zu dürfen. Sein Antrag wurde am 13. Nov. 1940 abgelehnt, weil es nicht zulässig erschien, dass deutsche Schüler und Kriegsgefangene die gleichen Duschen benutzten – selbst wenn diese vorher entlaust worden waren (STAHD AA, 212c/6: Schreiben vom 28. Okt. 1940 und 13. Nov. 1940).

503 Ebd.: Rückantwort des Oberbürgermeisters an die Kreisbauernschaft Heidelberg, Rohrbacherstraße 32 vom 2. Mai 1941.

504 Ebd.: Schreiben der Firma Hebborn & Co. an den Oberbürgermeister vom 29. Juli 1942.

505 Ebd.: Antwortschreiben vom 3. Aug. 1942.

waren.⁵⁰⁶ Die Epidemiebaracke beherbergte im August 1942 mindestens 150 Personen – hier handelt es sich um die Bewohner des Ostarbeiterlagers – ohne die Zahl der Ostarbeiterinnen der Frauenbaracke dazuzurechnen. Die Lagerinsassen anderer Lager durften diese Badeanlage ebenfalls benutzen.⁵⁰⁷ Die Anzahl der genutzten Duschen zusammen, verglichen mit der Zahl der Fremdarbeiter, war vermutlich unzureichend, zumal die Fremdarbeiter nur morgens oder abends duschen konnten – aber doch keinesfalls alle gleichzeitig. Die Zeitzeugen aus Raon l'Etape, die sich vier Jahre nach dem Bericht über das Kriegsgefangenenlager ‚Zum Adler‘ in Heidelberg befanden, erwähnen auch ihre Schwierigkeiten bei der Körperpflege. Das Eppelheimer Stotz-Kontakt-Lager besaß zum Beispiel nur zwei Waschbecken, wie Louis Chapelier berichtete: „Außerdem gab es da im Untergeschoss zwei große Waschbecken und es gab ein Becken, wo man seine Sachen waschen konnte.“⁵⁰⁸

Das Lager Lärchengarten – Forstamt –, das auf den Höhen über Heidelberg lag, hatte sogar noch nicht einmal fließendes Wasser. Die Zivilarbeiter zapften ihre Wasservorräte an einem Brunnen. Um das Wasser herbeizuschaffen, hatten sie ein Fass und einen Handkarren. Das Lager hatte außerdem gar keine Sanitäreanlage, sodass die Lagerinsassen „in den Wald [gingen], da wo wir ein Loch gegraben hatten, ca. 20 Meter von der Baracke entfernt und wir mussten da machen. (...) Oh, wenn wir mal klein mussten, gingen wir nicht so weit.“⁵⁰⁹

Das Lager in der Alten Schule Kirchheim hatte nur einen Außenwasserhahn für seine 45 Bewohner. Die Winterkälte trieb vielen den Anspruch aus, sich zu waschen. Die Zahl der Toiletten – eine für ebenfalls 45 Personen – war außerdem vollkommen unzureichend.⁵¹⁰ Diese Aussage Marcel Cléments wurde von Roger Colin ergänzt, der sich erinnerte, dass es „nur noch ab und zu mal ein bisschen Wasser [gab]. Es gab einen Wasserhahn, aber wenn das Wasser floss, war es nicht viel.“⁵¹¹

506 Ebd., 212c/5: Schreiben der DAF Baden an die Kreisverwaltung Heidelberg vom 27. Juli 1942.

507 Ebd.

508 Högner (2002), S. 108.

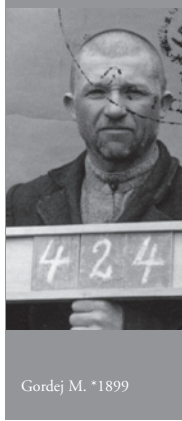
509 „Mais il n’y avait pas de toilettes. On allait en forêt où l’on avait fait un trou, à vingt mètres de la baraque et alors il fallait faire ça là. (...) Oh bien, quand c’était la petite commission on n’allait pas si loin... C’était comme ça, on n’était pas difficile non plus“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit André Ledoux vom 4. Okt. 2002).

510 Högner (2002), S. 108–9.

511 „Il y avait juste uniquement un peu d’eau de temps en temps. Il y avait un robinet mais quand elle passait il ne restait plus grande chose“ (Koppenhöfer, Peter: undatiertes Gespräch mit Roger Colin (Alte Schule Kirchheim)).

Die Zeitzeugenberichte beweisen, dass die Situation sich im Jahr 1944 nicht verbessert hatte. Die Bemerkung von Roger Colin lässt darauf schließen, dass die kriegsbedingten Netzausfälle auch die Wasserleitungen betrafen.

Ein weiterer Anhaltspunkt für eine mögliche Körperpflege kann durch die Bestellungen von Seifen ermittelt werden. Die Seife gehörte zu den rationierten Waren. Schon seit Kriegsbeginn bekam man deutschlandweit nur noch Seife der Marke „Rif“,⁵¹² Waschpulver oder Rasierseife – mit einem niedrigen Fettgehalt von 40% – mit einer Seifenkarte. Pro Monat wurden ein Stück Seife und 250g Waschpulver ausgegeben oder auf Wunsch 500g Waschpulver. Die Rasiercreme war noch schärfer rationiert; die Männer bekamen ein Stück Rasierseife für fünf Monate und nur dann, wenn sie es vorher bestellt hatten.⁵¹³ Von diesen Rationierungen war ebenso die deutsche Zivilbevölkerung betroffen. Aber die Fremdarbeiter bekamen i. d. R. noch weniger als die deutsche Bevölkerung zugeteilt, was darauf schließen lässt, dass die verfügbare Seife sehr begrenzt war. Diese Schlussfolgerung lässt sich durch die Seifen- und Waschpulverbestellungen der Ladekolonne bestätigen. Die 33 russischen Kriegsgefangenen der Ladekolonne waren laut einem Schreiben vom 2. Februar 1943 ungepflegt, ihre Kleidung hätte eine Wäsche dringend benötigt. Es wurde bei dieser Gelegenheit Seife und Waschpulver für sie bestellt.⁵¹⁴ Das Rechnungsbuch der Handkasse des Lagers für das Jahr 1943–44 gibt Auskunft darüber, ob und wann diese Bestellung Erfolg hatte. Das Buch enthält nur einen Vermerk über die Beschaffung von Seife, nämlich am 9. März 1944 ohne Mengenangabe.⁵¹⁵ Es ist anzunehmen, dass die bestellte Menge nicht ausreichte und dass die Kriegsgefangenen sowohl sich selbst als auch ihre Wohnräume weder waschen noch richtig säubern konnten. Dieser Zustand musste früher oder später zu Ungezieferbefall führen. Das Zivilarbeiterlager, das in der Gaststätte ‚Zum Storchen‘ – am ehemaligen Güterbahnhof – eingerichtet wurde, war von ukrainischen Zivilarbeitern bewohnt. Es wurde am 30. Januar 1943 inspiziert. Bei der Gelegenheit prüfte ein Inspektor den Inhalt der Schränke, insbesondere den Zustand der Kleidung, die dort lag: „Bei dieser Schrank-Revision musste ich feststellen, dass in vielen Schränken viele schmutzige Kleider bzw. Lumpen lagen, die m.E. nicht mehr zu reinigen, noch zu gebrauchen sind. Diese Lumpen mussten aus den Schränken entfernt



Gordej M. *1899

512 Abkürzung für „Reichsstelle für Industrielle Fette“.

513 Rinner (1940/1980), S. 55.

514 STAHD AA, 212c/4: Schreiben an das Ernährungsamt betr. die Seifen- und Waschmittel-Zuteilung vom 2. Febr. 1943.

515 Ebd., 212c/3: Handkasse der Ostarbeiter Lagerküche im Baggerloch, sowjet. Kriegsgefangene 1943–44.

und anderen Zwecken zugeführt werden, damit sich kein Krankheitsherd noch Ungeziefer entwickeln kann.“⁵¹⁶

Die Unterversorgung der Fremdarbeiter mit Waschgelegenheiten sowie die katastrophalen hygienischen Verhältnisse wie in der Pestalozzischule führten in vielen Lagern zu Ungezieferbefall.

3.2.2.4 *Ungeziefer*

Diese Verseuchungen sind sowohl schriftlich wie mündlich dokumentiert. Das russische Kriegsgefangenenlager der Entladekolonne hatte mit Ungeziefer zu kämpfen. Aus einem Schreiben vom 28. August 1944 geht hervor, dass die Kopfkissenfüllung dringend gewechselt werden müsse. Außerdem sei der Boden von Flöhen bedeckt. Um die Flöhe zu beseitigen, wurde ein Reinigungsmittel beantragt. Die Stadtverwaltung teilte in ihrer Antwort mit, dass die Kopfkissenfüllung zu diesem Zeitpunkt seit Wochen nicht gewechselt werden könne. Außerdem wären die gegen Insektenbefall verwendeten Reinigungsmittel wie „Lysol, Gresol“ unbeschaffbar. Das Gesundheitsamt schlug zur Desinfizierung des Bodens das Auftragen von einem mit Wasser verdünnten Kilo Chlorkalk vor; für die Betten wurde die Benutzung von fünf Kilo „Gerasol“ für 60–70 Betten angeraten.⁵¹⁷ Aus einem Vermerk vom 12. Oktober geht hervor, dass der Boden und die Betten tatsächlich desinfiziert wurden.⁵¹⁸ Das Sägemehl für die Kopfkissen kam jedoch erst im Oktober 1944 an.⁵¹⁹ Das Lager Bierhelderhof hätte vor der Ankunft der dunkelhäutigen Kriegsgefangenen desinfiziert werden sollen. Diese Aktion wurde als schwierig eingestuft, weil die Baracke undicht war und schwer abzuschließen.⁵²⁰ Das Lager Pestalozzischule hatte ebenfalls mit Ungeziefer zu kämpfen, wie es aus einem Schreiben vom 7. Februar 1945 hervorgeht.⁵²¹ Viele der Zeitzeugen aus Raon l’Etape berichteten ebenfalls über den Befall der Lagerräume durch Ungeziefer. Louis Chapelier bemerkte folgendes bei der Erwähnung seines ehemaligen Lagers in der Turnhalle Eppelheim: „Und dann gab es den Schmutz, ich habe zwar keine Flöhe gesehen, aber ich sah die

516 Ebd., 199d/11: Prüfungsbericht vom 30. Jan. 1943.

517 Ebd., 199p/4: Vermerk vom 28. Aug. 1944 – nach einem Gespräch mit Frau Streb (die für die Lagerküche zuständig war).

518 Ebd.: Vermerk des AfW vom 12. Okt. 1944 – nach einem Gespräch mit Frau Streb.

519 Ebd.: Schreiben der Firma Anton Grimme in Krumsbach (Kreis Mosbach) vom 7. Okt. 1944.

520 Ebd., 212c/5: Vermerk vom 8. Mai 1943, d.h. nach erfolgter Inspektion des Lagers Bierhelderhof.

521 „Es wurde festgestellt, dass durch diese Arbeiter Ungeziefer eingeschleppt wurde ...“ (ebd., 212c/7: Schreiben an die Feuer- und Sanitätswachen Heidelberg vom 7. Febr. 1945).

Wanzen. Ach die Wanzen! Die Haut an meinem Hals ist ganz hart geworden, so harte Flecken von den Wanzenbissen.“⁵²²

Chapelier erzählte, wie ein Holländer ihm eine Streichholzschachtel gab, um die Insekten mit der Streichholzflamme „grillen“ zu können.⁵²³ Die Bewohner des Lagers Kaffeehalle – in der Nähe der Wirtschaft ‚Zum Storchen‘ – waren alle bei der Reichsbahn beschäftigt. Ihr Lager war bei ihrer Ankunft schon von 24 französischen Bahnarbeitern der SNCF bezogen, die seit 1943 in diesem Lager wohnten.⁵²⁴ René Rebout gehörte zu ihnen und berichtete ebenfalls über die Präsenz diverser Insekten: „Es war ein kleines Gebäude, das der Reichsbahn gehörte. Das Lager bestand aus einem Schlafraum, einer Küche, Waschbecken, WC, einem großen Kohleofen, der alles geheizt hat. Die Etagenbettgestelle waren mit Wanzen durchseucht und die Strohsäcke voller Läuse.“⁵²⁵

Marcel Clément erzählte, dass er während seines Aufenthalts im Lager Kirchheim Läuse bekam.⁵²⁶ Sein Kamerad René Colin ergänzte seinen Bericht mit der Bemerkung, dass die Lagerinsassen keine Mittel für die Insektenbekämpfung zur Verfügung hatten.⁵²⁷ Jedoch waren manche Lager von diesem Problem nicht betroffen. Das Lager der Firma Maßholder, wo Jacques Nilsa untergebracht war, war relativ neu, sauber, ohne Ungeziefer und verfügte über eine Toilette und große Waschbecken.⁵²⁸ Dieses Lager scheint jedoch eher eine Ausnahme gewesen zu sein. Die hygienischen Verhältnisse waren ganz überwiegend als problematisch zu bezeichnen.

Die Auswertung der Heidelberger Akten und der Zeitzeugengespräche ergeben ein heterogenes Bild der Fremdarbeiterlager. Die benutzten Gebäude waren entweder zweckentfremdete Schul- oder Wirtschaftsgebäude oder neugebaute Barackenlager. Wirtschaftshäuser wurden eher als Unterkunft für Westarbeiter



Marja S. *1928

522 Högner (2002), S. 107.

523 „Alors un jour (...) il y avait un Hollandais qui m'a passé une boîte d'allumettes (...) et je les ai grillées avec la flamme de l'allumette“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Louis Chapelier vom 8. April 2000).

524 „C'était un petit bâtiment appartenant à la Reichsbahn. A notre arrivée celui-ci était déjà occupé par 24 spécialistes des chemins de fer français (SNCF) STO. Ils étaient là depuis 1943. Le camp était composé d'un dortoir, une cuisine, lavabo, WC, un gros fourneau à charbon chauffant l'ensemble. En ce qui concerne le couchage, les châlits en bois à étage étaient garnis de punaises et les paillasses pleines de poux“ (Koppenhöfer, Peter: undatiertes Schreiben von René Rebout).

525 Högner (2002), S. 109.

526 Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Marcel Clément (Alte Schule Kirchheim) vom 8. April 2000.

527 Ebd.: undatiertes Zeitzeugengespräch mit Roger Colin.

528 Högner (2002), S. 108.

bevorzugt, während Ostarbeiter häufiger in Barackenlagern einquartiert wurden. Die Lagereinrichtung war überall die gleiche und war nach einer DIN-Norm streng geregelt worden. Elemente des Komforts sowie Waschgelegenheiten waren selten. Die hygienischen Verhältnisse und eine Überbelegung mancher Lager führten zwangsläufig zu Erkrankungen der Fremdarbeiter. Diese Art der Unterkunft von Fremdarbeitern war die verbreitetste in ganz Deutschland, war aber nicht die einzige. Auch wenn es seltener vorkam, gab es Fremdarbeiter, die eine andere Art der Unterkunft genießen durften: die Unterkunft in Privatquartieren.

3.3 Fremdarbeiter ohne Lager

Viele Fremdarbeiter waren bei ihrem Arbeitgeber untergebracht. Bei den 280 Personen, deren Fragebogen zur Herstellung des Arbeitsbuchs ausgewertet wurden, haben 112 Fremdarbeiter – fast 40%! – nicht in Lagern, sondern bei Privatpersonen gewohnt. Erstaunlicherweise haben nicht nur Westarbeiter von dieser Art des Wohnens profitiert, sondern auch Polen, Ostarbeiter und manche russischen Fremdarbeiter. Die freiwilligen Zivilarbeiter – Westarbeiter oder Zivilarbeiter aus den verbündeten Ländern Deutschlands – wurden in Heidelberg normalerweise in Hotelzimmern einquartiert – aber nicht, wie im Hotel ‚Haarlaß‘ im Pferderstall –, manche sogar in Wohnungen, für die sie die Kosten auch selbst tragen mussten.

3.3.1 Unterkunft beim Arbeitgeber

3.3.1.1 Die landwirtschaftlichen Arbeiter

Die Zahl der bei ihrem Arbeitgeber untergebrachten Polen war erstaunlich hoch: Es handelte sich um 80% der polnischen Fremdarbeiter, während nur 20% im Lager untergebracht waren. Bei russischen Arbeitern waren vor allem Frauen diejenigen, die eine solche Unterkunft genossen (15%). Diese Art der Unterkunft wurde eigentlich nur akzeptiert, wenn eine andere Lösung nicht in Betracht kam. In diesem Fall wurde darauf geachtet, dass Männer und Frauen möglichst voneinander getrennt waren. Es wurde ebenfalls vom Arbeitgeber erwartet, dass die Fremdarbeiter streng überwacht wurden.⁵²⁹ Die Lebensbedingungen dieser Fremdarbeiter sind noch schwieriger zu beurteilen als die derjenigen, die im Lager untergebracht waren. Sie hingen noch stärker davon

⁵²⁹ Hoffmann (1999), S. 85.

ab, wie der Arbeitgeber jeweils seine Arbeiter behandelte. Die Überlieferungslage ist ebenfalls sehr dünn. Aus einem Schreiben des Wohlfahrts- und Jugendamts vom Dezember 1944 gehen Informationen über die Wohnbedingungen eines Mannes und seiner einjährigen Tochter hervor. Der Vater des Kindes musste das Kind zu sich nehmen, nachdem der Arbeitgeber der Mutter sich weigerte, das Kind zu beherbergen. Der Mann wohnte und arbeitete für die Familie R., eine sechsköpfige Familie, der nur eine Zweizimmerwohnung zur Verfügung stand. Offiziell wohnte die kleine Klara K. bei der Familie R. „in Pflege“. Es wird in dem Schreiben außerdem betont, dass sie nicht bei ihrem Vater untergebracht war, sondern dass „das Polenkind (...) ein eigenes Bett [hat], das im Schlafzimmer der Pflegeeltern steht“. Wo der Vater selbst untergebracht war, ist vollkommen unklar.⁵³⁰ Aus einem weiteren Schreiben des Wohlfahrts- und Jugendamts gehen Informationen über eine andere Familie hervor. Es handelt sich in diesem Fall um ein Schreiben vom August 1945. Die junge Katharina G. und ihr Sohn Michael befanden sich immer noch bei der Familie ihres Arbeitgebers, dem Landwirt S., weil sie sich dort wohl fühlte. Es ist anzunehmen, dass sie nach dem Krieg weiter dort arbeitete und wohnte. Sie besaß dort ihr eigenes Zimmer und das Kind hatte auch ein eigenes Bett.⁵³¹ Diese zwei Beispiele werfen ein eher positives Licht auf diese Unterkunftsart.

3.3.1.2 Die Haushaltshilfen

Die Frauen, die eine Stellung als Haushaltshilfe bekamen, wurden i. d. R. bei ihrem Arbeitgeber untergebracht. Es fehlt nicht an Beispielen, die diese Tatsache dokumentieren können, aber Einzelheiten über die genaue Unterkunft, die Einrichtung usw. sind selten enthalten: Maja A., eine Dänin, war als Hausgehilfin eingestellt und wohnte in der Hauptstraße;⁵³² Alla E., eine russische Hausgehilfin wohnte anderthalb Jahre bei ihrem Arbeitgeber – einem Dr. S.;⁵³³ eine polnische Witwe arbeitete und wohnte ebenfalls bei einem Doktor S.⁵³⁴ usw.

530 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 14, Mappe 56, Dok. 113. Nach dem Krieg verließ die junge Familie Deutschland. Die letzte Meldung vom 7. Jan. 1946 informiert darüber, dass sie in einem DP-Lager in Stuttgart auf ihren Rücktransport wartete (ebd.: Dok. 114).

531 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 46, Dok. 21 (vom 7. Aug. 1945). Die junge Frau zog zusammen mit dem Vater des Kindes im Okt. 1945 nach Mannheim. Die junge Familie hatte scheinbar vor, in Deutschland zu bleiben. Ein Jahr nach dem Schreiben des Wohlfahrts- und Jugendamts hatte die Russin noch regelmäßig Kontakt zu ihrem ehemaligen Arbeitgeber (ebd.: Dok. 22 vom 21. Aug. 1946).

532 Ebd., (Einzelfallakten, Dänemark), Karton 1, Mappe 1, Dok. 53.

533 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 12, Mappe 36, Dok. 142.

534 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 81, Dok. 75.



Virgine B. *1904

3.3.1.3 *Das Personal in der Touristikbranche*

I. d. R. waren die Fremdarbeiter, die in Restaurants oder Hotels beschäftigt waren, an ihrem Arbeitsort untergebracht. Bei den französischen Zivilarbeitern war diese Art ihrer Unterkunft schon in dem Vertrag, den sie in Frankreich unterschrieben hatten, angegeben. Auf solche Dokumente wurden häufig Vermerke geschrieben wie „Verköstigung: volle Kost im Hause“.⁵³⁵ Die Beispiele fehlen hier auch nicht, es fehlen aber ebenfalls die Details über die genauen Bedingungen in diesen Unterkünften. Abgesehen von den Zivilarbeitern aus Raon l'Etape wohnten im Hotel Haarlaß auch eine Ungarin, Julianne F., die als Küchengehilfin beschäftigt wurde,⁵³⁶ und im Mai 1944 ein französischer Hausbursche.⁵³⁷ Das Schloßhotel beherbergte mindestens eines seiner französischen Hausmädchen,⁵³⁸ das Hotel Denner beherbergte seinerseits ein französisches Buffetfräulein.⁵³⁹ Hausmädchen und Küchengehilfinnen befanden sich nicht nur im Tourismusbereich. Die Mensa oder auch die Klinischen Anstalten beschäftigten ebenfalls solches Personal und stellten für sie auch Zimmer zur Verfügung, so z.B. das Akademische Krankenhaus, das seine fremden Hausmädchen,⁵⁴⁰ Schwestern⁵⁴¹ und russischen Köchinnen⁵⁴² beherbergte. Das Pflegepersonal wurde gleichfalls dort untergebracht. Dabei handelte es sich nicht unbedingt um Personen, die als „minderwertig“ angesehen wurden. Ein bulgarischer Internist, der eine Stelle im Tuberkulose-Krankenhaus Rohrbach hatte, bekam dort ein Zimmer.⁵⁴³

3.3.2 Private Unterkünfte

3.3.2.1 *Ostarbeiter*

Bei der Auswertung der Einzelfallakten wurden Dokumente mit dem Vermerk „führt einen eigenen Haushalt“ gefunden. Die betroffenen Personen waren keine Ostarbeiter, sondern eingedeutschte Polinnen oder Ukrainerinnen. Ein Zweifel besteht noch bei einer älteren Polin, die als Stenotypistin bei Teroson arbeitete

535 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 121, Dok. 107: Überweisungsschein: „Aufnehmendes L. A. A. Südwestdeutschland Wirtschaftsgruppe Gaststätten u. Beherbergungsgewerbe Geschäftsstelle Heidelberg“.

536 Ebd., (Einzelfallakten, Ungarn), Karton 1, Mappe 3, Dok. 54a.

537 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 119, Dok. 111.

538 Ebd., Karton 11, Mappe 33, Dok. 43.

539 Ebd., Karton 15, Mappe 45, Dok. 10.

540 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 6, Mappe 18, Dok. 4.

541 Ebd., Karton 12, Mappe 36, Doc. 48.

542 Ebd., Karton 12, Mappe 36, Dok. 104 und Karton 3, Mappe 9, Dok. 37.

543 Ebd., (Einzelfallakten, Bulgarien), Karton 1, Mappe 2, Dok. 136.

und ihre eigene Wohnung in der Altstadt unterhielt. Frau N. beklagte sich bei der Stadt, weil die Strecke zu ihrer Arbeitsstelle sehr lang wäre, sodass sie um 5:00 Uhr morgens aufstehen müsste.⁵⁴⁴ Viele Straßenbahnen verkehrten im Jahr 1944 nicht wie sonst.⁵⁴⁵ In den Dokumenten wird diese Frau stets als „Polin“ bezeichnet,⁵⁴⁶ die „einen eigenen Haushalt“ führe.⁵⁴⁷ Eine ärztliche Untersuchung vom Jahr 1942 wies darauf hin, dass die Frau nicht in der Lage war, lange zu arbeiten. Außerdem wurde sie als „nicht lagerfähig“ eingestuft. Diese Polin war aber offensichtlich ein Einzelfall in Heidelberg.



Marcel Alfons B.

*1914

3.3.2.2 Westarbeiter

Bei den Westarbeitern war der eigene Haushalt dagegen viel verbreiteter. Dieses Privileg hatte wohl seinen Preis: Die Westarbeiter mussten die Kosten für ihre Unterkunft selbst übernehmen. Auf der anderen Seite erhielten diese Fremdarbeiter ähnliche Gehälter wie ihre deutschen Kollegen. Es kam auch manchmal vor, dass ihr Arbeitgeber diese Unterkunft unterstützte. Ein französischer Kriegsgefangener bekam von seiner Firma (BBC) diese Unterstützung. Laut seinem Schreiben vom 20. Oktober 1943 war er zuerst in einem Lager in Mannheim-Käfertal untergebracht gewesen, von dem er jeden Tag zu seiner Heidelberger Abteilung pendelte. Aufgrund der Zeit, die er in der OEG verbrachte, verpasste er regelmäßig die Ausgabezeit für Lebensmittel und bat seine Firma um die Zuteilung eines Privatquartiers: „Die Firma hat den frz. Angestellten von Abt. HW eine Unterkunft in Heidelberg zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme werden ihre Lebensverhältnisse beträchtlich erleichtert und ihre Leistung erhöht. In den Grenzen der heutigen Möglichkeiten wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie etwas Ähnliches für mich unternehmen könnten.“⁵⁴⁸

Er erhielt auch tatsächlich dieses Privatquartier, wie die Bescheinigung vom 13. Oktober 1944 beweist.⁵⁴⁹ Eine andere Gruppe von Fremden, die eine private Unterkunft hatten, waren ehemalige Kollaborateure aus den besetzten Ländern Deutschlands. Im Herbst 1944 kamen in Heidelberg Kollaborateure an, die aus ihren Ländern fliehen mussten – denn sie galten bei ihren Landsleuten als Verräter. Im September 1944 zog eine dreiköpfige belgische Familie nach

544 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 81, Dok. 101.

545 Ebd.: Dok. 98.

546 Ebd.: Dok. 98 und 107.

547 Ebd.: Dok. 101: „Frau N. (...) hat eigenen Haushalt“ (vgl. ebd.: Dok. 104: „Ich bin allein-stehend und führe einen eigenen Haushalt ohne jede Mithilfe.“).

548 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 120. Dok. 157.

549 „... dass wir damit einverstanden sind, wenn er ein Privat-Quartier bezieht ...“ (vgl. ebd.: Dok. 140 vom 13. Okt. 1944).

Heidelberg. Sie hatte in Belgien mit der Besatzungsmacht kollaboriert und den Befehl erhalten, nach Heidelberg zu fahren und dort zu arbeiten, wie es aus einer Bescheinigung hervorgeht: „Der Flame D. C., (...) hat während der Besatzungszeit in Belgien für die Dienststelle des SS-Verbindungsführers der OT-Einsatzgruppe West (unterstand dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD) im Nachrichtendienst gearbeitet und ausschließlich deutsche Interessen vertreten. D. C. und die in seiner Begleitung befindlichen Flamen haben durch ihre Arbeit für deutsche Belange ihr Leben aufs Spiel gesetzt und mußten anlässlich der Rückführung der Deutschen auch ihre Heimat verlassen. D. C. und seine Begleiter sollen nunmehr im neuen Einsatzgebiet des SS-Verbindungsführers im Kreis Heidelberg zur Arbeit eingesetzt werden und ich bitte, ihnen die notwendige Unterstützung bei ihrer Weiterleitung nach Heidelberg zu gewähren. D. C. hat sich in Heidelberg beim SS-Verbindungsführer der Org. Todt, SS-Hauptsturmführer R., zu melden.“

Sie nahmen sich ein Hotelzimmer, das sie 3 RM pro Nacht kostete – eine Summe, die laut der Mutter höher als das gezahlte Gehalt war. Ihr Mann und ihr Sohn arbeiteten bei der Firma Lauer. Die Familie erhielt eine finanzielle Beihilfe von 20 RM, die auch als Ausgleich für erworbene Küchenutensilien gedacht war.⁵⁵⁰ Eine holländische Familie befand sich in einer ähnlichen Situation. Sie floh im September 1944 aus ihrem Heimatland. Die NSV kümmerte sich darum, ihr ein Zimmer zu besorgen. Sie erhielt eine Beihilfe von 191,53 RM, um sich Wäsche und Kleidung zu kaufen.⁵⁵¹

Die großzügige Beihilfe, die diese zwei Familien erhielten, hebt die großen Unterschiede hervor, die sich in der Wahl der Unterkünfte für Fremdarbeiter ergaben. Diese ungleiche Behandlung spiegelt sich auch in anderen lebenswichtigen Aspekten wie Ernährung und Kleidung wider.

550 STAHD, (Einzelfallakten, Belgien), Karton 3, Mappe 8, Dok. 114.

551 STAHD, (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 6, Mappe 20, Dok. 21.

4 Die Lebensbedingungen



Evgenija B. *1918

„Tout prisonnier, quel qu'il soit, est un homme qui a eu faim ...“ schrieb der ehemalige französische Kriegsgefangene und Historiker Yves Durand im Jahr 1987.⁵⁵² Die kriegsbedingt schwierige Lage Deutschlands hinsichtlich der Lebensmittelversorgung betraf alle, die im Reich lebten. Die Bevölkerung war schon seit vielen Jahren von Einschränkungen betroffen, die sich auch auf die Fremdarbeiter auswirkten.

4.1 Die Ernährung

Heutzutage geben Ernährungswissenschaftler das Existenzminimum mit 1.800 bis 2.000 Kalorien an. Der Kalorienbedarf eines erwachsenen Mannes liegt bei 2.400 Kalorien pro Tag; bei körperlicher Arbeit erhöht sich der Bedarf auf 3.600 Kalorien. Er steigt bei schwerer körperlicher Arbeit auf bis zu 4.500 Kalorien an.⁵⁵³

4.1.1 Kriegsbedingte Lebensmittelknappheit

4.1.1.1 Die Einführung von Lebensmittelkarten

Die Politik des Dritten Reichs gegenüber den Fremdarbeitern verfolgte eine systematisch praktizierte Verringerung der Rationen im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung. Seit 1938 war diese als erste von der Lebensmittelknappheit betroffen. Erstaunlicherweise wurde diese Nahrungskrise nicht als eine solche empfunden: Die deutsche Bevölkerung fühlte eher eine „psychologisch empfundene Wohlhabenheit“,⁵⁵⁴ die auf die aggressive Propaganda zurückzuführen ist. So deklarierte z.B. Göring beim Parteitag von 1938: „Der soll aufstehen, der mir erklärt, er kann im Dritten Reich nicht satt werden, den möchte ich sehen!“⁵⁵⁵

⁵⁵² „Jeder Gefangene, wer immer er auch sei, ist ein Mann der Hunger litt“ (Durand 1987, S. 125).

⁵⁵³ Spoerer (2001a), S. 124.

⁵⁵⁴ Wolf (1982), S. 68–77, hier S. 69; Gies (1979), S. 466–99; Gies (1986), S. 302–32; Kluge (1985), S. 67–72.

⁵⁵⁵ Wolf (1982), S. 70.

Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus.⁵⁵⁶ Die Propaganda diktierte die Menüplanung der deutschen Familie mit Aktionen wie z.B. dem „Opfermahl für das Reich“⁵⁵⁷ oder der zunehmenden Nutzung von Ersatzlebensmitteln.⁵⁵⁸ Diese Politik führte dazu, dass sich die deutsche Bevölkerung 1939 schon an die Restriktionen gewöhnt hatte. Ihre Ernährung und sonstige Bedarfsartikel wurden sowohl von der Reichsbürokratie wie von der Verfügbarkeit der Lebensmittel bestimmt.⁵⁵⁹ Mit Kriegsbeginn bestimmte die Kriegsrationierung die Versorgungssituation. Davon betroffen waren nicht nur Lebensmittel, sondern auch Waren des täglichen Bedarfs wie Seife, Kleidung oder auch Heizöl bzw. Kohle. Nach dem 25. September 1939 wurden die Lebensmittelrationen verringert⁵⁶⁰ und diese konnten nur noch auf „Karte“ bezogen werden: Die Reichsbrot-, Reichsfleisch-, Reichsfett-, Reichsmilch- und die Reichsseifenkarten tauchten auf.

556 Die Gründe für diese Lebensmittelknappheit werden heutzutage immer noch diskutiert. Die Wirtschaftskrise von 1929 hatte sicherlich noch Auswirkungen auf Deutschland bis 1933. Die Kriegspolitik des Reichs verschärfte zweifellos diese Lage, weil die Remilitarisierung Deutschland hinsichtlich der Lebensmittelversorgung vom Ausland abhängig machte. Die Schwer- und Rüstungsindustrie wurde bevorzugt auf Kosten der Landwirtschaft gefördert. Um Vorräte zu speichern, waren viele Lebensmittel schon vor Kriegsbeginn nicht mehr erhältlich. Das Ernährungsministerium teilte 1938 mit, dass Deutschland genügend Vorräte an Brot, Mehl, Tieren, Fett, Konserven (62.500 Tonnen), tief gefrorenem Fleisch/Fisch, Kartoffeln und Viehfutter für zwei Jahre besaß. Trotz dieser Vorräte wurden immer mehr Kartoffelmehl und andere Ersatzstoffe eingesetzt (Eichholtz (1988), S. 659–60).

557 Unter dem „Opfermahl für das Reich“ verstand man die Zubereitung von einem Eintopf pro Woche. Dabei war angeregt, das damit gesparte Geld dem Staat zu schenken (Wolf (1982), S. 72).

558 Die meisten Lebensmittelersatzstoffe wurden im Ersten Weltkrieg eingeführt: „Milei“ war ein Ei-Ersatz; „Parsala“ ersetzte das Fett und die Öle; „Vitamin-Hefe“ wurde anstatt Brähe benutzt; Malzkaffee wurde anstelle von Kaffee getrunken und Milchpulver ersetzte die Milch (ebd.).

559 Um den Umgang mit der Rationierung zu erleichtern, wurden sogar Wochenmenüs vorgeschlagen, wie beispielsweise im Gau Sachsen in der Woche vom 16.–24. Jan. 1937: „Montag: Suppe aus Resten vom Sonntag, Haferflockenaufguss / Dienstag: Kohlrollen mit Fischfüllung, Kartoffeln / Mittwoch: Milchsuppe, Rosenkohl mit Bratkartoffeln / Donnerstag: Grünkernsuppe, Gebackenes Herz mit Kartoffeln und Salat / Freitag: Sauerkrautaufguss mit Fisch, Schokoladenspeise / Samstag: Pellkartoffeln mit Quarktunke / Sonntag: Ochsenschwanzsuppe, Schwarzwurzeln mit Fleischklößchen gemischt und Kartoffeln, Kaffee-creme“ (Abelhauser (1985), S. 364f.). Ein neuer Typus der gesunden Ernährung wurde ebenfalls propagiert: „Demnach war Fleisch ungesund, Kartoffeln gesund. Fisch ist gesünder als Fleisch, Kartoffeln sind gesünder als Spätzle. Heimische Kräuter sind gesünder als importierter Pfeffer und Rhabarber gesünder als Zitrone. Zucker ist gesund bei Fettmangel, Kartoffeln sind mit Schale gesünder als ohne. Fasten ist gesund und Prassen ist ungesund“ (Wolf (1982), S. 74).

560 Manche Lebensmittel wurden streng rationiert, wie z.B. die Vollmilch, die nur Kinder, Schwangere oder Schwerarbeiter bekamen, oder Zucker und Marmelade.

Nach dem 20. November 1939 wurde zudem eine Reichskleiderkarte eingeführt. Mit der Nährmittelkarte wurden Waren ausgegeben, die in keine der anderen Kategorien passten (z.B. Kakao, Eier, Roggen, Sago, Nudeln, Backobst, Hülsenfrüchte usw.).⁵⁶¹ Um die Verteilung zu erleichtern, wurden Verbraucherkategorien eingeführt, die auch Fremdarbeiter einbezogen: der Normalverbraucher, der Schwerarbeiter, der Schwerstarbeiter (vor allem Berg- oder Metallarbeiter) und der Lang- und Nachtarbeiter. Die Gruppen erhielten je nach ihrer Beschäftigung geringere oder größere Portionen zugesprochen. Ludwig Bergsträsser bezeugte im Oktober 1944 während einer seiner Reisen nach Heidelberg die Verschlechterung der Lebensmittelversorgung: „In Heidelberg ist es wie anderswo auch, es gibt kaum Gemüse und fast kein Obst. Tomaten gibt es jetzt keine mehr zu kaufen, dabei waren sie in der Umgegend in Massen, und Obst auch nicht. Für jeden Einkauf muss man gute Beziehungen und Empfehlungen haben.“⁵⁶² Die Nachkriegsstudie von Wilhelm Zieglmayer⁵⁶³ bestätigt eine konstante Verschlechterung der Ernährungslage in ganz Europa nach 1939. Dem niedrigeren Fettkonsum stand ein erhöhter Brot- und Kartoffelverbrauch gegenüber.⁵⁶⁴ Nüchtern betrachtet, waren die Rationen vom 25. September bis 19. November 1939 mit denen von 1917/18 vergleichbar.⁵⁶⁵

4.1.1.2 ... und die Fremdarbeiter?

Die Ernährung der Fremdarbeiter gehörte – wie schon ihre Unterbringung – zu den Pflichten des Arbeitgebers. In einem Aufsatz der Württembergischen Wirtschafts-Zeitschrift wurden die Verpflegungskosten eines Fremdarbeiters auf 0,80 RM pro Mann und Tag geschätzt; bei schwerer Arbeit auf bis zu 1,20 RM.⁵⁶⁶ Die Fremdarbeiter wurden hauptsächlich in Lagern verpflegt. Zu den ausgegebenen Nahrungsmitteln gehörten i. d. R. Kaffee, Brot mit Wurst/Käse und eine warme Mahlzeit.⁵⁶⁷ Viele Fremdarbeiter bekamen auch Zusatzkarten. Diese Zusatzkarten entsprachen ca. 2/3 der Rationen der deutschen Bevölkerung.⁵⁶⁸

⁵⁶¹ Rinner (1940/1980), S. 41–46.

⁵⁶² HStAD Abt. 21 O21 Bergstraesser: Nr. 3/1–19; Kriegstagebuch 13, Bl. 566, R., S. 3; Antrag vom 1. Okt. 1944.

⁵⁶³ Zieglmayer (1947).

⁵⁶⁴ Ebd., S. 33.

⁵⁶⁵ Im letzten Kriegsjahr erhielt die deutsche Bevölkerung pro Woche 500g Fleisch, 63g Fett, 183g Zucker und keine Vollmilch. Im Herbst 1939 erhielt sie 501g Fleisch, 332,5g Fett, 250g Zucker und 1/4l Vollmilch pro Woche (Rinner (1940/1980), S. 50).

⁵⁶⁶ STAHD AA, 212c/3: Aufsatz vom 2. Nov. 1942 von Dr. jur. rer. pol. Bruno Heinze in der Württembergischen Wirtschafts-Zeitschrift („Industrieller Kriegsgefangeneneinsatz“).

⁵⁶⁷ Ebd., 212c/5: Schreiben vom 21. Jan. 1941.

⁵⁶⁸ Ebd., 212c/3: Aufsatz vom 2. Nov. 1942 von Dr. jur. rer. pol. Bruno Heinze in der Württembergischen Wirtschafts-Zeitschrift („Industrieller Kriegsgefangeneneinsatz“).



150 g Nährmittel 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ AZ 40	80 g Kaffee-Ersatz 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ AZ 40	125 g Butter 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ AZ 40	10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40	10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40	
1000 g Brot R III 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40	Wochenkarte für ausländische Zivilarbeiter Gültig vom 7. 9. bis 13. 9. 1942 III. Woche  AZ 40 Raum für Kreiswappen Raum für Numerierung 3 EA: Name: Wohnort: Straße: Ohne Namenseintragung ungültig! Nicht übertragbar!			10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40	10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40
100 g Brot R ■■■ 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40				10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40	10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40
100 g Brot 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40				10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40	10 g Margarine 24. 8.—20. 9. 42 ⊙ 40
100 g Brot 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40				50 g Fleisch oder Fleischwaren 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ 40	50 g Fleisch oder Fleischwaren 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ 40
100 g Brot 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40				50 g Fleisch oder Fleischwaren 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ 40	50 g Fleisch oder Fleischwaren 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ 40
100 g Brot 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40	■■■ W1 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40	■■■ W2 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40	62,5 g Käse 7. 9.—13. 9. 42 ■■■ ⊙ AZ 40	300 g Brot R ■■■ 7. 9.—13. 9. 42 ⊙ AZ 40	

Ab August 1942 bezogen ausländische Zivilarbeiter, die keine Gemeinschaftsverpflegung in den Lagern erhielten, ihre wöchentliche Ration auf Lebensmittelkarte (STAHD).

Die Forstamtsarbeiter bekamen z.B. im Jahr 1940 150g Fleisch, 40g Fett und 100g Nährmittel pro Tag.⁵⁶⁹ Die Firmen, die ihre Fremdarbeiter in einem städtischen Lager untergebracht hatten, zahlten der Stadt für die Verpflegung ihrer Arbeiter, falls diese von der Stadt bereitgestellt wurde. Das Amt für Wirtschaftsförderung schrieb den Firmen eine Rechnung und kümmerte sich um die Bevorratung und das notwendige Küchenpersonal. In den in Gaststätten eingerichteten Lagern war häufig der Wirt für die Verpflegung der Fremdarbeiter zuständig – wie im ‚Schwarzen Schiff‘ oder im ‚Roten Ochsen‘. Es kam auch vor, dass Barackenlager keine Küche

569 Ebd., 212/c5: Schreiben vom 4. Dez. 1940.

besaßen und die Fremdarbeiter von einer Gaststätte versorgt wurden. So übernahm der Wirt der ‚Friedensglocke‘ für einige Zeit die Verpflegung des russischen Kriegsgefangenenkommandos 1.649. In diesem Fall erhielt die Firma die Essensrechnung der Gaststätte. Mit zunehmender Kriegsdauer wurde die Beschaffung von Vorräten immer schwieriger. Somit verschlechterte sich die Lage der Fremdarbeiter.

4.1.2 Die Verpflegung der Westarbeiter

4.1.2.1 Theoretische Verteilung

Die Fremdarbeiter, die aus mit Deutschland verbündeten Ländern kamen, wurden gut behandelt und erhielten häufig private Quartiere sowie eine mit derjenigen der deutschen Bevölkerung vergleichbare Verpflegung.⁵⁷⁰ Nach dem Waffenstillstand von 1943 erhielten die IMI Rationen, die mit denen russischer Kriegsgefangener vergleichbar waren. Erst im Juni 1944 wurden diese etwas erhöht.⁵⁷¹ Die Kriegsgefangenen und die Zivilarbeiter der besetzten Länder erhielten niedrigere Rationen als die erstgenannte Gruppe. Zu Anfang des Kriegs erhielten die Kriegsgefangenen theoretisch genauso viel zu essen wie die deutsche Bevölkerung. Die Schreiben des OKH vom Januar 1940 gewährten ihnen die gleichen Zulagenkarten wie deutschen Arbeitern.⁵⁷² Die Rationen der Westarbeiter wurden erst im Jahr 1942 neu definiert. Eine nennenswerte Änderung gab es dennoch erst im Jahr 1943. Nach dem 31. Mai 1943 erhielten Kriegsgefangene 200g Fleisch pro Woche⁵⁷³ und Landarbeiter 50g Zulage zusätzlich.⁵⁷⁴ Die Rationierungssätze änderten sich im Jahr 1944 erneut. Die folgende Tabelle wurde anhand eines Vermerks des Städtischen Ernährungsamts Heidelberg erstellt. Von diesem Ernährungsplan waren die nicht-sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen.⁵⁷⁵

570 Trotz dieser „privilegierten“ Behandlung kam es häufig zu Unmutsäußerungen: Viele Italiener waren z.B. unzufrieden mit ihrer Unterkunft und mit der Ernährung. Ulrich Herbert zitiert einen Bericht aus Oppeln, aus dem hervorgeht, dass die Italiener Brot (Schwarzbrot), Margarine und Blutwurst weggeworfen hätten. Andere Aussagen bezeugen eine gewisse Abneigung gegen Kartoffeln, Sauerkraut oder Würstchen (Herbert (1999), S. 118; Mantelli (1995), S. 124–48).

571 Ebd.

572 STAHD AA, 4440/15, Anlage zu II/1a-5358, OKH 26f VA/Ag VIII/V3 (Ve) 263/40, v. 25. Jan. 1940, betr. Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen für Kriegsgefangene und Internierte: „Da die Kriegsgefangenen und Internierten nach den Sätzen der Zivilbevölkerung verpflegt werden, sind ihnen auch insoweit Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zu gewähren, als deutsche Arbeiter hierauf einen Anspruch“ haben.

573 REM (1940–45), Erlass vom 14. Mai 1942, S. 1091.

574 Ebd., Erlass vom 17. Juni 1941, S. 114.

575 STAHD AA, 212c/3: Vermerk des Städt. Ernährungsamts vom 4. März 1944.



Iwan C. *1918

Rationen an nicht-sowjetische Kriegsgefangene ab März 1944

Lebensmittel	Menge in Gramm	Tagesmenge in Gramm	Arbeitszulage	Tageszulage in Gramm	Kalorien-zufuhr	Kalorienzu-fuhr mit der Zulage
Roggenmehl	7.275	259,82	2.775	358,93	610,570	1.453,940
Fleisch und Wurstwaren	1.000	35,71	920	68,57	87,108	167,310
Margarine	874	31,21	256	40,36	234,070	302,700
Käse	125	4,46			167,690	167,690
Brotaufstrich ⁵⁷⁶	700	25,00				
Zucker	700	25,00			98,500	98,500
Kaffee-Ersatz	250	8,92			0	
Nährmittel	300	10,71			37,380	37,380
Nudeln	300	10,71			41,769	41,769
Kartoffeln	14.000	500,00			350,000	350,000
Gemüse	nach Verfüg-barkeit				?	
Kalorien total					≈1.627,080	≈2.619,290

Aus dieser Tabelle ergibt sich, dass die theoretisch verteilten Rationen nicht einmal das Existenzminimum der Kriegsgefangenen abdeckten. Die Änderung der Verpflegungssätze im Lauf des Kriegs wird anhand der Beispiele der 1942 und 1944 in Heidelberg untergebrachten französischen Fremdarbeiter besonders deutlich.

4.1.2.2 Die Verpflegung in den Gaststätten im Jahr 1942

Die Rationen, die auf dem Papier standen, entsprachen nicht unbedingt dem, was Fremdarbeitern tatsächlich verabreicht wurde. Das zuständige Küchenpersonal war für die Umsetzung der Rationierung zuständig. Quantität und Qualität der angebotenen Mahlzeiten hingen sehr stark vom einzelnen Lager ab. Eine gute

⁵⁷⁶ Dabei handelte es sich um einen süßen Aufstrich, der mit Roten Beeten und Sirup hergestellt wurde (Mendel (1994), S. 46).



Riccardo G. *1911

Quellenlage bilden hierzu verschiedene Berichte über die angebotenen Speisen der Lager ‚Zum Roten Ochsen‘, ‚Zum goldenen Hirsch‘ und ‚Zum schwarzen Schiff‘. Der Wirt des Kriegsgefangenenlagers ‚Zum Roten Ochsen‘ war für die Verpflegung von 20 der 60 Kriegsgefangenen zuständig. Die 20 Männer des Forstamts benötigten eine kräftige Kost, da sie schwer arbeiteten und sich bei jedem Wetter im Freien aufhielten. Zum Frühstück bekamen sie Brot und Kaffee; zum Mittagessen Brot und Wurst und am Abend eine warme Mahlzeit.⁵⁷⁷ Leider fehlen Angaben über die ausgegebenen Mengen sowie ein Speiseplan. Die zwölf französischen Kriegsgefangenen des ‚Goldenen Hirschen‘ in Rohrbach wurden ab dem 2. Januar 1942 von dem Wirt verpflegt. Sie bekamen eine vergleichbare Verpflegung wie die im ‚Roten Ochsen‘ untergebrachten Männer. Beide Wirte gaben an, Kosten in Höhe von 2,20 RM pro Mann und Tag zu haben.⁵⁷⁸ Am 21. Januar 1942 erhielt die Stadtverwaltung ein Schreiben der Besitzerin des ‚Schwarzen Schiffs‘ (Schlierbach), in dem diese sich für die Höhe der Verpflegungskosten für ihre französischen Kriegsgefangenen rechtfertigte. Die Gefangenen waren auf Kosten der Stadt im ‚Schwarzen Schiff‘ untergebracht und wurden auch dort verpflegt.⁵⁷⁹ Die Wirtin fügte ihrem Schreiben u.a. den wöchentlichen Speiseplan für die ihr zugeteilten Franzosen bei. Zum Frühstück bekamen die Kriegsgefangenen jeden Tag Brot mit Marmelade und Kaffee. Zu Mittag gab es eine Brotzeit, entweder mit Wurst – montags, dienstags, donnerstags, freitags und samstags – oder Käse – mittwochs. Abends wurde stets warm gegessen. Es gab jeden Montagabend eine Suppe, Frikadellen mit Weißkohl und Kartoffeln; dienstags wurden Rüben und Kartoffeln mit Soße serviert. Mittwochabends gab es gefüllte Kalbsbrust mit Salat und Nudeln. Donnerstagabends aßen die Kriegsgefangenen einen Schmorbraten mit Petersilienkartoffeln. Freitagabends bekamen sie gelbe Rüben mit Kartoffeln und Soße und samstagabends saure Kartoffeln mit Wurst. Sonntags wurde sogar zweimal warm gegessen: Mittags bekamen die Kriegsgefangenen eine Suppe und einen Schmorbraten mit Gemüse und abends einen Pichelsteiner⁵⁸⁰ mit Kartoffeln serviert.⁵⁸¹ Dieser detaillierte Speiseplan liefert leider keine Angaben über die servierten Mengen. Dennoch gibt

577 STAHD AA, 212c/5: Vermerk vom 24. Jan. 1941.

578 Ebd.: Vermerk des AfW vom 11. Dez. 1941.

579 Wie aus einem Schreiben vom 23. Jan. 1942 klar hervorgeht (ebd.: Schreiben der Wirtin an die Verwaltung der Kommandantur des Stammlagers XII B Frankenthal vom 23. Jan. 1942).

580 Der Pichelsteiner ist ein „Eintopf“, der normalerweise aus Hammel-, Rind, und Schweinefleisch, Karotten, Kartoffeln, Lauch, Kohl und Zwiebeln besteht. Welche Fleischarten die Wirtin des ‚Schwarzen Schiffs‘ dafür benutzte, ist nicht bekannt.

581 STAHD AA, 212c/5: Schreiben der Wirtin des ‚Schwarzen Schiffs‘ vom 21. Jan. 1942.

es andere Hinweise, die darauf hindeuten, dass die Lagerinsassen des ‚Schwarzen Schiffs‘ sich angesichts des angebotenen Essens nicht beklagen konnten. Dafür sprechen die Essenskosten der Wirtin, die – vor allem wenn man sie mit den Essensausgaben der anderen Kriegsgefangenenlager vergleicht – sehr hoch waren.⁵⁸² Die Fuchs Waggonfabrik gab für die Verpflegung ihrer Fremdarbeiter 2 RM pro Tag/Mann, die Schnellpressenfabrik 2,40 RM und das Staatliche Forstamt 1,80 RM⁵⁸³ aus. Die Wirte des ‚Schwarzen Schiffs‘ und des ‚Goldenen Hirschen‘ brachten für die Verpflegung der Kriegsgefangenen 2,20 RM pro Mann und Tag in Ansatz und wollten im Januar 1942 diese Summe um 0,60 bis 0,80 RM pro Tag und Mann erhöhen. Sie argumentierten damit, dass die Franzosen des Forstamts schwer arbeiteten und einen erhöhten Bedarf hätten, zumal sie bei jedem Wetter im Freien zu arbeiten hatten. Diese Argumente wurden auch vom Forstamt vertreten,⁵⁸⁴ als das Stalag XII B Frankenthal diese Kosten von 2,80 bis 3 RM mit der Begründung ablehnte, dass die Wehrmacht seit 1. Juli 1938 nur mehr 1,35 RM pro Soldat aufwenden würde. Der Oberzahlmeister des Stalags empfahl, nach einer anderen Unterkunft zu suchen, falls die Verpflegungspreise nicht gesenkt werden könnten.⁵⁸⁵ Die Kriegsgefangenen wurden trotz allem weiterhin dort verpflegt, denn ein Bericht vom 13. Januar 1943 bestätigt die Anwesenheit der Franzosen dort.⁵⁸⁶ Nach diesem Datum müssen diese Gefangenen jedoch offenbar anderswo verpflegt und untergebracht worden sein, weil die Gaststätte als Fremdarbeiterlager für Ostarbeiterinnen der Schnellpressenfabrik diente. Die französischen Kriegsgefangenen zugeteilten Rationen sind auch anhand eines anderen, leider undatierten Dokuments aktenkundig. Hier handelt es sich um die für das ‚Schwarze Schiff‘ ausgegebenen Lebensmittel. Die folgende Tabelle gibt diese Informationen einschließlich der errechneten Kalorienzahl wieder. Die Tabelle verdeutlicht, dass die Kriegsgefangenen zwar eine Verpflegung erhielten, die weit über dem Lebensminimum lag, die aber gleichwohl für die zu leistende Arbeit unzureichend war. Die reinen Verpflegungskosten dieser Tabelle ergeben eine Summe von 0,73 RM pro Mann und Tag. Dazu kamen noch Heizkosten, Gehalt und der Verdienst des Wirts, womit sich eine Schlussrechnung von

582 Ebd.: Schreiben des AfW an die Leitung des Stalag XII B Frankenthal vom 21. Jan. 1942.

583 Diese Kosten sind sogar zweimal aktenkundig: ebd.: Schreiben an das Stalag XII B Frankenthal vom 21. Jan. 1942 sowie ebd.: Schreiben des AfW vom 16. Jan. 1942.

584 Ebd.: Schreiben des Forstamts an Amberger vom 11. Febr. 1942.

585 Ebd.: Schreiben des Oberzahlmeisters des Stammlagers XII B Frankenthal an den Oberbürgermeister vom 29. Jan. 1942.

586 Ebd., 199p/2: Bericht des AfW vom 13. Jan. 1943.

1,47 RM ergibt.⁵⁸⁷ Aufgrund dieser Kalkulation ist anzunehmen, dass die Lebenshaltungskosten entweder – im Vergleich mit dem Schreiben vom 21. Januar 1942 – tatsächlich gesunken waren oder dass die Summe von 2,20 RM auch bereits die Kosten für die Unterkunft enthielt. Im März 1942 genehmigte die Stadtverwaltung eine Erhöhung der Verpflegungskosten der Kriegsgefangenen des ‚Schwarzen Schiffs‘ und des ‚Goldenen Hirschen‘ um 0,50 RM.



Bronislaw N. *1920

Nahrungsmittel	normale Rationen (pro Monat)	Schwerarbeiter- zulage	tägliche Rationen	tägliche Zulage	tägliche Kalorienzufuhr	Kalorienzufuhr einschließlich der Zulage
Roggenmehl	6.750g	2.800g	241,07g	100g	566,51 ⁵⁸⁸	801,15
Fleisch & Wurst- waren	1.600g	1.066g	57,14g	38,07g	204,27 ⁵⁸⁹	340,37
Schmalz	125g	166g	4,46g	5,93g	37,91	88,31
Margarine	950g	106g	33,93g	3,78g	254,47	282,82
Käse	125g	-	4,46g	-	16,77 ⁵⁹⁰	16,77
Quark	125g	-	4,46g	-		-
Nährmittel	300g	-	10,71g	-	37,90	37,90
Teigwaren ⁵⁹¹	250g	-	8,93g	-	34,82	34,32
Kaffeersatz	400g	-	14,28g	-		-
Zucker	900g	-	32,14g	-	126,63	126,63
Marmelade	700g	-	25,00g	-		-
Gemüse ⁵⁹²	5.000g	-	178,57g	-	42,86	42,86

587 Ebd., 212c/5: undatiertes Dokument über die über einen Zeitraum von vier Wochen verteilte Verpflegung im ‚Schwarzen Schiff‘.
 588 Die errechnete Kalorienzufuhr wurde mit dem Kalorienwert von Roggenbrot kalkuliert.
 589 Die errechnete Kalorienzufuhr wurde mit dem Kalorienwert von Schweinefilet (mageres Fleisch) und Wurst – jeweils zur Hälfte – kalkuliert.
 590 Die errechnete Kalorienzufuhr wurde mit dem Kalorienwert von Greyerzer kalkuliert.
 591 Die errechnete Kalorienzufuhr wurde mit dem Kalorienwert von Makkaroni kalkuliert.
 592 Die errechnete Kalorienzufuhr wurde mit dem Kalorienwert von grünem Kohl kalkuliert.

Kartoffeln	45.000g	-	1607,14g	-	1.124,99	1.124,99
Brühe (Würfel)	15 Würfel	-	≈½	-		-
Hülsenfrüchte ⁵⁹³	250g	-	8,93g	-	30,09	30,09
Milch	3 Liter	-	107,14cl	-	71,78	71,78
Öl, Essig, Salz ...	1,17g	-		-	8,65	8,65
Kalorien:					≈2.557,60	≈3.007,14

Die hier herauszulesende relativ gute Ernährung dieser Franzosen bestätigt sich anhand eines Vermerks vom 12. März 1942, demzufolge „die Gefangenen besonders gut verpflegt wurden. Sie [die Wirte] hätten aus ihren eigenen Beständen, insbesondere aus den ihnen zur Verfügung gestellten Kartoffeln, Gemüse, Marmelade und dergl. zur Verpflegung beigesteuert, weshalb die Kosten gestiegen seien. Die Gefangenen selbst seien mit der Verpflegung außerordentlich zufrieden, was sich auch bereits bei ihrem Arbeitseinsatz bemerkbar gemacht haben dürfte.“⁵⁹⁴

4.1.2.3 Die Verpflegung in den Barackenlagern im Jahr 1944

Die Fremdarbeiter, die in Baracken untergebracht waren, waren von der Lagerküche abhängig oder von den vom Arbeitgeber zugeteilten Lebensmittelkarten. In den großen Barackenlagern gab es für die Küche einen eigenen Küchenverwalter, der für Einkäufe und Lieferungen zuständig war. Dort wurde auch Küchenpersonal beschäftigt. Meistens handelte es sich dabei um Ostarbeiterinnen. Die Küchenverwalter wurden von der Firma angestellt, die darauf achtete, dass die Kosten niedrig blieben. Das im Ziegelhäuser Wald gelegene Barackenlager des Forstamts (Lärchengarten) war nicht groß genug, um einen Küchenverwalter und einen Koch zu beschäftigen. Die Lebensmittelversorgung fand wöchentlich statt. Dazu mussten die Franzosen einen drei Kilometer langen Fußweg nach Ziegelhausen zurücklegen. Dort holten sie beim Krämer die Lebensmittel, für die das Forstamt die Zuteilungskarten hinterlegt hatte. Die Verpflegung war laut Aussage der ehemaligen Zwangsdeportierten unzureichend und schlecht: „Als wir ankamen, lag da ein Haufen Kartoffeln in der Ecke der Küche. Sie sagten „Das ist für einen Monat!“ Also haben wir Kartoffeln gegessen. Und dann nach zwei Wochen war nichts mehr da. Wir haben verlangt, dass sie uns welche geben. Aber sie haben uns Rüben gebracht, die erfroren waren. So haben alle

593 Die errechnete Kalorienzufuhr wurde mit dem Kalorienwert von Erbsen kalkuliert.

594 STAHD AA, 212c/5: Vermerk vom 12. März 1942.

Durchfall gekriegt. Ich hatte nicht so viele Beschwerden, aber es gab andere, die ein Problem mit dem Durchfall hatten und Koliken bekamen. Und manche wollten die erfrorenen Rüben nicht essen, so haben sie Brot gegessen, und dann gab es auch kein Brot mehr.“⁵⁹⁵

Die Verpflegung im Lager Alte Schule in Kirchheim (Fuchs Waggonfabrik) war laut Zeitzeugenberichten besonders schlecht. Die Zwangsdeportierten kamen im Herbst 1944 in Heidelberg an; in einer besonders harten Zeit für alle, die in Deutschland lebten. Selbst die deutsche Bevölkerung litt unter Hunger, weil die Essensvorräte zu gering waren. Marcel Clément teilte im April 2000 seine Erfahrungen mit: „Das war das Unglück! Ihr wisst, dass man mit 16, 17 Jahren viel isst: Wir hatten aber kaum was zu essen. Man schlug sich so durch und organisierte Kartoffeln, die man zum Garwerden stückweise an den Ofen klebte. Morgens gab es [von der Fabrik aus] keinen Kaffee, kein Frühstück. Und auch abends gab es nichts in der Fabrik. Es gab nur ein Essen zu Mittag, so etwas wie Fleischklößchen in einer Art von Suppe oder Kartoffeln und Gemüse, das war alles. Wir hatten einen Lohn, der es erlaubte, Brot zu kaufen. Es gab damals das Schwarzbrot und etwas Weißbrot, das wir am Sonntag aßen. Wenn unser Lohn, der ohnehin sehr gering war, nicht mehr reichte, gingen wir in den Bäckereien stehlen – ich mit meinem Kollegen Picard zusammen.“⁵⁹⁶

Die Verpflegung im Lager Maßholder war ebenso unzureichend. Es handelte sich meistens um eine Steckrübensuppe, die einmal am Tag serviert wurde. Die Zwangsdeportierten erhielten zusätzlich Lebensmittelmarken, um Margarine zu kaufen. Sie durften abends in einer Wirtschaft essen.⁵⁹⁷ Jacques Delvincourt hatte die Angewohnheit, sonntags aus seinem Lager zu gehen in der Hoffnung, Brotmarken als Trinkgeld zu erhalten.⁵⁹⁸ Sein Bericht bestätigt den Eindruck unzureichender Verpflegung: „Ich habe noch eine Erinnerung: Wir bewahrten unser Mittagessen sorgsam auf. Wir steckten es unter die Kopfkissen oder das Brett, das als Kopfkissen benutzt wurde, um es bei unserer Rückkehr am Morgen zu essen. Und das erste Mal haben wir Mäusekot in den Blechnäpfen gefunden. Nun, zuerst sortierten wir sie aus, das können Sie glauben! Und nach drei, vier Tagen sortierten wir nichts mehr aus, wir mischten alles zusammen und aßen es. Wir hatten trotz allem einen guten Lagerführer. (...) Wir hatten in der Tat gar

595 IGMH: Erinnerungen von André Ledoux, abrufbar unter: <http://www.zwangsarbeit.igmh.de/Zwangsarbeit%20Rhein-Neckar-Raum/ortederzwangsarbeit/heidelberglaerchengarten/index.html> (17. Juli 2012).

596 Högner (2002), S. 115.

597 Ebd.

598 Ebd.



Iwan G. *1926

nichts mehr zu essen. Wir waren auf einen Vorrat, ein Kartoffelsilo gestoßen, das schon seit einiger Zeit da war. Wir haben alles gegessen; wir haben davon einen Durchfall bekommen, einen Mordsdurchfall! Und wir hatten nur das Becken um uns zu waschen – als es draußen minus fünf, minus sechs Grad war. (...) Dann sagte der Lagerführer: ‚Wir haben nichts mehr zu essen. Ich habe Schafe gesehen, wir werden ein Schaf stehlen.‘ (...) Wir hatten eine Draisine und wir sind darauf hingefahren, um ein Schaf zu klauen, das wir schlachteten. Ludovic Laval hat es zubereitet. Es ist eine der guten Erinnerungen an diese Zeit ...“⁵⁹⁹

Die Verpflegung bei der Firma Stotz-Kontakt war, wie bei den anderen Firmen, eher knapp wie Louis Chapelier berichtete: „Es gab keine Lagerküche. Es gab eine Küche in der Fabrik, wo man zu Mittag aß, eine Suppe oder Kartoffeln. Abends behalf man sich irgendwie. Man kaufte das Essen im Dorf ein, wir hatten ein wenig Lohn, einige Ältere bekamen sogar Zigaretten ... Es war nicht möglich, in einem Restaurant zu essen. Ich habe sehr viele Rüben gegessen, denn die französischen Kriegsgefangenen, die an unserem Lager vorbeikamen, warfen uns Rüben zu. Für jemand in meinem Alter war das Essen nicht ausreichend. Ich habe sehr viel Senf konsumiert, denn der Senf war die einzige Sache, die man im Überfluss und im freien Verkauf bekommen konnte. Also aß ich Senf mit Rüben, Senf mit anderen Sachen, und ich muss euch sagen: Senf mit Rüben, das war mein Lieblingsgericht!“⁶⁰⁰

Die Auswertung dieser Zeitzeugengespräche verdeutlicht, dass die Verpflegung der Fremdarbeiter im Jahr 1944 fast durchwegs schlecht war. Die Berichte der Zwangsdeportierten René Rebout und Robert Fréard, die jeweils bei der Reichsbahn und bei der Bremsenfabrik August Grau beschäftigt waren, bilden in dieser Hinsicht eine Ausnahme: „In Anbetracht der Härte der Arbeit [bei der

599 „J’ai un autre souvenir: on gardait précieusement le repas qu’on avait le midi. On le mettait sous l’oreiller ou sous la planche qui nous servait d’oreiller pour le manger en rentrant le matin. Et la première fois on a trouvé des crottes de souris dans les gamelles. Alors, d’abord on les retirait, croyez le! Et puis trois, quatre jours après, on ne retirait rien, on mélangeait tout et on mangeait. Nous avions un bon chef de camp quand même (...). Effectivement nous n’avions plus rien à manger. On était tombé sur un stock, un silo de pommes de terre qui était là depuis certainement un bon temps. On a tout mangé, on a eu une diarrhée, mais alors carabinée! Et il y n’avait que le bassin – quand il faisait moins cinq, moins six dehors – pour se laver. (...) Là-dessus le chef de camp dit: «On n’a plus rien à manger. J’ai vu des moutons, on va voler un mouton.» (...) On avait une draisine, et nous, on est parti là-dessus et on a été piquer un mouton, on l’a tué. Ludovic Laval nous l’a fait manger. C’est un des bons souvenirs de là ...“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jacques Delvincourt vom 8. April 2000).

600 Högner (2002), S. 115f.

Bahn] hatte ich eine Lebensmittelkarte für Zwangsarbeiter, die mir erlaubte, mir mein Essen im Lager zu kochen und von Zeit zu Zeit am Abend nach der Arbeit im Restaurant („Stadt Straßburg“ in der Bergheimer Straße in Heidelberg) essen zu gehen.“⁶⁰¹

Robert Fréard, ebenfalls bei der Bremsenfabrik August Grau im Einsatz, beklagte sich nicht über die erhaltenen Mahlzeiten, nur die Essenszeiten kamen ihm etwas merkwürdig vor: „Die Verpflegung war etwas sehr besonderes, weil nur einmal pro Tag gegessen wurde und somit nur fünfmal pro Woche, während wir in Schichten arbeiteten: eine Woche nachts, [eine Woche] tagsüber, zwölf Stunden lang mit einer kleinen Pause zum Essen. Wir aßen mehr oder weniger nach Belieben, es war nicht sehr wichtig, wissen Sie. Aber ich litt nicht viel unter Hunger. Außerdem gingen wir sonntags zu den Bauern, um Kartoffeln zu holen. Wir hatten ein kleines Dorf entdeckt namens Baiertal, in der Nähe von Wiesloch. Wir fuhren mit dem Zug hin. Und dort wurden wir empfangen und das war unglaublich: Wir wurden von dem Bürgermeister empfangen – es ist Wahnsinn, gell? –, der uns Milchkaffee mit Weißbrot schenkte (...) dazu noch ein kleines Würstchen. Und in den Bauernhöfen, Kartoffeln. (...) Wirklich, ich habe dort eine Alte getroffen, die mir Fett gab, die mir Schmalz gab. (...) Ich entdeckte auch eine Bäckerei, wo wir für unsere Brotmarken das Doppelte bekamen. (...) Wir behielten unsere Weißbrotmarken und sonntagnachmittags gingen wir in eine Konditorei und aßen dort einen Nachtisch, wir tranken einen Kaffee, ansonsten aßen wir manchmal ein Eis und wir hörten im Übrigen auch Radio, da sie dort einen Empfänger hatten.“⁶⁰²

Die Gegenüberstellung dieser fünf Zeitzeugenberichte und der schriftlichen Dokumente zum „Schwarzen Schiff“ zeigen, wie gewaltig die Unterschiede hin-



Julien L. *1909

601 Ebd.

602 „L'alimentation était très particulière parce qu'on mangeait une fois par jour, et cinq jours par semaine seulement puisqu'on travaillait de faction: une semaine la nuit, [une semaine] le jour, douze heures [d'affilée] avec un petit arrêt pour manger. On mangeait à peu près à volonté, ce n'était pas extrêmement important, si vous voulez. Mais je n'ai pas eu très faim, non. De plus, les dimanches on allait au pommes de terre chez les paysans. On avait découvert un petit pays qui s'appelle Baiertal, c'est près de Wiesloch. On partait en train. Et dans ce pays on était accueillis, et alors ça, c'est extraordinaire: on était accueillis par le maire du village, – c'est fou, hein? Qui nous offrait le café au lait avec le pain blanc, (...) et une petite saucisse. Et des pommes de terre dans les fermes. (...) Vraiment, j'ai rencontré une vieille là qui m'a donné de la graisse, qui m'a donné du saindoux (...) J'ai découvert aussi une boulangerie [où] on avait le double de notre ticket de pain. (...) On gardait [nos] tickets de pain blanc, et les dimanches après-midi on allait dans le Konditorei, on mangeait un dessert, on buvait un café, sinon une glace parfois, et l'on écoutait la radio, d'ailleurs, puisqu'il y avait un émetteur“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Robert Fréard vom 9. Okt. 2001).

sichtlich der Verpflegung der Westarbeiter waren, die unter den Fremdarbeitern zu einer privilegierten Gruppe gehörten.

4.1.3 Die Verpflegung der Ostarbeiter

4.1.3.1 Richtlinien

Auf dem Papier bekamen die polnischen Arbeiter Rationen, die mit denen der deutschen Bevölkerung identisch waren. Erst im Jahr 1944 wurden sie dem Niveau der Ostarbeiterationen angepasst. Die Ostarbeiter kamen erst im Jahr 1942 in großer Zahl nach Deutschland; viele kamen freiwillig, in der Hoffnung gute Löhne zu erhalten. Ihre Verpflegung war sehr karg und Firmen berichteten über erschöpfte Männer und Frauen, deren Arbeitskraft immer weiter schwand. Diese Situation war dem RSHA wohl bekannt, aber Unterernährung wurde vom SD erst im Juli 1942 als Ursache des Leistungsproblems identifiziert. Die Verbreitung von Fleckfieber bei den Ostarbeitern dagegen beunruhigte die deutschen Behörden, die daraufhin eine Anhebung der Lebensmittelrationen beschlossen.⁶⁰³ Hitler höchstpersönlich habe im April 1942 während eines Gesprächs mit Speer⁶⁰⁴ und Militärs zu einer Verbesserung ihrer Situation beigetragen. Eine Erhöhung der Brotrationen bei gleichzeitiger Senkung der Fleischportionen wurde am 9. April 1942 verfügt.⁶⁰⁵ Die allgemeine Lebensmittellage verschlimmerte sich und am 17. April 1942 wurden die Rationen der Ostarbeiter trotz der vorangegangenen Entscheidung gekürzt. Sie wurden erst im Oktober 1942 endlich etwas erhöht. Seit dem 4. Dezember 1941 hatte die Kalorienzufuhr

603 Herbert (1999), S. 187–190.

604 Albert Speer (1905–1981) trat im Jahr 1931 in die SA und 1932 in die NSDAP ein. Er war Architekt und erhielt als solcher relativ schnell Aufträge. 1933 wurde er beauftragt, diverse Parteiereignisse zu organisieren (NS-Marsch auf dem Tempelhofer Feld, NS-Parteitag in Nürnberg). Speer perfektionierte die Versammlungen/Feiern mit Lichteffekten, großen Fahnen usw. Bald bekam er wieder Aufträge, wie z.B. den Bau der neuen Reichskanzlei in Berlin. 1937 wurde er zum Generalbauinspekteur der Hauptstadt Berlin ernannt. Als solcher hatte er den Auftrag, die Stadt neu zu gestalten. Gleichzeitig wurde er beauftragt, die Pläne für die Fremdarbeiterlager zu zeichnen. Nach dem Tod Fritz Todts wurde er dessen Nachfolger als Reichsminister für Bewaffnung und Munition sowie zum Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Festungsbau, Wasser und Energie ernannt. Als für Rüstung und Kriegswirtschaft zuständiger Minister war er einer der wichtigsten Akteure in Hitlers Umfeld. Ungeachtet der alliierten Bombardierungen sorgte er für einen Aufschwung der Rüstungsproduktion. Der Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter wurde dabei wichtiger denn je. Speer wurde in den Nürnberger Prozessen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Haft verurteilt. Er starb 1981 in London und wurde in Heidelberg auf dem Bergfriedhof beerdigt (s. Benz (2001), S. 883; Fest (1988b)).

605 Herbert (1999), S. 194.

bei ca. 2.540 Kalorien für einen Normalarbeiter gelegen; nach dem 17. April 1942 war sie auf nunmehr ca. 2.070 Kalorien abgesunken. Nach der Erhöhung der Rationen vom 6. Oktober 1942 lag sie bei ca. 2.283 Kalorien pro Tag.⁶⁰⁶ Dieses Niveau galt unverändert bis zum 21. August 1944. So erhielten z.B. IMI in der Zeit vom 26. Juni bis 20. August 1944 Roggenmehl oder -grütze, Suppe und entrahmte Milch, während Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene darüber hinaus etwas Freibank- oder Pferdefleisch erhielten.⁶⁰⁷ Nach dem 21. August 1944 wurden Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene gemeinsam verpflegt, sodass die Ostarbeiter etwas mehr Fleisch, Zucker und Fett bekamen.⁶⁰⁸ Diese Veränderungen erfolgten zu einer Zeit, als den Ostarbeitern das Leben wieder etwas erleichtert wurde, sie z.B. einfacher heiraten oder die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen durften.⁶⁰⁹

In diesen neuen Richtlinien spielte das Fleisch so gut wie keine Rolle mehr. Die Hefe tauchte dagegen zum ersten Mal auf. Auch viele Kinder und Jugendliche waren in Deutschland beschäftigt und viele Polinnen und Ostarbeiterinnen wurden schwanger und bekamen ein Kind. Ihre Bedürfnisse wurden ebenfalls vom Reich reglementiert mit dem Erlass 1.305/42. In diesem Erlass wurden die Rationen der Kinder festgesetzt: Sie betrugen zwischen 1942 und Januar 1944 die Hälfte der Rationen erwachsener Ostarbeiter plus 1.500g Brot und einen viertel bis halben Liter Milch.⁶¹⁰ Diese Rationen wurden durch die Verordnung vom 6. Januar 1944 erhöht und die Kinder bekamen dazu auch Mehl, Fett, Stärke, Zucker und Kartoffeln. Es war vorgesehen, dass die Neugeborenen so lang wie möglich gestillt wurden. Jedoch tolerierten viele Arbeitgeber nicht, dass ihre Arbeiterinnen eine Stillpause einlegten. Die Säuglinge und die Ostarbeiterkinder bis zum dritten Lebensjahr sowie die Polinnen erhielten einen halben Liter Vollmilch pro Tag. Schwarze vermutet in ihrer Studie, dass viele Kinder diese Rationen nicht erhielten. Der Grund für ihre Vermutung liegt in den hohen Sterbeziffern der Kleinkinder.⁶¹¹ Die Rationen der Ostarbeiter und polnischen Fremdarbeiter waren sehr kalorien- und vitaminarm. Um dies zu kompensieren und die Gerichte mit Vitaminen und etwas mehr Geschmack zu anzureichern, wurde die Nutzung von Hefe empfohlen.



Wassili B. *1920

606 Ebd., S. 198f.

607 Grundlage der Tabelle s. STAHD AA, 212c/6: Mitteilung der Gauverwaltung der DAF Abtlg. Gemeinschaftsverpflegung an das AfW Heidelberg vom 21. Juli 1944.

608 Ebd.

609 Ebd., S. 311.

610 Schwarze (1997), S. 126.

611 Ebd., S. 153.

4.1.3.2 Hefe

Vorteilhaft an der Hefe sei, laut einer Gauleiterverordnung, ihr Vitamingehalt und dass durch ihre Verwendung „der Geschmack der Gerichte verbessert“ würde. Außerdem würde sie die „körperliche Widerstandskraft“ verbessern und somit die Arbeitsleistung der Ostarbeiter erhöhen. Es wurde deshalb empfohlen, Hefe kurz vor dem Servieren den Gerichten hinzuzugeben. Leider fehlt uns für die Ostarbeiter ein genauer Speiseplan ebenso wie für die Kriegsgefangenen des ‚Schwarzen Schiffs‘. Diese Verordnung vermittelt immerhin einen Einblick in die Beschaffenheit der Gerichte, die die Ostarbeiter zu Essen bekamen.⁶¹² Die Verordnung enthält Beispiele von Gerichten, die mit Hefe angereichert werden können: eine „Grundsuppe von Roggengrütze mit Hefe“ oder „Bratlinge von Roggengrütze“ sowie einen „Russischen Gemüsetopf mit Roggengrütze“. Das Rezept des Gemüsetopfs vermittelt eine genaue Vorstellung hinsichtlich Zutaten sowie Geschmack des Gerichts:

Russischer Gemüsetopf mit Roggengrütze

Zutaten: 10kg Rote Rüben, 10kg Möhren, 5kg Petersilienwurzeln, 3kg Lauch, 3kg Zwiebeln, 20kg Weißkohl, 0,5kg Margarine, 2 St. Lorbeerblätter, 500g frischen Dill, 10kg Roggengrütze, 60l Brühe von Gemüse oder die gleiche Menge Wasser. 1kg Hefe.

Fertigstellung: Die Roten Rüben mit den Zwiebeln und den Lorbeerblättern zuerst in den Kessel geben und unter Zugabe von 3l Wasser etwa 30 Minuten lang dämpfen. Dann erst gibt man das restliche geschnittene Gemüse, zwischen die man Roggengrütze streut, dazu, füllt das Ganze mit der Brühe auf, lässt den Eintopf etwa 60–75 Minuten kochen. Kurz vor dem Anrichten fügt man das roh geriebene Gemüse, das Fett und die Hefe an den Eintopf und würzt ihn mit Salz, gehacktem Dill und Essig.

Russischer Gemüsetopf mit Roggengrütze (2. Art)

Die Zutaten und die Fertigstellung bleiben dieselben wie bei der vorstehenden Anweisung, nur die Vorbereitung der Roggengrütze ist eine andere. Die Roggengrütze wird in 35l kochendem Wasser mit etwa 100g Salz angesetzt und nach 20 Minuten Kochzeit bei geringerem Feuer zu einem festen Brei verquollen. Von diesem Brei gibt man in jede Portion Eintopf einen großen Kloß, den man mit der Schöpfkelle ausgestochen hat.“⁶¹³

612 STAHD AA, 212c/6: Bekanntmachung der DAF, eingegangen am 21. Juli 1944.

613 Ebd.: Abschrift einer Mitteilung der Gauverwaltung DAF Abt. Gemeinschaftsverpflegung, eingegangen am 21. Juli 1944.

Grundzutaten dieser Gerichte waren ausnahmslos gekochtes Gemüse, Roggengrütze, etwas Fett und ein paar Kräuter. Ihr Energie- und Nährstoffgehalt ist nicht sehr überzeugend. Es ist möglich, mit den angegebenen Mengen die Kalorienzufuhr der Gerichte zu kalkulieren: Ein Liter der Suppe mit Grütze und Hefe hatte ca. 300 Kalorien, 1kg des Gemüsetopfs brachte 750 Kalorien und zwei Bratlinge 256 Kalorien. Geschmacklich dürften diese Gerichte gleichermaßen unbefriedigend gewesen sein.

Wenn auch das in den Lagern servierte Essen nicht genau aktenkundig ist, so gibt es doch Hinweise auf die Quantitäten und die Qualität der angebotenen Nahrungsmittel. Die Handkasse der Ostarbeiterküche des Lagers Baggerloch erwies sich dafür als wertvolle Quelle. Gekauft wurden regelmäßig Freibankfleisch, Wurst vom Metzger manchmal auch Gemüse – Lauch, Weißkohl, Wirsing, Möhren und Kartoffelschalen.⁶¹⁴ Im März 1943 wurden auch Marmelade, Quark und Zwiebeln gekauft. Es fehlen bei den Einträgen der Handkasse jegliche Käufe von Brot, Margarine oder Kartoffeln, die die Ostarbeiter vermutlich selbst mit Lebensmittelmarken besorgen mussten. Die Handkasse der Ostarbeiterküche ermöglicht es, eine Art „Musterwoche“ zu rekonstruieren. In der Zeit vom 17. bis zum 24. Juli 1944 wurden 54 Personen in dem Lager gepflegt. Es wurden 26 Kilo Fleisch bestellt, d.h. ca. 180g pro Person und Woche und weniger als 70g Fleisch pro Tag! Die in der Woche vom 8. bis 15. September 1944 bestellten Mengen waren etwas höher: 42 Kilo Fleisch wurden bestellt, sprich ca. 111g Fleisch pro Tag und Person. Die Fleisch- und Wurstkäufe wurden abwechselnd getätigt. Wurst wurde am 23. und am 30. September gekauft. Die Gemüsekäufe waren etwas seltener als die Fleischbesorgungen. Zwischen dem 30. Juli 1943 und dem 26. Juni 1944 wurde nur neunmal Gemüse besorgt. Die Lagerküche erwarb z.B. am 12. August 1943 150 Kilo Weißkohl. Sie kaufte später auch einen Sack Möhren und dann noch 260 Stück Möhren dazu. Ebenfalls später wurden Weißkohl, Lauch und Zwiebeln gekauft, jedoch in eher unbedeutenden Mengen. Zusammengefasst können wir sagen, dass zwischen Ende Juli und Anfang Dezember 1943 die Lagerküche für 54 Personen 50 Kilo Weißkohl, 404 Karotten, 35 Wirsingköpfe und 43 Lauchstangen kaufte. Die kalkulierten Mengen ergeben 8g Kohl pro Person und Tag, neun Karotten pro Person innerhalb von vier Monaten – d.h. ca. zwei pro Woche. Die Menge Lauch ergibt nicht einmal eine ganze Stange pro Person innerhalb dieser vier Monate! Kartoffeln wurden wie schon erwähnt nicht von der Lagerküche bestellt, waren aber mit Sicherheit



Augustine M. *1926

614 Dass die Ostarbeiterküche Kartoffelschäler besaß, legt nahe, dass die Fremdarbeiter sehr wohl Kartoffeln aßen, obwohl keine Käufe in der Handkasse angegeben waren.

Teil der Ostarbeiterverpflegung. Aus einem Vermerk vom 5. März 1945 können die Kartoffelrationen ermittelt werden. In dieser Zeit waren wöchentlich 3,5kg Kartoffeln für die nicht sowjetischen Kriegsgefangenen und für die IMI vorgesehen, während die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Ostarbeiter 5kg erhielten. Sie erhielten vermutlich mehr, um das Fehlen anderer Nahrungsmittel zu kompensieren.⁶¹⁵ Diese Kartoffelrationen waren für verschieden große Lager vorgesehen, entweder bis 73 Personen oder mehr. Die 5-Kilo-Ration war für Kriegsgefangenenlager und Ostarbeiterlager von einer Größe von 73 Personen gedacht – d.h. sie erhielten ca. 10g pro Tag. Die Insassen der größeren Lager erhielten i. d. R. weniger pro Person: Die RAD-Arbeiterinnen bekamen eine Sechs-Kilo-Ration, falls sie in einem Lager waren, das bis 73 Personen groß war, oder 5kg, falls ihr Lager größer war. Die RAD-Arbeiter bekamen ihrerseits entweder sechs oder sieben Kilo.⁶¹⁶ Die Ostarbeiterküche des Lagers Baggerloch kaufte manchmal auch Quark. Diese Besorgungen waren nicht so regelmäßig wie die Fleisch- oder Gemüsekäufe. Lediglich zwei Quarkkäufe sind aktenkundig und zwar am 26. Februar 1944 und am 25. März 1944. Es wurden 350 bzw. 250 Kilo Quark gekauft. Die Ostarbeiter bekamen Rationen von ca. 231g Quark pro Tag und Person im Monat Februar 1944 und 550g im März. Diese Käufe wurden häufig durch Nahrungsmittel ergänzt, die auf Lebensmittelkarten erhältlich waren.

Manchmal kam es zu organisatorischen Problemen bei der Essensverteilung. Am 19. September 1944 beklagten sich Ostarbeiter der Firma Zwick, dass sie keinen Kaffee zum Frühstück bekamen und kein Essen nach der Arbeit.⁶¹⁷ Die Küchenverantwortliche stritt dies ab und behauptete, dass die Arbeiter zwar morgens und abends das Gleiche bekommen, aber auf jeden Fall etwas zum Essen erhalten hätten.⁶¹⁸ Die Klagen der Ostarbeiter wurden jedoch von der DAF bestätigt, die sich für eine Lagerinspektion aussprach. Die DAF hatte offenbar weitere Unstimmigkeiten bemerkt, nämlich dass die Ostarbeiter zweimal nacheinander nur eine wässrige Suppe bekommen hatten und dass sie ebenfalls Tabak hätten erhalten sollen, was aber nicht geschehen war. Wie dieser Vorfall endete, ist leider unbekannt.

615 STAHD AA, 212/c3: „Speisekartoffelversorgung“, Artikel in der Württembergischen Wirtschaftszeitschrift Nr. 9/10 vom 20. März 1940.

616 Ebd.: Schreiben des Ernährungsamts Abt. A Kreisbauernschaft an sämtliche Großverbraucher von Speisekartoffeln vom 5. März 1945.

617 Ebd., 212c/6: Vermerk des AfW vom 18. Sept. 1944.

618 Ebd.: Vermerk des AfW vom 20. Sept. 1944.



Peter Chris van der A.

*1923

Das ausgegebene Essen war für die Ostarbeiter häufig unzureichend. Das markanteste Zeichen dafür ist die Entwicklung der Bettelei. Dieses Phänomen erreichte ein solches Ausmaß, dass die DAF am 1. Januar 1944 ein Schreiben an alle Lager des Kreises Heidelberg über dieses Thema verfasste. Dazu sah man sich aus mehreren Gründen veranlasst: „Nach einer Reihe von Mitteilungen, wie auch nach eigenen Feststellungen hat sich das Bettelunwesen der Ostarbeiter derartig bemerkbar gemacht, dass wir uns gezwungen sehen energische Maßnahmen hiergegen zu ergreifen.“⁶¹⁹

Diese Maßnahmen bestanden vor allem in einer Freiheitsbegrenzung der Ostarbeiter. So sollten die Kontakte mit der deutschen Bevölkerung vermieden werden. Das Essen von außerhalb sollte systematisch sichergestellt und der Küche übergeben werden. Der Verfasser des Schreibens erinnerte noch an die Ausgehzeiten sowie an die Rolle der Wache.⁶²⁰ Ebenfalls wurde die Qualität der Nahrung erwähnt. Dazu gab der Verfasser des Schreibens zu, dass die Kartoffel- und Gemüsevorräte etwas niedriger waren als im Jahr davor und gab zusätzlich zu bedenken, dass die Arbeitsleistung der Ostarbeiter infolge einer unzureichenden Ernährung nicht schwächer werden dürfte. Deshalb appellierte er an die Lagerführer, den Ostarbeitern eine korrekte Essensversorgung zu garantieren.⁶²¹

4.1.4 Die Ernährung sowjetischer Kriegsgefangener

Die russischen Kriegsgefangenen befanden sich auf der NS-Behandlungsstufe der Fremdarbeiter sehr weit unten. Während ihres Aufenthalts in Deutschland litten sie häufiger unter Hunger als die anderen Gruppen, wie Durand 1987⁶²² berichtete: „So verhungern in jedem Lager abertausend russische Kriegsgefangene. Die Franzosen sehen jeden Tag zu, wie ihre sterblichen Überreste auf Handkarren aufeinandergeschichtet lagen und von anderen Russen in ein Massengrab gefahren wurden. Dieser entsetzliche Anblick – eine tatsächliche Vorwegnahme

619 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 43, Mappe 126, Dok. 78, S. 1.

620 Ebd.

621 Ebd.: Dok. 79, S. 3.

622 Durand (1987), S. 236: „Des milliers et des milliers de prisonniers russes, dans chaque camp, meurent ainsi simplement de faim. Les Français voient chaque jour leurs dépouilles s'entasser en vrac, nues, sur des charrettes à bras tirées par d'autres Russes qui les conduisent à la fosse commune. Ce spectacle effroyable, véritable préfiguration de ce qu'on pourra voir plus tard dans les camps de concentration, est rapporté de tous les camps où sont internés des prisonniers russes par des prisonniers français rapatriés“.

von dem, was später in Konzentrationslagern zu sehen war – wird von zurückkehrenden französischen Gefangenen über jedes Lager berichtet, wo russische Gefangene interniert waren.“

4.1.4.1 Die Entwicklung der Rationen in den Jahren 1941 bis 1944

Die Entwicklung der Rationen zeigt deutlich, wie die Arbeitskraft dieser Männer für das Dritte Reich an Bedeutung gewann. Im Jahr 1941 stand die potenziell erzielbare Arbeitsleistung noch nicht im Fokus. Außerdem erhoffte man sich von niedrigen Lebensmittelrationen für die Russen sogar eine entsprechende Erhöhung der Rationen für die deutsche Bevölkerung.⁶²³ Die erste Verordnung für sowjetische Kriegsgefangene setzte Rationen fest, die mit ca. 1.275 bis 1.304 Kalorien täglich weit unter dem Existenzminimum (1.800) lagen. Im August 1941 wurden diese Rationen zunächst auf ca. 2.040 bis 2.200 Kalorien erhöht; bis Dezember 1941 wurde die tägliche Kalorienzufuhr sogar bis auf 2.540 Kalorien angehoben.⁶²⁴ Die Hauptnahrungsmittel waren wie im Fall anderer Fremdarbeiter Kartoffeln, Brot, Gemüse – Kohlsorten – und etwas Fleisch – vorwiegend Freibank- und Pferdefleisch sowie Wurst – etwas Zucker (im Tee), Marmelade und Fett.⁶²⁵ Diese Verordnungen wurden der Heidelberger Stadtverwaltung Mitte Oktober 1941 schriftlich mitgeteilt.⁶²⁶ Dieses Dokument verdeutlicht die Ernährungsunterschiede zwischen russischen und anderen Kriegsgefangenen. Die sowjetischen Gefangenen bekamen die Hälfte der Fleisch- und Fettration der anderen Gefangenen; ansonsten entsprachen ihre Brot-, Käse-, Zucker- und Marmeladenrationen dem, was die anderen Kriegsgefangenen bekamen. Die folgende Tabelle fasst diese Informationen zusammen, ergänzt um die Angabe der Kalorienzufuhr:

Nahrungsmittel	tägliche Rationen	Kalorien
Brot	321,14g	1.152,9 ⁶²⁷
Fleisch und Wurstwaren	28,57g	104,9 ⁶²⁸
Fett	18,57g	139,6 ⁶²⁹

623 Streit (1978), S. 143f.

624 Ebd., S. 139.

625 Ebd., S. 138–40.

626 STAHD AA, 212c/3: Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 16. Okt. 1941.

627 Die Kalorienangabe wurde für Weißbrot, das erheblich kalorienreicher als das „Russenbrot“ ist, errechnet.

628 Die Kalorienzufuhr wurde anhand der Kalorienwerte von Schweinefilet und Wurst – jeweils zur Hälfte – berechnet.

629 Die Kalorienzufuhr wurde anhand der Kalorienwerte von Margarine berechnet.

Magerkäse oder Quark	4,46g	12,1 ⁶³⁰
Quark	8,93g	10,4
Quark	4,46g	5,2
Zucker	32,14g	126,6
Marmelade	25,00g	65,8
Getreide (Roggen, Haferkorn, Grieß, Nudeln, Reis)	21,43g	74,8
frisches Gemüse (Speiserüben)	160,71g	54,6 ⁶³¹
Sauerkraut	39,28g	16,1
oder	Kartoffeln und Steckrüben	42,85g
		38,1
	235,71g	82,5
oder	Kartoffeln und Steckrüben	60,71g
		54,0
	182,14g	63,7
	Kartoffeln	121,43g
		108,1
Teersatz	4,00g	-
Salz	15,00g	-
Gewürz	-	-
Kalorienzufuhr		≈2109,4 ⁶³²



Manche Lebensmittel waren eigens für die Russen „kreiert“ worden, wie z.B. das so genannte „Russenbrot“. Dieses Brot wurde aus „50% Roggenbrot, 20% Zuckerrübenschnitzel, 20% Zell-Mehl und 10% Strohmehl oder Laub⁶³³“ hergestellt und war so unbekömmlich, dass die Zahl der Kranken zum Verschwinden dieses Brots im Oktober 1942 führte.⁶³⁴ Die Lebensmittelversorgung im Reich verschlechterte sich im April 1942 derart, dass es am 17. April 1942 zu einer erneuten Senkung der russischen Rationen auf maximal 2.070 Kalorien pro Tag kam.⁶³⁵ Die tägliche Kalorienzufuhr wurde erst wieder im Oktober 1942 erhöht,

630 Die Kalorienzufuhr wurde anhand der Kalorienwerte von Weichkäse berechnet.

631 Die Kalorienzufuhr wurde anhand der Kalorienwerte von Kohl berechnet.

632 Es handelt sich um eine geschätzte Kalorienzufuhr, da die Kalorien mancher Lebensmittel – wie z.B. das „Russenbrot“ – schwerlich zu ermitteln sind.

633 Streit (1978), S. 146.

634 Ebd., S. 363. Das „Russenbrot“ war sowohl für die russischen Kriegsgefangenen als auch für die russischen Zivilarbeiter vorgesehen.

635 Ebd., S. 139; Die Schwerarbeiter bekamen 2.447 Kalorien pro Tag und die Bergarbeiter 2.933 Kalorien. Reduziert wurde vor allem die Brotportion, während Milch und Gemüse

nachdem auch die Rationen für die deutsche Bevölkerung angestiegen waren.⁶³⁶ Die verordnete Versorgung der russischen Kriegsgefangenen wurde im Jahr 1944 erneut leicht erhöht; jedoch erreichte sie nie ein angemessenes Niveau:

Lebensmittel	Menge (g)	tägliche Menge (g)	tägliche Kalorien- zufuhr	Schwer- arbeiter- zulage	tägliche Menge (g)	Kalorien- zufuhr
Roggenmehl	8.250	294,60	692,31	3.000	401,78	944,20
Fleisch und Wurst	800	28,57	69,71	800	57,14	139,42
Margarine	520	18,57	139,27	280	28,57	214,27
Zucker	-	-		440	15,71	61,89
Nährmittel	600	21,43	21,43	74,79	24,10	84,11
Kartoffeln	20.000	714,28	499,99		714,28	499,99
Steckrüben			je nach Anlieferung			
tägliche Kalorienzufuhr			≈1.422,71		≈1.943,88	

Aus dieser Zusammenstellung der nackten Zahlen ist herauszulesen, was den russischen Kriegsgefangenen auf dem Papier zustand.

4.1.4.2 Die Versorgung am Beispiel der ‚Friedensglocke‘

Die Propaganda gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen fand in Heidelberg auch ein gewisses Echo. Das beste Beispiel dafür liefert die Essensversorgung der ‚Friedensglocke‘. Die Wirte der Gastwirtschaft ‚Zur Friedensglocke‘ wurden beauftragt, sich um die Versorgung der 20 russischen Kriegsgefangenen der Reichsbahn (Güterbahnhof) zu kümmern. Die restlichen Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos wurden durch die Gemeinschaftsküche des Lagers Güter-

ganz ausfielen; dagegen wurde die Kartoffelmenge erhöht. Unter der Industriearbeiterschaft wurde darüber geklagt, dass die Rationen niedriger als im Winter 1941/42 waren (ebd., S. 148).

- 636 Herbert (1999), S. 198f. Die russischen Kriegsgefangenen bekamen 10% mehr: 2.283 Kalorien täglich für einen Normalarbeiter, 2.673 für einen Schwerarbeiter und 3.145 Kalorien für die Bergarbeiter. Die Logik war einfach: „Wenn die Rationen für Deutsche gesenkt wurden, konnte man diejenigen der sowjetischen Arbeitskräfte nicht erhöhen“ (Streit (1978), S. 139).



bahnhof verpflegt.⁶³⁷ Als die 20 Männer am 9. September 1942 in Heidelberg ankamen, war ihre Baracke noch nicht fertig. Sie wurden vermutlich deshalb in der ‚Friedensglocke‘ verpflegt, weil die Wirtschaft sich in unmittelbarer Nähe des Güterbahnhofs befand. Die ausgegebenen Mahlzeiten bestanden offiziell aus Brot und Kaffee morgens, einer kalten Mahlzeit mittags – Brot mit Wurst/oder mit Käse – und einem warmen Abendessen. Die Kosten wurden auf 1,50 RM pro Tag und Mann geschätzt.⁶³⁸ Im Dezember 1942 kamen 17 russische Kriegsgefangene hinzu, die ebenfalls von der ‚Friedensglocke‘ ernährt werden mussten. Ab diesem Datum ernährten die Wirte 37 sowjetische Kriegsgefangene.⁶³⁹ Sechs Gefangene arbeiteten ab dem 14. Dezember 1942 bei der Müllabfuhr und sechs andere wurden schon ab dem 7. Dezember im neuen Gaswerk beschäftigt.⁶⁴⁰ Es waren die deutschen Kollegen der russischen Müllarbeiter, die die Stadtverwaltung bezüglich Menge und Qualität der Essensversorgung bei der ‚Friedensglocke‘ alarmierten. Laut den deutschen Müllarbeitern war das Essen der Russen vollkommen unzureichend für die schwere Arbeit, die sie verrichten mussten. Der Leiter der Müllabfuhr nahm die Sache ernst, schrieb wiederum die Stadtwerke an, die ihm ihrerseits empfahlen, sich an die Fahrbereitschaft zu wenden. Der Leiter der Fahrbereitschaft bestätigte, dass die Versorgung der russischen Kriegsgefangenen nicht vorschriftsmäßig erfolge. Das AfW schlug vor, das Problem mittels der Verteilung folgender Lebensmittelkarten zu lösen:

Lebensmittel	Menge in Gramm für einen Monat	tägliche Menge in Gramm	Kalorien
Brot/Mehl	5.600	186,6 ⁶⁴¹	686,70
Roggenmehl	4.600	425,0	998,75
Fleisch	1.600	53,3 ⁶⁴²	58,63

637 STAHD AA, 199p/4: Beschluss des AfW vom 27. Aug. 1942. Leider liefern die Quellen keine Angaben über die Menge und Qualität des Essens. Aktenkundig sind wiederum die Essensbedingungen, denen die Kriegsgefangenen ausgesetzt waren. Einem Schreiben vom 25. Sept. 1942 ist zu entnehmen, dass die Gefangenen des Arbeitskommandos 1.649 im Freien aßen. Auch das Frühstück mussten die Männer draußen einnehmen, selbst wenn es noch dunkel war (ebd.: Schreiben des Arbeitskommandos 1.649 vom 25. Sept. 1942).

638 Ebd.: Schreiben an Karl A./Wirtschaft ‚Zur Friedensglocke‘ Heidelberg, östl. Güteramtsstraße 43 vom 10. Sept. 1942.

639 Ebd.: Vermerk vom 11. Dez. 1942.

640 Ebd.: Schreiben der Müllabfuhr an die Stadtwerke.

641 Angabe „mehr als Backmenge“; die Kalorienzufuhr wurde für Weizenmehl berechnet.

642 D.h. Pferdefleisch.

Margarine	800	26,6	199,50
Nährmittel	600	20,0	69,80
Zucker	440	14,6	57,50
Kalorienzufuhr			≈2.070,88

Die hier zusammengefassten Rationen und daraus abgeleitet die Kalorienzufuhr entsprachen genau den Verordnungen des Reichs zu diesem Zeitraum. Sie waren zwar unzureichend, lagen aber dennoch über dem Existenzminimum und hätten den Kriegsgefangenen erlauben müssen, weiterarbeiten zu können. Der Leiter der Müllabfuhr entschied trotzdem, die angebotenen Mahlzeiten der ‚Friedensglocke‘ kontrollieren zu lassen. Der Bericht der Inspektion war sehr aufschlussreich. Mittags wurden weder Fleisch noch Margarine oder Nährmittel serviert. Es handelte sich um eine wässrige Mischung aus gekochten Kartoffeln mit Kohl und Roter Bete: „In diesem Essen war[en] kein Fleisch, keine Margarine und keine Nährmittel. Frau A. erklärte mir, es werden alle zugewiesenen Lebensmittel in das Essen gegeben. Das Fleisch werde auf einer Platte abends verabfolgt. Weder Fleisch, noch Margarine, noch Nährmittel oder Zucker wurden verabreicht. Bei der Kontrolle abends sagte ich Frau A., dass noch niemals abends Fleisch gegeben worden sei. Die Frau widersprach, es sei das Fleisch durch die Maschine gedreht worden und zum Essen geschüttet worden. Die Prüfung über die Brotgewichtsmenge hat nach Aussagen von Frau A. ergeben, dass der Laib Brot von 1.500g in 4 Teile geteilt werde. Je Kopf werden somit täglich 375g Brot ausgegeben. Nach der zugeteilten Mehlmenge hat der Kriegsgefangene täglich 425g Brot zu beanspruchen. Es wurden von jedem Kriegsgefangenen täglich 50g Brot eingespargt. Da von der Stadt 36 Gefangene zu verpflegen sind, wurden täglich 1.800g Brot nicht ausgegeben. Nährmittel waren überhaupt keine zur Verwendung gekommen. Auf meinen Einspruch bei den Wirtsleuten A. [hin] gab es in der Woche von 4.–9. Juni das erste Mal Margarine auf das Brot, auch das erste Mal Fleisch und das erste Mal Zucker in den Tee. Mir wurde das nebenan liegende Eisenbahn-Kriegsgefangenenlager und das [dort] mit gleichen Rationen zubereitete Essen gezeigt. Zweimal in der Woche wurde ein Stück Fleisch zu den dickgekochten Speisen, die appetitlich aussahen, gegeben. Auch gibt es dort Wurst zum Essen. Dass meine Schilderungen der Wahrheit entsprechen, [dafür] können als Zeugen herangezogen werden, von der Wache der Gefreite B. und der Schütze A., sowie von den Stadtwerken die Arbeiter E. und A. Vom Amt für Wirtschaftsförderung wurde seit

7.1.1943 noch Herr S. mit der Kontrolle beauftragt, der auch ein Zeuge ist. Eine richtige Verpflegung nach den ausgegebenen Bezugsscheinen kann nur erfolgen, wenn von der Stadt in einer eigenen Baracke selbst gekocht wird. Dies ist bei der Eisenbahn, der Firma Maßholder usw. der Fall.“

Es wurde nach diesem Bericht beschlossen, die Kriegsgefangenen in der künftigen Städtischen Wirtschaftsbaracke des Lagers Baggerloch zu verpflegen.⁶⁴³ Als offizielle Begründung für diese Änderung wurden „arbeitspolitische Gründe“ genannt.⁶⁴⁴ Da diese Wirtschaftsbaracke noch nicht bezugsfertig war, fand die Verpflegung der russischen Kriegsgefangenen weiterhin in der Wirtschaft ‚Zur Friedensglocke‘ statt. Eine zweite Person, ein gewisser Josef S.,⁶⁴⁵ wurde vom Leiter der Stadtwerke beauftragt, das dort servierte Essen weiterhin zu kontrollieren. Josef S. prüfte das Essen in der Woche vom Donnerstag, dem 7. Januar 1943 bis Mittwoch, dem 13. Januar 1943. Laut seinem Bericht wurden donnerstags als Mittagessen stark angebrannte Hülsenfrüchte mit vielen Kartoffelschalen angeboten und gar kein Fleisch. Die Kriegsgefangenen hätten laut der Wache am Abend „seit Wochen zum ersten Mal Fleisch pro Person 60–70g“ erhalten.⁶⁴⁶ Freitagmorgen wurde Brot mit einem leicht süßen Tee angeboten. Josef S. prüfte jedoch jedes Stück Brot nach seinem Gewicht und stellte fest, dass das schwerste 380g wog, obwohl das Reich ein Gewicht von 421g vorschrieb. Als Zeuge beim Wiegen war der Obergefreite M. anwesend. Zu Mittag gab es wässriges Sauerkraut mit vielen Kartoffelschalen und ein paar Kartoffeln und noch immer kein Fleisch. Anscheinend bekamen die Gefangenen abends nochmals das gleiche Essen wie mittags. Samstag und Sonntag wurden ebenfalls Sauerkraut und Kartoffelschalen serviert. Am Montag, dem 11. Januar bekamen die Russen das gleiche Essen wie vorher mit Ausnahme des Frühstücks, bei dem sie zum ersten Mal ca. 15 bis 20g Margarine zu ihrem Brot erhielten. Im Jahr 1942 wurden Rationen von ca. 26g pro Tag über Lebensmittelkarten verordnet. Dienstagmittag wurde das gleiche Essen angeboten und abends bekamen die Gefangenen ausnahmsweise 50 bis 60g Fleisch dazu. Die Russen aßen am Mittwochmorgen zum ersten Mal Wurst zum Frühstück. Das Mittagessen beinhaltete wiederum gar kein Fleisch, son-



643 STAHD AA, 199p/4: Bericht der Müllabfuhr über die Verpflegung der russischen Kriegsgefangenen.

644 Ebd.: Beschluss des AfW vom 21. Jan. 1943.

645 Josef S. war „Marktmeister“ und mit Maria S. verheiratet, die später die Wirtschaftsbaracke des Lagers Baggerloch leitete (STAHD AA, 199p/4: Schreiben des AfW an den Oberbürgermeister vom 24. Febr. 1943).

646 Ebd.

dern die übliche Mischung aus Sauerkraut, Rüben und ein paar Kartoffeln.⁶⁴⁷ Folgende Tabelle wurde anhand dieser Informationen hergestellt, um Einblick in die genaue Energie- und Nährstoffzufuhr dieses Essens zu erhalten:

Mahlzeiten der ‚Friedensglocke‘ während 7 Tagen:		verordnete Rationen für 7 Tage (Vermerk vom 23. Okt. 1942):
Fleisch und Wurst	≈120g Fleisch 80g Wurst ⁶⁴⁸	400g
Brot	2.660g	3.400g
Margarine/Fett	20g	200g
Kartoffeln	4.000g ⁶⁴⁹	7.000g
Nährmittel	150g ⁶⁵⁰	150g
Gemüse	?	je nach Anlieferung
Zucker	110g ⁶⁵¹	110g

Die geschätzte Kalorienzufuhr ergibt ca. die Hälfte der an sich schon sehr knapp berechneten Soll-Portionen. Bei diesen Rationen, die weit unter dem Existenzminimum lagen, wurden die Gefangenen bis zur Erschöpfung geschwächt. Dies hatte Konsequenzen für ihre Gesundheit und bedeutete eine Verminderung ihrer Arbeitsleistung. Die Halter der ‚Friedensglocke‘ waren in Heidelberg die einzigen Wirte, die das Essen der Fremdarbeiter derart verknappten. Um sicherzustellen, dass die Versorgung der russischen Kriegsgefangenen auch in anderen Lagern nicht zu knapp war, wurden weitere Inspektionen veranlasst. So prüfte Josef S. das Essen der sowjetischen Gefangenen der Reichsbahn. Offiziell wurde dort mit den gleichen Zutaten und Mengen gerechnet wie es in der ‚Friedensglocke‘ hätte sein sollen. Die Wirte benutzten in diesem Fall alle ausgegebenen Lebensmittel; deshalb konnten die Reichsbahnarbeiter in einer Woche dreimal Fleisch essen und zweimal Wurst und Margarine.⁶⁵² Die Wirte bekamen von dem Arbeitgeber

647 Ebd.: Bericht von Josef S. vom 14. Jan. 1943.

648 Schätzung des Gewichts der Wurst, die am Mittwochmorgen angeboten wurde.

649 Hierbei handelt es sich um eine grobe Schätzung. Laut dem Bericht scheinen sich mehr Kartoffelschalen als Kartoffeln in der Suppe befunden zu haben. Mit diesen 4.000 Gramm hätten die Gefangenen ca. 500g Kartoffeln pro Tag bekommen, was vermutlich über den ausgegebenen Mengen lag.

650 Es wurden nur einmal angebrannte Nährmittel serviert.

651 Diese Schätzung des Zuckergewichts dürfte ebenfalls über der ausgegebenen Menge liegen.

652 STAHD AA, 199p/4: Bericht des Josef S vom 14. Jan. 1943.

das notwendige Geld, um die Lebensmittelversorgung der Fremdarbeiter vor-schriftsmäßig zubereiten zu können. Die Wirte der ‚Friedensglocke‘ bekamen also Geld oder Lebensmittelkarten, die sie zweckwidrig verwendeten. So betrogen sie die Stadtverwaltung um diese Summen/Nahrungsmittel. Deshalb wurde der Bericht von Josef S. sowie das Dokument über die bereitgestellten Nahrungsmittel der Polizei Heidelberg übergeben.⁶⁵³ Die Versorgung des Kriegsgefangenenkommandos 1.649 wurde nach diesen Vorfällen der ‚Friedensglocke‘ entzogen. Stattdessen wurde Frau Maria S. – vermutlich die Ehefrau von Josef S. – zur Küchenbeauftragten ernannt.⁶⁵⁴ Sie bekam die Lebensmittelmarken ab dem 1. März 1943 sowie die Rechnungen und die Steuerkarten.⁶⁵⁵ Sie leitete anschließend die Küche des Lagers Baggerloch, erhielt dafür monatliche Summen für die Lebensmittelversorgung und führte Buch über jegliche Käufe. Die Lagerküche verpflegte alle Kriegsgefangenen des Güterbahnhofs – d.h. 33 Männer – sowie die 20 sowjetischen Kriegsgefangenen, die von der Firma Krämer bis dahin verpflegt und untergebracht worden waren. Was die Wirte der ‚Friedensglocke‘ anbelangt, wurden sie am 12. Mai 1943 vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 200 RM oder zu einer Freiheitsstrafe von 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Ehepaar wurde beschuldigt, die Lebensmittel der russischen Kriegsgefangenen unterschlagen zu haben: „In der Begründung des Amtsgerichts C II werden Sie beschuldigt, dass Sie bezugsbeschränkte Lebensmittel, wie Fleisch, Nahrungsmittel und Brot, welche Ihnen zur Verpflegung der bei Ihnen beköstigten Kriegsgefangenen übergeben worden haben, nicht vollständig für diesen Zweck verwendet, sondern für sich verbraucht haben.“⁶⁵⁶

Zu den 200 RM Strafgeld wurde noch der unmittelbare Schaden geschätzt, den die Wirte der Stadtverwaltung schuldeten. Dieser Schaden wurde wie folgt vom Amtsgericht evaluiert:⁶⁵⁷

Rechnungsdatum	Rechnungssumme	bezahlte Summe	geschuldete Summe
15.1.1943	1.419,00 RM	1.000,00 RM	419,00 RM
1.2.1943	1.534,00 RM	1.000,00 RM	534,50 RM

653 Ebd.: Schreiben des Ernährungs- und Wirtschaftsamts an den Polizeidirektor Heidelberg.
 654 Ebd.: Schreiben des AfW an den Oberbürgermeister vom 24. Febr. 1943.
 655 Ebd.: Schreiben des AfW an das Personal- und Organisationsamt vom 17. Febr. 1943.
 656 Ebd.: Einschreiben des Amtsgerichts Heidelberg C II an die Wirte der ‚Friedensglocke‘ vom 12. Mai 1943.
 657 Die Tabelle basiert auf der Auswertung des genannten Einschreibens.



Waclan W. *1922

3.3.1943	1.441,00 RM	0,00 RM	1441,00 RM
4.4.1943	357,00 RM	240,00 RM	117,00 RM
Endsumme	4.751,50RM	2.240,00 RM	2.511,50 RM
abzüglich 10% – entsprechend den Diebstählen der Gefangenen			-251,15 RM
		abgebuchte Summe	2.260,35 RM

Die geschuldete Endsumme zuzüglich des Strafgelds erreichte 2.460,35 RM – einer für die damaligen Verhältnisse sehr hohen Summe. Es ist nicht weiter aktenkundig, ob das Ehepaar seine Schulden bezahlte oder ins Gefängnis kam.

Interessant an diesem Beispiel sind sowohl die Tatsache, dass das Ehepaar einen großen Teil des Essens der Gefangenen unterschlagen hatte als auch, wie das Amtsgericht die Strafe begründete. Die Verurteilung ist ein weiteres Indiz für die zunehmende Wahrnehmung der wirtschaftlichen Bedeutung der Kriegsgefangenen. Das Einschreiten der Justiz erfolgte nicht aus humanitären, sondern aus „arbeitspolitischen Gründen“.⁶⁵⁸ In der Praxis waren Fälle von nicht verteilten Lebensmitteln wohl gängig, obwohl in Heidelberg der Fall der Wirte der ‚Friedensglocke‘ eine Ausnahme bildete.⁶⁵⁹ Solche Delikte wurden ansonsten wohl kaum bestraft, denn Fremdarbeiter wurden von keinem Gesetz geschützt. In dem Heidelberger Fall verfolgte die Stadtverwaltung wohl zuerst ihre eigenen Interessen – und erst mittelbar, sozusagen nachrangig auch die der sowjetischen Gefangenen.

4.1.4.3 Anzeichen für Unterernährung

Konkrete Beweise für eine Fehl- oder/und Unterernährung der Fremdarbeiter finden sich mitunter in den ärztlichen Diagnosen. Die Diagnose „Schwäche“ oder „allgemeine Schwäche“ können Hinweis dafür sein, bleiben aber unspezifisch, obwohl sie z.B. in Auschwitz gängig als Todesursache angegeben wurden – die Begründung „Hungerödem“ oder „Ödem“ wurde dagegen fast nie angegeben.⁶⁶⁰ Die Entwicklung von Ödemen ist dagegen ein sicheres Zeichen für eine Unterernährung. Diese so genannten „Hungerödeme“ entwickeln sich infolge einer

⁶⁵⁸ Ebd.: Beschluss des AfW vom 21. Jan. 1943.

⁶⁵⁹ Schwarze zitiert in ihrer Studie einen Bericht vom 30. Sept. 1942 über die Inspektion der Küchen der Chemischen Werke Hüls, wo die servierte Suppe weder Fett noch Fleisch enthielt. Ähnlich wie in Heidelberg reichte dieses Essen kaum dazu, einen Schwerarbeiter für die zu verrichtende Arbeit hinreichend zu stärken. Dieser Vorfall wurde erst in Nov. 1944 verhandelt (Schwarze (1997), S. 86).

⁶⁶⁰ Denn dies hätte bedeutet, dass man die Ernährung der Häftlinge als Ursache dafür anerkannt und entsprechend erhöht hätte. Münch (1947).

eiweißarmen Ernährung und wenn sowohl Quantität, als auch Qualität der Kost plötzlich sinken.⁶⁶¹ Die Diagnose eines Hungerödems taucht nur einmal in Heidelberg auf, bei einem 45-Jährigen. Der Fremdarbeiter aus Russland arbeitete bei der Reichsbahn und wohnte im Lager Baggerloch. Er wurde stationär in die Ludolf-Krehl-Klinik aufgenommen wegen dieses Ödems. Der behandelnde Arzt notierte einen schlechten Ernährungszustand bei einem kraftlosen Mann. Vor allem wurde eine Zyanose des Gesichts, der Lippen, der Füße sowie der Hände festgestellt. Ödeme befanden sich unter den Augen und auf dem Penis. Die Beine seien hart und blau-rot-farbig. In den ersten zwei Tagen schied der Mann sechs Kilo Wasser aus; insgesamt wurden zwölf Kilo Wasser ausgeschieden. Die Ursache dieser Ödeme wurde jedoch nicht gleich diagnostiziert, sodass der Fremdarbeiter sogar mehrere Tage fasten musste. Erst als das Hungerödem als solches diagnostiziert war, erhielt der Fremdarbeiter eine „kräftige Kost“. Dies bewirkte zunächst eine Erholung: Der Russe nahm acht Kilo zu.⁶⁶² Derart unterernährte Menschen benötigen freilich eine sehr bedachte Ernährung sowie eine langsame Wiedergewöhnung an die normale Kost, weil der Organismus ansonsten die Nahrung nicht verträgt. Die Ödeme kamen im vorliegenden Fall bald wieder und der Fremdarbeiter erkrankte an einer Lungenentzündung, an der er eineinhalb Monate nach der stationären Aufnahme verstarb.⁶⁶³

Ein anderer Beweis für den unter Kriegsgefangenen herrschenden Hunger war – wie bei den Ostarbeitern – ihre stetige Suche nach Lebensmitteln, die Formen des Bettelns oder des Diebstahls annahm. Der Zeitzeuge Karl Weber erinnerte sich an dieses Phänomen: „Als Kind von fünf, sechs Jahren war ich sogar in dem russischen Lager drin und habe Brot gebracht. Meine Großeltern wohnten in der Bäckerei Schulz, Ecke Kaiserstraße und Hildastraße. Diese Bäckerei war wohl beauftragt, die russischen Kriegsgefangenen zu versorgen; und so habe ich ab und zu die Hilfskraft ins Baggerloch begleiten dürfen, den Wagen schieben oder mehr festhalten und die Kommissbrote bringen. Ein anderes Erlebnis war, dass die russischen Gefangenen oder Zwangsarbeiter die Gleise vor unserem Haus in der Ringstraße sauber hielten; das Gras herausrissen und das Papier aufhoben; darunter waren auch Frauen. Die hatten nicht übermäßig viel



Agrafena J. *1902

661 Eine Ernährung, die nicht mehr als 30g Eiweiß enthielt und vor allem aus salzigem Wasser bestand – in Form einer fleischlosen Suppe –, begünstigte die Entstehung von Hungerödemen. Die tägliche Aufnahme eines halben Liters Milch wäre ausreichend gewesen, um dies zu vermeiden (Aly (1984), S. 184–87).

662 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 38, Mappe 119, Dok. 2.

663 Ebd.: Dok. 14.

zu essen und haben gebettelt. Einmal habe ich den Frauen meinen Apfelbutzen gegeben, und das vergesse ich im Leben nicht, wie sie sich auf den Butzen gestürzt haben. Die Leute haben mir so Leid getan.“⁶⁶⁴

Häufig waren Diebstahl und Schwarzmarktaktivitäten Konsequenzen dieses Hungers, den alle Fremdarbeiter fühlten. Der Kalorienbedarf der Fremdarbeiter wurde durch ihre Arbeit bestimmt und erhöhte sich im Winter aufgrund der Kälte. Diese Kälte war für sie besonders hart, weil viele so gut wie keine warme Kleidung besaßen.

4.2 Bekleidung

Die Bekleidungsindustrie genoss kriegsbedingt nicht oberste Priorität im Dritten Reich – vom Bedarf der kämpfenden Truppe einmal abgesehen. Die Probleme glichen der der Ernährung: Sowohl Deutsche wie Fremdarbeiter hatten wenig zum Anziehen. Vor allem die Kriegsgefangenen, Zivildeportierten und die Ostarbeiter litten unter einem Bekleidungsmangel, weil sie so gut wie ohne Gepäck nach Deutschland gebracht worden waren. Die anderen Fremdarbeiter hatten diese Sorge nicht in diesem Ausmaß und bleiben deshalb hier ausgeklammert.

4.2.1 Eine kriegsbedingt schwierige Lage

Da die deutsche Bevölkerung selbst unter einer Mangelsituation litt, wurde die Kleidungsuteilung an Fremdarbeiter besonders streng reglementiert.

4.2.1.1 *Reichskleiderkarte*

Nach dem 1. Juli 1939 wurden Einsatz bzw. Verwendung von Baumwolle und Leinen begrenzt und viele Kleider wurden aus „Zellulosewolle“ hergestellt. Eine Art normierte Garderobenausstattung wurde definiert: Für Frauen zwei Kleider und für Männer zwei Anzüge; dazu für beide Geschlechter zwei Hemden, zwei Unterhemden oder ein Schlafanzug, sechs Paar Socken und sechs Taschentücher. Wenn der Antragsteller nachweislich mehr Kleidung besaß als dieses Minimum, wurde sein Bezugsantrag abgelehnt. Die Reichskleiderkarte vereinfachte ab dem 20. November 1939 dieses Verfahren. Mit der Reichskleiderkarte konnte man fast alle Kleidungsstücke beziehen, die gebraucht wurden.⁶⁶⁵ Die Reichsstelle

⁶⁶⁴ Buselmeier (2003), S. 202.

⁶⁶⁵ Dazu gehörte: Kinderkleidungen (1 bis 14 Jahre), Unterwäsche, Socken, Krawatten, Taschentücher, Schal, Strickwolle, Nähzubehör, Arbeitskleidungen, Mäntel, Decken, Matratzen usw. Die Reichskleiderkarte war ein Jahr gültig und in fünf Bezugsperioden unterteilt, in der der Besitzer eine bestimmte Punktezahl zur Verfügung hatte. Jedes Kleidungsstück

für Kleidung und verwandte Gebiete war für die Zuteilung von Kleidung an Fremdarbeiter zuständig und beschränkte diese rigoros: „Altkleidung darf nur insoweit zugeteilt werden, als zur Erhaltung der Arbeitseinsatzfähigkeit unbedingt erforderlich ist.“⁶⁶⁶

Da die Zuweisung von Kleidung aus arbeitspolitischen/kriegswirtschaftlichen Gründen erfolgte, mussten die Arbeitgeber einen Antrag bei den Landeswirtschaftsämtern stellen, um Kleidung für ihre Fremdarbeiter zu erhalten. Die Fremdarbeiter selbst durften keine Anträge stellen. Auch Arbeitskleidung wurde nur ungern verteilt: „Berufsbekleidung darf ausnahmslos nur in den Fällen für Ostarbeiter bewilligt werden, in denen die besonders entwickelte Ostarbeiterbekleidung unter keinen Umständen getragen werden kann oder die sonst dem betreffenden Ostarbeiter zur Verfügung stehende Kleidung unter Anlegung eines scharfen Maßstabes nicht verwendbar erscheint.“⁶⁶⁷

Es wurde beim Bezugsverfahren darauf geachtet, dass die Zuteilung besonders begründet war. Nur zerfetzte Kleidung wurde ausgetauscht. Die Kleidung wurde grundsätzlich nur zu bestimmten Zeiten abgegeben: So wurden z.B. Jacken und Mäntel erst ab Ende Oktober zugeteilt. Zweimal Arbeitskleidung zu erhalten bzw. zu besitzen, war vollkommen undenkbar.⁶⁶⁸ Die Sammelaktionen alter Kleidung sollten die Probleme der Fremdarbeiter lösen, die ohne sonstige Kleidung ins Reich kamen. Falls der Kleidervorrat zu niedrig sein sollte, konnten bei Textilbetrieben Bestellungen aufgegeben werden. Für Ostarbeiter und Kriegsgefangene wurde die Abgabe von Altkleidung bevorzugt.⁶⁶⁹ Dabei ist hervorzuheben, dass diese Kleidung nicht den Fremdarbeitern persönlich übergeben wurde, sondern sie blieb „im Eigentum des Betriebes, und muss[te] bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses von dem Betrieb

kostete Punkte: Ein Anzug kostete z.B. 40 Punkte, ein Hemd 20 Punkte, ein Paar Socken 5 Punkte usw. Man bekam erst dann einen neuen Mantel, wenn der alte zurückgebracht wurde (Rinner (1940/1980), S. 56–62).

666 STAHD AA, 199d/12: Runderlass Nr. 77/45 (E 73/43) des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers und Chefs der Zivilverwaltung im Elsass, Karlsruhe, betr. Versorgung der im Reichsgebiet eingesetzten Ostarbeiter mit Bekleidung und Schuhwerk vom 2. Febr. 1943.

667 Ebd.

668 Ebd., 199d/11: Schreiben der Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete: „Bei der Ausstellung von Anträgen auf Wehrbekleidung zu beachten!“ vom 24. Aug. 1942.

669 Manche Kleider, wie z.B. Parteikleidungen wurden nicht zu diesem Zweck wieder benutzt. Sobald sie anders gefärbt worden und alle militärischen Merkmale entfernt waren, konnten auch Wehrmachtsuniformen an Fremdarbeiter gegeben werden (ebd., 199d/11: Verordnung vom 18. Aug. 1942 betr. Altkleiderverwertung, Rundverfügung Nr. II-499/42 des Regierungspräsidenten/Landeswirtschaftsamts für den Wehrwirtschaftsbezirk XIIa an die Oberbürgermeister und Landräte – Wirtschaftsämter – im Wehrwirtschaftsbezirk XIIa).



Anna R. *1923

zurückgenommen werden.⁶⁷⁰ In der Praxis bezahlten die Fremdarbeiter ihrem Betrieb eine Art Pfand, das sie nach Rückgabe der Kleidung zurückerhielten. Zudem hatten die Fremdarbeiter eine „Abnutzungsgebühr“ für die Nutzung ihrer Kleider zu entrichten. Die Höhe der Gebühr wurde von der Firma festgesetzt und direkt vom Gehalt des Fremdarbeiters abgezogen.⁶⁷¹ Der ehemalige Reichsbahnarbeiter Robert Fréard berichtete, wie er Arbeitskleidung kaufen musste: „Nach einigen Tagen haben wir blaue Arbeitsanzüge bekommen. Aber dafür mussten wir bezahlen, ich glaube, dass sie 20 Mark gekostet haben. Aber wir hatten doch noch kein Geld!“⁶⁷²

4.2.1.2 Konsequenzen des Bekleidungs mangels

Für viele Fremdarbeiter bedeutete der Mangel an geeigneter Kleidung ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Viele Arbeitsunfälle passierten, weil die Arbeiter keine Schutzkleidung trugen. So litt ein belgischer Zivilarbeiter der Firma Wetzels und Schloßhauer an Verbrennungen dritten Grades. Seine Arme und sein Gesicht waren bei einer Explosion verbrannt. Der behandelnde Arzt der Chirurgischen Klinik nannte ausdrücklich das Fehlen von Schutzkleidung als Grund für die schweren Verbrennungen.⁶⁷³ Manche Bekleidung verursachte oder begünstigte auch Arbeitsunfälle, wie Kleider oder Röcke, die sich leicht in Maschinen einklemmen oder verfangen konnten. Um diese Art von Unfällen zu vermeiden, bestellte die Schnellpressenfabrik am 18. Juni 1943 Arbeitshosen für ihre Ostarbeiterinnen.⁶⁷⁴ Der Mangel an Kleidung brachte ein erhöhtes Risiko mit sich, schwer zu erkranken. Zwar sind die Heidelberger Winter deutlich milder als die im Osten Deutschlands, jedoch waren fast alle Kriegswinter sehr kalt. Insbesondere der Winter 1944/45 war an und für sich rau. Und es wurde beißend kalt, als die Holz- und Kohlevorräte zur Neige gingen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die ehemaligen Zivildeportierten aus Raon l'Étape sich vor allem an die Kälte erinnern. Viele hatten bei ihrer Verschleppung alte Kleidung und schlechtes Schuhwerk mitgenommen, weil man ihnen mitgeteilt hatte, dass sie nur für ein paar Tage Schanzarbeit im

670 Ebd.: 199d/12: Richtlinie der Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete Nr 8/43 betr. „Verwertung zugeteilter Altkleidung“ vom 5. Jan. 1943.

671 Ebd., 199d/11: Schreiben der Stadtverwaltung an die Industrien und Handelseinrichtungen betr. „Regelung und Beschaffung von Arbeits- und Berufskleidung für ausländische Zivilarbeiter“, basierend auf dem Erlass vom 22. Juli 1942 des Reichsbeauftragten für Kleidung und verwandte Gebiete vom 28. Juli 1942.

672 Högner (2002), S. 117.

673 STAHN Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Belgien), Karton 3, Mappe 10, Dok. 191.

674 Ebd., AA, 199d/12: Vermerk vom 18. Juni 1943 betr. „Versorgung der im Reichsgebiet eingesetzten Ostarbeiter mit Bekleidung und Schuhwerk“.

Freien zu erledigen hätten. Robert Fréard berichtete über seine Kleidernot: „Ich bin weggegangen mit einem Hemd, einem Pullover, einem alten Mantel und dann mit einem Paar Stiefel [wegen der angeblichen Erdarbeiten] sowie mit Socken. Die Stiefel waren schon durchlöchert während des Fußmarsches nach Hemmingen, den wir anfangs machen mussten. Ich hatte also nasse Füße. Und dann konnte man sehen, wie die Socken kaputt gingen. Ich habe die Enden der Ärmel meines Hemdes abgeschnitten, um daraus Socken für meine Füße zu machen.“⁶⁷⁵

Marcel Clément berichtete ebenfalls von der Kälte und wie die mitgebrachten Kleider, die nie gewaschen werden konnten – es waren ja die einzigen –, zu einem Nährboden für diverses Ungeziefer wurden: „Ich habe sehr gelitten wegen der Kleidung, ich hatte nichts dabei, und es war Winter. Ich weinte oft, weil ich fror und weil ich Hunger hatte. Ich trug immer nur das, was ich mitgebracht hatte, und man bekam dadurch Flöhe ... Ich habe überhaupt kein Kleidungsstück bekommen. Auch keine Schuhe. Für den Winter hatte ich nur einen kleinen Pullover, das war aber auch schon alles, ich habe wirklich sehr gefroren.“⁶⁷⁶

Ähnlich äußerte sich Louis Chapelier: „Worunter ich am meisten gelitten habe, war, dass man uns nie Kleidung geliefert hat, nie. Wir hatten nichts zum Wechseln. Wir mussten uns irgendwie behelfen. Der Winter 44 war ja schrecklich kalt. Ich habe sehr gelitten, es gab viel Schnee ...“⁶⁷⁷

René Rebout arbeitete für die Reichsbahn und gehörte zu den wenigen Zivildeportierten aus Raon l'Etape, die vom ihrem Arbeitgeber Arbeitskleidung gestellt bekamen: „Wegen der Umstände der Massenverhaftung vom 7. November 1944 hatte ich keine Kleidung zum Wechseln. Seit Mitte Dezember hatte ich kein Hemd mehr, noch hatte ich Strümpfe oder Unterwäsche. Mein Arbeitgeber stellte die Arbeitsbekleidung und pflegte sie und im Dezember haben wir einen schwarzen Leinenmantel von der Reichsbahnuniform bekommen. Das war ein guter Schutz gegen die Kälte und gegen das Elend.“⁶⁷⁸

Die Zivildeportierten aus Raon l'Etape bezeugen alle einstimmig die Unannehmlichkeiten, die ihnen die Kälte und der Mangel an Kleidung bereiteten. Darunter litten alle Fremdarbeiter, die sich unfreiwillig in Deutschland aufhielten.

4.2.2 Zur Situation der Zwangsarbeiter infolge mangelhafter Bekleidung

Die meisten Ostarbeiter hatten – wie die Zivildeportierten – keine Gelegenheit, bei ihrem Abtransport nach Deutschland viel Gepäck mitzunehmen. Es fehlten

675 Högner (2002), S. 117.

676 Ebd., S. 116.

677 Ebd., S. 117.

678 Ebd.



Iwan S. *1911

ihnen deshalb alle möglichen Kleidungsstücke, wie Hosen, Mäntel, Unterwäsche oder auch Schuhe.

4.2.2.1 Fehlende und unzureichende Bekleidung

Die Kleideranträge der Unternehmen für ihre Fremdarbeiter mussten begründet werden. Häufig wurde als Antragsbegründung die Erhaltung der Arbeitskraft genannt, manchmal auch die Hygiene. Dieses Argument wurde im Juli 1942 von den Firmen Bremsenfabrik August Grau, Schnellpressenfabrik, Hebborn, Orthos, Helmreich, Wetzel & Schloßhauer und der Kohlenhandlung Oberfeld bemüht, die zusätzlich darauf aufmerksam machten, dass die „Ausstattung mit richtiger Arbeitskleidung (...) nicht allein deshalb erforderlich [sei], weil diese Arbeitskräfte sonst praktisch nicht eingesetzt werden können, sondern insbesondere deshalb, weil durch bereits aufgetretene Krankheiten, Gerüche und sonstige Unannehmlichkeiten deutsche Arbeiter es abgelehnt haben, in der Nähe solcher ausländischer Arbeiter weiterhin ihre Arbeit zu verrichten, solange diese nicht mit geordneter Kleidung ausgestattet sind und deshalb eine Ansteckungsgefahr weitestgehend ausgeschlossen wird.“⁶⁷⁹

Manche Firmen stellten ihre Anträge sehr sorgfältig. So handelte sich die Bremsenfabrik August Grau eine Rüge der Stadtverwaltung ein, weil sie zu viel Wert darauf lege, ihre Fremdarbeiter mit Kleidern und Schuhen zufrieden zu stellen. Diese Anträge seien insbesondere im fünften Kriegsjahr unmöglich zu erfüllen, weil die Kleidervorräte zu knapp wären.⁶⁸⁰ In dieser Hinsicht schienen stets Unstimmigkeiten zwischen der Stadt und den Arbeitgebern von Fremdarbeitern zu herrschen. So lehnten im Dezember 1944 die Ortsbauernführer sowie die Grenzhöfer und Handschuhsheimer Bauern Altkleider ab, die für Ostarbeiter und andere Fremdarbeiter zugewiesen worden waren. Die Anoraks, Blusen und Röcke waren als zu dünn befunden worden. Angeblich war alle Kleidung, die nicht aus Wolle bestand, systematisch abgelehnt worden. Der Verfasser des Schreibens antwortete, sichtlich irritiert, wie folgt: „Es besteht gar kein Anspruch

679 STAHD AA, 199d/11, Beschluss des Ernährungs- und Wirtschaftsamts an den Regierungspräsidenten Wiesbaden betr. „Anträge über nachstehende Firmen auf Bekleidungsstücke für ausländische Zivilarbeiter“ vom 22. Juli 1942.

680 Ebd., 199d/12: Vermerk betr. „Die Versorgung der Ostarbeiter mit Wäsche, Kleidung und Schuhen“ vom 27. Juni 1944: „Wenn die Unternehmer, insbesondere die Industriefirmen wie die Fa. Grau A.G. besonderen Wert darauf legt, um die Arbeitskraft und den Arbeitswillen der ausländischen Arbeiter zu steigern, ihnen im Bezug auf Kleidung und Schuhwerk jede Forderung zu erfüllen, so geht dies über den Rahmen der Zuteilungsmöglichkeit hinaus, zumal im 5. Kriegsjahr bekanntlich die Bestände an Spinnstoffwaren äußerst knapp geworden sind“.

und kein Bedürfnis, die Ostarbeiter in irgendeiner Form besser zu stellen als unsere eigene Bevölkerung. Man kann beobachten, dass durchweg die Ostarbeiter besonders soweit in Privathaushaltungen untergebracht größtenteils um 200% besser gekleidet sind, als bei ihrem Eintreffen. Ein Beweis dafür, dass sie nicht allein von privater Seite, sondern auch von Seiten der Wirtschaftsämter ganz gut bekleidet werden ...“⁶⁸¹

Er warf den Arbeitgebern ebenfalls vor, den Fremdarbeitern zu viel Aufmerksamkeit zu schenken aus Angst, die Produktivität könne sinken. Dieses Schreiben ist insofern interessant, als es in unverhülltem Widerspruch zu den Berichten der ehemaligen Zeitzeugen aus Raon l’Etape steht, die sich keinesfalls von einem Überfluss an Kleidern verwöhnt sahen. Den Ostarbeitern fehlte insbesondere jede Art von Unterwäsche. Besonders unbequem und sogar schmerzhaft war der Mangel an Socken. Diese waren wohl sehr selten, da viele Fremdarbeiter nur ein Paar davon besaßen. Ein Bericht des Ernährungs- und Wirtschaftsamts vom November 1942 machte bereits auf dieses Problem aufmerksam. Laut diesem Bericht benötigten viele Ostarbeiter dringend „Unterwäsche und Fußlappen“, die durch die klassischen Kleidersammlungen nicht mehr erhältlich waren. Da der Bedarf derart immens war, bestellte die Stadtverwaltung Fußlappen einer Firma aus Neckargemünd.⁶⁸² Die Fußlappen wurden mit Stoffresten aus der Textilindustrie hergestellt. Sie hatten den Vorteil, dass sie sehr billig waren: 100 Kilo kosteten den Arbeitgeber 60 RM,⁶⁸³ der wiederum seinen Fremdarbeitern ein Paar dieser Lappen zwischen 0,15 und 0,20 RM verkaufte!⁶⁸⁴ Auf diese Weise erzielten die beschäftigenden Firmen sogar einen zusätzlichen Profit. Außerdem musste für diese Fußlappen das übliche Pfand entrichtet werden, weil sie nach Benutzung – falls irgendetwas noch zur Benutzung übrig blieb! – an die Textilindustrie zurückzuführen waren: „Ich verpflichte mich selbstverständlich, die gebrauchten Stücke und die Teile wieder nach Gebrauch an Sie zurückzugeben ...“ hatte die Stadtverwaltung gegenüber der Textilindustrie zu garantieren.⁶⁸⁵ Die gelieferten Stoffreste waren normalerweise aus Baumwolle und waren teils durchlöchert oder mit Fehlstellen.⁶⁸⁶ Die Ostarbeiterinnen durften wohl keine



Julja M. *1904

681 Ebd.: Vermerk vom 7. Dez. 1944.

682 Ebd.: Schreiben des Ernährungs- und Wirtschaftsamts an die Fachgruppe für Reiß-, Spinnstoffe und verwandte Industrien vom 26. Nov. 1942.

683 Ebd.: Schreiben der Gebrüder Walker an das Städtische Wirtschaftsamt vom 5. Dez. 1942.

684 Ebd.: Vermerk vom 3. Dez. 1942; Beschluss „Beschaffung von Fußlappen betr.“.

685 Ebd.

686 Ebd.: Schreiben der Gebrüder Walker an das Stadtamt/Wirtschaftsamt Heidelberg vom 10. Dez. 1942.

richtigen Socken erhalten und tragen, wie aus einem Schreiben der Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete herauszulesen ist.⁶⁸⁷ Diese Probleme waren den ehemaligen Zivildeportierten aus Raon l'Etape auch bekannt. Louis Chapelier berichtete im Jahr 2000 über den Zustand seiner Socken: „Ich war auch mit einem einzigen Paar Socken fortgegangen. Die musste man flicken, aber nicht mit Wolle, sondern mit Bindfäden aus Papier, es gab nichts anderes als diesen Bindfaden. Am Schluss bestanden meine Socken fast ausschließlich aus Bindfäden.“⁶⁸⁸

Da die Altkleidervorräte zur Ausstattung der Ostarbeiter nicht hinreichten, ordnete der badische Finanz- und Wirtschaftsminister am 2. Februar 1943 die Herstellung von Unterwäsche speziell für Ostarbeiter an:⁶⁸⁹ „Ebenso wird erhöhter Anspruch auf Unterwäsche, Schlüpfer und dergl. gestellt, obwohl die Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen seither überhaupt über derartige Kleidung nicht verfügten.“⁶⁹⁰ Ob die Behauptung, die Ostarbeiter besäßen eigentlich keine Unterwäsche, der Wirklichkeit entsprach oder ob es sich in diesem Fall um rassistische Vorurteile handelte, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Sicher ist nur, dass den Ostarbeitern allerlei Kleidungsstücke fehlten sowie geeignetes Schuhwerk.

4.2.2.2 *Schuhwerk*

Die Zuweisung von Schuhen an Fremdarbeiter war genauso streng reglementiert wie die Zuteilung von Kleidern. Das für die Schuhherstellung benötigte Leder war in Deutschland zu dieser Zeit Mangelware. Deshalb bekamen die Fremdarbeiter Holzschuhe, entweder mit einer Holzsohle und einem textilen Oberleder oder ganz aus Holz. Die Holzschuhe wurden ab 1943 Standard; sie waren vor

687 Ebd.: Runderlass Nr. 391/43 (E 377/43) des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers und Chefs der Zivilverwaltung im Elsass – Finanz- und Wirtschaftsabteilung – Landeswirtschaftsamt betr. „Versorgung der im Reichsgebiet eingesetzten Ostarbeiter mit Bekleidungsstücken“ vom 27. April 1943.

688 Högner (2002), S. 117.

689 STAHD AA, 199d/12, Runderlass Nr. 77/45 (E 73/43) des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers und Chefs der Zivilverwaltung im Elsass, Karlsruhe, betr. „Versorgung der im Reichsgebiet eingesetzten Ostarbeiter mit Bekleidung und Schuhwerk“ vom 2. Febr. 1943: „Da sowohl in den Altkleiderlagern als auch die in RAD-Lagern vorhandenen Altkleidungsstücke nicht ausreichen, um die Ostarbeiter in dem zur Sicherung ihres Arbeitseinsatzes notwendigen Umfange auszustatten, wurden auf Veranlassung des Herrn Reichswirtschaftsministers besondere Bekleidungstypen (Kleidung, Wäsche usw.) im Rahmen eines Sonderprogramms hergestellt; die in beschränkten Umfange den Ostarbeitern jetzt zugeführt werden. In reichlichen Ausmaße wird Unterwäsche zur Verfügung stehen.“

690 Ebd.: Vermerk vom 7. Dez. 1944.



Halyna M. *1925

allem für die Arbeit bestimmt.⁶⁹¹ Sie waren sehr unbequem, vor allem wenn man bedenkt, dass die meisten Fremdarbeiter sie ohne richtige Socken tragen mussten: „Da meine Schuhe, mit denen ich weggegangen war, nicht großartig waren, hat man mir Holzschuhe ‚als Geschenk‘ gemacht, die mir Blasen verursacht haben, die mir widerwärtige, schreckliche Schmerzen brachten, die mir Blasen verursachten, die mir höllische, furchtbare Schmerzen gaben.“⁶⁹²

Nach einer Weile bluteten auch Louis Chapelier die Füße und er musste ärztliche Behandlung aufsuchen.⁶⁹³ Robert Fréard hatte seine Heimat in Stiefeln verlassen, die nach dem Fußmarsch nach Hemmingen ebenfalls nicht mehr tragbar waren: „Und dann haben uns die Deutschen Holzschuhe geliefert. Und das war schrecklich, denn darin bekam man schmerzende Füße, das war eine Qual, wirklich wie die Füße im Feuer!“⁶⁹⁴ Diese höchst unbequemen Holzschuhe, die hier als richtige Folterinstrumente beschrieben werden, gehörten vermutlich zur Standardausrüstung der Zwangsarbeiter.⁶⁹⁵ Ihre systematische Benutzung wurde durch ein rassistisches Weltbild begründet. Aus einem Schreiben der Stadtverwaltung an die DAF vom 27. Juni 1944 liest man die Verständnislosigkeit für die Belange der Fremdarbeiter heraus, die „auf allen möglichen Wegen in den Besitz von guter Kleidung zu kommen [versuchen] und sich Lederschuhwerk zu verschaffen, eine Ausrüstung, die sie bestimmt in ihren Heimatbezirken nie erwartet und gebraucht haben.“⁶⁹⁶

Ursächlich für dieses Schreiben war die Feststellung, dass viele dieser Holzschuhe von den Fremdarbeitern absichtlich kaputt gemacht und anschließend entsorgt oder in ihren Schränken versteckt wurden. Es herrschte allgemein das Vorurteil, dass es den Ostarbeitern in Deutschland viel besser als in ihrer Heimat gehe. Der Zustand der Kleider der Ostarbeiter bei ihrer Ankunft in Heidelberg schien diese Vorurteile zu bestätigen, ohne dass der Verfasser des Schreibens sich Gedanken über die Bedingungen der Verschleppung nach Deutschland gemacht hätte: „Bei den zuletzt hier angekommenen auslän-

691 Ebd.: Erlass Nr. 77/45 (E 73/43) vom 2. Febr. 1943.

692 Högner (2002), S. 117.

693 Ebd.

694 Ebd.

695 Der ehemalige KZ-Insasse Primo Levi, berichtete ebenfalls über diese Holzschuhe: „La mort commence par les souliers: ils se sont révélés être pour la plupart d’entre nous de véritables instruments de torture qui provoquaient au bout de quelques heures de marche des plaies douloureuses destinées à s’infecter.“ (Levi (1989), S. 35).

696 STAHD AA, 199d/12: Schreiben der DAF Baden vom 27. Juni 1944 (in Beantwortung des Schreibens betr. „Die Versorgung der Ostarbeiter mit Wäsche, Kleidung und Schuhen“ vom 13. Juni 1944).

dischen Arbeitern musste festgestellt werden, dass ihre gesamte Kleidung zerlumpt u. Unterwäsche und Schuhzeug überhaupt nicht vorhanden war. Ein Beweis, dass ihre Heimatsausrüstung bedeutend schlechter als die in den deutschen Arbeitsstellen ist. (...) Ich bitte auch dort darauf hinzuarbeiten, dass die Firmen und Arbeitgeber unter allen Umständen mit dafür sorgen, dass der ausländische Arbeiter bei seinem Arbeitseinsatz in deutschen Betrieben nicht verwöhnt wird.“⁶⁹⁷

Obwohl viele Fremdarbeiter in Sachen Kleidung und Schuhwerk nicht gut ausgestattet waren, trifft diese Bemerkung nicht für alle zu. So kam es vor, dass manche Fremdarbeiter überdurchschnittlich gut ausgestattet waren. Im August 1944 wurde das Lager Güterbahnhof („Zum Storchen“) inspiziert, in dem Ukrainer untergebracht waren. Bei der Inspektion stellte sich heraus, dass viele Ukrainer nicht nur ein paar Holzschuhe pro Person besaßen – wie es die Regel war – sondern bis zu vier paar Lederschuhe!⁶⁹⁸ Es ist anzunehmen, dass sie den Überschuss auf dem Schwarzmarkt verkauften. Solche Fälle bildeten jedoch eher die Ausnahme. Abgesehen von ihrer Unbequemlichkeit erwiesen sich diese Schuhe mitunter sogar als gefährlich. Bei der Auswertung der Einzelfallakten fällt die Zahl der Arbeitsunfälle infolge ungeeigneten Schuhwerks auf. Hierbei handelte es sich häufig um Personen, die beim Tragen schwerer Gegenstände ausrutschten. So verletzte sich z.B. ein französischer Kriegsgefangener der Fuchs Waggonfabrik, der beim „Nietenholen mit der Sackkarre [aus]rutschte (...), dabei schlug ihm die Sackkarre auf das rechte Schienbein (klaffende Wunde).“⁶⁹⁹ Ein anderer französischer Fremdarbeiter verletzte sich ebenfalls beim Transportieren von Weinkisten, als er auf der Treppe ausrutschte.⁷⁰⁰ Die Holzschuhe verschlimmerten nicht selten bereits bestehende Verletzungen. Mario T. litt im November 1944 an einer Schussverletzung, deren Zustand sich „durch Tragen von ungeeignetem Schuhwerk bei der Arbeit“ verschlimmerte. Der behandelnde Arzt glaubte ihm nicht und dachte, dass T. simuliere.⁷⁰¹ Die Zuweisung von Kleidern und Schuhen an Fremdarbeiter entsprach für viele Ausländer diesem Schema. Jedoch gab es unter den Fremdarbeitern Einzelfälle, deren Bedarf anders gedeckt wurde.

697 Ebd.

698 Ebd.: Vermerk vom 2. Aug. 1944.

699 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 51, Mappe 162, Dok. 46.

700 Ebd., Karton 1, Mappe 1, Dok. 27.

701 Ebd., (Einzelfallakten, staatenlos), Karton 9, Mappe 27, Dok. 146.

4.2.3 Ausnahmen

Anhand der Darstellung der folgenden Ausnahmen wird die unterschiedliche Behandlung der Fremdarbeiter nur noch deutlicher. Der Einsatz mancher Fremdarbeiter bedurfte einer gezielten Berücksichtigung bei der Zuweisung von benötigten Kleidern.

Die Kollaborateure und Milizangehörigen, die ihre Heimat im Herbst 1944 verließen, kamen i. d. R. ohne jegliches Gepäck in Heidelberg an. Entweder ging es unterwegs⁷⁰² oder sie hatten schon in ihrer Heimat alles verloren.⁷⁰³ Häufig hatten diese Ausländer nur die Kleider, die sie selbst am Leib trugen. Ein Holländer und seine Familie verloren unterwegs nach Deutschland drei Koffer mit Kleidung und Wäsche. Er bekam aus diesem Grund vom Wirtschaftsamt Kleidermarken sowie eine Summe von 121,53 RM, dazu noch einen Regenmantel und Schuhe für 70 RM. Insgesamt bekam die Familie mehr als 191,53 RM geschenkt und nicht, wie bei Ostarbeitern sonst üblich, als Leihgabe. Die Sachen dürften auch etwas hochwertiger gewesen sein als die Fußlappen, die die Firmen für 60 RM pro 100 Kilo kauften.⁷⁰⁴ Diese Kollaborateure und Milizangehörigen bekamen bisweilen sogar umfangreichere Bekleidungshilfen als der Teil der deutschen Bevölkerung, der durch Luftangriffe alles verloren hatte. Dies geht aus den Tagebüchern von Ludwig Bergsträsser hervor, der in einem Heidelberger Geschäft in November 1944 Taschentücher kaufen wollte: „Als ich heute bei Kraus Taschentücher kaufte, war da ein weibliches Wesen, das auf Bezugschein 12 Stück haben wollte, für Flüchtlinge aus Frankreich. Als ich sagte, was die uns angingen, sagte sie, das seien Leute der französischen Legion die für und mit uns gekämpft hätten. Das war mir natürlich klar gewesen, umso mehr betonte ich, dass es ein Skandal sei, wo wir Ausgebombten nichts bekämen.“⁷⁰⁵

Die transformierten Kriegsgefangenen bildeten ebenfalls eine Ausnahme in der Kleiderversorgung. Ursprünglich besaßen sie nur wenige Kleider, weil sie noch die Uniform trugen, die sie bei ihrer Gefangennahme im Sommer 1940 an hatten. Sie waren abhängig von den zufallsbedingten Kleiderzuweisungen, die in den Stalags und Kommandos stattfanden.⁷⁰⁶ Bei ihrer „Transformation“ sollten sich die betreffenden Kriegsgefangenen Kleidung und Unterwäsche aus Frankreich senden lassen. Sie konnten bis 50 RM Beihilfe dafür bekommen.



Ludwig L. *1906

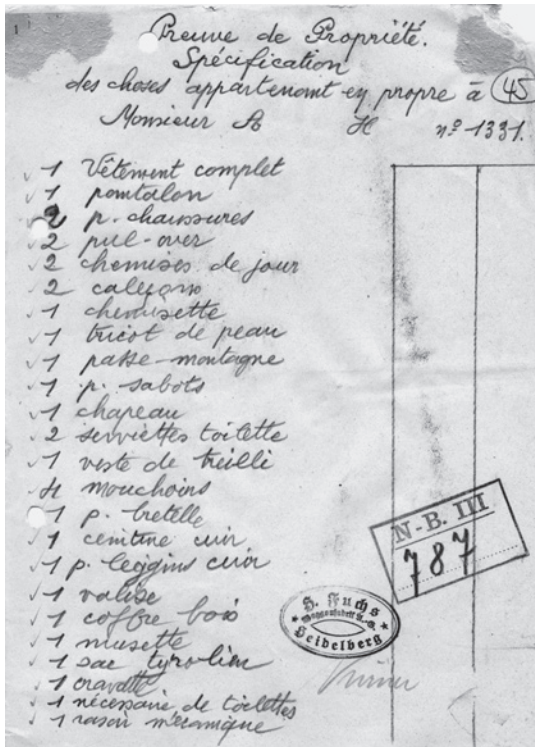
702 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 6, Mappe 20, Dok. 21.

703 Ebd., (Einzelfallakten, Belgien), Karton 3, Mappe 8, Dok. 114.

704 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 6, Mappe 20, Dok. 21.

705 HStAD, Abt. 21 O21: Bergstraesser, Nr. 3/1-19: Kriegstagebücher, Bl. 580, R., S. 16: Antrag vom 1. Nov. 1944.

706 Bories-Sewala (1996), S. 56.



Im Zuge der „Transformation“ hatten französische Kriegsgefangene ihre Habseligkeiten aufzulisten (STAHD).

Diejenigen, die auf diesem Weg nichts erhalten konnten, bekamen Kleidung von der französischen Regierung bereitgestellt.⁷⁰⁷ Die so „transformierten“ Gefangenen führten anschließend bei einer Inventur ihre Garderobe vor. Sie bestand i. d. R. aus Anzug, Hose (Gabardine), Arbeitskleidern, Hemden, Unterhosen, Schuhen, Socken, Pullis, Handtüchern, Taschentüchern, Koffer, Rasierzeug, Zahnbürste;⁷⁰⁸ manche hatten auch Schals, Handschuhe, Betttücher, Mützen,⁷⁰⁹ De-

cken, Kopfschützer,⁷¹⁰ Pantoffeln, Zeitmesser, Krawatten, Baskenmützen, Gürtel, Ölzeug, Uhren und diverse Objekte.⁷¹¹ Durch diese Inventur wird klar, dass diese ehemaligen Kriegsgefangenen viel besser gestellt waren als die Ostarbeiter oder die Deportierten aus Raon l'Etape. Sie waren in der Tat faktisch genauso gut ausgestattet wie die französischen Zivilarbeiter, die vor ihrer Abfahrt nach Deutschland darauf hingewiesen wurden, dass sie ihre Kleider – Arbeitskleider, Unterwäsche usw. ... – mitzunehmen hatten und dass sie dort keine Kleiderkarte bekämen.⁷¹²

Die Schwangeren und ihre Neugeborenen waren dagegen bei der Zuweisung von Kleidern besonders schlecht gestellt. Westarbeiterinnen, die während ihres

707 Datenbank, NB Nr. 1.547: Merkblatt für beurlaubte französische Kriegsgefangene (§9).

708 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 121, Dok. 3; Karton 1, Mappe 2, Dok. 106; Karton 1, Mappe 1, Dok. 45 usw.

709 Ebd., Karton 39, Mappe 120, Dok. 8.

710 Ebd., Karton 51, Mappe 162, Dok. 112.

711 Ebd., Karton 10, Mappe 30, Dok. 49.

712 Bories-Sawala (1995), S. 55.

Aufenthalts schwanger wurden, wurden in ihre Heimat zurückgeschickt. Dagegen mussten Ostarbeiterinnen und Polinnen nach 1943 in Deutschland bleiben und dort entbinden. Der Erlass vom 20. März 1943 regelte die Zuweisung von Kleidern an schwangere ausländische Frauen. Es wurden nur in sehr seltenen Fällen Kleiderkarten für Umstandskleider ausgegeben. Die meisten schwangeren Ostarbeiterinnen mussten ihre Kleider aus Stoffresten so zusammenflicken, dass sie sich an ihren Bauchumfang anpassten. Deshalb trugen manchmal Ostarbeiterinnen Kleider, zusammengenäht vorn aus dem Vorderteil des einen und hinten aus dem Rückenteil eines anderen Kleids. Manches bestand nur noch aus verschiedenen zusammengenähten Stofffetzen anstatt richtiger Kleidung. Die Zuweisung bequemerer Schuhwerks war ebenfalls verboten.⁷¹³ Nach der Geburt des Kindes stellte die Bekleidung des Neugeborenen das nächste Problem dar. Diese wurde ebenfalls durch den Erlass vom 20. März 1943 geregelt. Demzufolge standen Ostarbeiterinnen und Polinnen nur in dringenden Fällen und nach dem achten Schwangerschaftsmonat Kleiderkarten zu.⁷¹⁴ Häufig verfügten die jungen Mütter allein über Stofffetzen, um ihre Neugeborenen vor der Kälte zu schützen. Das beste Beispiel dafür ist die kleine Erika E., die in Heidelberg im Januar 1944 geboren wurde. Ihre Mutter war Hausgehilfin bei der Familie J., die acht Kinder hatte.⁷¹⁵ Da die Russin nach der Geburt erkrankte, kümmerte sich die deutsche Frau J. um das neugeborene Mädchen. Ihr fehlte dafür alles, vor allem Bekleidung, wie ein Mitarbeiter des Wohlfahrt- und Jugendamts nach seinem Besuch vom 9. März 1944 berichtet: „Bei meinem Hausbesuch war das Russenkind tatsächlich in Flicklappen eingepackt. Frau J. will sich bemühen, bei Bekannten etwas an Wäsche zu bekommen.“⁷¹⁶

Das ganze Elend der Ostarbeiter und der Polen spiegelt sich wider in der Behandlung ihrer neugeborenen Kinder, die so gut wie keine Kleidung und keine angemessene Verpflegung erhielten. Anschaulicher als am Beispiel der Verpflegung und Kleidung ist die unterschiedliche Behandlung von Fremdarbeitern kaum darzustellen. Die harte Arbeit, die Enge der Unterkünfte sowie die unzureichende Ernährung und die fehlende Bekleidung beeinflussten letztlich den Gesundheitszustand der Fremdarbeiter, der in Heidelberg auch medizinisch zu versorgen war.

713 Schwarze (1997), S. 153.

714 Ebd.

715 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 12, Mappe 36, Dok. 152.

716 Ebd.: Dok. 161.



5 Die medizinische Versorgung

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen führten dazu, dass viele der Fremdarbeiter während ihres Aufenthalts in Deutschland erkrankten oder sich verletzten. Das Gesundheitssystem im nationalsozialistischen Deutschland war geprägt von einer Ideologie, die weitreichende Konsequenzen auch für die medizinische Versorgung der Fremd- und Zwangsarbeiter hatte. Zu fragen ist hier danach, ob sich ein typisches Krankheitsbild sowie eine unterschiedliche (medizinische) Behandlung der Zwangsarbeiter nachweisen lassen.

5.1 Das Gesundheitssystem im Nationalsozialismus

5.1.1 „Leistungsideologie“

5.1.1.1 Intentionen der medizinischen Versorgung im Dritten Reich

Im Dritten Reich wurde der Bereich der Medizin stark vom Nationalsozialismus geprägt: 45% der Ärzte waren Mitglieder der Partei, 26% waren in die SA eingetreten und 7% waren Mitglieder der SS.⁷¹⁷ Die medizinische Versorgung sollte gewährleisten, dass die Wirtschaft frei war von zusätzlichem „sozialen Ballast“. Sie sollte deshalb für die Gesellschaft so günstig wie möglich bleiben und war in der Konsequenz nicht wirklich bemüht, sich um das Wohl der Kranken zu kümmern. Die Versorgung mancher Kranker (insbesondere psychisch Kranker oder Tuberkulosekranker) und Angehöriger bestimmter Sozialgruppen (die so genannten „Asozialen“, Alkoholiker, Juden, Sinti und Roma und Fremdarbeiter) wurde auf ein striktes Minimum reduziert. Diese Gruppen wurden auch häufig als „rassische Bedrohung“ wahrgenommen und daher bisweilen als billige „Versuchskaninchen“ und/oder „sterilisierbar“ betrachtet.⁷¹⁸ Der Arzt einer be-

717 Diese Tatsache war politisch gewollt, denn während in der Zeit der Weimarer Republik viele junge Ärzte arbeitslos waren, erhielten viele von ihnen nach der Machtergreifung eine Arbeitsstelle, entweder weil sie als „Arier“ galten oder weil sie in die Partei eingetreten waren. Jüdische Ärzte wurden durch junge Parteimitglieder ersetzt, selbst wenn sie renommierter waren (Wutke-Groneberg (1980); Weyers (2002), S. 53–66, insbesondere S. 57f.).

718 Wutke-Groneberg (1982), S. 6–52, hier insbesondere S. 22f.

rühmten Klinik, Richard Siebeck, schrieb anlässlich des 50. Geburtstags Adolf Hitlers: „Gesundheit muss sich in Leistungsfähigkeit bewähren; deshalb ist der letzte Akt der Behandlung Arbeitstherapie, – Therapie durch Arbeit zur Arbeit und damit zu wahrer Verbundenheit in der Gemeinschaft.“⁷¹⁹

Das Wort Leistung spielt dabei eine entscheidende Rolle für das Verständnis von Gesundheitsversorgung im Nationalsozialismus. Krankheit wurde als Faktor von Ertragslosigkeit angesehen; die Heilung eines kranken Menschen war in dieser Hinsicht wichtig, weil dieser Kranke der Gesellschaft wieder seine Arbeitsleistung geben konnte. Die deutsche Gesellschaft wurde verstärkt als eine Leistungsgemeinschaft wahrgenommen; die deutsche Medizin musste deshalb eine Leistungsmedizin⁷²⁰ sein. Es gab eine Art von (moralischem) Zwang, gesund zu sein und zu bleiben: Krank sein war für manche Ärzte sogar „ein Verbrechen gegen den Staat“, das bestraft werden sollte.⁷²¹ Die Pflicht zum Gesundsein war für jeden Arbeiter letztlich nichts anderes als eine Pflicht zur Erhaltung der eigenen Arbeitsleistung. Dafür sollte er sich gesund (und günstig)⁷²² ernähren; daneben sollten eine gesteigerte medizinische Aufsicht und eine Gesundheits-erziehung den Erfolg dieser Politik sichern.⁷²³

5.1.1.2 Der Status der Fremdarbeiter

Fremdarbeiter hatten in diesem System einen besonderen Status: Einerseits waren sie z. T. „rassisch unerwünscht“; andererseits wurde ihre Arbeitsleistung dringend benötigt. Selbst manche als so genannte „Untermenschen“ angesehene Personen, wie die russischen Kriegsgefangenen, wurden medizinisch behandelt. Zwar hatte die Sowjetunion die Genfer Konvention nicht unterzeichnet, es war aber, genau wie Deutschland, dem Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken im Felde von 1929 beigetreten. De iure war Deutschland damit verpflichtet, russische Kranke und Verletzte medizinisch zu versorgen.⁷²⁴ Abgesehen von der vertraglichen Verpflichtung und dem die medizinische Versorgung dominierenden „Leistungsprinzip“ sind allerdings auch noch andere Beweggründe für die medizinische Versorgung der Fremdarbeiter feststellbar, so etwa die Furcht vor Epidemien, die die deutsche Gesellschaft ge-



719 Ebd., S. 26.

720 Ebd.

721 Stahl (1982), S. 85–100, insbesondere S. 86.

722 Vgl. Kapitel 4.

723 Wutke-Groneberg (1982), S. 26.

724 Streit (1978), S. 183.

fährden könnten, und die Sorge, dass nicht wenige der Fremden eine Krankheit simulieren würden, um nach Hause entlassen zu werden.

Dass Fremdarbeiter die deutsche Bevölkerung mit gefährlichen Krankheiten anstecken könnten, war eine Furcht, die verantwortliche Stellen schon sehr früh hegten. So veranlasste der Bericht eines Gesundheitsamts den Innenminister in Karlsruhe am 27. April 1942 zu einem Rundschreiben an alle badischen Gesundheitsämter. Der Bericht hatte auf verschiedene Krankheiten hingewiesen, die Fremdarbeiter⁷²⁵ aus ihrer Heimat mit nach Deutschland brachten. Demnach sollten insbesondere die Ostarbeiter häufig Geschlechtskrankheiten, vor allem Syphilis, aufweisen. Man forderte deshalb eine genaue Untersuchung jeder vom Balkan stammenden Frau in Deutschland.⁷²⁶ In der Praxis lässt sich eine solche Untersuchung tatsächlich bei den Ostarbeitern, Russen, Ukrainern und Polen beiderlei Geschlechts nachweisen, während die Westarbeiter davon offenbar verschont blieben. Allerdings wurden sie in ihren Heimatländern ärztlich untersucht; den häufig zwangsdeportierten Ostarbeitern fehlte dazu natürlich die Gelegenheit.

Die Untersuchungen, die in Deutschland von den Ärzten der Gesundheitsämter durchgeführt wurden, sollten den psychischen und physischen Zustand der Untersuchten feststellen: Muskulatur, Haut, Kiefer, Fettmasse, die Fähigkeit, sich an das Leben im Lager zu gewöhnen, und der „Eindruck“, den der Patient ausgestrahlt hatte („Eindruck[:] frisch matt elend altersgemäß“), waren Kriterien, die auch den Arbeitseinsatz beeinflussen konnten. Von entscheidender Bedeutung war für den zukünftigen Arbeitsplatz hierbei insbesondere der Teil 5 der Begutachtung:

- „a) nicht einsatzfähig für die Landwirtschaft
- b) sonst ist voll einsatzfähig für Haushalt (...) Zu vermeiden sind: Hitze, Staub, Feuchtigkeit, Arbeit im Freien, im Stehen, Sitzen, weite Wege, hohe Anforderungen an Seh- und Hörkraft, Heben und Tragen schwerer Lasten, Lärm. Anzuraten dagegen (ex) alle Arbeiten, bei denen sie zwischendurch sitzen kann, am besten Hausarbeiten
- d) lagerfähig – nicht lagerfähig
- e) geschlechtskrank.“⁷²⁷

725 Direkt genannt sind Personen aus Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien sowie Ostarbeiter und Leute aus dem Balkan (STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Ministers des Innern an die Staatlichen Gesundheitsämter, Landeskommisäre, Landräte, Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren und Oberbürgermeister der Stadtkreise vom 27. April 1942).

726 Ebd.

727 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 82, Dok. 144.

Das Schreiben vom April 1942 bringt auch andere Krankheiten ans Licht, so z.B. Schmutzkrankheiten wie Krätze oder Ruhr, die der Bericht als endemisch auf dem Balkan, in Osteuropa und bei manchen Franzosen bezeichnete. Außerdem würden Pocken, Fleckfieber, Tuberkulose und Trachome häufig vorkommen. Um eine Ansteckungsgefahr zu vermeiden, dürften insbesondere die Ostarbeiter nicht in den Nahrungsmittelindustrien beschäftigt werden. Eine gesteigerte Überwachung sollte in den warmen Monaten stattfinden, um Fleckfieber, Typhus und Tuberkulose rechtzeitig zu erkennen. Als Früherkennungsmethode für die Tuberkulose empfahl das Innenministerium, die Fremdarbeiter unter Licht zu untersuchen.⁷²⁸

Die allererste Maßnahme, die die Gesundheitsämter im Fall von schwerkranken und dadurch arbeitsunfähigen Fremdarbeitern ergriffen, war die Entlassung der Betroffenen in die Heimat.⁷²⁹ Diese Entscheidung wurde sogar manchmal schon bei der Ankunft der Fremdarbeiter in Deutschland getroffen, da bei den von Fritz Sauckel organisierten Razzien nicht selten Greise und kranke Menschen mit nach Deutschland deportiert wurden. Die Entlassung in die Heimat fand auch statt, wenn ein Fremdarbeiter während seines Aufenthalts in Deutschland so schwer erkrankte, dass er arbeitsunfähig wurde. Anfangs galt diese Maßnahme auch für schwangere Frauen: Bis 1943 wurden auch Ostarbeiterinnen im Fall einer Schwangerschaft in die Heimat entlassen, bis diese Politik so viel „Erfolg“ hatte, dass nur noch die Westarbeiterinnen diese Möglichkeit bekamen. Manche Fremdarbeiter simulierten eine Krankheit, um entlassen zu werden; die Einzelfallakten weisen auf solchen Fälle hin. So schreibt im Oktober 1942 eine deutsche Arbeitgeberin an das Arbeitsamt Heidelberg über ihre polnische Hausgehilfin Anastasia Z.: „Gleich am 2. Tage legte sie sich 8 Tage ins Bett, gab an, krank zu sein u. verweigerte jede Arbeit. Nachdem ich sie bei einer Ärztin untersuchen ließ, stellte sich heraus, dass sie vollkommen gesund war. (...) Ich hatte von dem Mädchen keinerlei Hilfe, sondern nur Aufregung und Unkosten, (...), Krankenkasse, Fahrgelder usw. ...“⁷³⁰

Im Juli 1943 wurde eine andere junge polnische Frau, Emilia K., aus ähnlichen Gründen vom Gesundheitsamt ärztlich untersucht. Sie gab an, herzkrank zu sein,



Jean Camille C.

*1906

728 STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Minister des Innern in Karlsruhe vom 27. April 1942.

729 Ebd.: Schreiben des Minister des Innern an die Landeskommissäre, Landräte, Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren, Oberbürgermeister der Stadtkreise, Gesundheitsämter vom 9 Juni 1942 (Nr. 44.323).

730 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 35, Mappe 137, Dok. 11.

und blieb auch tagsüber im Bett. Die Untersuchung ließ jedoch erkennen, dass sie vollkommen gesund und arbeitsfähig war. Der Arzt, der die Untersuchung durchgeführt hatte, unterstrich mehrmals den Punkt f) seines Formulars: „f) Verdächtig auf Übertreibung oder Arbeitsunwilligkeit? ja!!!!!!“⁷³¹

Die beiden Beispiele zeigen, dass es Fremdarbeiter gab, die von der Entlassungspolitik des Reichs zu profitieren versuchten; insgesamt sind diese Fälle jedoch eher selten gewesen. Viel häufiger kam es vor, dass Fremdarbeiter ungeachtet eines schlechten Gesundheitszustands arbeiten mussten. Es geschah gelegentlich auch, dass Fremdarbeiter bereits in einem derart hoffnungslosen Gesundheitszustand in Deutschland eintrafen, dass die Krankenversicherung sich für eine schnellstmögliche Entlassung aussprach. Im Januar 1941 hatte der Heidelberger Bezirksfürsorgeverband es einem polnischen Landarbeiter ermöglicht, zwei Wochen im Krankenhaus zu bleiben, ohne ihn für einen Rücktransport anzumelden, und hatte danach vom Arbeitsamt die Übernahme der dadurch entstandenen Kosten verlangt. Die Häufung solcher Fälle trug wahrscheinlich zu der Entscheidung des RAM bei, dass solche Kranke zur Vermeidung „unnötiger Kosten“ in die Heimat entlassen werden sollten, sobald sie transportfähig waren.⁷³²

5.1.2 Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Fremdarbeitern in Heidelberg

Jeder Fremdarbeiter, der in Deutschland zum Einsatz kam, war bei einer Krankenkasse angemeldet; in den meisten Fällen bei der AOK. Die Fremdarbeiter konnten auf diese Weise einen Arzt besuchen und Medikamente erhalten. Wenn Fremdarbeiter, die noch nie in Deutschland gearbeitet hatten, erkrankten, war der Reichsstock für die entstandenen Kosten zuständig.

5.1.2.1 Die für ausländische Arbeitskräfte zuständigen Ärzte

Der Erlass vom 28. November 1940 sah die Einsetzung von Lagerärzten vor, die in großen Arbeiterlagern sowohl für die deutschen Arbeiter als auch für die ausländischen Arbeitskräfte zuständig sein sollten.⁷³³ Die medizinische Versorgung erfolgte in solchen Lagern in einem eigenen Krankenrevier. Die Revierbaracke

731 Ebd., Karton 14, Mappe 59, Dok. 128.

732 Ebd., Karton 21, Mappe 81, Dok. 124.

733 Diese Entscheidung kann nur in Zusammenhang mit der hohen Mobilisierung verstanden werden, die die Anzahl der Ärzte dramatisch sinken ließ, während die Zahl kranker Arbeiter anstieg (Karbe (1991), S. 85–98, hier S. 89).

konnte nur während der Sprechstunde besucht werden. Es gab ferner auch die Möglichkeit, Bettlägerige in ein Lagerkrankenhaus aufzunehmen.⁷³⁴

In Heidelberg lassen sich solche Krankenreviere im Baggerloch⁷³⁵ und im Lager der Fuchs Waggonfabrik (Fuchsstraße 92) nachweisen. Entsprechende Nachweise fehlen für die Lager Epidemiebaracke oder Pestalozzischule. Jedes Krankenrevier beschäftigte einen ständigen Arzt. Der deutsche Arzt Dr. H.⁷³⁶ war z.B. für die medizinische Versorgung der Lager Baggerloch und Fuchsstraße 92 zuständig. Die von ihm behandelten Personen litten unter eher harmlosen Krankheiten: Augenentzündung,⁷³⁷ Grippe, leichte Verletzungen.⁷³⁸ Schwere Erkrankungen wie Bronchopneumonie⁷³⁹ oder ein Geschwür (Ulcus ventriculi)⁷⁴⁰ wurden nach Überweisung des Lagerarzts in Krankenhäusern behandelt.

Ernsthafte Probleme drohten Arbeitern, die ohne ärztliche Bescheinigung der Arbeit fernblieben. Die Verordnung vom 27. Januar 1943⁷⁴¹ sah vor, derartiges Verhalten zu bestrafen: Schuldigen drohten Strafen bis hin zum Aufenthalt im KZ oder AEL; Ostarbeiter waren von solchen Strafen besonders bedroht. Ein solcher Fall kam in Heidelberg vor: Es handelte sich um einen französischen Fremdarbeiter, der bei BBC beschäftigt und wegen Grippe im Lager geblieben war,⁷⁴² ohne seiner Abteilung Bescheid zu geben. Dieser Arbeiter erhielt ein Schreiben seiner Firma: „Von Ihrer Abteilung wird uns mitgeteilt, dass Sie wegen Krankheit am 21. und 22. Dezember 1943 dem Dienst fern geblieben sind. Eine ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung liegt uns noch nicht vor. Gegebenenfalls bitten wir um Angabe, ob Sie, wie vorgeschrieben, sich dem Lagerarzt Käfertal zu einer Untersuchung zur Verfügung gestellt haben. Weiterhin wird uns von Ihrer Abteilung mitgeteilt, dass Sie seit dem 27.12.1943 unentschuldigt Ihren Dienst versäumt haben. Wir bitten um Angabe, ob Sie wiederum erkrankt



734 STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Ministers des Innern in Karlsruhe vom 27. April 1942.

735 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 3, Mappe 9, Dok. 153: Revierarzt.

736 Dr. H. war vermutlich der Betriebsarzt der Firma Fuchs Waggonfabrik.

737 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 6, Mappe 18, Dok. 46 und 50 (Fremdarbeiter vom Lager Baggerloch, vom Revierarzt wegen einer Augenentzündung behandelt).

738 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 15, Mappe 47, Dok. 46 und 49 („Quetschung der Hand“).

739 Ebd., Karton 39, Mappe 120, Dok. 20.

740 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 66.

741 Verordnung über Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung (Karbe (1991), S. 90).

742 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 120, Dok. 145.

sind, oder aus welchem anderen Grund nicht zum Dienst erschienen sind.“⁷⁴³ Die BBC befürchtete sogar, dass der Franzose möglicherweise geflohen war. Denn brieflich fragte sie beim Lagerführer an, ob sich der Arbeiter überhaupt noch im Lager befinde.⁷⁴⁴

Die Fremdarbeiter, die nicht im Lager wohnten oder deren Lager kein Revier hatte, wurden entweder von Betriebs- oder Werksärzten behandelt. Louis Chapelier aus Raon l'Etape erwähnt in seinen Erinnerungen seinen Besuch beim Werksarzt: „Ich hatte blutende Füße ... Deshalb habe ich zwei Passierscheine bekommen, um wegen meiner Füße zum Arzt zu gehen.“⁷⁴⁵

Fremdarbeiter, die direkt beim Arbeitgeber wohnten – wie viele polnische Staatsangehörige –, hatten ebenfalls die Möglichkeit, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Eine junge polnische Frau z.B. suchte während ihres Aufenthalts in Heidelberg mehrmals einen praktischen Arzt (Dr. H.)⁷⁴⁶ auf sowie anschließend einen Facharzt für innere Krankheiten (Dr. W.),⁷⁴⁷ um schließlich in verschiedene Krankenhäuser überwiesen zu werden, so in die Ludolf-Krehl-Klinik,⁷⁴⁸ in das Bethanien-Krankenhaus,⁷⁴⁹ die Poliklinik⁷⁵⁰ und sogar in das Röntgeninstitut.⁷⁵¹ Darin zeigt sich das Bemühen ihres praktischen Arztes, der jungen Frau ungeachtet ihres Status zu helfen und auch nicht zu zögern, weitere Untersuchungen zu veranlassen.

5.1.2.2 Die Heidelberger Krankenhäuser

Es mangelte in Heidelberg – während des Kriegs auch „Lazarett-Stadt“ genannt – nicht an Krankenhäusern oder Kliniken. Die Universitätskliniken⁷⁵² allein deckten ein breites Spektrum ab: Die Medizinische Poliklinik (Voßstraße 1), das Akademische Krankenhaus und das Pathologische Institut (Voßstraße 2), das Institut für experimentelle Krebsforschung (Voßstraße 3), die Neurologische und

743 Ebd., Karton 39, Mappe 120, Dok. 150 (Schreiben vom 3. Jan. 1944).

744 Ebd.: Dok. 148.

745 Högner (2002), S. 117.

746 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 52, 66, 67, 68.

747 Adressbuch Heidelberg (1942), S. 30.

748 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 46.

749 Ebd.: Dok. 44.

750 Ebd.: Dok. 67.

751 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 66.

752 Zur Geschichte der Universitätskliniken s. Eckart/Sellin/Wolgast (2006), insbes. Kapitel 6.6.4 (Dermatologie, interne Medizin), 6.5 (Chirurgie), 6.6 (Orthopädie) und 6.7 (Gynäkologie).



Michael G. *1921

Psychiatrische Klinik (Voßstraße 4), die Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten (Voßstraße 5 und 7), die Frauenklinik (Voßstraße 9) und die Chirurgische Klinik.⁷⁵³ Dazu kommen etliche außeruniversitäre Einrichtungen wie das Bethanien-Krankenhaus (Rohrbacher Straße 149), das Diakonissenkrankenhaus (Plöck 45–49), die Orthopädische Klinik (Schlierbacher Landstraße 200), die St. Elisabeth-Frauenklinik (Neue Schloßstraße 1), das St. Josephskrankenhaus (Landhausstr. 25), das St. Vincentiuskrankenhaus (Untere Neckarstraße 5), das Tuberkulosenkrankenhaus Rohrbach (Amalienstraße 5),⁷⁵⁴ die Ludolf-Krehl-Klinik oder die Medizinische Klinik.⁷⁵⁵

Bis Januar 1941 wurden die Fremdarbeiter zusammen mit deutschen Staatsbürgern in Krankenhäusern untergebracht, wovon man zunehmend jedoch unangenehme Situationen befürchtete. Denn per Erlass vom 30. Juni 1941 verbot der Reichsminister des Innern die gemeinsame Unterbringung der Fremdarbeiter mit Deutschen, soweit die Abtrennung möglich war. Vor allem polnische Staatsangehörige wurden verdächtigt, Krankenhausaufenthalte als Arbeitsflucht zu nutzen und auf diese Weise Deutschen den Zugang zu klinischen Behandlungen zu verhindern. Das Reichsministerium des Innern versuchte auch die Kontrolle über die Ärzte zu erhöhen, um die Anzahl der Krankenhausaufenthalte von Kriegsgefangenen und polnischen Zivilarbeitern möglichst gering zu halten. Die einzigen Fremdarbeiter, die diese neue Regel nicht betraf, waren norwegische, dänische und flämische Zivilarbeiter.⁷⁵⁶

In Heidelberg kam es trotz dieses Verbots vor, dass Fremdarbeiter im Zuge der medizinischen Behandlung zusammen mit Deutschen untergebracht wurden. Jean Clarté, ein französischer Zivilarbeiter, berichtete, wie er wegen einer Nierenentzündung in die Ludolf-Krehl-Klinik überwiesen wurde: „Und ich wurde in die Ludolf-Krehl-Klinik überwiesen, wo ich sehr gut versorgt wurde. Ich war in einem Zimmer zusammen mit Deutschen, Italienern, Franzosen, es war sehr gemischt. Und es gab sogar eine Engländerin: die Krankenschwester, die für mich zuständig war (...), die nicht nach Hause kommen konnte, als der Krieg anfang. Sie war eine Medizinstudentin an der Universität, und hatte dann als Krankenschwester gearbeitet.“⁷⁵⁷

753 Adressbuch Heidelberg (1943), S.108.

754 Ebd., S. 355.

755 Ebd., S. 253.

756 UAH Rep. 49/135: Kopie des Erlasses Reichsminister der Innern betr. „Behandlung von Angehörigen der Feindstaaten und von polnischen Arbeitern in den Krankenanstalten“ vom 30. Juni 1941.

757 „Et on m’a rapatrié sur la Ludolf-Krehl-Klinik où j’étais très bien soigné. J’étais dans une chambre où il y avait des Allemands, des Italiens, il y avait des Français, c’était mélangé. Et il

Diese positive Aussage unterscheidet sich sehr von den in dem Beschwerdebrief vorgebrachten Schilderungen eines Patienten der Chirurgischen Klinik an die Kreisleitung vom Januar 1943: „Als Patient in der Chirurg.-Univ.-Klinik frage ich mich, ‚gehört Heidelberg nicht zu Großdeutschland?‘ Es wäre endlich angebracht, dass hier einmal nach dem Rechten gesehen wird. So liegen Polen, Russen usw. fein gebettet neben deutschen Volksgenossen. Man muss zusehen, wie sich diese Parasiten mästen, dreist frech sind, an Sonntagen Besuch empfangen im ganz erweiterten Maßstabe, sodass den deutschen Besuchern der Platz versperrt wird. Ein Deutscher erlaubt sich nicht, in den Abendstunden, wenn die Schwestern weg sind, das Licht ausgeschaltet ist, im Bett zu rauchen; 14-jährige Lausbuben dieser Sippe rauchen, wenn sie Lust haben. Es widerspricht dem gesunden deutschen Volksempfinden, dass sich deutsche Volksgenossen als Kranke neben diesen Lumpen brüderlich aufhalten müssen. Kämpfen unsere tapferen Feldgrauen für ein solches System? Lassen sie Leben und Blut, damit diese Untermenschen, welche mir jetzt ein menschenähnliches Gesicht tragen, sich so gut behandeln lassen dürfen? Wird unseren deutschen Brüdern in Russland mit gleichem Maße gemessen? Ist uns alten Frontkämpfern nicht bekannt, wie unsere Gefangenen in Russland behandelt werden? Vergessen wir schon jetzt die Gräueltakte der Polen? Man kann doch diese Gesellschaft isoliert halten. Wenn man sieht, dass diese Gesellen nicht von ihren Arbeitgebern (Bauern usw.) mit Lebensmitteln: Kuchen, Butter, Brot, Wurst, Fleisch, ja Cigaretten beschenkt werden, so fragt sich jeder gesunde deutsche Verstand, ist dann so etwas heute noch möglich? Ich bitte im Interesse der Stadt Heidelberg und dem Rufe ihrer Einwohner, nicht zuletzt auch meines Leidens, dass diese Zustände schnellstens aufgehoben werden. Heil Hitler!“⁷⁵⁸

Die Trennung von den ausländischen Patienten war auch zum Wohl der deutschen Patienten notwendig, wie dieser Brief veranschaulicht. Der Platzmangel der Universitätskliniken war allerdings schuld daran, dass diese Einrichtungen Ausländer und deutsche Patienten erst spät voneinander trennen konnten. Erst in Mai 1942 wurde seitens der Chirurgischen Klinik die Errichtung einer Ausländerbaracke erwogen. Das Gebäude sollte 20 bis 25 Betten aufnehmen können; es ist unklar, ob es sich in dem Fall um „normale“ Krankenhausbetten oder um

y avait même une Anglaise: j'avais comme infirmière une Anglaise qui n'avait pas pu retourner en Angleterre au moment de la guerre. Elle était étudiante en médecine à l'université, et alors elle a travaillé comme infirmière“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jean Clarté).

758 UAH Rep 49/135: Schreiben eines Patienten der Chirurgischen Klinik an die Kreisleitung Heidelberg vom 26. Jan. 1943.

Stockbetten handelt – die Norm für ausländische Arbeiter. Die Entscheidung, eine Krankenbaracke für Fremdarbeiter zu errichten, wurde im Juni 1942 nach einem Treffen zwischen der Leitung des Akademischen Krankenhauses und dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland getroffen.⁷⁵⁹ Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland trug die Kosten für Bau und Einrichtung.⁷⁶⁰ Diese Baracke sollte allein die kranken Fremdarbeiter unterbringen – v.a. die Patienten der Chirurgischen Klinik – und war keineswegs für die Unterbringung der ausländischen Arbeiter der Universitätskliniken gedacht.⁷⁶¹ Die Chirurgische Klinik musste das Pflegepersonal einstellen und war ebenso für die Lieferung der Mahlzeiten durch die eigene Küche zuständig. Das Arbeitsamt war dagegen für die Einstellung des Reinigungspersonals verantwortlich.⁷⁶² Nach Fertigstellung konnte diese Baracke nur durch die Einstellung eines zusätzlichen Arzts ihre Funktion erfüllen. Dieser Arzt war beim Gesundheitsamt⁷⁶³ erfolglos angefordert worden, weil die Zahl der verwundeten Soldaten immer größer wurde, während die Zahl der Ärzte stagnierte. Im August 1943 wurde die Baracke fertiggestellt. Dort wurden keine Patienten der Chirurgischen Klinik untergebracht;⁷⁶⁴ stattdessen wurden anscheinend ab Dezember⁷⁶⁵ kranke Fremdarbeiter aller Stationen hier zusammengelegt. Die medizinische Versorgung wurde weiter von der zuständigen Klinik geleistet.⁷⁶⁶ Die Ansteckungsrisiken, die eine solche gemeinsame Unterbringung mit sich brachte, wurden einfach ignoriert. Diese Situation brachte auch zusätzliche Probleme mit sich, da die medizinische und polizeiliche Überwachung der Fremdarbeiter trotz mangelnden Personals weiter stattfinden musste. So erfahren wir aus einem Schreiben an die Verwaltung der Universitätsanstalten Heidelberg, dass noch „eine Krankenschwester, ein Pfleger, eine Nachtwache, und eine Vertretung derselben“ benötigt wurden. In



Kristina W. *1925

759 Ebd.: Schreiben des Arbeitsamts Heidelberg vom 23. Mai 1942.

760 Ebd.: Vereinbarung zwischen dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland in Stuttgart und dem Akademischen Krankenhaus vom 8. Juni 1942.

761 Ebd., §3.

762 Ebd.: Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamts vom 3. Juni 1942 (Antwort auf das Schreiben vom 28. Mai 1942).

763 Ebd.: Schreiben des Oberarzts Zenker an die Chirurgische und Poliklinik vom 30. April 1942.

764 Ebd.: Schreiben des Ministers des Innern betr. ärztliche Versorgung ausländischer Arbeitskräfte vom 27. Aug. 1943.

765 Ebd.: Schreiben an das AA Heidelberg vom 2. Dez. 1943.

766 Ebd.: Schreiben der Medizinischen Fakultät an die Leitung der Akademischen Krankenanstalten Heidelberg vom 9. Sept. 1943: „Bis zum Eintreffen des zusätzlichen Arztes werden aber die Heidelberger Kliniken jeweils die zuständigen Kranken in der Baracke betreuen, sodass die Versorgung dann auf alle Kliniken verteilt ist.“

diesem Schreiben wurde auch die Frage der Unterbringung der Fremdarbeiter bei Fliegeralarm erwähnt und darauf hingewiesen, dass die Benutzung der Luftschutzkeller durch kranke Fremdarbeiter für deutsche Patienten unzumutbar wäre und darum Splittergräben bevorzugt würden.⁷⁶⁷

Die medizinische Versorgung der Fremdarbeiter war Teil eines komplexen Systems. Ihre Arbeitskraft musste möglichst geschont werden und ihre medizinische Versorgung erfolgte kostenlos für die Betroffenen. Die Gesundheitseinrichtungen hatten in diesem System eine sehr schwer erfüllbare Rolle, da sie gleichzeitig gegen Personal- und Platzmangel kämpften, verpflichtet waren Geld zu sparen, mögliche Faulenzer aufzudecken und trotzdem die medizinische Versorgung zu gewährleisten hatten.

5.2 Die häufigsten Erkrankungen der Fremdarbeiter

5.2.1 Arbeitsunfälle

Arbeitsunfälle, Lungen- und Geschlechtskrankheiten waren bei Fremdarbeitern die häufigsten Ursachen für Arzt- oder Krankenhausbesuche. In ihrer Studie über die medizinische Versorgung polnischer Zwangsarbeiter zeigt Natalja Decker, dass diese Gruppe am meisten an Knochen- und motorischen Krankheiten litt.⁷⁶⁸ Die Akten der Universitätskliniken lassen erkennen, dass viele Fremdarbeiter Knochen- oder Muskelverletzungen aufgrund von Arbeitsunfällen aufwiesen. Diese waren eine logische Folge der Arbeit an Maschinen, mangelhafter Ausbildung und fehlender Schutzvorrichtungen. Die Unfallanzeigen informieren über Unfallart und -hergang.

5.2.1.1 *In der Landwirtschaft*

Die Arbeit in der Landwirtschaft, wo der Umgang mit Werkzeugen und Geräten unumgänglich war, führte zu besonders vielen Unfällen. Hände und Finger wurden häufig verletzt. So verletzte sich z.B. 1944 ein Ukrainer und verlor dabei seinen linken Daumen: „Er hatte Holz gespalten für [sic] einen Kartoffeldämpfer anzufeuern und hat sich dabei den linken Daumen abgehackt.“⁷⁶⁹ Dieser Ukrainer

767 Ebd.: Schreiben der Chirurgischen und Polikliniken an den Verwaltungsdirektor oder Stellvertreter im Amt der Klinischen Universitäts-Anstalten Heidelberg vom 22. Dez.1943.

768 Decker (1991), S. 99.

769 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 46, Dok. 42.

war zum Unfallzeitpunkt eindeutig als Landarbeiter beschäftigt.⁷⁷⁰ Ein anderer Ukrainer, der als „Knecht“ bei einem Landwirt beschäftigt war, verletzte sich bei der Arbeit am rechten Arm und an der rechten Hand; später kam eine Rippenverletzung hinzu.⁷⁷¹ Ursache für die Arbeitsunfälle in der Landwirtschaft waren mitunter auch Tiere des Bauernhofs. So klagte ein Landarbeiter über Rückenschmerzen und es gab folgende Erklärung dafür: „Gibt an, dass er beim Tragen [sic] eines Schweines ausgerutscht sei. Schmerzen an der Halswirbelsäule.“⁷⁷²



Antonina M. *1930

5.2.1.2 Betriebsunfälle

Hände⁷⁷³ und Finger wurden in den Fabriken ebensowenig verschont und häufig bei Betriebsunfällen verletzt. Aus der Häufigkeit lässt sich herauslesen, dass die Fremdarbeiter meist keine Schutzhandschuhe trugen. Gelegentlich infizierten sich diese Verletzungen auch noch – was höchstwahrscheinlich auf den Hygienemangel im Lager zurückzuführen ist – wie z.B. bei einem Ostarbeiter, der sich am linken Mittelfinger verletzte. Die Wunde infizierte sich und eiterte; er musste deswegen seinem Arbeitsplatz (Reichsbahn) fern bleiben.⁷⁷⁴ Die Ostarbeiter – insbesondere jene, die aus Russland kamen – waren am meisten betroffen. Die Einzelfallakten liefern uns viele Beispiele für diese Betriebsunfälle. So wurde im November 1944 ein 38-jähriger Arbeiter der Schnellpressenfabrik in die Chirurgische Klinik eingeliefert: Beim „Transport eines Fasses mit Cyankali [sic] (etwa 50 kg schwer) von der Härterei in den Keller rutschte der Verletzte auf der Treppe aus, fiel mit dem Fuß die ganze Treppe hinunter und zog sich dabei eine Verletzung am rechten Knöchel zu. M. wurde mittels Sanitätsauto in die Chirurg. Klinik verbracht.“⁷⁷⁵ Der Arbeiter hatte sich einen Knöchelbruch zugezogen, wurde stationär in die Chirurgische Klinik aufgenommen und mit einem Gips versorgt.⁷⁷⁶ Anhand dieses Beispiels wird klar, dass die medizinische Versorgung der Fremdarbeiter keinesfalls schlecht war, da sie bei einem Unfall bei Bedarf mit einem Krankenwagen in die Klinik gebracht und dort normal versorgt und aufgenommen wurden.

770 Ebd.: Dok. 34.

771 Ebd.: Dok. 50 und 58.

772 Ebd., (Einzelfallakten, staatenlos), Karton 9, Mappe 28, Dok. 61.

773 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 3, Mappe 10, Dok. 93 („Handverletzung rechts“; der Verletzte wurde in der Notaufnahme der chirurgischen Klinik behandelt. Es handelte sich um einen Betriebsunfall).

774 Ebd., Karton 6, Mappe 19, Dok. 50, 55 und 58.

775 Ebd., Karton 32, Mappe 100, Dok. 48.

776 Ebd.: Dok. 49.

Viele Unfälle weisen zudem auf eine gewisse Unachtsamkeit der Arbeiter hin; in manchen Fällen ist vielleicht sogar Absicht zu unterstellen. Am 2. März 1944 ereignete sich folgender Unfall: „Der Ostarbeiter setzte sich während der Pause auf den Amboss, um seine Schuhe zu schnüren. Dabei kippte der Amboss um und fiel dem Ostarbeiter auf die rechte Zehe.“⁷⁷⁷

Viele Betriebsunfälle waren schwer oder endeten sogar tödlich. Die Statistiken, die auf der „Todesliste der Sterbebücher des Standesamtes Heidelberg“⁷⁷⁸ basieren, ergeben, dass 9% der Todesfälle auf einen Unfall zurückzuführen sind. Unter den Todesursachen finden sich viele Knochenbrüche – Frakturen machen allein 37% der tödlichen Arbeitsunfälle aus: Rücken, Wirbel, Schädel, Rippen; dahinter rangieren verschiedene Verletzungen wie Bauchverletzungen, Darmperforation mit anschließender Bauchfellentzündung,⁷⁷⁹ Amputationen usw. Diese schweren Arbeitsunfälle entstanden meistens durch Unaufmerksamkeit oder Verständigungsprobleme. Ein französischer Zivilarbeiter, der bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn beschäftigt war, verletzte sich am 8. März 1945 schwer, als er von einer Leiter fiel. Die Unfallanzeige gibt an, dass man sich mit diesem Fremdarbeiter, „der erst seit dem 17.2.45 in unserem Betrieb arbeitete“ nur „sehr schlecht verständigen“ konnte.⁷⁸⁰ Hinzu kam, dass der französische Fremdarbeiter, dem eine andere Arbeit zugeteilt worden war, sich um die elektrische Leitung kümmerte, ohne seinen Vorgesetzten davon in Kenntnis zu setzen: „C. befestigte in der Wagenhalle eine schon behelfsmäßig verlegte Signalleitung in 5m Höhe. Dabei stellte er seine Leiter an der Seite von Triebwagen Nr. 34 so auf, dass dieser noch an der Leiter vorbeifahren konnte. Am Wagen 34 war der Beiwagen 139 angekuppelt. Der Schmiedemeister Wihl. H. wollte diesen Zug umrangieren und fuhr weg, ohne C. auf seiner Leiter zu beachten. Der Triebwagen und auch der vordere Teil des Beiwagens kamen vorbei, aber infolge der Kurve vor der Wagenhalle lud der hintere Teil des Beiwagens umso mehr nach der Leiter aus und der hintere Einsteigtritt riss diese um. C., der selbst glaubte, dass die Wagen vorbeifahren könnten, gab auch [beim] Einfahren keinen Laut von sich, denn H. fuhr so langsam an, dass er in diesem Fall noch hätte halten können. Die beiden Augenzeugen bemerkten den Vorgang erst, als der C. mit der Leiter umfiel.“⁷⁸¹ Der Fremdarbeiter stürzte aus einer Höhe von

777 Ebd., Karton 12, Mappe 37, Dok. 52.

778 STAHD AA, 287a/2.

779 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 15, Mappe 46, Dok. 17 und 29.

780 Ebd., Karton 11, Mappe 35, Dok. 105.

781 Ebd.



Anton F. *1906

5. a) Ist der Verletzte in einem Krankenhaus untergebracht? in welchem? oder wo befindet er sich? zu Hause?	a) <u>nein, Heidelberg, Gaisbergstr. 11</u>
b) Name, Wohnort, Wohnung	b) I. <u>Ambulanz der Chirurg. Klinik, Heidelberg</u>
I. des zuerst zugezogenen Arztes	II. <u>-</u>
II. des jetzt behandelnden Arztes	III. <u>-</u>
III. der in der ersten Hilfeleistung besonders ausgebildeten Laien, welche die erste Hilfe geleistet haben (genr. Betriebsleiter, Sanitätskolonnenmitglieder, Helfschlifen u. a.)	
a) Welcher Krankenkasse gehört der Verletzte an?	a) <u>Allg. Ortskrankenkasse</u>
b) Hatte der Verletzte vor dem Unfall volle Arbeitskraft? wenn nicht, weshalb?	b) <u>ja</u>
c) Besteht der Verletzte Unfall-, Invalidenrente, Knappschaftspension, Ruhesgeld oder Gebühren auf Grund der Reichsversorgung? von welcher Stelle?	c) <u>nein</u>
7. Veranlassung und Hergang des Unfalls. Hier ist der Unfall möglichst genau zu schildern. Insbesondere sind die Arbeitsstelle, wo der Unfall geschah (z. B. Werkstätte, Wald, Feld, Stall), die Arbeit (Maschine usw.), bei der er sich ereignet hat, sowie der Maschinenteil und die Tätigkeit genau zu bezeichnen, gegebenenfalls unter Beifügung einer erläuternden Zeichnung. Erwünscht ist Angabe des Herstellers der Maschine.	<u>Der Verletzte war mit dem Korken der mit Traubensaft gefüllten Flaschen beschäftigt. Während der Arbeit zersprang eine Flasche, wodurch sich der Inredestehende die Schnittverletzung zuzog.</u>
8. Angabe	
a) sämtlicher Augenzeugen des Unfalls	Vor- und Familienname, Stand, Wohnort, Wohnung
b) anderer Personen, die zuerst von dem Unfall Kenntnis erhalten haben	
9. a) Etwas Bemerkungen	
b) Wenn die Anzeige zu spät erstattet wird, weshalb geschieht dies?	
(Ort) <u>Heidelberg</u> , <u>3. Juni</u> 19 <u>43</u>	Name des die Anzeige erstattenden Unternehmers oder Betriebsleiters <u>UEBERLE & RITZHAUPT</u> <u>ppa.</u>

Nicht selten trugen Zwangsarbeiter von ihrer Arbeit Verletzungen davon. Nach ärztlicher Behandlung war eine Unfallanzeige aufzunehmen (STAHN).

fünf bis sechs Metern und erlitt einen Kompressionsbruch des Lendenwirbels und einen Bruch des Oberschenkels. Er wurde deshalb stationär aufgenommen und lag vermutlich bis zum Kriegsende im Krankenhaus.⁷⁸²

Viele Arbeitsunfälle wären zu vermeiden gewesen, wenn die Fremdarbeiter geeignete Schutzkleidung wie Handschuhe getragen hätten oder wenn sie nicht wegen Erschöpfung und dauerndem Hunger in ihrer Aufmerksamkeit beeinträchtigt gewesen wären.

5.2.2 Lungenerkrankungen

Diese Erkrankungen waren für 10% der Todesfälle ausländischer Arbeiter verantwortlich; wenn man die Tuberkulose hinzuzählt, waren sogar 27% der Todesfälle auf eine Lungenerkrankung zurück zu führen.⁷⁸³ Doch das Ausmaß der Tuberkulose sowie die verantwortlichen Gründe für ihre Verbreitung stellen sich wie eine Pathologie der Zwangsarbeit dar, sodass die Krankheit später gesondert behandelt wird.

5.2.2.1 *Pneumonien*

Gemäß den „Sterbebüchern des Standesamtes Heidelberg“ wurden 3,45% der Todesfälle durch Lungenentzündungen verursacht. Heutzutage wird diese schwere Erkrankung mit Antibiotika behandelt, Penicillin wurde aber in Deutschland erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs von den Amerikanern eingeführt.⁷⁸⁴ Ohne Antibiotikum erwies sich die Behandlung von Pneumonien als besonders schwierig. Im Gegensatz zu anderen Leiden wurde keine Ausländergruppe von dieser Krankheit verschont: Sowohl Franzosen, Italiener, Ungarn, Polen, Russen, Jugoslawen sowie Holländer treten in den Sterbebüchern auf; von diesen waren Holländer und Russen besonders häufig betroffen. Die Kranken wurden meistens in die Ludolf-Krehl-Klinik aufgenommen.⁷⁸⁵ So wurde ein transformierter Kriegsgefangener dort ca. zweieinhalb Monate stationär aufgenommen (5. April bis 19. Juni 1944). Die Klinik rechtfertigte diese längere Verweildauer damit,

782 Ebd.: Dok. 114.

783 Es handelt sich genau bei 9,53% der Todesfälle um Folgen von Lungenerkrankung. Berücksichtigt wurden Lungentzündungen, Pleuritis, Bronchitis und diverse Lungenprobleme. Die Tuberkulose verursachte allein 17,24% der Todesfälle; insgesamt machten diese Lungenerkrankungen genau 26,77% der Todesfälle aus. Die Statistiken stützen sich auf die Sterbebücher (STAHD AA, 287a/2).

784 Sournia/Poulet/Martigny (2001), T. 6, S. 7.171.

785 STAHD AA, 287a/2.

dass sich „die Rekonvaleszenz verzögert[e] und die [Blut]Senkung noch lange Zeit beschleunigt war ...“⁷⁸⁶

Gegen Kriegsende wurden die Lebensbedingungen durch die Entwicklungen an der Front zunehmend härter, was sich teilweise auch in den Krankheitsgeschichten der Fremdarbeiter widerspiegelte. So starb am 20. Dezember 1944 in Heidelberg ein 24-jähriger Pole, der im Zuge eines Sammeltransports zu Fuß aus dem Elsass gekommen war. Der Mann „erkrankte plötzlich und klagte sehr über Schmerzen in der Brustgegend“⁷⁸⁷ und wurde in die Ludolf-Krehl-Klinik eingeliefert,⁷⁸⁸ wo er sofort verstarb.⁷⁸⁹ Es wurde „eine schwere Lungen- und Herzbeutelentzündung“ diagnostiziert, die sich durch eine am 28. Dezember durchgeführte Obduktion bestätigte.⁷⁹⁰ Im Todesfall mussten die Behörden eine Todesnachricht schicken, um die Familie des Verstorbenen zu informieren. In diesem Fall konnte die Todesmeldung nach Krakau nicht verschickt werden, weil die Kriegsereignisse es nicht mehr zuließen. Der „Nachlass“ – hiermit gemeint waren v.a. die Kleidung oder mitgeführte Habseligkeiten – wurde „aus hygienischen Gründen“ in der Klinik vernichtet.⁷⁹¹ Drei Tage nach seinem Tod wurde der junge Mann auf dem Kirchheimer Friedhof beerdigt.⁷⁹² Es ist nicht zu ermitteln, ob oder wann seine Familie von seinem Ableben erfuhr.

5.2.2.2 *Pleuritis und Bronchitis*

Auch wenn diese zwei Krankheiten normalerweise nicht so schwer verlaufen wie eine Lungenentzündung, wurden Fremdarbeiter, die an Pleuritis⁷⁹³ oder Bronchitis erkrankten, bisweilen arbeitsunfähig oder starben. Im Oktober 1941 wurde ein ungarischer Fremdarbeiter, der an Pleuritis litt, in seine Heimat entlassen. Eine Heilung war in seinem Zustand nicht zu erwarten.⁷⁹⁴ Zwei Ausländer starben während des Kriegs infolge einer Bronchitis. Hierbei handelte es sich um den Nachwuchs von Fremdarbeitern. Die zwei kleinen Kinder polnischer Herkunft



Klawdija H. *1924

786 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 130, Dok. 12, 20.

787 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 81, Dok. 152.

788 Ebd.: Dok. 138.

789 Ebd.: Dok. 151.

790 Ebd.

791 Ebd.: Dok. 149.

792 Ebd.: Dok. 139.

793 Brustfellentzündung (Entzündung der Pleura).

794 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Ungarn), Karton 1, Mappe 2, Dok. 24, 25.

waren ca. ein Jahr alt, als sie ums Leben kamen.⁷⁹⁵ Bei Erwachsenen verlief diese Krankheit nicht so schwer, aber sie war mitunter mit einem Krankenhausaufenthalt verbunden. Am 8. Januar 1941 musste z.B. ein junger Mann aus Polen wegen Bronchitis in die Ludolf-Krehl-Klinik überwiesen werden. Er blieb dort genau 18 Tage und wurde dann als geheilt entlassen.⁷⁹⁶

5.2.3 Geschlechtskrankheiten

Die medizinischen Akten der Einzelfallakten machen deutlich, dass viele Fremdarbeiter wegen einer Geschlechtskrankheit den Arzt aufsuchten. Diese Leiden verursachten in Heidelberg während des Kriegs keinen Todesfall. Lediglich der medizinische Gesichtspunkt wird hier erwähnt bzw. die Versuche des Dritten Reichs, diese Erscheinungen zu beschränken sowie die Therapiemöglichkeiten.

5.2.3.1 Maßnahmen gegen Geschlechtskrankheiten

Kam ein Fremdarbeiter mit den entsprechenden Symptomen in die Hautklinik, so wurde er vom untersuchenden Arzt gründlich nach der „Ansteckungsquelle“ befragt: Name, Vorname, Adresse der Person, mit der der Kranke Geschlechtsverkehr hatte. Falls der Arzt diese Informationen erhielt, gab er sie der Polizei weiter. Die Polizei musste ihrerseits nach der genannten Person fahnden, um sie ärztlich untersuchen zu lassen. Diese Denunziationspolitik war wenig erfolgreich, weil die Fremdarbeiter selten den Namen ihres Geschlechtspartners preisgaben oder unklare Angaben machten. Im Mai 1944 suchte ein griechischer Fremdarbeiter wegen Gonorrhoe die Hautklinik auf. Während der Befragung machte er dem Arzt folgende Angaben über seine Geschlechtspartnerin: „Verkehr im April mit einer unbekannten Partnerin aus (...), mit Vorname (...), ca. 24 Jahre alt, schwarzes Haar, etwa 170 cm. groß, korpulente Figur.“⁷⁹⁷

Manchmal wurden auch gesunde Fremdarbeiter ungerechterweise wegen einer Geschlechtskrankheit denunziert. Eine Französin musste sich z.B. in der Hautklinik untersuchen lassen, weil sie als Ansteckungsquelle angezeigt worden war. Diese Anzeige erwies sich als unbegründet, da sowohl die gynäkologischen wie die Blutuntersuchungen auf Gonorrhoe und Syphilis negativ verliefen.⁷⁹⁸

795 STAHD AA, 287a/2. Ein Kind wurde 1943 geboren und starb im April 1944; das andere Kind wurde 1944 geboren und starb im März 1945.

796 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 34, Dok. 92, 96.

797 Ebd., (Einzelfallakten, Griechenland), Karton 1, Mappe 3, Dok. 59.

798 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 42, Mappe 128, Dok. 68.

Ähnlich ging es einer anderen Französin, die, ebenfalls nach einer Denunziation, in der Hautklinik auf Gonorrhoe untersucht wurde. Nach der Untersuchung versicherte die Beratungsstelle des Gesundheitsamts (in der Hautklinik), dass die junge Frau vollkommen gesund sei.⁷⁹⁹

Wenn dagegen festgestellt wurde, dass ein Fremdarbeiter an einer Geschlechtskrankheit erkrankt war, wurde systematisch ein Merkblatt ausgehändigt. Nach einem dreiwöchigen Aufenthalt im Krankenhaus wegen Syphilis meldeten z.B. die Ärzte der Hautklinik in dem Fall von Marija. B.: „Das amtliche Merkblatt für Geschlechtskranke, Abschnitt C, wurde ausgehändigt.“⁸⁰⁰ Die Geschlechtskrankheiten, die am häufigsten in den Einzelfallakten Erwähnung fanden, sind Syphilis und Gonorrhoe.



Roger M. *1928

5.2.3.2 *Syphilis*

Die Syphilis verläuft schwer und die begleitenden Symptome treten teilweise lange nach der Ansteckung auf; es wird deshalb in der Medizin zwischen den verschiedenen Stadien (Lues I, II und III) unterschieden. Die allerersten Symptome (Stadium I) treten i. d. R. etwa drei Wochen nach der Ansteckung auf. Der Erkrankte leidet unter Geschwüren (Ulcus), die sich vor allem auf den Genitalien befinden. Das zweite Stadium beginnt etwa acht Wochen nach der Ansteckung. Die Lymphknoten schwellen an und der Erkrankte leidet unter Kopfschmerzen, Fieber und/oder Ruhelosigkeit. In diesem Stadium tritt nach etwa zehn Wochen am ganzen Körper – aber v.a. an den Stellen, wo Schweiß entsteht, und in Hautfalten – ein Hautausschlag (Exanthem) auf, aus dem sich so genannte „Papeln“ entwickeln (Hautläsionen). In diesem Stadium können auch Halsschmerzen, Nephritis, Blutarmut u.a. vorkommen. In diesen zwei Stadien ist der Kranke hochansteckend; dieses Risiko sinkt in den späteren Phasen. Die Syphilis tritt danach in den so genannten Lues latens an, eine Ruhephase, die mehrere Jahre dauern kann. Während des sich anschließenden dritten Stadiums treten die schweren Symptome der Syphilis auf: Es bilden sich gummiartige Knoten, die die Organe befallen. Zudem⁸⁰¹ können ca. 20 bis 30 Jahre nach der Ansteckung Schädigungen des Nervensystems auftreten, wie Demenz, Sprachstörungen und eine progressive Lähmung.⁸⁰² Heutzutage werden die Syphiliserreger mit

799 Ebd., Mappe 130, Dok. 1.

800 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 47, Dok. 101.

801 Die neuere Medizin-Literatur ordnet diese Symptome einem eigenständigen Stadium zu: den Neurolues (Lues IV).

802 Sournia/Poulet/Martigny (2001), S. 7.454–56 (Aufsatz „Syphilis“).

Penicillin bekämpft. Vor 1945 wurde Syphilis mit Hilfe eines Arsenpräparats namens „Salvarsan“ behandelt.⁸⁰³

Die Kliniken der Universität Heidelberg spielten eine starke regionale Rolle in der Behandlung solcher Krankheiten. Die in der Hautklinik behandelten Fremdarbeiter kamen nicht nur aus Heidelberg, sondern aus ganz Baden. Vor allem belgische, französische, luxemburgische und italienische⁸⁰⁴ Fremdarbeiter wurden dort behandelt. Es ist unklar, ob die Ostarbeiter von dieser Krankheit weniger betroffen waren oder ob sie aufgrund ihres Status einen erschwerten Zugang zu medizinischer Behandlung hatten. Aus den in den Einzelfallakten enthaltenen medizinischen Unterlagen ergibt sich, dass sich die meisten Syphilis-Kranken in Deutschland ansteckten. Soweit diese Information überliefert ist, wurde die Syphilis durch Geschlechtsverkehr mit anderen Fremdarbeitern oder – und nicht so selten – mit deutschen Staatsangehörigen übertragen. Die angegebenen Erkrankungsstadien (v.a. Lues I und II) bestätigen die Angaben über den Zeitpunkt der Ansteckung.

Die medizinischen Akten liefern uns viele wertvolle Informationen über die Früherkennung und Behandlungsmethoden der Syphilis. Ende März 1944 besuchte eine belgische Fremdarbeiterin das Bensheimer Krankenhaus, weil sie unter geschwollenen Lymphknoten litt. Sie wurde dort stationär aufgenommen und mit einer Infrarotlampe behandelt sowie medikamentös mit einer „schwarzen Salbe“ und „Prontosiltabletten“. Dort wurde keine Blutentnahme vorgenommen und die Syphilis wurde weder diagnostiziert noch vermutet. Die junge Frau wurde denn auch ohne Besserung ihres Zustands entlassen und die Krankheit entwickelte sich weiter. Nach der Entlassung litt die Kranke an „Kopfschmerzen und konnte nicht richtig arbeiten“. Dann bekam sie Halsschmerzen. Sie suchte einen Hals-, Nasen-, Ohrenarzt in Darmstadt auf, der sie zum Gesundheitsamt schickte. Nun wollte die junge Belgierin anscheinend nicht dorthin, suchte dafür einen anderen Arzt auf, der dann eine Blutentnahme vornahm und so eine Syphilis Stadium II diagnostizierte. Sie wurde von diesem Arzt behandelt und nur deshalb vom Gesundheitsamt Darmstadt nach Heidelberg überwiesen, weil „sie trotz Belehrung erneut Verkehr hatte (vor 8 Tagen mit einem Franzosen in Darmstadt, dessen Name sie nicht angeben kann).“ Die Fremdarbeiterin wurde

803 „Salvarsan“ wurde von Paul Ehrlich 1909 entwickelt: Salv-arsan, „ein Arsen, das heilt“ war ein Präparat mit einer Arsenverbindung und wurde einzig gegen Syphiliserreger angewendet. 1912 wurde das Neosalvarsan, das sich gut injizieren ließ, als Konkurrenzprodukt entwickelt. Der Erfolg dieser Therapie ist eindeutig: Bereits 1928 gingen die Syphilis-Fälle um zwei Drittel zurück (Friedrich (2004)).

804 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Italien), Karton 3, Mappe 10, Dok. 14.

am 29. Juni 1944 stationär aufgenommen und erst am 31. Juli 1944 in einem „arbeitsfähigen“⁸⁰⁵ Zustand entlassen. Die angewendete Therapie („Neosalvarsan und Bismogenol“⁸⁰⁶ – Kur und Injektionen) entsprach den damaligen Behandlungsmöglichkeiten und war erfolgreich – die Papeln heilten ab.⁸⁰⁷

Ein jugoslawischer Arbeiter, der ebenfalls unter Syphilis litt, wurde von Juni bis Juli 1944 ähnlich wie die Belgierin behandelt.⁸⁰⁸ Im März 1945 erhielt auch eine luxemburgische Patientin die gleiche Therapie, mit der die Halsschmerzen und die Papeln abheilten.⁸⁰⁹ Diese Medikamente wurden Westarbeitern oder Zivilarbeitern verabreicht, die im Nationalsozialismus „gut“ angesehen waren. Die Frage, ob bei der Behandlung von Geschlechtskranken Unterschiede zwischen West- und Ostarbeitern gemacht wurden, beantwortet die medizinische Akte einer jungen Russin. Sie wurde vom 4. September bis 19. Oktober 1943 in der Hautklinik wegen Syphilis behandelt. Die Blutanalysen unterschieden sich nicht von denen, die bei den Westarbeitern durchgeführt wurden. Leider fehlen Informationen darüber, welche Therapie bei ihr angewendet wurde. Gleichwohl wurde sie ähnlich wie die anderen Fremdarbeiter in einem arbeitsfähigen Zustand entlassen.⁸¹⁰ Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass die an einer Geschlechtskrankheit erkrankten Fremdarbeiter in den Heidelberger Kliniken medizinisch gleich behandelt wurden wie die deutschen Patienten.

5.2.3.3 *Gonorrhoe*

Gonorrhoe ist die meistverbreitete Geschlechtskrankheit. Sie wird ausschließlich während des Geschlechtsverkehrs übertragen. Nach der Inkubationszeit treten bei den Betroffenen ein eitriger Ausfluss und Schmerzen beim Wasserlassen auf. Unbehandelt verteilen sich die Gonokokken im ganzen Körper und können Infektionen der Haut und der Gelenke verursachen. Heutzutage werden die Krankheitserreger mit Penicillin bekämpft.⁸¹¹

805 Ebd., (Einzelfallakten, Belgien), Karton 3, Mappe 11, Dok. 58. Sie wurde mit Neosalvarsan, Injektionen von Bismogenol, Argentum-Bädern und lokalen Tevegam-Tabletten behandelt.

806 Bismogenol wurde auch in den frühen Syphilis-Stadien in Kombination mit Neosalvarsan angewendet. Es wurde vor allem gegen das Exanthem und die Papeln benutzt (Freudenthal (1923), S. 155ff.).

807 Ebd.

808 Er erhielt auch eine Salvarsan-Wismut-Kur, Injektionen von Casbis und Neosalvarsan (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Jugoslawien), Karton 3, Mappe 12, Dok 49).

809 Ebenfalls durch eine Salvarsan-Wismut-Kur und Injektionen von Bismogenol und Neosalvarsan (ebd., (Einzelfallakten, Luxemburg), Karton I, Mappe 1, Dok. 59).

810 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 3, Mappe 10, Dok. 34, 38, 40.

811 Sournia/Poulet/Martigny (2001), T. 6, S. 6.783 (Aufsatz „Gonorrhoe“).



Johannes Gerardus de H.

*1921

Ähnlich wie die Syphilis betraf die Gonorrhoe alle Gruppen von Fremdarbeitern.⁸¹² Die medizinischen Akten der Universitätskliniken liefern Informationen über die angewendete Therapie. So wurde ein in Mannheim arbeitender Niederländer im Februar 1942 stationär in der Hautklinik aufgenommen. Dort wurde er zuerst erfolglos mit Injektionen behandelt; die Lokalthherapie (Hegonom, Protargol, Albargin, Choleval) schlug dagegen gut an und er wurde als geheilt entlassen.⁸¹³ Es handelt sich bei diesen Präparaten (Protargol, Choleval)⁸¹⁴ um Silberpräparate, die eine bakterizide Funktion aufweisen und häufig bei Gonorrhoe angewendet wurden. Auch ein staatenloser Fremdarbeiter aus Niederbexbach (bei Homburg Saar) wurde zwei Wochen stationär aufgenommen und offenbar geheilt.⁸¹⁵ Der nachhaltige Therapieerfolg dieser Behandlungen ist jedoch zweifelhaft. Durch die medizinischen Akten der Universitätskliniken erfahren wir, dass sich bei Gonorrhoe-Erkrankungen in Heidelberg erst 1946 durch die Gabe von Penicillin dauerhafte Therapieerfolge zeigten.⁸¹⁶

Arbeitsunfälle, durch Vireninfekte verursachte Lungenerkrankungen und Geschlechtskrankheiten können jederzeit auftreten und können deshalb nicht durchweg und direkt mit der Zwangsarbeit in Zusammenhang gebracht werden. Dagegen legen die medizinischen Akten der Universitätskliniken den Schluss nahe, dass manche Krankheiten offensichtlich mit den erschwerten Lebensbedingungen in ursächlichem Zusammenhang stehen.

5.3 Ursächlicher Zusammenhang von „Ausländereinsatz“ und Krankheit

Für die spezifischen Krankheiten der Zwangsarbeit gab es drei auslösende Hauptfaktoren: Mangelnde Hygiene in den Lagern, Überbelegung in engen und feuchten Räumen und schließlich Misshandlungen, deren Spuren die Behandlungsakten widerspiegeln.

812 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 119, Dok. 44 oder ebd., Karton 1, Mappe 2, Dok. 59 sowie ebd., (Einzelfallakten, Luxemburg), Karton 1, Mappe 1, Dok.11.

813 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 12, Mappe 38, Dok. 3.

814 Tapp (2011), S. 110ff. http://ub-ed.ub.uni-greifswald.de/opus/volltexte/2011/985/pdf/Diss_Kapp_Tabea.pdf, 31. Aug. 2012.

815 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, staatenlos), Karton 9, Mappe 28, Dok.113, 118.

816 Ebd., (Einzelfallakten, Jugoslawien), Karton 3, Mappe 11, Dok. 30, 24 (Patientin 1946 behandelt, die seit 1944 erkrankt war).

5.3.1 Die Schmutzkrankheiten

5.3.1.1 Fleckfieber

Mangelnde Hygiene in den Lagern förderte u.a. die Vermehrung von Insekten, die das Fleckfieber übertrugen. Schon im Dezember 1941 bemerkten Wehrmachtsoffiziere, dass die russischen Kriegsgefangenen vom Fleckfieber⁸¹⁷ stark befallen waren. Aus Angst vor einer Ansteckung der deutschen Bevölkerung wurden Quarantäne-Maßnahmen vorgeschlagen, wobei die Arbeit eingestellt und jeder Kriegsgefangene entlaust wurde. Die Mitglieder des Wachkommandos mussten ebenso entlaust und unter 14-tägige Quarantäne gestellt werden. Nach ihrer Entlausung sollten die Kriegsgefangenen in saubere oder desinfizierte Lagerräume einziehen. Wenn keine Fleckfieberfälle nach der 21-tägigen Quarantäne auftraten, durfte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Eine Entlausung der Kriegsgefangenen sollte anschließend alle 14 Tage stattfinden.⁸¹⁸ Es ist fraglich, ob die von Olbricht vorgeschlagenen Maßnahmen so konsequent umgesetzt wurden und effizient waren. Allein aufgrund mangelnder Rohstoffe für die Entlausung der Körper, Gegenstände und Räume war sie nur schwer durchzuführen. Für Firmen mit mehr als 4.000 Fremdarbeitern stellte der Kauf eines Entlausungsgeräts eine sinnvolle Option dar, um die Entwesung durchzuführen. Die Firmen, die weniger als 4.000, aber mehr als 500 Fremdarbeiter – diese Größenordnung trifft für Heidelberg zu – beschäftigten, mussten dagegen die Insekten entweder mit Chemie oder mit trockener Hitze bekämpfen.⁸¹⁹



Wassili R. *1900

817 Fleckfieber (typhus exanthematicus) wird v.a. durch Läuse übertragen. Die hohe Fruchtbarkeit dieser Insekten erklärt, dass das Fleckfieber sich immer sehr rasch ausbreitete. Durch eine bessere Hygiene im 19. Jh. wandelte es sich zu einer typischen Kriegserkrankung, die Europa nur in Kriegszeiten befiel. Die Krankheitserreger vermehren sich im Magen-Darm-Trakt von Kleiderläusen und werden dann auf den Menschen übertragen. Die Inkubationszeit beträgt ca. 10–14 Tage. Typische Symptome des Fleckfiebers sind ein hohes und langhaltendes Fieber (um die 40°C), begleitet von einem starken Hautausschlag. In der ersten Phase der Krankheit leidet der Kranke unter Kopfschmerzen, Seh- und Hörstörungen. In der zweiten Woche zeigt sich mitunter eine Besserung des Zustands; in schweren Fällen tritt eine Verschlechterung ein und es können Nerven- und psychische Störungen auftreten, wie z.B. Delirium. Kreislaufversagen ist die tödliche Folge dieser Krankheit, die v.a. bei geschwächten Personen, Kindern oder älteren Leuten auftreten kann. I. d. R. dauert diese Erkrankung 13–16 Tage. Präventive Schutzimpfungen waren während des Zweiten Weltkriegs noch nicht entwickelt und die einzige effiziente Maßnahme gegen Fleckfieber war die Insektenbekämpfung – durch eine Entseuchung der Lagerräume, Bäder und Entlausungsmaßnahmen (Sournia/Poulet/Martigny (2001), T. 6, S. 7.502f. (Aufsatz „Typhus“); vgl. auch Werther (2004), S.7ff.).

818 STAHD AA, 212c/5: Erlass des OKW vom 8. Dez. 1941.

819 Ebd.: Durchschrift des Erlasses vom 4. Jan. 1943 (Ivg 4510/43-5640, „Seuchensbekämpfung, Verhütung des Fleckfiebers“).

In Heidelberg war dieses Problem bekannt und es wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um es tunlichst einzudämmen. Der Bau spezieller Entlausungsbaracken diente vorzugsweise der Fleckfieberbekämpfung. Im Juli 1942 besaß das Akademische Krankenhaus einen ersten „Dampfheißluftentseucher“ – ein Gerät, speziell zur Kleiderdesinfektion – und es sollte ab September 1942 ein weiteres Gerät besitzen.⁸²⁰ Diese Anschaffung fand parallel zu einer Erweiterung der Entlausungseinrichtung statt, dem Bau von Duschen und Waschanlagen.⁸²¹ Im August 1942 besaß die Fuchs Waggonfabrik auch bereits ihre eigene Entlausungseinrichtung,⁸²² die sie überdies anderen Firmen im Tausch gegen Kohlen zur Verfügung stellte.⁸²³ Im Juli 1942 verfügten die Bremsenfabrik August Grau und das neue Gaswerk bereits über spezielle Einrichtungen mit „Heiz- und Waschanlagen“, die zur Entlausung dienten.⁸²⁴ Im Lager der Epidemiebaracke wurden mehrere Baracken mit Bädern und Duschen – zwei Baracken mit jeweils neun Duschen – eingerichtet,⁸²⁵ die von allen Firmen benutzt werden konnten.⁸²⁶

Trotz dieser Vorsorgemaßnahmen gab es in Heidelberg während des Kriegs einige Fleckfieberfälle, jedoch nicht in riesigem Ausmaß – was wahrscheinlich auf diese Vorbeugemaßnahmen zurückzuführen ist. Im März–April 1942 brach die Krankheit im Lager der Jugendherberge aus, wo rumänische Zivilarbeiter untergebracht waren. Der in manchen Dokumenten der Einzelfallakten gefundene Vermerk „Lagersperre wegen Typhus“⁸²⁷ ist oft der einzige Hinweis darauf, dass es diese Epidemie dort gab. Weiterführende Informationen über die Zahl der Kranken und etwaige Desinfektionsmaßnahmen fehlen leider. 1944 brach die Krankheit in Heidelberg erneut aus: Diesmal waren russische Zwangsarbeiter der Reichsbahn des Lagers Baggerloch betroffen. Es handelte sich um vier Personen, von denen wir sicher wissen, dass sie an Fleckfieber erkrankt waren. Der Erste wurde stationär in die Ludolf-Krehl-Klinik aufgenommen (10. Mai bis 19. Juni) und durfte erst am 26. Juni 1944 wieder arbeiten. Behandelt wurde er mit „Kreislaufmitteln (...) 8 Tage lang bis zur Entfieberung“, um den Kreislauf zu unterstützen, und danach mit viel Bettruhe und „kräftiger Kost“.

820 Ebd.: Schreiben an den Minister des Innern Karlsruhe vom 1. Aug. 1942.

821 Ebd.: Bericht vom 17. Juli 1942.

822 Ebd.: Schreiben an den Minister des Innern Karlsruhe vom 1. Aug. 1942.

823 Ebd.: Schreiben der DAF vom 27. Juli 1942.

824 Ebd.: Bericht vom 17. Juli 1942.

825 Ebd.: Schreiben der DAF vom 27. Juli 1942.

826 Ebd.: Schreiben an den Minister des Innern Karlsruhe vom 1. Aug. 1942.

827 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Rumänien), Karton 3, Mappe 7, Dok. 17 sowie Dok. 137 („Lagersperre wegen Typhus“).



Christa K.-S. *1926

Er konnte nach einer zusätzlichen Schonzeit als arbeitsfähig entlassen werden.⁸²⁸ Der Zweite, ein 1923 geborener Ukrainer, erkrankte am 13. Mai 1944 und wurde ebenfalls stationär in die Krehl-Klinik aufgenommen.⁸²⁹ Etwaige Details über die Behandlung der anderen Kranken fehlen. Allein knappe Vermerke über Fleckfieber sind aufgezeichnet: Der Dritte erkrankte im Mai 1944,⁸³⁰ und der Letzte, ein im Jahr 1925 geborener Mann, erkrankte ebenfalls im Mai 1944 und wurde in der Medizinischen Klinik behandelt.⁸³¹

Es kam gleichfalls vor, dass sich das Pflegepersonal ansteckte. So erkrankte in 1945 ein rumänischer Arzt⁸³² an Fleckfieber. Er wurde am 20. April 1945 entlassen,⁸³³ erholte sich jedoch nicht und verstarb ein Jahr später an dieser Krankheit.⁸³⁴

5.3.1.2 Die Hauterkrankungen

Die Fremdarbeiter litten sehr häufig unter Hautproblemen, die direkt mit der mangelnden Hygiene in den Lagerräumen und fehlenden Waschgelegenheiten in Verbindung zu bringen sind. In den Einzelfallakten treten viele Fälle von Krätze, Bartflechte, Pyodermie, Neurodermitis oder Juckreiz auf. Alle Fremdarbeitergruppen, die im Lager wohnten, waren betroffen (wie z.B. Belgier, Franzosen oder Polen). Die an Krätze, Bartflechte oder Pyodermie erkrankten Fremdarbeiter wurden sofort behandelt und die Kosten vom Reichsstock übernommen.⁸³⁵ Die Hautkrankheiten wurden erfolgreich mit Lokalbehandlungen wie Baden oder Salben bekämpft. Bisweilen war eine Einweisung in die Hautklinik notwendig, wie im Fall eines an Krätze erkrankten Belgiers, der vom 2. bis 4. April 1943 stationär aufgenommen und darauf als geheilt entlassen wurde.⁸³⁶ In schweren Fällen konnte sich die Dauer des Aufenthalts deutlich verlängern. Zum Beispiel litt ein Franzose an Ekzemen an Beinen und Armen, weshalb er sich vom 3. bis 14. Juli 1944 in der Hautklinik aufhielt.⁸³⁷

828 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 3, Mappe 9, Dok. 3.

829 Ebd., Mappe 8, Dok. 93.

830 Ebd., Karton 6, Mappe 19, Dok. 42.

831 Ebd., Mappe 17, Dok. 14 („Anzeige einer Erkrankung an Fleckfieber“).

832 Ebd., (Einzelfallakten, Rumänien), Karton 3, Mappe 8, Dok. 92.

833 Ebd.: Dok. 110.

834 Ebd.: Dok. 132.

835 STAHD AA, 212c/5: Schreiben des Ministers des Innern Karlsruhe vom 27. April 1942.

836 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Belgien), Karton 3, Mappe 11, Dok. 145.

837 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 120, Dok. 52.

Die meisten Patienten wurden als geheilt und arbeitsfähig entlassen. Dennoch traten bei manchen Fremdarbeitern immer wieder Rückfälle auf. Ein junger Pole, der unter Juckreiz litt, wurde erfolglos in der Hautklinik behandelt. Als Grund wurde mangelnde Hygiene vermutet: „Die erfolglose Behandlung hat wohl den Grund darin, dass der Pole in einem Bett schläft, das seit 11 Monaten nicht mehr frisch bezogen [worden] ist.“⁸³⁸

5.3.2 Tuberkulose

5.3.2.1 *Fremdarbeit und Tuberkulose*

Die Überfüllung der schlecht geheizten und zu feuchten Baracken, eine mangelhafte Ernährung, das Fehlen von Tageslicht und die systematische Ausbeutung der Kräfte der Fremdarbeiter waren Faktoren, die sie besonders anfällig für eine Tuberkuloseansteckung machten. Die hohe Zahl erkrankter Fremdarbeiter in Heidelberg war im Reich keine Ausnahme.⁸³⁹ Der große Arbeitskräftebedarf des Deutschen Reichs erhöhte sogar noch die Zahl der Infektionen mit Tuberkulose. Im Juni 1941 erschien ein Runderlass des RAM über die Beschäftigung von Tuberkulösen,⁸⁴⁰ mit dem angestrebt wurde, diese Kranken trotz ihres hohen Ansteckungspotenzials weiter zu beschäftigen. So wurde behauptet: „(2) Der hustende Offentuberkulöse ist nur für seine engere Umgebung ansteckend. (3) Bei geringem Husten und vor allem bei diszipliniertem Verhalten bedeutet der Offentuberkulöse unter normalen Umwelt- und Arbeitsverhältnissen praktisch eine geringere Gefahr für Erwachsene als die, welcher jeder Mensch im modernen Verkehrsleben ausgesetzt ist.“⁸⁴¹ In diesem Erlass wurde ferner darauf hingewiesen, dass Maßnahmen gegen die Tuberkulose am Arbeitsplatz oder „in den Wohnhäusern“ „unbegründet“ seien und vor allem „die Wirtschaft die Arbeitskraft der arbeitswilligen Tuberkulösen nicht grundlos entbehren“ könnte. Dennoch gilt das Stadium der „hustenden offenen Tuberkulose“ als das ansteckendste überhaupt, weil der Kranke bei jedem Abhusten infektiöse Tröpfchen ausstößt und damit seine Umwelt anstecken kann.“⁸⁴²

838 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 34, Dok. 59.

839 Schwarze kam in ihrer Studie über das Münsterland zu ähnlichen Ergebnissen (Schwarze (1997), S. 136).

840 STAHD, Sozial- und Jugendamt 1986/1987: Erlass vom 9. Juni 1941 – IV g 6007/41-5800 und Ib 1933/1500/41 – von REM und RAM. („Allgemeines: Arbeitseinsatz von Tuberkulösen“).

841 Ebd.

842 Sournia/Poulet/Martigny (2001), T. 6, S. 7.497f. (Aufsatz „Tuberkulose“).

Der Krankheitsverlauf der Tuberkulose wird in drei Stadien eingeteilt. Während des ersten Stadiums werden die Lungen und die Lymphknoten mit den Bakterien infiziert; diese „geschlossene Tuberkulose“ ist nicht ansteckend. Während des zweiten Stadiums vermehren sich die Bakterien, zerstören die Lungen (das Gewebe wird zerstört und es bilden sich „Höhlen“) und infizieren andere Körperteile über das Lymphsystem. Der Erkrankte hustet viel – infolge des zerstörten Lungengewebes – und er ist jetzt sehr ansteckend: Er leidet an einer „offenen Tuberkulose“. Im dritten Stadium werden zahlreiche Organe befallen; nicht nur die Lunge, sondern auch die Lymphknoten, das Darmgewebe, die Nieren, Leber, Knochen, Haut oder das Nervensystem können infiziert werden.⁸⁴³ Ohne Antibiotika war eine erfolgreiche Therapie der Tuberkulose sehr schwierig; deshalb wurde auch während der Weimarer Republik viel Wert auf die Vorsorge gelegt. Die Kranken sollten viel Bettruhe bewahren, gesunde Luft atmen und sich gesund ernähren. Die Fremdarbeiter dagegen wurden nicht geschont und mussten weiterarbeiten. Die Schwerkranken wurden im Lager ärztlich versorgt und manchmal auch isoliert, soweit es denn diese Möglichkeit überhaupt gab.⁸⁴⁴



Thelma T. *1910

5.3.2.2 Ärztliche Versorgung in Heidelberg

17,24% der Todesfälle von Fremdarbeitern, die während des Kriegs in Heidelberg starben, sind auf die Tuberkulose zurückzuführen. Wenn man das Jahr 1946 hinzurechnet, weil die Ansteckung noch während des Kriegs stattgefunden hat, sind es noch 16,05% weitere Todesfälle.⁸⁴⁵

Die Verstorbenen waren überwiegend junge Erwachsene oder sogar Jugendliche: 39% waren zwischen 1919 und 1939 geboren. Auch kleine Kinder wurden nicht von dieser Krankheit verschont: 18% der Verstorbenen waren Kinder, die während des Kriegs geboren waren (1939–45). Die älteren Kinder der Jahrgänge 1929–39 waren nicht so stark befallen wie ihre älteren oder jüngeren Kameraden und repräsentieren „nur“ 11% der Todesfälle. Die Erwachsenen waren etwas weniger betroffen als jüngere Generationen: Die Jahrgänge 1909–19 mit 17%, die Jahrgänge 1899–1909 mit 8% und die Jahrgänge 1864–99 mit 7%. Diese

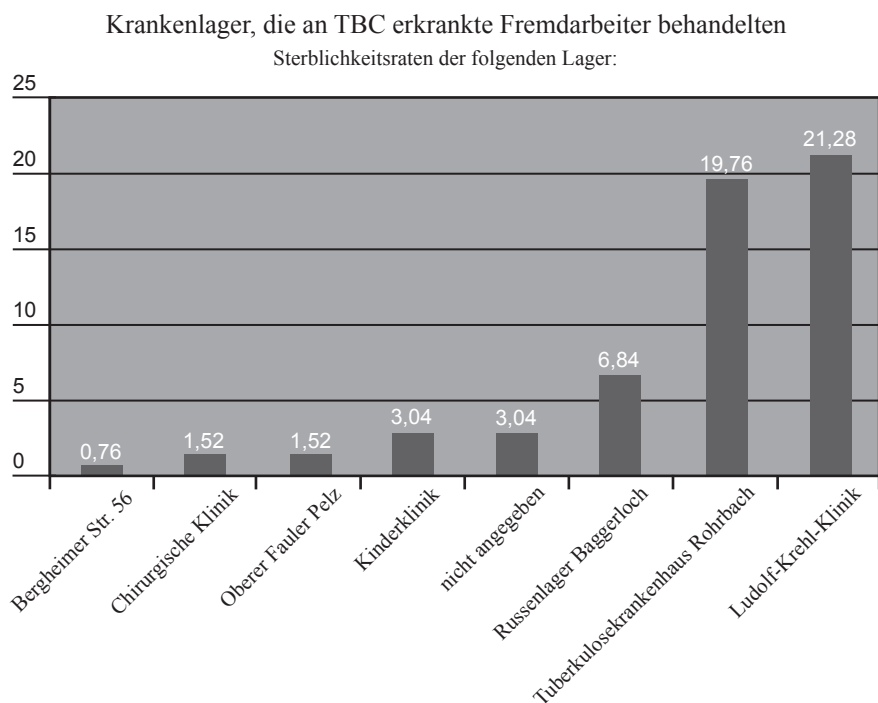
⁸⁴³ Ebd.

⁸⁴⁴ Ebd., S. 136.

⁸⁴⁵ Grundlage dieser Statistiken ist die Auswertung von STAHD AA, 287a/2. Tuberkulose war 1948 noch in 15,6% der Fälle die Todesursache bei den DP. Die Erkrankung war auf den Arbeitseinsatz als Fremdarbeiter zurückzuführen (Chari (1950), S. 17f.: „Diese besondere Häufigkeit der Tuberkulose als Todesursache kann nur eine Folge der schlechten Lebensbedingungen der DP's im Kriege (...) sein“).

Zahlen müssen natürlich zur Altersstruktur der Fremdarbeiter in Beziehung gesetzt werden, weil die jüngere Generation – die Jahrgänge 1919–35 – die Mehrheit der Fremdarbeiter bildete.

Nicht alle Fremdarbeitergruppen waren von der Tuberkulose gleichermaßen betroffen. Manche Staatsangehörigkeiten konnten überhaupt nicht mit der Tuberkulose in Verbindung gebracht werden, so z.B. englische, norwegische, dänische oder rumänische Staatsangehörige. Dagegen hatten die russischen Fremdarbeiter mit Abstand die höchsten Sterblichkeitsziffern (44% der Todesfälle), gefolgt von den polnischen Fremdarbeitern (19%), Ungarn (11%), Niederländern (9%), Belgien und Ukrainern (jeweils 5%) und Bulgaren, Esten, Franzosen, Litauern und Jugoslawen (1%). Schuld an der hohen Sterblichkeit der russischen Fremdarbeiter waren zweifellos die sehr harten Lebensbedingungen, denen sie unterworfen waren. Dennoch sind diese Zahlen mit Vorsicht zu betrachten. Manche Fremdarbeiter, von denen wir wissen, dass sie an Tuberkulose erkrankten und infolgedessen verstarben, sind zwar in den Sterberegistern festgehalten, aber die Tuberkulose ist nicht unbedingt als Sterbeursache ausgewiesen. So starb z.B. eine junge Polin an den Folgen der Tuberkuloseerkrankung; in dem Schreiben des Arzts wird deutlich, dass die Tuberkulose der Grund für das



Ableben der jungen Frau ist, da „es in den letzten Wochen bei der Patientin zu einer Progredienz des Lungenprozesses gekommen war und dass Anzeichen einer tuberkulösen Darmerkrankung aufgetreten waren. Inzwischen manifestierte sich auch eine Kehlkopftuberkulose.“⁸⁴⁶ Kurze Zeit später starb die Polin an einer „Herzschwäche“. Diese Angabe wurde auch in die Sterberegister über- und daher nicht in die Statistik aufgenommen.

Die Einzelfallakten und die Sterberegister machen deutlich, dass die Fremdarbeiter in Krankenhäusern ärztlich versorgt wurden, bis sie als geheilt entlassen werden konnten oder bis zu ihrem Ableben. Es ist davon auszugehen, dass die Krankenanstalten, die viele Todesfälle meldeten, auch die höchste zu versorgende Krankenzahl hatten. Die vorstehende Grafik zeigt die Krankenanstalten, in denen die an Tuberkulose erkrankten Fremdarbeiter verstorben sind.

Es ist anzunehmen, dass das Gefängnis „Oberer Fauler Pelz“ sein eigenes Krankenrevier hatte, wo kranke Gefangene, unter denen sich auch Fremdarbeiter befanden, behandelt wurden bzw. gestorben sind. Die im „Russenslager Baggerloch“ verstorbenen Fremdarbeiter befanden sich vermutlich im Krankenrevier. Etwas problematischer ist es mit der Angabe „Bergheimer Str. 56“, weil es während des Kriegs dort kein Lager gab, sondern nur private Unterkünfte. Bei der Zahl der Verstorbenen (eine Person) handelte es sich allerdings vermutlich um einen Fremdarbeiter, der bei Privatleuten angestellt war.

5.3.2.3 Beispielhafte Krankheitsverläufe

In den Einzelfallakten befinden sich zahlreiche Krankenakten von Fremdarbeitern, die an Tuberkulose erkrankt waren. Die Ludolf-Krehl-Klinik spielte eine überregionale Rolle in der Behandlung dieser Krankheit, da viele Fremdarbeiter auch von außerhalb Heidelbergs kamen.

Bei einem 19-jährigen Russen, der bei der Fuchs Waggon Fabrik beschäftigt war, wurde am 17. Juli 1944 in der Ludolf-Krehl-Klinik eine kavernöse Lungentuberkulose (Stadium II) diagnostiziert.⁸⁴⁷ Am Tag nach seiner Entlastung meldete sich die Tuberkulosen-Fürsorgestelle des Gesundheitsamts Heidelberg beim Arbeitsamt um mitzuteilen, dass dieser Arbeiter an einer ansteckenden „Mittellappentuberkulose mit großer Zerfallshöhle“ litt, arbeitsunfähig war und zurückgeführt werden musste.⁸⁴⁸ Die Fremdarbeiter, die wegen Krankheit zurück in die Heimat geschickt wurden, hatten die Reise über ein „Sammellager“



Valentina T. *1927

846 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 37, Dok. 155.

847 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 1, Mappe 1, Dok. 133.

848 Ebd.: Dok. 130.

anzutreten. In diesem Fall musste der junge Russe über das Krankensammellager Auenheim zurückfahren. Dort wurde er am 6. Oktober 1944 durch das Staatliche Gesundheitsamt Kehl/Baden erneut untersucht. Das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung widerspricht dem, was die Ärzte des Gesundheitsamts Heidelberg festgestellt hatten. Die zweite Untersuchung ergab, dass eine „Zerfallshöhle links mit Sicherheit nicht mehr festzustellen“ war. Außerdem wurden die schlechten Blutwerte als „in Grenzen der Norm“ eingestuft und der Fremdarbeiter als nicht „stark entzündlich“ eingeschätzt.⁸⁴⁹ Zunächst blieb er im Krankensammellager Auenheim; ob, wo und unter welchen Bedingungen er in dieser Zeit arbeiten musste, ist unklar. Eineinhalb Monate später, am 30. November 1944, wurde er vom Krankensammellager Auenheim in die Ludolf-Krehl-Klinik überwiesen und dort stationär aufgenommen. Er blieb dort bis zum Ende des Kriegs – Entlassungstag war der 30. April 1945. Die ärztlichen Unterlagen besagen, dass der Zustand des Fremdarbeiters sich trotz der stationären Aufnahme verschlechterte. Im Februar 1945 wurden im Rahmen einer Thorax-Aufnahme eine Ausdehnung der Herde am rechten Lungenflügel und eine „kirschgroße Höhle“ diagnostiziert.⁸⁵⁰ Die nächste Röntgenaufnahme zeigte keine wirkliche Verbesserung des Zustands.⁸⁵¹ Fünfzehn Tage nach seiner Entlassung, die vielleicht eher mit den politischen Ereignissen als mit dem Zustand des Fremdarbeiters in Zusammenhang gebracht werden muss, wurde er wieder bei der Krehl-Klinik vorstellig.⁸⁵² Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Dieses Beispiel illustriert die Widersprüche der Beschäftigung von sehr kranken Zwangsarbeitern. Es wäre einerseits weit vernünftiger gewesen – sowohl für die Gesundheit des Fremdarbeiters als auch für die durch einen fünfmonatigen Krankenhausaufenthalt verursachten Kosten –, den Fremdarbeiter – wie es ja vom Gesundheitsamt Heidelberg vorgeschlagen worden war – in die Heimat zurückzuschicken. Dass der Fremdarbeiter nach neun Wochen wieder so ausgeprägte Krankheitssymptome zeigte und erneut in die Krehl-Klinik aufgenommen wurde, beweist, dass die Ergebnisse der zweiten Untersuchung eher zweifelhaft waren und weniger der Gesundheit des Fremdarbeiters dienten. Wahrscheinlich wurde seine Arbeitskraft dringend gebraucht. Andererseits bestätigt sich dadurch, wie gut die ärztliche Behandlung und Untersuchung in Heidelberg auch für tuberkulöse russische Fremdarbeiter war.

849 Ebd.: Dok. 131.

850 Ebd.: Dok. 145.

851 Ebd.: Dok. 144.

852 Ebd.: Dok. 121.



Die ordnungsgemäße medizinische Behandlung wird durch ein zweites Beispiel belegt. Am 30. November 1942 wurde ein russischer Fremdarbeiter stationär in die Chirurgische Klinik (Urologie) aufgenommen. Der Mann kam in einem schlechten Allgemein- und Ernährungszustand aus dem „Russenlager Schwetzingen“. Dass er an einer Nierentuberkulose litt, wurde ursprünglich nicht vermutet und erst am 31. Januar 1943 diagnostiziert. Die Ärzte versuchten vergeblich eine Zystoskopie durchzuführen, die nicht an technischen oder finanziellen Problemen scheiterte, sondern weil es „trotz aller Vorbehandlung nicht möglich [war], die Blase für eine Zystoskopie genügend klar und sauber zu kriegen“. Anfang März sollte der Patient operiert werden. Im Blick darauf erhielt er am 31. Januar und am 27. Februar jeweils eine Bluttransfusion. Am 3. März 1943 fand die Operation statt, die nur bestätigte, wie fortgeschritten die Krankheit bereits war.⁸⁵³ Zwei Tage später bekam der Fremdarbeiter hohe Temperatur, Nasenflügelatmung, Nachblutung der Wunde, Marmorierung der Beine und er starb trotz aller medizinischer Bemühungen⁸⁵⁴ schließlich am 11. März 1943 an Herzversagen.

Am Beispiel der Tuberkulose wird deutlich, dass Heidelberg im Medizinbereich eine wichtige regionale Rolle für die Fremdarbeiter spielte und die Behandlungen und Untersuchungen im Interesse der Kranken lagen und nicht etwa vordergründig allein der Arbeitseinsätze wegen durchgeführt wurden.

5.3.3 Gewalt gegenüber Fremdarbeitern

Auch wenn Erschöpfungszustände, Selbstmordversuche oder Mord keine Krankheiten in dem Sinne sind, so kennzeichnend sind sie doch für die Lebensbedingungen der Fremdarbeiter während des Zweiten Weltkriegs.

5.3.3.1 Erschöpfungszustände

Die in den Sterberegistern ausgewiesenen Prozentangaben für Fremdarbeiter, die an einer „allgemeinen Körperschwäche“, einer „Erschöpfung“ oder einer „Lebensschwäche“ gestorben sind, liegt bei etwa 2%. Die Verstorbenen gehörten alle zu den Fremdarbeitergruppen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen am härtesten waren: russische, polnische oder – nach Juni 1944 – italienische Fremdarbeiter. Bemerkenswert ist ferner, dass sie – mit der Ausnahme eines 85-jährigen Mannes – eher jung waren.⁸⁵⁵ Die in den Einzelfallakten enthalte-

853 Ebd., Karton 3, Mappe 9, Dok. 128: „eine starke tuberkulöse Pyelitis“ – eine tuberkulöse Nierenbeckenentzündung; in diesem Fall das terminale Stadium der Tuberkulose.

854 Ebd.: Medikamente, Naht des Schlitzes und Unterstützung des Kreislaufs mit Transfusion.

855 Die Statistiken basieren auf STAHD AA, 287/a2 (Sterberegister).

nen Krankenakten ermöglichen einen tieferen Einblick in die nicht durchweg tödlichen, aber doch allgemeinen Erschöpfungszustände. So wurde bei Jan Z., einem polnischer Fremdarbeiter des Lagers Römerstraße, eine „Erschöpfung, nerv. Überreizung“ seit dem 27. November 1944⁸⁵⁶ diagnostiziert. Die ärztliche Untersuchung ergab eine „Herzklappeninsuffizienz“. Die beschriebenen Symptome wurden vom Arzt als „glaubhaft“ eingestuft und Z. durfte aus diesem Grund nur „für leichte Arbeit“ eingesetzt werden.⁸⁵⁷ Die Bremsenfabrik August Grau entließ ihn kurze Zeit später und sein neuer Arbeitgeber erfuhr beim Ernährungsamt, dass der Fremdarbeiter „herzkrank [sei] und Spritzen in der Klinik“ bekäme. Dazu wurde ihm gesagt, dass „bereits ein Schreiben [sic] von der Firma Opel-Vertretung vorliege, worin der Pole als notorischer Faulenzer bezeichnet wurde.“⁸⁵⁸

Ebenfalls französische Staatsbürger wurden wegen „Erschöpfung“ medizinisch behandelt. Der 23 Jahre alte Kriegsgefangene André L. wurde z.B. vier Monate stationär aufgenommen – zuerst in die Chirurgische Klinik, dann in die Poliklinik – wegen eines „Erschöpfungszustandes“. Leider fehlt die Angabe, ob er später gesund entlassen wurde.⁸⁵⁹ Die 24-jährige Französin Germaine C., die bei der Firma Friedrich Lauer Apparatebau als Hilfsarbeiterin beschäftigt war, wurde ebenfalls wegen einer „Erschöpfung“⁸⁶⁰ behandelt.

Auch wenn die Erschöpfungszustände in Heidelberg quantitativ eher marginal waren, gehörten sie zweifellos zu den speziellen Leiden der Fremd- und Zwangsarbeiter.

5.3.3.2 *Psychische Gewalt bis hin zum Selbstmord*

Die alltägliche Gewalt gegenüber Fremdarbeitern war teilweise so extrem, dass sie schwere Konsequenzen hatte. Diese Patienten kamen in die Neurologische und Psychiatrische Klinik. Nachdem ein 22-jähriger erkrankter Pole aus Daisbach über vier Monate erfolglos im Krankenhaus Waibstadt⁸⁶¹ behandelt worden war, kam er im März 1941 zur medizinischen Behandlung nach Heidelberg. Angeblich hätte er kurz vor der ärztlichen Untersuchung „dauernd im Bett gelegen und

856 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 35, Mappe 138, Dok. 55.

857 Ebd.

858 Ebd., Karton 35, Mappe 138, Dok. 62.

859 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 42, Mappe 128, Dok. 49.

860 Ebd., Karton 11, Mappe 33, Dok. 58.

861 Ob die Bezeichnung eines Krankenhauses Waibstadt verdient war, erscheint fraglich. Gleichwohl findet sich diese Bezeichnung verschiedentlich in den Einzelfallakten (ebd., (Einzelfallakten Polen), Karton 14, Mappe 57, Dok. 23).

geweint“.⁸⁶² Der junge Mann war seit fünf Monaten ohne Nachricht von seiner Familie, weder von seinen drei Brüdern, die auch in Deutschland arbeiteten, noch von seinen Eltern und seinem jüngsten Bruder, die sich noch in seinem Heimat befanden.⁸⁶³ Die Entlassungsdiagnose sprach – durchaus nachvollziehbar – von einer „Heimwehreaktion eines weichen, empfindsamen und unselbständigen Menschen“, und es wurde die Rückkehr in die Heimat empfohlen.⁸⁶⁴

Bei einer anderen Patientin der Neurologischen und Psychiatrischen Klinik Heidelbergs waren eher die allgemeinen Kriegszustände für die Entwicklung ihrer Psychose verantwortlich, denn schlechte Arbeits- oder Lebensbedingungen. Diese 45-jährige aus den Niederlanden war als Zimmermädchen im Schloßhotel beschäftigt. Sie versuchte am 21. Juli 1942 mehrmals sich das Leben zu nehmen und wollte dabei angeblich noch ihre Stubenkameradin „mitnehmen“.⁸⁶⁵ Die Patientin sei sehr furchtsam und hätte Angst, in Deutschland ermordet zu werden, hieß es in ihrer medizinischen Akte. Sie wurde nach neun Tagen stationärer Aufnahme in die Niederlande zurückgeschickt; übrigens ohne ihren Zustand zuvor verbessern zu können.⁸⁶⁶

Diagnosen wie Heimweh und Depression oder auch Selbstmordversuche kamen bei Fremdarbeitern, die in psychiatrischen Anstalten vorstellig wurden, sehr häufig vor. Ihr Leiden trat eindeutig infolge ihres Arbeitseinsatzes in Deutschland auf und zeigt, wie schwer die psychischen Folgen für manche Fremdarbeiter zu bewältigen waren.⁸⁶⁷ Psychisch-krankte Fremdarbeiter, die arbeitsunfähig geworden waren, wurden entweder geheilt oder in ihre Heimat zurückgeschickt, damit sie „nicht weiter den deutschen Sozialeinrichtungen zur Last“⁸⁶⁸ fielen.

Trotz schwieriger Lebensbedingungen, Verschleppung und Hungersnot gab es allgemein während des Kriegs vergleichsweise wenige Suizid-Fälle von Fremdarbeitern. Die Sterberegister enthalten fünf Selbstmordvermerke; zwei davon wurden allerdings erst nach Kriegsende ausgeführt (im Oktober 1945). Die gezielte Suche nach diesen Personen in den Einzelfallakten ergab keine befriedi-



Victor G. *1888

862 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 81, Dok. 124.

863 Ebd.: Dok. 129.

864 Ebd.: Dok. 125.

865 Ebd., (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 3, Mappe 9, Dok. 2–4.

866 Ebd.: Dok. 4.

867 Peschke (2005), S. 65ff.

868 „Da er nach geltenden Bestimmungen als lästiger Ausländer nicht aus dem Reich verwiesen werden kann, ist es erforderlich, ihm, damit er nicht weiter den deutschen Sozialeinrichtungen zur Last fällt, die Zustimmung zur Rückkehr in die Heimat zu erteilen“ (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Bulgarien), Karton 1, Mappe 2, Dok. 70).

genden Ergebnisse. Ein 24 Jahre alter Bulgare wurde in Schutzhaft genommen, nachdem er mehrmals versucht hatte, sich das Leben zu nehmen.⁸⁶⁹ Sein weiteres Schicksal bleibt unbekannt. Nur in dem Fall von Fedor M., einem russischen Angestellten der Firma Fuchs Waggonfabrik war es möglich, tiefer in die Motive des Fremdarbeiters einzudringen. Fedor M. floh aus dem Lager der Firma Fuchs Waggonfabrik in der Nacht vom 17. Juni 1942. Er genoss seine Freiheit nur ganze vier Tage, da er am 21. Juni 1942 auf dem Bruchhäuserhof von einem deutschen Arbeiter gesehen und festgenommen wurde. Dieser Heinrich H. „benachrichtigte [hiervon] die Polizei in Heidelberg-Kirchheim, die anordnete, dass H. den M. mit nach dem Lager der Fa. Fuchs wieder zurücknimmt. Durch H. und den Werksschutzmann Georg S. (...), wurde der russische Zivilarbeiter M. vorerst im Sanitäts- und vorläufigen Arrestraum im Lager der Fa. Fuchs untergebracht. Gegen 17 Uhr ist dann M. von S. erhängt aufgefunden worden. Er hatte sich mit der Rolloschnur des Verdunkelungsvorhanges am Fenster erhängt. S. benachrichtigte daraufhin den Werksarzt Dr. H., den Betriebsleiter B. und einen Beamten der zuständigen Polizeiwache in Heidelberg-Kirchheim. S. selbst will sofort nach dem Puls des M. gegriffen haben, doch habe dieser nicht mehr geschlagen. Werksarzt Dr. H. hat dann, nachdem M. abgeschnitten war, dessen Tod festgestellt.“⁸⁷⁰

Der Kriminal-Obersekretär der Gestapo, Abteilung Heidelberg ergänzte diese Angaben noch um die Bemerkung, dass man bei den Ermittlungen auf kein Fremdverschulden am Selbstmord des Ostarbeiters gestoßen sei.

5.3.3.3 Mord

Mordfälle sind in den städtischen Akten nicht dokumentiert, lediglich die Sterbeeinträge in den Sterberegistern können uns Informationen darüber liefern. In den Sterberegistern beispielsweise findet sich ein Vermerk über einen italienischen Fremdarbeiter, der am 18. März 1945 während einer Zugfahrt erschossen wurde. Der Mann wohnte in dem italienischen Lager Baggerloch und arbeitete deshalb wahrscheinlich bei der Reichsbahn. Als Todesort ist der Bahnhof Wieblingen „Kilometerstein 15“ angegeben.⁸⁷¹ Etwaige Informationen, wie es zu dem tödlichen Schuss kam, sind leider nicht vorhanden und der Fall befindet sich auch nicht in den Einzelfallakten abgebildet.

869 Ebd.

870 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 32, Mappe 101, Dok. 76.

871 STAHD AA, 287a/2: Standesamt Heidelberg, Liste der in den Sterbebüchern des Standesamts Heidelberg seit dem 2. Sept. 1939 eingetragenen ausländischen Sterbefälle.

Die Umstände eines anderen Todesfalls infolge eines Gewehrschusses sind ebenfalls unklar. Der französische Kriegsgefangene Lucien C. wurde vier Tage nach der Befreiung Heidelbergs erschossen. Verletzt an Leber und Rippen, wurde er sofort in die Chirurgische Klinik transportiert und operiert. Er starb am 12. April 1945 an einer Lungenembolie, die sich acht Tage nach der Operation entwickelte und wurde auf dem Kirchheimer Friedhof beerdigt. Leider enthalten die Einzelfallakten keine Angaben darüber, ob er von amerikanischen oder deutschen Soldaten erschossen wurde.⁸⁷²

Noch weniger dokumentiert sind Todesfälle, die möglicherweise infolge von Vergeltungsaktionen stattgefunden haben. Bei der Heidelberger Firma Fuchs Waggonfabrik scheint es zumindest in einem Fall zu derartigen Aktionen gekommen zu sein. Eine deutsche Zeitzeugin berichtete 1997 folgendes: „Ich weiß, es war so um das Jahr 1941/42, da gab es in der Nähe des Kirchheimer Bahngeländes ein kleineres russisches Gefangenlager. Die russischen Gefangenen lebten in kleineren, verwahrlosten Baracken und mussten für die Nazis irgendwelche Arbeiten verrichten. Die Verpflegung und Behandlung der Gefangenen war so menschenunwürdig, dass es hier und da vorkam, dass sich die Gefangenen aus Eisenbahnwaggons Verpflegung holten. Solche Dinge sind natürlich auch an die Nazis verraten worden, und so kam es, dass an einem Morgen auf dem Betriebsgelände der Firma Fuchs Waggonfabrik Galgen aufgestellt wurden und fünf oder sechs gefesselte Russen vorgeführt wurden. Die Galgen waren natürlich so aufgestellt, dass es nach Möglichkeit der Öffentlichkeit verborgen blieb. Trotzdem haben viele Arbeiter der Firma Fuchs Waggonbau genau gesehen, wie die fünf oder sechs Russen durch die Heidelberger SA und SS aufgehängt worden sind.“⁸⁷³ Ergänzend berichtete die Zeitzeugin, dass es ein Kind mit dem Spitzname „kleiner Stalin“ war, das die Holzkisten, auf denen die Verurteilten standen, zum Kippen bringen musste. In den Sterberegistern sind für das Jahr 1942 jedoch keine verdächtigen Einträge ausgewiesen. Es deutet sich dagegen an, dass die Zeitzeugin in gutem Glauben das Geschehen zeitlich falsch eingeordnet hat.⁸⁷⁴ Denn das geschilderte Geschehen lässt sich mit den Sterbeeinträgen vom 28. August 1944 verifizieren. An diesem Tag kamen fünf russische Arbeiter auf dem Gelände der Firma Fuchs Waggonfabrik durch „Erstickungstod“ ums



Nina S. *1924

872 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 11, Mappe 35, Dok. 44–45.

873 Stadtblatt vom 26. Febr. 1997: „Vom ‚kleinen Stalin‘ bei der Fuchs Waggonfabrik, Zeitzeugen gesucht“.

874 STAHD AA, 287a/2: Standesamt Heidelberg, Liste der in den Sterbebüchern des Standesamts Heidelberg seit dem 2. Sept. 1939 eingetragenen ausländischen Sterbefälle.

Arbeitsbuch ARBEITSKARTE NB III 5289

H. Fuchs Waggonfabrik A.-G. Heidelberg Berufsgruppe 856
Berufsart 25

K.-Nr. 3 Anderung ab: Zuname: E. [REDACTED] Beruf: Schlosser Karte 8

Vornamen: Nikolai Nikolajewitsch

Geburtsdag: 8.8.24 Geburtsort: Iowoja Derewnija,
~~Krs. Leningrad / Russland~~ ~~Krs. Leningrad / Russland~~

Verheiratet Ledig JA Wohnort: Straße:

Verwittwet Heimatanschrift: Station Luban, Krs. Leningrad / Russland

Ehefrau ist geboren: Vater: Ewdokimow Dimitri
Station: Luban, Krs. Leningrad / Russland.

Kinder: Feldzugsteilnehmer von bis Pg. seit Nr.

Verwundung: SA seit Nr.
RÖ-UNTERSUCHUNG 29. Sep. 1942 SS seit Nr.

Unfallbeschädigt:

Rente ‰ RM DAF

Jubilar Krankenkasse

Religion: Orthodox N-B. III
5289

500 V. 42 Br.

Transport vom 24.4.42

Eintritt		Austritt		Beschäftigungsmonate		Urlaubsverg. b. Austritt	
Datum	als	Datum	Grund	bis		Zeit	Stunden
25.4.42	Hilfsarbeiter	15.3.43	geflüchtet				
	<i>ab B. Schweiser</i>	31.3.43	wieder zurück				
		2.8.44	Gestapo				

Anmerkung:

dnung u. Tarifordnung erhalten:

Arbeitskarte von Nikolai E., einem der fünf erhängten russischen Fremdarbeiter der Fuchs Waggon-Fabrik. Die Hinrichtung erfolgte am 28. August 1944 auf dem Werksgelände (STAHD).

Leben.⁸⁷⁵ Der Fremdarbeiter Ewdokimow ist der einzige der fünf Verstorbenen, über den wir etwas aus den Einzelfallakten erfahren. Dadurch wird klar, dass er aus Sicht seines Arbeitgebers kein vorbildlicher Arbeiter war und er zudem die Aufmerksamkeit der Gestapo auf sich gezogen hatte. Er war bei der Firma Fuchs Waggonfabrik seit April 1942 als „Elektrohilfsschweißer“ beschäftigt.⁸⁷⁶ Er entfloh am 15. März 1943 und wurde 15 Tage später wieder gefangen.⁸⁷⁷ Ab dem 2. August 1944 wurde er aus unbekannten Gründen von der Gestapo verhaftet⁸⁷⁸ und 26 Tage später war er tot. Die Tatsache, dass noch vier weitere russische Fremdarbeiter am gleichen Tag den „Erstickungstod“ starben, zusätzlich zu der Zeitzeugenaussage, dass es auf dem Gelände der Fuchs Waggonfabrik zu Hinrichtungen kam, lässt vermuten, dass diese Fremdarbeiter gleichfalls durch den Strang gestorben sind. Ein Arbeitsunfall kann ausgeschlossen werden, weil es i. d. R. auch bei russischen Fremdarbeitern dafür eine Unfallanzeige gab. Diese war in allen fünf Todesfällen unterblieben.



Ewa M. *1925

5.4 Medizinische Verbrechen an Fremdarbeitern

5.4.1 Die „unheilbar“ kranken Fremdarbeiter

Fremdarbeiter, die unter einer leichten psychischen Störung litten, wurden entweder geheilt oder in die Heimat entlassen. Dagegen galten für unheilbar oder angeboren psychisch kranke Fremdarbeiter ab September 1942 strengere Maßregeln. Ostarbeiter wurden nicht mehr in das Generalgouvernement zurückgeschickt, sondern in eine „Zwischenanstalt“ eingewiesen. Gemäß dem Erlass des Reichsjustizministeriums vom 22. Oktober 1942 mussten geistig Kranke im KZ interniert werden.⁸⁷⁹ Ende Mai 1943 mussten die Arbeitsämter jene infolge psychischer Erkrankung arbeitsunfähigen Fremdarbeiter dem Reichssicherheitshauptamt melden. Die Kranken wurden durch die Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten in Sonderlager transportiert.⁸⁸⁰ Im Juli 1943 ent-

875 Die fünf russischen Fremdarbeiter Anatolij B., Alexander B., Nikolai E., Pawel C. und Wassilij S. starben alle am 28. Aug. 1944 in der Fuchsstraße 92 den „Erstickungstod“.

876 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 12, Mappe 37, Dok. 17.

877 Ebd.

878 Ebd.

879 Klee (1985). S. 358f.

880 Ebd., S. 135–38.

schieden die „T4-Experten“⁸⁸¹ die systematische Ermordung der ausländischen psychisch Kranken, um Platz für deutsche Verletzte in Krankenhäusern zu schaffen.⁸⁸² Kurze Zeit später folgte ein Erlass des Reichsjustizministeriums, der einen Sammelort zur Tötung erkrankter Fremdarbeiter anordnete. So wurden in psychiatrischen Anstalten, wie z.B. den Anstalten Eichberg oder Hadamar, Fremdarbeiter ausgehungert und/oder durch Verabreichung von Morphium oder Luminal⁸⁸³ in Überdosis umgebracht. Am 6. September 1944 entschied der Reichsminister des Innern,⁸⁸⁴ dass unheilbar psychisch kranke Fremdarbeiter in eine „Sammelstelle“ transportiert werden; für die Heidelberger Region war dies die Heil- und Pflegeanstalt Schussenried.⁸⁸⁵

881 „T 4“ wurde nach der Straße benannt, in der die Aktion ihren Sitz hatte, nämlich in der Tiergartenstraße 4 in Berlin (Till (1996), S. 49f.). Nach Besprechungen zwischen Karl Brandt, Philip Bouhler – zwei enge Mitarbeiter Hitlers (Götz (1994), S. 22–98, 37) –, Max de Crinis – Berliner Professor und SD-Agent, der Heydrich vertrat (ebd.) –, Viktor Brack, Werner Blankenburg, Dr. Hans Hefelmann, Carl Schneider – Leiter der Neurologischen und Psychiatrischen Klinik Heidelbergs –, Werner Heyde – Mitglied der SS – und Paul Hermann Nitsche – der Psychiater war Vertreter der sächsischen Regierung – wurde nach Okt. 1939 dort eine Zentralzelle eingerichtet. In einem Geheimerlass, von Hitler höchstpersönlich verfasst, heißt es: „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“ (Buchheim (1958), S. 60–62). Am 9. Okt. 1939 wurden durch die Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten Formulare an die T4-Experten verschickt. Die Gutachter entschieden über das Leben der Patienten; die „Ausortierten“ wurden mit Bussen in die diverse Anstalten transportiert, wo sie ermordet wurden. Die Anstalten Grafeneck, Hadamar (Hessen), Sonnenstein (Pirna), Brandenburg (Havel), Bernburg (Saale) und Hartheim (Linz) waren dafür zuständig. Im Jan. 1940 fanden die ersten Versuche mit Kohlenmonoxid statt. Noch im gleichen Monat kamen die ersten „Transporte“ in der Anstalt Grafeneck an (vgl. Till (1996)). Die Anstalt Grafeneck war für Baden-Württemberg nur bis Dez. 1940 „zuständig“; nach diesem Datum wurden die Kranken nach Hadamar verschickt.

882 Götz (1994), S. 22–98.

883 Heutzutage wurden über 2.000 Ermordete in Eichberg gezählt (Hamman (1985), S. 122ff., hier S. 140).

884 Ag 9255/44-5100, zitiert nach Klee (1985), S. 365f.

885 Ebd., S. 365: „1. Bei der erheblichen Zahl von Ostarbeitern und Polen, die zum Arbeitseinsatz in das Deutsche Reich gebracht worden sind, werden die Aufnahmen entsprechender Geisteskranker in deutschen Irrenanstalten immer häufiger. Zweck der Aufnahme muß in jedem Falle eine möglichst rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit sein. Es müssen also auch bei diesen Geisteskranken alle Mittel der modernen Therapie Anwendung finden. Bei dem Mangel am Platz in deutschen Anstalten läßt es sich aber nicht verantworten, daß Kranke, die in absehbarer Zeit nicht wieder arbeitsfähig werden, für dauernd oder längere Zeit in den deutschen Anstalten verbleiben. Um dies zu verhindern, wird folgendes angeordnet. 2. In der nachstehenden Liste habe ich für bestimmte Bezirke des Reichs je eine Sammelstelle für unheilbare geisteskranken Ostarbeiter und Polen bestimmt. Aufnahmen

Die Neurologische und Psychiatrische Klinik der Universität Heidelberg war während des Kriegs von Carl Schneider⁸⁸⁶ geleitet worden, ein bekannter „T4-Gutachter“, der laut Henry Friedlander einer der wichtigsten Forscher im Rahmen des Euthanasie-Programms war und dessen Klinik eine wichtige Rolle in diesem Forschungsprogramm spielte.⁸⁸⁷ Friedlanders Einstellung gegenüber

von geisteskranken Ostarbeitern und Polen sollen möglichst unmittelbar in diese Anstalten erfolgen. Ist dies wegen Dringlichkeit der Aufnahme oder Transportunfähigkeit nicht möglich, so soll die aufnehmende Anstalt den Ostarbeiter bzw. Polen mindestens binnen Monatsfrist an die für ihren Bezirk in Frage kommende Sammelanstalt abgeben. Die Verlegung kann unterbleiben, wenn damit zu rechnen ist, daß der Kranke spätestens in der 6. Woche nach der Anstaltsaufnahme entlassen werden kann (...) Liste der Sammelstelle! (...) 7. Für Baden, Westmark, Württemberg und Hohenzollern: Heil- und Pflegeanstalt Schussenried (...).“

886 Carl Schneider, geb. 1891, wurde nach verschiedene Stellen (ein Jahr in Breslau als Arzt-assistent, ein Jahr in München, 1927 in Leipzig, dann Reg. Medizinalrat in Arnsdorf von 1930–33, und Med. Rat und Chefarzt in Bethel) Leiter der Psychiatrisch-neurologischen Universitätsklinik Heidelberg von 1933–45. Carl Schneider trat 1932 in die NSDAP ein und war Mitglied des Rassenpolitischen Amtes Baden, des SD. Er war auch der Gauredner der NSDAP, Mitglied des „Reichsaussschusses“ (Kinder Euthanasie Programm) und T4-Gutachter. Er leitete die Forschungsabteilung der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten in Heidelberg, die sich für eine wissenschaftliche Auswertung der Euthanasieopfer aussprach. Schneider arbeitete auch mit dem Leiter der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie zusammen. Ihr gemeinsames Projekt war die Errichtung einer großen psychiatrische Anstalt, wo geistig Kranke erfolgreich behandelt werden könnten. Für die Unheilbaren war dagegen geplant, dass sie in andere Anstalten transportiert und dort durch Arbeit ausgezehrt und ermordet werden. Im Juni 1943 veröffentlichte er mit Rüdin, Heinze, Nitsche und de Crinis eine „Denkschrift betr. die künftige Entwicklung der Psychiatrie“. 1944 suchte er Patienten, die unter einem „mangelnden Gesundungswillen“ litten. Carl Schneider floh aus Heidelberg am Ende des Kriegs, wahrscheinlich um nicht bei dem Prozess gegen Mennecke aussagen zu müssen. Er nahm sich am 10. Dez. 1946 das Leben (UAH, PA 1161 und PA 5724 sowie Eckart/Sellin/Wolgast (2006), S. 909f.).

887 Friedlander (1997), S. 219: „(...) der bedeutendste Forscher von T 4 und seine Klinik als das führende Forschungsinstitut, das mit dem Euthanasie-Mordprogramm in Verbindung stand.“ Das Forschungsinstitut Carl Schneiders erhielt in März 1942 15. Mio. Reichsmark von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Er interessierte sich für psychisch Kranke und Zurückgebliebene, insb. für Kinder, bei denen er experimentierte, um herauszufinden, ob die Gehirne eine Pathologie aufweisen. Er war der Meinung, dass sie auf fehlende Gehirnbestandteile zurückzuführen seien. Schneider wollte ebenfalls herausfinden, ob es einen physiologischen Unterschied gab zwischen „angeborenen“ und „erworbenen“ Geisteskrankheiten. Seine Forschungen dienten dem Euthanasie- und Sterilisationsprogramm und sollten die „Selektion“ der Patienten entweder für die Euthanasie oder für die Sterilisation ermöglichen. Schneider versuchte für seine Forschungen so viele Gehirne wie möglich zu erhalten – sie kamen aus verschiedenen Kliniken. Die Errichtung der Kinderfachabteilung in Wiesloch im Jahr 1942 diente ebenfalls seinen Forschungen. Dort wurden Kinder ermordet, deren Gehirne obduziert wurden – Fremdarbeiterkinder wurden dort nicht ermordet. Zwischen 1942 und Mai 1945 wurden in der Neurologischen und Psychiatrischen Klinik 187 Gehirne seziert. Zur so genannten „Forschungsabteilung“ der Psychiatrischen Klinik s.



Maria T. *1926

unheilbar psychisch Kranken hatte selbstverständlich Konsequenzen für die Fremdarbeiter. Die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, die zur Neurologischen und Psychiatrischen Klinik gehörte, ließ im Juni 1944 Ostarbeiter nach Hadamar oder Linz transportieren. Laut Hamman handelte es sich um zwei Transporte mit jeweils 94 und 77 Patienten, die am 5. und am 7. Juni stattfanden.⁸⁸⁸ Diese Informationen konnten durch die Auswertung der Heidelberger Akten nicht zusätzlich erhärtet werden. Dagegen ergibt die Auswertung der medizinischen Akten klar, dass die unheilbar psychisch kranken Fremdarbeiter, die in Heidelberg untersucht bzw. diagnostiziert wurden, ein schlimmes Schicksal erlitten. Bei der polnischen Fremdarbeiterin Anna O., die im Juni 1943 in Heidelberg ankam, wurde während der ersten ärztlichen Untersuchung eine Geisteskrankheit festgestellt. Der Arzt des Gesundheitsamts war sich zuerst nicht sicher, ob die junge Frau eine „Hysterie bzw. Schizophrenie“⁸⁸⁹ simulierte, oder ob sie tatsächlich krank war. Sie wurde deshalb erneut untersucht, diesmal in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch. Dort wurde eine unheilbare „geistige Störung, vermutlich eine Schizophrenie“ diagnostiziert, die ihre Rückführung erforderte.⁸⁹⁰ Sie wurde in Wiesloch stationär aufgenommen und blieb dort vom 14. Juli 1943 bis zum 27. August 1943. Sie wurde dann von einer Krankenschwester des Roten Kreuzes in das „Krankenlager (...) Großsachsenheim b. Ludwigsburg (Wttbg.)“ gebracht.⁸⁹¹ Danach wird es schwierig, das weitere Schicksal der jungen Frau zu verfolgen. Allein ein Schreiben des Arbeitsamts Ludwigsburgs informiert darüber, dass die Polin am 16. November 1943 in die Heimat entlassen wurde.⁸⁹²

Diese Information erscheint im Hinblick auf die Entscheidung der T4 vom Juli 1943 und auf das Lager, in das Anna O. eingewiesen wurde, sehr zweifelhaft. Das Krankenlager Großsachsenheim gehörte zum Programm „Vernichtung durch Arbeit“ und war in der Tat ein Todeslager. Die Sterblichkeitsraten des Lagers waren sehr hoch; der eigens dafür eingerichtete Friedhof befand sich nur 100 Meter von den Baracken entfernt. Heutzutage ist dort ein Mahnmal zu sehen,

Hohendorf/Roelcke/Rotzoll (2001), S. 41–62; vgl. mit Hohendorf/Roelcke/Rotzoll/Weibel-Shah (1999), S. 221–43.

888 Dieser Punkt wird durch die Studie von Peschke (2005), S. 24–27, bestätigt. Laut Dr. Georg Lilienthal (E-Mail vom Dez. 2005) von der Gedenkstätte Hadamar wurden keine Zwangsarbeiter aus Heidelberg nach Hadamar transportiert und ermordet, weil sie in die Sammelanstalten weitergeleitet worden waren. S. Hamman (1985), S. 141–43.

889 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83, Dok. 92.

890 Ebd.: Dok. 95B.

891 Ebd.: Dok. 107.

892 Ebd.: Dok. 118.

(90)

(Name) Anna (Vorname)

24.5.1924 (Tag, Monat, Jahr, Ort der Geburt)

Arb.-Buch Nr. Die AK 1 (2) ist abgestellt:

seit	bei*)	Hd3.	seit	bei*)	Hd3.
Die obenerw. Polin aus Chmielnik Kreis Rzeszur Post Teschin Gen.gouv. ist am 10. Juni 1943 in das Reich zum Einsatz im Gaststätten u. Beherbergungsgewerbe in das Reich gekommen. Sie konnte wegen Schizophrenie nicht eingesetzt werden. Am 27.8.1943 erfolgte die Rückführung in das Krankenlager Grossachsenheim. Siehe Schriftwechsel. 1-35 Goller 26/8.43					

*) Hier ist die Berufseingruppierung anzugeben. Wird die AK 1 (2) einer anderen Karteistelle übersandt, so ist in der 2. Spalte die abgekürzte Bezeichnung dieser Karteistelle und in der 3. Spalte die abgekürzte Bezeichnung der abgebenden Karteistelle mit dem Handzeichen des Bearbeiters einzutragen.



Fernand De C. *1929

Die Diagnose „Schizophrenie“ führte (wie im Fall von Anna O.) zur Deportation ins KZ und somit in den Tod (STAHD).

als Andenken an die 665 Verstorbenen, die nach dem Krieg dort aufgefunden wurden. Das „Krankenlager“ hatte keinerlei medizinische Einrichtungen, lediglich zwei Mithäftlinge – Ärzte – versuchten ohne ärztliche Mittel ihren Kameraden zu helfen.⁸⁹³ Während des Kriegs wurden zehn andere kranke Fremdarbeiter – darunter drei psychisch Kranke – aus Heidelberg in das Krankenlager Großsachsenheim deportiert.⁸⁹⁴ Unter diesen zehn befinden sich zwei Personen, für die eine Bemerkung wie „Rückkehr“ oder „in die Heimat entlassen worden“ mit dem Todesdatum übereinstimmt.⁸⁹⁵ Ein Fremdarbeiter, Konstantin K.,⁸⁹⁶ überlebte und arbeitete weiter in Heidelberg. Fünf dieser zehn Deportierten starben in Großsachsenheim: Maria T. wurde am 27. Dezember 1943 nach Großsachsenheim deportiert und starb am 18. März 1944 an Tuberkulose;⁸⁹⁷ Filip S. wurde am 3. März 1944 deportiert und ist am 17. Juni 1944 an Tuberkulose verstorben;⁸⁹⁸ Danilo K. verstarb am 11. September 1943 an Tuberkulose;⁸⁹⁹ Stanislaw L. wurde am 28. Mai 1943 zuerst in das Dulag Bietigheim deportiert und starb am 21. August 1943 in Großsachsenheim an Tuberkulose;⁹⁰⁰ Erena D. wurde ebenfalls am 18. April 1944 nach Bietigheim deportiert und starb am 10. September 1944 in Großsachsenheim.⁹⁰¹ Bei drei von zehn deportierten Fremdarbeitern lässt sich das weitere Verbleiben nicht mehr rekonstruieren. Bei dem russischen Fremdarbeiter Alexei P., der bei der Firma Fuchs Waggonfabrik beschäftigt war, wurde von dem Betriebsarzt eine Geisteskrankheit festgestellt. Dieser überwies ihn in die Psychiatrische Klinik Heidelberg, die ihn nach Wiesloch schickte.⁹⁰² Dort wurde eine

893 Ein polnischer Arzt – Josef Buza – und ein Arzt mit jüdischer Abstammung – Adolf Levi –, der während einem Fliegerangriff im Dezember 1944 starb (Albrecht (2001)).

894 Siehe Datenbank, IB-Nr. 3.159, 4.713, 5.876, 6.682, 8.578, 8.842, 9.756, 11.546, 15.158, 35.884.

895 Es kam auch vor, dass in die Heimat entlassene Geistigkranke dort ermordet wurden. Die Anstalten der okkupierten polnischen oder russischen Länder hatten auch den Befehl, unheilbare Kranke umzubringen (fußend auf einem Erlass Hitlers von Aug. 1941 bezüglich der Anstalten, die sich auf dem Territorium des Alten Reichs befanden). Entweder wurden die Kranken in ein KZ überwiesen (in Polen), erschossen (wie 1942 in Riga) oder durch eine Überdosis umgebracht (wie 1941 in Kursk). S. dazu Thom/Trenckmann (1980), S. 190f.

896 Konstantin W. wurde nach Großsachsenheim deportiert, weil er schwach und auf einem Auge blind war. Er überlebte und arbeitete bei der Firma Hebborn vom Sept. 1943 bis zum Ende des Kriegs (Datenbank, IB-Nr. 11.546).

897 Datenbank, IB-Nr. 4.713.

898 Datenbank, IB-Nr. 35.884.

899 Datenbank, IB-Nr. 8.578.

900 Datenbank, IB-Nr. 8.842.

901 Datenbank, IB-Nr. 6.682.

902 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 39, Mappe 76, Dok. 89.

Schizophrenie diagnostiziert⁹⁰³ und der Fremdarbeiter am 13. Dezember 1943 in das Lager Großsachsenheim deportiert.⁹⁰⁴ Sein weiteres Schicksal ist unbekannt, aber zu erraten. Elena B. wurde ebenfalls von der Anstalt Wiesloch nach Großsachsenheim deportiert (5. November 1943). Der Lagerarzt diagnostizierte dort eine Schizophrenie, woraufhin die Fremdarbeiterin im Juni 1944 nach Nagold transferiert wurde.⁹⁰⁵ Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Janina K. wurde am 25. März 1944 vom Heidelberger Gefängnis in die Anstalt Wiesloch überstellt.⁹⁰⁶ Es wurde mehrmals versucht, sie nach Bietigheim oder nach Großsachsenheim einweisen zu lassen. Dies scheiterte, weil beide Lager zu diesem Zeitpunkt angeblich voll belegt waren. Eine Rückkehr nach Polen wurde nicht in Betracht gezogen und die 23-Jährige wurde in die Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren deportiert. In dieser sogenannten „Sammelanstalt“ wurden arbeitsunfähige geisteskrankte Ostarbeiter und Polen umgebracht, entweder in Kaufbeuren selbst oder in Lublin. Im Jahr 1944 starben in diesen zwei Anstalten 30% der dorthin 174 deportierten Ostarbeiter.⁹⁰⁷ Auch wenn das weitere Schicksal Janina K.s unbekannt bleibt: mit Blick auf die aufgezeigten Lebenswege ihrer Schicksalsgenossen dürften ihre Überlebenschancen nicht sehr groß gewesen sein.

Festzuhalten bleibt, dass die Mehrheit dieser psychisch kranken Fremdarbeiter zuerst in der Neurologischen und Psychiatrischen Klinik untersucht und anschließend nach Wiesloch überwiesen wurden.

5.4.2 Zwangsabtreibungen

Nach dem 26. Mai 1935⁹⁰⁸ durften deutsche Frauen aus medizinischen Gründen abtreiben, wenn sie die Zustimmung der zuständigen Gutachterstelle erhielten – ansonsten blieb die Abtreibung illegal und die Ärzte mussten auch bei Fehlgeburten ermitteln. Die Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation von Juden, Sinti und Roma oder Fremdarbeitern wurde erst im Rahmen des Generalplans Ost 1940 eingeführt.⁹⁰⁹ Die Reichsgesundheitsämter instruierte am 19. September 1940 ein Geheimerlass, der die Zwangsabtreibung in bestimmten rassischen oder ethnischen Fällen erlaubte.⁹¹⁰ Bis 1943 durften schwangere Ostarbeiterinnen in



Roger D. *1906

903 Ebd.: Dok. 90.

904 Ebd.: Dok. 86.

905 Datenbank, IB-Nr. 5.876.

906 Datenbank, IB-Nr. 1.907.

907 Peschke (2005), S. 30f.

908 Garn (1984), S. 37–40, hier S. 37.

909 Schwarze (1997), S. 145.

910 Ebd., S. 144ff.

die Heimat entlassen werden.⁹¹¹ Nach den im Jahr 1943 geltenden Erlassen war es Fremdarbeiterinnen erlaubt, ihre Schwangerschaft zu unterbrechen, falls sie das wollten – die Frage, inwiefern ein denkbarer Kinderwunsch dieser Frauen respektiert wurde, bleibt leider unbeantwortet. Im Münsteraner Land sollen dadurch ca. 20 bis 30% der Schwangerschaften abgetrieben worden seien.⁹¹² In der Praxis mussten schwangere Ostarbeiterinnen einen Abtreibungsantrag bei der Gutachterstelle für Schwangerschaftsunterbrechung stellen. Diesem Antrag wurde ein Gutachten des Lagerarzts beigelegt, in dem der Gesundheitszustand der Mutter, das Schwangerschaftsstadium und, falls bekannt, der Name des Vaters vermerkt waren. Letzteres war vor allem wichtig, falls der Kindsvater ein Deutscher war oder die Eltern für eine „Eindeutschung“ in Frage kamen.⁹¹³

Die Quellen für solche Praktiken – die Einzelfallakten oder die Datenbank – enthalten selten Hinweise auf eine gewollte oder erzwungene Abtreibung. Die schwangeren Frauen mussten beim Gesundheitsamt Papiere unterschreiben, die eine Schwangerschaftsunterbrechung erlaubten. Häufig verstanden sie nicht, was sie gerade unterschrieben hatten – schließlich sprachen nur wenige von ihnen Deutsch und noch weniger konnten diese Sprache lesen,⁹¹⁴ wie etwa die Angaben „auf eigenen Wunsch“⁹¹⁵ oder „Einverständniserklärung“.⁹¹⁶ Deshalb erscheint es gelegentlich fragwürdig, ob sich die Schwangere wirklich eine Abtreibung wünschte. In diesen Fällen handelte es sich stets um polnische, ukrainische oder russische Fremdarbeiterinnen.⁹¹⁷

Es ist mitunter dennoch in der Quelle offensichtlich, dass die Fremdarbeiterin aus eigenem Wunsch abtrieb. Im Oktober 1941 kam in der Frauenklinik eine junge Polin an, die im siebten Monat eine Fehlgeburt erlitten hatte. Die Ärzte der Frauenklinik vermuteten, dass es sich dabei um eine Schwangerschaftsunterbre-

911 Schwangere Ostarbeiterinnen nach dem sechsten Schwangerschaftsmonat wurden in ihre Heimat zurückgeführt, um zusätzliche Kosten sowie das Zusammentreffen von Ostarbeiterinnen und Deutschen in Krankenhäusern zu vermeiden. Die Zahl der Schwangerschaften erhöhte sich drastisch nach dieser Massnahme. Nach den Runderlässen vom 15. Dez. 1942 und 20. März 1943 durften sie nicht mehr heimkehren (Schwarze (1997), S. 143f. und 150).

912 Ebd.: Nach dem Erlass von Conti vom 11. März 1943 durfte man abtreiben, ohne jegliche gerichtliche Klage befürchten zu müssen.

913 Garn (1984); Hauch (2001), S. 422ff.

914 Bock (1986), insb. S. 451.

915 Wie es bei der russischen Fremdarbeiterin Eva S. eingetragen ist (Datenbank, IB-Nr. 4.552).

916 Wie es bei der polnischen Fremdarbeiterin Bozena S. vermerkt ist (Datenbank, IB-Nr. 4.362).

917 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 6, Mappe 19, Dok. 120.

chung handelte, da sie „bereits einmal wegen zugegebenem Abtreibungsversuch in die Klinik“ gekommen war.⁹¹⁸

Manche Ostarbeiterinnen wurden Opfer einer Vergewaltigung und versuchten auch deshalb abzutreiben. Ob dies im folgenden Fall zutrifft, ist nicht definitiv zu klären. Bei einer 22-jährigen Polin, die als Landarbeiterin in Heidelberg beschäftigt war,⁹¹⁹ ist es jedoch zumindest offensichtlich, dass die Abtreibung erzwungen wurde. Ihre Schwangerschaft wurde am 8. November 1944 in der Universitätsfrauenklinik⁹²⁰ unterbrochen; die Polin wurde dort stationär weiter behandelt bis zum 23. November 1944. Einem Schreiben der Klinik an das Arbeitsamt Heidelberg ist zu entnehmen, dass die durchgeführten Schwangerschaftsunterbrechungen „bei den ausländischen Arbeiterinnen (...) von der Klinik, ohne dass wir uns überhaupt dafür zuständig fühlen, auf Forderung des Gauärztführers an der hiesigen Stelle ausgeführt“ wurden.⁹²¹ Die Missbilligung solcher Eingriffe ist kaum zu übersehen; trotzdem bleiben die offiziell genannten Gründe dafür auf einer sachlichen und nicht moralischen Ebene. Die Unterbrechung hätte bei einer „weiter fortgeschrittenen“ Schwangerschaft stattgefunden, was einen „zweizeitigen“ Eingriff notwendig gemacht hätte. Der Mangel an medizinischem Fachpersonal und die dadurch entstandene Überlastung der Ärzte würden dazu führen, dass solche Eingriffe „sich den operativen Möglichkeiten der Klinik“ unterordneten.⁹²² Dennoch kann die ausgeübte Kritik an dem Gauärztführer wie ein Gesamt-Vorwurf der Zwangsabtreibungspolitik klingen.

Bei der jungen russischen Fremdarbeiterin der Schnellpressenfabrik Rosa B. wurde ebenfalls eine Schwangerschaftsunterbrechung vollgezogen. Laut dem Feststellungsbogen war sie verheiratet und ohne Kinder,⁹²³ als sie nach Deutschland kam.⁹²⁴ Sie wurde vom 19. bis 23. Oktober 1944 im Diakonissen-Krankenhaus



Wilhelm Stefan D.

*1924

918 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 34, Dok. 12.

919 Ebd., Karton 21, Mappe 81, Dok. 86.

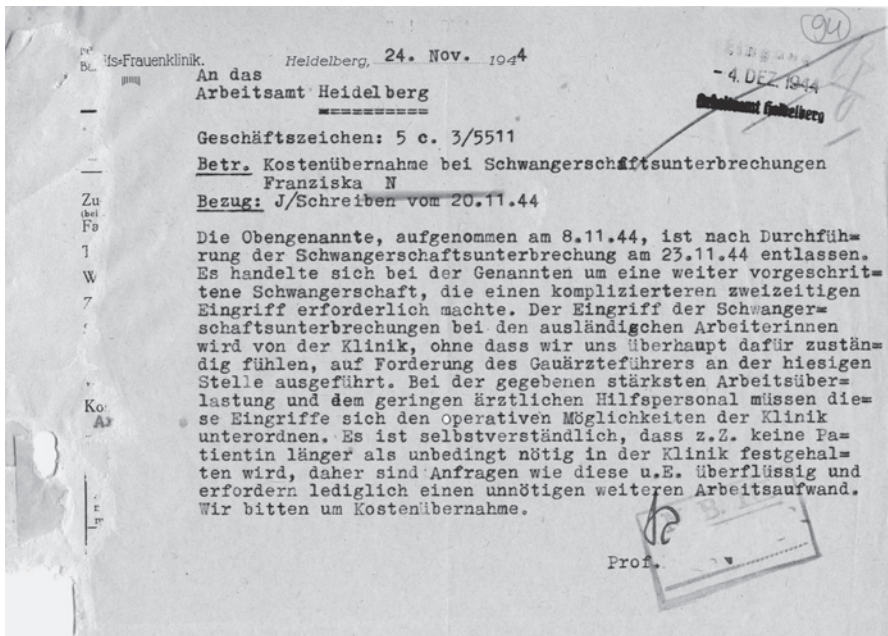
920 Die Universitätsklinik Heidelberg ist leider bekannt für ihre Umsetzung dieses Programms. Unter ihrem Leiter Hans Runge (1934–45) fanden nach dem Gesetz vom 14. Juli 1933 viele Zwangsabtreibungen statt. Es wurden sogar elf Dissertationen über das Thema geschrieben! Zwischen 1934 und 1935 sind 285 Eingriffe nachweisbar. Zwangssterilisierungen fanden dort ebenfalls statt; 650 Eingriffe wurden gezählt. Beweise für Zwangssterilisierungen von Fremdarbeiterinnen wurden jedoch in Heidelberg nicht gefunden (Eckart (2006), S. 845–78).

921 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 81, Dok. 94.

922 Ebd.

923 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 7, Mappe 20, Dok. 71.

924 Später wird sie als „geschieden“ eingetragen (ebd.: Dok. 72, 73).



Bitte der Universitäts-Frauenklinik um Kostenübernahme des Arbeitsamts für eine bei einer polnischen Fremdarbeiterin durchgeführte Zwangsabtreibung im Jahr 1944 (STAHD).

stationär aufgenommen, wo die Abtreibung vorgenommen wurde.⁹²⁵ Die AOK weigerte sich, die entstandene Kosten – 10 RM für die Operation und 16,80 RM Verpflegungskosten⁹²⁶ – zu tragen, weil „diese Unterbrechung nicht wegen Krankheit, sondern aus dem Grunde einer für derartige Ausländer bestehenden politischen Maßnahme erfolgte.“⁹²⁷ Die Frauenklinik tritt bei derartigen Eingriffen merkwürdigerweise wenig hervor, obschon sie bei Abtreibungen im Fall deutscher Frauen eine wichtige Rolle spielte. Dagegen scheint das Diakonissen-Krankenhaus eine wichtige Rolle bei den an Ostarbeiterinnen vorgenommenen Abtreibungen gespielt zu haben. In einem Schreiben des Diakonissen-Krankenhauses an die AOK vom 7. Dezember 1944 verlangte das Krankenhaus die Bezahlung der Operations- und Verpflegungskosten für drei Ostarbeiterinnen, die dort abgetrieben hatten.⁹²⁸ Die Auswertung der Datenbank ergab, dass alle

925 Ebd.: Dok. 61.

926 Ebd.: Dok. 64.

927 Ebd.: Dok. 62, 65.

928 Eine davon war Rosa B., die zwei anderen Maria T. (geb. 1923) und Natalie W. (geb. 1924; STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 7, Mappe 20, Dok. 79).

eingetragenen Abtreibungen im Diakonissen-Krankenhaus stattfanden. In den Fällen von Nadja B.,⁹²⁹ Janina K.,⁹³⁰ Eva S.,⁹³¹ Valentina S.⁹³² und Katarina S.⁹³³ wurde als Unterbrechungsbegründung entweder „politische Maßnahme“ oder eine „Schwangerschaftsunterbrechung auf Veranlassung der Gutachterstelle der Reichsärztekammer, Diakonissenkrankenhaus“⁹³⁴ eingetragen.

Die medizinische Versorgung der Fremdarbeiter war Ausdruck sowie Ergebnis eines starken Organisationsgrads des Gesundheitswesens und wurde vor allem im Blick auf die Schonung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskräfte durchgeführt. Typische Krankheiten der Fremdarbeiter, wie z.B. die Tuberkulose oder die Schmutzkrankheiten spiegeln ihre harten Arbeits- und Lebensbedingungen wider. Von medizinischen Verbrechen, die in Heidelberg während des Kriegs stattfanden, wurden v.a. die von der Zwangsabtreibung betroffenen Ostarbeiterinnen nicht verschont.



Adrien-Louis D. *1911

929 Datenbank, IB-Nr. 5.706.

930 Datenbank, IB-Nr. 1.752.

931 Datenbank, IB-Nr. 4.552.

932 Datenbank, IB-Nr. 4.127.

933 Datenbank, IB-Nr. 11.794.

934 Datenbank, IB-Nr. 4.127: „Schwangerschaftsunterbrechung auf Veranlassung der Gutachterstelle d. Reichsärztekammer, Diakonissenkrankenhaus“.

6 Alltag, Kultur und Religion

6.1 Das Leben im Lager

Das Lager war zwar nicht die einzige Form der Unterbringung der Fremdarbeiter, aber die häufigste und die am besten dokumentierte. Die dürftige Quellenlage hinsichtlich anderer Wohnformen führt dazu, sich hier auf das Lagerleben zu beschränken.

6.1.1 Die Organisation des Alltags

6.1.1.1 Probleme des Lagerlebens

Ein Zusammenleben von so vielen Menschen war nur unter Anwendung strenger Vorschriften möglich. Da aus Sicht der Deutschen noch zusätzlich die Gefahr bestand, dass Bewohner eines Lagers flohen oder gegen ihre Lebensbedingungen protestierten, erfuhren manche Begriffe wie „Disziplin“ und „Ordnung“ besondere Bedeutung. Der Alltag wurde durch eine Lagerordnung bestimmt, die jedes Detail des Lebens im Lager festen Regeln unterwarf: „Das Zusammenwohnen vieler Menschen in einem Lager macht eine strenge Disziplin notwendig. Darum ist für Dich erste Pflicht die Beachtung folgender“ Regelungen.⁹³⁵

Das erste Problem, das die Deutschen regeln mussten, war die Sprache, in der die Lagerordnung geschrieben wurde. Eine den Lagerinsassen unverständliche Lagerordnung konnte nur mit Mühe durchgesetzt werden. Die Lagerordnungen der Heidelberger Ostarbeiterlager wurden in jedem Raum ausgehängt und waren dreisprachig: Deutsch, Russisch, Ukrainisch.⁹³⁶ Berücksichtigt man dagegen die Herkunft vieler Ostarbeiter, stellt sich die Frage, ob sie tatsächlich von allen verstanden werden konnten. Viele Ostarbeiter hatten nur den Begriff „Ostarbeiter“ gemein und sprachen weder die gleiche Sprache noch teilten sie gleiche

935 STAHD AA, 199p2: undatierte Lagerordnung, die den Akten des Jahres 1942 zugeordnet ist.

936 Ebd.: Anlage zu einer undatierten Lagerordnung, die Akten des Jahres 1942 zugeordnet ist.



Sitten. Primo Levi⁹³⁷ bekundete diese Kommunikationsschwierigkeiten, die viele Lagerinsassen hatten.⁹³⁸ Auch wenn die Situationen nicht genau vergleichbar waren, mussten die Heidelberger Fremdarbeiter im Alltag genügend Deutsch verstehen, um eine Arbeit ausführen zu können. Die sich aufgrund sprachlicher Hürden ergebenden Probleme waren zweifellos sehr vielfältig. Die Auswertung der Einzelfallakten ermöglicht eine Kalkulation des Anteils der Fremdarbeiter, die über Deutschkenntnisse verfügten. Es stellte sich dabei heraus, dass ca. 44% der Ausländer gar keine Deutschkenntnisse besaßen.⁹³⁹ Diese Proportionen variierten stark je Staatsangehörigkeit der Fremdarbeiter:

Fremdarbeiter aus:	Belgien	Frankreich	Niederlande	Italien	Polen	Russland
Deutschkenntnisse	61,5%	42,5%	96,9%	57,1%	90,3%	48,5%
ohne Kenntnisse	30,8%	55,0%	0,0%	42,8%	9,7%	50,0%
ohne Angabe	7,7%	2,5%	3,1%	0,1%	0,0%	1,5%

Abgesehen von den Niederländern war die Zahl der Polen, die Deutsch sprachen, sehr hoch. Das Alter der Fremdarbeiter spielte in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle. Die Polen, die keine Deutschkenntnisse hatten (9,7%), waren entweder sehr jung (ab dem Jahrgang 1927) oder älter (Personen, die vor 1905 geboren waren). Die Kenntnisse der – meistens freiwillig tätigen – Niederländer und in einem geringeren Maß der Italiener waren eher hoch. Das lag zum Teil an der kulturellen Nähe – für die Niederländer – und an dem freiwilligen Charakter des Arbeitsaufenthalts dieser Arbeitskräfte, die auch aufgrund ihrer Sprachkenntnisse nach Deutschland kamen. Bemerkenswert an den Belgiern ist, dass 61,5% von ihnen Deutsch konnten. In der Praxis waren die Belgier mit Deutschkenntnissen zu 75% flämischer Herkunft und diejenigen, die kein Deutsch sprachen, überwiegend Wallonen. Die Franzosen und die Russen arbeiteten überwiegend

937 „L'incommunicabilité' était radicale. Je me réfère en particulier aux déportés italiens, yougoslaves et grecs; dans une moindre mesure, aux Français, parmi lesquels beaucoup étaient d'origine polonaise ou allemande, et dont certains, les Alsaciens, comprenaient bien l'allemand, ainsi qu'à de nombreux Hongrois qui venaient de la campagne. Nous nous sommes aperçus immédiatement, dès les premiers contacts avec les hommes méprisants aux insignes noirs, que savoir l'allemand était une ligne de partage“ (Levi (1989), S. 89).

938 Ebd., S. 89–90.

939 Diese Statistiken basieren auf einer Auswertung der Arbeitsbücher und der so genannten „Feststellungsbogen zum Arbeitsbuch für Ausländer“, die innerhalb der Einzelfallakten überliefert sind.

zwangsweise in Deutschland, was sich vermutlich auch in ihren schlechten Sprachkenntnissen widerspiegelt.

Um diese Sprachprobleme zu überwinden und die Kommunikation zwischen Deutschen und Fremdarbeitern zu ermöglichen, wurde i. d. R. ein Sprecher ausgewählt. Die Person, die diese Rolle übernahm, wurde als Dolmetscher und Kontaktperson eingesetzt. Ihre Rolle wird einerseits in den Einzelfallakten aktenkundig sowie in den Zeugnissen der ehemaligen Zivildeportierten aus Raon l'Etape. Einige Männer, die bei der Firma Maßholder arbeiteten, traten einmal in einen Streik. In diesem Zeitzeugenbericht erwähnte Jacques Delvincourt die Rolle eines Notars, der für die Gruppe als Dolmetscher fungierte: „Aber der damalige Dolmetscher – das war der Notar von Raon, Herr Meyer – (...), der hat uns angewiesen: ‚Fangt schnell wieder an zu arbeiten, denn es wird einer von der Gestapo kommen!‘“⁹⁴⁰ Robert Fréard – Bremsenfabrik August Grau – hatte in der Schule etwas Deutsch gelernt und wurde aus diesem Grund trotz seines jungen Alters zum Sprecher seiner Gruppe gewählt. Die Einzelfallakten enthalten ebenfalls die Krankenakte des Jugendlichen Anatoli G., der wegen Unterernährung und Unterentwicklung stationär in das Krankenhaus aufgenommen wurde. Sein gesundheitlicher Zustand wurde noch durch eine schwere Operation beeinträchtigt, die eine anschließende Schonfrist dringend nahelegte, vor allem weil der Patient „zu Hause als arbeitendes Russenkind keine Schonungsmöglichkeiten hat und zur Verwendung als Dolmetscher auf der Abteilung“ arbeitete“.⁹⁴¹

Die Schutzpolizei bediente sich für diverse Dolmetscherdienste ebenfalls regelmäßig der Dienste einer am Akademischen Krankenhaus eingesetzten Ostarbeiterin (Sinaida A.):⁹⁴² „Heidelberg, den 2. Juni 1942. Sehr geehrte Schwester Oberin! Herzlichen Dank für die Überlassung der kleinen Dolmetscherin. Da ich aber die volle Angelegenheit nicht ganz erledigen konnte, da einige Russen nicht anwesend sein konnten in Folge der überhäufenden Feldarbeit, so bitte ich Sie, mir dieselbe nochmals am Freitag früh freizugeben und mir die Kleine nochmals zu schicken (...).“⁹⁴³ Die Rolle des Dolmetschers war vor allem in den Lagern für alle Beteiligten wichtig, weil die Lagerordnung sonst nicht hätte befolgt werden können.

Eine Lagerhierarchie war für die Einhaltung der Lagerordnung bedeutsam. Die Lagerinsassen mussten dieser Hierarchie Respekt zollen und Gehorsam leisten.⁹⁴⁴

940 Högner (2002), S. 114.

941 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 47, Dok. 130.

942 Ebd., Karton 1, Mappe 1, Dok. 50, 53, 56.

943 Ebd.: Dok. 56.

944 STAHD AA, 199p/2: undatierte Lagerordnung, die den Akten des Jahres 1942 zugeordnet ist.

Die wichtigen Personen in den Lagern waren vor allem der Lagerführer und die Wachleute. In den Kriegsgefangenenlagern handelte es sich immer um Wehrmachtsangehörige. In den Zivilarbeiterlagern beauftragte die beschäftigende Firma eine für das Lager zuständige Person. Der Lagerführer ernannte unter den Fremdarbeitern einen so genannten „Stubenordner“ – auch „Stubenältester“ genannt – pro Raum. In den großen Lagern wurde ein „Barackenordner“ benannt, der diese Aufgabe für mehrere Baracken übernahm. Zu den Aufgaben dieser Stuben- bzw. Barackenordner gehörte das Wecken und die Veranlassung des Zubettgehens der Fremdarbeiter, die Beachtung der Ruhe sowie die Einhaltung von Sauberkeit und Ordnung in den Räumen. Außerdem waren sie im Brandfall in ihrer Baracke oder im Waschraum für das Löschen des Feuers zuständig. Die Bewohner selbst waren für die Sauberkeit ihrer Räume verantwortlich sowie für die Heizung. Die „Stubenältesten“ mussten einmal pro Woche beim Lagerführer vorstellig werden, um ihm Mängel oder Wünsche mitzuteilen, denen im Rahmen des Möglichen entsprochen werden sollte. Von dieser Regelung waren die Ostarbeiter ausgenommen, die keinerlei Wünsche äußern durften.⁹⁴⁵

Die Rolle des Stubenältesten lässt sich anhand der Einzelfallakten kaum darstellen. Die DAF bzw. der Gauverbindungsmann der Franzosen im Gau Baden ernannte im Jahr 1943 einen Franzosen zum Verbindungsmann für das Fremdarbeiterlager der Heidelberger Straßen- und Bergbahn und des Fuhrparks (Bergheimer Straße 4). Dieser Franzose sollte den Personalvertreter ersetzen, der für die Franzosen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn zuständig war. Er sollte die Beschwerden oder Wünsche seiner Kameraden anhören und sie der Betriebsleitung weiterleiten.⁹⁴⁶ Gleichzeitig war er für die Sauberkeit und Ordnung des Lagers zuständig, musste jede Woche eine Person bestimmen, die den Stubendienst übernehmen musste. Der Stubendienst bestand aus Saubermachen und Lüften sowie darin, den Ofen und das Licht anzumachen. Als Gegenleistung für diesen Dienst musste der für den Stubendienst zuständige Fremdarbeiter erst um 9:00 Uhr mit seiner eigentlichen Arbeit beginnen. Die Arbeitszeit bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn betrug damals zehn Stunden. Bei den anderen Firmen begann die Arbeit normalerweise um 7:00 oder 7:30 Uhr; sie endete gegen 18:00 bis 18:30 Uhr. Falls bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn die übliche Handhabung vorausgesetzt werden darf, hatte der Stubendiensthabende ca. eineinhalb Stunden Zeit, um die Lagerräume



945 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 42, Mappe 128, Dok. 106: Schreiben vom 5. Juli 1943.

946 Ebd.: Schreiben der DAF an die Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG vom 2. Nov. 1943.

zu säubern.⁹⁴⁷ Das Lager der Heidelberger Straßen- und Bergbahn hatte selbstverständlich eine Lagerordnung, die in den Akten des Stadtarchivs auf Deutsch wiederzufinden ist; ob es auch eine französische Version gab, ist unbekannt. Im Fall einer Lagerinspektion mussten alle Lagerinsassen aufstehen und antreten, es sei denn die Schlafenszeit war schon angebrochen. Fälle von Disziplinlosigkeit und/oder Lagerordnungsverletzung wurden streng bestraft; Wiederholungsfälle noch strenger. Welche Strafe angewendet wurde, wird nicht weiter erörtert; vermutlich hing das vom Lagerführer ab. Die Stubenordner bzw. Barackenordner hatten jede Verletzung der Lagerordnung bei dem Lagerführer zu melden. Falls sich der Schuldige nicht zu den ihm zur Last gelegten Verfehlungen bekannte, wurden alle Barackenbewohner kollektiv bestraft: „Es besteht nicht die Absicht, möglichst viele Strafen auszusprechen. Darum Sorge jeder selbst für ein anständiges Verhalten seiner Person und seines Nachbarn. Dann wird von den Strafmöglichkeiten nur wenig Gebrauch gemacht werden und sich jeder einer anständigen Behandlung erfreuen.“⁹⁴⁸

Abgesehen von der Beachtung von Ordnung und Sauberkeit war es den Arbeitgebern wichtig, dass ihre Fremdarbeiter nicht flohen. Die Wache sollte potentielle Fluchtkandidaten möglichst davon abhalten. Die Anwesenheitskontrolle erfolgte durch bzw. beim täglichen Appell. Die Durchführung dieses Appells oblag dem Lagerführer; wie das Szenario im Einzelfall aussah, ist spärlich überliefert. Aus einem Dokument vom 20. November 1944 können wir auf Ablauf und Ziele des Appells schließen. In diesem Fall war die Durchführung des Appells dadurch besonders erschwert, dass es sich um bei ihrem Arbeitgeber untergebrachte Landarbeiter handelte, die nicht in einem gemeinsamen Lager wohnten. Alle Fremdarbeiter, einschließlich Ostarbeiter und Ukrainer mit einem „grünen Lichtbildausweis“, nicht jedoch die Polen, mussten an dem Appell teilnehmen. Er sollte vor allem in den Monaten stattfinden, in denen weniger Arbeit anstand. Erklärtes Hauptziel des Appells war, die Fremdarbeiter daran zu erinnern, dass sie bewacht wurden: „Diese [Appelle] haben den Zweck, eine größere Anzahl dieser Arbeitskräfte gleicher Staats- bzw. Volkszugehörigkeit zusammenzurufen und die während der übrigen Zeit des Jahres nicht ausreichend durchgeführte Betreuung bei dieser Gelegenheit.“⁹⁴⁹

Der Appell wurde in der Landwirtschaft von der Kreisbauernschaft organisiert. In den Firmen musste der Betriebsführer während des Appells anwesend

947 Ebd.: Dok. 119.

948 Ebd.

949 STAHD AA, 199d/12: Schreiben vom 20. Nov. 1944 („Betr. Ausländerbetreuung; hier Ausländerappelle in der Kreisbauernschaft“).



Garasim G. *1924

sein. Bei der Reichsbahn sollten die durch das Ankommen und Weggehen von Fremdarbeitern verursachten Störungen so gering wie möglich gehalten werden. Während des Appells wurden auch die „Ost“-Abzeichen vergeben. Dauer und Häufigkeit der Appelle waren ebenfalls streng geregelt: Fünf Appelle von einer Dauer von bis zu zwei bis drei Stunden waren vorgesehen und sollten in Heidelberg-Kirchheim stattfinden.⁹⁵⁰ Details derartiger Appelle sind dem Zeitzeugenbericht Louis Chapeliers über die Anwesenheitskontrollen zu entnehmen: „Die Deutschen hatten eine schreckliche Gewohnheit, das war das Appellstehen. Ich will damit sagen: Morgens, wenn man in die Fabrik kam, gab es einen Appell, immer, das heißt, man war kontrolliert, es gab da einen Verantwortlichen. (...) Man kam herein, man stempelte, es gab eine Stechuhr, man musste stempeln, man war unter Kontrolle. Wenn man nicht gestempelt hatte, dann gab es Nachfragen.“⁹⁵¹

Das tägliche Leben im Lager erfuhr durch die mannigfachen Sprachunterschiede, die Hierarchie und die Rituale des Saubermachens und des Appells einen besonderen Charakter. Dazu kamen die bereits erwähnte Überbelegung und der permanente Hunger. Diese zwei Faktoren trugen den Keim in sich für die Entstehung von brutalen Übergriffen und mitunter sogar kriminellen Handlungen.

6.1.1.2 *Kriminalität*

Die Kriminalität in den Ausländerlagern wurde durch die nach 1942 zunehmende Korruption des deutschen Personals begünstigt.⁹⁵² Es befand sich gegenüber den Fremdarbeitern in einer starken Position und nutzte diese aus. Die Lagerinsassen wurden häufig Opfer dieser Korruption, während eine Minderheit die Gelegenheit nutzte, um die Regeln zu brechen. So entwickelte sich eine Kriminalität, die vor allem Prostitution und den Schwarzmarkt entstehen ließ.⁹⁵³ Diebstähle waren häufig und wurden meistens an Besitztümern von Deutschen verübt, mitunter auch an den Habseligkeiten anderer Fremdarbeiter. Zwischen Mai 1943 und März 1944 wurden bei der Gendarmerie Heidelberg 27 Diebstahlfälle gemeldet; ein Fall darunter wurde gemeinschaftlich von vier Russen begangen.⁹⁵⁴

950 Ebd.

951 Erinnerung von Louis Chapelier (IGMH – s. <http://www.zwangsarbeit.igmh.de/Zwangsarbeit%20Rhein-Neckar-Raum/ortederzwangsarbeit/eppelheim/index.html> (25. Juli 2012)).

952 Herbst (1999), S. 254.

953 Ebd.; zur Entwicklung des Schwarzmarkts s. Bühner (1988), S. 722.

954 GLA Abt. 330: Zug. 1991/34: Nr. 284 und ebd.: Nr. 267.

Im gleichen Zeitraum wurden Raubdelikte vor allem von Polen (elf Fälle), von Franzosen und Russen (jeweils sechs Fälle) begangen. Ebenfalls für schuldig befunden wurden drei Niederländer, einer darunter kam aus den indischen Kolonien, ein Italiener, ein Kroat und ein Ukrainer. In nur vier Fällen wurden andere Fremdarbeiter, ansonsten ausnahmslos Deutsche bestohlen. Die dabei entstandenen Schäden lagen im Einzelfall zwischen 2 und 1.000 RM! Häufig wurde der Wert der gestohlenen Sachen nur geschätzt. Allein in zwei Fällen wurde eindeutig Bargeld gestohlen. Eine Polin stahl einem Deutschen 60 RM; das „Geld wurde bei [der] Polin gefunden, [und] wurde [dem] Bestohlenen ausgehändigt.“⁹⁵⁵ Ein polnischer Fremdarbeiter stahl einem Kameraden eine ungenannte Geldsumme; der „Geldbetrag wurde wieder zurückgegeben.“⁹⁵⁶ Die gestohlenen Gegenstände sind so gut wie nie namentlich erwähnt. In einem Fall erfahren wir, dass ein Pole „seinem Arbeitgeber Ölfrucht (Raps) gestohlen [hatte], um das Öl zu verkaufen.“⁹⁵⁷ Aus den Einzelfallakten gehen ebenfalls zwei Fälle von Diebstahl hervor. Eine Polin namens Maria K. war bei einem Gasthof beschäftigt und wurde angezeigt, dort Schmuck gestohlen zu haben, insbesondere goldene Eheringe. Nach dem Vorfall wurde sie entlassen. Weitere Strafen sind in Heidelberg nicht aktenkundig.⁹⁵⁸ In den Akten der Gendarmerie Heidelberg wurden im Monat Februar 1944 zwei weitere Diebstähle verzeichnet, die von Polen ausgeführt wurden. Der erstere könnte mit diesem Fall übereinstimmen. Der Arbeitgeber wurde bestohlen. Der Wert der Sachen war zur Zeit der Protokollaufnahme noch nicht festgestellt worden; die Tatzeit wird dort nicht angegeben. Dagegen ist vermerkt, dass am 29. Januar 1944 Anzeige bei der Gestapo erstattet worden war. So steht mit Sicherheit fest, dass die Tat im Januar stattfand. Außerdem wurde in dem Schreiben vermerkt: „Beide Polen wurden in das Bez. Gef. Heidelberg eingeliefert.“⁹⁵⁹ Der zweite Fall, der sich in den vom Heidelberger Stadtarchiv überlieferten Unterlagen fand, betrifft eine niederländische Haushaltshelferin. Maria G. wurde beschuldigt, kurz nach Arbeitsbeginn Kleider aus dem Haushalt schaffen zu wollen: „Schon nach kurzer Tätigkeit dieser Person vermisste die Frau zwei seidene Kleider und zwei Strümpfe. Sie wurden

955 Ebd.: Nr. 284: Schreiben der Gendarmerie-Abt. Heidelberg vom 1. Okt. 1943.

956 Ebd.: Schreiben des Landeskommisars Mannheim in Leimen an die Gendarmerie-Abt. in Wiesloch vom 31. Okt. 1943 (Bezug: Anordnung der Kripostelle Karlsruhe von 25. Mai 1943, Nr. KD Nr. 331/43).

957 Ebd.: Schreiben der Gendarmerie-Abt. Heidelberg vom 1. Okt. 1943.

958 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 14, Mappe 59, Dok. 59.

959 GLA Abt. 330: Zug. 1991/34, Nr. 267: Schreiben der Gendarmerie Heidelberg an die Kripo Heidelberg vom 1. Febr. 1944.

fertig verpackt in einer Kakaodose wieder gefunden, die die ungetreue Maria offenbar auf diese Weise bequem aus dem Haus schaffen wollte.“⁹⁶⁰

Diese Diebstähle und andere – insbesondere von Rapsöl – sind eindeutige Anzeichen für eine Teilnahme der Fremdarbeiter am Heidelberger Schwarzmarkt. Die vier Paar Lederschuhe, die in den Spinden mancher Ukrainer im Lager Güterbahnhof gefunden wurden, sprechen jedenfalls dafür.⁹⁶¹ Diebstahl und andere kriminelle Delikte von Fremdarbeitern wurden grundsätzlich immer bestraft. Das RSHA forderte in seinem Schreiben vom 30. Juni 1943, dass „die Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern grundsätzlich durch die Polizei bekämpft wird und dass ein gerichtliches Strafverfahren nur dann stattfindet, wenn die Polizei die Durchführung eines derartigen Strafverfahrens wünscht.“⁹⁶²

Grundsätzlich wurden alle Straftaten der Gestapo gemeldet, die von Polen, sowjetischen Ostarbeitern und Ostarbeitern („Ostvölker“⁹⁶³) verübt waren. Die Verbrechen der Westarbeiter, Niederländer und Fremdarbeiter aus Nordeuropa sowie der Italiener – die zu diesem Zeitpunkt noch als befreundet galten – wurden teilweise von der Gestapo bearbeitet und fielen z. T. in die Zuständigkeit der Kriminalpolizei. Die Gestapo war für Delikte, die in Verbindung mit dem Arbeitseinsatz, „Sabotagehandlungen, reichsfeindliche[n] Bestrebungen“ standen, zuständig, während die Kriminalpolizei die Ermittlungen in Fällen von „kriminellen Delikte[n], einschließlich Verbrechen und Kapitalverbrechen“ einleitete.⁹⁶⁴

6.1.2 Die Gestaltung der Freizeit

6.1.2.1 *Information und Kommunikation*

Nach dem Grenzübertritt waren die Fremdarbeiter mit einem Mal von ihrer Familie und ihrer Heimat ganz abgeschnitten. Die Möglichkeit, Briefe oder

960 Datenbank, NB-Nr. 6.731.

961 Die Fremdarbeiter bekamen ausnahmslos Holzschuhe und konnten sich nur auf dem Schwarzmarkt Lederschuhe besorgen. Auf der anderen Seite dürften die vier Paar Schuhe eher als zukünftiges Tauschobjekt gedacht gewesen und nicht von den Ukrainern selbst aufgetragen worden sein (STAHD AA, 199d/12: nicht unterschriebener Vermerk vom 2. Aug. 1942).

962 GLA 330: Zugang 1991/34, Nr. 394: Schreiben des RSHA vom 30. Juni 1943 (Betr.: „Verfolgung der Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern“).

963 Fremdarbeiter aus „Estland, Lettland, Litauen sowie Arbeitskräfte nicht polnischen Volkstums wie Ukrainer, Weißruthenen, Weißrussen, Kaschuben, Masuren, Slowaken“ (GLA 330: Zugang 1991/34, Nr. 394: Dok. „Zuständigkeit“).

964 Ebd.



Gilbert B. *1924

Postkarten von den Verwandten zu erhalten und selbst zu antworten, gehörte zu den erlaubten „Ablenkungen“, die den Fremdarbeitern zugestanden wurden. Aus der Lagerordnung der Ostarbeiterlager von 1942 ist herauszulesen, dass die Fremdarbeiter in einem streng überwachten Rahmen auch Briefe schreiben durften. Es war ihnen erlaubt, maximal zwei Briefe im Monat und sogar Pakete zu schicken, die – für die Reichskommissariate Ostland und Ukraine – ein Gewicht von 250g nicht überschreiten durften. Der Briefverkehr mit sich in nicht-besetzten Territorien aufhaltenden Personen war nicht erlaubt. Die Schreiben wurden ausnahmslos von der Lagerführung zensiert. Die Lagerführung war ebenso für das Sammeln und Verschicken der Briefe zuständig. Die Fremdarbeiter wurden darum gebeten, die Briefmarken nicht selbst aufzukleben. Der Gedanke dahinter war vermutlich, dass nur Briefe, die ein positives Bild des Arbeitseinsatzes wiedergaben, verschickt werden sollten. Die Fremdarbeiter wurden auch durch die Lagerordnung gewarnt, dass sie keine „falschen“ Äußerungen machen durften: „Jeder Briefschreiber muss sich darüber klar sein, dass seine Mitteilungen der Wahrheit entsprechen müssen.“⁹⁶⁵

Die bereits durch die Firma zensierten Briefe wurden an die Auslandsbriefprüfstelle in Berlin verschickt. Dort wurden die Schreiben erneut kontrolliert. Nach dem 25. November 1942 wurde diese Maßnahme durch die örtlichen Postämter „am Schalter“⁹⁶⁶ durchgeführt. Bei der Fuchs Waggonfabrik sammelte der Betriebsführer höchstpersönlich die Briefe seiner Fremdarbeiter ein und brachte sie zum Postamt.⁹⁶⁷ Die Richtlinien für den Briefverkehr der Fremdarbeiter änderten sich während der Kriegszeit. Seit November 1942 durften die Ostarbeiter keine Briefe mehr in die Heimat schreiben, sondern nur noch Postkarten. Auf der Rückseite dieser Postkarten konnte eine Antwort geschrieben und verschickt werden. Diese neue Regelung diente sicherlich vor allem der Zensur, denn eine Postkarte war schneller zu kontrollieren als ein Brief. Analog zu den Briefen, durften monatlich auch nicht mehr als zwei Postkarten verschickt werden.⁹⁶⁸ Ein Fremdarbeiter beschäftigender Landwirt bekam Ende Januar 1943 ein Schreiben, in dem er unterrichtet wurde, dass eine seiner Ostarbeiterinnen vorschriftswidrig

965 STAHD AA, 199p/2: undatierte Lagerordnung, die den Akten des Jahres 1942 zugeordnet ist.

966 Ebd.: Schreiben der DAF Gauverwaltung Baden, Hauptabt. Arbeitseinsatz, Gaubeauftragter für Lagerbetreuung an alle Ostarbeiter-Lager vom 27. Nov. 1942.

967 „Da die gesamte Post der bei H. Fuchs A.G. beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte von dem Betriebsführer gesammelt bei der Reichspost aufgeliefert wird (...)“ (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 121, Dok. 15).

968 STAHD AA, 199p/2: Schreiben der DAF Gauverwaltung Baden, Hauptabt. Arbeitseinsatz, Gaubeauftragter für Lagerbetreuung an alle Ostarbeiter-Lager vom 27. Nov. 1942.

eine Feldpostkarte am Postschalter selbst abgegeben hatte: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass nach den jetzt geltenden Bestimmungen die obenerwähnte Ostarbeiterin an ihre Angehörigen in der Heimat 2 Mal im Monat schreiben darf. Hierzu sind nur Postkarten mit Rückantwort, die beim Postamt erhältlich sind, zu benutzen. Die Postkarten dürfen nicht, wie erwähnt, in den Briefkasten eingeworfen, sondern müssen von Ihnen am Postschalter abgegeben werden. Auf keinen Fall kann die Ostarbeiterin mit Angehörigen oder anderen Stellen in der Heimat unter Benutzung einer Feldpostnummer Briefwechsel aufnehmen.“⁹⁶⁹

Die Zensur, die den Briefverkehr regulierte, betraf ebenfalls andere Bereiche des Lageralltags. Es stand den Fremdarbeitern grundsätzlich frei, Radio zu hören oder Filme anzuschauen. Falls das Lager Lautsprecher besaß, durfte Musik gehört werden. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete erlaubte die Übertragung von einer ein- bis zweistündigen Informationssendung auf Russisch und Ukrainisch nachmittags sowie „gelegentliche Filmvorführungen für Ostarbeiter im Lager oder im Betrieb.“⁹⁷⁰ Dass das Anhören der Informationssendung höchstwahrscheinlich eher Theorie blieb, liegt auf der Hand, denn die Ostarbeiter hielten sich gewöhnlich nachmittags bei der Arbeit auf. Die Zustellung einer informativen Zeitschrift für Russen und Ukrainer war gleichwohl vorgesehen. Dieses Blatt wurde gemeinsam von der DAF, dem Reichspropagandaministerium sowie dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete herausgegeben und dürfte eher ein Beispiel der Propaganda denn eine wirklich informative Zeitung gewesen sein.⁹⁷¹ Interessant beim Thema Zeitschriften ist die Entwicklung der Lagerzeitungen. Diese Lagerzeitungen wurden von den Lagerinsassen selbst geschrieben und produziert. Dieses Phänomen hatte sich schon im Ersten Weltkrieg entwickelt. Die Erstellung einer solchen Zeitschrift bereitete viele materielle Probleme. Dazu gehörten z.B. die Beschaffung von Papier, fehlende Einfachdrucker, die schwierige Verbreitung sowie die Mühen, die die ständige Zensur⁹⁷² verursachte. Leider sind solche Lagerzeitungen in Heidelberg nicht überliefert. Schreiben war ohnehin für viele Fremdarbeiter ein beliebtes Mittel, um gleichzeitig der Langeweile des Lagerlebens zu entfliehen und das Erlebte zu verarbeiten. Auf diese Weise entstanden viele Tagebücher, deren Autoren trotz drohender Sanktionen weiterschrieben. Jean Vouaux schrieb während seiner



Iwan T. *1923

969 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 1, Mappe 4, Dok. 117, 118.

970 STAHD AA, 199p/2: undatierte Lagerordnung, die den Akten des Jahres 1942 zugeordnet ist.

971 Ebd.

972 Durand (1987), S. 187f.; s. v.a. Bellanger/Debouzy (1951).

Verschleppung und seiner Zeit als Zivildeportierter in Heidelberg ein Tagebuch, das er bis zu seiner Befreiung führte.

6.1.2.2 *Unterhaltung*

Der Alltag im Lager muss sehr langweilig gewesen sein. Deshalb bemühten sich manche Lagerführer, ihren ausländischen Insassen vorschriftenkonforme Unterhaltungsmöglichkeiten anzubieten. Musik, Tanz oder auch das Basteln gehörten zu den empfohlenen Freizeitbeschäftigungen. Professionelle Musiker wurden bei der Rekrutierung ermuntert, ihre Musikinstrumente mitzubringen. Die Lagerordnung verbot Glücksspiele, die Geld oder Wertsachen – wie z.B. Kleider – als Einsatz vorsahen.⁹⁷³ Abgesehen davon konnten die Fremdarbeiter ihre Kreativität frei entfalten. Yves Durand schätzte, dass es in den meisten französischen Gefangenekommandos ein kulturelles und intellektuelles Leben gab. Diese Kultur zeigte sich vielfältig, z.B. in Form von Theateraufführungen über Darbietungen von Chören bis hin zu verschiedensten Feiern und Ausstellungen. Der Stalag XVIII A hatte sogar eine „Universität“; das Kommando 1.550 des Stalags IX C eine Bibliothek.⁹⁷⁴ Bücher waren denn auch eine intellektuelle Zufluchtsmöglichkeit, die den französischen Kriegsgefangenen gewährt wurde.



Russische Fremdarbeiter musizieren bei der Fuchs Waggon-Fabrik. Solche Bilder entstanden zu Propagandazwecken und spiegeln keinesfalls die schwierigen Lebensumstände der Zwangsarbeiter wider (STAHD).

973 STAHD AA, 199p/2: undatierte Lagerordnung, die den Akten des Jahres 1942 zugeordnet ist.

974 Durand (1987), S. 182f.

Das OKW erlaubte ihnen, manche „unbedenklichen“ Bücher zu lesen, wie z.B. „Les aventures de Nonni“ – ein Bestseller der 1940er Jahre – und diverse religiöse Schriften.⁹⁷⁵ In Heidelberg wurden von der DAF Veranstaltungen für Fremdarbeiter organisiert. Die DAF NSG „Kraft durch Freude“ veranstaltete beispielsweise ein Varieté für Fremdarbeiter: „Am Montag, den 2. Februar 1942, nachm. 17.00 Uhr findet im Saal der ‚Harmonie‘ in Heidelberg, Theaterstrasse, für alle ausländischen Arbeitskräfte (jeder Nation außer Polen und Gefangenen) ein Varieté mit einem ‚Internationalen Schauprogramm‘ von 23 ausländischen Artisten statt. (...) Wir bitten die Betriebsführer und Betriebsmänner dafür Sorge zu tragen, dass die bei ihnen beschäftigten Ausländer, mit der oben genannten Ausnahme, an dieser Veranstaltung teilnehmen und sich pünktlich einfinden.“⁹⁷⁶

Die Veranstaltung war sowohl für Fremdarbeiter als auch für die Firmen kostenfrei. Den Ostarbeitern war gleichwohl vieles verboten, nämlich: „Der Besuch von Veranstaltungen kultureller, kirchlicher, unterhaltender und geselliger Art, die für deutsche oder andere ausländische Arbeiter vorgesehen sind, soweit diese Veranstaltungen nicht von der Deutschen Arbeitsfront bzw. dem Reichnährstand im Rahmen der Ausländerbetreuung durchgeführt werden.“⁹⁷⁷ Ebenso verboten war ihnen der Besuch von Gaststätten und das Verlassen des Lagers nach 20:00 bzw. 21:00 Uhr.⁹⁷⁸

Die Weihnachtszeit war für alle Fremdarbeiter, die nicht in die Heimat fahren durften, meist eine traurige Zeit. Viele organisierten sich, um dieses Fest trotz der Gefangenschaft oder unter den Umständen der Zwangsarbeit zu feiern. Und es gab bisweilen auch Sonderbestimmungen der Lagerleitung, wie z.B. für die Weihnachtszeit 1942: So erhielten die Deutschen, die in Gemeinschaftslagern arbeiteten, während dieser Zeit Essenszulagen von selten gewordenen Nahrungsmitteln – Zucker, Spirituosen, Kaffee usw. Falls sich in diesen Lagern auch Fremdarbeiter aufhielten, wurden diese zusätzlichen Rationen den Deutschen im Büro des Lagerführers gegeben. Es wurde ebenfalls eine Weihnachtsfeier organisiert, zu der den Fremdarbeitern der Zugang verweigert wurde. Sie durften (zumindest



975 EBA B2/35/83: Vermerk „Betrifft Kriegsgefangenen-Literatur“: Nonni I. Premières aventures; Nonni II En mer; Nonni à Copenhague, La ville au bord de la mer I; Nonni part en Suède, La ville au bord de la mer II; Nonni, Jours ensoleillés; Nonni, aventures à Skípalón; Nonni prisonnier, aventures dans les îles; Nonni s'évade, Aventures dans les îles.

976 UAH Rep 49/135: Schreiben der DAF NSG Kraft durch Freude vom 23. Jan. 1942 (Betr. „Kulturelle Betreuung der ausländischen Arbeiter“).

977 GLA 330: Zugang 1991/34, Nr. 394: Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1943, ausgegeben zu Karlsruhe, den 13. Juli 1943, Nr. 9, §2.

978 Ebd.: „(...) in den Monaten April bis September zwischen 21 und 5 Uhr, in den Monaten Oktober bis März zwischen 20 und 6 Uhr“.

theoretisch) aber für den eigenen Bedarf backen und bekamen dafür Mehl und Zucker. Ein bunter Teller war sogar erlaubt. Während dieser Zeit wurden die Lagerführer ermuntert, den Fremdarbeitern die Zubereitung ihrer jeweiligen Nationalgerichte zu ermöglichen: „Besonders ist auf die Zubereitung russischer oder ukrainischer Nationalgerichte Wert zu legen. (Rezepte folgen).“⁹⁷⁹

Die Lagerräume und Stuben sollten nach Möglichkeit mittels Dekorationen Weihnachtsstimmung vermitteln. Ein „festliches Programm“ war ebenfalls vorgesehen mit dem gemeinsamen Hören von Radiosendungen aus der Heimat – deren Inhalt vorher dem Lagerführer bekannt war und den Richtlinien für Ostarbeiter entsprach. Polen, Sinti, Roma und Juden durften nicht teilnehmen; für die Italiener waren seitens des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda spezielle Veranstaltungen vorgesehen.⁹⁸⁰ Ob und wie diese Empfehlungen für die Lagerbetreuung in Heidelberg umgesetzt wurden, ist leider nicht aktenkundig. Die Zeitzeugenberichte der ehemaligen Zivildeportierten liefern uns dagegen ein plastisches Bild von Weihnachten 1944. André Ledoux erlebte diesen Feiertag nicht als etwas Besonderes: „Weihnachten, das war ein Tag wie alle andere[n].“⁹⁸¹ Diese Erzählung bildet einen starken Gegensatz zu dem Bericht Gilbert Thierys: „Wissen Sie, in Deutschland ist Weihnachten etwas Großartiges. Ich weiß noch, dass ich zu Weihnachten Geschenke bekam, Zigaretten, Bonbons, alles Mögliche! Ich bekam Weihnachtsgeschenke.“⁹⁸²

Für die Ostarbeiter, die Weihnachten im Lager feierten und an diesem Tag ganz normal arbeiteten, wurde diese im Ausland und fern von der Familie verbrachte Zeit zweifellos als traurig empfunden. Die – zumindest auf dem Papier vorgeschlagenen – Bemühungen, den Ostarbeitern durch Backen und die Verteilung von Weihnachtsgebäck eine weihnachtliche Stimmung zu vermitteln, dürften an den eher bedrückenden Umständen wenig geändert haben. Der Bericht von Herrn Hellé verdeutlicht dagegen erneut, wie unterschiedlich die Behandlung der Fremdarbeiter war. Diejenigen unter den Westarbeitern, denen sich Gelegenheit bot, Kontakte mit der Zivilbevölkerung zu knüpfen,

979 STAHD AA, 199p/2: undatiertes Schreiben der Hauptabt. Lagerbetreuung Berlin an die DAF, mit den zugeordneten Akten von Nov.–Dez. 1942.

980 Ebd.

981 „Noël, c’était un jour comme tous“ (Koppenhöfer, Peter: undatiertes Zeitzeugengespräch mit André Ledoux).

982 „Mais vous savez en Allemagne, Noël c’est quelque chose de formidable. Je sais, à Noël on m’a donné des cadeaux, on m’a donné des cigarettes, on m’a donné des bonbons, toute sortes de choses. On m’a fait des cadeaux de Noël“ (ebd.: Zeitzeugengespräch mit Gilbert Thiery vom 17. Dez. 2002).

hatten so gleichwohl die Möglichkeit, einen durchaus stimmungsvollen Tag zu erleben.

Der religiöse Aspekt des Weihnachtsfests wird von den ehemaligen Zivildeportierten leider nicht erwähnt. Denn der Glaube und die Möglichkeit, seine Religion auszuüben, gehörten zu den Dingen, die Fremdarbeitern ohnehin nur begrenzt zugestanden wurden.



Robert De C. *1927

6.2 Die Religion

Der Glaube und die Ausübung der Religion boten sicherlich vielen Fremdarbeitern großen moralischen Halt. Für 64% der Fremdarbeiter⁹⁸³ ließ sich ihre Religionszugehörigkeit nicht mehr feststellen, weil sie nirgends angegeben wurde. 25% der Heidelberger Fremdarbeiter waren katholisch – und bildeten somit die größte Religionsgemeinschaft. Nur 7% der Fremdarbeiter waren Protestanten; 3% waren Orthodoxe. Zu den Minderheiten wurden noch ca. 1% Juden gezählt – hierbei handelte es sich vor allem um jüdische DP, die sich 1946 in Heidelberg aufhielten oder um Heidelberger oder Badener Juden, die infolge des Gesetzes betreffend den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit als staatenlos galten⁹⁸⁴ – sowie 0,1% Moslems.

Im Blick auf diesen Befund und die Quellenlage – die evangelischen Kirchenarchive besitzen keine Unterlagen mehr über die geistliche Betreuung der Fremdarbeiter –⁹⁸⁵ wird allein die Rolle der katholischen Kirche gegenüber den Fremdarbeitern nachfolgend näher erläutert. In Baden war die katholische Kirche zahlenmäßig dominanter als die protestantische Kirche.⁹⁸⁶ Die Aktivitäten der Kirche waren seit 1933 vom Dritten Reich zunehmend eingeschränkt worden.⁹⁸⁷

983 D.h. der während des Kriegs und im Jahr 1946 in Heidelberg untergebrachten Fremdarbeiter und DPs, nämlich insgesamt 23.122 Personen.

984 Wie z.B. der Apotheker und seine Frau W., Leopoldstraße 45 in Heidelberg oder Theodor T. aus Heppenheim (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, staatenlos), Karton 6, Mappe 29, Dok. 22, 23 bzw. ebd., Mappe 27, Dok. 111, 117.

985 E-Mail des Evangelischen Kirchenarchivs Baden an die Verf.in vom Dez. 2005.

986 Thierfelder (1988), S. 74–96, hier S. 75.

987 Die Rolle der katholischen Kirche im Nationalsozialismus ist komplex. Die deutschen Bischöfe suchten zunächst die Gläubigen dahingehend zu beeinflussen, sich nicht dem Nationalsozialismus anzuschließen. Nach der Machtergreifung beruhigten sich anfangs die Beziehungen mit dem NS-Regime, vor allem nach der Rede Hitlers am 23. März 1933, in der er die zwei christlichen Religionen als wichtige Fundamente des moralischen Lebens und der Sitten des deutschen Volkes bezeichnete. Dazu versicherte er, dass diese Religionsgemeinschaften von der neuen Regierung nicht angegriffen werden. Das Konkordat zwischen Reich und Kirche vom 20. Juli 1933 normalisierte ebenfalls diese Beziehungen, obwohl bald

Diese Beschränkungen bzw. deren Folgen lassen sich auch im Fall der Fremdarbeiter nachweisen.⁹⁸⁸

6.2.1 Zivilarbeiter und Kriegsgefangene aus dem Westen

6.2.1.1 Kriegsgefangene

Die polnischen Kriegsgefangenen waren die ersten Fremdarbeiter, die eine religiöse Betreuung während ihrer Gefangenschaft beanspruchten, denn die polnischen Kriegsgefangenen waren die allerersten Gefangenen, die sich auf deutschem Territorium aufhielten. Sie wurde zuerst durch den Militärpfarrer der Garnison übernommen, die die Kriegsgefangenen bewachte. Polnische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene unterlagen in dieser Frage nicht den gleichen Bestimmungen. Dagegen wurden in religiösen Fragen keine großen Unterschiede zwischen „westlichen“ und „östlichen“ Gefangenen gemacht.

Zusätzlich zu den Anordnungen/dem Schreiben des OKW vom 3. September 1940 wurden bereits vorbereitete Predigten verteilt, die ins Französische und Polnische übersetzt waren. Es war den die Zwangsarbeiter begleitenden Pfarrern nicht erlaubt, die Messe für ihre Kameraden zu feiern, da die Messe nicht die Arbeitszeit beschneiden durfte. Diese Pfarrer durften die Messe nur für sich allein feiern. Es war ihnen lediglich erlaubt, wöchentlich eine Messe auch für die Kameraden zu feiern. Dabei sollte der Lagerführer dafür sorgen, dass genug Hostien und Messwein bereitstanden. Den Theologiestudenten wurde angeboten, ihr Studium weiterzuführen, falls es in ihrem Kommando einen Theologieprofessor gab.⁹⁸⁹

Maßnahmen beschlossen wurden, die die Katholiken in ihrem Gemeinschaftsleben gezielt begrenzten. Die katholischen Vereine wie die Pfadfinder wurden bald von der HJ gejagt, die Frauenvereine wurden in die NS-Frauenschaft überführt. Viel folgenreicher aber war für die Katholiken das Verbot der Zentrumspartei sowie die Diskreditierungs-Kampagnen, die 1935–37 gegen Katholiken stattfanden. Die Schaffung des Reichskirchenministeriums im Jahr 1935 sollte eine Lösung für diese Probleme darstellen (Nowak (1997), S. 187–202; Schatz (1986)). Zu den Heidelberger Kirchen im Nationalsozialismus s. Heidel/Peters (1985), S. 51–342.

988 Das Thema der Beschäftigung von Fremdarbeitern in kirchlichen Einrichtungen wird hier nicht vertieft. Zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern bei der katholischen Kirche s. Hummel/Kösters (2008); zur Beschäftigung von Fremdarbeitern in der Diözese Limburg s. Rotberg/Schüller/Wieland (2001); zum Einsatz von Fremdarbeitern bei den evangelischen Kirchen in Baden s. Schäfer (2005), S. 7–55; zur Seelsorge für Fremdarbeiter vgl. mit Knauff (2001).

989 EBA B2/35/131: Schreiben des OKW vom 3. Sept. 1940 (Az. 2f24.10e Kriegsgefef. Ch 2 (16)/Nr. 2.828/40).



Robert B. *1908

Neun Monate später – mit dem Erlass des OKW vom 12. Mai 1941 – wurden die Bestimmungen schärfer gefasst. Die Messe durfte nur noch „durch eigens hierfür beauftragte gefangene Geistliche der Feindmächte“ und nicht mehr von deutschen Pfarrern gehalten werden; auch nicht von den Wehrmachtsgeistlichen. Es gab dennoch zwei Ausnahmen, bei denen die deutschen Pfarrer hinzugezogen werden durften: Falls ein gefangener Pfarrer von einer Beerdigung nicht rechtzeitig verständigt werden konnte und um einem im Lazarett Sterbenden die Krankensalbung zu geben.⁹⁹⁰ Die Benutzung der üblichen Kultstätten war den Gefangenen untersagt. Die Messe sollte im Freien oder in einem beliebigen Raum innerhalb des Lagers gefeiert werden, nur in der Kirche nicht.⁹⁹¹ Die Messe durfte auch nur am Sonntag und an Feiertagen gehalten werden; und selbst dies nur, wenn die Kriegsgefangenen ausdrücklich darum gebeten hatten. Es war vorgesehen, dass es pro Lager und Religion einen Geistlichen gab.⁹⁹² Das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg⁹⁹³ empfahl den Gemeinden, Kontakt zu den Stalags aufzunehmen, um einen Pfarrer für die Kriegsgefangenenlager abzustellen.⁹⁹⁴ Solche Anfragen sind für Heidelberg nicht aktenkundig; möglicherweise wurden sie mit den anderen Akten des Stalags XIIA Limburg zu Kriegsende vernichtet. Die Datenbank belegt jedoch die Anwesenheit von vier „gefangenen Pfarrern“ in Heidelberg. Ein Geistlicher hatte einen deutschen Nachnamen und wohnte unter einer Adresse, die nicht für einen Fremdarbeiterstatus spricht, obwohl er als staatenlos galt.⁹⁹⁵ Der zweite Pfarrer (Kasimir N.) war ein Pole, der in Heidelberg in einem schlechten Gesundheitszustand angekommen war. Er starb während „der Reinigungsprozedur und Entlausung“ und wurde am 23. Dezember 1944

990 Ebd.: Schreiben des Stellvertretenden Katholischen Wehrkreis Pfarrers XII vom 30. Mai 1941 (Az. 31v42, Wiesbaden, an die Ordinate betr. „Kriegsgefangenen seelsorge“, §4, 5, 11, 21).

991 Ebd.: Schreiben des OKW vom 12. Mai 1944 (§8) sowie Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg an das Bischöfliche Dekanat vom 11. Nov. 1941.

992 Ebd.: Erlass des OKW vom 12. Mai 1941 (§7, 12).

993 Der für Heidelberg zuständige Bischof war der Freiburger Erzbischof Konrad Gröber. Konrad Gröber (1872–1948) war 1932–48 Erzbischof. Er betrachtete die Machtergreifung von 1933 mit gemischten Gefühlen. Er akzeptierte das Konkordat mit einem gewissen Enthusiasmus, bedauerte aber, dass viele Katholiken sich dem neuen Regime anschlossen. Gröber war lange Zeit davon überzeugt, dass friedliche Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und Kirche möglich wären. Er lehnte sehr eindeutig die Sterilisations- (1933) und Euthanasiegesetzgebung (1940) sowie die Ideen einer nationalen Kirche und eines rassistischen Kultus ab. Gröber tat sein Möglichstes, um seinen Mitmenschen zu helfen. Er beschützte z.B. die humanitären Aktionen der Caritas (Gatz (1983), S. 258–60).

994 EBA B2/35/131: Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg an das Bischöfliche Dekanat vom 11. Sept. 1941.

995 Datenbank Günter P., geb. 1907, staatenlos.

beerdigt. Der dritte nachweisbare Pfarrer war ein Franzose (Marcel D.), der im November/Dezember 1944 für 17 Tage in der Fuchs Waggonfabrik arbeitete. Er wohnte in der Alten Schule Kirchheim. Ob er für seine Kameraden die Messe feierte oder sonst sein Amt ausübte, bleibt vollkommen unklar.⁹⁹⁶ Der letzte Geistliche war polnischer Herkunft. Jakob S. galt als „Tartar“ und es wurde als Beschäftigung „Mufti (Obergeistlicher der Mohammedaner)“ angegeben, obwohl es sehr zweifelhaft ist, dass er als solcher in Heidelberg tätig wurde.⁹⁹⁷

Religiöse Bestattungsformen – nach katholischem oder protestantischem Ritus – waren durch die Verfügung vom 12. Mai 1941 erlaubt. Die Beisetzung sollte möglichst durch einen „gefangenen Pfarrer“ oder im Notfall auch durch einen deutschen Pfarrer vollzogen werden. Die Zeremonie hatte auf die übliche Predigt sowie „Gehilfen“ zu verzichten,⁹⁹⁸ der Pfarrer erhielt dafür die Hälfte der üblichen Gebühr.⁹⁹⁹ Die Einzelfallakten belegen die Gegenwart von Pfarrern bei der Beerdigung von Kriegsgefangenen. Pierre C., ein französischer Gefangener des Stalags XII A Limburg, starb in der Chirurgischen Klinik und wurde am 7. September 1942 um 10:30 Uhr auf dem Bergfriedhof beigesetzt. Hier gab es einen Bereich, der nur für die Beisetzung Gefangener bestimmt war: „Die Beerdigung hat unter militärischen Ehren und kath. kirchlicher Assistenz stattgefunden.“¹⁰⁰⁰ Der polnische Pfarrer Kasimir N., der kurz nach seiner Ankunft in Heidelberg verstarb, wurde „auf dem Friedhof in Heidelberg-Kirchheim von Pfarrer Grißbaum beigesetzt.“¹⁰⁰¹ Franz Grißbaum war der Stadtpfarrer der Gemeinde Kirchheim.¹⁰⁰² Also übernahm in diesem Fall ein deutscher Pfarrer die Beerdigung.

Nach der Verordnung vom November 1941 wurde die Messe nicht mehr in der Pfarrkirche gefeiert, sodass sich ab diesem Datum nicht mehr ermitteln lässt, ob und wie oft für Kriegsgefangene Gottesdienste abgehalten wurden. Bis zu diesem Datum hatte jede Gemeinde einen Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats erhalten, in dem nach der Strebsamkeit der Bevölkerung, der Zahl

996 Datenbank, Marcel D., geb 1901, Frankreich.

997 Datenbank, Jakob S., geb. 1884, Polen.

998 EBA B2/35/131: Schreiben des Stellvertretenden Katholischen Wehrkreispfarrers XII vom 30. Mai 1941 (Az. 31v42, Wiesbaden, an die Ordinariate im Bereich. betr. „Kriegsgefangenen-seelsorge“, §11).

999 Ebd., §27.

1000 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 15, Mappe 46, Dok. 17.

1001 Datenbank, Kasimir N., Polen.

1002 Adressbuch Heidelberg (1943), S. 203.

der Messen usw. gefragt wurde. In Absatz 7 wurde nach den Gottesdiensten für Fremdarbeiter und Kriegsgefangene gefragt:

Gemeinde	Eppelheim	St. Bartho- lomäus, Wieblingen	St. Vitus Handschuhs- heim	Kirchheim
Zahl der Kriegsgefan- genen	„ca. 40 franz. Kriegsgefan- genen“	„38 Franzo- sen“	„47 Franzo- sen“	„20“
Häufigkeit gesonderter Messen	ja einmal im Monat	ja einmal im Monat	„Ja, jeden Sonntag 8:45 Uhr durch Trination“	„ist nicht erlaubt“/ „monatlich einmal“
Teilnahme	„sehr gut. Ca. 80%“	„Die Kriegs- gefangenen kommen alle“	„Franzosen 6–8“	„ausländ. Arbeiter 20–30%“



Die Gemeinden Jesuitenkirche,¹⁰⁰³ Schlierbach,¹⁰⁰⁴ St. Albert¹⁰⁰⁵ und Pfaffengrund¹⁰⁰⁶ hatten zum Zeitpunkt des Fragebogens keine Kriegsgefangenen in ihrer Pfarrei. St. Bonifaz gab an, „sehr wenige“ Gefangene zu haben und bat, ihnen deswegen keine separaten Gottesdienste anbieten zu dürfen.¹⁰⁰⁷ Die Gemeinde Rohrbach hatte seit November 1940¹⁰⁰⁸ ca. 20 Kriegsgefangene und bat darum, ihnen ebenfalls keine gesonderten Messen halten zu müssen, weil sie für sie zusammen mit St. Bonifaz bereits einen Gottesdienst anbot. Zur Pfarrei St. Raphael gehörten noch sechs Kriegsgefangene, die bei der Chirurgischen Klinik beschäftigt waren. Ihnen wurden auch keine Gottesdienste angeboten,

1003 EBA B2/35/86: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, am 24. Nov. 1940 von der Pfarrei Jesuitenkirche ausgefüllt.
 1004 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, am 12. Nov. 1940 von der Pfarrei Schlierbach ausgefüllt.
 1005 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, am 26. Nov. 1940 von der Pfarrei St. Albert ausgefüllt.
 1006 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, am 22. Jan. 1941 von der Pfarrei Pfaffengrund ausgefüllt.
 1007 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, am 28. Nov. 1940 von der Pfarrei St. Bonifaz ausgefüllt.
 1008 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt von der Pfarrei Rohrbach, undatiert.

weil die Pfarrei Handschuhsheim dies übernehmen würde.¹⁰⁰⁹ Bemerkenswert ist die schwankende Teilnahme der französischen Kriegsgefangenen, die schwach blieb im Vergleich zu der Teilnahme der polnischen Arbeiter.

6.2.1.2 Zivilarbeiter

Die Zivilarbeiter aus den „befreundeten“ Ländern Deutschlands wurden von ambulanten Seelsorgern aus ihrer Heimat betreut. Der für Baden zuständige Geistliche hatte seinen Stützpunkt in Freiburg und bereiste die Lager, um dort die Messe zu feiern.¹⁰¹⁰ Die Zahl der eingesetzten Pfarrer wurde durch die Zahl der zu betreuenden Fremdarbeiter bestimmt. So gab es z.B. einen Geistlichen für die 8.000 tschechischen Fremdarbeiter, d.h. es kamen Ende 1940 acht bis neun Pfarrer nach Deutschland – diese waren für das gesamte Reichsgebiet zuständig.¹⁰¹¹ Die Pfarrer waren von ihren Bischöfen ausgewählt worden und erhielten eine zeitlich begrenzte Genehmigung des Reichskirchenministeriums, um ihre Tätigkeit auszuüben.¹⁰¹² Die religiöse Betreuung der italienischen, kroatischen, französischen,¹⁰¹³ slowenischen,¹⁰¹⁴ ukrainischen¹⁰¹⁵ sowie ungarischen¹⁰¹⁶ Zivilarbeiter – die zwei letzteren nach griechischen Ritus – fand nach dieser Regel statt. In der Praxis stellte sie sich eher als unpraktisch dar. Das Erzbischöfliche Ordinariat stellte fest, dass diese Zivilarbeiter besonderes schlecht betreut wurden: Der italienische sowie der kroatische Geistliche waren überfordert.¹⁰¹⁷ Der Caritas-Bbeauftragte machte seinerseits den italienischen Pfarrer dafür verantwortlich,

1009 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöfliches Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, am 14. Dez. 1940 von der Pfarrei St. Rafael ausgefüllt.

1010 EBA B2-47/40: Schreiben von Dr. Wilhelm Keilbrach (Beauftragter des kroatischen Episkopats) an Erzbischof Gröber (Freiburg) vom 26. Nov. 1941.

1011 Ebd.: Kopie eines Schreibens des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz an den Erzbischof von Breslau vom 19. Nov. 1940.

1012 Ebd.: Schreiben von Dr. Wilhelm Keilbrach (Beauftragte des kroatischen Episkopats) an Erzbischof Gröber (Freiburg) vom 16. Dez. 1941.

1013 Ebd.: Schreiben von J. Roghain, aumônier général des travailleurs à l'étranger (3.601) vom 1. April 1943.

1014 Ebd.: Schreiben des Pfarramts Hofkirche Bruchsal an das Erzbischöfliche Ordinariat (8.959) vom 21. Juli 1942.

1015 Ebd.: Schreiben des Apostolischen Visitators der Ukrainer des byzantinisch-slavisches (gr.-kath.) Ritus in Großdeutschland (1.358) an das Erzbischöfliche Ordinariat vom 26. Jan. 1942.

1016 Ebd.: Schreiben von Anton Hohmann (ungarischer Delegierter für die religiöse Betreuung) an das Erzbischöfliche Ordinariat vom 5. Febr. 1942.

1017 Ebd.: Schreiben an den Bischof von Berlin, Wienken vom 11. Nov. 1941.

weil dieser die angebotene Hilfe der deutschen Geistlichen stets ablehne.¹⁰¹⁸ Der französische Geistliche bedauerte seinerseits die unzureichende Zahl der französischen Pfarrer in Deutschland und stellte in einem Brief an den Erzbischof folgendes fest: „(...) eine gewisse Zahl von Fremdarbeitern schätzte sich glücklich, an den Gottesdiensten ihrer Pfarreien teilnehmen zu können. (...) Aber aus über 20.000 Firmen bekommen wir Briefe – und manchmal Gemeinschaftsbriefe –, die den Besuch eines französischen Pfarrers beantragen.“¹⁰¹⁹ Dieses Verhältnis von einem Geistlichen für 8.000 Fremdarbeiter galt nur für die katholische Tschechoslowakei. Die katholischen Pfarrer waren ausschließlich für die katholischen Fremdarbeiter zuständig, nicht für Protestanten. Die Unterversorgung war extrem und von der Reichspolitik durchaus gewollt.

Der Ablauf der seelsorgerischen Betreuung ist für Heidelberg nicht aktenkundig. Die Quellen des Erzbischöflichen Archivs weisen diesen Ablauf für andere Gemeinden Badens nach, wie z.B. für Gernsbach im Murgtal. In dieser Pfarrei gab es 50 Zivilarbeiter, die sich sehr mit ihrer Religion verbunden fühlten. Sie nahmen regelmäßig an den sonntäglichen Gottesdiensten teil und würden auch beichten. Um ihre Aufmerksamkeit aufrechtzuerhalten und sie einzubeziehen, hielt der deutsche Pfarrer während der Messe eine kurze Predigt auf Italienisch. Er bat ferner um Zuweisung eines Katechismus in italienischer Sprache, damit er „mehr in den schon gehörten Termini sprechen“ könne.¹⁰²⁰ Der Pfarrer hätte gern das Gebetbuch „Col Signore“ erhalten, das aber offensichtlich nicht mehr verfügbar war. Diese Bücher und andere Sachen wurden von der Caritas zugewiesen, die wie andere katholische Verbände die Fremdarbeiter von außen unterstützte. So oder so ähnlich dürften sich die Praxis auch in Heidelberg dargestellt haben.

6.2.1.3 NSV, Rotes Kreuz, Innere Mission und Caritasverbände

Nach dem Erlass des RAM vom 25. Juli 1943 durften nur diese vier Verbände Sozialhilfe leisten. Es waren alles katholische Verbände außer die NSV,¹⁰²¹ die ein nationalsozialistischer Hilfsverband war. Die Kriegsgefangenen durften religiöse



Michail W. *1924

1018 Ebd.: Schreiben des Präsidenten des Deutsches Caritasverbands e.V. an den Erzbischof von Freiburg K. Gröber vom 19. Nov. 1941.

1019 Ebd.: Schreiben von Jean Roghain, aumônier général des travailleurs à l'étranger an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 1. April 1943.

1020 EBA B2/47/36: Schreiben der Pfarrei Gernsbach an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 14. Nov. 1944 („Seelsorge hiesiger Italiener“).

1021 Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt wurde am 3. Mai 1933 als Sozialorganisation für ganz Deutschland anerkannt. Sie war der NSDAP an- bzw. nach Kreis-, Gau- und Reichsverbänden untergliedert.

Schriften wie z.B. Bibeln, Bibelauszüge, Gebetsbücher usw. bekommen, solange diese vom Allgemeinen Wehrmachtsamt des OKW¹⁰²² zugelassen waren. Die Caritas veröffentlichte Bücher, die den deutschen Pfarrern dabei helfen sollten, die in ihrer Pfarrei anwesenden Zivilarbeiter ebenso wie die heimischen Gemeindeglieder zu begleiten. Dabei handelte es sich um Gebetsbücher oder um Bücher mit diversen Themen für die Predigt. Für die italienischen Zivilarbeiter boten sich z.B. „Compagno Italiano“ und „Col signore“ an. Ersteres war für den Geistlichen bestimmt und enthielt Gebete und Predigtthemen, während „Col Signore“ ein Gebetsbuch für die Fremdarbeiter war, das Gebete für die Messe, die Kommunion, die Beichte und das Krankengebet enthielt.¹⁰²³ Die tschechischen Fremdarbeiter erhielten ebenfalls ein zweisprachiges Buch mit Gebeten, einem Beichtspiegel und praktischen Ratschlägen.¹⁰²⁴ Die Kriegsgefangenen wurden von den Hilfsorganisationen nicht vergessen und bekamen entsprechende Schriften in englischer,¹⁰²⁵ polnischer¹⁰²⁶ (ein Gebetbuch „Droga do Nieba“, das Neue Testament und ein Buch namens „Tak mi dopomóz Bóg!“)¹⁰²⁷ und in französischer Sprache¹⁰²⁸ („Manuel du Soldat Chrétien“, „Histoire Sainte illustrée“, „Petite Histoire Sainte illustrée“). Es wurden unter den französischen und polnischen Kriegsgefangenen auch religiöse Gegenstände verteilt, vor allem Medaillen und Rosenkränze.¹⁰²⁹ Die Gefangenen bekamen von diesen Organisationen zudem die vom OKW erlaubten Bücher, wie z.B. Nonni und Katechismen.¹⁰³⁰

Um die deutschen Pfarrer bei ihrer Aufgabenwahrnehmung (Gottesdienst und Seelsorge) unter den Fremdarbeitern zu unterstützen, wurden ebenfalls verschiedene Schriften ausgegeben. Beichtspiegel, mehrsprachige Texte um die Absolution zu erteilen¹⁰³¹ sowie Predigtbücher mit Predigtbeispielen wurden

1022 EBA B2/35/131: Schreiben des Stellvertretenden Katholischen Wehrkreispfarrers XII an das Ordinariat vom 30. Mai 1941 (Betr. „Kriegsgefangenenseelsorge“, §24).

1023 EBA B2/47/36: Schreiben der Caritas GmbH Freiburg an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom Aug. 1940 (Bestellzettel Nr. 10.900).

1024 EBA B2/47/40: Vermerk der Caritas, eingegangen am 23. Dez. 1940 (16.543).

1025 EBA B2/35/83: Schreiben der Kirchlichen Kriegshilfestelle, Abt. Schrifttum, an die Caritasverbände und die Kriegshilfestellen der deutschen Erzbischöfe vom 24. Sept. 1940.

1026 Ebd.: Kirchliche Kriegshilfestelle der Erzdiözese Freiburg, Bericht über ihre Tätigkeit vom 1. Okt. 1939 bis 31. Dez. 1940, S. 35.

1027 EBA B2/35/129: Schreiben des Bischofs der Front 2 an das Erzbischöfliche Ordinariat und an die katholischen Pfarrer des Wehrkreises vom 6. März 1940.

1028 EBA B2/35/83: Kirchliche Kriegshilfestelle der Erzdiözese Freiburg, Bericht über ihre Tätigkeit vom 1. Okt. 1939 bis 31. Dez. 1940, S. 35.

1029 Ebd.

1030 Ebd.: Vermerk betr. „Kriegsgefangenen-Literatur“.

1031 Ebd.: Kirchliche Kriegshilfestelle der Erzdiözese Freiburg, Bericht über ihre Tätigkeit vom 1. Okt. 1939 bis 31. Dez. 1940, S. 35.

den Geistlichen zur Verfügung gestellt. Diese Messbücher waren vor allem für die Predigten für französische und polnische Gefangenen bestimmt – ausgeteilt wurden u.a. „Missel Romain“¹⁰³² und „Comes polonicus“.¹⁰³³ Die „gefangenen Priester“ wurden ebenso wenig vergessen und bekamen ebenfalls Literatur, die sie bei ihren Aufgaben unterstützen sollte. So erhielten sie ein Neues Testament sowie ein Lehrbuch der Dogmatik und der Moral.¹⁰³⁴ Die Kriegsgefangenenlager benötigten ebenfalls diverse Gegenstände. Die Caritas erhielt Anfragen bezüglich Gebetsbüchern, Objekten für die Messe wie z.B. Hostien, Kerzen, Messwein. Sie tat ihr Bestes, um die verschiedenen Wünsche zu erfüllen.¹⁰³⁵



Peter W. *1908

6.2.2 Richtlinien für polnische Zivilarbeiter

6.2.2.1 Sonntagsgottesdienste und andere religiöse Feiern

Die polnischen Zivilarbeiter hatten keinen freien Zugang zu den Gottesdiensten. Die verschiedenen Richtlinien des Reichskirchenministeriums, der Gestapo und des RSHA begrenzten alle sehr stark die Religionsfreiheit der Polen. Die Richtlinie der Gestapo vom 13. Juni 1940 (§1) schloss ihre Teilnahme an Messen und Sakramenten aus, die gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung gefeiert wurden – gleichgültig, ob katholisch oder protestantisch. Aber es waren Sondergottesdienste erlaubt, an denen nur Polen teilnehmen durften. In der Praxis boten freilich nur wenige Pfarreien diese Art von Messen an, sodass viele Polen ohne jegliche religiöse Unterstützung zurechtkommen mussten.¹⁰³⁶ Diese Situation war für viele Fremdarbeiter nur schwer zu ertragen und Anlass für eine Anfrage an Heinrich Wienken,¹⁰³⁷ den Vorsitzenden des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz. Wienken antwortete jedoch, dass diese Situation

1032 Ebd.

1033 Ebd. sowie ebd.: Schreiben der Kirchlichen Kriegshilfestelle, Abt. Schrifttum, an die Caritasverbände und die Kriegshilfestellen der deutschen Erzbischöfe vom 24. Sept. 1940.

1034 Ebd.: Kirchliche Kriegshilfestelle der Erzdiözese Freiburg, Bericht über ihre Tätigkeit vom 1. Okt. 1939 bis 31. Dez. 1940, S. 35.

1035 Ebd.: Schreiben der Kirchlichen Kriegshilfestelle, Abt. Schrifttum, an die Caritasverbände und die Kriegshilfestellen der deutschen Erzbischöfe vom 24. Sept. 1940.

1036 EBA B2/35/131: Kopie eines Schreibens des Breslauer Bischofs an den Reichsminister für Kirchliche Angelegenheiten vom 17. Jan. 1941.

1037 Heinrich Wienken (1883–1961) leitete 1937–51 das Kommissariat der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin. Er war Verhandlungsführer zwischen Kirche und Regierung. Es heißt, er sei in seinem Bemühen für Verfolgte wie geistliches Personal dem Nationalsozialismus zu nahe gewesen. Viele Bischöfe fanden seine Politik gegenüber dem Nationalsozialismus zu kulant (Seifert (1983), S. 813ff.).

von der Gestapo und vom Reichskirchenministerium gewollt sei¹⁰³⁸ und, dass er daran nichts ändern könne. Im Juli 1941 wurden diese Einschränkungen noch verschärft durch die Veröffentlichung eines Erlasses des Reichsministers für Kirchliche Angelegenheiten. Die Gründe für die zusätzlichen Einschränkungen werden am Anfang des Erlasses erläutert. Die polnischen Zivilarbeiter würden in vielen Pfarreien die besseren Plätze für sich beanspruchen, obwohl sie eigentlich nur ein paar Plätze reserviert bekommen sollten. Dadurch – und wahrscheinlich durch ihre zahlreiche Teilnahme – würden sie den deutschen Katholiken ein unerwünschtes Beispiel geben. Manche Pfarreien hätten sogar zweisprachige Schriften verteilt, die die Polen in die Kirche einladen und ihnen gute Plätze versprechen würden. Manche Arbeitgeber würden ihren Polen auch Fahrräder leihen, damit die Fremdarbeiter an den Gottesdiensten teilnehmen könnten. Deshalb wurde die Teilnahme von Polen an Gottesdiensten mit der deutschen Bevölkerung strikt untersagt. Die Fremdarbeiter durften allein die Sondergottesdienste besuchen, die für sie gedacht waren und in denen sie nur in deutscher Sprache beten oder singen durften.¹⁰³⁹ Durch dieses absolute Kontaktverbot wurden mehrere Ziele erreicht. Man schränkte den polnischen Zivilarbeitern derart die Gelegenheit ein, Kontakte zur deutschen Bevölkerung zu knüpfen. Sie sollten somit nicht mehr das Mitleid ihrer Glaubensgenossen erregen, die sonst vielleicht geneigt gewesen wären, ihnen zu helfen. Die vom Nationalsozialismus verbreitete Verachtung der „slawischen Rasse“ war jedoch zutiefst inakzeptabel für die katholische Kirche, weshalb zumindest in Baden das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg dieser Handhabung entgegenzuwirken versuchte. Dadurch machte sich das Ordinariat nicht nur Freunde, wie man es in einem Schreiben der Landesbauernschaft Baden vom 15. Juli 1941 lesen kann: „Ich nehme an, dass es auch dem Erzbischöflichen Ordinariat bekannt geworden ist, welche Grausamkeiten das Polentum gegen Frauen, Greise und Kinder begangen hat, dieses Polentum, das seelisch zu betreuen Sie sich so angelegen sein lassen. (...) Polnische Priester waren es auch, die von den Kanzeln der Kirche die Waffen gegen Deutsche aufhetzten und der polnischen Soldateska den Weg zu deutschen Wohnstätten wiesen. 50–60.000 deutsche Frauen, Männer und Kinder wurden in einigen wenigen Tagen und Nächten von dem von Ihnen für betreuungswürdig gehaltenen polnischen Volk hingeschlachtet. Das christliche Empfinden ist anscheinend nicht so stark in diesem polnischen Volk verankert,

1038 EBA B2/35/131: Schreiben des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 15. Jan. 1941 (Nr. 605).

1039 Ebd.: Erlass des Reichsministers für Kirchliche Angelegenheiten vom 15. Juli 1941.

das solcher Taten fähig war und daher glaube ich auch nicht, dass ein Verbot, deutsche Gotteshäuser zu betreten, zur Osterzeit nicht zu schwer empfunden wurde. Das deutsche Volk ist keinesfalls und auch nicht mehr gewillt, seine Kultstätten dem polnischen Volk zugänglich zu machen und Ihr Schreiben beweist nur, wie notwendig es war, dass höhere Polizeistellen solche eigentlich selbstverständlichen Verbote anordneten. (...) Auch wenn der einzelne Pole, der als notwendiges Übel z.Zt. in Deutschland einen Arbeitsplatz ausfüllen muss und bestrebt sein sollte, wieder gut zu machen, was sein Volk verbrochen hat, an den Morden vielleicht nicht persönlich beteiligt war, im Geiste jedoch war jeder dabei ...“¹⁰⁴⁰

Die im Juli 1941 begonnene Politik der Einschränkungen wurde weiter verfolgt. Im Juni 1942 durften diese Sondergottesdienste nur noch am ersten Sonntag des Monats stattfinden. Die Messe musste zwischen 10:00 und 12:00 Uhr stattfinden, und zwar in nur einer dazu bestimmten Kirche innerhalb des Landkreises.¹⁰⁴¹ Diese letzte Maßnahme war zunächst vom Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei am 26. Juni 1942 angeordnet worden, aber sie tauchte vorerst noch nicht im Erlass des Reichskirchenministeriums vom September 1942¹⁰⁴² auf. Dagegen wurde sie in der Verordnung vom 10. September 1943¹⁰⁴³ wiedergegeben. Das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg versuchte vergeblich, gegen diese Bestimmung anzugehen. Es argumentierte damit, dass Baden viel zu ausgedehnt sei, um einen einzigen zentralen Gottesdienst für alle Polen Badens abhalten zu können.¹⁰⁴⁴ So herrschte bezüglich der religiösen Betreuung der polnischen Fremdarbeiter eine gewisse Konfusion, die darauf beruhte, dass verschiedene Ministerien verschiedene Erlässe und Maßnahmen verkündeten. Für die deutschen Geistlichen, die für die Seelsorge der Polen zuständig waren, war diese Vervielfachung an Dekreten ein Unsicherheitsfaktor. In Heidelberg wurde



Therese M. *1909

1040 Ebd.: Schreiben der Landesbauernschaft Baden, Verwaltungsamt an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 21. April 1941.

1041 „Neuerdings dürfen die Polengottesdienste nur jeweils am ersten Sonntag zwischen 10 und 12 Uhr und nur an einem Orte innerhalb eines Landkreises stattfinden“ (EBA B2/49/23: Statistiken des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg, Nr. 7.987, Statistik 5: Die Erzdiözese Freiburg seit dem Umbruch 1933, Berichtsjahr Juli 1942 bis 30. Juni 1943, S. 10, Teil 5: „Die Seelsorge zugewanderter Glaubensgenossen“).

1042 EBA B2/35/131: Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg an die erzbischöflichen Dekanate der Erzdiözese Freiburg vom 24. Mai 1943 (Nr. 5.258: „Die Seelsorgerliche Betreuung der polnischen Zivilarbeiter“).

1043 EBA B2/49/23: Statistiken des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg, Nr. 7.357, Statistik 6: Die Erzdiözese Freiburg seit dem Umbruch 1933, Berichtsjahr 1. Juli 1943 bis 30. Juni 1944, S. 18, Teil 5: „Die Seelsorge zugewanderter Glaubensgenossen“).

1044 EBA B2/35/131: Schreiben Nr. 5.258 vom 24. Mai 1943.

der Pfarrei St. Vitus die Zuständigkeit für die polnischen Gottesdienste zugewiesen. Der Pfarrer von St. Vitus feierte sogar nicht – wie ursprünglich vorgesehen – allein einmal im Monat, sondern jeden Sonntag einen Gottesdienst für diese Fremdarbeiter.¹⁰⁴⁵ Die Häufigkeit seiner Sondergottesdienste erregte die Aufmerksamkeit der Gestapo, die bei ihm anrief und sich nach dem Ort und der Frequenz der angebotenen Messen erkundigte. Es wurde ebenfalls gefragt, ob andere Pfarreien gleichfalls Gottesdienste für Polen anböten.¹⁰⁴⁶ Seit Januar 1943 durften an den Messen für polnische Fremdarbeiter keine Messdiener mehr mitwirken.¹⁰⁴⁷

Aus den im Jahr 1940 vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg an die badischen Pfarreien verschickten Fragebögen geht hervor, dass in Heidelberg in acht der zwölf Pfarreien gläubige Fremdarbeiter polnischer Nationalität in Erscheinung traten. Drei Gemeinden boten erst gar keine Gottesdienste an, vermutlich, weil in ihrem Umfeld die Zahl der Zivilarbeiter einfach zu gering war. Ansonsten aber war die Teilnahme an den Gottesdiensten eher hoch, wie die folgende Tabelle es veranschaulicht:

Gemeinde	Fremdarbeiterzahl (ohne Kriegsgefangene)	entspr. Plätze in der Kirche vorhanden?	Teilnahme
Eppelheim ¹⁰⁴⁸	„36“	„Sondergottesdienst“	„sehr gut. Ca. 80%“
St. Bonifaz ¹⁰⁴⁹	„einige Polinnen“	„nein“	„-“
St. Bartholomäus Wieblingen ¹⁰⁵⁰	„einige Dutzend“	„ja“	„alle nehmen teil“
St. Vitus Handschuhsheim ¹⁰⁵¹	„40 Polen“	„eigener Gottesdienst“	„Polen meist vollzählig“

1045 Ebd.: Schreiben der Pfarrei St. Vitus an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 1. Jan. 1943 (Nr. 2: „Verhör durch die Gestapo“).

1046 Ebd.: Schreiben der Pfarrei St. Vitus vom 3. März 1943 (Nr. 220: „Polengottesdienst“).

1047 Ebd.: Kopie des Schreibens des Reichsministers für Kirchliche Angelegenheiten an das Kommissariat der Fuldaer Bischofskonferenz vom 11. Jan. 1943.

1048 EBA B2/35/86: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt Eppelheim bei Heidelberg am 24. Nov. 1940.

1049 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt St. Bonifaz bei Heidelberg am 28. Nov. 1940.

1050 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt Heidelberg-Wieblingen (St. Bartholomäus) am 7. Jan. 1941.

1051 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt Handschuhsheim Heidelberg am 26. Nov. 1940.

St. Rafael ¹⁰⁵²	„bekannt ist eine Polin“	„nein, in H.-Handschuhshaus ist besonderer Gottesdienst“	-,-
Schlierbach ¹⁰⁵³	„4 poln. Arbeiter bzw. Arbeiterinnen“	„nein, die Arbeiter sind von der Kuratienkirche 1 Stunde entfernt“	„Wie wir hören gingen die (...) poln. Arbeiter, solange es erlaubt war, fleißig in den Gottesdienst“
Kirchheim ¹⁰⁵⁴	„ca. 50 polnische Arbeiter/innen“	„ja“	„ausl. Arbeiter 20–30%“
St. Albert ¹⁰⁵⁵ Altstadt	„15“	-,-	„mangelhaft“



Andrée C. *1920

Die Gemeinde Eppelheim liefert ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten bei der Einrichtung spezieller Gottesdienste für polnische Zivilisten. Nachdem der Pfarrer erfahren hatte, dass den Polen nicht mehr gestattet war, gemeinsam mit den Deutschen an den Gottesdiensten teilzunehmen, schlug er vor, sie auf der Empore bei der Orgel an den Nachmittagsgottesdiensten teilnehmen zu lassen. Doch der entsprechende dem Bürgermeister unterbreitete Vorschlag wurde abgelehnt, was den Priester zur Einführung einer dritten Sonntagsmesse nötigte;¹⁰⁵⁶ seitens des erzbischöflichen Ordinariats wurde die Autorisation hierfür jedenfalls erteilt.¹⁰⁵⁷

Aus einem Schreiben der Pfarrei St. Vitus in Heidelberg geht hervor, dass der Priester in diesem Fall einen Gottesdienst für die 40 polnischen Zivilarbeiter in seiner Gemeinde angeboten hatte. Die Messe wurde jedoch nicht in der Kirche gefeiert, sondern in einem Raum des Pfarrhauses; sie sollte jeden Sonntag stattfinden, was Vorwürfe seitens der Gestapo hervorrief.¹⁰⁵⁸ Ein weiteres Schreiben

1052 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt St. Rafael Heidelberg am 14. Dez. 1940.

1053 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt Schlierbach am 12. Nov. 1940.

1054 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt Kirchheim bei Heidelberg am 14. Nov. 1940.

1055 Ebd.: Fragebogen des Erzbischöflichen Ordinariats vom 4. Nov. 1940, Nr. 14.301, ausgefüllt vom Pfarramt St. Albert Heidelberg am 26. Nov. 1940.

1056 EBA B2/35/129: Schreiben der Pfarrei Eppelheim vom 5. Juli 1940.

1057 Ebd.: Antwortschreiben vom 10. Juli 1940.

1058 EBA B2/35/131: Schreiben der Pfarrei an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 7. März 1941 (Nr. 353: „Gottesdienst für die Polen“).

des Priesters von St. Vitus verdeutlicht die Bedingungen, unter denen die Messe stattfand. Im September 1944 wurde monatlich nur noch eine Messe angeboten. Zumeist nahmen etwa 50 Polen teil, seltener nur 30 oder weniger. Die Messe begann um 11:00 Uhr. Daneben wurde ein Gottesdienst zu besonderen kirchlichen Festen wie Weihnachten, Ostern und Pfingsten angeboten. Die Gottesdienste wurden im ersten Stock der Scheune des Pfarrhauses gehalten. Damit keine anderen Ostarbeiter an diesen Gottesdiensten teilnahmen, mussten die Gläubigen sowohl am Eingang der Scheune als auch im Hof des Pfarrhauses, über den der einzige Zugang zur Scheune führte, ihr P-Abzeichen zeigen. Hier wie dort waren ab 10:30 Uhr Kontrolleure postiert.¹⁰⁵⁹

Die Kommunion ist für die Katholiken der wichtigste Teil der Messe. Um sie zu erlangen, sind zuvor Beichte und Absolution notwendig. Dennoch wurden diese zwei religiösen Akte für die polnischen Zivilarbeiter zunehmend voneinander getrennt. Dem deutschen Pfarrer durften sie weder in Deutsch noch in Polnisch beichten. Für den Verstoß drohten Strafen. So verbrachten zwei Pfarrer der Diözese Freiburg mehrere Wochen im Gefängnis, weil sie Polen in ihrer Muttersprache die Beichte abgenommen hatten.¹⁰⁶⁰ Dieses Verbot stellte für viele Geistliche ein Problem dar. Aus einem Schreiben des Breslauer Bischofs an das Reichskirchenministerium gehen diese Schwierigkeiten hervor: „Es ist nicht verständlich, warum die P-Polen, die in ihren Wohnorten und Betrieben in mannigfacher Berührung mit deutschen Menschen stehen, gerade von dem Seelsorger durch das beklagte Beichtverbot in einer Weise isoliert bleiben sollen, wie sie weder dem seelischen Bedürfnis der P-Polen noch den deutschen Interessen spricht.“¹⁰⁶¹ Der Breslauer Bischof war der Meinung, dass es im deutschen Interesse läge, die Polen von der katholischen Religion nicht fern zu halten. Der Katholizismus würde ihnen vielmehr helfen, sich eine „sittlich-anständige Haltung“¹⁰⁶² zu bewahren. Viele polnische Fremdarbeiter wären des Lesens unkundig und konnten sich daher nicht allein auf der Kommunion vorbereiten.¹⁰⁶³

1059 Ebd.: Schreiben der Pfarrei St. Vitus an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 18. Sept. 1944 (Nr. 763: „Polengottesdienst“).

1060 Ebd.: Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats an den Bischof Wienken vom 10. Jan. 1941 (Nr. 34: Berlin).

1061 Ebd.: Kopie des Schreibens des Breslauer Bischofs an den Reichsminister für Kirchliche Angelegenheiten vom 17. Jan. 1941.

1062 Ebd.

1063 Ebd.: Schreiben des Breslauer Bischofs an die Ordinariate der deutschen Bischöfe vom 25. Febr. 1942.

6.2.2.2 Sakramente

Die Religion spielt im Leben des Gläubigen und in jeder Lebensphase eine wichtige Rolle. Es war für die Fremdarbeiter, die zum Leben und zur Arbeit in Deutschland gezwungen waren, nicht anders. Menschen verliebten sich, bildeten Paare und wollten heiraten. Dennoch war es den Polen aus dem Generalgouvernement und aus Białystok nicht erlaubt, mit dem Segen der katholischen Kirche zu heiraten.¹⁰⁶⁴ Kinder wurden ebenfalls geboren und die katholischen Eltern wünschten, dass sie getauft wurden. Jedoch waren ebenfalls Taufen sehr eingeschränkt. Sie durfte nur stattfinden, wenn keine Deutschen anwesend waren.¹⁰⁶⁵ Der Pate musste Pole sein – deutsche Paten waren verboten.¹⁰⁶⁶ Die Zeremonie durfte nicht gleichzeitig mit anderen Taufen deutscher Kinder stattfinden. Sie musste in Latein stattfinden mit Antworten auf Deutsch. Der Pfarrer musste allein, ohne Messdiener, das Kind taufen.¹⁰⁶⁷

Menschen wurden krank, starben und mussten beerdigt werden. Die Bedingungen der Beisetzung waren ebenfalls streng reglementiert: Dabei musste absolute Ruhe herrschen, ohne Glockengeläut. Das Begräbnis musste auf Deutsch stattfinden und abgesehen von dem Pfarrer, dem Küster und dem Friedhofspersonal durften keine Deutschen anwesend sein.¹⁰⁶⁸ Beerdigungen von polnischen Zivilarbeitern sind in Heidelberg leider nicht aktenkundig. Dagegen enthalten die Akten des Erzbischöflichen Archivs Freiburg viele Beispiele für Beisetzungen von zum Tode verurteilten Polen. Aus ihnen gehen vor allem die Schwierigkeiten hervor, die es dem Pfarrer bereitete, den Verurteilten die Krankensalbung zu geben. Bis Juli 1941 durfte sie noch vorgenommen werden,¹⁰⁶⁹ obwohl die Nazis es nicht gern sahen, wenn deutsche Geistliche allzu viel Zeit mit den zum Tode verurteilten Fremdarbeitern verbrachten. Aus dem Schreiben eines Gefängnis-



Ange B. *1916

1064 Ebd.: Erlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei vom 10. Sept. 1943 (SIVD2c – 2071/43, §5: „Auf poln. Zivilarbeiter, die aus den eingegliederten Ostgebieten stammen und infolgedessen als Schutzangehörige gelten, finden die Bestimmungen der Ersten Verordnung über die Schutzangehörigkeit des Deutschen Reiches vom 25.4.1943 Anwendung“).

1065 EBA B2/49/23: Statistiken des Erzbischöflichen Ordinariats, Nr. 7.987, Statistik. 5, S. 10, Teil 5.

1066 Ebd.

1067 EBA B2/35/131: Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats an das Erzbischöfliche Dekanat des Erzbistums Freiburg vom 24. Mai 1943 (Nr. 5.258: „Die Seelsorgerliche Betreuung der polnischen Zivilarbeiter“).

1068 Ebd.: Statistiken des Erzbischöflichen Ordinariats, Nr. 7.987, Statistik 5, S. 10, Teil 5 sowie ebd.: Nr. 5.258 vom 24. Mai 1943.

1069 Ebd.: Schreiben des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz an den Erzbischof von Freiburg Conrad Gröber vom 16. Juli 1941.

geistlichen – aus Karlsruhe – vom 2. Juli 1941 geht hervor, dass er nicht immer rechtzeitig von Hinrichtungen in Kenntnis gesetzt wurde. Er berichtete, dass ein polnischer Fremdarbeiter hingerichtet worden sei und er darüber erst „nach vollbrachter Tat“ informiert worden sei, weshalb er sich bei der Anstaltsleitung beklagte und ihm das Recht eingeräumt wurde, vor den Hinrichtungen benachrichtigt zu werden. Interessant ist seine äußerst kritische Bewertung der Verurteilungsgründe. Für ihn wäre der Pole durch „das ordentliche Gericht nicht verurteilt [worden], weil die Anschuldigung nicht erwiesen war.“¹⁰⁷⁰ Die nächste Urteilsvollstreckung fand bereits kurz danach statt und er konnte die Nacht mit dem zum Tode Verurteilten verbringen: „Ich erfuhr von der Direktion, dass die Gestapo vorher sich weigerte, den Gefangenen zu fragen, ob er einen Geistlichen haben wollte. Da er es aber von sich aus dringend verlangte, hatten sie nichts dagegen. Von der Direktion erbat ich [die] fernmündliche Erlaubnis, in dieser Nacht in der Kapelle einen Gottesdienst halten zu dürfen und dem Polen die hl. Sakramente spenden zu können. Diese Erlaubnis wurde zwar für die Kapelle verweigert, aber für die Zelle des Gefangenen gegeben. In der Annahme der Zustimmung der Behörde und unter Beachtung der kirchlichen Vorschriften zelebrierte ich nachts um 12:00 Uhr in der Zelle und reichte dem Todgeweihten die hl. Kommunion.“¹⁰⁷¹ Aus dem Schreiben des Pfarrers tritt dessen Unsicherheit hervor, denn da er sich kurz vor einer weiteren dritten Hinrichtung befand, hatte er den Erzbischof um die Erlaubnis gebeten, in solchen Fällen die Messe in der Zelle des Todgeweihten feiern zu dürfen.¹⁰⁷² Leider ist die Antwort des Bischofs nicht überliefert.

6.2.3 Möglichkeiten der Religionsausübung von Ostarbeitern

6.2.3.1 *Richtlinien*

Das Dekret der Gestapo vom 27. Mai 1942 reglementierte den für Ostarbeiter geltenden Spielraum für Gottesdienst und Seelsorge. Es war den Fremdarbeitern, die aus den ehemaligen sowjetischen Territorien stammten, strikt verboten, in die Kirche zu gehen. Die Seelsorge durfte auf keinem Fall von einem deutschen oder ausländischen Pfarrer wahrgenommen werden.¹⁰⁷³ Der Besuch der Sonder-

1070 EBA B2/47/36: Schreiben der Pfarrei St. Bonifatius in Karlsruhe an den Erzbischof von Freiburg vom 2. Juli 1941.

1071 Ebd.

1072 Ebd.

1073 Frings/Sieve (2003), S. 280.

gottesdienste für Polen wurde ihnen ebenfalls verweigert.¹⁰⁷⁴ Gottesdienste konnten jedoch im Lager gefeiert werden, wie es aus der Lagerordnung eines Heidelberger Ostarbeiterlagers von 1942 hervorgeht. Nur Ostarbeiter, die die Priesterweihe erhalten hatten, durften sich um die Seelsorge ihrer Schwestern und Brüder kümmern, jedoch nur solange sie von der Lagerführung dafür ausgewählt worden waren. Die religiöse Ausübung war erlaubt, soweit sie weder die Ordnung des Lagers noch die Arbeit störte.¹⁰⁷⁵ Wichtige religiöse Zeremonien, wie z.B. eine Beisetzung, waren ebenfalls sehr streng geregelt. Für die Beerdigung von Ostarbeitern galt nur ein minimaler Standard. Der GBA ermunterte zu Feuerbestattungen, die bei Ostarbeitern nicht nur „erlaubt“, sondern besonders „erwünscht“ sei – soweit dies von der Infrastruktur her möglich war. Moslems oder „Tartaren“ sollten nur begraben werden, um ihren Glauben nicht zu stören. Bei Beisetzungen war die Gegenwart eines Geistlichen streng verboten. Ostarbeitern war es lediglich erlaubt, gemeinsam mit dem Ostarbeiterpfarrer eine einfache Beerdigungsfeier durchzuführen.¹⁰⁷⁶



Olena R. *1925

6.2.3.2 *St. Vitus*

Nach diesen Bestimmungen gab es für Ostarbeiter so gut wie keine Möglichkeit, die Kirche aufzusuchen. Manche trotzten jedoch diesem Verbot und versuchten an den Sondergottesdiensten der Polen teilzunehmen. Diese Informationen gehen aus dem Briefwechsel vom Anfang des Jahres 1943 zwischen dem Pfarrer der Gemeinde St. Vitus und dem Erzbischof hervor. Pfarrer Rudolf F. wurde von der Gestapo beschuldigt, eine Messe für russischen Ostarbeiter gelesen zu haben. Die Gestapo hätte wiederum diese Information von der NS-Frauenschaft erhalten, die sich um die russischen Haushaltshelferinnen kümmerte. Während eines Treffens mit der NS-Frauenschaft hätten viele deutsche Arbeitgeberinnen zu ihrer Überraschung erfahren, dass es ihren Ostarbeiterinnen verboten war, in die Kirche zu gehen. Ihre Haushaltshelferinnen würden jeden Sonntag in die Pfarrei St. Vitus gehen, um dort dem Gottesdienst beizuwohnen. Rudolf F. gab an, die P-Zeichen der polnischen Besucher nicht geprüft zu haben und dass es ihm deshalb entgangen sei, dass Ostarbeiter sich dazugesetzt hätten. Ihm

1074 EBA B2/49/23: Statistiken des Erzbischöflichen Ordinariats, Nr. 7.987, Statistik 5, S. 10, Teil 5.

1075 STAHD AA, 199p/2: undatierte Lagerordnung, die den Akten von 1942 zugeordnet ist.

1076 EBA B2/47/40: Erlass des GBA. Kirchliches Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg 1943, Stück 10, S. 206 (Nr. 57: Maßnahmen bei Todesfällen ausländischer Arbeitskräfte (Ostarbeiter); EBA B2/49/23: Statistiken des Erzbischöflichen Ordinariats, Nr. 7.537, Statistik 6, S. 18, Teil 5.

wurde für den Wiederholungsfall eine Gefängnisstrafe angedroht und er musste versprechen, dass zukünftig nur Polen, die ihr P-Abzeichen trugen, an dem Gottesdienst teilnehmen würden.¹⁰⁷⁷ Der Erzbischof leitete das Schreiben des Pfarrers von St. Vitus an das Kommissariat der Fuldaer Bischofskonferenz weiter. Er selbst befand die Durchführung der Maßnahme der Abzeichenkontrolle als sehr schwierig und empfahl dem Pfarrer, das Gottesdienstverbot sowohl von der Kanzel herab anzukündigen als auch ein Plakat auszuhängen. Das Kommissariat hätte diese Abmachung mit dem Reichssicherheitshauptamt und dem Reichskirchenministerium getroffen.¹⁰⁷⁸ Es gelang dem Pfarrer trotzdem, eine Kontrolle der P-Zeichen durchzuführen. Er engagierte zu diesem Zweck einen Vertrauensmann, einen ehemaligen Hauptgefreiten, der von jedem Fremdarbeiter, der in die Kirche ging, das P-Zeichen vorzuzeigen verlangte. Auf diese Weise wurde manchen Fremdarbeitern der Zugang zur Kirche verwehrt. Der Pfarrer Rudolf F. war nur bedingt von dieser Kontrolle überzeugt und wies darauf hin, dass P-Zeichen auch theoretisch von Ostarbeitern ausgeliehen werden konnten.¹⁰⁷⁹ Aus seinem Schreiben kommen die Ängste vor den Gestapobeamten und ein ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein des Geistlichen deutlich zum Ausdruck.¹⁰⁸⁰ Dennoch waren die Probleme des Pfarrers mit der Gestapo nicht vorüber. Im August 1944 wurde er bei der Gestapo einbestellt. Ein Ostarbeiter namens Ivan hätte behauptet, mit mehreren Kameraden bei Mariä Himmelfahrt am Gottesdienst teilgenommen zu haben, obwohl sie ihre Ost-Zeichen sichtbar getragen hätten. Der Geistliche gab an, dass das unmöglich sei, weil die Teilnehmer vor dem Gottesdienst kontrolliert worden wären. Rudolf F. war sichtlich aufgebracht über die Methoden der Gestapo und fühlte sich sehr verunsichert, wie er weiter vorgehen sollte. Er bat deshalb das Erzbischöfliche Ordinariat um die Bestätigung, ob er auch weiterhin die monatliche Messe für die polnischen

1077 EBA B2/35/131: Schreiben der Pfarrei Vitus an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 1. Jan. 1943 (Nr. 2: „Verhör durch die Gestapo“).

1078 Ebd.: Schreiben des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 18. Jan. 1943 (Nr. 270: „Zum Schreiben vom 11. Jan. 1943“).

1079 Ebd.: Schreiben der Pfarrei St. Vitus an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 21. Jan. 1943 (Nr. 707: „auf Erlass vom, Polengottesdienst“).

1080 „Ich war ganz erschöpft, da schon der Ton am Telefon mich sehr erregt hatte und mein Herzleiden dadurch nicht besser wurde. Ich wurde nun bei der mündlichen Vernehmung etwas freundlicher behandelt (...)“ (ebd.: Schreiben Nr. 2 vom 1. Jan. 1943: „Mehr kann ich aber nicht tun. Wenn das nicht genügt, wüßte ich nicht, wie ich mit etwaigen schlimmen Folgen entziehen sollte“ (EBA B2/35/131: Schreiben der Pfarrei St. Vitus, an das Erzbischöfliche Ordinariat vom 21. Jan. 1943 (Nr. 707))).

Fremdarbeiter feiern sollte.¹⁰⁸¹ Das Erzbischöfliche Ordinariat versagte ihm die Erlaubnis, den Gottesdienst für die Polen aufzugeben. Es empfahl ihm eine abermals verstärkte Kontrolle der P-Zeichen durchzuführen, in dem er z.B. nur eine Tür aufmachen und die Zahl der Teilnehmer regelmäßig überprüfen lassen sollte. Das Erzbischöfliche Ordinariat unterstützte ihn im Übrigen bei seinen Problemen und intervenierte in seinem Sinne bei der Gestapo Karlsruhe.¹⁰⁸²



Christiane Paulette H.

*1922

1081 Ebd.: Schreiben der Pfarrei St. Vitus an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg vom 18. Sept. 1944 (Nr. 763: „Polengottesdienst“).

1082 Ebd.: Rückantwort an die Pfarrei Heidelberg-Handschuhsheim vom 23. Sept. 1944 (Nr. 10.524).

7 Sozialleben

7.1 Sexual- und Liebesleben

7.1.1 Geschlechtsbeziehungen

7.1.1.1 Ungezwungene Beziehungen mit Deutschen

Die Fremdarbeiter trafen jeden Tag andere Fremdarbeiter und Deutsche, mit denen sie zusammenarbeiteten oder -wohnten. Es überrascht daher nicht, dass sich Liebesverhältnisse oder sexuelle Beziehungen entwickelten.¹⁰⁸³ Solche Beziehungen gab es auch zwischen Fremdarbeitern und Deutschen. Sie können in zwei Kategorien unterteilt werden, nämlich in freiwillige und in erzwungene Beziehungen. Sexuelle Gewalt gegenüber Fremdarbeiterinnen war im Dritten Reich keine Seltenheit. Die im Nationalsozialismus gegenüber Frauen ausgeübte sexuelle Gewalt umfasste Zwangsprostitution und Vergewaltigung. Insbesondere manche Polinnen und Ostarbeiterinnen waren Wachmännern, Lagerführern oder Polizisten schutzlos ausgeliefert. Vergewaltigungen z.B. durch Wehrmachtangehörige wurden juristisch als „Antragsdelikte“ behandelt.¹⁰⁸⁴ Jedoch sind Handlungen sexueller Gewalt in Heidelberg weder aktenkundig noch wurde Derartiges von den Zeitzeugen erwähnt. Freiwillige Beziehungen zwischen Deutschen und Fremdarbeitern waren im Nationalsozialismus meist höchst unerwünscht, ja verboten, je nachdem, aus welchem Land der oder die Betreffende stammte. Seit dem Erlass vom 7. Dezember 1942 wurden hingegen sexuelle Kontakte mit Fremdarbeitern aus so genannten „germanischen“ Völ-

1083 Informationen zum Thema sexuelle Beziehungen bieten meist die Krankenakten der ausländischen Patienten, die die Heidelberger Universitätskliniken überwiegend wegen Geschlechtskrankheiten aufsuchten. Aus den Fragen der Ärzte zum Krankheitsbild lassen sich Details über entsprechende Beziehungen rekonstruieren.

1084 Hoffmann (1999), S. 187ff. Hoffmann berichtet, wie eine 14-jährige Polin vom Geschäftsführer ihrer Firma vergewaltigt und anschließend in Schutzhaft gesperrt wurde. Auch wenn diese Frauen zum Geschlechtsverkehr gezwungen worden waren, machten sie sich in dem Sinne schuldig, Verkehr mit Deutschen gehabt zu haben. Darauf standen 21 Tage Haft. Manche Frauen wurden nach ihrer Vergewaltigung im KZ zur Prostitution gezwungen (vgl. dazu Schwarze (1997), S. 111).

kern – also etwa mit Niederländern oder Dänen – gebilligt. Wenn der oder die Betreffende aus Bulgarien, Frankreich, Italien, Kroatien, Rumänien, Ungarn oder Slowenien kam, waren solche Beziehungen zwar offiziell verpönt, blieben aber ohne weitere Rechtsfolge für den oder die betreffende/n Fremdarbeiter/in. Geschlechtsbeziehungen mit der „D-Gruppe“ – Polen, Russen oder Ostarbeitern – waren dagegen streng verboten.¹⁰⁸⁵ Auch für französische Kriegsgefangene war es nicht ungefährlich, geschlechtliche Beziehungen zu Deutschen zu haben. Im Juli 1943 ließ das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Aushänge mit dem Titel „Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz“ plakatieren, mit denen die Bevölkerung über ihre Beziehungen zu diesem Personenkreis „aufgeklärt“ wurde¹⁰⁸⁶. Es wurde daran erinnert, dass die Gefangenen „als Soldaten ihres Landes gegen Deutschland gekämpft [haben] und (...) auch jetzt noch als feindlich gesinnt angesehen werden“¹⁰⁸⁷ müssten. Vor allem wurde darauf hingewiesen, dass die Kriegsgefangenen, selbst wenn sie zur Normalität gehörten, nicht Teil der deutschen Gesellschaft sein sollten: „Selbst der Schein einer Annäherung muss vermieden werden.“¹⁰⁸⁸

Insbesondere französische Kriegsgefangene, die in der Landwirtschaft auf einzelnen Bauernhöfen in Abwesenheit der an die Front einberufenen Ehemänner beschäftigt waren, befanden sich in einer Situation, in der sexuelle Beziehungen nicht unüblich waren. Der Aushang wies darauf hin, dass die beteiligten Frauen mit Bestrafung zu rechnen hätten, ohne jedoch diese explizit zu erläutern. Nicht selten wurden diese Frauen zwangsprostituiert, ihnen wurde der Kopf rasiert oder sie mussten mit einem Plakat durch die Straßen laufen, auf dem stand: „Ich bin die Geliebte eines französischen Kriegsgefangenen.“¹⁰⁸⁹ Bei Geschlechtsbeziehungen zwischen Deutschen und polnischen oder russischen Fremdarbeitern wurde noch weitaus strenger durchgegriffen. Hierfür drohte die Todesstrafe (Erhängen) oder – in „milderen“ Fällen – der KZ-Aufenthalt.¹⁰⁹⁰

In Heidelberg suchten viele Ausländer mit Geschlechtskrankheiten die Unikliniken auf. Aus den Krankenakten lassen sich jedoch nur Geschlechtsbeziehungen zwischen Ausländerinnen aus Luxemburg, Belgien oder Frankreich mit Soldaten oder SS-Offizieren nachweisen. Eine an Syphilis erkrankte Belgierin gab an, sich bei ihrem



1085 Broszat (1958b), S. 387ff.

1086 STAHD AA, 212c/3: Vermerk vom Juli 1943 („Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz“).

1087 Ebd.

1088 Ebd.

1089 Durand (1987), S. 252.

1090 Broszat (1958b), S. 388.

Verlobten angesteckt zu haben. Ihr Verlobter sei Obergefreiter der Wehrmacht, von dem sie seit Januar 1944 nichts mehr gehört habe, nachdem er mit ihrem ganzen Geld verschwunden sei. Später habe sie von anderen erfahren, dass er parallel mehrere Beziehungen zu jungen Damen unterhalten und alle auf die gleiche Weise betrogen habe. Dennoch habe sie seit kurzem einen neuen Verlobten, einen Wehrmachtsoffizier.¹⁰⁹¹ Im März 1945 kam die Luxemburgerin Marie-Luise B. ins Krankenhaus, weil sie an Syphilis und Gonorrhoe erkrankt war. Sie gab an, ihr Freund sei ein verheirateter SS-Offizier, den sie im Kino kennengelernt habe. Sie habe im Juni/Juli davor eine Beziehung mit einem Wehrmachtsoffizier gehabt, von dem sie sogar ein Kind bekommen hatte.¹⁰⁹² Monika C., die als Hausmädchen in einer Heidelberger Wirtschaft beschäftigt war, befand sich seit dem 25. November 1942 ebenfalls mit der Diagnose Syphilis in der Hautklinik. Einem Schreiben des Heidelberger Polizeidirektors an das Gesundheitsamt ist zu entnehmen, dass die junge Frau „eine größere Anzahl von Personen angesteckt haben“¹⁰⁹³ soll. Eine andere geschlechtskranke Frau gab an, von November 1943 bis März 1944 mit diversen Deutschen Geschlechtsverkehr gehabt zu haben: Unter anderem mit einem Wehrmachtshauptmann,¹⁰⁹⁴ mit zwei Heidelbergern – Eugen H. und Wolfgang K. – und zuletzt mit einem „unbekannte[n] Hauptmann“.¹⁰⁹⁵ Diese Beziehungen waren alle kurz und unstet.¹⁰⁹⁶ All diese Beispiele verdeutlichen, dass Geschlechtskrankheiten unter Wehrmachts- und SS-Offizieren durchaus verbreitet waren.¹⁰⁹⁷ In den genannten Fällen handelte es sich stets um ausländische Frauen, die Geschlechtsverkehr mit deutschen Männern hatten. Beziehungen zwischen deutschen Frauen und Ausländern lassen sich in den Krankenakten der Universitätskliniken hingegen kaum nachweisen. Lediglich ein Fall ist durch Zeitzeugen bekannt; demnach gab es „ein kleines Hausmädchen, mit dem Jacques Nilsa schlief.“¹⁰⁹⁸

1091 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Belgien), Karton 3, Mappe 11: Dok. 58.

1092 Ebd., (Einzelfallakten, Luxemburg), Karton I, Mappe 1: Dok. 59.

1093 Ebd.: Dok. 104, 105.

1094 Ebd.: Dok. 112.

1095 Ebd.: Dok. 120.

1096 Obwohl es durchaus manchmal auch richtige und beständige Liebesbeziehungen gab, wie es die Geschichte von Nina M. und Julius P. zeigt (Hauch (2001), S. 408–12; s. auch Schminck-Gustavus (1991)).

1097 Eine Tatsache, die von der NS-Politik begünstigt und verstärkt wurde. Es wurde versucht, die sexuelle Aktivität dieser Männer durch die Errichtung von Bordellen in ganz Europa zu „kanalisieren“. Im Jahr 1942 hatte die Wehrmacht etwa 500 Bordelle zur Verfügung, in denen die Geschlechtskrankheiten sich umso stärker ausbreiteten, als Gummi für die Herstellung von Kondomen fehlte (Schwarze (1997), S. 111).

1098 „Mais il y avait une petite bonne avec laquelle Jacques Nilsa couchait (...)“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jacques Delvincourt vom 8. April 2000).

Die Akten der Gerichtsverfahren gegen Deutsche aus Baden und dem Elsass wegen verbotener Kontakte mit Ausländern bilden eine wichtige Quelle. Jedoch ergingen Urteile wegen so genanntem „unzulässigen Umgang mit ausländischen Arbeitern“ nicht zwangsläufig wegen Geschlechtsverkehr, sondern häufig wegen Belanglosigkeiten. So wurde im Juni 1942 eine Deutsche vom Landgericht Karlsruhe zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie einem russischen Kriegsgefangenen „der dort beim Legen der Kabel für die Reichsbahn arbeitete, etwa 1/2 Pfund Speck und ein großes Stück Brot“¹⁰⁹⁹ zusteckte. Eine ähnliche, nämlich einmonatige Freiheitsstrafe erhielt am 10. Mai 1944 eine Deutsche, weil sie einem sowjetischen Gefangenen Brot gegeben hatte.¹¹⁰⁰ Das Landgericht Heidelberg musste auch solche Fälle verhandeln sowie Affären zwischen Fremdarbeitern und Deutschen. Dabei gab es wenige Affären, die in Heidelberg selbst stattfanden. Dagegen waren die Fälle im Landkreis verbreiteter. Der Fall einer Liebesbeziehung zwischen einer Deutschen und einem französischen Kriegsgefangenen in der Bremsenfabrik August Grau ist im Generallandesarchiv Karlsruhe aktenkundig. Die junge Frau wurde im Dezember 1944 „wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen“¹¹⁰¹ vom Amtsgericht Heidelberg verurteilt: „Die Angeklagte Elli B., die bei der Bremsenfabrik Grau als Hilfsarbeiterin beschäftigt ist, war im Herbst 1944 mit dem in der gleichen Abteilung tätigen französischen Kriegsgefangenen Maurice S. (...) ein Liebesverhältnis eingegangen. Es begann damit, dass der Kriegsgefangene der B. während ihrer Abwesenheit Schokolade auf den Arbeitsplatz legte und ihr anschließend durch Zeichen anzeigte, dass die Schokolade von ihm sei. Die B. hat sich dann bei einem späteren Nachtdienst außerhalb der Arbeitsräume mit dem S. getroffen, um ihm Zigaretten zu geben. (Nach Angaben der Angeklagten etwa 15–20 Stück.) Die B. fasste dies als Gegenleistung für die Schokolade auf. Bei der Gelegenheit dieses nächtlichen Treffens hat sie sich von dem Kriegsgefangenen umarmen und küssen lassen. Auch nachdem die Angeklagte in eine andere Abteilung versetzt worden war, hat sie sich noch mit dem Kriegsgefangenen getroffen. Sie wollte ihm klarmachen, dass ihr Verhältnis nicht sein dürfte. Doch kam es auch bei diesen Begegnungen zum Austausch von Zärtlichkeiten. Geschlechtsverkehr hat nach glaubhaften Angaben der Angeklagten nicht stattgefunden. Die Angeklagte sieht ihr unrechtes Tun ein und ist in vollem Umfange geständig. Es kann ihr zugute gehalten werden, dass sie glaubte, wenn sie zu einem Gefangenen freundlich sei, so werde es ihrem in



Sofia L. *1921

1099 GLA 309; 1987/54/1266: Dok. 29 (Urteil vom 19. Juni 1942).

1100 Ebd., Dok. 4 (Urteil vom 10. Mai 1944).

1101 Ebd., 1987/54/1267: Urteil des Heidelberger Amtsgerichts vom 21. Dez. 1944.

amerikanischer Gefangenschaft befindlichen Bruder vielleicht auch besser gehen. Doch entschuldigt diese unlogische Überlegung ihr Handeln nicht, insbesondere auch in Hinsicht auf die ausgetauschten Zärtlichkeiten.“¹¹⁰²

Für diese unschuldige Romanze wurde die junge Elli B. mit einer dreimonatigen Freiheitsstrafe belegt.¹¹⁰³ Als Begründung für ihre „milde“ Verurteilung wurden ihre Unbescholtenheit, ihr Eingeständnis und ihre Reue für die begangene Tat genannt. Leider wird nichts über das Schicksal des französischen Kriegsgefangenen bekannt – solche Delikte wurden üblicherweise mit Freiheits- bis hin zu Todesstrafen geahndet, wie aus einer Bekanntmachung vom OKW hervorgeht: „Den Kriegsgefangenen ist strengstens verboten, sich unbefugt deutschen Frauen oder Mädchen irgendwie zu nähern oder mit ihnen in Verkehr zu treten. Jede Zuwiderhandlung wird mit Gefängnis bis zu 10 Jahren, unter Umständen sogar mit dem Tode bestraft.“¹¹⁰⁴

7.1.1.2 Das Mannheimer Bordell

In einem Rundschreiben der NSDAP vom 7. Dezember 1940 wurde augenfällig auf das Problem der Sexualität der Fremdarbeiter hingewiesen. Ihre Sexualität stellte für den Nationalsozialismus ein Problem dar, weil man befürchtete, dass die hohe und zunehmende Zahl der Fremdarbeiter früher oder später „zu einer Gefährdung des deutschen Blutes“ führen könnte:¹¹⁰⁵ „Der Führer hat daher angeordnet, dass für fremdvölkische Arbeiter möglichst an allen Orten, an denen sie in größerer Zahl eingesetzt sind, eigene Bordelle zu errichten sind.“¹¹⁰⁶ Diese Bordelle sollten möglichst nicht an solchen Orten eingerichtet werden, wo sie für die Bevölkerung eine Belästigung darstellten, sondern in der Nähe der Fremdarbeiterlager. Die Prostituierten durften keine Deutschen sein, sondern Sinti, Roma oder Ausländerinnen, die aus dem Herkunftsland der Mehrheit der beschäftigten Fremdarbeiter stammten.¹¹⁰⁷ In Ergänzung dieses Rundschreibens fand am 2. Oktober 1941 eine Besprechung im Reichskriminalamt statt. Die Empfehlung für die Errichtung eines Bordells galt ab einer Zahl von 1.000 Fremdarbeitern, jedoch sollten „die verschiedene Triebhaftigkeit der Fremdvölkischen und ihr Lebensalter“ berücksichtigt werden: „Z.B. bei Italienern

1102 Ebd.

1103 Die neun Tage, die sie in Untersuchungshaft verbrachte, wurden angerechnet, sie hatte die gesamten Gerichtskosten zu tragen.

1104 GLA 309: 1987/54/1261: Kriebsrecht, hier Kriegsgefangene (1940–45).

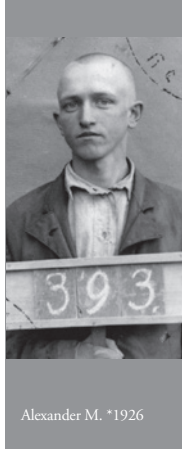
1105 Ebd., 1991/34/269: Rundschreiben vom 7. Dez. 1940.

1106 Ebd.

1107 GLA 330: 1991/34/269: Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei an alle Kriminalpolizei(leit)stellen vom 16. Jan. 1941.

kann bei einem massierten Einsatz von etwa 400 bis 500 schon ein Bedürfnis vorliegen. Auf flachem Lande (landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz) soll nichts unternommen werden: Hier soll möglicherweise durch Einsatz von weiblichen fremdvölkischen Arbeitskräften ein Ausgleich geschaffen werden.“¹¹⁰⁸

Erst Ende März 1941 wurde in Baden über die Orte entschieden, die für eine Bordellerrichtung in Frage kamen. Zu dieser Zeit gab es in Baden etwa 8.800 Fremdarbeiter, die überwiegend auf dem Land in einzelnen Kommandos oder auf Bauernhöfen eingesetzt waren. Der Bedarf an Bordellen war deshalb nicht sonderlich hoch. Lediglich in Mannheim (982 Fremdarbeiter), Wiesloch bei Heidelberg (50 Italiener), Pforzheim (64 Italiener) und Offenburg (60 Italiener) waren größere Gruppen von Fremdarbeitern beschäftigt.¹¹⁰⁹ Weder Wiesloch noch Heidelberg hatten damals eine Fremdarbeiterzahl, die die Errichtung eines Bordells rechtfertigte. Deshalb fiel die Wahl des Reichskriminalamts auf Mannheim.¹¹¹⁰ Das Mannheimer Bordell dürfte von vielen Fremdarbeitern aus der Nähe und eben auch aus Heidelberg besucht worden sein. Diese Vermutung bestätigt der Fall dreier polnischer Fremdarbeiter aus Viernheim. Die drei Männer gaben an, nach dem Besuch des Bordells in Mannheim an Gonorrhoe erkrankt zu sein. Das „Stelldichein“ soll je 5 RM gekostet haben.¹¹¹¹ Das Mannheimer Bordell wurde Ende August 1941 fertiggestellt und soll ab dem 1. September 1941 in Betrieb gegangen sein. Die Verwalterin war eine deutsche Dirne, Gerda G., die schon vorher ein Bordell geführt haben soll. Sie fuhr Ende August nach Warschau, um dort sechs Prostituierte anzuwerben. Das Bordell befand sich in der Gutmannstraße, Nr. 16,¹¹¹² „eine Straße, die ausschließlich von Dirnen bewohnt wird und die im Stadtrandgebiet“¹¹¹³ lag. Den Fremdarbeitern und den Prostituierten standen neun Zimmer zur Verfügung. Am Eingang gab es ein Warnschild, dass dieses Bordell ausschließlich Fremdarbeitern seine Dienste anbot. Ursprünglich war das Bordell auf eine Kundenklientel von 1.000 bis



1108 Ebd.: Bericht der Kriminalpolizei Karlsruhe über die Besprechung im Reichskriminalpolizeiamt am 2. Okt. vom 11. Okt. 1941 („Errichtung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter“).

1109 Ebd.: Schreiben „Zur Durchführung des Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 16. Jan. 1941 („Die Errichtung von Bordellen bei massiertem Einsatz fremdvölkischer Arbeiter“).

1110 Ebd.

1111 Datenbank, ID-Nr. 1.650, 372, 495.

1112 Die Adresse ist von den drei Polen angegeben (Datenbank, ID-Nr. 1.650, 372, 495 – GLA 330: 1991/34/269: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD vom 9. Sept. 1941).

1113 Ebd.

1.200 Fremdarbeiter ausgelegt worden,¹¹¹⁴ jedoch musste die Kriminalpolizei nach einem Monat feststellen, dass die Zahl der Benutzer weitaus höher lag und sechs Prostituierte keineswegs ausreichten. Als Begründung für die unerwartet starke Nachfrage wurde der Besuch von Fremdarbeitern aus dem benachbarten Ludwigshafen angegeben, wo sich zu dieser Zeit um die 5.000 bis 6.000 ausländische Arbeiter aufhielten. Nach einem knappen Monat Betrieb befanden sich außerdem schon zwei der sechs Prostituierten „wegen Infektion“¹¹¹⁵ in stationärer medizinischer Behandlung. Es wurde daher beschlossen, zwei weitere Prostituierte anzuwerben. Diesmal sollten es zwei Französinen sein, weil „das Bordell von sehr vielen Franzosen besucht“¹¹¹⁶ wurde. Es ist nicht bekannt, wie die Anwerbung dieser Frauen erfolgte, ob auf freiwilliger Basis oder nicht. Viele Frauen, die in den KZ-Bordellen arbeiteten, wurden dazu gezwungen. Zwei ehemalige Zwangsprostituierte erzählten, dass sie nach körperlichen Merkmalen ausgewählt wurden und dass sie erst im Lager erfahren hätten, woraus die Arbeit in ihrem „Sonderkommando“ bestand.¹¹¹⁷ Viele hätten auch diese Arbeit angenommen, um nicht zu verhungern.¹¹¹⁸ Ausländische Prostituierte bereiteten dem NS-Staat zwei Probleme: Dazu gehörten 1. die hohe Zahl der Schwangerschaften und 2. die hohe Zahl der Geschlechtskranken. Um das Ausmaß der Geschlechtskrankheiten zu begrenzen, musste sich jede Prostituierte einmal im Monat ärztlich untersuchen lassen. Die Frauen, für die Heilungschancen bestanden, wurden stationär aufgenommen und behandelt. Die anderen wurden in ihre Heimat zurückgeschickt.¹¹¹⁹ Die Behandlung sollte genauso verlaufen wie bei den deutschen Prostituierten, weil „aus den erwähnten rassischen Gründen ein Interesse an einer nachhaltigen Berufsausübung durch sie besteht.“¹¹²⁰ Wurde die Prostituierte schwanger, waren Schwangerschaftsunterbrechung sowie Unfruchtbarmachung empfohlen.¹¹²¹

1114 Ebd.

1115 Ebd.: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD vom 11. Okt. 1941.

1116 Ebd.

1117 Paul (1994), S. 45–57.

1118 Schwarze (1997), S. 113.

1119 Ebd., S. 114.

1120 GLA 330: 1991/34/269: Schreiben des Reichsministers des Innern an die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Landesregierungen), die Herren Regierungspräsidenten, die Herren Polizeipräsidenten in Berlin, die Gesundheitsämter vom 24. Okt. 1942 („Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Ärztliche Betreuung der fremdvölkischen Prostituierten“).

1121 Ebd.: streng vertrauliches Schreiben des SD an alle Kriminalpolizei(leit)stellen vom 13. Mai 1942 („Schwangere Prostituierte“).

7.1.2 Eheschließungen

7.1.2.1 ... zwischen Fremdarbeitern

Über rein sexuelle Kontakte von Fremdarbeitern hinaus erwachsen durchaus auch stabile Beziehungen zwischen den Fremdarbeitern, manchmal auch mit Deutschen. Eheschließungen zwischen Fremdarbeitern sind schlecht dokumentiert, weil sie nur selten der deutschen Bürokratie unterlagen. Den Sterbe-, Geburts- und Ehe-Registern sind Informationen über Eheschließungen zwischen Ausländern in der Zeit von 1939 und 1946 zu entnehmen. Während des Kriegs sind etwa 250 Eheschließungen verzeichnet. Das genaue Datum der Trauung wird nie angegeben, sodass sich nur vermuten lässt, dass die meisten Eheschließungen 1945 bzw. nach Kriegsende erfolgten. In diesen erschlossenen Angaben nicht erfasst sind die förmlichen Trauungen, die möglicherweise in den Lagern in religiösem Rahmen stattfanden. Die Einzelfallakten enthalten Informationen über eine solche Trauung: Ein russischer Fremdarbeiter der Firma Jung namens Nikolai T. erhielt für seine Trauung einen freien Tag. Die dadurch verlorene Arbeitszeit musste er später nachholen. Die Firma spendierte ihm sogar 30 RM als Hochzeitsgeschenk.¹¹²² Dieser Fremdarbeiter scheint eine gute Stellung sowie ein gewisses Ansehen bei der Firma Jung genossen zu haben. Aus anderen Dokumenten geht hervor, dass er das OST-Zeichen auf dem linken Ärmel tragen durfte anstatt auf der rechten Brustseite. Damit wurden manche Ostarbeiter für eine einwandfreie Haltung und Arbeitsleistung belohnt.¹¹²³ Sie durften dann z.B. ohne Bewachung zur Arbeit gehen.¹¹²⁴ Auch erhielt er die Erlaubnis, einen Familienangehörigen zu besuchen, denn er wurde als „fleißig“ und „arbeitswillig“ beschrieben.¹¹²⁵

7.1.2.2 Trauungen mit deutschen Ehepartnern

Solche Eheschließungen fanden selten statt. Sie sind sowohl in den Registern als auch in den Einzelfallakten aktenkundig. Die Staatsangehörigkeit der Fremdarbeiter ist in den Registern nicht immer ausgewiesen, aber manchmal wurden der Geburtsname der Ehefrau sowie ihre Staatsangehörigkeit angegeben. Es liegen nur für fünf Trauungen mit Deutschen aus dem Jahr 1945 relativ präzise Informationen vor: drei Italiener, ein Niederländer und eine Russin, die einen Mann



1122 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 57, Mappe 178: Dok. 127.

1123 Spoerer (2001), S. 95.

1124 [Http://www.zwangsarbeit-in-goettingen.de/texte/bioviktor.htm](http://www.zwangsarbeit-in-goettingen.de/texte/bioviktor.htm) (31. Aug. 2012).

1125 Ebd.: Dok. 129, sowie Karton 57, Mappe 178: Dok. 131.

mit zumindest deutsch klingendem Namen heiratete. Es ist nicht auszuschließen, dass die Paare sich schon während des Kriegs kennenlernten und erst nach dessen Ende heirateten. Die Informationen aus den gesichteten Einzelfallakten enthalten Details über acht Eheschließungen zwischen Fremdarbeitern und Deutschen. Dabei handelte es sich um Trauungen, die zwischen 1940 und Februar 1945 erfolgten. Die ausländischen Ehepartner kamen aus Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Holland und Jugoslawien. Die Trauungen, die tatsächlich erfolgten, fanden durchweg mit Ausländern statt, die als „germanisch“ galten. Schon ab 1935 war ein Ehetauglichkeitszeugnis erforderlich, um im nationalsozialistischen Deutschland zu heiraten. So wurde vermieden, dass „gesunde“ Deutsche z.B. Juden oder Personen mit erblichen Krankheiten heirateten. Die Ehekandidaten mussten den „Prüfungsbogen für Ehe-eignung“¹¹²⁶ ausfüllen, in dem nach den familiären Hintergründen gefragt wurde: „I. Vorgeschichte 1. Sichere oder vermutete Fälle von Schwachsinn, Epilepsie, Geisteskrankheiten, Krämpfen, Missbildungen, Gebrechen, z. B. vererbte Blindheit, Taubstummheit usw., Verkrüppelung, Stoffwechselkrankheit, Tuberkulose, Alkoholismus, Rauschgiftsucht, Selbstmord, konstitutionelle Krankheiten, Aufenthalt in Anstalten für Geistesranke Schwachsinnige und Epileptiker a) bei den Großeltern (...); b) bei den Eltern (...); c) bei den Geschwistern der/des Untersuchten (...) 3. Bei weiblichen Untersuchten: Zahl der Schwangerschaften, getrennt nach Lebend-, Tot- und Fehlgeburten (...).“¹¹²⁷

Das Gesundheitsamt stellte das Ehetauglichkeitszeugnis aus und versicherte dabei, dass keine Hindernisse für eine Trauung vorlagen. Ein gutes Beispiel für dieses Verfahren ist der Fall der Eheleute Georges A. und Milly B., die in Eberbach wohnten. Das Gesundheitsamt Heidelberg war in diesem Fall für die Ausstellung ihres Ehetauglichkeitszeugnisses zuständig. Es handelte sich um einen französischen Zivilarbeiter, der eine Deutsche heiraten wollte. Das Paar lernte sich vermutlich bei der Arbeit kennen. Der Franzose war ledig, während seine Verlobte schon mit einem Wehrmachtsoffizier verheiratet gewesen war, von dem sie sich einige Monate vor dem Aufgebot im Juli 1944 hatte scheiden lassen.¹¹²⁸ Das Ehetauglichkeitszeugnis wurde vom Gesundheitsamt Heidelberg am 20. Juli 1944 ausgestellt. Es versicherte: „Bei dem Georges A. (...), wohnhaft in Eberbach, B.B.C. Lager, und der Milly B. geb. K. (...) wohnhaft in Eberbach (...) liegen Ehehindernisse im Sinne des Gesetzes zum Schutze der Erbgesund-

1126 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Niederlande), Karton 6, Mappe 19: Dok. 9.

1127 Ebd.

1128 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 1, Mappe 1: Dok. 72.

heit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18.10.1935 (REBl. 1 S. 1.246) und des §6 der ersten Verordnung vom 14.11.1935 zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (RABl. 1 S. 1.334) nicht vor.“¹¹²⁹

Solche Trauungen mit Zivilarbeitern kamen gelegentlich vor; dagegen wurden Ehen mit Kriegsgefangenen, Ostarbeitern oder Russen generell nicht geduldet.

7.1.3 Mutter und Kind

Schwangerschaften sind in den Einzelfallakten viel häufiger nachzuweisen als Trauungen. Und es zeigt sich: Viele Ostarbeiterinnen und Polinnen wurden verschleppt, obwohl sie schwanger waren.

7.1.3.1 Schwangerschaft und Geburt

Das Dritte Reich wurde laut Schwarze¹¹³⁰ erst im Jahr 1942 – mit der massenhaften Ankunft von Ostarbeiterinnen – mit dem Problem von Schwangerschaft und Geburt konfrontiert. Offen gesagt bedeutete die Beschäftigung von Schwangeren für die Wirtschaft lediglich eine sinkende Arbeitsleistung, die mit erhöhten Kosten verbunden war: Eine werdende oder junge Mutter konnte nicht so rücksichtslos eingesetzt werden wie eine nicht schwangere; die Firmen mussten mit Kosten für die Unterkunft und Nahrung des Säuglings rechnen und Stillpausen erlauben. Daher wurde versucht, den zahlenmäßigen Umfang der Schwangerschaften so gering wie möglich zu halten. Als Maßnahmen wurde das Heiratsverbot von polnischen Staatsangehörigen verfügt und der Eintrag jeder Geburt in den Gesundheitsämtern und Lagerkarteien wurde mit dem Vermerk „eheliches“ oder „uneheliches“ Kind versehen. Diese zwei Maßnahmen blieben gleichwohl wirkungslos. Am 30. September 1942 wurde beschlossen, schwangere Ausländerinnen nach dem sechsten Schwangerschaftsmonat in ihre Heimat abzuschieben.¹¹³¹ Diese Maßnahme führte anscheinend eher zu vermehrten Schwangerschaften und nicht, wie beabsichtigt, zu einer Reduzierung. Sie wurde im Jahr 1943 für die Ostarbeiterinnen und Polinnen abgeschafft. Schwangere Westarbeiterinnen genossen den gleichen Mutterschutz wie deutsche Frauen. Offiziell hatten Ostarbeiterinnen und Polinnen einen Anspruch auf zwei freie Wochen vor der Entbindung und sechs Wochen danach. In dieser Zeit durften



Peter H. *1926

1129 Ebd.: Dok. 78.

1130 Schwarze (1997), S. 142ff.

1131 Ebd., S. 150.

sie jedoch im Haushalt weiter beschäftigt werden.¹¹³² In der Praxis wurde dieser Mutterschutz kaum anerkannt, sodass viele junge Mütter eine Woche nach der Entbindung bereits wieder arbeiten mussten.¹¹³³ Die Entbindungskosten wurden nicht von der Krankenkasse übernommen, sondern vom Reichsstock.¹¹³⁴ Unter den schwangeren Ausländerinnen dominierten in Heidelberg vor allem Ostarbeiterinnen oder Polinnen. Ab dem Zeitpunkt, ab dem kein Rücktransport mehr in die Heimat erfolgte, mussten die Schwangeren in Deutschland entbinden. Um Kapazitätseinbußen in den Krankenhäusern zu Lasten deutscher Frauen zu vermeiden, wurden nach Möglichkeit zusätzliche Entbindungsstationen in großen Baracken eingerichtet. Bei der Entbindung sollten russische oder polnische Hebammen helfen oder Frauen, die selbst schon Kinder zur Welt gebracht hatten. Dahinter steckte die Vorstellung, slawische Frauen „seien primitiv und würden deshalb problemlos gebären.“¹¹³⁵ In Heidelberg fanden die Geburten gleichwohl in der Frauenklinik statt.¹¹³⁶ Dies geht aus den Geburtsregistern hervor, in denen der Geburtsort häufig mit „Heidelberg, Voßstr. 9“ angegeben ist. Die Frauenklinik stellte den Ostarbeiterinnen eine Station zur Verfügung, um Kontakte mit den Deutschen zu vermeiden. Auf dieser Entbindungsstation war zumindest eine russische Hebamme beschäftigt.¹¹³⁷ Lidija E. war zunächst ungeachtet ihrer Ausbildung als Landarbeiterin beschäftigt worden (Mai 1943 bis Januar 1944). Seit Januar 1944 arbeitete sie dann beim Akademischen Krankenhaus¹¹³⁸ „als Hebamme für die Entbindungsanstalt ausl. Arbeitskräfte.“¹¹³⁹ Der Leiter der Frauenklinik, Hans Runge, prahlte nach dem Krieg angeblich mit dieser Entbindungsstation, in der 380 Entbindungen stattgefunden haben sollen.¹¹⁴⁰

1132 Ebd., S. 151.

1133 Hauch (2001), S. 417f.

1134 Ebd., S. 153: „(...) eine zentrale staatliche Kassenstelle, die z.B. auch bei Sterbefällen von Ostarbeiterinnen eintrat.“

1135 Schwarze (1997), S. 151f.

1136 Die Tatsache, dass viele Fremdarbeiterinnen in der Frauenklinik entbanden und nicht in Baracken, war keine Ausnahme. Viele Fremdarbeiterkinder kamen in Münster in Krankenhäusern zur Welt. Viele Kliniken, die von Geistlichen geführt wurden, nahmen ebenfalls werdende Mütter auf, die dort niederkamen und gut behandelt wurden. Die Entbindungsbaracken befanden sich vor allem in großen Lagern (ebd., S. 152).

1137 Die Frage, ob andere Hebammen auf dieser Station arbeiteten, ist nicht anhand der überlieferten Akten zu klären. Es wurden weder in den Einzelfallakten noch in der Datenbank andere Beschäftigte mit der Berufsbezeichnung „Hebamme“ gefunden.

1138 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 12, Mappe 36: Dok. 45.

1139 Ebd.: Dok. 46 (Zuweisungskarte für nichtreichsdeutsche Arbeitskräfte).

1140 Eckart (2006), S. 881.

Wenigstens ungefähr lässt sich anhand der überlieferten Akten die Zahl der Geburten erschließen. Danach kamen in den Jahren von 1939 bis 1945 insgesamt 426 Ausländer-Kinder in Heidelberg zur Welt. 1946 wurden weitere 54 ausländische Kinder geboren. Die Mehrzahl der Kinder (181) kam 1944 zur Welt. Für 1944 sind 146 Geburten verzeichnet. 50 Neugeborene waren es 1943, 18 im Jahr 1942, 13 im Jahr 1941 und 17 im Jahr 1940. Für 1939 ist eine einzige Geburt überliefert. Lediglich in zwölf Fällen hatten die Eltern zuvor in Heidelberg geheiratet. 27% der Neugeborenen waren polnische Staatsangehörige, 19,72% Ukrainer, 13,85% Russen, 11,27% Franzosen.¹¹⁴¹



Wladimir J. *1926

7.1.3.2 Neugeborene

Die jungen Mütter hatten nur wenig zur Verfügung, um ihre Neugeborenen zu versorgen. Abgesehen von der dürftigen Lage hinsichtlich Ernährung und Kleidung des Säuglings war es schwierig, Mutter und Kind unterzubringen. Manche Städte bauten spezielle Baracken für Säuglinge und kleine Kinder, die tagsüber von anderen Ostarbeiterinnen betreut wurden – während ihre Mütter arbeiteten. Die Mütter durften ihre Kinder nur zum Stillen besuchen, jedoch höchstens drei bis vier Mal am Tag. Solche Einrichtungen gab es in Heidelberg nicht. Anscheinend mussten die Frauen ihre Kinder bei der Arbeit bei sich haben. Die kleine, im Oktober 1944 geborene Katharina B. befand sich mit ihrer Mutter beim Arbeitgeber, einem Heidelberger Landwirt.¹¹⁴² Die Ostarbeiterinnen des Lagers Baggerloch hatten ebenfalls ihre Kinder bei sich, wie aus den Geburtsurkunden hervorgeht: „Wo erfolgt die dauernde Unterbringung des Mündels? [Antwort:] Heidelberg, Lager Baggerloch.“¹¹⁴³

Es ist anzunehmen, dass die Kinder in der gleichen Baracke wohnten wie ihre Mutter, weil es eine Kinderbaracke im Baggerloch – oder überhaupt in Heidelberg und nach Ausweis der Akten – nicht gab. Es kam vor, dass der Arbeitgeber – oder manchmal die Mutter – sich weigerte, das Neugeborene zusammen mit der Mutter zu unterbringen. Stanislaus H. wurde im November 1940 in der Frauenklinik Heidelberg geboren. Seine Mutter war Polin und als Landarbeiterin beschäftigt.¹¹⁴⁴ Das Kind wurde im Paulusheim abgegeben – allerdings bekam das Heim keine Vormundschaft über das Kind.¹¹⁴⁵ Die Gründe für die

1141 STAHD AA, 287a/2.

1142 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 6, Mappe 17: Dok. 152.

1143 Ebd., Karton 3, Mappe 10: Dok. 64.

1144 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 35: Dok. 56.

1145 Ebd.: Dok. 57.

Anwesenheit des Kindes im Heim sind nicht ganz nachvollziehbar. Die Mutter behauptete zuerst, „in ihrer Heimat überfallen worden zu sein; sie habe keinerlei Anhaltspunkte für den Kindesvater.“¹¹⁴⁶ Jedoch gab sie in der Geburtsurkunde zum Namen des Vaters an: „Gelegenheitsarbeiter, verheiratet (...)“.¹¹⁴⁷ Im Dezember 1940 wurde angestrebt, das Kind entweder der Vormundschaft seines Vaters oder einer Institution zu unterstellen.¹¹⁴⁸ Jedoch befand sich Stanislaus H. im Mai 1941 noch immer im Paulusheim.¹¹⁴⁹ Erst im Juni 1941 gelangte er als Pflegekind nach Polen.¹¹⁵⁰ Seine Mutter brachte dagegen im Juni 1944 ein anderes Kind in Heidelberg zur Welt. Sie arbeitete zu dieser Zeit bei demselben Arbeitgeber wie der zuvor benannte Kindsvater. Aus dem Erhebungsbogen, der für die zweite Niederkunft ausgefüllt wurde, ist zu erfahren, dass Stanislaus H. sich in Polen bei Verwandten aufhielt: „C) Geschwister des Mündels. Hat die Mutter noch andere uneheliche Kinder? Ja Wie heißen diese? Stanislaus H. (...) ist in (...) Polen bei Verwandten.“¹¹⁵¹

Die Frage nach „andere[n] uneheliche[n] Kinder[n]“, wurde regelmäßig bei polnischen Müttern gestellt. In diesem Fall war der Vater des zweiten Kinds ein anderer Mann als beim ersten Kind. Es handelte sich um einen polnischen Fremdarbeiter, der bei demselben Arbeitgeber tätig, der aber zur Zeit der Geburt in Viernheim beschäftigt war.¹¹⁵²

In seltenen Fällen sorgte die Mutter nicht für das Kind. Manche Kinder mit einem „germanischen“ Aussehen wurden ihrer Mutter weggenommen, um bei deutschen Familien erzogen zu werden. Diese Maßnahme wurde von Himmler am 4. Oktober 1943 dekretiert.¹¹⁵³

Die Frauenklinik beherbergte ausländische Hausschwangere verschiedener Herkunft während des Kriegs.¹¹⁵⁴ Die Bedingungen, unter denen diese Frauen

1146 Ebd.: Dok. 58.

1147 Ebd.: Dok. 59.

1148 Ebd.: Dok. 65.

1149 Ebd.: Dok. 66.

1150 Ebd.: Dok. 68.

1151 Ebd.: Dok. 89.

1152 Ebd.

1153 Rede vom 4. Okt. 1943 vor SS-Gruppenführern in Posen. Zitiert nach: Schwarze (1997), S. 12: „Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen.“ Manche schwangeren Ostarbeiterinnen mit einem „germanischen“ Aussehen wurden ebenfalls als so genannte Hausschwangere in Krankenhäusern aufgenommen. Falls auch das Kind ein „arisches“ Aussehen hatte, wurde es von deutschen Familien adoptiert. Falls nicht, wurde es der Mutter dennoch weggenommen und in ein Kinderheim gebracht. Dort waren die Überlebenschancen eher schlecht (Rotberg/Schüller/Wieland (2001)).

1154 Datenbank.

untergebracht waren, sind nicht bekannt. „Die Kosten in der Frauenklinik sind durch Arbeitsleistung bezahlt. Die Kosten im Sankt Paulusheim wollte sie selbst zahlen“, wurde bei einer Hausschwangeren vermerkt. Ihr Kind wurde im Paulusheim untergebracht. Die französische Fremdarbeiterin nahm eine Stelle in Heidelberg an, als das Kind abgestillt war.¹¹⁵⁵ Es ließ sich nicht ermitteln, ob die Mutter nach Kriegsende ihr Kind mitgenommen oder zur Adoption freigegeben hat.

Viele Kinder, die im Krieg empfangen wurden, waren unerwünscht. Dies galt sowohl für Kinder, die aus einer Affäre zwischen einem/einer Fremdarbeiter/in und einem/einer Deutschen stammten, als auch für viele Kinder, deren Eltern beide Fremdarbeiter waren. Diese Kinder stellten für manche Mütter eine große Belastung dar, vor allem nach dem Krieg. Viele empfanden Schande und fürchteten sich vor Gespött und Verachtung. So erfuhren viele Kinder erst im Erwachsenenalter, dass ihre Väter ehemalige Fremdarbeiter waren. Der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen erhielt noch 2005 jährlich zwischen 50 und 100 Anfragen von Fremdarbeiterkindern auf der Suche nach ihrem richtigen Vater.¹¹⁵⁶ Es fiel den ehemaligen Fremdarbeiterinnen auch nicht unbedingt leicht, sich diesen Kindern und der damit verbundenen Verantwortung gewachsen zu zeigen. Die Geschichte von dem kleinen Siegmund J. ist ein gutes Beispiel, wie es vielen unerwünschten Fremdarbeiterkindern nach dem Krieg ergangen sein mag. Der Junge wurde im Dezember 1944 in Heidelberg geboren. Seine Mutter war als Landarbeiterin bei einem Heidelberger Landwirt im Einsatz und sein Vater war ebenfalls ein polnischer Landarbeiter gewesen.¹¹⁵⁷ Es gibt so gut wie keine Informationen über die ersten Monate des Jungen. Bis zum Kriegsende wohnte der Junge zusammen mit seiner Mutter bei ihrem Arbeitgeber. Vermutlich kümmerte sich schon die Mutter sehr wenig um das Kind, sodass es nach dem Krieg einer deutschen Familie zur Pflege gegeben wurde. Dort ging es ihm leider auch nicht gut, wie aus einem Bericht vom Juli 1945 hervorgeht: „Siegmund J. befindet sich seit mehreren Wochen bei Familie H. (...) in Pflege. (...) Der kleine Siegmund ist ein elendes Kind und ist ganz abgemagert. Da er seit Tagen an Durchfall leidet, gehört er in klinische Behandlung. Frau H. wurde aufgefordert, das Kind heute in die Kinderklinik zu bringen. Bei meinen Besuchen lag das Kind immer völlig durchnässt und gänzlich unsauber in dem schmutzigen Kinderwagen. Frau H. entschuldigte



Mariette C. *1912

1155 Datenbank, ID-Nr. 20.137 (Georgette R., „Hausschwangere“).

1156 Girgert (2005), S. 33.

1157 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 37: Dok. 51.

sich immer damit, keine Waschmittel zu haben. Diese sind wohl sehr knapp, sind aber keine Entschuldigung für diese Schlamperei. Die Kindesmutter (...) will vorläufig in Deutschland bleiben und bekümmert sich nach Aussagen der Pflegemutter nicht viel um ihr Kind.“¹¹⁵⁸

Nach diesem Bericht wurde das Kind vermutlich der Mutter zurückgegeben, denn ca. einen Monat später wurde gegen sie Anklage wegen Kindesaussetzung erhoben.¹¹⁵⁹ Ihr Sohn war am 7. August 1945 von Kindern allein im Rohrbacher Wald aufgefunden und zur Polizei gebracht worden. Siegmund J. wurde daraufhin im Eleonorenhaus abgegeben,¹¹⁶⁰ wo sein Alter auf zehn bis elf Monate geschätzt wurde. „Das Kind war sehr schlecht ernährt, erholt sich aber gut.“¹¹⁶¹ Nach diesem Vorfall wurde der Junge weder in Pflege gegeben noch der Mutter zurückgebracht. Im Januar 1946 wurde er von Amerikanerinnen in einem Kinderheim in Aglasterhausen untergebracht¹¹⁶² und galt dort als DP.¹¹⁶³ Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

7.2 Sozialbeziehungen

7.2.1 Freundschaften und Feindschaften zwischen Fremdarbeitern

7.2.1.1 Arbeitskollegen

Die Fremdarbeiter aus verschiedenen Ländern, mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Muttersprachen wurden mit einem Schlag zu Arbeitskollegen. Die außergewöhnliche Situation, in der sich alle befanden, begünstigte sowohl die Entstehung von Freundschaften als auch von Konflikten ... Die ehemaligen Deportierten aus Raon l'Étape haben durchaus unterschiedliche Erinnerungen an ihre Zwangsarbeiter-Kameraden. Jacques Delvincourt und Jacques Nilsa hatten zum Beispiel sehr voneinander abweichende Erlebnisse mit den russischen Fremdarbeitern, die gleichfalls bei der Firma Maßholder arbeiteten: „Wie ich mich erinnere, bin ich einmal vom Ukrainer Michael an den Ohren zum Meister geführt worden, weil ich nicht arbeiten wollte, weil ich schlecht gearbeitet hatte. Ich arbeitete an einer Hobelmaschine, man musste die

1158 Ebd.: Dok. 52.

1159 Ebd.: Dok. 53 (Anklage vom 21. Aug. 1945).

1160 Ebd.

1161 Ebd.: Dok. 55.

1162 Ebd.: Dok. 56.

1163 Ebd.: Dok. 59.

großen Bretter glätten für die Anhängerböden. Man hat die Bretter durchgeschoben, also ich habe ein wenig ins Schräge gezogen. Da haben mich die Russen bei den Ohren gepackt zum Meister: ‚Er sabot!‘¹¹⁶⁴ – Jacques Nilsa hatte im Gegenteil gute Erinnerungen an seine russischen Kameraden. Er musste mit einem Kriegsgefangenenkommando arbeiten und erzählte von seinem linken Stubennachbarn, einem Offizier der Roten Armee. Ihre Arbeit bestand darin, Eisenträger durchzubohren. Sie hatten keine Handschuhe, sodass Jacques Nilsa Stoffketten um seine Hand gewickelt hatte, um sie zu schützen. Einmal blieb ein Ketten des Stoffs in der Maschine hängen und geistesgegenwärtig schaltete sein russischer Nachbar sofort die Maschine aus, sodass er damit vermutlich Jacques Nilsas Arm rettete.¹¹⁶⁵

Die Berichte anderer Zivildeportierter sind eher neutral gehalten: „Ja, ich war sehr jung, ich wagte es nicht, zu viel Kontakt mit den Deutschen zu knüpfen. Ich ging nicht viel aus. (...) Denn es gab Leute, die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden, weil sie Kontakt mit deutschen Frauen hatten. In der Fabrik gab es auch deutsche Arbeiterinnen, es gab auch russische Arbeiterinnen, es gab viele Nationalitäten. Nur die, die mit ihnen Kontakt geknüpft hatten, gingen ins Gefängnis.“¹¹⁶⁶ – Robert Fréard arbeitete bei der Bremsenfabrik August Grau. Seine Erzählung bringt die Rolle mancher Fremdarbeiter zur Geltung, die als Fachleute galten und wichtige Entscheidungen trafen: „Unsere kleine Gruppe war über die ganze Fabrik verteilt. Es gab da viele französische Kriegsgefangene, Leute aus Paris, Leute aus Nordfrankreich, die ein wenig die Kontrolle über die Fabrik mitbestimmten: Das waren Spezialisten, sie schärfen die Werkzeuge, weil sie die Spezialisten waren, und es gab praktisch kaum mehr Deutsche. Es waren auch Russen da mit uns, das waren Frauen. Es gab da Arbeiter aus mehreren Ländern.“¹¹⁶⁷

7.2.1.2 *Schlägereien*

Das Zusammengepferchtsein in den Lagern und die schwierige Lebensbedingungen, denen die Fremdarbeiter ausgesetzt waren, machten das Zusammenle-

1164 Högner (2002), S. 110.

1165 Ebd., S. 111f.

1166 „Oui, moi j’étais très jeune, je n’osais pas trop d’avoir contact avec les Allemands. Je ne sortais pas beaucoup. (...) Parce qu’il y avait des gens qui sont condamnés à la prison parce qu’ils ont eu des contacts avec des femmes allemandes. A l’usine il y avait aussi des ouvrières allemandes, il y avait aussi des ouvrières russes, il y avait beaucoup de nationalités. Alors ceux qui les ont contactées sont allés en prison“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Auguste Thirion vom 29. März 2000).

1167 Högner (2002), S. 113.



Robert B. * 1924

ben oft sehr schwer. Die angespannte Situation begünstigte das Aufkommen von Konflikten und so kam es auch zu Schlägereien, wie z.B. am 7. August 1943 von der Gestapo Heidelberg protokolliert. Es wurde Anzeige gegen einen Polen erstattet, der einen Ukrainer geschlagen und verletzt hatte. Der verletzte Ukrainer musste ärztlich behandelt werden.¹¹⁶⁸ Solche Taten kamen gelegentlich vor: Am 29. September 1943 wurde erneut eine Anzeige gegen einen Polen erstattet, der einem Kameraden sogar „Schwere Körperverletzung“ zugefügt haben soll.¹¹⁶⁹ Die kriegsbedingten und politischen Umstände waren mitunter Ursache für eine herrschende Feindseligkeit zwischen Fremdarbeitern. Die französischen Kriegsgefangenen waren z.B. sehr empfindlich gegenüber den als Kollaborateure verdächtigen Zivilarbeitern. Die ehemaligen Zivildeportierten aus Raon l'Etape wurden ebenfalls der Kollaboration verdächtigt, wie Robert Fréard berichtete: „Also die Kriegsgefangenen in der Fabrik haben uns misstrauisch beäugt (...) Ich habe mich gefragt, was da los war. Ich bin ihrem Vertrauensmann in der Toilette der Fabrik begegnet. Und da habe ich gesagt: ‚Was habt ihr gegen uns?‘ Er hat zu mir gesagt: ‚Hört mal, ihr seid Kollaborateure! Ihr gehorcht doch den Deutschen!‘ Nun hatte ich jedoch in meinem Geldbeutel Flugblätter, welche uns die Amerikaner in Granaten herübergeschossen hatten. Sie waren an den Ecken angebrannt. Diese Flugblätter habe ich den Kriegsgefangenen gezeigt: ‚Sie haben uns deportiert!‘. So hatte ich den Beweis geliefert.“¹¹⁷⁰ Am nächsten Tag gab ihm der Kriegsgefangene Geld, von dem er sich Arbeitsanzüge kaufen konnte.

Nicht nur die französischen Kriegsgefangenen waren bezüglich der Kollaboration mit den Deutschen empfindlich. Die in der Schnellpressenfabrik eingesetzte russische Ostarbeiterin Tamara D. beispielsweise hetzte ihre Kameradinnen gegen Rosa B., eine andere Ostarbeiterin, auf. Diese behauptete, deutscher Abstammung zu sein. Tamara D. bedrohte sie, „diese werde, wenn sie wieder nach Russland zurückkehrte, erschossen bzw. sie würde dafür sorgen, dass sie erschossen würde, und zwar deshalb, weil sie deutschfreundlich sei.“¹¹⁷¹

1168 GLA 330: 1991/34/284: Schreiben des Landeskommisars Mannheim an die Gendarmerie-Abteilung in Wiesloch vom 31. Aug. 1943 (betr. „Anordnung der Kripostelle Karlsruhe von 25. Mai 1943, Nr. KD Nr. 331/43“).

1169 Ebd.: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe, Außendienststelle Heidelberg, an die Kripo Karlsruhe vom 25. Okt. 1943.

1170 Högner (2002), S. 117f.

1171 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 12, Mappe 36: Dok. 10, 9.

7.2.2 Kontakt zu Deutschen

7.2.2.1 Bei der Arbeit

Die Kontakte zu Deutschen fanden ungeachtet der Vorschriften des Dritten Reichs täglich statt. Die Arbeitsstelle war der Ort, wo sich Fremdarbeiter und Deutsche zumeist trafen. Die ehemaligen Zwangsdeportierten haben gemischte Erinnerungen an diese Begegnungen mit deutschen Arbeitern. Jacques Delvincourt erinnerte sich an einen Wachmann, der den Fremdarbeitern Brot gab: „Wir hatten einen Wachmann, ein großer Rothaariger, der sehr streng war und ein kleiner deutscher Vorarbeiter, den wir den Clown nannten. Er gab uns Brot, solange er bei uns war, weil er keine Zähne mehr hatte. Wenn er Brot aß, ließ er die Kruste ostentativ auf einem Brett liegen.“¹¹⁷²

Manche Deutschen waren den Fremdarbeitern auch durchaus wohlgesonnen, weil sie dem Nationalsozialismus eher ablehnend gegenüberstanden. Viele Arbeiter fühlten sich noch zum Kommunismus hingezogen und die sich an der Ostfront abzeichnende Niederlage sowie die sich verschlechternden Lebensbedingungen in Deutschland verstärkten bei manchen diese Gefühle noch.¹¹⁷³ Die Bekundung dieser ablehnenden Haltung gegenüber dem Regime manifestierte sich auf verschiedene Art und Weise, wie auch in Heidelberg: „Neben mir war eine große Drehmaschine, eine riesige Maschine, wo ein alter Deutscher gearbeitet hat. Er hatte sich einen Aluminiumbarren von etwa 12 bis 13cm Durchmesser beschafft und vergnügte sich damit, Schalen oder Becher aus Aluminium daraus anzufertigen, und so oft ein Chef ankam, legte er sorgfältig einen Lappen auf die Arbeitsfläche der Drehmaschine, um das zu verstecken, was er gerade machte. Eines Tages erklärte er mir, dass das Geschenk für seine Enkel seien. – Der arbeitete nicht viel für die Größe des Deutschen Reichs, das ist sicher.“¹¹⁷⁴

Manche bekundeten ihre Solidarität mit den Fremdarbeitern. Geld wurde z.B. im Jahr 1944 mehrmals bei russischen Kriegsgefangenen gefunden, obwohl sie kein deutsches Geld für ihre Arbeit erhielten. Die Lagerführer berichteten, dass Heidelberger nach Anlieferung von Kohle oder ähnlichen Gütern den Fremdarbeitern ein Trinkgeld gegeben hatten. So besaß ein Kriegsgefangener 11,60 RM.¹¹⁷⁵ Das



Wladimir B. *1928

1172 „On avait un surveillant, le grand rouquin, qui était très dur, et un petit contremaître allemand qu'on appelait le clown. Il nous donnait du pain dans son temps parce qu'il n'avait plus de dents. Alors quand il mangeait son pain il laissait la croûte ostensiblement sur un bout de planche“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jacques Delvincourt vom 8. April 2000).

1173 Durand (1987), S. 247.

1174 Högner (2002), S. 120.

1175 STAHD AA, 199p/4: Schreiben an den Oberbürgermeister vom 31. Aug. 1944.

gefundene Geld wurde beschlagnahmt und den sowjetischen Gefangenen wurde mit Strafe gedroht, falls sich abermals Geld in ihrem Besitz befinden sollte.¹¹⁷⁶ Mit dieser Summe konnten sich die Gefangenen entweder Güter kaufen oder eine Flucht vorbereiten. Dies zeigt auch, dass ein Teil der Heidelberger Bevölkerung nicht tatenlos zusah, wie die russischen Kriegsgefangenen behandelt wurden. Aber leider nutzte ein Teil der Bevölkerung die Machtstellung wiederum aus, die sie den Fremdarbeitern gegenüber besaß. Manche Arbeitgeber prügeln ihren Fremdarbeiter, wie z.B. im Fall des jugoslawischen Arbeiters Vladimir G., der sich daraufhin an das Arbeitsamt wendete, um sein Arbeitsverhältnis zu lösen: „Ich beantrage hiermit die Lösung des Arbeitsverhältnisses bei Metzgerei K., da ich von dem dort beschäftigten Metzgergesellen R. tätlich angegriffen wurde, obwohl dieser hierzu nicht berechtigt war. Bereits im Monat März 1944 wurde ich durch Herrn K. persönlich körperlich misshandelt und nur durch das Einschreiten der DAF konnte seinerzeit der Fall wieder bereinigt werden. Ich bin nicht gewillt in einem Betrieb, in dem ich dauernd geschlagen werde, weiter zu arbeiten und bitte, mich in einem anderen Betrieb in Heidelberg einzusetzen. Auch hat mich im Verlauf der Auseinandersetzungen gestern abermals Herr K. an der Brust gefasst und am Hals gewürgt und mir dabei die Berufskleidung zerrissen.“¹¹⁷⁷

Manche Fälle von Misshandlungen dokumentieren die Krankenakten, obwohl die Grenze zwischen Unfall oder Schikane mitunter schwierig zu beurteilen ist. Der 17-jährige Pole Paul Z. wurde am 17. Juli 1943 stationär in die Universitätsklinik aufgenommen. Er befand sich schon seit April in ärztlicher Behandlung, weil er sich beim Holzhacken zwei Finger der linken Hand abgehackt hatte. Der Jugendliche wurde angeblich vom Meister geschlagen und zwar auf den Kopf: „Zum Schutz habe er den li. Arm über das Gesicht gehoben, sodass die Schläge auf den Unterarm gefallen seien. Der li. Unterarm sei dann geschwollen, es hätten sich blaue Flecken gebildet, die geschmerzt hätten. Auf das Kratzen hin seien daraus die jetzigen Herde entstanden, große Eiterblasen. Die Amputationsnarbe an der li. Hand sei wieder aufgeplatzt durch die Schläge.“¹¹⁷⁸

Die Verletzungen wurden von der Polizei begutachtet, die zu dem Schluss kam, dass es sich dabei um „Selbstbeschädigungen“ handelte. Die Verletzung sei „vermutlich mit einer Lauge angestellt“ worden.¹¹⁷⁹

1176 Ebd.

1177 Datenbank, ID-Nr. 5.598.

1178 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 35, Mappe 138: Dok. 113, 118.

1179 Ebd.: Dok. 118.

7.2.2.2 Außerhalb der Arbeit

Die Fremdarbeiter begegneten Deutschen auch außerhalb der Arbeit. Die positiven Erinnerungen der ehemaligen Zivildeportierten gegenüber den Deutschen beziehen sich vor allem auf Ereignisse, bei denen sie Kleidung oder Essen bekamen. Der Chef der OT in Raon l'Etape, Willy Wyrich, gehörte zu diesen Männern, die den Zivildeportierten wohl gesonnen waren: „An Weihnachten waren wir auf der Hauptstraße von Heidelberg, es war wenige Tage vor Weihnachten. Wir waren da, um Kippen aufzulesen für die Älteren, die rollten daraus etwas zum Rauchen. Wir waren auf der einen Straßenseite auf dem Trottoir, da kam eine Person an, die sehr gut gekleidet war, die von der anderen Seite auf uns zukam, um mit uns zu sprechen: Es war Willy Wyrich, der ein Chef der Organisation Todt in Raon gewesen war. Er hatte uns wiedererkannt. Er hat uns einen Termin gegeben, dass wir zu ihm kommen sollten: ‚Obere Neckarstraße 27!‘ sagte er. Als wir gegen acht Uhr dorthin gegangen sind, war er da mit seinen Eltern. Sie haben uns natürlich zu essen gegeben, sie haben uns Kleider gegeben, sie haben uns also geholfen.“¹¹⁸⁰

Nach dem Krieg exportierte Nilsa Mirabellen nach Deutschland. Dabei sah er ein Auto mit einem Heidelberger Nummernschild, sprach den Fahrer an und erklärte ihm, dass er einen Deutschen finden wolle, der ihm einst das Leben rettete, nämlich Willy Wyrich, der in September 1944 Kommandant der Organisation Todt in Raon l'Etape gewesen war. Der Fahrer übermittelte den Fall der Heidelberger Lokalzeitung und am 5. Januar 1970 erhielt er einen Brief auf Französisch. Später trafen sich Wyrich und Nilsa in Heidelberg wieder.¹¹⁸¹

Leider waren nicht allen Fremdarbeitern solche positiven Erfahrungen vergönnt. Louis Chapelier erinnerte sich noch an die Märsche der HJ vor dem Lager Eppelheim: „Ich kam wenig aus dem Lager in Eppelheim heraus. Die deutsche Bevölkerung von einem gewissen Alter an, sagte nichts. Aber es gab in Eppelheim Aufmärsche der Hitlerjugend. Da musste man vorsichtig sein, man sollte besser nicht zu viel aus dem Quartier herausgehen. Ich glaube, das



Erina D. *1926

1180 Högner (2002), S. 119.

1181 „Et ce Willy Wyrich, je l'ai retrouvé en 1970 (...) Un jour j'avais là un camion qui venait charger des mirabelles. A l'époque j'exportais des mirabelles sur l'Allemagne. Je vois une voiture «Heidelberg», je parle avec le chauffeur, je dis que je veux trouver un Allemand qui m'a sauvé la vie et qui s'appellait Willy Wyrich et qui était commandant de l'organisation Todt à Raon l'Etape en septembre 1944. Alors j'ai fait un mot en allemand et lui il a mit ça dans le journal d'Heidelberg. C'était au mois d'août ou septembre. Et le 5 janvier 70 je reçois une lettre en français (...) Alors on s'est retrouvé dans un hôtel, on a pleuré tous les deux, on s'est embrassé et tout (...) Mais puis on ne s'est pas revu, c'est malheureux (...)“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jacques Nilsa vom 27. Juni 2002).

war gefährlich. Das wurde in dieser Zeit nicht sehr geschätzt. Ich habe zweimal die Straßenbahn benutzt, die zwischen Eppelheim und Heidelberg fuhr. Da war außen daran die Aufschrift: ‚Pst – der Feind hört mit!‘ Das heißt, in der Straßenbahn redete niemand, alle waren still. Und wenn wir aus den Fenstern unserer Turnhalle auf die Straße sahen, wie die Hitlerjugend vorbeimarschierte, hatte man keine Lust hinauszugehen. Ich hatte also keinen Kontakt mit der Bevölkerung von Eppelheim, überhaupt nicht.“¹¹⁸² Dieses feindselige Klima dürfte für die Fremdarbeiter bestimmt nicht leicht zu ertragen gewesen sein. Sie befanden sich ohnehin in einer schwierigen Lage, die bei ihnen sehr unterschiedliche Gefühle hervorrief.

7.2.3 Einstellung der Fremdarbeiter gegenüber der eigenen Situation

7.2.3.1 *Kollaboration*

Die Einstellung der Fremdarbeiter gegenüber ihrer eigenen Situation in Deutschland reichte von passiver Resignation bis zu Kollaboration und Widerstand. Manche – wenngleich wenige – Fremdarbeiter fühlten sich vom NS-Regime angezogen und kollaborierten. Ein solcher Fall trat auch in Heidelberg auf. Es handelte sich um einen französischen Kriegsgefangenen, der 1943 „transformiert“ wurde. Robert A. arbeitete bei der Fuchs Waggonfabrik und machte sich dort bei seinen Kameraden unbeliebt. Angeblich verhielt er sich dort ihnen gegenüber „unkameradschaftlich“, sodass der französische Verbindungsmann der Firma mehrmals dessen Versetzung beantragte.¹¹⁸³ In der Fuchs Waggonfabrik waren ebenfalls sein „Betragen und die Arbeitsleistung (...) derart, dass (...) die Umsetzung begrüßt“ wurde. Der Gefangene wurde sieben Monate später nach mehreren Vertragsbrüchen für zehn Tage im Gerichtsgefängnis in Haft genommen.¹¹⁸⁴ Ein Schreiben der Gestapo an das Arbeitsamt vom 15. September 1944 informiert darüber, dass Robert A. „sich freiwillig zum Heeresdienst bei der SS gemeldet [hat] und [es] ist in nächster Zeit mit seiner Einberufung zu rechnen.“¹¹⁸⁵ Der Gefangene werde seitdem „von den anderen Zivilarbeitern im Betrieb gehasst und (...) ihm [würden] auch sonstige Schwierigkeiten seitens der Arbeiterschaft bereitet.“¹¹⁸⁶ Daher befürwortete man seine Versetzung, die aber ausblieb, da der Kriegsgefangene ab dem 22. September

1182 Högner (2002), S. 118f.

1183 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 1, Mappe 2: Dok. 84 (Schreiben der Fuchs Waggonfabrik vom 15. Febr. 1944).

1184 Ebd.: Dok. 87.

1185 Ebd.

1186 Ebd.

bei der Fuchs Waggonfabrik wieder eingesetzt wurde. Dort sollte er Splittergräben ausheben, er weigerte sich und kehrte nicht ins Lager zurück. Sein Dienst in der SS sollte am 30. September beginnen und Robert A. hatte schon seinen Einberufungsbefehl erhalten. Es ist unbekannt, ob er, wie das Arbeitsamt annahm, sofort zu seiner Truppe gefahren war und sich dort rechtzeitig meldete¹¹⁸⁷ oder ob er die Gelegenheit nutzte, um auch dem zu entkommen.



Jacques L. *1914

7.2.3.2 *Vorsichtige Formen der Arbeitsverweigerung*

Die positive oder negative Einstellung gegenüber ihrem erzwungenen Arbeits-einsatz in Deutschland war zum Teil vom Alter der Fremdarbeiter abhängig. Jacques Nilsa berichtete, dass die älteren Deportierten nicht verstünden, dass die Jüngeren die Arbeit sabotieren wollten. Er erzählte, dass die Jüngeren mehr Widerstand leisteten.¹¹⁸⁸ Eine Form der Arbeitsverweigerung, die aktenmäßig nicht überliefert ist, ist der von Jacques Nilsa und Jacques Delvincourt bei der Firma Maßholder organisierte: „Und eines Tages, als wir kaum etwas zu essen bekommen hatten – wir hatten eine oder zwei Kartoffeln bekommen –, da sind die etwa 20 Personen unserer Gruppe, alle aus Raon, in den Streik getreten. Aber der damalige Dolmetscher, das war der Notar von Raon, Herr Meyer (meine Nichte war später mit seinem Sohn verheiratet), der hat uns angewiesen: ‚Fangt schnell wieder an zu arbeiten, denn es wird einer von der Gestapo kommen!‘ Also haben wir wieder gearbeitet. Dann ist die Gestapo gekommen. Wir mussten im Kreis antreten. Dieser deutsche Offizier, der ein Leutnant gewesen sein muss, hat zu uns gesagt: ‚Ist jemand da, der etwas zu sagen hat?‘ Und da waren zwei Dummköpfe, die vorgetreten sind: Jacques Nilsa und ich. Und der Leutnant fängt an, mit uns zu sprechen, mit einem Montmartre-Akzent, sehr pariserisch, ein wenig im Spitzbubenton: Dass Deutschland sich von uns erpresst sieht (...) Er stellt uns in Aussicht, dass wir ins Konzentrationslager kommen, wenn noch was vorkommt.“¹¹⁸⁹ Jacques Nilsa gab im Jahr 2000 an, damals nichts über Konzentrationslager gewusst zu haben. Er dachte „an die Lager von 1939/40, in denen Ausländer zusammen gepfercht worden waren.“ Nach diesem Streikversuch wurden er und zwei Raonnais aus der Firma rausgeworfen. Sie wurden zu einer Baracke geschickt in der Nähe von Bad Rappenau (nördlicher Kraichgau) wo sie, zusammen etwa 15 Mann, mitten auf dem Land waren.¹¹⁹⁰

1187 Ebd.: Dok. 86.

1188 Högner (2002), S. 114.

1189 Ebd.

1190 „(...) Pour nous, à l'époque, les camps de concentration, on ne savait pas, on ne les connaissait pas du tout. On pensait aux camps de la guerre de 39/40 où il y avait des étrangers

Ein paar Fälle von Ungehorsam sind ebenfalls überliefert, wie zum Beispiel der Fall einer russischen Fremdarbeiterin, die „die anderen russischen Ostarbeiterinnen aufzuhetzen versucht und zu Ungehorsam verleitet.“ Die junge Frau wurde aus diesem Grund von der Schnellpressenfabrik entlassen.¹¹⁹¹ Beleidigungen oder Bedrohungen gegenüber Deutschen wurden grundsätzlich der zuständigen Staatsanwaltschaft Heidelberg gemeldet.¹¹⁹² Raymonde C., eine Französin, wurde z.B. zu drei Wochen Schutzhaft verurteilt (vom 11. November bis 2. Dezember 1941) wegen „kommunistischer Umtriebe – u.a. Schändung des Führerbildes.“¹¹⁹³ Die Fälle von Streik, Sabotage, Ungehorsam oder etwaige Versuche, den Arbeitsverlauf zu stören, wurden von der Gestapo bearbeitet. Sie griff ein und sorgte dafür, dass die Fremdarbeiter bestraft wurden.¹¹⁹⁴ Die Firmen waren sogar verpflichtet, solche Fälle der Gestapo zu melden.¹¹⁹⁵ Als „Sabotage in der Landwirtschaft“ wurden verschiedene Tatbestände verfolgt, wie z.B. das „Ausstechen der Kartoffelkeime, falsches Setzen der Kartoffeln, Abknicken der Rübenenden bei Setzlingen; falsche Behandlung der Ernte und bei Lagerung von Feldfrüchten; schädigende Wartung und Behandlung von Vieh (falsches Tränken und Füttern; Fremdkörper ins Futter mischen, Misshandlungen).“ Vergiftungen des Viehs durch Krankheitserreger und/oder Gifte, die über Hilfspakete nach Deutschland kamen, wurde ebenfalls nachgegangen. Brandstiftung, Beschädigung von Arbeitsmaschinen, Vergewaltigung, Spionage oder Propaganda sowie Flucht wurden allgemein als Sabotage gewertet und verfolgt.¹¹⁹⁶

7.3.2.3 *Flucht und Vertragsbruch*

Die Flucht aus dem Betrieb war eine sehr verbreitete Form der Arbeitsverweigerung. Sie wurde sowohl von Kriegsgefangenen wie von Zivilarbeitern ergriffen. Laut Yves Durand verlief die Flucht französischer Kriegsgefangener nur in

qui y étaient parqués. Et de telle sorte que nous avons été éjectés de l'usine, Jacques Nilsa, Ludovic Laval et moi. On nous a envoyés dans une baraque [près de Bad Rappenau] où nous étions une quinzaine, en pleine nature, avec des châlits bien sûr et les poêles etc. (...)“ (Koppenhöfer, Peter: Zeitzeugengespräch mit Jacques Delvincourt von 8. April 2000).

1191 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 12, Mappe 36: Dok. 9.

1192 Wie z.B. bei einem Franzosen, gegen den am 5. Nov. 1943 Anzeige erstattet wurde wegen „Beleidigung, Bedrohung“ gegenüber einem Deutschen (GLA 330: 1991/34/284: Schreiben der Gendarmerie-Abteilung Heidelberg an die SKK vom 1. Dez. 1943).

1193 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 11, Mappe 34: Dok. 11.

1194 Littmann (1984), S. 164–69.

1195 Ebd., S. 165.

1196 GLA 330: 1991/34/405: 2.

4,37% aller Fälle erfolgreich. Die Zahl der gescheiterten Fluchtversuche sei viel höher gewesen.¹¹⁹⁷ In Baden dagegen wären die Chancen einer erfolgreichen Flucht höher gewesen als in anderen Regionen, weil der Weg vom Arbeitsplatz bis zur Grenze relativ kurz war. Dadurch benötigte der Flüchtling für den Weg bis zur Grenze weniger Zeit als der bürokratische Apparat des Reichs für die Fahndung.¹¹⁹⁸ Ein französischer Kriegsgefangener der Firma Helmreich & Cie. floh am 10. Juni 1942 aus dem Lager der Firma. Er floh früh morgens oder in der Nacht, denn seine Abwesenheit wurde erst um 8:30 Uhr bemerkt, als er nicht zur Arbeit erschienen war.¹¹⁹⁹ Es handelte sich dabei um einen der ersten Kriegsgefangenen, die in Heidelberg am 30. Juli 1940 angekommen waren. Er arbeitete zuerst bei Landwirten und half bei der Ernte, dann wurde er im März 1941 nach Eberbach versetzt. Im August 1942 wurde er fast ein Jahr lang bei der Heidelberger Firma Helmreich beschäftigt.¹²⁰⁰ Irgendwelche Bemühungen, den geflohenen Gefangenen wieder einzufangen, sind nicht aktenkundig. Die Firma Helmreich beantragte lediglich beim Arbeitsamt den Ersatz durch ein bis zwei Kriegsgefangene, weil sie „durch die Kriegsverhältnisse auf jeden Mann angewiesen“ sei.¹²⁰¹ Doch scheint dies ein Einzelfall gewesen zu sein. Denn ansonsten wurde grundsätzlich nach den geflohenen Kriegsgefangenen gefahndet. Die Fahndung war gemäß Runderlass des Reichsführers der SS und des Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 3. August 1940 obligatorisch.¹²⁰² Die meisten Gefangenen wurden innerhalb von drei Wochen festgenommen. Wegen der Nähe zur Grenze war die Zahl der Fluchtversuche in Baden besonders hoch. Vom Juli 1940 bis August 1941 flohen nach Angabe der Schutzpolizei Karlsruhe um die 20 Divisionen!¹²⁰³ Die Kriegsgefangenen wurden vor allem „auf Grund ihrer Haltung, ihrer Kleidung und ihrer Sprache



Iwan G. *1925

1197 Durand (1987), S. 109ff.

1198 GLA 330: 1991/34/335: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe an den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Stuttgart vom 5. Mai 1942.

1199 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 15, Mappe 45: Dok. 105.

1200 Ebd.: Dok. 107.

1201 Ebd.: Dok. 104.

1202 GLA 330: 1991/34/335: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe an den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD Stuttgart vom 5. Mai 1942. Die Kriminalpolizeistellen erhielten eine Meldung der Ortsgendarmerie nebst Personalkarte mit Lichtbild und Fingerabdrücken des Flüchtlings vom Stalag bzw. Oflag. Diese Personalkarte wurde kopiert und dem Reichskriminalamt geschickt, um den Gefangenen im deutschen Fahndungsbuch einzutragen. Nach der Festnahme wurde der Eintrag gelöscht.

1203 Ebd.

ergriffen¹²⁰⁴ und weniger aufgrund des Eintrags im Fahndungsbuch entdeckt und anschließend festgenommen. Die badischen Forstämter spielten bei der Festnahme entflohener Gefangener eine sehr wichtige Rolle, weil die Fluchtwege häufig durch die Wälder verliefen.¹²⁰⁵ Die Flüchtlinge hielten sich gerade dort auf, um nicht im Freien aufzufallen. Aus diesem Grund wurden die Forstämter bei größeren Fahndungsaktionen immer verständigt.¹²⁰⁶ Im Juni 1941 waren 18 englische Offiziere¹²⁰⁷ entflohen. Sie kamen aus dem Dulag „Luft“ in Oberursel, wo sich zuerst alle gefangenen amerikanischen, englischen und kanadischen Piloten und Offiziere aufhielten.¹²⁰⁸ Von den 18 Flüchtlingen wurden am 7. Juni 1941 um 9:00 Uhr zwei englische Fliegeroffiziere – ein Major und ein Oberleutnant – in einer Mannheimer Waldung festgenommen.¹²⁰⁹ Die Kriegsgefangenen flüchteten häufig in die „Bodenseegegend, Baden u. dem Elsass zu u[nd]. tragen meist Zivilkleider, zu denen ihnen öfters franz. Zivilarbeiter verholfen haben. Sie fliehen nun wieder häufiger zu Fuß u. mit entwendeten Fahrrädern. Auf dem Fluchtweg halten sie sich tagsüber vielfach in Wäldern und Feldscheunen verborgen u. wagen sich erst nach Einbruch der Dunkelheit auf die Straßen. Teilweise benützen sie die Eisenbahn; die Fahrkarten lassen sie sich i. d. R. durch franz. Zivilarbeiter lösen.“¹²¹⁰

Ihre Flucht war bisweilen recht gut organisiert. Viele hatten Kartenmaterial zur Verfügung, um die Grenze problemlos zu überqueren. Nach der Festnahme eines britischen Offiziers wurde solches Material gefunden, sodass die Deutschen die Fluchtrouten kannten. Diese liefen „von Norden nach Süden, hauptsächlich über den Odenwald in die Schweiz. Bei gemeinschaftlicher Flucht erfolgt anscheinend zunächst eine Trennung und alsdann bei Heidelberg oder Pforzheim das Treffen. Von Pforzheim aus führt der Weg über den Schwarzwald in die Schweiz.“¹²¹¹ Dort befanden sich vermutlich Helfer, die den Kriegsgefangenen beim Grenzübergang halfen. Daher wurde beschlossen, verstärkte Grenzkontrollen durchzuführen. Um die deutsche Bevölkerung zur Mithilfe bei der Festnahme

1204 Ebd.

1205 GLA 330: 1991/34/403: 26.

1206 GLA 330: 1991/34/405: Schreiben der Staatlichen Kriminalpolizei, Kriminalpolizeistelle Karlsruhe, an die Kriminalabteilungen Baden vom 17. Juli 1941.

1207 Ebd.

1208 Ebd.: Schreiben des Badischen Forstamts Heidelberg vom 11. Okt. 1941. Zum Dulag „Luft“ siehe Kopp (2009), S. 254–69, hier S. 254f. und 265ff.

1209 GLA 330: 1991/34/392: Schreiben des Badischen Forstamts Heidelberg an das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium, Forstabteilung Karlsruhe, Nr. 1.117 vom 13. Juni 1941.

1210 GLA 330: 1991/34/403: 37 (Meldeblatt vom 15. April 1942).

1211 Ebd.: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe vom 8. Mai 1942.

von flüchtigen Kriegsgefangenen zu ermutigen, hatte man im Oktober 1941 beschlossen, eine Belohnung auszusetzen, und zwar für jene „Zivilpersonen, die bei der Ergreifung von Kriegsgefangenen entscheidend“ mitwirkten.¹²¹² Seit dem 15. Dezember 1943¹²¹³ wurde eine Belohnung bis 100 RM ausgesetzt auf die Ergreifung eines geflohenen Fremdarbeiters. In Heidelberg wurden ebenfalls viele Flüchtlinge im Wald gefunden. So entdeckten am 25. Februar 1944 fünf Jungen der HJ einen italienischen Kriegsgefangenen im Dossenheimer Wald. Irancesion D. kam aus dem Stalag II D¹²¹⁴ Stargard, 30 km von Szczecin (Stettin) entfernt. Er war vermutlich von allen in Heidelberg wieder festgenommenen Fremdarbeitern derjenige gewesen, der den weitesten Weg zurückgelegt hatte. Die HJ-Jungen ließen sich bei der Festnahme von zwei Forstlehrlingen helfen, während der fünfte ins Dorf rannte um den Schutzpolizisten zu holen. Jeder von ihnen erhielt für die Festnahme eine Belohnung von 100 RM,¹²¹⁵ „da sich die Jungen wirklich mustergültig verhalten haben“¹²¹⁶ – und sie mussten die Summe nicht einmal, wie üblich, teilen. Im Dossenheimer Wald wurden auch im Juli 1944 zwei IMI aus Ladenburg aufgegriffen. Sie waren am 2. Juli geflohen und wurden schon am nächsten Tag, am 3. Juli um 21:00 Uhr, von zwei Lokführern gefunden und der Gemeindepolizei überstellt. Die zwei Deutschen erhielten jeweils 50 RM Belohnung für die erfolgreiche Festnahme.¹²¹⁷ In Leimen wurden ebenfalls zwei sowjetische Kriegsgefangene festgenommen¹²¹⁸ sowie drei Italiener in Schlierbach.¹²¹⁹ Die Italiener waren aus der I.G. Farben in Ludwigshafen entflohen und wurden „für die Geheime Staatspolizei-Außendienst Stelle Heidelberg in das Untersuchungsgefängnis in Heidelberg eingeliefert.“¹²²⁰ Der Mann, der bei der Festnahme half, bekam ebenfalls eine Belohnung von 100 RM.¹²²¹



Marcel M. *1914

1212 GLA 330: 1991/34/405: Schreiben vom 9. Dez. 1941.

1213 Nach Verfügung des Rd.Erl.d.RFSS u. RMdJ. v. 14.12.43-S-V- A I Nr. 978/43; s. GLA 330: 1991/34/400: 2 (Schreiben der Gendarmerie, Kreisposten Heidelberg, Kreis Heidelberg, Landeskommisсарbezirk Mannheim, an die Gendarmerie-Abteilung Heidelberg vom 29. Febr. 1944).

1214 GLA330 1991/34, Nr. 400, 2: Schreiben der Gendarmerie, Kreisposten Heidelberg, Kreis Heidelberg, Landeskommisсарbezirk Mannheim, an die Gendarmerie-Abteilung Heidelberg vom 29. Febr. 1944.

1215 Ebd.: Schreiben der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe an den Polizeipräsident Karlsruhe vom 6. März 1944.

1216 Ebd.: Schreiben der Gendarmerie, Kreisposten Heidelberg, Kreis Heidelberg, Landeskommisсарbezirk Mannheim, an die Gendarmerie-Abteilung Heidelberg vom 29. Febr. 1944.

1217 Ebd.: 54.

1218 Ebd.: 33.

1219 Ebd.: 105.

1220 Ebd.

1221 Ebd.

Für die Westarbeiter war es viel einfacher, ihren Arbeitsverhältnissen zu entfliehen, weil sie Urlaub in ihrer Heimat machen durften. Die meisten „Arbeitsvertragsbrüche“ fanden in folgendem Rahmen statt: Ein Zivilarbeiter beantragte Heimaturlaub. Dieser Antrag war zu begründen; die angegebenen Gründe waren sehr vielfältig, z.B. Krankheit oder Tod eines Familienangehörigen,¹²²² Vorladung zu einem Prozess,¹²²³ Entgegennahme/Abholung von Kleidung usw. Wenn der Urlaub genehmigt war, fuhr der Zivilarbeiter in seine Heimat und kam nicht zurück. Die Häufigkeit des in den Arbeitsbüchern oder Arbeitskarten notierten Vermerks „von Urlaub nicht zurück“ beweist, wie vergleichsweise sicher dieser Weg in die Heimat war. Vor allem zivile Franzosen und Italiener, die in der Hotel- oder Gastronomiebranche beschäftigt waren, nutzten diese Möglichkeit. Das Hotel ‚Reichspost‘ beschäftigte eine Französin von Ende September 1941 bis Mitte April 1942, die einen Monat Urlaub erhielt und prompt nicht mehr zum vorgesehenen Datum an ihrem Arbeitsplatz erschien.¹²²⁴ Ähnlich ging es dem Hotel ‚Zum Ritter‘ mit einem italienischen Zivilarbeiter, der ebenfalls nicht mehr vom Urlaub zurückkehrte.¹²²⁵ Das Hotel ‚Tannhäuser‘ hatte ähnliche Schwierigkeiten. Sein Geschäftsführer schrieb dem Arbeitsamt am 9. Juni 1944: „Es ist die zweite ausländische Arbeitskraft [sic], die ich auf diese Weise in letzter Zeit verlor. Ich bitte das Arbeitsamt, mir auch für diese Arbeitskraft Ersatz zu stellen, damit ich am 1. Juli 44 meinen Betrieb wieder eröffnen kann. Mit deutschem Gruß!“¹²²⁶

Ein anderer italienischer Zivilarbeiter des Hotels ‚Tannhäuser‘ kehrte nicht nach Heidelberg zurück, weil eine Anzeige gegen ihn vorlag. Der 1908 geborene Italiener arbeitete von 1941 bis 1944 im Hotel ‚Tannhäuser‘. Er fuhr jedes Jahr für ca. einen Monat in die Heimat (30. März bis 18. April 1942,¹²²⁷ August 1943,¹²²⁸ sowie vom 5. bis 30. Mai 1944¹²²⁹). Es fehlte ihm daher nicht an Ge-

1222 Wie beispielsweise im Fall des im Hotel ‚Tannhäuser‘ eingesetzten Italieners, der wegen des Tods der Mutter und einer Operation, die seinem Vater bevorstand, einen Urlaub beantragte (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Italien), Karton 3, Mappe 12: Dok. 20).

1223 Ebd.: Dok. 102.

1224 Ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 39, Mappe 120, Dok. 116, 118, 120; „nach Urlaub in Frankreich, kam nicht zurück“.

1225 Ebd., (Einzelfallakten, Italien), Karton 3, Mappe 11, Dok. 74: Schreiben des Hotels ‚Zum Ritter‘ an das Arbeitsamt Heidelberg vom 21. Dez. 1943.

1226 Ebd.: Dok. 33: Schreiben des Hotels ‚Tannhäuser‘ an den Leiter des Arbeitsamts Heidelberg vom 9. Juni 1944.

1227 Ebd., Mappe 12: Dok. 26.

1228 Ebd.: Dok. 27.

1229 Ebd.: Dok. 20.

legenheiten, seiner Arbeit in Deutschland fernzubleiben. Er blieb nur deshalb in Italien, nachdem wegen Ladendiebstahl eine Anzeige gegen ihn erstattet worden war. Die im Dezember 1944 eröffnete Fahndung wurde schließlich eingestellt, nachdem man vermutete, dass er wohl in Italien geblieben war.¹²³⁰

Für die polnischen Fremdarbeiter und Ostarbeiter war der Weg in die Freiheit weit schwieriger. Obwohl ihnen theoretisch ein Recht auf Urlaub zustand, wurde dieser selten genehmigt aus Furcht, dass der Fremdarbeiter nicht zurückkäme. Meistens blieb den Freiheitssuchenden nur die Flucht übrig. In den Arbeitsbüchern bzw. Arbeitskarten belegt die Häufigkeit des Vermerks „flüchtig seit“ oder „geflüchtet“, dass viele Ostarbeiter und polnische Fremdarbeiter diesen gefährlichen Weg wählten. Zu den Flüchtlingen gehörten vor allem junge Männer – insbesondere der Jahrgänge 1911–28 –, die vor allem in industriellen Unternehmen, seltener bei Landwirten arbeiteten. Mit ihrer Flucht brachten sie häufig ihre Kameraden und Freunde in Gefahr, die im Lager verblieben waren. So erzählte eine ehemalige Ostarbeiterin, dass sie nach der Flucht ihrer Freundin fünf Tage lang von den Polizisten verhört und geschlagen worden war.¹²³¹ Auch wenn es eigentlich keine Branche gab, die von der Flucht ihrer Ostarbeiter verschont blieb – sowohl Landwirte,¹²³² die Reichsbahn,¹²³³ die Schnellpressenfabrik¹²³⁴ als auch Privatpersonen zeigten der Gestapo oder dem Arbeitsamt die Flucht ihres Fremdarbeiters an – war eine Heidelberger Firma mit diesem Problem besonders häufig konfrontiert. Die Hälfte der Flüchtigen entstammte der Fuchs Waggonfabrik.¹²³⁵ Daher stellt sich erneut die Frage nach der der Behandlung der Fremdarbeiter in dieser Firma: Die Häufigkeit der Fluchtversuche sind eindeutiger Hinweis darauf, dass die Fremdarbeiter der Fuchs Waggonfabrik offensichtlich schlecht behandelt wurden. Es sind gleichwohl nur wenige ge-



Roelof B. *1924

1230 Ebd.: Dok. 31, 36.

1231 „Im Lager wusste man, dass sie meine Freundin war, ich wurde deshalb verhört. 5 Tage lang befragte mich ein Polizist nach ihrem Reiseziel; jedes Mal wurde ich schwer verprügelt. Ich erzählte ihm nicht, wie sie geflohen war und wohin – das wusste ich wirklich nicht“ (zitiert nach Radwanska-Altmann (1994), S. 321–64, hier S. 339).

1232 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 36: Dok. 74 (Zwangsarbeiterin, Jahrgang 1924, Bierhelderhof).

1233 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 46: Dok. 146 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1919, Lager Baggerloch); ebd.: Dok. 56 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1906, Baggerloch); ebd.: Dok. 146 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1919).

1234 Ebd., Karton 1, Mappe 2: Dok. 69 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1922).

1235 Ebd., Karton 6, Mappe 17: Dok. 15, 38 (20-jähriger „Montagehelfer“, am 26. März 1945 geflüchtet); ebd., Karton 32, Mappe 101: Dok. 18 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1926, am 13. Juni 1942 geflohen); ebd.: Dok. 82 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1911, „Tischler“, am 15. Juli 1942 geflohen); ebd., Karton 15, Mappe 46: Dok. 148 (Zwangsarbeiter, Jahrgang 1921, „Montagehelfer“, im März 1945 geflohen).

lungene Fluchtversuche aus der Fuchs Waggonfabrik überliefert. Häufig sind sie nur durch den Vermerk auf der Arbeitskarte „flüchtig seit“ oder geflüchtet“ kenntlich.¹²³⁶ Die Dauer des Arbeitseinsatzes vor der Flucht reichte von fünf Tagen¹²³⁷ bis zu drei Jahren.¹²³⁸ Viele Ostarbeiter versuchten, in ihre Heimat zurückzukehren. Der Weg dahin war lang und gefährlich, weshalb manche in die Schweiz zu fliehen versuchten. Im Jahr 1943 floh eine russische Haushaltshelferin mit anderen Ostarbeitern nach Tengen (Landkreis Konstanz), wo sie ihre Familie traf. Gemeinsam versuchten sie die Grenze zu überschreiten.¹²³⁹

Stets wurde, wie bei den Kriegsgefangenen, nach den Entlaufenen gefahndet. Festnahme und Rückführung in die Firma waren für manche Ostarbeiter unerträglich. Bei Fedor M., einem Schlosser der Fuchs Waggonfabrik, trifft diese Aussage bestimmt zu. Mit 47 Jahren war er etwas älter als die meisten Flüchtenden.¹²⁴⁰ Er hatte seine Arbeit bei der Fuchs Waggonfabrik am 6. Juni 1942 begonnen und entfloh dem Kirchheimer Lager in der Nacht vom 16 zum 17. Juni gegen 22:30 Uhr. Seine Abwesenheit wurde vermutlich erst am nächsten Tag bemerkt.¹²⁴¹ Fedor M. wurde am 21. Juni 1942 auf dem Bruchhäuserhof von dem deutschen Arbeiter Heinrich H. entdeckt. Der Mann benachrichtigte „hiervon die Polizei in Heidelberg-Kirchheim, die anordnete, dass [Heinrich] H. den [Fedor] M. wieder ins Lager der Fa. Fuchs zurückbringt. Von H. und dem Werkschutzmann Georg S. (...) wurde der russische Zivilarbeiter M. vorerst in dem Sanitäts- und vorläufigen Arrestraum im Lager der Fa. Fuchs untergebracht.“ Dort wurde er um 17.00 Uhr erhängt aufgefunden.¹²⁴²

7.2.3.4 Widerstand

Ein politisch organisierter Widerstand der Fremdarbeiter fand selten statt. Häufig reichten Bemerkungen gegen das Regime oder unüberlegte Gesten zu einer Bestrafung wegen Hochverrat. Sowohl Deutsche als auch Fremdarbeiter wurden

1236 Ebd., Karton 6, Mappe 17: Dok. 38; ebd., Karton 32, Mappe 101: Dok. 18; ebd.: Dok. 82; ebd., Karton 15, Mappe 46: Dok. 148.

1237 Ebd., Karton 32, Mappe 101: Dok. 18: Der Ostarbeiter kam in Heidelberg mit dem Transport vom 6. Juni 1942 an, nahm seine Arbeit am 8. an und floh am 13. Juni 1942.

1238 Ebd., Karton 15, Mappe 46: Dok. 148: Dieser Ostarbeiter nahm seine Arbeit bei der Fuchs Waggonfabrik ab dem 11. Mai 1942 auf und floh kurz vor der Befreiung Heidelbergs am 16. März 1945.

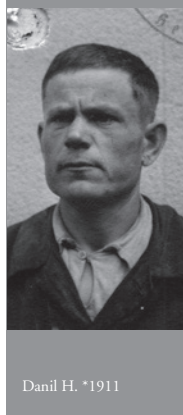
1239 Ebd., Karton 1, Mappe 4: Dok. 125, 130.

1240 Ebd., Karton 32, Mappe 101: Dok. 73.

1241 Ebd.: Dok. 76.

1242 Ebd.

auf dieser Weise Opfer der NS-Justiz,¹²⁴³ wie z.B. die französische Zivilarbeiterin Arlette L. Sie wurde am 24. September 1943 vom Landgericht Heidelberg wegen „Vorbereitung zum Hochverrat mit 2 1/2 Jahren Zuchthaus bestraft.“¹²⁴⁴ Arlette L. hatte sich seit dem 26. Mai 1942 in Heidelberg aufgehalten. Sie arbeitete als Küchenmädchen für das Hotel ‚Bergbahn‘ und war Mutter eines dreijährigen Mädchens, das sich vermutlich noch in Paris bei dem Vater aufhielt.¹²⁴⁵ Die Zivilarbeiterin wurde „am 8.1.1943 wegen politischer Umtriebe in Haft“¹²⁴⁶ genommen (im Mannheimer Gefängnis). Die junge Frau war schwanger und brachte im April 1943 ein Mädchen in der Frauenklinik Heidelberg zur Welt.¹²⁴⁷ Nach der Geburt kehrte sie ins Gefängnis zurück. Das Mädchen behielt sie zuerst bei sich.¹²⁴⁸ Am 25. August 1943 wurden beide in Untersuchungshaft in Heidelberg eingeliefert. Nach ihrer Verurteilung wurde sie am 8. Dezember 1943 in das Zuchthaus Waldheim nach Sachsen überstellt, wo sich vor allem politische Häftlinge aufhielten. Das Mädchen war am 1. Dezember abgestillt und dem St. Paulusheim übergeben worden.¹²⁴⁹ Es befand sich dort noch am 25. Juli 1945,¹²⁵⁰ obwohl der Krieg vorbei war und Arlette L. ihre Strafe seit dem 24. März verbüßt hatte.¹²⁵¹ Die Kosten für das Mädchen wurden bis Mai 1945 von einem Französischen Verein („Amicale Heidelberg“) bezahlt und standen anschließend dem Heim nicht mehr zur Verfügung. Im September 1945 wendete sich das Heim direkt an das Zuchthaus Waldheim, um zu erfahren, wo sich die Mutter befand. Angeblich war die Arlette L. am 7. April 1945 „in das Polizeigefängnis Leipzig zur Verfügung der Gestapo Leipzig überführt“ worden. Sie sei der KZ-Fürsorgestelle ebenfalls unbekannt.¹²⁵² Laut einem Schreiben des Leipziger Gefängnisses aus dem Jahr 1946 war Arlette L. am 12. April 1945 „entlassen“ worden.¹²⁵³ Die Mutter kam jedoch nie ins Paulusheim, um ihre Tochter abzuholen, obwohl sie am 4. März 1945 ausdrücklich mitgeteilt hatte, nach dem Verbüßen ihrer Strafe



Danil H. *1911

1243 Zur NS-Justiz s. Wagner (1968), S. 251; zur Zerstörung des Rechtssystems und zur neuen ideologischen Ordnung s. Dinner (1989) S. 24–56, hier S. 23ff.; vgl. auch Telp (1999), S. 75–79.

1244 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 42, Mappe 129: Dok. 112.

1245 Ebd.: Dok. 59.

1246 Ebd.: Dok. 56.

1247 Ebd.: Dok. 98.

1248 Ebd.: Dok. 112.

1249 Ebd.

1250 Ebd.: Dok. 118.

1251 Ebd.: Dok. 119.

1252 Ebd.: Dok. 130.

1253 Ebd.: Dok. 133.

„das Kind [hier] abholen“ zu wollen.¹²⁵⁴ Das Mädchen wurde vom französischen Roten Kreuz einem Kinderheim in Neustadt (Appental/Pfalz)¹²⁵⁵ überlassen. Das weitere Schicksal der jungen Mutter ist nicht aktenkundig. Jedoch wurde eine Gruppe von 52 Gefangenen des Leipziger Gefängnisses, wo sich Arlette L. aufhielt („Polizeigefängnis Wächterstraße 5“)¹²⁵⁶ am 12. April 1945 – also am Tag der „Entlassung“ der Fremdarbeiterin – erschossen.¹²⁵⁷ Leider waren keine weiteren Informationen über die Gründe ihrer Bestrafung zu ermitteln. Arlette L.s Spuren verlieren sich buchstäblich im Nichts.

Mit René P. geriet ein anderer französischer Fremdarbeiter in die Mühlen der NS-Justiz. Die Gestapo beschuldigte ihn des Hochverrats. Angeblich überzeugte er seine Geliebte – eine französische Zivilarbeiterin, die in einem Mannheimer Hotel arbeitete – die Sachen deutscher Offiziere, die im Hotel einquartiert waren, zu durchsuchen. René P. erhoffte sich davon, vor allem Pläne, Konstruktionszeichnungen oder wichtige Notizen in den Koffern oder Aktentaschen zu finden. Er hätte die gesammelten Informationen einem englischen Offizier weitergeben wollen. Dieser englische Offizier sollte sich in Mannheim befinden haben und dieser hätte auch noch andere Agenten, die für ihn arbeiteten.¹²⁵⁸ René P. wurde darüber hinaus beschuldigt, Beweise vernichtet zu haben.¹²⁵⁹ Er wurde am 29. Januar 1945 vom Volksgerichtshof Stuttgart verurteilt. Mit der Geschichte von René P. deutet sich die Existenz eines organisierten Widerstands von Fremdarbeitern an. Es fehlen aber ergänzende Belege, die die Existenz des englischen Offiziers bestätigen.

Bemerkenswerterweise waren in Heidelberg alle an Aktionen des Widerstands nachgewiesenen Beteiligten französischer Herkunft. Ein anderer Widerstandskämpfer war Marcel P., der bei der Mannheimer BBC beschäftigt war. Die BBC hatte ihre „Gleichrichter-Konstruktionsabteilung“¹²⁶⁰ in Heidelberg, wo er als Zeichner beschäftigt wurde. Marcel P.s Arbeit bestand darin, Teilzeichnungen nach Angaben anzufertigen sowie verbrannte Originalzeichnungen wiederher-

1254 Ebd.: Dok. 119.

1255 Ebd.: Dok. 134.

1256 Ebd.: Dok. 133.

1257 Vgl. die Biographie Margarethe Bothes, einer Deutschen, die wegen Abhörens ausländischer Sender verurteilt wurde und die der Gruppe der erschossenen Gefangenen angehörte: <http://www.stolpersteine-leipzig.de/index.php?id=237> (30. Juli 2012).

1258 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 54, Mappe 174: Dok. 75.

1259 Ebd.: Dok. 71, 76.

1260 Ebd.: Dok. 71.

zustellen.¹²⁶¹ Das war eine qualifizierte Stelle in einem kriegswichtigen Unternehmen. Sein Arbeitgeber stellte ihm an 22. September 1944 ein Arbeitszeugnis aus, in dem er als „fleißig“ galt und seine Aufgaben „zu unserer Zufriedenheit“ ausgeführt haben soll. Sein Verhalten sei ebenfalls tadellos gewesen.¹²⁶² Marcel P. war Jahrgang 1917 und gehörte somit nicht zu den verpflichteten STO. Er zeigte jedoch bereits bei seiner Anmeldung bei der BBC am 23. März 1943 ein gewisses Ressentiment gegenüber Deutschland, denn er beantwortete die Fragen nach „Name (Stand) und Wohnort des Vaters“ mit „gestorben am 10. Oktober 1918 für Frankreich.“¹²⁶³ Marcel P. wurde am 21. September 1944 festgenommen, als er von seinem Werk in Heidelberg zu seinem Lager in Mannheim-Käfertal fuhr. Elf Tage nach seiner Festnahme wurde Marcel P. dem Gefängnis in Karlsruhe überstellt. Der Fremdarbeiter gab an, nicht die geringste Ahnung über die Gründe seiner Festnahme zu haben. Diese hätte „ohne irgendeinen triftigen Grund“¹²⁶⁴ stattgefunden. Er wurde in Karlsruhe von der Firma Arguswerke vorläufig weiterbeschäftigt.¹²⁶⁵ Die Gestapo beschuldigte ihn, eine „Aufputschung der BBC-Zivilfranzosen“ organisiert zu haben. Marcel P. habe am 10. September 1944 in einem Viernheimer Lokal, dem „Amical“, französische Zivilarbeiter zum Widerstand veranlasst. Die Zivilfranzosen wären von ihm dazu ermutigt worden, „sich einer Versetzung ins Reich [zu] widersetzen (...), mit der Arbeit zurückzuhalten, und sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen oder verleiten [zu] lassen (...). Wenn der Augenblick des Handelns da wäre, würde er, P., die Verbindung mit gleichgesinnten deutschen Kameraden aufnehmen. Diese Kameraden würden ihn auch mit Waffen versorgen und er würde dann das Signal geben.“¹²⁶⁶

Marcel P. erwartete seinen Prozess in der Untersuchungshaft.¹²⁶⁷ Das Urteil ist nicht überliefert. Angesichts der Schwere der Anklage besteht wenig Hoffnung, dass der Zivilarbeiter den Krieg überlebte. Tatsächlich gab es mehrere organisierte Widerstandsbewegungen von Fremdarbeitern gegen das Dritte Reich.¹²⁶⁸ Die größte Gruppe war die BSW (Bratskoje sotrudnitschestwo Wojennoplennych),

1261 Ebd.

1262 Ebd.

1263 „Mort pour la France le 10 octobre 1918“ (ebd., (Einzelfallakten, Frankreich), Karton 51, Mappe 163: Dok 67 (Anmeldung bei BBC Mannheim)).

1264 Ebd.: Dok. 78: „sans aucune raison valable.“

1265 Ebd.

1266 Ebd.: Dok. 82.

1267 Ebd.: Dok. 83.

1268 Zum Widerstand französischer Fremdarbeiter s. Evrard (1972); Frankenstein (1981), S. 211–23.



Praskovia W. *1889

eine Gruppe von sowjetischen Kriegsgefangenen, die in einem Münchner Lager – München Perlach – im November 1942 gegründet wurde. Angestrebt wurde die Vorbereitung von Sabotageakten, sich der Arbeit zu widersetzen, gegen die Wehrmacht zu arbeiten und Kontakt mit deutschen Widerstandsbewegungen aufzunehmen. Zu dieser Gruppe gehörten verschiedene nationale Komitees von Amerikanern, Engländern, Franzosen, Polen, Tschechen und Jugoslawen.¹²⁶⁹ Die Flucht russischer Offiziere aus einem Lager in Schwanensee ermöglichte die Gründung von Komitees außerhalb Bayerns.¹²⁷⁰ In Baden war das Zentrum der BSW im Rastatter Lazarett. Komitees der BSW wurden ebenfalls in Heidelberg begründet.¹²⁷¹ Marcel P. gehörte jedoch vermutlich nicht zu dieser Gruppe, die von der Gestapo ab Mai 1943 verfolgt wurde. Zwischen Februar und Mai 1944 wurden nicht weniger als 383 Personen verhaftet und im KZ Dachau oder Mauthausen ermordet.¹²⁷² In Baden erfolgten die meisten Festnahmen zwischen Mai und Juni 1944; erst im Herbst 1944 wurde die BSW vollkommen zerschlagen.¹²⁷³

1269 Brodski (1991), S. 251–69.

1270 Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Eppingen, Villingen, Baden-Baden, Ludwigsburg, Offenburg, Malbach, Wiesenbach und Rastatt (ebd.).

1271 Boll (1992a), S. 195f.

1272 Brodski (1991).

1273 Boll (1992a), S. 196; Brodski (1991), S. 254.

8 Kriegsende und Befreiung



8.1 Die letzten sechs Kriegsmonate

8.1.1 Der Zusammenbruch

Die Stadt Heidelberg erlebte in den letzten Kriegsmonaten einen Zusammenbruch in vielen Sektoren. Der Winter 1944/45 wurde sehr kalt und die Holz- und Kohlevorräte wurden sehr knapp. Die Lebensmittelversorgung war ebenfalls sehr schwierig geworden. Die Front näherte sich und brachte eine erhöhte Zahl von Luftangriffen mit sich, die die Situation der Fremdarbeiter im Reichsgebiet noch verschlechterten. Eine deutliche Verschlechterung der Lebensbedingungen ist in Heidelberg ab September 1944 nachweisbar. Die prekäre Lage verschärfte sich seit Dezember 1944 noch zusehends. Insbesondere die Lebensmittelversorgung litt unter Engpässen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Ludwig Bergsträsser¹²⁷⁴ flüchtete im September 1944 in den Odenwald und kam regelmäßig nach Heidelberg. Aus seinen Tagebuchaufzeichnungen ergeben sich viele wertvolle Informationen über die Lage der Stadt. Die Lebensmittelversorgung Heidelbergs befand sich nach seinen Tagebucheintragungen schon am 21. September 1944 in einer Notlage: „Meine Besorgungen in Heidelberg waren eine kuriose Erfahrung. Es gibt so gut wie nichts. Nur Schönheitsmittel aus Frankreich, Belgien sind noch reichlich vorhanden, in der Kaufhalle konnte ich nur 1 Pfund Mettwurst kaufen, da sie nicht genug hatten. Schnürsenkel nirgends, Gummiband desgleichen. Taschentücher fand ich schließlich in einem Lädchen hinter der Universität. Auch in den Buchhandlungen war es interessant. Köster an der Universität war verhältnismässig zugänglich, ein anderer lehnte glatt ab, eine deutsche Rechtsgeschichte zu verkaufen, da müsse er zu viel Steuern bezahlen.“¹²⁷⁵

Im November 1944 gab es keine Weißmehl-Produkte mehr in den Geschäften. Tabak gehörte nun ebenfalls zu den Mangelwaren.¹²⁷⁶ Bergsträsser ging Ende Januar 1945 erneut nach Heidelberg und stellte bei dieser Gelegenheit fest, dass

1274 HStAD Abt. 21 O21 Bergsträsser, Nr. 3/1–19.

1275 Ebd.: Kriegstagebuch, H. 13, Bl. 565, S. 2 (Antrag vom 21. Sept. 1944).

1276 Ebd.: „Nur in zwei Geschäften je ein Päckchen Zigarettenpapier. Schuhkauf glückte, Handschuhe für mich nicht, aber Schals.“

die „Geschäfte (...) ganz willkürlich [schließen], so dass nichts zu kriegen möglich war. Im Kafasö endlich gegessen. Steinpilze waren zwar andere Pilze, aber gut.“¹²⁷⁷ Die schlechte Lage der Stadt verschärfte sich im Folgemonat abermals in beeindruckender Weise, wie aus dem Tagebucheintrag im Februar hervorgeht: „Ich ging nochmals Besorgungen machen und erfuhr zu meinem Schrecken, dass alle Geschäfte außer Lebensmittel um 12 Uhr zumachen, wegen Stromersparnis. Sie dürfen als Betrieb kein Licht brennen. Bei Weiss war es einfach dunkel, sie können im Lager nicht arbeiten, am Mittwoch gar kein Strom da. (...) Im ‚Europa‘ war der große Speisesaal aus Ersparnis von Heizung und Licht stillgelegt. (...) Der Frühstückskellner war sehr freundlich, sprach mich gleich französisch an. Eben gegen 9 Uhr hörte man Flak schießen. (...) Liselotte konnte ich nicht anrufen, mit Mannheim ist kein Telefonverkehr, auch kein Fernverkehr von Heidelberg, da das alles über Mannheim ging! Das ist kaputt, H.[eidelberg] ist isoliert. (...) Es war mir auffällig, wie sich vieles in H.[eidelberg] seit 14 Tagen geändert hat. Das Essen ist überall sehr viel schlechter geworden. Im Kafasö gibt es nur noch kleine Portionen, der ‚Bergkeller‘ ist wegen angeblicher Krankheit geschlossen, das ‚Bergheim‘ rasend überfüllt; satt wird man nirgends, am wenigsten an fleischlosen Tagen. Da die Gaststätten nur noch ein Essen abgeben dürfen, so muss man halt zweimal hintereinander essen; in seinem Stammlokal, im anderen gegen Marken, das kostet viel Zeit, da man überall viel warten muss. Dies zweimal am Tag!“¹²⁷⁸

Der letzte Besuch Bergsträssers vor der Befreiung fand am 14. März 1945 statt, d.h. 16 Tage vor der Ankunft der Amerikaner. Bei dieser Gelegenheit bemerkte er, dass die Hotels nur Gäste annahmen, die ihre Bettwäsche mitbrachten. Die Wäschereien durften wegen Stromknappheit nicht arbeiten. Die Lebensmittelversorgung hatte sich noch weiter verschlechtert: „Seit einigen Tagen gab es hier kein Weißbrot, weil das Mehl nicht herkam, seit heute soll es wieder Weißbrot geben, die Bäcker haben es nicht. (...) Auch die Lebensverhältnisse sind sehr unangenehm. Viele Leute gehen in den Wald Holz lesen, da sie nicht genug Holz haben. Es ist oft elektrische Stromsperre, Gas geht nur stundenweise, an zwei Tagen der Woche gar nicht und meist so schwach, dass man nichts kochen kann. Einzelne Restaurants, die nur elektrische Öfen haben, geben kein warmes Essen mehr.“¹²⁷⁹

1277 Ebd.

1278 Ebd.: Kriegstagebuch, H. 14, Eintrag vom 9. Febr. 1945, Bl. 622r u. v, S. 30.

1279 Ebd.

Die Verknappung der Lebensmittelversorgung wird auch von Louis Chapelier aus Raon l'Etape bestätigt. Er berichtete, dass er sehr viel Senf aß, weil das das Einzige war, was freiverkäuflich war und was es in großen Mengen gab.¹²⁸⁰

8.1.2 Das Gefahrenpotential steigt

8.1.2.1 Luftangriffe

Kurz vor Kriegsende nahm die Zahl der Luftangriffe noch zu. Viele kriegswichtige Unternehmen waren Ziel der Bombenangriffe, die auch in den benachbarten Fremdarbeiterlagern große Schäden anrichteten. Für die Fremdarbeiter war diese Situation besonders bitter, weil die Befreiungskämpfe – die ihnen die Befreiung bringen sollten – gleichzeitig ihre Lebensbedingungen deutlich erschwerten und die Gefahr, durch alliierte Bomben zu sterben, hoch war. Heidelberg wurde sehr wenig bombardiert. Jedoch befanden sich die Stadt und ihre Bewohner in einem Gefühl der Angst, wie Wilhelmine Drescher berichtete: „Niemand wollte damals glauben, dass die Flieger so ohne weiteres nach Deutschland hereinkönnten, wir wurden so bald eines Besseren belehrt. Durch die Nähe Mannheims hatte Heidelberg fast jede Nacht Fliegeralarm. (...) Ein paar Mal erlebten wir Bombenabwürfe, doch waren dieselben in der Gegend über dem Neckar. Es waren leichte Spreng- und Brandbomben, die zum Teil in die Gemüesfelder fielen und dort wenig Schaden anrichteten. Einmal wurden in Handschuhsheim zwei Dachstühle schwer beschädigt. Bei einem anderen Angriff brannte der Wald im Bereich der Thingstätte. Sehr erschranken alle Heidelberger an einem Donnerschlag, daran anschließend ging das Licht aus, aber es fielen keine Bomben, wie in Freiburg, wo der Angriff auf diese Weise begonnen hatte. Wir am Stadtrand sahen über Mannheim die gebündelten Leuchtkugeln und häufig auch den Schein des Feuers, wenn die Stadt brannte. In den letzten Tagen vor der Eroberung schossen die Amerikaner mit Maschinengewehren in die Fenster hinein, so dass man nirgends mehr sicher war.“¹²⁸¹

Die steigende Unsicherheit erfasste jeden Heidelberger, vor allem nach den Luftangriffen über Bonn und Wiesbaden. Bergsträsser bemerkte am 14. Oktober 1944, dass „die Heidelberger (...) seit einiger Zeit nicht mehr so unbekümmert wie bisher“¹²⁸² waren. Die Fremdarbeiter wurden auch Opfer der Luftangriffe, wie man es an den Sterberegistern ablesen kann: 7,5% der Todesfälle von Fremd-



Serge D. *1913

1280 Högner (2002), S. 115f.

1281 Drescher (1975), S. 38f.

1282 HStAD O 21 Bergsträsser, Nr. 3/1-19: Kriegstagebuch, H. 13, Eintrag vom 14. Okt. 1944, Bl. 576r.



Flakabwehr im nahen Mannheim. Vereinzelte Luftangriffe auf Heidelberg stellten eine zusätzliche Bedrohung für das Leben der Zwangsarbeiter dar (STAHD, Foto Lossen).

arbeitern wurden durch Bombardierungen verursacht. Insbesondere vier Angriffe erwiesen sich als tödlich für 35 Fremdarbeiter: Am 5. Dezember 1944 (sieben bis acht Tote), am 25. oder 26. Februar 1945 (elf Tote), am 1. März 1945 (zehn Tote) und am 16. März 1945 (sechs Tote).¹²⁸³ Die junge Polin

Anna C. starb nach der Bombardierung vom 16. März 1945. Sie wurde tödlich verletzt, als sie sich auf der Straße von Schriesheim nach Heidelberg befand. Laut Arztbericht wurde alles getan, um die junge Frau zu retten. Sie wurde sofort nach dem Angriff medizinisch versorgt und umgehend in die Klinik gebracht. Die Ärzte versorgten sie mit einer „Infusion, Transfusion und Wundversorgung“. Trotz dieser Bemühungen starb Anna C. acht Stunden nach ihrer Einlieferung in der Klinik.¹²⁸⁴ Viele Fremdarbeiter kamen während der Luftangriffe ums Leben, weil sie zum Schutz vor Luftangriffen nur Splittergräben hatten. Die polnischen und russischen Fremdarbeiter waren auch z. T. verpflichtet, sich der Gefahr auszusetzen und während Bombenangriffen weiter zu arbeiten. Gilbert Hellé berichtete, dass die Franzosen weniger abschätzig angesehen und infolgedessen auch nicht schlechter behandelt wurden. Dagegen mussten Polen und Russen „mitten bei Luftalarm (...) arbeiten, denn die Eisenbahnlinien wurden immer bombardiert, sie mussten aufrecht gehen, um die Schienen zu reparieren, während wir uns unterstellten.“¹²⁸⁵

8.1.2.2 Evakuierungsmärsche

Um zu verhindern, dass Zwangsarbeiter in die Hände der Alliierten gerieten, wurden Evakuierungsmärsche angeordnet. Die „berühmtesten“ Märsche waren

1283 STAHD AA, 287a/2.

1284 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russland), Karton 9, Mappe 26: Dok. 114.

1285 Högner (2002), S. 114.

die von den großen KZ im Januar 1945, wie Auschwitz, Groß-Rosen und Stuttgart. Dort wurden 770.000 KZ-Überlebende evakuiert, von denen ca. ein Drittel während der Evakuierung ums Leben kam.¹²⁸⁶ Die ersten Pläne zur Evakuierung von Fremdarbeitern wurden im Dezember 1944 erstellt. Es handelte sich dabei zu dieser Zeit vor allem um die „Rückführung“ der ca. 60.000 Fremdarbeiter, die in der „Westmark“ beschäftigt waren.¹²⁸⁷ Während einer Besprechung in der Heidelberger Polizeidirektion am 14. Dezember 1944 wurde beschlossen, dass „erst die ausl[ändischen] Arbeiter aus der Westmark (60.000), danach die aus Mannheim[, dem] Stadt- und Landkreis (20.000), und zuletzt die aus Heidelberg [, dem] Stadt- und Landkreis, zurückgeführt werden.“¹²⁸⁸ Es war vorgesehen, dass der Evakuierungsbefehl irgendwann und von irgendjemandem – die Teilnehmer der Besprechung tappten in dieser Hinsicht vollkommen im Dunkeln – gegeben würde. Erst danach sollten die für die Evakuierung zuständigen Personen eine genaue Uhrzeit zum Handeln erhalten. Vier Stunden waren für die Sammlung der Fremdarbeiter vorgesehen. Alle vier Stunden sollte ein „Transport“ von 1.000 bis 1.500 Personen in der Stadt ankommen, der sich dort ausruhen und etwas zu essen bekommen sollte. Vorgesehen war eine warme Verpflegung alle drei Tage. Die evakuierten Heidelberger Fremdarbeiter sollten von ihrem Lager für drei Tage Verpflegung erhalten.¹²⁸⁹ Diese Märsche konnten nur nachts unter strenger Bewachung stattfinden. Der Volkssturm sollte das in Kompaniestärke, eingeteilt in drei Kommandos für eine Gruppe von 50 Fremdarbeitern, übernehmen.¹²⁹⁰ Die Kranken und/oder Schwachen sollten gesammelt werden; das Marstallgebäude war dafür vorgesehen. Geplant war, diese Leute von einem Schiff abholen und nach Heilbronn bringen zu lassen.¹²⁹¹ Als es soweit war, lief alles viel chaotischer als bei der Besprechung geplant. Die Ostarbeiter und die russischen Kriegsgefangenen – Arbeitskommando 1.649 –¹²⁹² des Lagers Baggerloch wurden in der Nacht vom 23. auf 24. März 1945 evakuiert, obwohl die Mannheimer Fremdarbeiter sich zu dieser Zeit noch in Mannheim befanden; geplant war, dass Mannheim zuerst seine Fremdarbeiter evakuierte und dann Heidelberg. Die Kranken wurden nicht wie vorgesehen gesammelt



Iwan B. *1923

1286 Spoerer (2001a), S. 211.

1287 STAHD AA, 212c/8: Vermerk über die Besprechung mit der Polizeidirektion vom 14. Dez. 1944.

1288 Ebd.

1289 Ebd., §4.

1290 Ebd., §3.

1291 Ebd., § 5.

1292 Ebd., 212c/4: Vermerk vom 5. Mai 1945.

und mit einem Schiff nach Heilbronn gebracht, sondern mussten laufen, vermutlich genauso wie die gesunden Arbeiter. Dafür spricht die Geschichte einer jungen Russin, Theodora K., die am Römerplatz von einer deutschen Frau bewusstlos aufgefunden wurde. Laut dem Arztbericht sei Theodora K. „beim Abtransport aus dem Lager im Baggerloch am 23.3.45 abends am Römerplatz zusammengebrochen.“ Die junge Russin wurde von der Deutschen gepflegt und am 26. März zu einem Arzt gebracht, der sie gern in die Ludolf-Krehl-Klinik eingewiesen hätte. Jedoch gab es an diesem Nachmittag einen „Jabobeschuss“ – „Jabos“ sind Jagdbomber, die mittels ihrer Bordwaffen auch Ziele am Boden angreifen – und die Einweisung konnte nicht stattfinden. Theodora K. starb kurze Zeit später, vermutlich an Lungentuberkulose. Wohin die Ostarbeiter und die russischen Kriegsgefangenen gebracht wurden, bleibt leider ungeklärt. Der Befehl, die Mannheimer und dann die Heidelberger Fremdarbeiter zu evakuieren, wurde am 25. März gegeben. François Braunn aus St. Dié verließ auf dieser Weise Mannheim in der Nacht vom 25. März 1945, „den Rucksack auf dem Rücken. Wie viel sind wir, 200, 300 oder 400? Wir brechen auf Richtung Heidelberg, wo wir am nächsten Morgen gegen 8 Uhr ankommen. Wir werden in Holzbaracken untergebracht zusammen mit Russen neben dem Güterbahnhof.“¹²⁹³

Im Dezember 1944 war bestimmt worden, dass die Evakuierten sich in Heidelberg ausruhen, dort essen und anschließend weiter ins Reichsinnere marschieren sollten. Dieser Teil des Plans klappte ebenfalls nicht, weil die Wachmänner einfach verschwanden. François Braunn berichtete, dass sie auf einmal keine Deutschen mehr sahen, „keine Soldaten [mehr], sie sind verschwunden und wir bleiben allein zurück.“¹²⁹⁴ Das Lager Baggerloch fanden die Mannheimer Fremdarbeiter am 25. März 1944 nicht gänzlich verlassen vor; vermutlich war nur ein Teil der Ostarbeiter und russischen Kriegsgefangenen am 23. März abmarschiert: „Die Baracken [im Baggerloch] waren jedoch voller Zwangsarbeiter und wir haben keinen Platz gefunden. Deshalb haben wir in der nächsten Nacht unter einer Brücke geschlafen. Dann kam der Befehl, dass das Lager Baggerloch geräumt werden soll und die Ausländer abmarschieren sollten. In unserer Gruppe war ein Elsässer, der erklärte, dass wir für die Reichsbahn arbeiten müssten, auch in Heidelberg. So haben sie uns zurückgelassen und wir haben die leeren Baracken bezogen.“¹²⁹⁵

1293 Högner (2002), S. 121.

1294 Ebd.

1295 Ebd.

8.1.2.3 Vor der Befreiung

Die Fremdarbeiter wurden Tage vor der Befreiung Heidelbergs sich selbst überlassen, ohne Arbeit oder jegliche Verpflegung. Die Lage war besonders gefährlich für sie, denn die Gestapo durfte seit Anfang November 1944 Ostarbeiter, Polen sowie Westarbeiter in bestimmten Situationen erschießen. Die SS oder Wachmänner machten davon auch Gebrauch und sie fühlten sich berechtigt, Fremdarbeiter beim Plündern zu erschießen.¹²⁹⁶ Genau diese Situation kam auch in Heidelberg vor, als Fremdarbeiter Güterwagen plünderten: „Wir sehen, dass die Russen amerikanische Zigaretten rauchen, sie sind dabei, die abgestellten Waggon zu plündern, sie haben sich auf Pakete des schwedischen Roten Kreuzes gestürzt. Wir machen also dasselbe, und wir finden da Pakete an Soldaten mit Zigaretten, Socken usw. (...) Dort sind wir zwei Tage geblieben, wir sahen alle die Ausländer, Russen, Italiener, alle, die dort in den Waggon waren und dort plünderten. Es gab da eine Böschung, wo man zu den Gleisen hochstieg und ein Gitter. Dann haben wir es wie sie gemacht, wir sind zu den Waggon gegangen und haben dort geplündert. Wir haben die Koffer geöffnet, die Taschen, die ganzen Sachen da (...) Ich durchsuchte einen Wagen, ich war auf der einen Seite, mein Bruder auf der anderen. Wir fanden alles Mögliche und hatten nicht genug Platz, um alles einzustecken, was wir fanden. Und da auf einmal hörte man Schüsse: Bum, bum! Mein Bruder rief: ‚Hauen wir ab!‘ Er sprang auf der einen Seite aus dem Waggon, ich auf der anderen, jeder mit seinem Rucksack voller Kekse, voller Gegenstände (...) Und plötzlich, etwa 100 Meter hinter mir, höre ich: ‚Halt!‘ Ich drehe mich um, was sehe ich: ein deutscher Soldat: Und paff: Er hatte geschossen. Und da ich jung war, bin ich losgerannt und auf allen Vieren unter den Waggon durch, und gerannt und gerannt, 300, 400, 500 Meter, und flüchtete mich in die Baracken. Ich habe die [Russen später] tot liegen gesehen, es waren sieben oder acht. Oh, ich habe sie nicht genau angesehen, als sie so da lagen, eine Kugel im Kopf.“¹²⁹⁷

Der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung kostete paradoxerweise vielen Fremdarbeitern das Leben. Ihr Leben war vorher durch das Diskriminierungssystem und das Angewiesensein der Deutschen auf ihre unersetzliche Arbeit davon verschont worden.¹²⁹⁸



Garpina W. *1897

1296 Herbert (1999), S. 381f.

1297 Högner (2002), S. 121f.

1298 Spoerer (2001a), S. 210.

8.2 Befreit und doch (noch) nicht frei

8.2.1 Die Befreiung Heidelbergs

8.2.1.1 *Karsamstag 1945*

Heppenheim wurde am 25. März 1945 befreit. Das Vorrücken der Amerikaner in Richtung Heidelberg schien unaufhaltsam zu sein. Für die Fremdarbeiter bedeutete ihre Befreiung die Hoffnung, wieder frei in ihre Heimat zu gelangen. Für die deutsche Bevölkerung war sie wiederum ein Schritt ins Unbekannte, der viele mit Angst erfüllte. Darum verließen viele Mannheimer und Heidelberger ihre Stadt mit ihrem „Hausrat und Betten auf Leiterwagen“, weil sie auch wussten, dass die Amerikaner nicht „als unsere Freunde [kamen], sondern sie eroberten ein Land, das ihnen den Krieg erklärt hatte.“¹²⁹⁹ Die Befreiung Heidelbergs fand – sieht man von für den Kriegsverlauf unsinnigen Aktionen wie beispielsweise der Sprengung der Alten und der Friedrichsbrücke einmal ab – ohne größeren Widerstand statt und es kam auch nicht zu Straßenkämpfen: „Glücklicherweise verschwand der Gauleiter als erster, und unser letztes Aufgebot, der Volkssturm, konnte die Amerikaner gewiss nicht aufhalten. Kinder, 14- bis 16-jährige, und Greise wurden auf Heuwagen verfrachtet und dem Feind entgegengeschickt. (...) Wer sich weigerte, an diesem Unsinn teilzunehmen, wurde auf dem Weg nach Dossenheim an den Obstbäumen erhängt, wegen Zersetzung der Wehrkraft des deutschen Volkes‘. (...) Kurz vor dem Einmarsch bewaffnete man eine Reihe von Halbwüchsigen mit einer Panzerfaust, dazu gab es Schnaps, damit alle mutig dem Feind entgegengingen. Aber die Jugendlichen waren keinen Alkohol gewöhnt, es wurde ihnen übel. Zum Schluss standen noch drei dieser Kinder mit einer Panzerfaust zur Verteidigung vor der Alten Neckarbrücke. Nachdem zwei von ihnen gegangen waren, verschwand auch der Letzte und die Amerikaner konnten später die Panzerfäuste am Schloßwolfsbrunnenweg in einer Wirschaft einsammeln.“¹³⁰⁰

Es war Karsamstag, der 31. März 1945. Die Meldung vom baldigen Einmarsch der Amerikaner war schon bekannt und viele Heidelberger ließen weiße Fahnen an ihren Fenstern herunter. Für Heidelberg war damit die Ära des Nationalsozialismus vorbei und es begann die Zeit der amerikanischen Besatzung.

1299 Drescher (1975), S. 39ff.

1300 Ebd.

8.2.1.2 Befreiung der Fremdarbeiter

Nach Zeitzeugen-Berichten der ehemaligen Zivildeportierten schienen die Fremdarbeiter nach der Befreiung von allen eher vergessen worden zu sein, von den Deutschen einerseits, die keine Beschäftigung mehr für sie hatten, und von den Amerikanern andererseits, die vermutlich nicht wussten, wie sie mit diesen Fremden umgehen sollten. François Braunn berichtete, wie er nach dem Karsamstag mit einer Gruppe von ca. 100 Fremdarbeitern in die Stadt ging: „Dann zwischen dem 2. und 4. April nichts mehr, keinen Lärm, die reine Stille, weiße Fahnen aus Betttüchern aus den Fenstern. In einer Gruppe gehen wir [vom Lager Baggerloch] in die Stadt, etwa einen Kilometer weit: Es scheint, dass die alliierten Truppen da sind. Wir treffen auf eine Gruppe misstrauischer GIs, die uns fortjagen mit Schüssen in die Luft und mit dem Ruf: ‚Go away!‘ Dann fährt ein Panzer aus einer Straße heraus, ein Monstrum, der seinen Turm auf die Kreuzung schwenkt. Und dann haben wir uns aufgemacht, die ganze Gruppe so etwa hundert, in Richtung mit unseren Sachen, die wir gestohlen hatten. Und dort haben wir uns in den Hauptbahnhof zurückgezogen.“¹³⁰¹

Manche der Zivildeportierten befreiten sich auch selbst, wie zum Beispiel Louis Chapelier und zwei seiner Kameraden: „Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit der Befreiung von Eppelheim, als die Deutschen aus allen Fenstern weiße Fahnen hängten, und als viele Menschen mit weißen Fahnen auf den Straßen waren und riefen: ‚Eppelheim ist frei!‘ Und ich erinnere mich noch daran, dass zwei oder drei deutsche Panzer (...) auf der Brücke über der Autobahn standen (...) und habe gesehen, wie sie mit ihrer Kanone auf die deutschen Zivilisten geschossen haben, die die Freiheit begrüßten. Und kurz darauf sind diese drei Panzer Richtung Heidelberg weggefahren. Die Amerikaner kamen, und ich muss sagen, sie machten keinen Unterschied zwischen Deutschen und Franzosen. Ich sprach kein Englisch, deshalb benützten wir die Nacht, um nach Schwetzingen zu fliehen. Und in Schwetzingen gab es Franzosen. Das war in den ersten Apriltagen, vielleicht der 3. April. Von dort sind wir nach Speyer gebracht worden und ins Elsass über Lauterburg.“¹³⁰²

Marcel Clément berichtete, dass er bis zum 30. März 1945 arbeiten musste. Als die Amerikaner ankamen, dachte keiner mehr daran, den Fremdarbeitern etwas zu essen zu bringen. So wurde der Bahnhof geplündert.¹³⁰³ Die Befreiung



Stanislaus M. *1918

1301 Högner (2002), S. 122.

1302 Erinnerung Louis Chapelier, s. <http://www.zwangsarbeit.igmh.de/Zwangsarbeit%20Rhein-Neckar-Raum/ortederzwangsarbeit/eppelheim/index.html> (30. Juli 2012).

1303 Högner (2002), S. 123.

selbst brachte zunächst keine großen Änderungen in den Alltag der Fremdarbeiter. Sie mussten zwar nicht mehr arbeiten, konnten aber noch nicht nach Hause fahren, sie wohnten immer noch in ihren Baracken und Lagern und litten weiter Hunger. Das fand so überall in Deutschland statt. Die ehemaligen Heidelberger Fremdarbeiter hatten das große Glück, dass die Stadt wenig zerbombt war und dass es zu keinen großen Kämpfen kam. Die Zahl der ehemaligen Fremdarbeiter, die sich direkt nach dem Krieg in Deutschland befand, wird heutzutage auf rund 5.846.000 Personen geschätzt. In Baden waren es wohl 66.440 Personen, die von den amerikanischen und französischen Streitkräften befreit wurden.¹³⁰⁴ Die ehemaligen Fremdarbeiter wurden von den Alliierten umbenannt in „Displaced Persons“¹³⁰⁵ – kurz: DP. Ihre Anwesenheit und ihr Status in Deutschland bestand bis zum Jahr 1951.

8.2.2 Exkurs: Nach dem Krieg

Jede der vier Besatzungsmächte plante ihre eigene Rückführungspolitik für die DPs.¹³⁰⁶ Im Jahr 1943 wurde die UNRRA von 54 Ländern gegründet mit dem Ziel, die Repatriierung der Fremden in ihre Heimat zu ermöglichen. Sobald eine Stadt befreit wurde, kümmerte sich die UNRRA um die ehemaligen Fremdarbeiter.¹³⁰⁷

1304 Grundlage dieser Zahlen sind die von den Alliierten veranlassten statistischen Erfassungen der beschäftigten Fremdarbeiter, die auch die baldige Rückführung in die jeweilige Heimat erleichtern sollten (Müller (1990), S. 11–14).

1305 Die Definition des Begriffs änderte sich im Lauf der Zeit. Die erste Definition einer „DP“ wurde am 18. Nov. 1944 durch das SHAEF (Supreme Head Quarters, Allied Expeditionary Forces) gegeben. Danach handelte es sich um „Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen“. Jede Person, die sich infolge des Kriegs in einem fremden Land aufhielt, gehörte zu den DPs: Es gab die Enemy DP's wie Deutschen, Österreicher oder Japaner und die Ex-enemy DP's – Bulgaren, Italiener, Ungarn, Rumänen. Später nahm die UNRRA (United Nations Reliefs and Rehabilitation Administration Organisation) eine Definition an, die sich an den Angehörigen der UN orientierte – aus hilfsorganisatorischen, pragmatischen Gründen. Die ablösende Organisation, die IRO, übernahm im Jahr 1946 eine andere Definition, die auf dem „Opfercharakter der Person“ basierte. „Der Begriff ‚Displaced Person‘ bezeichnet eine Person, die als Ergebnis der in Teil I, Sektion A, §(a) genannten Regime aus ihrer Heimat deportiert wurde oder gezwungen wurde, das Land ihrer Nationalität oder ihren früheren ständigen Wohnsitz zu verlassen (...) etwa Personen, die zur Zwangsarbeit genötigt wurden oder die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen deportiert wurden“ (Jacobmeyer (1985), hier S. 16; Marugg (1990), S. 81–112; s. auch Rinke (2002)).

1306 Jacobmeyer (1985), S. 18f.

1307 Müller (1990), S. 15–18.

8.2.2.1 Mai 1945

Die Zeitzeugen berichteten, dass die amerikanischen Streitkräfte sich zuerst nicht um die Fremdarbeiter kümmerten. Jedoch fand die Reorganisation des Alltags¹³⁰⁸ relativ schnell statt, wie es die Schreiben vom 31. März – am Tag der Befreiung Heidelbergs –, 4., 10. und vom 12. April 1945 beweisen.¹³⁰⁹ Zuerst bekamen die DP's neue Quartiere, meistens in verwahrlosten Kasernen.¹³¹⁰ Es gab in Heidelberg drei große DP-Lager im Jahr 1945: die Grenadierkaserne am Kirchheimer Weg, das Lager Baggerloch – vermutlich in den ehemaligen Fremdarbeiter-Baracken – und auf dem Gelände der Firma Stotz-Kontakt – vermutlich handelte es sich ebenfalls um das ehemalige Fremdarbeiterlager. Das DP-Lager am Kirchheimer Weg wurde sogar als Modell der amerikanischen Organisation gepriesen. Ein Film namens „Heidelberg. Russian D.P. Camp“ wurde am 3. Mai 1945 über dieses Lager¹³¹¹ gedreht. In dem Film werden Frauen und Kinder gezeigt, die mit Kleidern und Lebensmitteln versorgt werden. Es wird gekocht und getanzt; Männer üben für ihre Anwerbung in der sowjetischen Armee. Die Bewohner des Lagers waren von der deutschen Bevölkerung vollkommen isoliert.¹³¹² Das Lager verfügte über Sanitäreinrichtungen und über eine ärztliche Versorgung; es wurden sogar Operationen dort durchgeführt.¹³¹³ Lebensmittel, Hygieneprodukte und Möbel wurden von den Amerikanern dafür beschlagnahmt. Die Lebensmittel kamen u.a. von der Heidelberger Firma Stauch, die das Lager mit 60 Kilo Nudeln, 100 Kilo Reis, Grieß oder Erbsen und 15 Kilo Margarine beliefern musste.¹³¹⁴ Am 4. April 1945 bekamen die Firmen Schäfer, Theobald Klar, Brown & Co., Goedecke GmbH, Joseph Klem, Klein & Co. den Befehl, das DP-Lager mit 2.000 Stück Seife zu beliefern.¹³¹⁵ Die Stadtverwaltung musste der amerikanischen Militärregierung Stroh für 1.000 Strohsäcke und Besteck für die DP-Küche zur Verfügung stellen.¹³¹⁶ Weiter gab es andere, kleinere Lager, wie sich durch die Auswertung der Einzelfallakten erschlie-



Michel K. *1925

1308 Zum Zustand Heidelbergs bei Ankunft der Amerikaner s. Pieper (1985).

1309 STAHD AA, 199p/5: Schreiben vom 31. März, 4., 10. und 12. April 1945.

1310 Müller (1990), S. 15.

1311 Dieser Film kann sogar auf der Webseite des United States Memorial Holocaust Museum betrachtet werden, innerhalb der „Steven Spielberg Film and Video Archives“ (http://resources.ushmm.org/film/display/detail.php?file_num=3730 – 30. Juli 2012).

1312 Ebd.

1313 Es gab im Lager Kirchheimer Weg einen „Medical Officer“; derselbe fertigte am 21. Nov. 1945 einen Vermerk über einen chirurgischen Eingriff (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 82: Dok. 155).

1314 STAHD AA, 199p/5: Schreiben vom 31. März 1945.

1315 Ebd.: Schreiben des Oberbürgermeisters an die Firmen Schäfer, Theobald Klar, Brown & Co., Goedecke GmbH, Joseph Klem, Klein & Co. vom 4. April 1945.

1316 Ebd.: Schreiben vom 10. und 12. April 1945.

ßen lässt. Im Jahr 1946 mussten die Studenten-Wohnheime 400 DP's beherbergt haben.¹³¹⁷ Die Pestalozzischule wurde z.B. weiter als Ausländerlager benutzt sowie diverse Hotels, wie der Bericht von François Braunn es ebenfalls illustriert: „Danach am Nachmittag wurden wir erneut gesammelt und ins Hotel Viktoria gebracht, das gegenüber lag. Wir sind also in das Hotel hineingegangen, aber es war schon verwüstet. Von wem? Von den Polen, den Russen? Es lagen da zerbrochene Musikinstrumente, Violinen, Saxophone. Ich spiele Musikinstrumente, es tat mir weh, das anzusehen. Wir sind in die Zimmer hinaufgestiegen, es war ein großes Hotel. Und da habe ich einiges gefunden und mitgenommen: Naziausweise (...) Wir wurden in der Halle untergebracht, im Eingangsbereich. Wir hatten Matratzen gefunden, und wir haben uns da zum Schlafen hingelegt.“¹³¹⁸

Der Aufenthalt in einem DP-Lager war keinesfalls eine Verpflichtung. Tatsächlich blieben viele ehemalige Ostarbeiter und polnische Zivilarbeiter in den Bauernhöfen, die sie vorher beschäftigt hatten. Diese DP's hatten die Möglichkeit, ein Lebensmittelpaket bei der UNRRA selbst abzuholen.¹³¹⁹ Nach dem Krieg arbeiteten viele DP's in Heidelberg weiter. Entweder wurden sie von der amerikanischen Besatzung beschäftigt¹³²⁰ oder sie arbeiteten für ihren ehemaligen Arbeitgeber weiter – und das gab es, wenn sie als Fremdarbeiter gut behandelt worden waren. Das war der Fall bei vielen Landarbeitern,¹³²¹ Haushaltshelferinnen¹³²² und auch bei Arbeitern in kleineren Betrieben.¹³²³ Manche hatten sogar vor, in Heidelberg zu bleiben und dort ein neues Leben anzufangen.¹³²⁴

Viele DP's, die nach ihrer Befreiung nach Heidelberg kamen, waren ehemalige jüdische KZ-Insassen. Diese DP's befanden sich meistens auf der Durchreise und

1317 Müller (1990), S. 138.

1318 Högner (2002), S. 122f.

1319 Müller (1990), S. 15f.

1320 Datenbank.

1321 Vgl. den Fall einer 24 Jahre alten polnischen „Landarbeiterin“ vom 22. Mai 1945, die bei dem Landwirt Johannes B. weiterarbeitete (STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 82: Dok. 1). Eine andere Polin arbeitete Ende Juli 1945 immer noch bei dem Landwirt Heinrich S. und wollte in Deutschland bleiben (ebd., (Einzelfallakten Polen), Karton 9, Mappe 37: Dok. 52).

1322 Vgl. den Fall von Stephanie K., einer Haushaltshilfe in der gleichen Familie, vom 1. Dez. 1945 bis zum 18. März 1946 (ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 14, Mappe 59: Dok. 1).

1323 Vgl. den Fall des Jakob H., der als Zimmermann für den Dachdecker vom 16. Dez. 1944 bis zum 4. Juni 1945 arbeitete (ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 35: Dok. 131).

1324 Vgl. den Fall des Salomon H., ein ehemaliger KZ-Insasse, der in Heidelberg bleiben und arbeiten wollte (ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 9, Mappe 34: Dok. 74 (6. Juli 1945)).

Wohlfahrts- und Jugendamt

Heidelberg, den 20. August 1945

Jude

H [REDACTED], Abraham, geb. a. 27.10.11
Stanislau

Tischler, letzter Wohnort Stanislau, verh.
Bittet durch [REDACTED] um

Übernahme seines Mietzinses für den Monat

mit [REDACTED] und um Weiterbewilligung laufender Unterfütigung mit
wöchentlich [REDACTED]

Ausweis: Bescheinigung der Allied Expeditionary Force
Military Government, Bad-Reichenhall, vom 10.6.45,
dass jüdischer Insasse des K.Z. in Ebensee. (Auf dem
Ausweis befinden sich 5 Namen)

Ist heute hier eingetroffen, kommt aus Freiburg und will nach
Berlin weiterreisen. Möchte Unterkunft, Nahrungsmittel
geldliche Unterstützung und Kleidung.

Im Haushalt leben folgende Personen:

	Alter (Jahre)	Arbeitsverdienst	Rente mtl.	Alu wöchentl.	Pflege- geld mtl.	Kranken- geld wöchentl.	Unter- miete	Bemerkungen (Unterstützung von Unterhaltspflichtigen und dergl.)
Antragst.			<u>B e s c h l u s s</u>					
Chefrau	1)	Einweisung in die Landhausschule f. drei Tage						
Kind	2)	Vordruck f. Nahrungsmittel f. drei Tage						
	3	Baranweisung von R.M. 10.- <i>oc</i>						
Will nicht in der Landhausschule schlafen. Führt an, er habe lange genug auf Stohsäcken geschlafen und möchte in einem Gasthaus Unterkunft finden. Er will anschließend beim Oberbürgermeister bzw. der Military Government vorstellig werden.								N-B. III 22390
Ist beim Oberbürgermeister vorstellig geworden und zwar Zimmer No. 37 (Dr. Stafford) Es wurde ihm dort erklärt, dass er in "Silbernen Hirsch" wohnen solle, wobei das Amt die Kosten zu tragen hatte. Der Wirt des Silbernen Hirsch sagte ihm, er möchte in der Dantestrasse vorläufig Wohnung nehmen, was er auch tat.								
<u>B e s c h l u s s</u>								
1) Einweisung in die Dantestrasse für weitere zwei Tage. 6.- 22.8.								
2) Schr.v. Timmermann u. Wollet, lt Anlage								

5090. I. 38. Ba.



Paula F. *1909

Unmittelbar nach dem Krieg kamen zahlreiche ehemalige KZ-Interierte auf der Durchreise in Heidelberg an. Abraham H. bat die Stadtverwaltung um Unterkunft in einem Gasthaus und um Verpflegung: „Er habe lange genug auf Strohäcken geschlafen ...“ (STAHD).

suchten nach Angehörigen, die den Krieg überlebt hatten. Häufig stellten sie einen Antrag für eine Fahrkarte¹³²⁵, eine Übernachtung¹³²⁶, Kleider oder einfach um Geld zu bekommen.¹³²⁷ Meistens wurde ihnen die finanzielle Unterstützung gewährt.

8.2.2.2 *Rückkehr*

Der Zeitpunkt ihrer Rückkehr in die Heimat war ein drängendes Anliegen der DPs. Viele fieberten und warteten sehr ungeduldig, bis dieser Moment endlich kam. Es war aus technischen Gründen oft sehr schwierig, diese Repatriierung so schnell durchzuführen, wie es sich die DPs gewünscht hätten. Infolge des Kriegs waren viele Straßen und Zugtrassen zerbombt und unpassierbar geworden. So kam es vor, dass manche ungeduldige DPs einfach ihr Lager verließen und sich eigenständig auf den Weg machten. Louis Chapelier lief z.B. mit Kameraden nach Schwetzingen und traf dort auf die französische Armee. Sie wurden nach Schlettstadt geschickt und konnten von dort aus nach Raon l'Etape zurückfahren.¹³²⁸ Die Rückkehr der ehemaligen Westarbeiter fand i. d. R. schnell statt. Der Weg war deutlich kürzer als nach Russland und die Wege befanden sich in einem besseren Zustand. Der Bericht von François Braunn verdeutlicht dies: „Wir sind da in dem Hotel so fünf bis zehn Tage geblieben. Und dann sind wir in LKWs gestiegen, ich erinnere mich, es waren Dodge, große Dodge-LKWs, die haben uns von Heidelberg nach Hockenheim gebracht, wo wir in einer Zigarrenfabrik untergebracht wurden, da gab es überall Zigarren. Danach haben wir den Rhein bei Germersheim überquert, wo es eine erste Rheinbrücke der Amerikaner gab, kamen nach Speyer in eine Kaserne. Nach zwei, drei Tagen haben wir uns zu zehnt mit unserer ganzen Habe aufgemacht; jeder war beladen mit den Sachen, die er geklaut hatte. Wir haben Anhalter gemacht bis nach Straßburg, wo wir in normale französische Obhut kamen.“¹³²⁹

Die Rückführung der sowjetischen Staatsangehörigen lief nicht so problemlos. Auf der Krim-Konferenz vom 4. bis 11. Februar 1945 wurde der russischen

1325 Ebd., (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 82: Dok. 85.

1326 Ebd., Karton 9, Mappe 36: Dok. 92 (ein polnischer Jude, der nach seiner Familie suchte und um eine Unterkunft, medizinische Hilfe und Kleider bat); ebd.: Dok. 99 (ähnlicher Fall); ebd.: Dok. 103 (ein polnischer Jude, der sich weigerte, in der Landhausschule, d.h. Pestalozzischule auf Strohsäcken zu übernachten. Er bat um ein Hotelzimmer sowie um ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister. Beide Bitten wurden erfüllt und die verursachten Kosten von der Stadt übernommen).

1327 Ebd., Karton 14, Mappe 58: Dok. 17.

1328 Högner (2002), S. 124.

1329 Ebd., S. 123.

Regierung zugestanden, dass ihre in Deutschland anwesenden Staatsangehörigen von ihnen systematisch zurückgeführt werden.¹³³⁰ Die Rückführung konnte sogar ohne die Zustimmung der Betroffenen geschehen, von denen viele gern in Westeuropa geblieben wären. Um diese zwangsweisen Rückführungen zu vermeiden, meldeten sich viele DP's in keinem UNRRA-Lager und ließen sich lieber direkt in der Landwirtschaft oder in einer Firma beschäftigen. Die Amerikaner wollten jedoch das Abkommen von Jalta korrekt erfüllen und tolerierten diese Art von Arbeitsverträgen nicht. Die Beschäftigung von russischen DP's in Firmen oder in der Landwirtschaft wurde sogar in Stuttgart und Ulm im November/Dezember 1945 gänzlich verboten. Um der Rückführung zu entgehen, gaben manche an, polnische Staatsangehörige zu sein – wie in Heilbronn. Die systematische Rückführung der Sowjetbürger wurde jedoch ein Beispiel für Effektivität. Die meisten ehemaligen sowjetischen Ostarbeiter und russischen Kriegsgefangenen hatten im Herbst 1945 das deutsche Territorium verlassen. Nach diesem Datum befanden sich noch 1,2 Millionen DP's in Deutschland, von den 66% polnischer Herkunft waren. Die anderen waren vor allem Ukrainer oder kamen vom Balkan.¹³³¹ Das Misslingen der systematischen Rückführung dieser Personen nach diesem Datum führte dazu, dass die deutsche Gesellschaft mehrere Jahre lang mit der Problematik der DP's konfrontiert wurde. Die Beziehungen zwischen den DP's und der deutschen Bevölkerung war meistens spannungsreich. Viele ehemalige Fremdarbeiter wurden während des Kriegs schlecht behandelt und manche revanchierten sich mit kriminellen Akten. Nach dem Krieg wurden z.B. in der Münsterer Region Gruppen von ehemaligen Fremdarbeitern gesichtet, die systematisch Bauernhöfe plünderten. In Esslingen (Württemberg) wurden zwei Deutsche von sowjetischen DP's erschossen; die Täter rechtfertigten sich damit, dass sie geglaubt hatten, ihre Tat sei legalisiert gewesen.¹³³² In Heidelberg wurde die Plünderung des Güterbahnhofs nach Ankunft der Amerikaner weiter fortgesetzt. Aus einem Bericht vom 14. April 1945 erfahren wir, dass „der größte Teil der dort stehenden Personen- und Güterwagen durchweg restlos ausgeplündert ist. Es wurde auch nicht halt gemacht vor den Gepäckwagen, vor Telefonapparaten oder sonstigen Betriebseinrichtungen wie Uhren und dergl. (...) Durchweg ist alles demoliert und zusammengeschlagen. U.a. stehen noch 6 große Eisenbahnmaschinen, teilweise mit Kohlenwagen auf den einzelnen Bahnsteiggleisen, die z.T. jetzt von Frauen und Kindern in Bezug auf Kohlen



Galina T. *1924

1330 Personen, die sich am 1. Sept. 1939 auf sowjetischem Territorium aufhielten oder die das sowjetische Territorium nach dem 22. Juni 1941 freiwillig verlassen hatten.

1331 Müller (1990), S. 16ff.

1332 Jacobmeyer (1985), S. 46f.

geplündert werden, obwohl die Wache der Besatzungsbehörde den Bahnhof fortwährend abstreift, jedoch gegen diese Auswüchse keinerlei Front gemacht wird.“¹³³³

Die Plünderer waren vor allem polnische und russische DP's; darunter auch ein Teil der Kirchheimer, Wieblinger und Pfaffengrunder Bevölkerung.¹³³⁴ Ansonsten wurden in Heidelberg die meisten Delikte, die von DP's verübt wurden, von polnischen Staatsangehörigen begangen. Sie wurden z.B. wegen „Fahren ohne Fahrausweis“ verurteilt,¹³³⁵ illegalem Verkauf¹³³⁶ oder Fahrraddiebstahl.¹³³⁷ Im September 1945 gab es Unruhe bezüglich der Handschuhsheimer Jugendherberge, wo DP's untergebracht waren. Die Nachbarschaft klagte über Diebstahl und gewalttätige Auseinandersetzungen; außerdem besäßen die DP's zwei Pferde, für die sie jeden Tag das Futter auf den Nachbarsfeldern stehlen würden.¹³³⁸ Manche Bürger wurden auch angegriffen und verletzt, wie ein Heidelberger Wachtmeister. Otto K. wurde im November 1945 abends von zwei polnischen DP's angegriffen. Die zwei Männer hatten eine Stichwaffe dabei und verletzten den Polizisten. Beide wurden wegen Körperverletzung von der amerikanischen Militär-Polizei festgenommen.¹³³⁹ Die Gründe für die Tat sind nicht bekannt.

8.2.2.3 Entschädigung

Eine Entschädigung der ehemaligen Fremdarbeiter kam nach dem Krieg nur schleppend in Gang. Jede Zone führte die so genannte „Entnazifizierung“ durch.¹³⁴⁰ Durch die Richtlinie Nr. 24 des IMGH mussten die beschlagnahm-

1333 STAHD AA, 424/1: Bericht vom 14. April 1945.

1334 Ebd.: Bericht vom 10. April 1945 (Einzelheiten und Eindrücke bei den Begehungen des Güterbahnhofs Heidelberg).

1335 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 21, Mappe 83: Dok. 87.

1336 Ebd., Karton 9, Mappe 36: Dok. 5.

1337 Ebd., (Einzelfallakten, Russland), Karton 15, Mappe 46: Dok. 103.

1338 STAHD AA, 176/19: Bericht vom 4. Sept. 1945.

1339 STAHD Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Polen), Karton 14, Mappe 56: Dok. 88.

1340 Vgl. z.B. das Vorgehen des Freiburger „Service Central de dénazification“ der französischen Okkupationsmacht in Baden (Grohnert (1991), S. 70ff.). Die Entnazifizierungsfrage war der amerikanischen Okkupationsmacht sehr wichtig. Nach der Richtlinie JCS 1067 musste vor allem das administrative Personal entnazifiziert werden. Wichtige Persönlichkeiten mussten ihre Arbeit abgeben. Die Richtlinie vom 7. Juli 1945 sah die Entlastung von jeder Person vor, die im Dritten Reich eine wichtige Funktion erfüllt hatte. Mit dem Militärgesetz Nr. 8 vom 8. Sept. 1945 betraf diese Richtlinie ebenfalls Wirtschaftsunternehmen. Die Entscheidung über das Strafmaß lag bei den Spruchkammern. Viele der ehemaligen Nazi-Kriminellen wurden als „Mitläufer“ eingestuft und wieder in die Gesellschaft integriert. Durch die

ten Güter entweder zurückerstattet oder eine Entschädigung gezahlt werden. Die Pariser Abkommen von Ende 1945 waren ebenfalls ein Schritt in Richtung einer Rückerstattung.¹³⁴¹ Das Bundesentschädigungsgesetz, das vom Bundestag im Jahr 1953 verabschiedet, 1956 und 1965 novelliert übernommen wurde, sah eine Entschädigung für jede Person vor, die inhaftiert gewesen war oder an materiellen und/oder körperlichen Schäden durch ein „nationalsozialistisches Unrecht“ litt. Definiert wurde unter „nationalsozialistischem Unrecht“ politische, religiöse, rassische und ideologische Verfolgung. Die Zwangsarbeit wurde nicht ausdrücklich darunter eingereiht. Viele der Staatenlosen, die im Westen blieben, erhielten später eine partielle Entschädigung.¹³⁴² Die Mehrzahl der Fremdarbeiter aber erhielt überhaupt nichts; viele der Gerichtsverfahren, die sie anstrebten, blieben erfolglos.¹³⁴³ Die BRD und die Jewish Claims Conference sowie das Land Israel verständigten sich 1952 auf ein Abkommen, demzufolge 3,42 Milliarden DM an die Opfer des Nazismus bezahlt werden sollten. Zwischen 1959 und 1964 wurden als Gesamt-Entschädigung 977 Millionen DM an zwölf europäische Länder bezahlt – 101 Millionen allein an Österreich. Im Jahr 1990 wurde erneut über die Frage der Entschädigung nach dem Zweipus-Vier-Vertrag debattiert.¹³⁴⁴ Polen, Tschechien und diverse Länder des

Amnestien von 1946 und 1947 wurden abermals ehemalige NS-Kriminelle integriert. Die Entnazifizierungsmaßnahmen waren aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands unmittelbar nach Kriegsende sehr schwierig umzusetzen, sodass sie zum Frühjahr 1948 aufgegeben wurden (vgl. Forster (2001), S. 34–350; Scharnholtz (2002), S. 29–31; Barwig/Saathoff/Weyde (1998)).

- 1341 Die Goldvorräte, die von den Alliierten in Deutschland gefunden wurden – dabei handelte es sich vor allem um Gold, das von den Nazis gestohlen worden war –, sollten zum Teil (25 Millionen Dollar) für die Rehabilitierung und die Ansiedlung der NS-Opfer, die nicht repatriert werden konnten, Verwendung finden. Im Juni 1946 wurde beschlossen, dass 90% dieser Summe an jüdische Siedler ausgezahlt werden soll; 10% wurde an nicht-jüdische Opfer ausgezahlt (Forster (2001), S. 38f.).
- 1342 Zwischen dem Jahr 1953 und dem Jahr 2000 wurden 85 Milliarden DM im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes ausgezahlt. 80% dieser Summe wurde ins Ausland transferiert/geleistet: an ausgebürgerte Deutsche, jüdische Emigranten oder auch ehemalige KZ-Insassen (Spoerer (2001a), S. 241f.).
- 1343 Wegen des Präzedenzfalls des Ersten Weltkriegs. 1916/17 waren 61.000 belgische Zivilisten zur Arbeit in Deutschland gezwungen worden. Nach dem Krieg errechnete Belgien die Arbeitskosten seiner Staatsbürger und verlangte diese Summe von Deutschland als Reparation. Die USA erhoben Einspruch, um einerseits die Wirtschaftskraft Deutschlands nicht mit Reparationen zu belasten und andererseits, weil es im Kontext des Kalten Kriegs undenkbar schien, solche Summen an die Sowjetunion und an Länder des Ostblocks auszubezahlen (ebd., S. 243).
- 1344 Die Reparationsfrage für Zwangsarbeiter wurde während der Schulden-Konferenz in London im Februar 1953 vertagt. Der Chef der deutschen Delegation, der Banker Herrmann Josef Abs, erwirkte mit seiner Verhandlungsstrategie einen Aufschub, so dass die Frage erst



Semen S. *1895

ehemaligen Ostblocks erhielten Summen, die den ehemaligen Fremdarbeitern ausbezahlt – pro Person 660 DM in Polen, 1.360 DM in Weißrussland – und von denen ein Teil für Hilfsprogramme genutzt werden sollten.¹³⁴⁵ Die Firmen, die vor allem von den Leistungen ihrer Fremdarbeiter profitiert hatten, blieben bis 1998 größtenteils von der Entschädigungsfrage verschont.¹³⁴⁶ In den USA entwickelte sich ab März 1998 die Kampagne „class actions suits“ mit dem Ziel, Firmen wie z.B. Opel (General Motors), I.G.-Farben, Krupp, AEG, Siemens zur Zahlung einer besonderen Entschädigung zu verpflichten. Im Jahr 2000 erfolgte die Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Mit einem vom deutschen Staat und von der deutschen Wirtschaft gemeinschaftlich aufgebrauchten Gründungskapital in Höhe von 5,2 Milliarden Euro sollten 500.000 bis 1,3 Millionen ehemalige Fremdarbeiter entschädigt werden.¹³⁴⁷ Die ehemaligen Land- und Forstarbeiter sowie die im Haushalt beschäftigten Personen wurden von dieser Entschädigung ausgeschlossen, es sei denn, sie hatten schon Entschädigungsleistungen von ihrem Staat erhalten.¹³⁴⁸ Die Heidelberger Gruppe „Heidelberger Initiative“¹³⁴⁹ setzte die Firmen unter Druck, um sie zu einer finanziellen Teilnahme an der Stiftung zu bewegen. Die Firma Haldex, ehemalige Bremsenfabrik August Grau, die Firmen Autz und Herrmann und Henkel, früher Teroson, beteiligten sich tatsächlich. Die RWE, einst Mehrheitsaktionär der ehemaligen Schnellpressenfabrik, beteiligte sich ebenfalls am Entschädigungsfond.¹³⁵⁰ Die Firma Furukawa, als Rechtsnachfolger der einstigen Fuchs Waggonfabrik, beteiligte sich zwar an der Stiftung, wehrte sich aber gegen die Errichtung eines Mahnmals für die am 28. August 1944 auf Firmengelände erhängten fünf russischen Fremdarbeiter.¹³⁵¹ Diese Bestrebungen gibt es freilich noch immer und es darf als wahrscheinlich gelten, dass demnächst

behandelt werden konnte, als Deutschland über einen richtigen Friedensvertrag verfügte. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde als ein solcher angesehen.

1345 Ebd., S. 244ff.

1346 Bis 1991 blieben die Klagen von Zivilisten meist erfolglos. Der öffentliche Druck war dagegen häufig erfolgreicher. Manche Unternehmen leisteten in den 1950er/1960er Jahren Zahlungen an die Jewish Claim Conference, um so ihre Exporte zu schützen (ebd., S. 247; Bredthauer (2000), S. 674–86).

1347 Spiliotis (2003); S. 62–69. Zur Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft s. <http://www.stiftung-evz.de/ueber-uns/> (30. Juli 2012).

1348 Spoerer (2001a), S. 249ff.

1349 Zu dieser Gruppe gehören DGB, PDS, VVN und die Antifaschisten (Ein Promille des Umsatzes in Entschädigungsfonds. Forderung Heidelberger Organisationen an die Unternehmen. In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 31. Jan. 2001).

1350 Ebd.

1351 Ebd.

an historischer Stelle beispielhaft an das Schicksal der fünf Erhängten erinnert wird.¹³⁵² Der einzige ehemalige Fremdarbeiter, von dem wir mit Sicherheit sagen können, dass er für seine Arbeit entschädigt wurde, ist Gilbert Otin. Er erhielt eine von der Stadt Heidelberg, die damit ihrer Verantwortung für die innerhalb der Stadtverwaltung eingesetzten Fremdarbeiter zu entsprechen versuchte, ausgesetzte Entschädigung. Denn der aus Raon l’Etape stämmige Zivildeportierte war damals als Totengräber bei der Friedhofsverwaltung im Einsatz gewesen.¹³⁵³



Louis B. *1923

1352 Am 15. März 2013 wurden in der Heinrich-Fuchs-Straße 96 fünf „Stolpersteine“ verlegt. Überdies verfolgt die IG Metall die Idee, eine Gedenktafel am Alten Stahlwasserturm auf dem Areal der ehemaligen Waggonfabrik aufzustellen.

1353 IGMH: <http://www.zwangsarbeit.igmh.de/Zwangsarbeit%20Rhein-Neckar-Raum/informationenzumprojekt/projekte/index.html> (3. Sept. 2012).

9 Resümee: Der „Ausländereinsatz“ in Heidelberg

In der mittelgroßen Stadt Heidelberg spielte der „Ausländereinsatz“ im Zweiten Weltkrieg eine wesentliche Rolle. Die Zahl der Fremdarbeiter – um die 12.000 bis 15.000 Personen – sowie ihre unterschiedlichen Herkunftsländer gaben der Stadt sicherlich ein anderes Gesicht während des Kriegs. Die Heidelberger Fremdarbeiter kamen vor allem aus Frankreich, Russland und Polen. Der Frauenanteil war bei einigen Ausländergruppen besonders hoch. Die Beschäftigung von Kindern – meist aus Russland und nach 1944 – lässt sich insbesondere bei der Reichsbahn verorten.

Schon für die Zeit kurz nach Kriegsbeginn sind die ersten Fremdarbeiter aus Polen in der Landwirtschaft nachweisbar. Mit dem beginnenden Einsatz französischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft und im Handwerk ca. ein Jahr später gewann ihre Präsenz an Bedeutung. Bald nahmen sie zahlenmäßig derart zu, wie umgekehrt ihre Arbeitskraft für die Aufgabenwahrnehmung der Stadtwerke unentbehrlich wurde. Ohne den Einsatz von Fremdarbeitern hätten das Forstamt – und somit die Brennholzversorgung der Heidelberger –, der Schlacht- und Viehhof, das Tief- und Hochbauamt, das Gaswerk oder die Friedhofsverwaltung nicht weiter funktionieren, nicht länger ihre elementaren Versorgungsfunktionen erfüllen können. Die Stadt war der wichtigste Arbeitgeber von Fremdarbeitern: Ohne ihre Arbeitskraft wäre der Zusammenbruch von 1945 bestimmt viel früher gekommen. Gewerbe und Industrie in Heidelberg sowie die Reichsbahn waren ebenso auf ihre Anwesenheit angewiesen. Viele Heidelberger Betriebe waren „kriegswichtig“ oder „lebenswichtig“ und konnten sich ihre Konkurrenzfähigkeit allein durch den Einsatz von Fremdarbeitern erhalten. Die Fremdarbeiter wurden überall gebraucht: im Handwerk, bei Landwirten, bei Privatleuten als Haushaltshilfe, in Hotels oder in der Gastronomie, in Krankenhäusern oder auch in den Schulen. Es gibt keinen Wirtschaftssektor, bei dem ihr Einsatz nicht nachweisbar ist. In dieser Hinsicht zeigt die Geschichte des Ausländereinsatzes in Heidelberg exemplarisch, wie tief die Bewältigung des Alltags im Zweiten Weltkrieg – und nicht nur in unmittelbar kriegswichtigen Bereichen – von den Fremdarbeitern abhängig war. So gesehen war die Beschäftigung von Fremdarbeitern in Heidelberg ein unbestreitbarer (wirtschaftlicher) Erfolg. Ob sich ihr Einsatz dagegen tatsächlich gelohnt hat, steht auf einem anderen Blatt. Die niedrigen Leistungsquoten mancher Fremdarbeitergruppen – insbesondere die der russischen Kriegsgefangenen, der

IMI oder der Ostarbeiter – wurden häufig durch eine steigende Arbeiterzahl kompensiert, die mit zusätzlichen Kosten für Transport, Unterkunft und Verpflegung verbunden war. Ebenfalls bemerkenswert ist die Tatsache, dass der Einsatz von Fremdarbeitern – abgesehen von den ersten beiden Kriegsjahren – ungeplant und eher der Not gehorchend stattfand. Der ständige Arbeitskräftemangel zeitigte spätestens ab 1944 Koordinationsprobleme. Aus der Not heraus wurde zu kurzfristig geplant – manche Arbeiter wurden von einem Noteinsatz zum nächsten gebracht, wie z.B. die Gruppe von Ostarbeitern, die im Juli 1944 nach Heidelberg kam, um LS-Bauten zu errichten.¹³⁵⁴ Anders als im Ersten Weltkrieg erfolgte der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nach rassistischen Kriterien, die festgesetzt wurden, weil die Beschäftigung von vielen Fremdarbeitern im NS-Regime unerwünscht war. Die rassistischen Kriterien bestimmten die arbeitsrechtliche wie allgemeine Lebenssituation der Fremdarbeiter sowie ihre Lebensbedingungen – über die Wahl und Einrichtung ihres Lagers bis zur Quantität und Qualität der ausgegebenen Nahrung.

Die Geschichte der Einrichtung der Heidelberger Lager illustriert die zunehmende Schwierigkeit, die die Administration mit der stetig wachsenden Zahl der Fremdarbeiter hatte. Die Heidelberger Stadtverwaltung spielte bei ihrer Unterbringung eine zentrale Rolle, weil sie nicht nur nachprüfte, ob ihre Fremdarbeiter eine Unterkunft erhielten, sondern sich auch vergewisserte, dass die in der Industrie eingesetzten Arbeiter ebenfalls eine Unterkunft hatten. Die Lagererrichtung fand – wie die Beschäftigung der Fremdarbeiter – häufig behelfsmäßig statt. Die Geschichte des Heidelbergers Lagersystems zeigt exemplarisch die Errichtung von Fremdarbeiterlagern in anderen deutschen Städten. Die ersten Lager, die für französische Kriegsgefangene genutzt wurden, waren fast alle in bereits existierenden Gebäuden eingerichtet worden. Diese primitiven Lager wurden häufig in Gaststätten oder in Turnhallen realisiert – in Mannheim wurden viele Schulen zum Lager zweckentfremdet. Die massive Ankunft von Ostarbeitern nach 1942 zwang Industriebetriebe und Stadt zu einer anderen Lösung. Von da an wurden große Lager errichtet, wie das Lager Baggerloch oder die Epidemiebaracke. Die Barackenlager waren ebenfalls primitiv, weil sie behelfsmäßig errichtet worden waren und möglichst geringe Kosten verursachen sollten. Das größte Heidelberger Lager war das Lager Baggerloch. Die Schwierigkeiten, die manche Unternehmen hatten, ihren Fremdarbeitern sanitäre Standards zur Körperpflege zu ermöglichen, zeigt, wie ungeeignet die meisten Lager für die hohe Zahl der Insassen waren. Schmutz, Luftfeuchtigkeit, Insekten und Kälte gehörten zum Alltag in diesen Lagern. Die Einrichtung war bestenfalls



Pawlo H. *1923

1354 STAHD AA, 212c/6: Vermerk der Stadtverwaltung vom 18. Juli 1944.

zweckmäßig und meist ungemütlich. Das Zusammenpferchen der Menschen und die mangelnden sanitären Einrichtungen führten dazu, dass die Fremdarbeiter z.T. menschenunwürdig untergebracht waren – wie in der Pestalozzischule.

Die Verpflegungssätze der Fremdarbeiter lagen grundsätzlich unter den Rationen der deutschen Zivilbevölkerung. Sogar unter den Fremdarbeitern selbst gab es große Unterschiede, die z.T. auf Vorgaben des Reichs zurückzuführen sind. Die Sätze, die französische Kriegsgefangene erhielten, lagen beispielsweise deutlich über denen sowjetischer Kriegsgefangener. Die ausgegebene Verpflegung spiegelt jedoch auch die vielfältigen – von Animosität über Gleichgültigkeit bis hin zu purer Menschenliebe reichenden – Gefühle der deutschen Bevölkerung gegenüber den Fremdarbeitern wider, wie dies die unterschiedlichen Menüpläne des ‚Schwarzen Schiffs‘ und der ‚Friedensglocke‘ illustrieren. Die Versorgung mit Kleidung, Schuhen und Hygieneartikeln war ebenfalls schlecht. Die Zuteilung von Kleidern und Schuhen fand nach einem bürokratischen System statt, das den Bedarf tunlichst bereits einschränkte. Benachteiligt wurden vor allem die Fremdarbeiter, die nach Deutschland zwangsdeportiert worden waren. Sowohl die Ostarbeiter als auch die Zivildeportierten aus Raon l’Etape mussten ohne jegliche Kleiderzuteilungen – von Socken bis hin zur Arbeitskleidung – auskommen, auch im Winter bei eisigen Temperaturen.

Das Zusammenpferchen in ungesunden Räumen, unzureichendes Essen, witterungsanfällige Baracken und schwere Arbeit führten dazu, dass viele Fremdarbeiter erkrankten. Während viele Krankheiten oder Verletzungen harmlos verliefen und von allein heilten, erkrankten oder verletzten sich manche Fremdarbeiter schwer und bedurften so ärztlicher Behandlung. Sie wurden entweder vom Betriebsarzt versorgt oder in die Krankenhäuser überwiesen. Fast 17% der Todesfälle sind auf Tuberkulose zurückzuführen. Die Fremdarbeiter erkrankten ansonsten häufig an Lungen- oder Bronchialinfekten, was bei geschwächten Personen mit einem verstärkten Todesrisiko einhergeht. So genannte Schmutzkrankheiten sowie psychische Leiden sind ebenfalls nachweisbar und deutlich an den Lebensbedingungen der Fremdarbeiter festzumachen. Die außergewöhnliche Stellung Heidelbergs in der Politik des „Ausländereinsatzes“ wird durch die Rolle der Universitätskliniken offenbar. Viele Fremdarbeiter aus Baden – und eben nicht allein die Heidelberger Fremdarbeiter – wurden hierhin verwiesen, um sich ärztlich versorgen zu lassen. Fremdarbeiter sind für jede Klinik nachweisbar: Chirurgische Klinik, Tuberkulose-Krankenhaus Rohrbach, Frauenklinik, Hautklinik usw. ... Typische „Fremdarbeiterkrankheiten“ – Tuberkulose und Schmutzkrankheiten – wurden dort geheilt. Ostarbeiter und Kriegsgefangene erhielten dort häufig eine ärztliche Behandlung, die dem entsprach, was auch Deutschen zustand. Andererseits gehören die ausgeübten Zwangsabtreibungen an Ostarbeiterinnen – sowohl im Diakonissenkranken-

haus wie in der Universitätsklinik – und die Überweisung von Geisteskranken – wie im Fall der Polin Anna O. – ins KZ zu den schwersten Verbrechen, die im Namen der Medizin in Heidelberg an Fremdarbeitern verübt wurden. Misshandlungen und Todesfälle sind in Heidelberg nur selten dokumentiert. Die tägliche Gewalt und das stetige Unrecht, denen die meisten Fremdarbeiter ausgesetzt waren, treten dagegen in den vom Stadtarchiv überlieferten Akten häufig hervor.

Der Alltag in den Heidelberger Lagern war stets kontrolliert und vom Zwang dominiert. Das Leben außerhalb der Arbeit muss sehr trostlos und langweilig gewesen sein. Das Führen von Tagebüchern zeigt auch, dass die Verschleppung ins Reich nicht spurlos an der inneren Gefühlslage mancher Fremdarbeiter vorübergegangen ist. Wie im Ersten Weltkrieg fanden manche Halt in der Ausübung ihrer Religion. Das jedoch war Polen nur begrenzt erlaubt und Ostarbeitern gänzlich verboten. Das Beispiel der Pfarrei St. Vitus zeigt gleichwohl, wie wichtig die Religion für manche Fremdarbeiter war, die risikobereit waren, trotz bestehenden Verbots in die Kirche zu gehen. Die Reaktion der Gestapo zeigt wiederum, wie schwierig es für deutsche Pfarrer war, ihren seelsorgerischen Aufgaben und Pflichten nachzukommen.

Die Fakten legen den Schluss nahe, dass die Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den Fremdarbeitern komplexer waren als sich das die Nationalsozialisten vorgestellt hatten. Die Sozial- und Liebesbeziehungen, die sich im Lager oder bei der Arbeit entwickelten, wurden nur bedingt toleriert und konnten schwere nachteilige Konsequenzen für die Betroffenen haben. Bemerkenswert ist, dass diese Beziehungen sich nicht nur unter Fremdarbeitern, sondern auch zwischen Deutschen und Fremdarbeitern entwickelten. Folge dieser Beziehungen waren oft Kinder und seltener Trauungen. Doch gab es weder in den Fremdarbeiterlagern noch bei den privaten Arbeitgebern Platz für Familien oder für Mütter mit Kindern. Die Mütter mussten häufig weiterarbeiten und bekamen wenig für die Versorgung ihrer Säuglinge. Kontakte mit der deutschen Bevölkerung waren nicht auf das Zusammentreffen am Arbeitsplatz begrenzt. Ihre Komplexität spiegelt die Gefühle der deutschen Bevölkerung wider, die vom Hass und der Furcht gegenüber Ausländern bis hin zu Gesten aufrichtiger Menschlichkeit reichten. Letztere wurden häufig schwer bestraft. Die Gefühle der Fremdarbeiter bezüglich ihres Arbeitseinsatzes waren zwiespältig. Manche wehrten sich, organisierten Streiks, machten politische Aussagen oder engagierten sich im politischen Widerstand. Diese „Wehrkraftzersetzung“ oder dieser „Hochverrat“ wurden stets mit sehr schweren Strafen – häufig mit dem Tod – geahndet.

Das letzte Kriegsjahr 1945 war vom sich abzeichnenden Zusammenbruch geprägt. In Heidelberg kam es zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung sowie bei Strom und Gas. Die Straßenbahn verkehrte nicht mehr, die Holzvorräte waren aufgebraucht.



Adolphe L. *1918

Die Bevölkerung lebte in Angst vor einem Übergreifen der insbesondere am Beispiel Mannheims erlebten Bombardierungen, von denen Heidelberg glücklicherweise weitestgehend verschont blieb bzw. die vergleichsweise wenig Schaden anrichteten. Diesen Luftangriffen fielen auch einige Fremdarbeiter zum Opfer. Daraufhin wurden Pläne so genannter Evakuierungsmärsche ausgearbeitet, die jedoch überwiegend unausgeführt blieben, als es denn so weit war. Die Erzählungen der ehemaligen Zivildeportierten aus Raon l'Etape verdeutlichen, dass die Fremdarbeiter zunächst sich selbst überlassen waren. Die Plünderungen am Güterbahnhof zeigen ebenfalls deutlich, dass es Tage brauchte, bis die amerikanische Besatzungsmacht die Ordnung wiederhergestellt hatte. Für die Fremdarbeiter bedeutete diese neue Ordnung die Hoffnung, in die Heimat fahren zu können. Bis es so weit war, wurden sie in DP-Lagern untergebracht und von den Amerikanern versorgt.

Über die NS-Gefangenschaft, die Deportation und die Arbeitspflicht hinaus war das Leiden der ehemaligen Fremdarbeiter mit ihrer Befreiung und ihrer Rückkehr in die Heimat noch keinesfalls zu Ende. Besonders hart traf es die sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter, die erst zu ihrer Familie zurückkehren durften, nachdem sie „kontrolliert“ und politisch für ungefährlich erklärt worden waren.¹³⁵⁵ Für die ehemaligen Westarbeiter und die westlichen Kriegsgefangenen begann nach dem Krieg die Zeit der inneren und körperlichen Verarbeitung des Erlebten. Fremd- und Zwangsarbeit war in hohem Maß von körperlicher und psychischer Gewalt gekennzeichnet. Das war von den Betroffenen erst einmal zu verarbeiten. Viele der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen fanden sich nach ihrer Rückkehr nicht wieder zurecht in ihrer Heimat.¹³⁵⁶ Neben den Kriegsnarben sollten auch ihre Erlebnisse das Europa der Nachkriegsjahre bis in unsere gegenwärtige Gesellschaft hinein prägen.

1355 Werth (2007). Dabei wurde nach Spuren von „Kollaboration“ oder Korruption durch westliches Gedankengut gesucht. Von den Personen, zu denen Information vorliegen, durften 75% der Zivilisten und nur 18% der ehemaligen Gefangenen zu ihrer Familien zurückkehren. 43% der Gefangenen sowie 5% der Zivilisten wurden in der Armee beschäftigt und mussten drei Jahre lang dienen. Sie wurden vor allem beim Wiederaufbau eingesetzt. 23% der Gefangenen und 12% der Zivilisten mussten unter ähnlichen Konditionen fünf Jahre erneute Zwangsarbeit leisten, zusammen mit deutschen und japanischen Gefangenen. Die restlichen „filtrierten“ Arbeiter – im Fall von den Kriegsgefangenen handelte es sich vor allem um Kollaborateure, um so genannte „Hilfswillige“ – wurden in Lagern interniert, häufig im Norden des Landes, wo sie unter schwersten Bedingungen schuften mussten – z.B. im Kohlenbergbau des Arbeitslagers Workuta. Eine letzte Gruppe ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiter wurde wegen Hochverrat zu zehn bis 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

1356 Durand (1987), S. 304. Manche der französischen Kriegsgefangenen ließen sich scheiden – ca. 6%. Andere hatten Schwierigkeiten, wieder eine Arbeit zu finden – ca. 9%. Fast die Hälfte – 43,36% – der Befragten gab an, infolge ihrer Gefangenschaft an gesundheitlichen Problemen zu leiden.

10 Anhang

10.1 Arbeitgeberliste

Abkürzungen

frz. französisch

Kgf. Kriegsgefangene/r

M Mann

F Frau

? unbekannt

* Mannheimer Firma, die in Heidelberg eine Werkstatt oder Niederlassung mit Fremdarbeitern unterhielt

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Akademisches Krankenhaus, Voßstr. 2	?	?	Ostarbeiterinnen 1 russ. Hebamme	Dez.–1942 1944	17	STAHD AA, 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942; Einzelfallakten, Russland: 12, 36, 45
Albert Holzberg-Schule, Neuenheimer Landstr. 16			1 Holländer, 1 Russin, 1 Französin (Hausangestellte)	1941	1	ebd., (Einzelfallakten, Niederlande): 3, 11, 147 Datenbank
Autz u. Hermann, Metallwaren- Maschinenfabrik u. Zinkornamentenfabrik, Kurfürstenstr. 29 (Rüstungsbetrieb/Zulieferer der Luftwaffe)	4.6.1942	10	mindest. 6 Dreher u. Schlosser			ebd., AA, 199p/9: Schreiben v. 4.6.1942
	22.7.1942	15	M			ebd., AA, 199p/2: Schreiben v. 22.7.1942
	?	?	Ostarbeiter		5	ebd.: Schreiben v. 7.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	8	ebd., 199d/11: Schreiben v. 27.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	10	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	9	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Bauhandwerker- Genossenschaft Heidelberg, Märzgasse 18	3.9.1942	30	8 Hilfskräfte, 8 Maurer, 12 Helfer u. 2 Zimmerer			ebd., 199p/9: Schreiben v. 3.9.1942
Bäcker, Kirchheim?	20.7.1940	3	frz. Kgf.	1.8.– 1.12.1940		ebd.: Schreiben des Ortsbauernführers, Kirchheim
Bäckerei K. Dietz, Hauptstr. 59	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., AA, 439/7: Liste des Arbeits- amts v. 11.8.1942
Bäckerei Georg Konold, Laden- burger Str. 37			belg. Zivil- arbeiter	1944–45	1	ebd., (Einzelfall- akten, Belgien): 3, 8, 9, 11
Bleimling, Niko- las, Stahlbau u. Metalltürenwerk, Brechtelstr. 25	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	7	ebd., AA, 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
Berufsschule der DAF, Römerstr. 106	?	?	Ostarbeiter	1.6.1944	20	ebd.: Schreiben v. 8.6.1944
Bevollmächtigter für den Nahverkehr	?	?	Kgf.	Dez. 1942	56	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942
Rüstungsbetriebe/ -zulieferer ohne nähere Angaben	?	?	russ. Kgf.	Juli 1942	ca. 130	ebd.: Schreiben 27.6.1942
Börtlein, Gustav, Baugesellschaft, Wilhelmstr. 10	?	?	Ostarbeiter	18.7.– 2.8.1944	7	ebd., 212c/6: Schrei- ben v. 8.8.1944
Bopp & Reuther* (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer des Heeres)	?	?	223 Niederländer, 197 Franzo- sen, 104 Kgf.	Jan. 1944	524	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944
Brand, Wilhelm, Treibriemen- u. Lederwarenfabrik, Eppelheimer Str. 40	?	?	Ostarbeite- rinnen	vermutlich im Dez. 1942	+10	STAHD AA, 199p/2: Schreiben v. 30.11.1942
	?	?	5 Ostarbeiter, 19 Ostarbeite- rinnen	Dez. 1942	24	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Brown Boveri & Co./BBC* (Rüstungsbetrieb/- zulieferer der Kriegsmarine)	?	?	1.323 Hol- länder, 376 Franzosen, 309 Kgf.	Jan. 1944	2008 ¹	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944
Bürgerabholz-Aus- gabe (in Hand- schuhsheim, Rohr- bach, Neuenheim)	3.10.1940		frz. Kgf.	7.10.1940	5	STAHD AA, 212c/5: Schreiben v. 7.10.1940
	14.10.1940		frz. Kgf.		20–25	ebd.: Schreiben v. 14.10.1940
Clauer & Co. AG, Güterfernverkehr, Sickingenstr. 20			Franzose	1944	1	ebd., (Einzelfallak- ten, Frankreich): 11, 34, 126
Chrobok, Josef, Werkzeugfabrik, Hans-Bunte-Str. 8–10	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	2	ebd., AA, 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	3	ebd., AA, 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Damen- u. Herrenfri- seur Amman, Hein- rich, Hauptstr. 44	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.
Dornes, Kurt, Planen u. Zeltebau, Bergheimer Str. 26	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	1	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
Eder, Albert, Holz- u. Kohlenhandlung, Bunsenstr. 26a	?	?	?	Okt. 1942	2	ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	?	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Brauerei-Gesell- schaft, zum Engel, Ziegelgasse 17–19	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd.
Feist, Karl, Lastwa- genverkehr, Nah- u, Ferntransporte, Ingrimstr. 32			Holländer	1942	1	ebd., (Einzelfallak- ten, Niederlande): 3, 10, 117

1 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 7.903.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Feldpost-Leitstelle 500			Lettinnen	1944	2	ebd., (Einzelfallak- ten, Lettland): 1, 3, 80, 88
Friseurgeschäft Edel, Gustav, Berg- heimer Str. 3	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., AA, 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Fuchs, Heinrich, Waggonfabrik AG Heidelberg, Heinrich-Fuchsstr. 92 u. 94 (Rüstungs- betrieb/-zulieferer)	?	?	Kgf.	Okt. 1941	30	ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 7.10.1941
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	3	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
	?	?	Fremdarbei- ter im Monat insgesamt	Aug.1942	208	ebd., 199d/11, Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	159	ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Polen	Dez. 1942	39	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	177	
	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	37	
	?	?	Fremd- arbeiter im Dez. 1942 insgesamt	Dez. 1942	253	ebd., 212c/5: Ver- merk v. 5.7.1943
	?	?	Ostarbeiter	Juli 1943	20	
	?	?	142 Ostarbei- ter, 24 Ost- arbeiterinnen	Mai 1944	166	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944
	?	?	?	Jan. 1945	200– 300	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 16.1.1945
Gartenbaugruppe Handschuhsheim	13.5.1942	39	9 M, 30 F?			ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 13.5.1942
Gärtnerei Kirchheim	20.7.1940	1	frz. Kgf.	1.8.– 1.12.1940		ebd.: Schreiben des Ortsbauernführers Kirchheim

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Gasthaus ‚Vier Jah- reszeiten‘, Haspel- gasse 2		1	frz. Zivilarbei- terin	1943		ebd., (Einzelfallak- ten, Frankreich): 15, 47, 62
Gasthaus ‚Zum Karp- fen‘, Fahrtgasse 1		1	frz. Zivilarbei- terin	1942		ebd.: 11, 33, 55
Gasthof ‚Perkeo‘, Hauptstr. 77	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., AA 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Gasthof ‚Schwarzes Schiff‘, Neuenhei- mer Landstr. 5	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.
Gaststätte ‚Berg- bräu‘, Hauptstr. 27	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd.
Gaststätte ‚Zum Essighaus‘, Plöck 97		1	poln. Fremd- arbeiterin	1943		ebd., (Einzelfallakten, Polen): 14, 59, 143
Bahnhofswirtschaft, Roth, Peter, Rohr- bacher Str. 6	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., AA, 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Wirtschaft ‚Zum Stall‘, Rohrbacher Str. 4	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd.
Gesellschaft für Grund- und Haus- besitz (GGH) mbH, Haspelgasse 12	?	?	Ostarbeiterin- nen	Mai 1944	10	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 19.5.1944
Gewerbeschule, Bergheimer Str. 76			5 Franzosen (Berufs- schullehrer, Anwärter)			Datenbank
Göhringer, Johann, Fuhrunternehmer, Pleikartsförster Hof 7	?	?	Ostarbeiter	Juni 1944	1	STAHD AA, 199d/12: Schreiben v. 2.6.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Bremsenfabrik August Grau, Siemensstr. 1 (Rüstungsbetrieb/-zulieferer des Heeres, Dringlichkeitsstufe S u. SS)			Kgf.	Okt. 1941	23	ebd., 199p/9: Schreiben v. 7.10.1941
	?	?	russ. Kgf.	Juni 1942	60	ebd., 212c/5: Schreiben v. 8.6.1942
	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	60	ebd.: Schreiben v. 29.12.1942
	22.7.1942	30	M			ebd., 199p/2: Schreiben v. 22.7.1942
	?	?	Ostarbeiter	Juli 1942	45 ²	ebd., 199d/11, Vermerk v. 22.7.1942
	?	?	Fremdarbeiter im Aug. insgesamt	Aug. 1942	92 ³	ebd.: Vermerk v. 7.8.1942
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	3	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	32	ebd., 199/.2: Schreiben v. 7.10.1942
	?	?	31 Ostarbeiter, 59 M, 1 F ?	Okt. 1942	91	ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	37	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
			kroat. Zivilarbeiter	Dez. 1942	1	
			estn. Zivilarbeiter	Dez. 1942	1	
			ungar. Zivilarbeiter	Dez. 1942	1	
			frz. Kgf.	Dez. 1942	55	
			Fremdarbeiter im Dez. insgesamt	Dez. 1942	95	
	?	?	IMI	30.9.1943	30	ebd.: Schreiben v. 29.9.1943
	?	?	29 M, 4 F ? u. 43 Kgf.	Jan. 1944	76 ⁴	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944

2 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Juli 1942: 400.

3 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 458.

4 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 124.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Grimminger, Hans Heinrich, Hoch- u. Tiefbaugeschäft, Karlstr. 96	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	10	STAHD AA, 439/7: Liste des Arbeits- amts v. 11.8.1942
Grün, Friedrich August, Färbe- rei u. chemische Reinigung GmbH, Plöck 33 Hansa Federnfabrik, Grenzhöfer Weg 28 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)			Franzose	1944	1	ebd., (Einzelfallak- ten, Frankreich): 11, 34, 47
			Kgf.	7.10.1941	22	ebd., AA, 199p/9: Schreiben v. 7.10.1941
	22.07.1942	10	F ? u. Ostar- beiterinnen	vermutlich Dez. 1942	+10	ebd., 199p/2: Schreiben v. 22.7. u. 30.11.1942
	?	?	?	Okt. 1942	43	ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	Dez. 1942	10	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
			frz. Kgf.	Dez. 1942	47	
			Fremdarbei- ter im Dez. insgesamt:	Dez. 1942	57	
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	7	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944
Hartmann, Otto, Kalkwerk, Mauer?	?	?	Fremdarbei- ter im Aug. insgesamt:	Aug.1942	16 ⁵	Ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	19	Ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
Haushalte (private)	?	?	4 Hollände- rinnen	1941–44	12	ebd., (Einzelfallak- ten, Niederlande): 6, 19, 118/3, 11, 42/6, 20, 56/6, 21, 154; ebd., (Russland): 12, 35, 111/15, 46, 130/15, 46, 138/12, 37, 106/12, 35, 9/3, 9, 136; ebd., (Finnland): 1, 64; ebd., (Dänemark): 1, 1, 61
			6 Russinnen 1 Finnin 1 Dänin	1942–44 1942 1942		

5 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1944: 74.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Hebborn & Co., Fabrik für Füllhalter u. Füllbleistifte, Dos- senheimer Landstr. 98 (Rüstungsbe- trieb/-zulieferer der Luftwaffe, Dring- lichkeitsstufe SS)	7.8.1940	3	Kgf.			ebd., AA: 212c/6: Schreiben v. 7.8.1940
	17.8.1940	7	Kgf.			ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 17.8.1940
	3.7.1941	15–20	frz. o. engl. Kgf.			ebd.: Schreiben v. 3.7.1941
	?	?	Ostarbeiterin- nen	Juli–Okt. 1942	20	ebd.: Schreiben v. 29.7.1942 u. ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	2	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
			Ostarbeiterin- nen	Dez. 1942	26	ebd.
			frz. Kgf.	Dez. 1942	2	ebd.
			Fremdarbei- ter im Dez. insgesamt	Dez. 1942	30	
	?	?	Ostarbeiter	Juli 1942	20 ⁶	ebd., 199d/11: Ver- merk v. 22.7.1942
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942; ebd., 199p/9: Schreiben v. 25.2.1942
Heidelberger Gu- tenberg-Druckerei GmbH, Brunnen- gasse 20–24	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Heidelberger Milch- versorgung GmbH, Kriegsstr. 10	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Heidelberger Stra- ßen- und Bergbahn AG, Bergheimer Str. 4			2 Franzosen 1 Holländer 1 Russe	1943 1944 1945		ebd., (Einzelfallak- ten, Frankreich): 51, 164, 165, 42, 128, 137; ebd. (Niederlan- de): 7, 24, 58; ebd., (Russland): 28, 40

6 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Dez. 1942: 140.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Heinsteinwerk GmbH, Ofen- und Feuertongfabrik, Wieblinger Weg 31 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)	?	?	Fremdar- beiter im Aug. 1942 insgesamt	Aug. 1942	29 ⁷	ebd., AA, 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	?	Okt. 1942	3	ebd.: Schreiben v. 27.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	31	ebd., 199p/2: Ta- belle v. 30.12.1942; ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	10	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Helmreich & Cie., Drahtwerk, Wundtstr. 16 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)			Kgf.	7.10.1941	6	ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 7.10.1941
	?	?	russ. Fremd- arbeiter	Juni 1942	20	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 30.6.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	vermutlich Dez. 1942	+5	ebd.: Schreiben v. 30.11.1942
	22.7.1942	10	Ostarbeiter	Juli 1942	16 ⁸	ebd.: 199p/2: Schrei- ben v. 22.7.1942; ebd., 199d/11: Ver- merk v. 22.7.1942
	?	?	Fremdarbei- ter im Aug. insgesamt	Aug. 1942	20 ⁹	ebd.: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	20	ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	20	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
			Ostarbeiterin- nen	Dez. 1942	5	ebd.
			frz. Kgf.	Dez. 1942	16	ebd.
			Fremdarbei- ter im Dez. insgesamt:	Dez. 1942	41	

7 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 169.

8 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Juli 1942: 124.

9 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 120.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Henk & Nieder- heiser, Amtliche Rollfuhrunterneh- mung der Reichsei- senbahn, Spedition und Lagerei, Kohlenhandlung, Östliche Güteramts- str. 2	9.8.1940	5				ebd., 212c/6: Schrei- ben v. 7.8.1940
Herrenmühle, vorm. C. Genz AG, Hauptstr. 241	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	2	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
Hundertmark, Wilhelm, Vulkani- sierungsanstalt, Rö- merstr. 2 (Rüstungs- betrieb/-zulieferer)	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	6	ebd.
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	6	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944
Hoffmann, Gustav, Schuhfabrik AG, Dossenheimer Land- str. 100	?	?	Ostarbeiterin- nen	Okt. 1942	20	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 30.10.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	vermutlich Dez. 1942	+25	ebd.: Schreiben v. 30.11.1942
	?	?	2 Ostarbeiter, 16 Ostarbei- terinnen	Dez. 1942	18	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942
Hölderlinschule, Plöck 40–42			3 frz. Studi- enreferenda- re, 1 rumän. Lehrerin			Datenbank
Hommelwerke* (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer des Heeres)	?	?	56 H u. 5 F ?; 20 Kgf.	Jan. 1944	81 ¹⁰	BA MA: RW 21–44/9: Liste v. 31.1.1944
Hotel ‚Alt Heidel- berg‘, Rohrbacher Str. 29	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	STAHD AA, 439/7: Liste des Arbeits- amts v. 11.8.1942
Hotel ‚Bayrischer Hof‘, Rohrbacher Str. 2	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	3	ebd.

10 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 795.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Hotel ‚Europ. Hof‘, Leopoldstr. 1a	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	22	ebd.
Hotel/Restaurant ‚Denner‘, Berghei- mer Str. 8		2	frz. Zivilarbei- terinnen	1943–44		ebd., (Einzelfallakten, Frankreich): 39, 119, 73, 15, 45, 10
Hotel ‚Holländer Hof‘ (Hospiz), Neckarstaden 66	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., AA, 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Hotel ‚Nassauer Hof‘, Plöck 1	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.
Hotel ‚Reichspost- Reichshof‘, Rohrbacher Str. 1	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	6	ebd.
Hotel und Restau- rant ‚Zum Ritter‘, Hauptstr. 178	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.
Hotel ‚Roter Hahn‘, Hauptstr. 44		1	Holl. Zivilar- beiterin	1942–43		ebd., (Einzelfallak- ten, Niederlande): 20, 56
Hotel ‚Schloßhotel‘ u. Hotel ‚Bellevue‘ AG, Schloß-Wolfs- brunnenweg 1–3	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Hotel ‚Schrieder‘ GmbH, Rohrbacher Str. 10		1	frz. Zivilarbei- terin	1943		ebd., (Einzelfall- akten, Frankreich): 51, 164, 83
Hotel ‚Tannhäuser‘, Bergheimer Str. 6	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., AA, 439/7: Liste des Arbeitsamts 11.8.1942
Hotel ‚Wagner‘, Hauptstr. 77	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd.
Institut für Physik (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer des Heeres), Plöck 55	?	?	1 M u. 1 F?	Jan. 1944	2 ¹¹	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944

11 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 23.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Jung, R. AG, Fabrik für Präzisionsappa- rate, Hebelstr. 46 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer insbes. der Kriegsmarine- werft Kiel, SS-Ber- trieb)	?	?	Ostarbeiter			STAHD AA, 212c/5: Schreiben v. 3.7.1940
	4.6.1942	8	5 gelernte Feinmechani- ker, 3 Fachar- beiter ?			ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 4.6.1941
	22.7.1942	10	5 M, 5 F ?		7	ebd.: Schreiben v. 7.10.1942
	?	?	Fremdarbei- ter im Okt. insgesamt	Aug. 1942	8 ¹²	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	7	ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	8	ebd., 199p/2: Ta- belle v. 30.12.1942; ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 4.6.1942
Feinkosthandlung Dewald, Heidelber- ger Str. 14	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	?	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Kaffee ‚Schafheut- le‘, Hauptstr. 94	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.
Kaffeehaus u. Konditorei Wilhelm Schwehr, Inhaber Fritz Schneider, Hauptstr. 105	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd.
Kamuf, Philipp, Gipsergeschäft, Mühlthalstr. 34	?	?	Ostarbeiter	19.7.– 2.8.1944	1	ebd., 212c/6: Vermerk v. Philipp Kamuf
Kartoffeleinlage- rung/-versorgung ?	8.10.1941	20	Kgf.	17.10.1941	18	ebd., 199p/9: Schreiben v. 8. u. 17.10.1941
	12.12.1941	15–20	Kgf.			ebd.: Schreiben v. 12.12.1941
	26.9.1942	35	russ. Kgf.			ebd., 199p/4: Ver- merk v. 26.9.1942
	?	?	Fremdarbei- ter im Aug. insgesamt	Aug. 1942	40 ¹³	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942

12 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 98.

13 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 150.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Schäfer, Ernst, Kaufhaus, Hauptstr. 28	?	?	Dänin	1943	1	ebd., (Einzelfallakten, Dänemark): 1, 1, 98
Capitol-Lichtspieltheater, Oskar Sauer & Co., Bergheimer Str. 59–61			italien. Zivilarbeiter	1943	1	ebd., (Einzelfallakten, Italien): 3, 11, 68
Akademisches Krankenhaus, Klinische Universitäts-Anstalt, Voßstr. 2	?	?	Ostarbeiterinnen	Aug. 1942	17	UAH REP 49/135: Schreiben v. 6.8.1942
	?	?	Ostarbeiterinnen	Sept. 1942	50	STAHD AA, 199d/11: Schreiben v. 5.9.1942
	?	?	Ostarbeiterinnen	Okt. 1943	16	UAH REP 49/135: Schreiben v. 6.10.1943
	?	?	19 Russinnen, 1 Ukrainerin, 1 Polin	Juni 1944	21	ebd.: Schreiben v. 4.7.1944
Klotz u. Schrotz, Autoreparaturwerkstätte, Bergheimer Str. 115			2 Italiener	1945		STAHD, Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Italien): 3, 10, 57, 3, 10, 63
Kohlenhandlung Döbler & Co., Neuer Güterbahnhof	?	?	Ostarbeiter	Juni 1944	6	ebd., AA, 199d/12: Schreiben v. 2.6.1944
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	?	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
	?	?	?	Okt. 1942	1	ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
Oberfeld, Heinrich, Holzhandlung, Zimmergeschäft, Kohlen, Theaterstr. 16	?	?	Ostarbeiter	Juli 1942	8 (22)	ebd.: Vermerk v. 22.7.1942
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	19	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Köhler & Cie. KG, Sanitäts-, Kranken- geräte u. Möbelfab- rik, Alte Berghei- mer Str. 11	8.8.1940	5–7	Kgf., 4–6 Schreiner, 1 Schlosser			ebd., 212c/6, Schrei- ben v. 7.8.1940
Krämer Friedrich, Dachdeckungs- u. Blitzableiterge- schäft, Kaiserstr. 66	?	?	Ostarbeiter	18.7.– 1.8.1944	3	ebd.: Schreiben v. Heinrich Krämer
Krämer, Theodor, Bauingenieur u. Tiefbauunterneh- mung, Handschuhs- heimer Landstr. 30 (Rüstungsunterneh- men/-zulieferer)			Kgf.	7.10.1941	16	ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 7.10.1941
	22.7.1942	25	? M			ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 22.7.1942
	?	?	Kgf.	Dez. 1942	16	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942
	?	?	russ. Kgf.	April 1943	15	ebd., 199p/4: Schrei- ben v. 3.4.1943
	?	?	russ. Kgf.	Sept. 1944	8	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 28.9.1944
	?	?	Ostarbeiter	18.7.– 2.8.1944	15	Ebd., 212c/6, Schrei- ben v. Theodor Krämer
Kreishandwerker- schaft Heidelberg, Märzgasse 18	2.8.1940	34	Kgf.	?		ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 2.8.1940
Metzger	7.8.1940	10	Kgf.	?		ebd.: Schreiben v. 7.8.1940
Weinhändler	7.8.1940	13	Kgf.	?		ebd.
Friseur	2.8.1940	11	Kgf.	?		ebd., Schreiben v. 2.8.1940
	?	?	Franzosen	Jan. 1945	1	ebd., 212c/7: Schrei- ben v. 4.1.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Schuhmacher	2.8.1940	18	Kgf.	?		ebd., 199p/9: Schreiben v. 2.8.1940
Maurer	29.8.1940	2	Kgf.	?		ebd.: Schreiben v. 29.08.1940
Müller	7.8.1940	2	Kgf.	?		ebd.: Schreiben v. 7.8.1940
Schreiner	2.8.1940	1	Kgf.	?		ebd.: Schreiben v. 2.8.1940
Maler	2.8.1940	12	Kgf.	?		ebd.
Schlosser	2.8.1940	12	Kgf.	?		ebd.
Herrenschneider	7.10.1940	4	Kgf.	?		ebd., Schreiben v. 7.10.1940
Landfried, P. J., Rauch-, Kautabak- u. Zigarrenfabrik, Bergheimer Str. 139–51 (Rüstungs- betrieb/-zulieferer)	22.7.1942	30	? F.		10	ebd., 199p/2: Schreiben v. 30.10.1942
	?	?	Polin	Dez.1942	1	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942
			5 Ostarbeiter, 17 Ostarbeiterinnen		22	
Landwirtschaft allgemein	19.3.1942	50	Kgf.			ebd., 199p/9: Schreiben v. 19.3.1942
	18.5.1942	40	20 Ostarbeiter u. 20 Ostarbeiterinnen			ebd., 212c/5, Schreiben v. 18.5.1942
Lenz, Martin, Landwirt u. Ortsbauernführer, Mühlthalstr. 81	?	?	1 Ostarbeiterin, 1 F?	Okt. 1942	2	ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
Linse, Heinrich, Gips- u. Stuckateurgeschäft, Kaiserstr. 72	?	?	Ostarbeiter	18.7.–2.8.1944	2	ebd., 212c/6: Schreiben v. 4.8.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Heidelberger Papiersackfabrik Luh & Gaster, Indu- striegelände/Kaiser- str. 31	?	?	Ostarbeiterin- nen	Okt. 1942	+10	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 30.10.1942 ebd.: Schreiben v. 30.11.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	vermutlich Dez. 1942		
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	6	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942
Leopold u. Rudolf Maßholder, Fahr- zeugbau, Eppel- heimer Str. 37–39 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)	9.8.1940	5	Kgf.			ebd., 199p/9, Schrei- ben v. 9.8.1940
			Kgf.	7.10.1941	10	ebd.: Schreiben v. 7.10.1941
	?	?	Fremdarbei- ter im Aug. insgesamt	Aug.1942	78 ¹⁴	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	22.7.1942	50	? M			ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 22.7.1942
	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	6	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942
			Kgf.		45	ebd.
Metzgerei Bollerer, Fritz, Hauptstr. 127	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
„Molkenkur“, Ter- rassenrestaurant, Kaffee, Konditorei, Bergbahnstation Molkenkur	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	5	ebd.
Müller Jacob GmbH, Kohlen- u. Holzhandlung, Un- tere Neckarstr. 19	?	?	?	Okt. 1942	3	ebd., 199d/11, Schreiben v. 20.10.1942
Odeon-Bierkeller, Rapp, Albert, Hauptstr. 37	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942

14 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 134.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Orthos-Füllhalterfabrik, Lamy, C. Josef, Bahnhofstr. 33 (Rüstungsbetrieb/-zulieferer)	?	?	russ. Ostarbeiterinnen	Juli 1942	30	ebd., 212c/5: Schreiben v. 3.7.1942
	?	?	Fremdarbeiter im Aug. insgesamt	Aug. 1942	11 ¹⁵	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	1 M ?, 9 Ostarbeiterinnen	Okt. 1942	10	ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
Ortsbauernschaft Grenzhof	?	?	2 Ostarbeiter, 3 Ostarbeiterinnen u. 11 M, 9 F ?	Okt. 1942	15	ebd.: Schreiben v. 27.10.1942
Ortsbauernschaft Handschuhsheim	?	?	frz. Kgf.	Juli 1940	14	ebd., 212c/5: Niederschrift v. 4.12.1940
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	36	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944
Ortsbauernschaft Heidelberg	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	2	ebd.
Ortsbauernschaft Kirchheim	20.7.1940	16	frz. Kgf.	1.8.–1.12.1940	16	ebd., 199p/9: Schreiben des Ortsbauernführers Kirchheim sowie Schreiben v. 13.10.1940
	?	?	Kgf.		+27	ebd.: Schreiben v. 18.12.1940
	?	?	30 Ostarbeiter, 35 Ostarbeiterinnen, 18 M u. 10 F ?	Okt. 1942	93	ebd., 199d/11: Schreiben v. 27.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	2–3	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944

15 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 60.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Ortsbauernschaft Neuenheim	?	?	4 Ostarbeiter, 11 Ostarbeiterinnen	Okt. 1942	15	ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
Ortsbauernschaft Rohrbach	?	?	frz. Kgf.	7.12.1940	30	ebd., 212c/5: Nieder- schrift v. 4.12.1940
	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1940	22	ebd.
	?	?	8 M u. 7 F ?, 3 Ostarbeiterinnen	Okt. 1942	18	ebd., 199d/11: Schreiben v. 27.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Juni 1944	120	ebd., 199d/12: Schreiben v. 19.6.1944
Ortsbauernschaft Weststadt	?	?	25 Ostarbeiter, 30 Ostarbeiterinnen, 15 M. u. 8 F.	Okt. 1942	78	ebd., 199d/11: Schreiben v. 27.10.1942
Ortsbauernschaft Wieblingen	?	?	frz. Kgf.	7.12.1940	28	ebd., 212c/5: Nieder- schrift v. 4.12.1940
	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1940	16	ebd.
	?	?	20 Ostarbeiter, 25 Ostarbeiterinnen, 12 M, „unbekannt“	Okt. 1942	57	ebd., 199d/11: Schreiben v. 27.10.1942
Philipp-Lenard- Schule, Kettengasse 12-16			6 Franzosen			Datenbank
Reichsbahnbetriebs- amt, Rohrbacher Str. 8	?	?	Ostarbeiterinnen	Okt. 1942	10	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 30.10.1942
	?	?	russ. Kgf.	Sept. 1942	60	ebd., 199p/4: Schrei- ben v. 18.9.1942

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Reichsbahnbetriebs- werkstatt	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	49	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
Reichsbahnbahnbe- triebswerk	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	2	ebd., 439/7, Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
	?	?	Fremdarbei- ter im Aug. insgesamt	Aug. 1942	30	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	?	Okt. 1942	3	ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
Reichsbahn, Entlade- kolonne	17.6.1942	20	russ. Kgf.	Juli 1942	20	ebd., 199p/4: Schrei- ben v. 17.6.1942; ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 28.7.1942
	13.8.1942	20	russ. Kgf.	Aug./ 16.9.1942	40	ebd., 199p/4: Ver- merk v. 15.8.1942; ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 16.9.1942
	26.9.1942	25	russ. Kgf.	11.12.1942 ?	+17	ebd., 199p/4: Ver- merk v. 26.9.1942; Vermerk v. 11.12.1942
	?	?	russ. Kgf.		54	ebd.: Vermerk v. 29.1.1943
	?	?	russ. Kgf.		46	ebd.: Vermerk v. 26.3.1943
	?	?	russ. Kgf.	Juni 1943	16	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 15.6.1943
	?	?	russ. Kgf.	Aug./ Sept. 1944	42	ebd., 199p/2: Schreiben v. 28.9; ebd., 199p/4: Schrei- ben v. 30.8.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Reichsbahn	?	?	IMI	Sept. 1943	120	ebd., 199p/2: Schreiben v. 30.9.1943
	?	?	russ. Kgf.	März 1944	16	ebd., Amt f. öffentliche Ordnung, Abt. Zivilschutz, 1: Schreiben v. 26.3.1944
Königstuhl Höhen- restaurant, Schlag, Alfred, Bergbahn Endstation König- stuhl	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Rhein Neckar Ge- werkschaft, Edinger Str. 1–3	?	?	Ostarbeiter	Juni 1944	23	ebd., 199d/12: Schreiben v. 19.6.1944
Robert-Bunsen- Schule, Keplerstr. 87			11 Franzosen: Studien- referendare u. Lehrer			Datenbank
Schädla, R. GmbH, Färberei, chemische Reinigung, Groß- wäscherei, Brechtel- str. 12	?	?	poln. Zivilar- beiterinnen	Dez. 1942	23	STAHD AA, 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
Schmitthelm, Ernst, Federn- u. Metallwarenfabrik, Hans-Bunte-Str. 6 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)	20.7.1942	20	10 M, 10 F ?			ebd.: Schreiben v. 22.7.1942; ebd., 199u/37
	?	?	25 M, 25 F ?	Sept. 1942	50	ebd., 199p/2: Schreiben v. 16.9.1942
	?	?	Holländer	Dez. 1942	11	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942; ebd., 199u/37: Schreiben v. 16.4.1941

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Heidelberger Schnellpressenfabrik AG, Eppelheimer Str. 5–7 u. 17–21 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)	?	?	Kgf.	7.10.1941	17	ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 7.10.1941
	?	?	Kgf.	1.3.1942	100	ebd.: Schreiben v. 3.3.1942
	?	?	Kgf.	April 1942	40	ebd.: Schreiben v. 11.4.1942
	?	?	russ. Kgf.	Juni 1942	?	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 8.6.1942
	?	?	Ostarbeiter	Juli 1942	66 ¹⁶	ebd., 199d/11: Ver- merk v. 22.7.1942
	?	?	?	Aug. 1942	25	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 30.7.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	Aug. 1942 ?	15	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 30.10.1942
	?	?	Fremdarbei- ter total im August	Aug. 1942	59 ¹⁷	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt. 1942	8	ebd.: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	24 Ostarbei- ter, 21 Ostar- beiterinnen	Dez. 1942	45	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
			frz. Kgf.		25	
			Kgf.		51	
			Fremdarbei- ter im Dez. insgesamt	Dez. 1942	121	
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
	?	?	31 H, 38 F ? u. 64 Kgf.	Jan. 1944	133 ¹⁸	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	28	STAHD AA, 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944
	?	?	28 Ostarbei- ter, 30 Ostar- beiterinnen	Juni 1944	58	ebd.: Schreiben v. 19.6.1944

16 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Juli 1942: 550.

17 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 547.

18 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 549.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Schuhmacher-In- nung Heidelberg	?	?	poln. Ost- arbeiter	Dez. 1942	1	ebd., 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
	30.7.1942	10	?		6	ebd., 199w2m: Schreiben v. 30.7.1942
Schuhmacherin- nung Heidelberg, Schuhmachermeister Müller, Schlosser- str. 2	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	8	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944
	?	?	Ostarbeiter	Juni 1944	12	ebd.: Schreiben v. 19.6.1944
				Jan. 1943	+20	
				Feb. 1943	+8	
Schweickardt, Ja- kob, Gutspächter u. Gastwirt, Bierhelder- hof	30.9.1940	10	?	10.10.– 5.12.1940		ebd., 199p/9: Schrei- ben v. 30.9.1940
Städtisches Ernährungs- u. Wirtschaftsamt, Sophienstr. 12	10.10.1941	20	Kgf.			ebd.: Schreiben v. 10.10.1941
Städtisches Forst- amt, Hauptstr. 206	2.7.1940	30–40	frz. Kgf.	Dez. 1940	20	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 2.7.1940 sowie Niederschrift v. 4.12.1940
	22.11.1940	50–60	frz. Kgf.	22.11.1940– 2.10.1941	50	ebd.: Schreiben v. 21.11.1940 u. 2.10.1941
	4.10.1941		Kgf.	1.11.1941– 31.3.1942	30	ebd.: Antrag v. 4.10.1941
	9.7.1941	20	frz. Kgf.	10.7.– Nov. 1941	20	ebd.: Schreiben v. 9. u. 10.7.1941
	3.7.1940		frz. Kgf.		15	ebd.: Schreiben v. 3.7.1940
	Transfer aus Rohr- bach		Kgf.	Winter 1941/42, 29.11.1941	8	ebd.: Schreiben v. 29.11.1941

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Städtisches Forstamt, Hauptstr. 206			Kgf.	Winter 1941/42	12	ebd.
	?	?	Kgf.	31.7.1941	29	ebd.: Schreiben v. 18.12.1941
	Transfer vom Tier- garten		Kgf.	12.1.1942	6	ebd.: Schreiben v. 20.1.1942
	2.2.1942	40	?	2.2.– 1.4.1942		ebd.: Antrag v. 2.2.1942
			russ. Kgf.	30.4.1942	20	ebd.: Schreiben v. 30.4.1942
	9.7., 20.8.1942	40	?/ frz. Kgf.	15.11.1942– 31.3.1943	30	ebd.: Schreiben v. 9.7., 20.8., 6.11. u. 20.11.1942
	?	?	? M	16.9.1942	50	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 16.9.1942
	25.1.1943	20	Ostarbeiter o. russ. Kgf.			ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 17.2.1942
	8.4.1943	15–20	Ostarbeiter o. russ. Kgf.			ebd.: Schreiben v. 8.4.1943
	17.5.1943	12	Ostarbeiter			ebd.: Schreiben v. 17.5.1943
			?	22.6.1943	8	ebd.: Schreiben v. 23.6.1943
	Transfer v. d. Waggon- fabrik Fuchs		Ostarbeiter	7.7.– 28.8.1943	20	ebd.: Vermerk v. 5.7.1943; Bericht v. 24.8.1943
	Transfer v. d. Wehr- macht		deutsche Soldaten	7.7.– 28.8.1943	20	ebd.: Schreiben v. 9.7.1943; Bericht v. 24.8.1943
	?	?	russ. Kgf.	12.11.1944	20	ebd.: Schreiben v. 12.11.1944
	?	?	?, M	22.12.1944	20	ebd., 212c/7: Schrei- ben v. 21.12.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Städtische Fried- hofsverwaltung, Steigerweg 20	2.7.1940	20	Kgf.			ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 2.7.1940
	?	?	frz. Kgf.	1940	20–25	ebd.: Schreiben v. 6.11.1940
	?	?	Kgf.	31.7.1941	20	ebd.: Schreiben v. 18.12.1941
	18.12.1941	10	?	Jan.–Juni 1942		ebd.: Antrag v. 11.12.1941
	2.2.1942	40	?			ebd.: Antrag v. 2.2.1942
	?	?	?	Nov. 1942	4	ebd.: Schreiben v. 25.11.1942
	26.11.1942	10	?	10.12.1942– 31.3.1945	6	ebd.: Vermerk v. 26.11. u. Schreiben v. 7.12.1942
	29.1.1943	6	Ostarbeiter			ebd.: Schreiben v. 29.1.1943
	30.3.1943	12	Ostarbeiter			ebd.: Schreiben v. 30.3.1943
	17.5.1943	20	Ostarbeiter			ebd.: Schreiben v. 17.5.1943
	5.3.1944	6–7	? Ostarbeite- rinnen	Juli 1944	2	ebd.: Schreiben v. 24.7.1944
Städtisches Gar- tenamt, Gewann Vogelstang (südl. der Römerstr.)	10.7.1941	20	Kgf.	31.7.1941– Kriegs- ende	20	ebd.: Schreiben v. 10.7. u. 18.12.1941
	2.2.1942	10	?			ebd.: Antrag v. 2.2.1942
Städtisches Hoch- bauamt, Hauptstr. 206	?	?	Kgf.	Nov. 1944		ebd.: Schreiben v. 9.11.1941
	?	?	? M	22.12.1944	15	ebd., 212c/7: Schrei- ben v. 21.12.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Städtische LS-Bauten	?	?	russ. Kgf.	17.01.1944	8	STAHD Amt f. öffentl. Ordnung: Abt. Zivilschutz, 1: Bau des Luftschutz- Stollens Schloßberg, 1942–44: Schreiben v. 29.2.1944
	Transfer v. d. Firma Krämer		russ. Kgf.	24.1.1944	5	ebd.: Schreiben v. 19.1.1944
	?	?	? M, 5 Tief- bauamt u. 5 AfW		10	ebd.: Schreiben v. 22.12.1944
	?	?	„Elsässer“	Dez. 1944	28	ebd.: Schreiben v. 14.12.1944
	14.12.1944	60	„Elsässer“, frz. Belgier	28.12.1944	100	ebd.: Schreiben v. 14. u. 28.12.1944
Städtische Holz- hauerei	3.11.1941	50	russ. Kgf.	Nov. 1941– Winter 1941/42	50	ebd., AA, 212c/5: Schreiben v. 19.11.1941
			russ. Kgf.	15.12.1941– Winter 1941/42	13	ebd.: Schreiben v. 1. u. 11.12.1941
			russ. Kgf.	27.1.1942	42	ebd.: Schreiben v. 27.1.1942
Städtische Müllgru- ben	10.10.1940	15	Kgf.			ebd.: Schreiben v. 10.10.1940
Schlacht- u. Vieh- hof, Bergheimer Str. 153	11.7.1941	4	Kgf.	31.7.1941	4	ebd.: Schreiben v. 11.7. u. 18.12.1941

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Stadtwerke, Müll- abfuhr, Bergheimer Str. 4	10.7.1941				2	ebd.: Schreiben v. 9.7.1941
	11.12.1941	2	?			ebd.: Antrag v. 11.12.1941
	18.11.1942	5	?			ebd.: Vermerk v. 18.11.1942
	?	?	frz. Kgf.	Dez. 1942	6	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
	?	?	russ. Kgf.	14.12.1942– ?	6	ebd., 199p/4: Ver- merk v. 21.1.1943
	5.3.1944	6–8	? poln. Fremdarbei- terinnen	16.3.1944	6	ebd., 212c/5: Schreiben v. 5. u. 16.3.1944
Stadtwerke, diverse Organisationsein- heiten, Bergheimer Str. 4	?	?	Kgf.	31.7.1941	20	ebd.: Schreiben v. 18.12.1941
	2.2.1942	10	?			ebd.: Antrag v. 2.2.1942
	13.4.1943	20	?			ebd.: Schreiben 13.4.1943
	25.5.1943	20	Westarbeiter			ebd.: Schreiben v. 25.5.1943
	?	?	?	Jan. 1945	30	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 9.1.1945
Stadtwerke, Gas- werk, Eppelheimer Str. 140	10.7.1941	10				ebd.: Schreiben v. 10.7.1942
	11.12.1941	8	Ostarbeiter			ebd.: Schreiben u. Antrag v. 11.12.1941
	Transfer v. Merz		Ostarbeiterin- nen	29.1.1945– ?	16	ebd.: Schreiben v. 27.1.1945
	?	?	russ. Kgf.	6.12.1942– ?	6	ebd., 199p/4: Ver- merk v. 21.1.1943
	?	?	russ. Kgf.	14.12.1942– ?	6	ebd.: Vermerk v. 21.1.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Stadtwerke, Gas- werk, Eppelheimer Str. 140				März 1943	+1	
				April 1943	+23	
				Juni 1943	+15	
				Juni 1943	150	
	?	?	16 M u. 99 F ?, 13 Kgf.	Jan. 1944	128 ¹⁹	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944
Stift Neuburg Zie- gelhausen	?	?	Kgf. polnische Zivilarbeiter	31.5.1941– 31.05.1942 1940–45; 1942; 1944	3	EBA B 2/35/156: Kräftebilanz 1942 Cajkovac 2005
Studentenwerk, Mensa & Lange- marckhaus, Mar- stallhof 5			1 Russin 1 Holländerin	1942 1944	2	STAHD Amt f. öffentl. Ordnung, Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Russ- land): 15, 45, 116; ebd. (Einzelfallak- ten, Niederlande): 12, 38, 34
Teroson-Werk Erich Ross, Chemische Fabrik, Hans Bunte- Str. 4	?	?	Fremdarbei- ter im Aug. insgesamt	Aug. 1942	38 ²⁰	ebd., AA, 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	Okt. 1942	13–25	ebd., 199p/2: Schreiben v. 30.10.1942; ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	Dez. 1942	32	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
			frz. Kgf.		19	
			Fremdarbei- ter im Dez. insgesamt	Dez. 1942	51	
	?	?	transf. Kgf.	Sept. 1944	8	ebd., 199d/12: Schreiben v. 26.9.1944

19 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 1080.

20 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 164.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Technisches Dezer- nat, Hauptstr. 6	2.7.1940		Kgf.		30–40	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 2.7.1940
Tiefbauamt, Hauptstr. 206	?	?	Kgf.	31.7.1941	60	ebd.: Schreiben v. 18.12.1941
	2.2.1942	20	?			ebd.: Antrag v. 2.2.1942
	1.12.1944	10	IMI			ebd.: 199p/2: Schrei- ben v. 1.12.1944
Tiefbauamt, So- fortmaßnahmen u. LS-Bauten			Ostarbeiter	18.7.1944– 5.8.1944	167	ebd., 212a/6: Ver- merke v. 11., 18.7. u. 4.8.1944
	Transfer Grimmig		? 4 italien. Zivilarbeiter	Nov. 1944	8	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 7.11.1944
	Transfer Krämer		? 6 italien. Zivilarbeiter, 2 russ. Kgf.		10	
	?	?	?		5	
	?	?	?	Nov. 1944	2	ebd.
	?	?	?, M	22.12.1944	25	ebd.: Schreiben v. 21.12.1944
	?	?	russ. Kgf.		7	ebd., 199p/4: Schrei- ben v. 19.1.1944
	?	?	IMI		10	ebd.: Schreiben v. 4.2.1944
Tiefbauamt, Bau von Notausgängen	Transfer Krämer		? 7 italien. Zivilarbeiter	? Nov. 1944	9	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 7.11.1944
	?	?	Kgf.	Nov. 1944	10	ebd.: Schreiben v. 9.11.1941
Tiefbauamt, Lö- schen	?	?	?	Nov. 1944	7	ebd.: Schreiben v. 7.11.1944
Tiefbauamt, Ret- tungswagen	?	?	? M	22.12.1944	20	ebd., 212c/7: Schrei- ben v. 21.12.1944

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Tiergartenverwal- tung, Tiergartenstr.	?	?	Kgf.	? 12.1.1942	6	ebd., 212c/5: Schrei- ben v. 20.1.1942
				Aug. 1942	4 ²¹	ebd., 199d/11: Schreiben v. 10.8.1942
Vester Karl, Gipser- u. Stuckateurge- schäft, Schröderstr. 14	?	?	Ostarbeiter	18.– 28.7.1944	3	ebd., 212c/6: Lohnli- ste Karl Vester
Weißenfels & Co KG, Siemensstr. 57 (Rüstungsbetrieb/ -zulieferer)	?	?	26 M u. 1 F ?	Jan. 1944	27 ²²	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944
„Helios Apparate“, Wetzel & Schloß- hauer, Lenaustr. 14 (Rüstungsbe- trieb/-zulieferer der Marine)	?	?	Ostarbeiter	Juli 1942	10 ²³	STAHD AA, 199d/11: Vermerk v. 22.7.1942
	?	?	Ostarbeiter	Okt.–1942	3	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 7.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Nov.–1942	4	ebd., 199d/11: Schreiben v. 2.11.1942
	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	8	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
	?	?	(Helios A.) 7 M u. 5 F ?	Jan. 1944	12 ²⁴	BA MA: RW 21-44/9: Liste v. 31.1.1944
Winter, Druckerei, Lutherstr. 55			Belgier	1943	1	STAHD Amt f. öffentl. Ordnung: Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten, Belgien): 3, 9, 146
Witter E., Fabrik für Auto- u. Maschinen- teile, Landhausstr. 10–12	?	?	Ostarbeiter	Dez. 1942	7	ebd., AA, 199p/2: Tabelle v. 30.12.1942
	?	?	Ostarbeiter	Mai 1944	7	ebd., 199d/12: Schreiben v. 22.5.1944

21 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Aug. 1942: 22.

22 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 182.

23 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Juli 1942: 128.

24 Gesamte Arbeiterzahl des Betriebs im Jan. 1944: 118.

Arbeitgeber u. Adresse	Antrag	Fremdarbeiter		Beschäftigungs- dauer	An- zahl	Quelle
		Soll	Ist			
Zementwerk (vermutlich Port- land-Zementwerke Heidelberg AG, Riedstraße 4 oder Werk in Leimen)	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	1	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
Zimmermann, Michael, Hoch- u. Tiefbau KG, Kirch- str. 18–20	?	?	Ostarbeiter	18.7.– 2.8.1944	10	ebd., 212c/6: Liste Michael Zimmer- mann
Züblin E. (Bauunter- nehmung?)	?	?	poln. Zivilar- beiterinnen	Dez. 1942	10	ebd., 199p/2: Tabel- le v. 30.12.1942
			Italiener		19	
			Tschechen		18	
			Fremdarbei- ter im Dez. insgesamt	Dez. 1942	47	
	?	?	Zivilarbeiter	11.8.1942	16	ebd., 439/7: Liste des Arbeitsamts v. 11.8.1942
			?	Okt. 1942	26	Ebd., 199d/11: Schreiben v. 20.10.1942
	?	?	Ostarbeiter	Juni 1944	20	ebd., 199d/12: Schreiben v. 19.6.1944
Zwick Erich Hein- rich, Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau, Bergheimer Str. 129	?	?	Ostarbeiter	Sept. 1944	45	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 28.9.1944
	?	?	Ostarbeiter	17.7.– 2.8.1944	26	ebd., 212c/6: Lohn- liste Erich Heinrich Zwick
Zwintscher Alfred, Pharmazeutische Präparate, Römer- str. 48	?	?	Ostarbeiterin- nen	Okt. 1942	15	ebd., 199p/2: Schrei- ben v. 30.10.1942
	?	?	Ostarbeiterin- nen	vermutlich Dez.1942	+6	ebd.: Schreiben v. 30.11.1942
	?	?	Ostarbeiter 1 Estin	Dez. 1942 1944	8 1	ebd.: Tabelle v. 30.12.1942 ebd., (Einzelfallak- ten, Estland): 2, 7, 29

10.2 Liste der nachweisbaren Lager

Abkürzungen

Ako. Arbeitskommando

E. Einzelfallakten

Kgf. Kriegsgefangene

STO „Service du travail obligatoire“

? unbekannt

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Altes Schulhaus Kirchheim	Fuchs Waggonfabrik	Schäfergasse 5	frz. Zivildeportierte	1944–45	100	STAHD, E. Frankreich, 15/47/3; ebd., 1/2/45; Datenbank
Alter Güterbahnhof	Jacob Müller Kohlen- u. Holzhandlung GmbH	Zur Lokomotive/Lagerplatz Güterbahnhof	poln. Kgf.	?		ebd., E. Polen, 9/35/133
	Kohlenhandlung Kohler & Co.	Am alten Güterbahnhof 36	poln. Kgf.	?		ebd., E. Polen, 9/36/38
	Reichsbahn	?	Franzosen	1944		ebd., E. Frankreich, 51/162/97
Ausländerlager Eppelheim	Brown, Boveri & Co.	Blumenstr. 33	frz. Zivilarbeiter; transformierte Kgf.	1944		ebd., E. Frankreich, 39/120/106 u. 107 u. 132
	Stotz-Kontakt GmbH	Blumenstr. 33	frz. u. niederl. Zivilarbeiter	1943	40	Datenbank
			frz. Zivildeportierte	1944–45		STAHD, E. Frankreich, 12/36/122
Baggerloch	Reichsbahn	Bahnbetriebswerk	frz. Zivilarbeiter	1944	1942: 4 Baracken	ebd.: 51/165/85; ebd.: 1/2/8

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Baggerloch		Bahnmeisterei I/Baracke IV/V: Familienlager f. Ostarbeiter	estn. u. russ. Zivilarbeiter	1944	Mai 1944: 131 (theoret. Höchstbelegung 120)	ebd., E. Estland, 2/7/125 u. 126 u. 127; ebd., E. Russland, 3/10/73 u. 78; ebd., AA, 199p/2: Schreiben v. 24.5.1944
		Reichsbahn	IMI	1943–45	2 Baracken, 1943: 120	ebd., E. Italien, 3/11/13 u. 16 u. 118 u. 119; ebd., 3/9/63 u. 67; ebd., AA, 199p/2: Vermerk d. AfW v. 19.9.1943
		Reichsbahn/Baracke III	niederl. Zivilarbeiter	1944		ebd., E. Niederlande, 6/20/32 u. 37 u. 38
	RAW Schwetzingen			1945	poln. Zivilarbeiter	ebd., E. Polen, 9/37/89
	Stadt: Entladekolonne (Kriegsgefangenenlager 1649)	Reichsbahn, Ladekolonne	russ. Kgf.	1942–	1942: 20; Dez. 1942: 37; Sept. 1944: 42 (Entladekolonne) + 8 (Krämer) + 9 (Reichsbahn); Sept. 1944: 2 Baracken	ebd., AA, 199p/2: Schreiben v. 5.11.1942; Schreiben d. Reichsbahn a. d. Oberbürgermeister v. 5.11.1942; Vermerk v. 28.9.1944; ebd., 199p/4: Vermerk v. 10.9. u. 8.12.1942
		Schnellpressenfabrik AG	Ostarbeiterinnen	1942	1942: 20	ebd., 199p/2: Schreiben v. 1.10.1942

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Baggerloch	Heinrich Zwick Bauunternehmung	Reservebaracke (1 Baracke)	Ostarbeiter	1942	1942: 5 Baracken/ (Reservebaracke); 1944: 45; (RAD Führerhaus) 1942: 72	ebd.: Vermerk v. 28.9.1944
Baggerloch	Ernst Schmitt-helm Federn- u. Metallwarenfabrik	Schmitthelm (1 Baracke)		1942		ebd.: Schreiben d. AfW v. 13.1.1943; Schreiben v. 5.11.1942
	Drahtwerk Helmreich & Cie KG; Heidelberger Kofferfabrik Timmermann & Wollet; Hansa; Pharmazeut. Apparate Alfred Zwintscher, Luh & Gaster; Schuhfabrik Brand Gustav Hoffmann GmbH	Ostarbeiterinnenlager Baggerloch (RAD Führerhaus + Wirtschaftsbaracke)	Ostarbeiterinnen	1942		ebd.: Schreiben v. 5. u. 10.11.1942; Schreiben d. AfW v. 3.1.1943 u. 3.11.1942
			frz. Kgf., belg. u. frz. STO	1943–	1943: 2 zusätzl. Baracken	ebd., Schreiben v. 31.12.1942
	Rüstungsbetriebe		russ. Zivilarbeiter	1943–	1943: 5 Baracken	ebd., Schreiben v. 17.5.1943
Bahnhofstr. 7		Bahnhofstr. 7	Ukrainer	1944		ebd., E. Russland, 3/46/11
Bahnhofstr. 33	Orthos Füllhalterfabrik	Bahnhofstr. 33	russ. Arbeiterinnen	?	13	Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Bergheimer Str. 4	Heidelberger Straßen u. Bergbahn AG	Bergheimer Str. 4	frz. & niederl. Zivilarbeiter	1943–44	80	STAHD, E. Frankreich, 51/164/165; ebd., E. Niederlande, 6/21/51
	Stadtwerke (Fuhrpark)	Bergheimer Str. 4	belg., frz. u. niederl. Zivilarbeiter	1942–45		ebd., E. Belgien, 3/8/47 u. 84; ebd., E. Frankreich, 51/164/13; ebd., E. Niederlande, 3/8/47 u. 84
Bergheimer Str. 26	Autovertrieb Kocher	Bergheimer Str. 26	?	?	12	Datenbank
Bierhelderhof	Forstamt		russ. Kgf.; „farbige“ Kgf.	1943		STAHD AA, 212c/5
	Luftschutz, Baumaßnahmen		russ. Kgf.; Ako. 1449	1944	100	Datenbank
Bluntschlistr. Lohnbüro d. Stadtwerke/Neues Gaswerk	Müllabfuhr; Fuhrpark	Bluntschlistr. 1	russ. Kgf.	1944	?	STAHD, E. Russland, 6/19/74; ebd., 12/35/99; Datenbank
Brechtelstr. 9	Stahlbau u. Metalltürenwerk Nikolaus Bleimling	Brechtelstr. 9 Rohrbach	Franzosen	?		STAHD, E. Frankreich, 15/46/82; ebd., 11/34/63
Brechtelstr. 25	?	?	?	?	20	Datenbank
Brückenstr. 16					20	Datenbank
Bunsenschule	BBC	Keplerstr. 87		Anfang 1941	1941: 13; 1943: 35	Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Capitol Lichtspieltheater					70	Datenbank
Christliches Hospiz		Schiffgasse 2			24	Datenbank
Deutscher Hof	Teroson	Deutscher Hof Eppelheim	russ. Zivilarbeiterinnen	1942		STAHD, E. Russland, 3/9/72 u. 81; ebd., 32/100/8; Datenbank
Dossenheimer Landstr. 98	H. Hebborn & Co, Fabrik für Füllhalter u. -bleistifte				?	Datenbank
Dossenheimer Landstr. 100	Schuhfabrik Gustav Hoffmann AG	Dossenheimer Landstr. 100	Franzosen, Niederländer, Polen u. Russen	?	80	Datenbank
Edingerstr. 3	Rhein-Neckar-Gewerkschaft	Edingerweg 3, Wieblingen	Italiener	1943–45		STAHD, E. Italien, 3/9/54
	Hansa		?		50	Datenbank
Epidemiebaracke	Helios Apparate Wetzel & Schloßhauer		russ. Zivilarbeiter	1942–45		ebd., E. Russland, 15/47/6
	Richard Jung AG, Fabrik für Präzisionsapparate; Stahlbau u. Metalltürenwerk; Nikolas Bleimling		russ. Zivilarbeiter	1942		ebd.: 15/47/66; ebd., AA, 199p/2: Schreiben v. 13.1.1943
	Helios Apparate Wetzel & Schloßhauer					
	Autz & Herrmann, Metallwaren- u. Maschinenfabrik; Bremsenfabrik August Grau					

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Epidemie- baracke	Metzgerei Schweikardt ??Ernährungs- werk??		poln. Zivilar- beiterinnen	?		ebd., E. Polen, 21/82/120
	Richard Jung AG, Fabrik für Präzisionsappa- rate; Stahlbau u. Metalltüren		frz. Zivilar- beiter	1945		ebd., E. Frankreich, 51/165/93
	Autorepara- turwerkstät- te Klotz & Schrotz		Italiener	1945		ebd., E. Itali- en, 3/10/57 u. 63
	Kirchgässer o. Ernst Schmitt- helm Federn- u. Metallwa- renfabrik		russ. Zivilar- beiter	1942–45		ebd., E. Russ- land, 3/9/64
	Schnellpressen- fabrik AG		russ. Zivilar- beiter/innen	1942–43		ebd., 6/17/108; 32/100/44; ebd., 199p/2: Schreiben v. 1.10.1942
	Michael Zimmermann AG, Tief- und Hochbau		poln. Zivilar- beiter	1944		
	Bremsenfabrik August Grau	Ostarbeiter- lager Grau (1 1943 errichtete Baracke)	Ostarbeiter	1943–		ebd., Schreiben d. Bremsenfabrik August Grau v. 14.12.1942
Eppelheimer Str. 11			Kgf.	1940	54? (Lager mit 18 dreistöck- rigen Betten ausge- stattet)	ebd., 199p/9: Vermerk v. 9.8.1940

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Eppelheimer Str. 26	Stadt Heidelberg	Eppelheimer Str. 26			30	Datenbank
Eppelheimer Str. 87/89	L. & R. Maßholder Fahrzeugbau	Eppelheimer Str. 87/89	Kgf.		50	Datenbank
Firma Feist Lager	Karl Feist Lastwagenverkehr, Nah- u. Ferntransporte	Bauamtsgasse	niederl. Zivilarbeiter	1943		STAHD, E. Niederlande, 3/10/111 u. 123
Adolf Frank Hotel, Wein- u. Bierstuben		Bahnhofstr. 9	?	?	20	Datenbank
Friedrich Lauer	Friedrich Lauer Apparatebau	Dossenheimer Landstr. 35	frz. Zivilarbeiter/-innen	1944		STAHD, E. Frankreich, 11/33/23
Gaisbergstr. 11	Überle & Ritzhaupt Weingroßkellereien	Gaisbergstr. 11			20	Datenbank
Gewerbeschule					30	Datenbank
Bremsenfabrik August Grau	Bremsenfabrik August Grau	bei d. Römerstr. 6	Kgf.	?	150	
Grenzhof		?	?	?	150	Datenbank
Grenzhöfer Weg, Ostarbeiterlager 12a	Helmreich & Cie KG, Drahtwerk	Grenzhöfer Weg (Wieblingen)	Ostarbeiterinnen	1944	?	STAHD, E. Russland, 6/17/122 u. 124; Datenbank
Hans Grimmig, Straßenbau, Bergbau	Hans Grimmig, Straßenbau, Bergbau	?	?		70	Datenbank
Handschuhsheimer Landstr. 30	Theodor Krämer Bauingenieur u. Tiefbauunternehmung	Handschuhsheimer Landstr. 30		Ende 1944	60	Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Handschuhsheimer Landstr. 82	H. Hebborn & Co, Fabrik für Füllhalter u. -bleistifte	Handschuhsheimer Landstr. 82		1944–45	30	Datenbank
Haspelgasse 7	BBC	Haspelgasse 7		1943	25	Datenbank
Hauptstr. 120/127	Metzgerei Toussaint, Metzgerei Bollerer	Hauptstr. 120/127		1940–45	70	Datenbank
Hauptstr. 37	Josef Arnold Konzert-Kaffee u. Konditorei	Hauptstr. 37		1940–45	20	Datenbank
Hauptstr. 73	Friedrich Müller Baumaterialien GmbH	Hauptstr. 73		20.7.–27.12. 1944	13	Datenbank
Heinrich-Fuchsstr. 1	Bäckerei u. Konditorei Heinrich Grim-minger	Heinrich-Fuchs-Str. 1			20	Datenbank
Heinsteinwerk GmbH, Ofen- u. Feuertonfabrik	Heinsteinwerk GmbH, Ofen- u. Feuertonfabrik	Rathausstr. 45 (Rohrbach)	frz. Zivilar-beiter?	1942/43	40	STAHD, E. Frankreich, 51/164/83; ebd., 51/165/16; ebd., 1/2/127; Datenbank
Höllenstein		Kirchheim		Dez. 1944	17	Datenbank
Hotel ‚Holländerhof‘	Hotel Holländerhof	Neckarstaden 66		ab Okt. 1941	60	Datenbank
Hotel ‚Alt Heidelberg‘		Rohrbacher Str. 29	?	?	30	Datenbank
Hotel ‚Bayrischer Hof‘		Rohrbacher Str. 2			30	Datenbank
Hotel ‚Drei Eichen‘		Rohrbacher Str. 47			20	Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Hotel ‚Euro-päischer Hof‘		Leopoldstr. 1/1a		1941–45	160	Datenbank
Hotel ‚Neue Krone‘	BBC Abt. CT/ Kw-Neue Krone (Kraftwerke)	Brückenstr. 2				Datenbank
Hotel ‚Reichspost‘		Rohrbacher Str. 1			50	Datenbank
Hotel u. Restaurant ‚zum Ritter‘		Hauptstraße 178			16	Datenbank
Hotel ‚Schrieder‘	?	Rohrbacher Str. 10	?		10 u. 80	Datenbank
Jägerhaus	Schnellpressenfabrik AG		Ostarbeiter	1945		STAHD, E. Russland, 32/101/110
Jugendherberge		Dossenheimer Landstr. 13–19	rumän. Zivilarbeiter/OT Speer Nov. 1944	1941/42	30	ebd., E. Rumänien, 3/7/17 u. 137; Datenbank
Kaffeehalle	Bahnmeisterei I	Bahnhofstr. 2	frz. Zivilarbeiter	1943		ebd., E. Frankreich, 51/165/52
Kirchheimer Weg 55			Polenlager		7	Datenbank
Kirchstr. 18	Michael Zimmermann KG, Hoch u. Tiefbau	Kirchstr. 18		25.9. 1944	10	Datenbank
Klappergasse 20		Klappergasse 20, Wieblingen			12	Datenbank
Kohlhof	IG Farben (Kurheim, dann „Rüstungsbetrieb“)					Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Klostergasse 13	Helmreich & Cie. KG, Drahtwerk		Ostarbeiterinnen			Datenbank
Krämer	Theodor Krämer, Bauingenieur u. Tiefbauunternehmung; Reichsbahn (Ladekolonne)	Baracke; neuer Güterbahnhof	russ. Kgf.	10.8. 1942–April 1943	Aug. 1942: 20	STAHD AA, 199p/2: Schreiben d. AfW v. 13.1.1943; ebd., 199p/4: Schreiben d. AfW an das Ernährungsamt v. 10.8.1942: Datenbank
Lager 97 Rohrbach	Steinmeyer & Sohn, Straßen- u. Tiefbauunternehmung	Heinrich-Fuchsstr. 73	frz. Zivilarbeiter	1942/1944–45	1944/45: 60	ebd., STAHD, E. Frankreich, 15/47/79; ebd., 11/35/88; Datenbank
Lager Eppelheim	L. & R. Maßholder Fahrzeugbau	Eppelheimer Str. 39	frz. Zivil deportierte	1944		ebd., E. Frankreich, 1/2/56
	Stotz-Kontakt GmbH	Eppelheimer Str. 39	transformierte Kgf.	1943		ebd., E. Frankreich, XII, 36, 83
Lager Fuchs	Fuchs Waggonfabrik	Heinrich-Fuchsstr. 92	ab 1943 transformierte Kgf.	1942/43–44	45	ebd.: 39/121/4; ebd., 1/2/86; Datenbank
Lager Gebr. Leferenz	Gebrüder Leferenz, Porphywerk	Dossenheimer Str. 42		1944		STAHD AA, 199p/2: Vermerk v. 2.2.1944
Lager Grün & Bilfinger	Grün & Bilfinger	Landhausstr.	?	1945	15	Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Lager Kirchheim	Fuchs Waggonfabrik	Schwetzinger Str.56	transformierte Kgf.; Kgf.-Ako. 2112	1943	50	STAHD, E. Frankreich, 39/120/5; ebd., 1/1/32; Datenbank
	Landarbeit Kirchheim	Schwetzinger Str. 56	frz. Kgf.	1941–43		STAHD, E. Frankreich, 42/128/26 u. 59
Lager Lohrum	Fabrik Lohrum	Landhausstr.		Ende 1944–Anfang 1945	28	Datenbank
Lager Pleikartsförsterhof	Bremsenfabrik August Grau	?	frz. Kgf.-Ako. 1657	1942–43		STAHD, E. Frankreich, 15/46/3; Datenbank
Lager Schmitt helm	Ernst Schmitt-helm Federn- u. Metallwarenfabrik	Hans-Bunte-str. 6	frz. Zivilarbeiter/-innen	1944	1 Baracke	STAHD, E. Frankreich, 1/2/214; ebd., AA,, 199p/2: Mietvertrag v. 26.1.1944
Lager Wieblingen II	Drahtwerk Helmreich & Cie KG	?	frz. Kgf.	1942		ebd., E. Frankreich, 15/45/107
Lager Züblin	Züblin				40	Datenbank
Landhausstr. 20/21				Anfang 1945	12	Datenbank
Lärchengarten	Städtisches Forstamt					
Lerchenweg 11	Stotz Kontakt GmbH	Lerchenweg 11, Pfaffengrund	niederl. Zivilarbeiter/innen		70?	STAHD, E. Niederlande, 6/20/44 u. 51
Mannheimer Str. 33	Hansa	Mannheimer Str. 33	frz. Kgf.	1943		ebd., E. Frankreich, 39/121/54

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Mannheimer Str. 37		Mannheimer Str. 37			54	Datenbank
Müllabfuhr	Müllabfuhr	Eppelheimer Str. 26	russ. Kgf.			STAHD., E. Russland, 6/19/65/
Neurott		Siedlung Neurott, Kirchheim			38	Datenbank
Odenwaldstr. 19	H. Fuchs Waggonfabrik GmbH	Odenwaldstr. 19	Russen	1944		STAHD, E. Russland, 6/8/19
Ostarbeiterlager Grenzhöfer Weg	Drahtwerk Helmreich & Cie. KG	?	Ostarbeiter			ebd.: 6/17/122
Ostarbeiterlager Kirchheim/ Handschuhsheim		Kirchheim Nr. 586	Ostarbeiterinnen	ab 18. Juli 1944		Datenbank
Ostarbeiterlager Landfried	P.J. Landfried Rauch-, Kautabak u. Zigarrenfabriken; Jäger & Co. Mannheim	Bergheimer Str. (139–51?)	Ostarbeiter, russ. Kgf.	1942	33 u. 20?	STAHD, E. Russland, 32/100/71; ebd., AA, 199p/2: Schreiben v. 27.6.1942; Datenbank
Pestalozzischule	Richard Jung AG, Fabrik für Präzisionsapparate; Stahlbau u. Metalltüren	Landhausstr. 20	frz. Zivilarbeiter	1945	484	ebd., E. Frankreich, 51/165/93
	Autoreparaturwerkstätte Klotz & Schrotz		Italiener	1945		ebd., E. Italien, 3/10/57 u. 63
	Friedrich Müller Baumaterialien GmbH		Franzosen	1944		Ebd., E. Frankreich, 1/1/112 (Roger B.s Bericht über d. „Schlafumstände“)

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Pestalozzischule	Klein, Schanzlin & Becklin		Franzosen	1944		ebd.: XII, 36, 78
	Feldpost		poln. Zivilarbeiter	1945		ebd., E. Polen, 14/58/2
	Eduard Witter, Fabrik f. Auto- u. Maschinenteile		?	Anfang 1945: 20		Datenbank
Pfaffengrund	Bremsenfabrik August grau	Krähenweg 22	belg., niederl. Zivilarbeiter	1943		ebd., E. Belgien, 3/9/20; ebd., E. Niederlande, 3/9/90
Pfälzer Hof	Fuchs Waggonfabrik	Hagellachstr. 22	transformierte Kgf.; belg. Zivilarbeiter	1943–45		ebd., E. Frankreich, 15/46/132; ebd., E. Belgien, 3/11/15
Postamt	?	Hauptstr. 204	?		98	Datenbank
Rohrbacher Str. 69/71	Albert Altenbach, Stahlbeton, Hoch- u. Tiefbau, & Heinrich Stumpf	Rohrbacher Str. 69/71			60	Datenbank
Schillerstr. 5	Ingenieur Heinrich Schlüntz, Tiefbau	Schillerstr. 5			20	Datenbank
Schrödlbräu	Ernährungsamt		russ. Kgf.	1942	Sept. 1942: 35	STAHD AA, 199p/4: Vermerk v. 26.9.1942
Schulbarake Kirchheim (=Altes Schulhaus?)				13.12. 1944	18	Datenbank
Speyerershof GmbH, gemeinnützige öffentl. Krankenanstalt (Diät-Lehrküche)					18	Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
Stiftsmühle	OT Einsatzgruppe	Stiftsmühle, Ziegelhausen	Franzosen	Nov. 1944	24	Datenbank
Turnhalle Kirchheim				1944		Datenbank
Wasserturm	Bahnbetriebswerk	Wasserturm	russ. u. poln. Zivilarbeiter/-innen	1943–44		STAHD, E. Russland, 3/9/102; ebd., E. Polen, 9/37/34
Wiechernheim	Verein d. Stadtmission Heidelberg	Plöck 15/17	Genesung d. Kranken	?	70	Datenbank
Wieblinger Weg 33	Heinsteinwerk GmbH, Ofen- u. Feuertonfabrik	Wieblinger Weg 33	russ. Zivilarbeiter	1942	1942: 20	STAHD, E. Rußland, 3/10/32; ebd., AA, 199p/2: Schreiben v. 30.6.1942
Zeppelinstr. 33	?	Baracke		1944		ebd., E. Jugoslawien, 3/10/112
„Zum Adler“	Drahtwerk Helmreich & Cie KG	Mannheimer Str./Schwetzingen Str. 56?	frz. Kgf.; Kfg.-Ako. 2112			Datenbank; STAHD, E. Frankreich, 238/12/36
„Zur Backmulde“		Schiffgasse 11			15	Datenbank
„Zur Friedensglocke“	Reichsbahn, Ladekolonne	?	russ. Kgf.	9.9. 1942–April 1943	Sept. 1942: 20; Dez. 1942: 27; Jan. 1943: 34	STAHD AA, 199p/2: Schreiben d. AfW v. 13.1.1943; ebd., 199p/4: Schreiben v. 10.9.1942
„Zum goldenen Hirsch“						
„Zum goldenen Pfau“		Bergheimer Str. 41		1945		Datenbank

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
„Zum grünen Hof“	Orthos Füllhalterfabrik, Hebborn Füllhalterfabrik	?	russ. Zivilarbeiterinnen	1942	1942: 40	STAHD AA, 199p/2: Schreiben d. AfW v. 13.1.1943; Datenbank
„Zum Haarlaß“	Forstamt	Ziegelhäuser Landstr.	frz. Kgf.	1944	60?	STAHD, E. Frankreich, 12/36/108; Datenbank
„Zum Hirschen“	Helios Apparate	?	belg. Zivilarbeiter	1943		STAHD, E. Belgien, 3/10/171
	Heinsteinwerk GmbH, Ofen- u. Feuertonfabrik	?	frz. Zivilarbeiter	bis April 1944		ebd., E. Frankreich, 1/2/144
„Zur Krone“	Drahtwerk Helmreich & Cie KG	Mannheimer Str. 71	Zivilarbeiter/innen			
„Zum Kugler“		Odenwaldstr. 39	Ostarbeiterinnen		17	Datenbank
„Zum Lamm“	Schädla GmbH	Bierhelder Weg 2?	poln. Zivilarbeiterinnen	1942–43	1943: 30	STAHD, E. Polen, 21/81/60 u. 61; ebd., AA, 199p/2: Schreiben d. AfW v. 13.1.1943; Datenbank
„Zur Linde“						
„Zur Molkenkur“		Klingenteichstr. 31			30	Datenbank
„Zur Pfalz“		Rahmengasse				
„Zum roten Ochsen“						

Lager	Firma	Adresse	Bewohner	Datum	Anzahl	Quelle
„Zum Schwarzen Schiff“	Schnellpressenfabrik AG	Schlierbacher Landstr. 11	russ. Zivilarbeiterinnen; russ. Kgf.	1942–43	24.5. 1944: mit 100 vollbelegt	STAHD, E. Russland, 6/17/117; ebd., 32/101/105 u. 45 u. 51; ebd., AA, 199p/2: Vermerk v. 24.5.1944
	Orthos Füllhalterfabrik		russ. Zivilarbeiterinnen	1943		ebd., E. Russland, 32/99/54
	Städtisches Forstamt		frz. Kgf.	1941–43	Winter 41/42: 30	ebd., AA, 199p/2: Schreiben d. AfW v. 13.1.1943
	BBC, Abwicklungsstelle		Pariser Ingenieure	Nov. 1944		Datenbank

10.3 Karten (siehe Vorsatzpapier)

11 Quellen und Literatur

11.1 Archivalien

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA MA)

RW 21-44/9: Rüstungsdienststelle im Reichsgebiet, Rüstungskommando Mannheim

RH 49/52: Stalag XII A Limburg

RH 49/53: Stalag XII A Limburg

Erzbischöfliches Archiv Freiburg (EBA)

B2/35: Zweiter Weltkrieg:

83: Kirchliche Kriegshilfe, 1939–44

86: Umfrage über Kriegsleistungen der Kirche in der Erzdiözese Freiburg, Dekanate: Geisingen, Hegau, Heidelberg, Karlsruhe, Vol. 3, 1940

29: Kriegsgefangenenenseelsorge, 1939–40

131: Kriegsgefangenenenseelsorge, 1941–45

133: Seelsorgerliche Betreuung der Auslandsdeutschen

156: Kriegsstatistik: Kräftebilanz, Erfassung der in Kirchen und kirchlichen Anstalten beschäftigten Arbeitskräfte, 1940–42, Vol. 1

157: Kriegsstatistik: Kräftebilanz, Erfassung der in Kirchen und kirchlichen Anstalten beschäftigten Arbeitskräfte, 1943–44, Vol. 2

B2/47: Seelsorge:

29: Gefangenenenseelsorge, Vol. 4, 1929–45

36: Pastorisation der italienischen Arbeiter, Vol. 1, 1905–44

40: Pastorisation der polnischen Arbeiter, Vol. 2, 1928–44

B2/49: Statistik:

23: Die Erzdiözese Freiburg seit dem Umbruch 1933 Jahresübersichten, 1932–44

B 6: Anstalten, Heidelberg:

77: Heidelberg, Fürsorgeheim. Paulusheim, Antoniushaus, St. Hedwig, 1921–43

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

309: Zug. 1994/53, Staatsanwaltschaft Heidelberg 1914–85:

182–88, Strafsache gegen Grau, August (Heidelberg), Böhler, Ludwig (Ma.) und Ridinger, Willi (Heidelberg)

330: Zug. 1991/34: Kriminalpolizeistelle Karlsruhe (1922–44):

32: Durchsuchungen in den zum Stammlager XII A Limburg/Lahn gehörenden Kriegsgefangenenlagern in Karlsruhe und Mannheim, 1943–44

267: Kriminalität von Fremd- und Zwangsarbeitern

269: Errichtung von Bordellen für Fremd- und Zwangsarbeiter, 7. Dez. 1940–7. Aug. 1944

284: Kriminalität von Fremd- und Zwangsarbeitern, 25. Mai 1943 – 2. Jan. 1944

335: Fahndung nach flüchtigen Kriegsgefangenen, Mai 1942

392: Belohnung für die Ergreifung entwichener Kriegsgefangener und sonstiger gesuchter Personen – Einzelfälle, 1941–43

- 394: Verordnungen und Bestimmungen über im Reich eingesetzte polnische Zivilarbeiter und -arbeitsfrauen, Strafrechtspflege gegen Polen und Juden, Verordnungen über Ostarbeiter, Bekämpfung der Ausländerkriminalität, 1940–44
- 400: Belohnungen für die Mitwirkung bei der Ergreifung gesuchter Personen, Jan. 1944 – Okt. 1944
- 403: Fahndung nach entwichenen Kriegsgefangenen, 1942–44
- 405: Fahndung nach entwichenen Kriegsgefangenen, Generalia, 1940–42
- 309: Zug. 1987, Nr. 54: Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht in Karlsruhe (Bereich Baden) (1910) 1933–45 (1954)
- 21: Orden und Ehrenzeichen
- 1261: Kriegsrecht, Enthält: Verbotener Verkehr mit Kriegsgefangenen, Fluchthilfe für Kriegsgefangene, einzelne Strafsachen, einzelne Haftsachen, Feindbegünstigung, 1940–44
- 1264: Kriegsrecht, enthält u.a.: Verbot des Umgangs mit Kriegsgefangenen (Namenslisten und Einzelfälle von Verurteilungen), Propagandaschrift, 1943–45
- 1265: Kriegsrecht, enthält: Namenslisten und Einzelfälle über Verurteilungen v.a. von Frauen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen, 1942–43

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)

Abt. 21 O21: Bergstraesser, Nr. 3/1-19: Kriegstagebücher

Stadtarchiv Heidelberg (STAHD)

Amt für Öffentliche Ordnung:

Abt. Zivilschutz, 1: Bau des Luftschutz-Stollens Schloßberg, 1942–44

Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Fremdarbeiter (Einzelfallakten)

Land	Kartons	Mappe
Albanien (1 Mappe)	1	1
Armenien (2 Mappen)	1	1
Belgien (40 Mappen)	3	8, 9, 10, 11
Bulgarien (3 Mappen)	1	2
Dänemark (5 Mappen)	1	1
Estland (7 Mappen)	2	7
Finnland (2 Mappen)	1	1
Frankreich (240 Mappen)	1 10 11 12 15 16 39 42 51	1, 2, 3 30 33, 34, 35 36 45, 46, 47 48, 49, 50 119, 120 121 128, 129, 130 162, 163, 164, 165
Griechenland (4 Mappen)	1	1, 2, 3
Großbritannien (3 Mappen)	1	1
Irak (2 Mappen)	1	1
Iran (1 Mappe)	1	1
Italien (56 Mappen)	2 3	6, 8 9, 10, 11, 12
Lettland (9 Mappen)	1	3

Liechtenstein (1 Mappen)	1	1
Litauen (4 Mappen)	1	1
Luxemburg (2 Mappen)	1	1
Niederlande (77 Mappen)	3 6 12	9, 10, 11 19, 20, 21 38, 39
Norwegen (3 Mappen)	1	1
Polen (141 Mappen)	9 14 21 35	34, 35, 36, 37 56, 57, 58, 59 81, 82, 83 136, 137, 138, 139
Portugal (2 Mappen)	1	1
Rumänien (8 Mappen)	3	7, 8
Russland (194 Mappen)	1 3 6 9 12 15 32	1, 2, 3, 4 8, 9, 10, 17, 18, 19 26, 27, 28 35, 36, 37 45, 46, 47 99, 100, 101
Schweden (2 Mappen)	1	1
Spanien (5 Mappen)	1	2
staatenlos (30 Mappen)	9	27, 28, 29, 30
Südamerika & Philippinen (13 Mappen) ¹	1	1–13
Tschechoslowakei (24 Mappen)	1	2, 3, 4
Türkei (1 Mappe)	1	1
Ungarn (14 Mappen)	1	3
USA (5 Mappen)	1	1

1 Mappen betr. Philippinen, Brasilien, Chile, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Mexico, Nicaragua, Panama, Peru, Salvador, Uruguay (Listen).

Entnazifizierung Hauptkartei, 17: Namensänderungen (Suchverfahren nach Ausländern), 1946–55:

„Termin II“

„Kategorie III“

„Belege und Korrespondenz“

Bestand AA:

99/4: Das alte Schulhaus im Stadtteil Kirchheim, Schulstr. 6, 1920–28

199d/11, Ostarbeiter, Kleidung und Schuhwerk betr., 1942/1943

199d/12: Ostarbeiter, Kleidung und Schuhwerk, 1942–43

199p/1: Unterbringung von Kriegsgefangenen, 1942–45

199p/2: Allgemeine Wirtschaftsförderung, Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern durch Bereitstellung von Baracken, 1942–46

199p/4: Einsatz von russischen Kriegsgefangenen zur Beschleunigung des Transportmittelumschlags, 1942–45.

199p/5: Betreuung der hier anwesenden Ausländer [angefangen 31. März] 1945

199p/9: Arbeitseinsatz, Anforderung und Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, 1940–46

- 199u/5: Wohnungsgebäude für Gefolgschaftsangehörige von Industrieunternehmen, 1941
 212a/16: Inanspruchnahme von Wäschereibetrieben zu Lazarettzwecken, 1945
 212c/1: Einsatz von Kriegsgefangenen betr. Verrechnung der Kriegsgefangenen-Löhne, 1940–44
 212c/2: Einsatz sowj.-russ. Kriegsgefangener, Unerledigtes und Handkasse, 1943–44
 212c/3: Einsatz von sowj.-russ. Kriegsgefangenen, Verrechnung der Lohnkosten und der sachlichen Kosten, Allgemeines, 1942–45
 212c/4: Einsatz von sowj.-russ. Kriegsgefangenen, Verrechnung der Lohnkosten und der sachlichen Kosten (Unterkunft, Verpflegung usw.), Sammlung der Lohnlisten und Rechnungsunterlagen (keine Rechnungsabschriften), 1942–45
 212c/5: Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern bzw. Ostarbeiterinnen bei den städt. Dienststellen, [1. Juli] 1940–45
 212c/6: Einrichtung und Führung von Italiener- und Ostarbeiter-Lagern in der Turnhalle in Heidelberg-Kirchheim und Baggerloch, 1944–45
 212c/7: Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte in der Pestalozzischule und Einstellung (Luftschutzbauten in Heidelberg), 1944–45
 212c/8: Rückführung ausländischer Arbeiter aus der Westmark in das Reichsinnere, insbesondere die dadurch in der Pestalozzischule hervorgerufenen chaotischen Zustände, 1944–45
 287a/2: Suchverfahren über Ausländer, Verzeichnisse und Listen, die auf Anordnung des Präsidenten der Landesverwaltung Baden vom 15. April 1946 Nr. VII/44 vorgelegt wurden, 1946–49
 438/6: Gemeinschaftsverpflegte, Krankenanstalten und Reserve-Lazarette, Heime (Erlasse), 1939–50
 439/3: Krankenanstalten und Reserve-Lazarette, Heime (Besonderes), 1939–49
 439/7: Verpflegung von Arbeitern in Gemeinschaftslagern, ausländische Zivilarbeiter, 1939–45

Universitätsarchiv Heidelberg (UAH)

- F-II-4710: „Persönliche Verw.ausgaben“, Universitätskasse Heidelberg, Kapitel 42, Titeltuch für 1943, Titeltuch Teilbd. I, Einzelplan III, Kapitel 42 I, Titel 100–99
 PA 6496: Generalia Personalakten Zucker, Konrad Dr. med a.v., Prof. f. Psychiatrie, geb. 7. Dez. 1893, 1935–47
 PA 1267: Medizinisch-Fakultät Zucker, Prof. Dr. Konrad, apl. Prof. f. Psychiatrie, geb. 7. Dez. 1893, 1933–45 (Akten der Medizinischen Fakultät)
 PA 1161: Medizinische Fakultät, Personalakten Schneider, Prof. Dr Carl, ord. Prof d. Psychiatrie, 1933–49.
 PA 5724: Generalia Personalakten Schneider, Carl Dr. MHg., ordentlicher Professor für Psychiatrie, geb. 19. Dez. 1891, 1933–53
 REP 49/135: Beschäftigung fremdländischer Arbeitskräfte, 1939–46

Zeitzeugengespräche

Koppenhöfer Peter, Zeitzeugengespräche, am 12. Mai 2007 verschickt

Privat

Flächennutzungsplan von Heidelberg, 1939

11.2 Gedruckte Quellen und Literatur

11.2.1 Gedruckte Quellen

Adressbuch Heidelberg (1940–43): Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinden Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Leimen) 1940–33. Heidelberg 1940ff. (<http://www.ub.uni-heidelberg.de>, 5. Juli 2012).

Hitler (1939): Hitler, Adolf: Mein Kampf. Bd. 1/1925, Bd. 2/1927. München 1939.

- Mennecke (1988):** Mennecke, Friedrich: Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe 1935–1947. Bearb. von Peter Chroust. Hamburg 1988.
- Neundörfer (1938):** Neundörfer, Ludwig: Heidelberg volkswirtschaftlich gesehen. In: Adreßbuch Heidelberg (1938), S. 12–15.
- RAB (1939–45):** Reichsarbeitsministerium/Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (Hrsg.): Reichsarbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Berlin 1939–45.
- RERL (1939–45):** Reichsarbeitsministerium (Hrsg.): Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichsstreuhänder- und Gewerbeaufsichtsverwaltung. Berlin 1939–1945.
- RGBL (1939–45):** Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): Reichsgesetzblatt. Berlin 1939–1945.
- REL (1940–45):** Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): Reichsministerialblatt der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Berlin 1940–1945.
- RNZ (1997):** Vom „kleinen Stalin“ bei der Fuchs Waggonfabrik. Zeitzeugen gesucht. In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 26. Febr. 1997.
- RNZ (2001):** Ein Promille des Umsatzes in Entschädigungsfonds. Forderung Heidelberger Organisationen an die Unternehmen. In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 31. Jan. 2001.
- Rinner (1940/1980):** Rinner, Erich: Sozialdemokratische Partei Deutschland. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Bd. 7. Frankfurt/Main 1940. Nettelbeck u.a. 1980.
- Trials of War Criminals (1949–54):** Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10. Nuremberg Oct. 1946–April 1949. 14 Bd.e. Washington 1949–54.

11.2.1.1 Gedruckte erinnerungsgeschichtliche Zeugnisse

- Antelme (1957):** Antelme, Robert: L'espèce humaine. Paris 1957.
- Drescher (1975):** Drescher, Wilhelmine: Erinnerungen an Karl Jaspers in Heidelberg. Meisenheim a/d Glan 1975.
- Högner (2002):** Högner, Conny/Koppenhöfer, Peter/Lindhorst, Ruprecht/Lorösch, David/Schnelle, Lina/Scultetus, Moritz: Zwangsarbeit in Heidelberg. Die Männer von Raon l'Étape. In: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Hrsg. v. Heidelberger Geschichtsverein. 7 (2002), S. 101–26.
- IGMH:** Integrierte Gesamtschule Mannheim/IGMH: Zwangsarbeit im Rhein-Neckar-Raum: <http://zwangsarbeit.igmh.de> (5. Juli 2012).
- Kraatz (1995):** Kraatz, Susanne: Verschleppt und Vergessen. Schicksale jugendlicher „Ostarbeiterinnen“ von der Krim im Zweiten Weltkrieg und danach. Heidelberg 1995.
- KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen/Association des Déportés de Mannheim Saint-Dié (2000):** KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen/Association des Déportés de Mannheim Saint-Dié: Die Männer von Saint-Dié: Erinnerungen aus Mannheim/Les hommes de Saint-Dié: Souvenirs de Mannheim. Herbolzheim 2000.
- Levi (1989):** Levi, Primo: Si c'est un homme. Paris 1989.
- Mendel (1994):** Mendel, Annetkatrein: Zwangsarbeit im Kinderzimmer. Ostarbeiterinnen in deutschen Familien von 1939 bis 1945. Gespräche mit Polinnen und Deutschen. Frankfurt/Main 1994.
- Moczarski/Post/Weiß (2002):** Moczarski, Norbert/Post, Bernhard/Weiß, Katrin: (Hrsg.): Zwangsarbeit in Thüringen 1940–1945. Erfurt 2002 (= Quellen zur Geschichte Thüringens, 19).
- Münch (1947):** Münch, Hans: Faim et espérance de vie. (Bericht vom 3. Sept. 1947): http://d-d.natanson.pagesperso-orange.fr/rapport_faim.htm (18. Juli 2012).
- Radwanska-Altman (1994):** Radwanska-Altman, Jolanta: „Zwangsbonnerinnen“. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiterinnen nach 50 Jahren“. In: Kuhn, Annette: Frauenleben im NS-Alltag. Pfaffenweiler 1994, S. 321–64.

- Schminck-Gustavus (1984):** Schminck-Gustavus, Christoph (Hrsg.): Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im deutschen Reich 1940–1945. Reinbeck 1984.
- Schminck-Gustavus (1991):** Schminck-Gustavus, Christoph: Die schönsten Jahre. Chronik einer Liebe 1943–1945. Bonn 1991.
- Schwarze (2005):** Schwarze, Gisela: Die Sprache der Opfer. Essen 2005.

11.2.2 Literatur

- Abelshauser (1985):** Abelshauser, Werner (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte 1914–1945. Ein historisches Lesebuch. München 1985.
- Albrecht (2001):** Albrecht, Hermann: Das Krankenlager Großsachsenheim 1943–1945 und der Lagerarzt Dr. Adolf Levi. In: Die Mörin. Schriftenreihe des Vereins für Heimatgeschichte Sachsenheim e.V., Nr. 28, Sept. 2001.
- Aly (1984):** Aly, Götz: Die Menschenversuche des Doktor Heinrich Berning. In: Ebbinghaus (1984), S. 184–87.
- Aly (1994):** Aly, Götz: Medicine against the Useless. In: Aly, Götz/Chroust, Peter/Pross, Christian: Cleansing the Fatherland. Nazi Medicine and Racial Hygiene. Baltimore 1994, S. 22–98.
- Barwig/Saathoff/Weyde (1998):** Barwig, Klaus/Saathoff, Günter/Weyde, Nicole (Hrsg.): Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Baden-Baden 1998.
- Bellanger/Debouzy (1951):** Bellanger, Claude/Debouzy, Roger: La presse des barbelés. Paris 1951.
- Benz/Gramm/Weiß (1998):** Benz, Wolfgang/Gramm, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München ³1998.
- Bermani (1997):** Bermani, Cesare: Odyssee in Deutschland. Die alltägliche Erfahrung der italienischen „Fremdarbeiter“ im „Dritten Reich“. In: Bermani, Cesare/Bologna, Sergio/Mantelli, Brunello: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943. Berlin 1997, S. 37–252.
- Betz (1998):** Betz, Frank-Uwe: Zwangsarbeit in Schwetzingen: Lager für ausländische Arbeiter zur Zeit des NS-Regimes. Pfaffenweiler 1998 (= Reihe Geschichtswissenschaft, 45).
- Betz (2000):** Betz, Frank-Uwe: Notizen zur NS-Zwangsarbeit und zu den Lagern in Heidelberg und Umgebung. In: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Hrsg. v. Heidelberger Geschichtsverein 5 (2000), S. 101–15.
- Blum (2000):** Blum, Peter (Hrsg.): Pioniere aus Technik und Wirtschaft in Heidelberg, Heidelberg 2000 (= Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Heidelberg, 12).
- Bock (1986):** Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1986.
- Boll (1992a):** Boll, Bernd: Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges in Baden. In: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-ins-Land“ 111 (1992), S. 179–203.
- Boll (1992b):** Boll, Bernd: Zwangsarbeit in Baden 1939–1945. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 523–37.
- Bories-Sawala (1995):** Bories-Sawala, Helga (Hrsg.): Retrouvailles, actes du colloque international du 6 mai 1995 in Bremen. Bremen 1995.
- Bories-Sawala (1996):** Bories-Sawala, Helga: Franzosen im „Reichseinsatz“. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern. 3 Bd.e. Diss. Frankfurt/Main 1996.
- Borst (1988):** Borst, Otto: Das dritte Reich in Baden und Württemberg. Stuttgart 1988.
- Bredthauer (2000):** Bredthauer, Karl D.: Wenn Wohl-Täter stiften gehen. Die beiden Wahrheiten über die Bundesstiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6 (2000), S. 674–86.

- Brodski (1991):** Brodski, Josef A.: Timor und andere. Sowjetische Zwangsarbeiter im Widerstand und ihr Schicksal nach der Befreiung. In: Herbert (1991a), S. 251–69.
- Broszat (1958a):** Broszat, Martin: Behandlung von kriegsgefangenen polnischen Offizieren. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958, S. 389–91.
- Broszat (1958b):** Broszat, Martin: Verbot und Strafverfolgung wegen Verkehrs polnischer Zivilarbeiter mit deutschen Frauen und Mädchen. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958, S. 387–89.
- Broszat (1961):** Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Stuttgart 1961.
- Broszat (1969):** Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1969.
- Buchheim (1958):** Buchheim, Hans: Das Euthanasieprogramm. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958, S. 60–62.
- Bührer (1988):** Bührer, Werner: Schwarzer Markt. In: Benz/Gramm/Weiß (1988), S. 722.
- Buselmeier (2003):** Buselmeier, Michael: Erlebte Geschichte erzählt 1998–2000. Heidelberg 2003.
- Cajkovic (2005):** Cajkovic, Monika: Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese Freiburg 1939–1945. Freiburg 2005.
- Chari (1950):** Chari, Anatol: Die Sterblichkeit bei der DP-Bevölkerung in der US-Zone Deutschlands. Diss. Frankfurt/Main 1950.
- Czarnowski (1991):** Czarnowski, Gabriele: Das kontrollierte Paar. Ehe- und Sexualpolitik im Nationalsozialismus. Weinheim 1991.
- Decker (1991):** Decker, Natalja: Zur medizinischen Versorgung polnischer Zwangsarbeiter in Deutschland. In: Fahrenbach, Sabine/Thom, Achim (Hrsg.): Der Arzt als „Gesundheitsführer“. Ärztliches Wirken zwischen Ressourcenerschließung und humanitärer Hilfe im 2. Weltkrieg. Frankfurt/Main 1991, S. 99–107.
- Dinner (1989):** Dinner, Dan: Rassistisches Völkerrecht. Elemente einer nationalsozialistischen Weltordnung. In: VhZG 37 (1989) S. 24–56.
- Durand (1987):** Durand, Yves: La vie quotidienne des prisonniers de guerre dans les stalags, oflags et les kommandos 1939–1945. Paris 1987.
- Durand (1990):** Durand, Yves: Les prisonniers de guerre français: main-d'œuvre pour le Reich et monnaie d'échange avec Vichy. In: La France et l'Allemagne en guerre, Septembre 1939–Novembre 1942. Actes du XXV^{ème} colloque franco-allemand (Wiesbaden, 17–19 mars 1988). Paris 1990, S. 491–507.
- Durand (1991):** Durand, Yves: Vichy und der Reicheinsatz. In: Herbert (1991a), S. 184–99.
- Ebbinghaus (1984):** Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hamburg 1984.
- Eckart/Sellin/Wolgast (2006):** Eckart, Wolfgang/Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus. Heidelberg 2006.
- Eichholtz (1988):** Eichholtz, Dietrich: Rationierung. In: Benz/Gramm/Weiß (1988), S. 659–60.
- Elsner/Lehmann (1979):** Elsner, Lothar/Lehmann, Joachim: DDR-Literatur über die Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus. Bemerkungen zum Forschungsstand und Bibliographie. In: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 5 (1979). Rostock 1979.
- Evrard (1972):** Evrard, Jacques: La déportation des travailleurs français dans le III^{ème} Reich. Paris 1972.
- Ferenc (1991):** Ferenc, Tone: „Absiedler“. Slowenen zwischen „Eindeutschung“ und Ausländereinsatz“. In: Herbert (1991a), S. 200–9.
- Fest (1988a):** Fest, Joachim: Hermann Göring. Der zweite Mann. In: Ders.: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft. München 1988, S. 103–118.

- Fest (1988b):** Fest, Joachim: Albert Speer und die technizistische Unmoral. In: Ders.: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft. München 1988, S. 271-85.
- Forster (2001):** Forster, David: Die Wiedergutmachung in Österreich und in der BRD im Vergleich. Innsbruck u.a. 2001.
- Frankenstein (1981):** Frankenstein, Roger: Die deutschen Arbeitskräfteaushebungen in Frankreich und die Zusammenarbeit der französischen Unternehmen mit der Besatzungsmacht 1940–1944. In: Dlugoborski, Waclaw (Hrsg.): Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel: Achsenmächte und besetzte Länder. Göttingen 1981, S. 211–23.
- Freudenthal (1923):** Freudenthal, Walter: Lokales embolisches Bismogenol-Exanthem. In: Archives of Dermatological Research 147 (1923), S. 155–60.
- Friedlander (1997):** Friedlander, Henry: Der Weg zum NS-Genozid: Von der Euthanasie zur Endlösung. Darmstadt 1997.
- Friedrich (2004):** Friedrich, Christoph: Paul Ehrlich – Von der Immunologie bis zu Salvarsan. In: Pharmazeutische Zeitung 11 (2004): http://www.pharmazeutische-zeitung.de/index.php?id=titel_11_2004 (20. Juli 2012).
- Frings/Sieve (2003):** Frings, Bernhard/Sieve, Peter (Hrsg.): Zwangsarbeit im Bistum Münster. Kirchliches Handeln im Spannungsfeld von Arbeitseinsatz, Seelsorge und Krankenpflege. Münster 2003.
- Garn (1984):** Garn, Michaela: Zwangsabtreibung und Abtreibungsverbot. Zur Gutachterstelle der Hamburger Ärztekammer. In: Ebbinghaus (1984), S. 37–40.
- Gatz (1983):** Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder. Ein biographisches Lexikon 1785/1803 bis 1945. Berlin 1983.
- Gies (1979):** Gies, Horst: Aufgaben und Probleme der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft 1933–1939. In: VSWG 66 (1979), S. 466–99.
- Gies (1986):** Gies, Horst: Von der Verwaltung des „Überflusses“ zur Verwaltung des „Mangels“. Instrumente staatlicher Marktregelung für Nahrungsmittel vor und nach 1933. In: Rebentisch, Dieter/Teppe, Karl (Hrsg.): Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Göttingen 1986, S. 302–32.
- Gilbert (1996):** Gilbert, Harald: Zwangsarbeit in Heidelberg 1940–1945. In: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Hrsg. v. Heidelberger Geschichtsverein 1 (1996), S. 205–16.
- Girgert (2005):** Girgert, Werner: Kinder der Schande. Vergessen, verstört, verdrängt: Nachkommen von Zwangsarbeitern ringen um ihre Identität. In: Frankfurter Rundschau vom 15. März 2005, S. 33.
- Grohnert (1991):** Grohnert, Reinhard: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Eputation“ am Beispiel eines Landes der französische Besatzungszone. Stuttgart 1991.
- Hachtmann (1993):** Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1944/45. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 332–66.
- Hamman (1985):** Hamman, Matthias: Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern im deutschen Reich. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Bd. 1: Aussonderung und Tod: Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren. Berlin 1985, S. 122–87.
- Hamman (1986):** Hamman, Matthias: Erwünscht und unerwünscht. Die rassenspsychologische Selektion der Ausländer. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Bd. 3: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945. Berlin 1986, S. 143–81.
- Hauch (2001):** Hauch, Gabriela: Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder. In: Rathkolb, Oliver: Zwangsarbeit-Sklavenarbeit. Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien. Wien – Köln – Weimar 2001, S. 355–448.

- Heidel/Peters (1985):** Heidel, Klaus/Peters, Christian: Nicht nur ein Kampf um Seelen: Die Kirchen und das „dritte Reich“ in Heidelberg. In: Schadt/Caroli (1985), S. 51–342.
- Herbert (1989):** Herbert, Ulrich: Zwangsarbeit als Lernprozeß, Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg. In: Afs 24 (1989), S. 285–304.
- Herbert (1990):** Herbert, Ulrich: Französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter im deutschen Arbeits-einsatz 1940–1942. In: La France et l'Allemagne en guerre. Septembre 1939–Novembre 1942. Actes du XXV^{ème} colloque franco-allemand. (Wiesbaden, 17–19 mars 1988). Paris 1990, S. 509–31.
- Herbert (1991a):** Herbert, Ulrich (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland. 1938–1945. Essen 1991.
- Herbert (1991b):** Herbert, Ulrich: Zwangsarbeit in Deutschland. Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegs-gefangene 1941–1945. In: Jahn, Peter/Rürup, Peter (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941. Berlin 1991, S. 106–30.
- Herbert (1998):** Herbert, Ulrich: Zwangsarbeit im Dritten Reich – ein Überblick. In: Barwig/Saat-hoff/Weyde (1998), S. 17–32.
- Herbert (1999):** Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter: Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des dritten Reiches. Bonn 1999.
- Hirschfeld (1991):** Hirschfeld, Gerhard: Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“. In: Herbert (1991a), S. 172–83.
- Hoffmann (1999):** Hoffmann, Katherina: Ausländische ZwangsarbeiterInnen in Oldenburg während des Zweiten Weltkrieges. Eine Rekonstruktion der Lebensverhältnisse und Analyse von Erinnerungen deutscher und polnischer ZeitzeugInnen. Diss. Oldenburg 1999 (<http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/dissertation/2000/hofaus99/hofaus99.html>, 5. Juli 2012).
- Hohendorf/Roelcke/Rotzoll/Weibel-Shah (1999):** Hohendorf, Gerrit/Roelcke, Volker/Rotzoll, Maïke/Weibel-Shah, Stephan: Die „Kinderfachabteilung“ der Landesheilstalt Eichberg 1941 bis 1945 und ihre Beziehung zur Forschungsabteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg und Carl Schneider. In: Vanja, Christina: Wissen und Irren. Psychiatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg. Kassel 1999, S. 221–43.
- Hohendorf/Roelcke/Rotzoll (2001):** Hohendorf, Gerrit/Roelcke, Volker/Rotzoll, Maïke: Die For-schungsabteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg 1943–1945 und ihre Verwick-lung in die nationalsozialistische „Euthanasie“. In: Mundt, Christoph/Hohendorf, Gerrit/Rotzoll, Maïke (Hrsg.): Psychiatrische Forschung und NS-Euthanasie. Beiträge zu einer Gedenkveranstaltung an der psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg. Heidelberg 2001, S. 41–62.
- Homze (1967):** Homze, Edward L.: Foreign Labour in Nazi Germany. Princeton 1967.
- Hoop (1971):** Hoop, Jean-Marie d': La main-d'œuvre française au service de l'Allemagne. In: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 81 (1971), S. 73–88.
- Hoop (1987):** Hoop, Jean-Marie d': Les prisonniers français et la communauté rurale allemande (1940–1945). In: Guerres mondiales et conflits contemporains 147 (1987), S. 5–30.
- Hoop (1988):** Hoop, Jean-Marie d': Prisonniers de guerre français témoins de la défaite allemande (1945). In: Guerres mondiales et conflits contemporains 150 (1988), S. 77–98.
- Hummel/Kösters (2008):** Hummel, Karl-Josef/Kösters, Christoph (Hrsg.): Zwangsarbeit und katho-lische Kirche 1939–1945. Eine Dokumentation. Paderborn 2008.
- Inst. f. Empir. Kulturwiss. (1985):** Projektgruppe „Fremde Arbeiter“ am Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft (Hrsg.): Fremde Arbeiter in Tübingen 1939–1945. Tübingen 1985.
- Jacobmeyer (1985):** Jacobmeyer, Wolfgang: Von Zwangsarbeiter bis zum heimatlosen Ausländer. Die DP in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985.
- Karbe (1991):** Karbe, Karl-Heinz: Das faschistische Betriebsarztsystem als Werkzeug rücksichtsloser Kriegsführung an der „inneren Front“. In: Fahrenbach Sabine/Thom, Achim (Hrsg.): Der Arzt als

- „Gesundheitsführer“. Ärztliches Wirken zwischen Ressourcenerschließung und humanitärer Hilfe im 2. Weltkrieg. Frankfurt/Main 1991, S. 85–98.
- Klee (1985):** Klee, Ernst: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt/Main 1985.
- Kluge (1985):** Kluge, Ulrich: Kriegs- und Mangelerährung im Nationalsozialismus. In: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 15 (1985), H. 2, S. 67–73.
- Knauf (2001):** Knauf, Wolfgang: Schnitter, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter: Vergessene Kapitel der Seelsorge im Bistum Berlin. Berlin 2001.
- Kollner (1979):** Kollner, Gert: Tendenzen wirtschaftlichen Wachstums in Südwestdeutschland zwischen 1918–1945. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 38 (1979), S. 188–216.
- Kopp (2009):** Kopp, Manfred: Flieger ohne Flügel. Durchgangslager (Luft) und Auswertestelle (West) 1939–1945. In: Jahrbuch des Hochtaunuskreises 17 (2009), S. 254–69.
- Kraatz (1995):** Kraatz, Susanne: Verschleppt und Vergessen. Schicksale jugendlicher „Ostarbeiterinnen“ von der Krim im Zweiten Weltkrieg und danach. Heidelberg 1995.
- Krauß/Hinz (1996):** Krauß, Martin/Hinz, Stefanie: Heidelberger Schulgeschichte(n). Heidelberg 1996 (= Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Heidelberg, 5).
- Krauß (2000a):** Krauß, Martin: Hubert H.A. Sternberg und der Aufstieg der Schnellpressenfabrik Heidelberg. In: Blum (2000), S. 142–55.
- Krauß (2000b):** Krauß, Martin: Vom Glockenguss zum Offsetdruck. Geschichte der Heidelberger Druckmaschinen AG. Ubstadt-Weiher 2000.
- Leonhard (1983):** Leonhard, Joachim-Felix (Hrsg.): Bücherverbrennung, Zensur, Verbot, Vernichtung unter dem Nationalsozialismus in Heidelberg. Heidelberg 1983.
- Lessing (2000):** Lessing, Hans-Erhard: Triebwagen-Design aus Heidelberg. Die H. Fuchs Waggonfabrik AG. In: Blum (2000), S. 26–41.
- Levi (1989a):** Levi, Primo: Les naufragés et les rescapés. Quarante ans après Auschwitz. Paris 1989.
- Littmann (1984):** Littmann, Friederike: Das „Ausländerreferat“ der Hamburger Gestapo. Die Verfolgung der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter. In: Ebbinghaus (1984), S. 164–69.
- Luczak (1991):** Luczak, Czeslaw: Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland. In: Herbert (1991), S. 91–105.
- Majer (1981):** Majer, Dietmut: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistische Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. Boppard 1981.
- Mantelli (1991):** Mantelli, Brunello: Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945. In: Herbert (1991a), S. 51–89.
- Mantelli (1995):** Mantelli, Brunello: Italienische Zivilarbeiter und Militärinternierte in Deutschland 1938–1945. In: Bories-Sawala (1995), S. 124–48.
- Mantelli (1997):** Mantelli, Brunello: Zwischen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und Kriegswirtschaft. Die Anwerbung der italienischen Arbeiter für das „dritte Reich“ und die „Achse Berlin-Rom“ 1938–1943. In: Bermani (1997), S. 253–392.
- Marugg (1990):** Marugg, Michael: Völkerrechtliche Definitionen des Ausdrucks „Flüchtling“. Ein Beitrag zur Geschichte unter besonderer Berücksichtigung sogenannter de-facto-Flüchtlinge. Diss. Basel u.a. 1990.
- Müller (2000):** Müller, Oliver: Theodor Roß und Sohn (Teroson). Mit Auto-Chemie zum Erfolg. In: Blum (2000), S. 55–65.
- Müller (1991):** Müller, Rolf-Dieter: Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft. In: Herbert (1991a), S. 234–50.

- Müller (1990):** Müller, Ulrich: Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons – zwangsverschleppte Personen – in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945–1951. Stuttgart 1990.
- Nowak (1997):** Nowak, Kurt: Kirchen und Religion. In: Benz/Graml/Weiss (1997), S. 187–2002.
- Ory (1976):** Ory, Pascal: Les Collaborateurs 1940–1945. Paris 1976.
- Otto (1998):** Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42. München 1998.
- Paul (1994):** Paul, Christa: Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus. Berlin 1994.
- Peschke (2005):** Peschke, Franz-Eduard: Ausländische Patienten in Wiesloch. Schicksal und Geschichte der Zwangsarbeiter, „displaced persons“ und „heimatlosen Ausländer“ in der Heil- und Pflegeanstalt, dem Mental Hospital, dem Psychiatrischen Landeskrankenhaus Wiesloch und dem Psychiatrischen Zentrum Nordbaden. Diss. Husum 2005.
- Pfahlmann (1968):** Pfahlmann, Hans: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Darmstadt 1968.
- Pieper (1985):** Pieper, Werner (Hrsg.): Heidelberg zur Stunde Null. Dokumente, Fotos, Augenzeugenberichte. Heidelberg 1985.
- Rinke (2002):** Rinke, Andreas: Le grand retour. Die französische Displaced-Person-Politik (1944–1951). Frankfurt/Main 2002.
- Rotberg/Schüller/Wieland (2001):** Rotberg, Joachim/Schüller, Thomas/Wieland, Barbara: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in katholischen Einrichtungen im Bereich der Diözese Limburg. Limburg 2001 (= Limburger Texte, 25).
- Schadt (1988):** Schadt, Jörg: Verfolgung und Widerstand. In: Borst (1988), S. 96–120.
- Schadt/Caroli (1985):** Schadt, Jörg/Caroli, Michael (Hrsg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung. Heidelberg 1985.
- Schäfer (2000):** Schäfer, Annette: Zwangsarbeit und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945. Stuttgart 2000.
- Schäfer (2001):** Schäfer, Annette: Zwangsarbeit in den Kommunen. „Ausländereinsatz“ in Württemberg 1939–1945. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 53–75.
- Schäfer (2005):** Schäfer, Annette: Zwangsarbeit in Einrichtungen der Evangelischen Landeskirche und Inneren Mission in Baden 1939–1945. In: Evangelische Landeskirche in Baden (Hrsg.): Zwangsarbeit in Einrichtungen der Evangelischen Landeskirche und Inneren Mission in Baden 1939–1945. Karlsruhe 2005 (= Herrenalber Protokolle, 119), S. 7–55.
- Scharnholtz (2002):** Scharnholtz, Theodor: Heidelberg und die Besatzungsmacht. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen einer deutschen Kommune und ihrer amerikanischen Garnison (1948/49–1955). Heidelberg 2002 (= Buchreihe der Stadt Heidelberg, 10).
- Schatz (1986):** Schatz, Klaus: Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1986.
- Schätzle (1974):** Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. KZ in Baden und Württemberg 1933–1945. Frankfurt/Main 1974.
- Scherer (1984):** Scherer, Peter (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848–1945. Bd. 1. Stuttgart 1984.
- Schmidt (1976):** Schmidt, Angelika: Die Geschichte des KZ Mannheim-Sandhofen. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte im regionalen Bereich. Unveröffentl. Magisterarbeit. Ludwigsburg 1976.
- Schneider (1990):** Schneider, Thomas: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Mannheim, 1939–1945. Unveröffentl. Magisterarbeit. Mannheim 1985.
- Schultze-Wessel (1997):** Schultze-Wessel, Julia: Belgien. In: Benz/Graml/Weiss (1997), S. 392f.

- Schwarze (1997):** Schwarze, Gisela: Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg. Essen 1997.
- Schwarze (2005):** Schwarze, Gisela: Die Sprache der Opfer. Briefzeugnisse aus Russland und der Ukraine zur Zwangsarbeit als Quelle der Geschichtsschreibung. Essen 2005.
- Seeber (1964):** Seeber, Eva: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft – Berlin 1964.
- Seifert (1983):** Seifert, Siegfried: Heinrich Wienken. In: Gatz (1983), S. 813–15.
- Sommer (1985):** Sommer, Antje: Der Aufstieg der NSDAP in Heidelberg 1928–1933. In: Schadt/Caroli (1985), S. 1–49.
- Sournia/Poulet/Martigny (2001):** Sournia, Jean-Charles/Poulet, Jacques/Martiny, Marcel (Hrsg.): Illustrierte Geschichte der Medizin. Berlin 2001 (=Digitale Bibliothek, 53).
- Spiliotis (2003):** Spiliotis, Susanne-Sophia: Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Frankfurt/Main 2003.
- Spoerer (2000):** Spoerer, Mark: Zwangsarbeiter im dritten Reich. Verantwortung und Entschädigung. In: GWU 51 (2000), S. 508–27.
- Spoerer (2001a):** Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. München 2001.
- Spoerer (2001b):** Spoerer, Mark: NS-Zwangsarbeit im deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtssbezirken. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), Nr. 4, S. 665–84.
- Stahl (1982):** Stahl, Maria: Krankheit und Politik am Beispiel der Tuberkulose. In: Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus. Tübingen 1982, S. 85–100.
- Stolpersteine Leipzig:** Bothe, Margarete: <http://www.stolpersteine-leipzig.de/index.php?id=237> (30. Juli 2012).
- Streit (1978):** Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Diss. Stuttgart 1978.
- Streit (1999):** Streit, Christian: Die Sowjetischen Kriegsgefangenen in den deutschen Lagern. In: Dahlmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Essen 1999 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, NF 10).
- Studienkreis Deutscher Widerstand (1991):** Studienkreis Deutscher Widerstand (Hrsg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Bd. 5/1: Baden-Württemberg I. Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart. Frankfurt/Main 1991.
- Tapp (2011):** Tapp, Tabea: Die Entwicklung der Universitäts-Hautklinik Greifswald in der Zeit des Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung von Patientenakten mit den Diagnosen Syphilis und Gonorrhoe. Diss. Greifswald 2011 (http://ub-ed.ub.uni-greifswald.de/opus/volltexte/2011/985/pdf/Diss_Kapp_Tabea.pdf, 31. Aug. 2012).
- Telp (1999):** Telp, Jan: Ausmerzung und Verrat. Zur Diskussion um Strafzwecke und Verbrechensbegriffe im Dritten Reich. Frankfurt/Main u.a. 1999 (= Rechtshistorische Reihe, 192).
- Till (1996):** Till, Bastian: Furchtbare Ärzte. Medizinische Verbrechen im Dritten Reich. München 1996.
- Thierfelder (1988):** Thierfelder, Jörg: Die Kirchen. In: Borst (1988), S. 74–96.
- Thom/Trenckmann (1980):** Thom, Achim/Trenckmann, Ullrich: Zur Ermordung psychisch Kranker in Polen und in der Sowjetunion. In: Dörner, Klaus u.a.: Der Krieg gegen die psychisch Kranken. Gewidmet der im „Dritten Reich“ getöteten psychisch, geistig und körperlich behinderten Bürger und ihren Familien. Rehburg-Loccum 1980, S. 190f.
- United States Memorial Holocaust Museum:** Steven Spielberg Film and Video Archives: http://resources.ushmm.org/film/display/detail.php?file_num=3730 (30. Juli 2012).

- Volkman (1976):** Volkman, Hans-E.: Ökonomie und Machtpolitik. Lettland und Estland im politisch-ökonomischen Kalkül des Dritten Reiches (1933–1940). In: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 471–500.
- Wagner (1968):** Wagner, Albrecht: Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat. In: Weinkauff, Hermann (Hrsg.): Die Deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Bd. 1. Stuttgart 1968, S. 189–382.
- Wagner (1983):** Wagner, Ulrich: Die NS-Bewegung in Heidelberg bis 1933. In: Leonhard (1983), S. 15–32.
- Weinmann (1990):** Weinmann, Martin (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem. Frankfurt/Main 1990.
- Werth (2007):** Werth, Nicolas: Le grand retour URSS 1945–1946. In: Histoire@Politique. Politique, culture, société, N° 3, novembre-décembre 2007 (www.histoire-politique.fr, 24. Sept. 2012).
- Werther (2004):** Werther, Thomas: Fleckfieberforschung im deutschen Reich 1914–1945. Untersuchungen zur Beziehung zwischen Wissenschaft, Industrie und Politik unter besonderer Berücksichtigung der IG Farben. Diss. Marburg 2004.
- Weyers (2002):** Weyers, Wolfgang: Dermatologie im Nationalsozialismus. Der Niedergang eines Fachgebietes. In: Elsner, Peter/Zwiener, Ulrich (Hrsg.): Medizin im Nationalsozialismus am Beispiel der Dermatologie. Jena 2002, S. 53–66.
- Wistrich (1983):** Wistrich, Robert: Wer ist wer im dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. München 1983.
- Wolf (1982):** Wolf, Eberhardt: Kanonen statt Butter. In: Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus. Tübingen 1982, S. 68–77.
- Wolgast (1983):** Wolgast, Eike: Die Universität Heidelberg und die nationalsozialistische Diktatur. In: Leonhard, Joachim-Felix (Hrsg.): Bücherverbrennung. Zensur, Verbot, Vernichtung unter dem Nationalsozialismus in Heidelberg. Heidelberg 1983, S. 33–54.
- Wutke-Groneberg (1980):** Wutke-Groneberg, Walter: Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch. Tübingen 1980.
- Wutke-Groneberg (1982):** Wutke-Groneberg, Walter: Leistung, Vernichtung, Verwertung. Überlegungen zur Struktur der Nationalsozialistischen Medizin. In: Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus. Tübingen 1982, S. 6–52.
- Zieglmayer (1947):** Zieglmayer, Wilhelm: Die Ernährung des deutschen Volkes. Ein Beitrag zur Erhöhung der deutschen Nahrungsmittelproduktion. Dresden – Leipzig 1947.

